

### 3.0. Die Schlossplatzdebatte und ihre Akteure

#### 3.1. 1990: Nach der Wiedervereinigung beginnt die Debatte

Die Wochenzeitschrift der *Spiegel* berichtet aus Anlass des 40. Jahrestags der Sprengung des Schlosses im September 1990 ausführlich über das untergegangene Gebäude.<sup>253</sup> Die Sprengung der kriegesbeschädigten Ruine wird als negative Handlung, das Schicksal des Palasts an ungewiss dargestellt. Da diese Beiträge noch vor der Wiedervereinigung veröffentlicht wurden, werden sie in der Arbeit nicht weiter berücksichtigt.

Bereits zehn Tage nach dem staatsrechtlichen Zusammenschluss der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und der Bundesrepublik Deutschland (BRD) am 3. Oktober 1990, erscheint im Neuen Deutschland (*ND*), dem ehemaligen Zentralorgan SED, ein Interview zur Schließung des Palastes der Republik.<sup>254</sup> 80 Millionen Besucher, 21.000 Shows, Revue, Konzerte und Gastronomie zu ehrlichen Preisen – das sei der Palast gewesen, heißt es in der Einleitung zum Interview. Man wolle gegen die Schließung protestieren mit Transparenten, auf denen beispielsweise zu lesen sein werde, dass Asbest nicht der alleinige Grund der Schließung sei; soweit zumindest der Vorsitzende des Sprecherrates der Gewerkschaft ÖTV im Palast, Andreas Göhring. Gutachterfirmen aus Westberlin und Westdeutschland hätten bestätigt, dass die Asbestbelastung den Grenzwert der EG-Norm nicht überschreite. Den Palast hätte man also nicht schließen müssen. „Der eigentliche Grund ist wohl, dass die Bundesregierung das Haus nicht mehr nutzen will“<sup>255</sup> Das Konzept einer Auffanggesellschaft sei „ungelesen abgelehnt“ worden, klagt Göhring. Die Belegschaft meine, der Bau solle als Konkursmasse verschenkt werden, erklärte Göhring dem *ND*.<sup>256</sup>

Wenige Tage später erscheint in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (*FAZ*) ein erster Artikel<sup>257</sup> über städteplanerische Maßnahmen für die „Berliner Mitte“. In dem Beitrag, der sich einem viertägigen Architektenkongress „im ehrwürdigen Gemäuer des Dessauer Bauhauses“<sup>258</sup> widmet, wird noch nichts über den Schlossplatz, bzw. über die Zukunft des Palastes der Republik geschrieben, geschweige denn eine Rekonstruktion des Stadtschlosses aufgeworfen. Aber typische Elemente der späteren Debatte lassen sich bereits erkennen. So wird festgestellt, dass die „eigenwillige Auswahl“<sup>259</sup> der Teilnehmer das ganze zu einer Alibi-Veranstaltung mit vorhersehbarem Ergebnis werden ließ. Auf der einen Seite beteiligten sich Pragmatiker aus großen Planungsbüros, die „ganz im Veranstaltersinne auf den Lageplänen gleich pharaonische Bauvolumen skizzierten“<sup>260</sup> und auf der anderen Seite standen die „Theoretiker und Bastler eines behutsameren, partizipatorischen Bauens“<sup>261</sup>, so dass am Ende des Kongresses nur ein Fragenkatalog in babylonischer Vielstimmigkeit entstanden sei. Veranstalter des Kongresses „Zentrum Berlin“ war der damals noch existente Ost-Berliner Magistrat und der West-Berliner Senat. Ost und West waren gleichermaßen beteiligt. Doch für die Auswahl der Teilnehmer zeichnete Hanno Klein, Staatssekretär in der Verwaltung des Bausenators Wolfgang Nagel<sup>262</sup> (SPD), der die Veranstaltung eigentlich initiiert hatte. Die

---

<sup>253</sup> Vgl. „Das Schloss muss fallen“. In: *Der Spiegel*, Nr. 36, 03.09.1990, s. S. 232-238, und Honnis Ballast. In: *Der Spiegel*, Nr. 39, 24.09.1990, s. S. 131.

<sup>254</sup> Vgl. General, Jochen: Am Sonntag, 15 Uhr, große Aktion. Die Leute vom Republikpalast machen mobil. In: *ND* Nr. B-240, 13./14.10.1990, s. S. 07.

<sup>255</sup> Ebd.

<sup>256</sup> Vgl. ebd.

<sup>257</sup> Vgl. Babylonische Verwirrung der Planer. „Zentrum Berlin“ – Ein städtebaulicher Kongress über die Zukunft der Hauptstadt. In: *FAZ* Nr. 242, 17.10.1990, s. S. 35.

<sup>258</sup> Ebd.

<sup>259</sup> Ebd.

<sup>260</sup> Ebd.

<sup>261</sup> Ebd.

<sup>262</sup> Wolfgang Nagel, geboren 1944, war 1989 bis 1996 Bausenator von Berlin und wechselte danach als Geschäftsführer zur Fundus-Immobilien-Gruppe.

FAZ beschreibt Klein als einen Mann mit „sichtlicher Freude am großen Maßstab“<sup>263</sup>, dessen Leitsatz darin bestünde, dass eine Stadt, die pleite sei, keine schönen Häuser bauen könne.

Wenige Monate nach dem Kongress wurde Klein durch eine Briefbombe ermordet.<sup>264</sup> In dem bei der Deutschen Presseagentur (dpa) eingegangenen Bekennerschreiben wurde Klein als „brutalarroganter Schreibtischtäter“ bezeichnet, der die Verdrängung der Bewohner der Innenstadt betrieben habe. Eine Unterschrift oder ein Bekennersymbol fehlten auf dem Brief, trotzdem wurde der Anschlag linksradikalen Gruppen angelastet. Der Mord ist auch 2007 noch nicht aufgeklärt; das Verfahren wurde eingestellt.

Ein weiteres Faktum verschob die Entscheidungskompetenz der Kongressteilnehmer in Richtung westdeutsche Zuständigkeit: Mangelnde eigenständige Planungserfahrung und mangelnde englische Sprachkenntnisse. Beides zusammen habe bewirkt, dass die Politiker und Architekten aus der ehemaligen DDR „nur mehr eine Statistenrolle“<sup>265</sup> spielten. Die FAZ zeigte für den faktischen Ausschluss der Ostdeutschen Verständnis, da sie noch in „kontraproduktiven Denkmustern des Honecker-Staates verhaftet“<sup>266</sup> seien. Exemplarisch habe das die Reaktion einer „Ost-Architektin“ bewiesen, die den Weiterbau des Berliner Autobahnringes in den Ostteil der Stadt mit der Begründung abgelehnt habe, dass dort dann „doch nur wieder die Bonzen fahren“ dürften.<sup>267</sup> Als Konsens der Teilnehmer schälten sich zwei Standpunkte heraus: Einmal, dass die „mehrfach in Krieg und Frieden zerstörte Stadt“ nicht erneut völlig umgekrempelt werden dürfe. Um das zu verhindern, dürfe es keine „autokratischen *masterplans*“ geben, sondern es müssten – zum Zweiten – die Bürger an der Stadtentwicklung beteiligt werden.<sup>268</sup> Weitere Ergebnisse des Kongresses waren, dass auf der langgestreckten Insel zwischen Spree und Landwehrkanal ein „besonders hervorgehobenes Stadtviertel – eine Art *Ile de la Cité*“<sup>269</sup> – entstehen könne, dass neue, aus Amerika importierte Planungsinstrumente („incentive zoning“, „linkages“) angewandt werden sollten, und dass ganz Berlin einem „Entwicklungsmoratorium“ unterworfen werden sollte, damit in der Hitze der Bauspekulation keine Fehlentscheidungen getroffen werden könnten.

Noch im Oktober 1990 meldet die Tageszeitung (*taz*) einen konkreten Entwurf für den Schlossplatz. Die Diskussion um den Wiederaufbau des Stadtschlusses sei um eine Variante reicher, heißt es dort. Nach einem Konzept des Architekten Peter Schatz vom Magistratsbüro für Städtebau solle auf den Grundmauern des Bauwerkes eine Konstruktion aus Stahl und Glas in den Original-Ausmaßen errichtet werden. Die Portale müssten originalgetreu nachgebaut und in den Bau eingefügt werden. Die Kosten für seine Variante habe der Architekt auf 100 bis 200 Millionen DM, die Bauzeit auf zwei bis drei Jahre geschätzt.<sup>270</sup> In der gleichen Ausgabe berichtet die *taz* über eine Demonstration der Belegschaft des Palastes der Republik. Auf Transparenten forderten sie den Erhalt der kulturellen und gastronomischen Einrichtungen. Asbest sei nicht allein der Grund für die Schließung des Hauses, habe Göhring vom Sprecherrat der ÖTV im Palast der Republik behauptet. „Zwei unabhängige Gutachterfirmen hätten im Auftrag der Bezirkshygieneinspektion Untersuchungen angestellt

---

<sup>263</sup> Ebd.

<sup>264</sup> Vgl.: „12. Juni 1991: Hanno Klein, Referatsleiter der Berliner Bauverwaltung, fällt einem Briefbomben-Attentat zum Opfer. Der 48jährige hatte den Umschlag in dem Glauben geöffnet, es handele sich um eine Büchersendung. Der Baureferent, dem der Deal zwischen Senat und Daimler-Benz zum Potsdamer Platz zugeschrieben wird, verblutet in seiner Wohnung.“ [www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1995/1213/nachrichten/0119/](http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1995/1213/nachrichten/0119/)

<sup>265</sup> Ebd.

<sup>266</sup> Ebd.

<sup>267</sup> Vgl. ebd.

<sup>268</sup> Vgl. ebd.

<sup>269</sup> Ebd.

<sup>270</sup> Vgl. Neuer Bau aus Stahl und Glas? In: *taz*, 15.10.1990, S. 21

und festgestellt, dass die Asbestgrenzwerte nach EG-Normen nicht überschritten würden. Der eigentliche Grund sei wohl, dass die Bundesregierung das Haus nicht mehr nutzen will.<sup>271</sup>

Breits fünf Tage später schreibt die *FAZ* über eine neue Serie, die in lockerer Folge 20 Architekten über „das neue Berlin“<sup>272</sup> befragen will. Auch in diesem einleitenden Beitrag ist noch nicht konkret von der Zukunft des Schlossplatzes und des Palastes der Republik die Rede. Vielmehr betreibt Mönninger in einigen Schlagworten Bestandsaufnahme. Es ist die Rede von der „dritten Renaissance Berlins in diesem Jahrhundert“<sup>273</sup>, von städtebaulichen Fragmenten, die miteinander im Wettstreit stünden und von der Zukunft, die in „Vielschichtigkeit, Flexibilität und kommunikativer Nähe“<sup>274</sup> liege. Der Mitte der Stadt komme dabei trotz aller zuvor dargestellten Polyzentrität eine besondere Bedeutung zu: „Das privilegierte Zentrum wird dabei zur Messlatte des gesamten Ballungsraums. Seine architektonischen und funktionalen Qualitäten wirken als magnetisches Kraftfeld auf die Ränder ein: durch bloße Vorbildfunktion oder auch durch lebendige Konkurrenz, indem sich die Stadtteile mit aller Kraft gegen ihr Ausbluten wehren“<sup>275</sup>.

Ganz überraschend spricht sich zunächst auch die *taz* für eine Rekonstruktion des Schlosses aus. Der Palast der Republik stellte in Namen, Gestalt und Nutzung eine einzige Verlegenheit dar. Er sei eine „sprachlose Antwort“ auf das niedergelegte Stadtschloss der Preußenkönige gewesen. Ähnlich wie im Westen die „Centers“ gab es im Palast einen politisch-kulturell-gastronomischer Mischbetrieb. Keine Stadtkrone, sondern eine „städtebauliche Klumpenbildung“. Seine „architektonische Kraftlosigkeit hinter der prahlerischen Gebärde resultierte nicht zuletzt aus dieser Unbestimmtheit der Funktion und der Lüge, die sich hinter ihr verbarg — vor allem ein Parlament, dessen oberste Tugend das Schweigen war.“<sup>276</sup> Hinter der kostbaren Fassade habe das mühsam mit Sinn gefüllte Nichts gegähnt. Nach dieser Bestandsaufnahme spinnt Baumunk seine Überlegungen weiter und kommt zu dem Schluss, über den Wiederaufbau des Stadtschlosses dürfe jetzt kein als Gebot der Vernunft getarntes Denkverbot verhängt werden. So manche „Schnapsidee“ habe sich besser erwiesen als gar keine. Dass Schlösser einen besonderen Bezugspunkt in einer Stadt seien, mache ihre Zerstörung – oder ihr Wiederaufbau – zu einer besonders delikaten Frage. Denn die Lücke in einem völlig auf ein Schloss bezogenen Stadtraum ließe sich eben nicht durch etwas „Zeitgenössisches“, „Bürgerliches“, „Demokratisches“ ersetzen. „Nicht einmal die AL [Alternative Liste, d. Verf.] hat bisher den Vorschlag auf den Tisch gebracht, anstelle des „Palastes“ bürgernahe Bäume in spontan-lebendiger Kiezvegetation anzupflanzen.“<sup>277</sup> Wenn es also technisch möglich und ästhetisch vertretbar sei, stellte die Rekonstruktion eine Herausforderung dar, der sich zu entziehen ein Eingeständnis der Mutlosigkeit wäre, meint Baumunk in der *taz* abschließend.

Den Einstieg in die Debatte um Berlin setzt die *FAZ* mit einem Beitrag des Leiters des Frankfurter Architekturmuseums, Vittorio M. Lampugnani, fort. Programmatisch fordert dieser, „auf dem großartigen Fundament des Alten das Neue wachsen“<sup>278</sup> zu lassen. Lampugnani, der sich auch später immer wieder in die Debatte um Berlin zu Wort meldet und auch Mitglied der offiziellen Schlossplatzkommission wird, zeigt sich bereits in seinem Eingangsplädoyer als ein Mann der Tradition, wenn er am Ende seines Beitrags ungeschminkt

---

<sup>271</sup> Vgl. Belegschaft protestiert gegen Schließung des Palazzo Prozzo. In: *taz*, 15.10.1990, s. S. 28

<sup>272</sup> Vgl. Wettstreit der Fragmente. In: *FAZ* Nr. 246, 22.10.1990, s. S. 33.

<sup>273</sup> Ebd.

<sup>274</sup> Ebd.

<sup>275</sup> Ebd.

<sup>276</sup> Vgl. Baumunk, Bodo-Michael: Kein Friede dem Palast der Republik! Plädoyer gegen ein Dienstleistungszentrum in Berlin-Mitte. In: *taz*, 26.10.1990, s. S.24.

<sup>277</sup> Vgl. Baumunk ebd.

<sup>278</sup> Vgl. Auf dem großartigen Fundament des Alten das Neue wachsen lassen. In: *FAZ* Nr. 254, 31.10.1990, s. S. 35.

fordert, „modernistische Experimente sollte sich die zusammenwachsende Stadt versagen“<sup>279</sup>. Statt dessen sollten die Pläne für das Zentrum der architektonischen Tradition verpflichtet sein, die in Europa über „[...] Jahrtausende hinweg eine Vielzahl kompakter, dichter, schöner und lebensvoller Städte hervorgebracht hat. Sie sollten die Lücken in der urbanen Struktur mit edlen Monumenten, angemessenen Häusern und gut gefassten öffentlichen Räumen füllen. Sie sollten die Wunden, welche die Bomben und der Todesstreifen in das städtische Gewebe gerissen haben, entschieden zunähen, ohne der Versuchung zu erliegen, die Geschichte ungeschehen zu machen“<sup>280</sup>.

Während Lampugnani noch sehr im Allgemeinen bleibt und sich davor zu hüten scheint, für konkrete Gebäude, Straßenzüge oder Viertel ein Urteil abzugeben, zeigt sich Heinrich Klotz in einem nächsten Beitrag<sup>281</sup> der *FAZ* nicht so zurückhaltend. Klotz, Leiter des Zentrums für Kunst und Medientechnologie in Karlsruhe, nähert sich der Großstadt von der Internationalen Bauausstellung (IBA) her, die sich 1980 anschickte, über eine Revision des Städtebaus nachzudenken – zumindest in West-Berlin. Klotz kommt zu dem Ergebnis, dass sich die vielfachen Ergebnisse dieses Nachdenkens über Architektur nicht auf Ost-Berlin übertragen lassen. Denn die wiedergewonnene Stadthälfte konfrontiere mit einer größeren, beinahe entmutigenden Aufgabe, die mit herkömmlichen Antworten nicht zu bewältigen sei. Das Zentrum Ost-Berlins „[...] zwischen Außenministerium [inzwischen abgerissen, d. Verf.] und Fernsehturm ist ein Acker deplazierter Monumente, die nicht mehr in eine gebändigte Kulturlandschaft verwandelt werden kann.“<sup>282</sup> Klotz spricht hiermit auch dem Schlossplatz, das ja zu diesem „Acker“ gehörte, eine Chance zur Wiederbebauung mit dem Schloss ab. Statt die „Zerstörung des Stadtkörpers“ ungeschehen machen zu wollen, appelliert Klotz an einen bewussteren Umgang mit dem Fragmentarischen, mit dem, was an alter Substanz auf dem „Acker“ noch geblieben ist. Die Überbleibsel könnten so als „[...] Fanal der Brüche und des Unwiederbringlichen hervorgehoben werden.“<sup>283</sup>

Im November meldet das *ND*, der Direktor des Berliner Instituts für Denkmalpflege, Peter Goralczyk, habe sich gegen den Wiederaufbau des Berliner Schlosses ausgesprochen.<sup>284</sup> Die Gelder könne man besser für die vorhandenen Bauten brauchen, habe Goralczyk gesagt.

In die gleiche Kerbe wie Klotz schreibt der Architekt Ungers seinen nächsten Beitrag<sup>285</sup> in der *FAZ*. Er beschwört das Fragmentarische jeder Stadt, die richtig fertig werden könne. Chancen für eine Rekonstruktion sieht er skeptisch. Jede Zukunftsplanung für Berlin müsse zwar die Geschichte der Stadt reflektieren, sie dürfe aber „[...] nicht der Illusion aufsitzen, dass die Stadt in ihrer historischen Form repariert werden könnte“,<sup>286</sup> warnt Ungers. Denn dazu reiche die Substanz, die Mittel und auch das Wissen nicht mehr aus. Allerdings dürfe nicht einfach planlos drauflosgebaut werden, denn das lasse Chaos und Unordnung entstehen. Als Lösung schlägt er definierte Stadtinseln in der Stadt vor, also spezifische Viertel, mit Grünanlagen voneinander getrennt, die nicht als Gegensätze, sondern Ergänzungen zu verstehen sind. So entstehe eine Offenheit und Pluralität, in der sich jeder selbst seine Identität und gleichsam den dazugehörigen Lebensraum aussuchen könnte. Ganz nebenbei schlägt Ungers auch eine Lösung für den Schlossplatz vor, die im Zusammenhang mit zwei weiteren Gebäuden das Berliner Stadtensemble entscheidend neu definieren könnten: Auf dem Ernst-Reuter Platz solle ein Kulturhaus im Stile von Leonidows Bibliothekentwurf entstehen, in der Friedrichstraße der Hochhausentwurf von Mies van der Rohe und am Ende der Straße „Unter den Linden“ wünsch sich Ungers Adolf Loos' Entwurf für das Verlagshaus der „Chicago

---

<sup>279</sup> Ebd.

<sup>280</sup> Ebd.

<sup>281</sup> Vgl. Im Dickicht der Großstadt. In: *FAZ* Nr. 257, 03.11.1990, s. S. 27.

<sup>282</sup> Ebd.

<sup>283</sup> Ebd.

<sup>284</sup> Vgl. Stadtumschau. Andere Dinge sind jetzt wichtiger als das Schloss. In: *ND* Nr. B-272, 20.11.1990, s. S. 7.

<sup>285</sup> Vgl. Die Stadtinseln im Meer der Metropole. In: *FAZ* Nr. 272, 22.11.1990, s. S. 37.

<sup>286</sup> Ebd.

Tribune“.<sup>287</sup> Mit diesen drei über die Berliner Traufhöhe ragenden Gebäude entstünde nicht nur eine endgültige Hauptachse für die Stadt, in der das Brandenburger Tor und die Siegestsäule einbezogen wären, die Dominanz des Fernsehturmes wäre auch gezügelt, rückte doch dieser Prestigebau der DDR ans Ende dieser neuen Geraden.

Noch im gleichen Monat schreibt Joachim Fest (1926-2006) einen ganzseitigen Beitrag<sup>288</sup> in der *FAZ*, in dem er leidenschaftliche für den Wiederaufbau des „Schlüterschen Stadtschlusses“ wirbt. Erstmals seit der sogenannte Wiedervereinigung wird mit dem Artikel von Fest die Schlossplatzdebatte vor einem breiten Publikum angestoßen. Es ist daher besonders wichtig, welche Argumente Fest für die Wiedererrichtung des Stadtschlusses der Hohenzollern ins Feld führt, wie er die Umstände der Sprengung darstellt und wie er mit möglichen Gegenargumenten umgeht.

Den Einstieg bildet ein kurzer Anriss über den Untergang der DDR. Das „SED-Regime“ sei ein Gefangener seiner Vorurteile gewesen, und zu diesen habe der Hass auf die Vergangenheit gehört. Der Wunsch, eine eigene staatliche Legitimität zu begründen, und eben die Ablehnung der Geschichte gipfelte in der Zerstörung zahlreicher Bauwerke der Vergangenheit, so auch in dem der Sprengung des Stadtschlusses. Gegen diese spezifische Einstellung der SED-Führung habe es Protest von „Fachleuten aus aller *Welt*, West wie Ost“ gegeben. In den Memoranden seien vor allem drei Argumente ins Feld geführt worden:

- Das Schloss sei der städtebauliche Mittelpunkt Berlins,
- die Ruine hielte selbst den Vergleich mit dem Petersdoms aus,
- die Wiederherstellung verursache keine unerschwinglichen Kosten.

Ein Kunsthistoriker der Humboldt-Universität, Richard Hamann, habe damals daran erinnert, dass der Louvre, der Kreml und die Zarenschlösser in St. Petersburg allesamt die Revolutionen überdauert hätten, von den neuen, der Monarchie wenig geneigten Machthabern also nicht zerstört worden seien. Doch alle Argumente, so Fest, seien vergeblich gewesen, „[...] das Schloss musste fallen als Bauwerk der `Junkerherrschaft`, als Symbol der Knechtung und Ausbeutung oder wie immer die Formeln des sozialistischen Ressentiments noch lauteten.“<sup>289</sup> Fest konstatiert, dass die SED-Führung aus ideologischen Gründen nicht in der Lage gewesen war, zu erkennen, dass ein Gebäude nicht nur für eine Zeit und ihre Herrschaftsverhältnisse stehe, sondern weit darüber hinaus weise. Soweit also das ideologische Argument. Doch es habe auch ein weiteres, eher praktisches Motiv der Zerstörung gegeben, nämlich der Wunsch nach einem großen Demonstrationsplatz. Walter Ulbricht, Generalsekretär der SED erklärte vor dem 3. Parteitag der SED, man benötige einen Platz, „[...] auf dem der Kampfwille und der Aufbauwille unseres Volkes Ausdruck finden können.“<sup>290</sup> Man hatte berechnet, dass auf der freigeräumten Fläche 320.000 Menschen Platz haben könnten. Als der Plan feststand, begann man in vier Abschnitten mit den Sprengarbeiten. Zwischen dem 6. September und dem 30. Dezember 1950 verschwand das Schloss mit Hilfe von 13 Tonnen Dynamit. In einem weiteren Abschnitt wiederlegt Fest die These, das Schloss sei eine „Zwingburg“ gewesen. Das Schloss sei kein „Einschüchterungsbau“ gewesen, denn es habe keine Distanz gewahrt, wie etwa andere Residenzen. Bis ins 19. Jahrhundert hinein drängten sich bis unmittelbar vor dem Schloss, etwa auf der Schlossfreiheit, „einfache Bürgerhäuser [...], eine Strickwarenfabrik, eine lithographische Anstalt und ein Kleinbetrieb für `Fantasie-Artikel`.“<sup>291</sup> Selbst der barocke

---

<sup>287</sup> Vgl. ebd.

<sup>288</sup> Vgl. Fest, Joachim: Denkmal der Baugeschichte und verlorene Mitte Berlins. In: *FAZ* Nr. 279, 30.11.1990, S. 35.

<sup>289</sup> Ebd.

<sup>290</sup> zitiert nach Fest, ebd.

<sup>291</sup> Ebd.

Prachtbau an der Spreefront duldet das ziegelgedeckte Hofoffiziantenhaus mit Vorgarten und weinbewachsenen Mauerwerk. Diese städtebauliche Lage hatte dafür gesorgt, dass das Schloss bei aller Feierlichkeit stets eine Art Intimität oder „jedenfalls Menschenmaß“ bewahrt habe. Die zahlreichen Umbauten – etwa durch Schlüter und Eosander – schufen ein Baudenkmal, eine „geniale historische Collage“ und keinen aus einem einzigen Konzept entwickelten Herrscherpalast. Auch von seiner Funktion her habe das Schloss „[...] nie gegen seine Umgebung gestanden, vielmehr als das repräsentative Bauwerk der Stadt und des Staates gegolten.“<sup>292</sup> Drei Beispiele führt Fest für seine Behauptung an:

- Der Kleine Schlosshof sei generationenlang ein öffentlicher Durchgang gewesen,
- der Garde-du-Corps Saal habe auf Einladung des Kaisers eine Zeitlang als Atelier des Malers Menzel gedient,
- etwa durch den Berliner Weihnachtsmarkt bis hin zum Lustgarten sei das Schloss immer in das öffentliche Leben der Stadt eingebunden gewesen.

Fest vermutet, dass die von ihm skizzierte Bürgernähe des Schlosses der eigentliche Grund der Sprengung durch die eifersüchtige DDR-Führung gewesen sei und nicht der inzwischen per Kontrollratsbeschluss aufgelöste Staat Preußen und seine Eliten. Zu Hilfe nimmt sich Fest auch den für seine modernen Bauwerke bekannten Architekten Hans Scharoun, der sich als erster Stadtbaurat 1946 leidenschaftlich für die Rettung der Schlossruine eingesetzt habe. Auch Scharoun habe darauf hingewiesen, dass das Schloss der eigentliche Zentralpunkt der Stadt sei, auf den viele Achsen zuliefen. Die Umgebung des Schlosses, ist sich Fest sicher, sei schlicht und ergreifend einer der „[...] schönsten Plätze Europas“<sup>293</sup> gewesen. Doch heute, also im November 1990, sei der Platz wüst und leer. Der 1976 fertiggestellte Palast der Republik habe daran nichts ändern können, der Lustgarten vereine sich mit dem ehemaligen Großen Schlosshof zu einer „[...] trostlosen Öde eines unterdessen auch funktionslos gewordenen betonierte Areal.“<sup>294</sup> Nun gebe es keinen Platz mehr, sondern nur noch ein gähnendes Loch mit willkürlich anmutenden Bauten. Fest prophezeit, so lange dieser Zustand anhalte, bleibe Berlin eine Stadt mit einem riesigen Parkplatz in der Mitte.

Nach dieser niederschmetternden Bestandsaufnahme macht Fest Vorschläge für die Zukunft. Es solle nichts geschehen, was einen Wiederaufbau des Schlosses für immer unmöglich mache. An die Stelle des Schlosses müsse aber wieder ein Gebäude treten, das die beziehungslosen Bauteile um den Lustgarten wieder verklammere. Die Sanierung des Palastes der Republik mit einem Einkaufszentrum sei eine Karikatur des Zeitgeistes, erteilt Fest Überlegungen in diese Richtung eine Absage, um sogleich darauf zu verweisen, dass man die Stimmen ernst nehmen müsse, die für einen Wiederaufbau des Schlosses plädierten. Vermeintliche Gegenargumente entkräftet er gleich an Ort und Stelle. Zunächst geht er mit dem Argument der Authentizität ins Gericht. Wer Rekonstruiertes als nicht authentisch verwerfe, der müssten fast den gesamten historischen Baubestand ablehnen. Denn zerstört worden sei im Laufe der Geschichte alles einmal, die Baudenkmäler der Vergangenheit seien zum großen Teil restauriert, ergänzt und wiederaufgebaut. Städte wie Danzig, Warschau, Pawlowsk, oder Dresden sowie München seien Beispiele für umfassende Rekonstruktionen, die heute niemanden stören würden. Im folgenden beschäftigt sich Fest mit den Kosten für eine Rekonstruktion. Da der Palast der Republik asbestverseucht sei, müsse er ohnehin abgerissen werden und etwas Neues müsse errichtet werden. Daher gehe es im Prinzip nur um den Differenzbetrag zwischen einem modernen Neubau und den Kosten für die Rekonstruktion. Das Geld für diesen Differenzbetrag könnte aus dem Sanierungstopf für das Historische Museum kommen, das angesichts dringlicherer Aufwendungen zurückgestellt

---

<sup>292</sup> Ebd.

<sup>293</sup> Ebd.

<sup>294</sup> Ebd.

werden könnte. Übrig bliebe so eine Summe, die im Verhältnis zum Aufbauwerk nur einen Bruchteil eines Prozent betragen würde. Dieses Geld könnte man dann zwischen einer privaten Stiftung und der öffentlichen Hand teilen. Konkretere Angaben für die Kosten macht Fest nicht.

Als Nutzungskonzept sieht Fest viele Möglichkeiten und reiht sie auch gleich auf: Wie in den 1920er Jahren könnten kulturelle Institutionen untergebracht werden, etwa Museen, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Max-Planck-Gesellschaft, die DFG oder der DAAD. Darüber hinaus könnte das Schloss eine Lehrbaustelle für den Restauratorenachwuchs werden. Gegen Ende seines Beitrags verweist Fest darauf, dass das Schloss eines der besten dokumentierten Gebäude sei, eine Rekonstruktion schon allein daher nicht besonders schwierig sein könne. Schon in den letzten Kriegsjahren wurden zahlreiche Fotos angefertigt und Gebäudeschmuck ausgelagert. Während der Sprengung erlaubte die DDR-Führung die Anfertigung von weiteren Detailskizzen, Abgüssen und über 3.000 Fotos. Am Ende steigt Fest von der funktional-technischen Argumentationsebene wieder auf die ideologischen: „Stärker als jedes andere Argument sprechen für die Wiedererrichtung jene Gründe, die 1950 zum Abbruch des Schlosses führten“.<sup>295</sup> Damals habe man einen Platz für massenhafte Unterwerfungsgesten schaffen wollen, die aus einer fremden, genauer: einer östlichen und vergangenen, Vorstellungswelt entstammt seien. Im Kalten Krieg sei es darum gegangen, das Vordringen dieser Herrschaftsidee zu verhindern. Wenn daher die Sprengung des Schlosses das Symbol des Sieges dieser „östlichen Vorstellungswelt“ gewesen sei, dann wäre die Rekonstruktion des Schlosses ein Symbol ihres Scheiterns. Mit dieser Argumentation läßt Fest das gesamte Schloss im hohen Maße politisch auf. Die Rekonstruktion wird hier zur triumphierenden Geste des siegreichen Westens, der nach zähem Ringen das Vordringen „des fremden Ostens“ verhindern konnte. Man fühlt sich hier an die Vorstellung des feindlichen, weil unterentwickelten Ostens mit seinen Bewohnern, den „Untermenschen“, erinnert, gegen den der Westen kämpfen muss. Als sei das Schloss nicht von „den Deutschen“ selbst gesprengt worden! Wenn Fest zuvor die „Bürgernähe“ des Schlosses feststellt, ist nicht ersichtlich wieso nicht auch ein bürgernah gestalteter Platz mit Grünflächen, vielleicht mit einem Schlossfragment als mahnendes Denkmal, die beklagte Leere des Ortes beheben könnte. Zahlreiche weitere Lösungen ließen sich finden. Fest übersieht außerdem, dass zahlreiche Bauten in Westdeutschland nach 1945 bewusst zerstört wurden, obwohl man sie ohne weiteres hätte retten können. Eine besondere Rolle spielten dabei gar nicht so sehr politisch-ideologische Überlegungen, sondern der Wunsch nach einer „autogerechten Stadt“, der praktisch mit dem Aufkommen der Motorisierung der Massen zur fixen Idee vieler Stadtplaner wurde. Die heute so verpönten Plattenbausiedlungen galten auch im Westen – beispielsweise in der Kasseler Brückenhofsiedlung – als nützliche Errungenschaft, verdichteten sie doch das Wohnen, ohne auf breite Grünflächen und helle Wohnungen verzichten zu müssen. Warum diese Art des Städtebaus letztlich gescheitert ist, darüber mögen die Soziologen streiten.

Doch nicht nur am Ende seines Artikels konstruiert Fest eine Schlussfolgerung, die nicht zwingend sein muss. Bereits seine Feststellung, das Schloss sei kein Einschüchterungsbau gewesen und habe sich nie gegen die Bürger gerichtet ist falsch. Die Geschichte des Berliner Schlosses beginnt mit einem Akt der Unterwerfung, wie eingangs in der Baugeschichte ausführlich dargestellt wurde. Auch die Meinung, das Schloss sei von „einfachen Bürgerhäusern“ umgeben gewesen stimmt nicht ganz, denn gerade zum Ende des 19. Jahrhunderts räumte man die Umgebung des Schlosses leer. Das zeigt auch das Foto, mit der die *FAZ* den Beitrag von Fest illustrierte. Auffallend in dem Beitrag ist auch das Fehlen einer Annäherung an den Palast der Republik. Da asbestverseucht, wird er gar nicht erst näher in Augenschein genommen, sondern umgehend publizistisch entsorgt. Die Funktion dieses

---

<sup>295</sup> Ebd.

Gebäudes, die darin befindliche Volkskammer oder andere Einrichtungen, seine etwaige Symbolik für die ehemaligen DDR-Bürger oder den nachweislich öffentlichen Charakter des Baus nimmt Fest nicht unter die Lupe. So bleibt sein Beitrag kein abwägendes Suchen nach einer Lösung für den Schlossplatz, sondern ein leidenschaftliches Plädoyer für die Rekonstruktion des Schlosses.

Nach diesem Paukenschlag scheint es nur konsequent für die *FAZ*, wenn sie als letzten Beitrag für das Jahr 1990 Fritz Neumeyer zu Wort kommen lässt, der sich zwar nicht für das barocke Stadtschloss, wohl aber für eine klassizistische Architektur im Stile eines Schinkel einsetzt. Sein Beitrag<sup>296</sup> über die Wirkung klassizistischer Architektur lässt ganz nebenbei auch die Rekonstruktion zerstörter Bausubstanz zu. Denn Schinkel war für Neumeyer der Begründer einer modernen, weil weitläufigen und urbanen Architektur, an die beispielsweise Alfred Messel, Peter Behrens oder Ludwig Mies van der Rohe anknüpften. Daher sollte zunächst nicht das Stadtschloss, sondern ein Schinkel-Bau, die erst in den 1960er Jahren abgeräumte Bauakademie rekonstruiert werden. Die Schlossplatzdebatte könnte „[...] mit einem geeigneteren Objekt beginnen: der Bauakademie, einem Marktstein moderner Berliner Stadtarchitektur.“<sup>297</sup> Neumeyer geht sogar noch einen Schritt weiter und meint, man könne auch Bauten verwirklichen, die zwar seinerzeit geplant, aber letztlich nie verwirklicht wurden. Als Beispiel nennt auch er, wie schon Ungers, das 1921 von Mies van der Rohe entworfene Glashochhaus an der Friedrichstraße. Nun habe die Stadt, so Neumeyer, die Chance, architektonische Prototypen der Modernen, die in anderen Metropolen längst Geschichte gemacht hätten, nachzureichen.

Die Tageszeitung *Junge Welt (JW)*, vor der Wende das Jugendmagazin der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) in der DDR, widmet sich in einem ersten Beitrag über den Palast der Republik gleich der Asbestfrage. In einem Interview mit dem Geschäftsführer der Vereinigung asbestsachverständiger Architekten und Ingenieure, Bernhard Schneider, fragt die *JW* nach dem Ausmaß der Kontaminierung im Westen und Osten der Stadt.<sup>298</sup> Am gefährlichsten sei der Spritzasbest, meint Schneider, der auf Stahlskelettkonstruktionen aufgetragen worden sei – wie etwa im Palast der Republik. Ob man diesen so einfach abreißen könne, fragt die *JW*. „So einfach nicht. Durch die Zerstörung gerät der Asbeststaub ja erst recht in die Luft. Das Gebäude müsste zunächst saniert, das heißt unter Luftdruck abgesaugt werden“<sup>299</sup>, antwortet Schneider. Und das sei eben sehr teuer, fügt er hinzu.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Debatte nicht von der Politik angeschoben wird. Auf ostdeutscher Seite dominieren technische Fragen, die Bedeutung von Asbest, Möglichkeiten der Entsorgung und der Verdacht, der giftige Baustoff könnte nur ein vorgeschobenes Argument gewesen sein, um den Palast still zu legen. Auf westdeutscher Seite agieren Publizisten als Ideengeber. Dabei ist bemerkenswert, dass sowohl die linksliberale *taz* als auch die konservative *FAZ* für eine Rekonstruktion des Schlosses sind. Für Fest, der sich selbst als Bildungsbürger sah und mit einer Hitler-Biographie international bekannt wurde, war ein Wiederaufbau ein Muss; seine Position überrascht angesichts seiner Person wenig. Die *taz* sollte schnell ihre von Baumunk geprägte Position aufgeben und sich auf die Seite der Schlossgegner positionieren. Allen Akteuren in dieser ersten Phase ist gemein, dass sie an alte (Stadt-) Strukturen anknüpfen möchten. Etwas Neues, etwa die Fortsetzung der Moderne, wird praktisch nicht diskutiert.

---

<sup>296</sup> Vgl. Die Entgrenzung des städtischen Raumes. In: *FAZ* Nr. 295, 19.12.1990, S. 29.

<sup>297</sup> Ebd.

<sup>298</sup> Vgl. Zinke, Marion: Asbest – diese Zeitbombe tickt. Über 4000 öffentliche Gebäude West-Berlins asbestverseucht. Noch kein ausreichendes Sanierungskonzept des Senats. In: *JW* Nr. 296, 19.12.1990, S. 06.

<sup>299</sup> Ebd.

### 3.2. 1991: Alle ist möglich

Erst Im Februar berichtet die *FAZ* wie nebensächlich von dem Schloss. Im Mittelpunkt der Glosse<sup>300</sup> stehen die Pläne für die Berliner Museumslandschaft. Der Verfasser bemängelt, dass zwar für den Wiederaufbau des Schlosses sich eine Bürgerinitiative gebildet habe, der Demontage der Museumsinsel aber kein Einhalt geboten werde. Hier zeigt sich noch nicht der später immer wieder formulierte Vorschlag, in dem Schloss auch Museen unterbringen zu können.

Im März berichtet das *ND* über die erwarteten Sanierungskosten.<sup>301</sup> 200 Millionen Mark seien für die Sanierung vorgesehen, doch auch diese Zahl wird als unsicher bezeichnet. Es fehle ein konkreter „Verwendungsvorschlag“ für den Bau. Noch im Herbst habe man von 500 Millionen Mark gesprochen, berichtet das *ND*. Und ein Schlossbau, der „von manchen“ gefordert werde, würde gar eine Milliarde Mark kosten. Doch bevor über das Schicksal des Palastes entschieden werde, müsse die Eigentumsfrage geklärt werden. „Neun Zehntel des Bodens, auf dem der Bau steht, gehörten einst dem Land Preußen. Rechtsnachfolger: das Land Berlin. Doch der ‚Palast‘ war nicht Berliner, sondern DDR-Eigentum. Rechtsnachfolger: der Bund. Das Bundeskanzleramt reichte das Gebäude weiter an das Grundvermögen, das vom Finanzministerium verwaltet wird.“<sup>302</sup> Der Palast selbst werde von der Berliner Oberfinanzdirektion verwaltet.

Im März gibt es von der *FAZ* nur einen Artikel, der unmittelbar mit der Stadterneuerung befasst. Der Beitrag<sup>303</sup> über Berlin als Geisterstadt mit gespenstischen Visionen und hochfliegenden Träumen ist eigentlich nur die Anmoderierung des sogenannten Stadtforums, das von dem damaligen Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Volker Hassemer (CDU) initiiert wurde. Die *taz* berichtet im Rahmen der Verleihung des Schinkel-Preises über die Veranstaltung. Bauen, habe Senator Nagel auf der Veranstaltung gesagt, treffe nicht überall auf Akzeptanz; zu Schinkels Zeiten habe man Bauen nicht als Zerstörung der Natur begriffen. Den Palast der Republik dürfe man nicht abreißen und das Stadtschloss neu bauen, das sei „Entsorgung der DDR-Geschichte“, habe Nagel gesagt und dafür Beifall und vereinzelte Pfiffe geerntet.<sup>304</sup>

Das *ND* meldet derweil, der Palast könne nun doch zur Disposition stehen.<sup>305</sup> Das habe Hassemer auf eine Kleine Anfrage geantwortet. Eine Funktion gebe es für den Platz noch nicht, er solle aber als „wichtiges Gebiet für überregionale Funktionen“ reserviert werden.<sup>306</sup>

Noch im März schreibt die *taz* über den Palast. Es gebe interessierte Investoren für den Bau und auch die Idee, wieder das alte Schloss zu errichten. Innerhalb von vierzehn Tagen könnte man hier alles wieder in Betrieb nehmen, habe Rainer Oeler wehmütig gesagt, der für die Instandhaltung des monumentalen Bauwerkes zuständig sei. „Im spärlichen Licht der Notbeleuchtung wirken die holzgetäfelten Flure im ehemaligen Sitz der DDR-Volkskammer geradezu gespenstisch. Von der Außenwelt dringt kein Laut in die teppichbodengedämpften Räume des Volkskammerpräsidiums. Wo einst die letzte Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl (CDU) residierte, erinnern nur noch Staubschatten an die Existenz des DDR-Signets über ihrem Schreibtisch. Das Erbe der Volkskammer wurde zum 31. Dezember 1990

---

<sup>300</sup> Vgl. Deutscher Louvre. In: *FAZ* Nr. 34, 09.02.1991, s. S. 23.

<sup>301</sup> Vgl. Was aus dem „Palast“ wird, hängt von den Kosten ab. In: *ND* Nr. B-51, 01.03.1991, s. S. 07.

<sup>302</sup> Ebd.

<sup>303</sup> Vgl. Geisterstadt Berlin? In: *FAZ* Nr. 52, 02.03.1991, s. S. 25.

<sup>304</sup> Vgl. Schweitzer, Eva: Beifall, Beifall, vereinzelte Pfiffe. Schinkel-Festakt in der HdK. In: *taz*, 16.03.1991, s. S. 33

<sup>305</sup> Vgl. Stadtschau. Soll der Palast doch weichen? In: *ND* Nr. B-68, 21.03.1991, s. S. 07.

<sup>306</sup> Vgl. ebd.

abgewickelt“, konstatiert die *taz*<sup>307</sup> und berichtet im weiteren über die Baugeschichte und den Besuchererfolg des Palastes. Wenige Tage später wiederholt die *taz* den Bericht in einer abgeänderten Fassung.<sup>308</sup>

Die *Süddeutsche Zeitung* (*SZ*) schlägt in der frühen Phase der Schlossplatzdebatte sehr nachdenkliche Töne an, mit zunächst mehr Sympathien für eine Rekonstruktion.<sup>309</sup> Ausgelöst sei die Debatte, die nun in der Stadt „simmere“, von der *FAZ*, gefördert werde sie von der Asbestverseuchung. Viel Geld würde die Sanierung kosten – ob sich das lohne, angesichts der Tatsache, dass sich „vermutlich“ nur Ex-Funktionäre der SED mit dem Bau identifizierten, fragt die *SZ*. Selbst die politischen Fronten seien nicht ganz klar; wahr sei aber, dass das Schloss fehle. „Nicht nur aus architektur- und kulturhistorischen, sondern auch aus städtebaulichen Gründen.“<sup>310</sup> Die alte Kunst des europäischen Städtebaus habe den Blick des Städtlers auf den riesigen, „aber gelassen integrierten Baukörper“ gebündelt. „Bei aller Pracht und Herrlichkeit, die in und an ihm steckte, auch städtebaulich, war es ein Meisterstück. Ob Schlossplatzfront oder Lustgarten, Unter den Linden oder Spree mit Dom – nur Philister und Banausen können angesichts der Photos, die erhalten sind, nicht erfreut sein.“<sup>311</sup> Vom Palast hingegen könne man das Gegenteil behaupten: Er störe das Auge. Eine „mosaische Wut“ könne man bekommen, wenn man die alten Photos betrachte und den DDR-Palast vor Augen habe. Das moderne Ensemble sei kein Platz, sondern seine Zerstörung. Dies sei aber nicht der Fehler der DDR, sondern der allgemeine Verlust der „städtebauenden Architektursprache“ in der Moderne, meint die *SZ*. Das Abräumen der Geschichte? Auch ein deutscher Sonderweg, meint die *SZ*, denn im revolutionären Frankreich oder Russland habe man sich die Bauten der Aristokratie angeeignet und nicht zerstört, wie im deutschen „Möchtegernsozialismus“.<sup>312</sup> Also doch Wiederaufbau? fragt die *SZ* rhetorisch. In Form einer „Bauhütte Stadtschloss Berlin“ ja, aber nicht, um dann gewerbliche Nutzung unterzubringen. Der Vorschlag, das zu tun, disqualifiziere solche Pläne. Statt dessen ein gemeinsamer Aufbau für das „Kanzleramt, das Arbeits- und Umweltministerium“, damit die Deutschen einen „gemeinsamen Ort“ erhalten, meint die *SZ*. Nur drohe die Gefahr, dass die Politikverwaltung in Bonn bleibe und dort die Realität nur durch den Fernseher gesehen werde.

Kurz darauf erfährt der Leser von der *taz*, dass der Berliner Bausenator Nagel (SPD) den Palast „als Historiker“ erhalten wolle. „Sein Eindruck sei, dass die Befürworter eines Abrisses ‚das Symbol der ehemaligen DDR vernichten wollen‘. Als Historiker wende er sich dagegen, Geschichte zu verdrängen — egal welcher Epoche — und Bauten aus bestimmten Zeiten einfach zu vernichten“<sup>313</sup>, erklärte der SPD Politiker. Man müsse lernen, auch die 40 Jahre DDR als deutsche Geschichte zu betrachten, schreibt die *taz*. Die Nutzung des Volkskammergebäudes sei aber davon abhängig, ob Berlin Regierungstadt werde. Tags darauf relativiert die *taz* die Aussagen Nagels durch Wolfgang Branoner (CDU). Der Palast der Republik und das ehemalige Außenministerium der DDR gehörten dem Bund. Deshalb könne das Land Berlin „bei Baumaßnahmen nicht alleine tätig werden“, habe der

---

<sup>307</sup> Vgl. Michalk, Stephan: Der gläserne Sarkophag. Berlins Palast der Republik steht leer: Soll an seiner Stelle das ehemalige Stadtschloss wieder aufgebaut werden? Interessenten für das „Filetstück“. In: *taz*, 28.03.1991, s. S. 21.

<sup>308</sup> Vgl. Michalk, Stephan: Im Zentrum Berlins ein gläserner Sarkophag. Der „Palast der Republik“, Prunkbau des Honecker-Staates, ist seit einem halben Jahr wegen Asbestverseuchung Geschlossen. Sanierung des „Palazzo Prozzo“ der SED würde 200 Millionen Mark kosten. 60 Leute halten den Betrieb aufrecht. In: *taz*, 03.04.1991, s. S. 05.

<sup>309</sup> Vgl. Zohlen, Gerwin: Palast oder Schloss. Berliner Diskussion über die Gestaltung des Platzes der Republik. In: *SZ*, 03.04.1991, s. S. 13.

<sup>310</sup> Ebd.

<sup>311</sup> Ebd.

<sup>312</sup> Vgl. ebd.

<sup>313</sup> Vgl. Wildt, Dirk: Nagel will „Palazzo Prozzo“ erhalten. Bausenator erklärt bei Besuch des Bezirks Mitte, dass das Symbol der DDR-Geschichte nicht abgerissen werden dürfe. Bezirk soll „bewohnerorientiert“ saniert werden. Endlich Millionen aus Bonn. In: *taz*, 04.04.1991, s. S. 22.

Staatssekretär der Verwaltung für Stadtentwicklung, Branoner, erklärt. Das vom Stadtentwicklungssenator Volker Hassemer gegründete 'Stadtforum' berücksichtige aber „angemessen“ den Marx-Engels-Platz (heute: Schlossplatz), habe Branoner gesagt.<sup>314</sup> Zum Einschub berichtet die *taz* von einer Ausstellung über den Baumeister Schinkel und stellt dabei den Umgang mit seinen Bauten in West und Ost gegenüber. Dass die Gebäude des „großen preußischen Baumeisters“ in Berlin-Mitte zugunsten des modernen „sozialistischen Zentrums“ geschleift wurden, sei zwar Richtig. Richtig sei aber auch, dass abgesehen von der Bauakademie, auch das Siegmeyersche Haus Unter den Linden, die zahlreichen Stadtpalais, Torhäuser und das Artilleriehaus trotz teilweiser Kriegszerstörung hätten erhalten werden können, ja müssen. „Richtig aber ist auch, dass die Neue Wache, das Schauspielhaus und das Alte Museum bewahrt worden sind und dass in West-Berlin — der Ideologie zum Trotz — mit Schinkel ebenso wie in Ost-Berlin verfahren wurde: Das Bemühen um Erhaltung seiner Bauwerke stand auch hier dem Ruhm Schinkels zeitweise diametral entgegen.“<sup>315</sup> In den frühen 50er Jahren wurde in der Auslobung zum Westberliner Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“ die Schinkelsche Bauakademie schon als nicht „zwingend erhaltenswert“ abgehakt. „Ohne Not riss man 1958 das Feilnerhaus in der Ritterstraße, Schinkels ersten profanen Backsteinbau aus dem Jahre 1828/29, ab. Schließlich fielen dem Bau des Hansa-Viertels die Reste des Landhauses Graefe zum Opfer“<sup>316</sup>, erinnert die *taz* und dokumentiert die Nachkriegszerstörung an vielen weiteren Beispielen.

Die *FAZ* stellt das bereits von der *taz* erwähnte Stadtforum detailliert vor. In dem langen Beitrag<sup>317</sup> von Sybille Wirsing dreht sich alles um die Frage, ob Berlin das Tempo der drängelnden Investoren halten können, oder ob es nicht schon kostbare Zeit verloren habe. Im Mittelpunkt steht das Engagement des Automobilbauers Daimler-Benz, der sich gerade anschickte, auf dem Potsdamer Platz eine gewaltige Investition umzusetzen. Doch Wirsing zitiert nicht nur Daimler-Benz Chef Edzard Reuter und Hassemer, sondern berichtet auch über einen Skeptiker der Eröffnungsveranstaltung, der mit den Gerüchten und Plänen über eine Rekonstruktion des Schlosses hart ins Gericht geht. Der gebürtige Schweizer Kurt W. Forster, Wissenschaftler am kalifornischen Getty Center für Kunstgeschichte und Humanistische Forschung, meinte in seiner Rede, die Berliner Architektur trage sich mit der Liebhaber-Idee, das „Stadtschloss neu aus dem Boden zu zaubern“<sup>318</sup>, zu Grabe. Diese Idee sei so, zitiert die *FAZ* Forster, „als habe Berlin in der Lotterie der Geschichte eine Niete gezogen“<sup>319</sup>.

In einer ironischen Vision für das Jahr 2006 berichtet die *taz* über den Umzug der „Kanzlerin Herta Däubler-Gmelin“ in das Schloss: „Originell aber war sicherlich das auf altem Platz neu errichtete Schlossgebäude, das mit wenigen prunkvollen Schau- und Trennwänden auf Rädern wahlweise zur Touristenattraktion Stadtschloss nach altem preußischen Vorbild, zur Olympiade-Turn-und-Ringerhalle oder zum Bundeskanzleramt umgewandelt werden kann“<sup>320</sup>, spottet die *taz*.

In einer Glosse am 30. April schreibt die *FAZ* über die Art des Straßenbaus und nennt ihn barbarisch, weil heillos antiquiert, wie etwa die aus der Mode gekommenen Weißwandreifen bei den Autos.<sup>321</sup> Den Auftakt der Glosse bildet eine Darstellung für die Art der „Barbarei“

---

<sup>314</sup> Vgl. Palazzo Prozzo“. Bund entscheidet. In: *taz*, 05.04.1991, s. S. 21.

<sup>315</sup> Vgl. Suchbilder Schinkels. Eine Ausstellung zu nicht mehr vorhandenen Bauten Karl Friedrich Schinkels. In: *taz*, 08.04.1991, s. S. 25.

<sup>316</sup> Ebd.

<sup>317</sup> Vgl. Wirsing, Sybille: Berliner Umbau. In: *FAZ* Nr. 87, 15.04.1991, s. S. 31.

<sup>318</sup> Ebd.

<sup>319</sup> Ebd.

<sup>320</sup> Vgl. Scheub, Ute: Der Recycle-Regierungssitz. Berlin im Jahre 2006: Eine ökologische Vision vom Olympiade-Austragungsort, der als Regierungssitz wiederverwendet werden kann. Stadtschloss als Turnhalle und Kanzleramt. In: *taz*, 27.04.1991, s. S. 31.

<sup>321</sup> Vgl. Weißwandreifen. In: *FAZ* Nr. 100, 30.04.1991, s. S. 33.

der Tiefbauingenieure mit ihrem Wunsch nach einer autogerechten Landschaft, in der auf die Sprengung des Schlosses hingewiesen wird. Demnach dürfe man nun – nachdem das „Parteienregime in Ost-Berlin zusammengebrochen“<sup>322</sup> sei, auch die städtebaulichen Schandtaten benennen. Das Stadtschloss einem Hotelneubau zu opfern sei ein Akt der Barbarei gewesen und habe dem Zweck gedient, den Menschen die „urbane Lebensform auszutreiben“<sup>323</sup>.

Im Mai berichtet das *ND* über das Peschken/Augustin-Projekt zur Rekonstruktion des Schlosses und nennt es einen Vorschlag auf den „Spuren Potemkins“.<sup>324</sup> Es sei unmöglich, die barocke Baukunst „auch nur annähernd“ zu rekonstruieren, habe die „Architekten-Gruppe“ erklärt.

Der Palast der Republik soll offenbar doch abgerissen werden, vermeldet die *taz* kurz darauf. Stadtentwicklungssenator Volker Hassemer (CDU) habe gesagt, an seiner Stelle könnte das Bundeskanzleramt kommen. Denkbar sei auch die Errichtung des Amtssitzes des Bundespräsidenten. Hassemer betonte, dass der ganze Marx-Engels-Platz (heute: Schlossplatz) bis hin zum Fernsehturm städtebaulich verändert werden solle. „Die „architektonisch attraktivste Rekonstruktion“ in der Berliner Mitte werde der Wiederaufbau der Bauakademie von Friedrich Schinkel sein“<sup>325</sup>, schreibt die *taz*.

Ausführlich zitiert die *taz* auch den entschiedenen Gegner einer Schlossrekonstruktion, den Landeskonservator Helmut Engel. „Das Schloss ist ein Thema der Gemütspflege, nicht der Denkmalpflege“<sup>326</sup>, erklärte Engel in der *taz*. Bei einem Original solchen Ranges könne es „keine Rekonstruktion“ geben. Eine Nachbildung laufe Gefahr, zu einer „riesigen Karikatur“ des Baumeisters Andreas Schlüter zu werden, über die „alle Welt“ lachen würde. Wenn die Sprengung des Stadtschlosses durch die SED als „schmerzliche Wunde“ empfunden werde, dann sei das eine Lehre für alle, wenigstens in Zukunft mit Bausubstanzen ernsthaft umzugehen. Auch den Palast der Republik dürfe man „um Gottes willen nicht blind abreißen“, erklärte Engel und stellte sich damit gegen seinen Dienstherrn Hassemer. Der Palast müsse „[...] innerhalb der gesamten ‚Ideologie des Gebietes‘ gesehen werden — zum Beispiel dem realsozialistischen Aufmarschraum auf dem Marx-Engels-Platz und dem Einbau des vierten Schlossportals in das Staatsratsgebäude.“<sup>327</sup> In dieser hoheitlich aufgeladenen Stadtmitte könne man nicht in „Siegerlaune einfach rumwurschteln“, sondern man müsse sorgfältig jeden Schritt überlegen, so Engel in der *taz*.

In einem Interview in der *taz* bekräftigt der Architekturkritiker Bruno Flierl den Standpunkt der Zeitung und spricht sich gegen die Besetzung der Mitte durch die Politik aus. „Die Besetzung des alten Ortes gesellschaftlicher Zentralität durch Spitzeninstitutionen der Bundesregierung halte ich aus mehreren Gründen für nicht sehr glücklich. Die Besetzung eines angeblichen Ortes früherer Herrschaft, der im Palast der Republik symbolisch vergegenständlicht sein soll durch das höchste Amt der Exekutive, ist unglücklich, weil das trotz Negation der Negation auch wieder eine Art Fortsetzung der Geschichte ist, nun in der Siegerpose einer neu installierten Gesellschaft.“<sup>328</sup> Da helfe es auch nicht, wenn der Palast gar nicht das Zentrum der Macht in der DDR gewesen sei. Viel problematischer sei die Sicherheitszone, die mit der Ansiedlung staatlicher Regierungsapparate entstehen würde. „Die von Hassemer vorgeschlagene Ansiedlung von Bundeskanzleramt, Sitz des

---

<sup>322</sup> Ebd.

<sup>323</sup> Ebd.

<sup>324</sup> Vgl. Vorschlag auf den Spuren Potemkins. Stadtschloss aus Pappe. In: *ND* Nr. B-115, 21.05.1991, s. S. 07.

<sup>325</sup> Vgl. Altlast. Doch Abriss des Republik-Palastes? In: *taz*, 06.05.1991, s. S. 21.

<sup>326</sup> Vgl. Scheub, Ute: Volkspalast „bloß nicht blind abreißen“. Landeskonservator spricht sich gegen Hassemers Wunsch nach Abriss des Palazzo Prozzo aus. Pieroth will Schloss. In: *taz*, 07.05.1991, s. S. 21.

<sup>327</sup> Ebd.

<sup>328</sup> Vgl. Stadtmitte, nicht Mitte des Staates. Bruno Flierl, der wichtigste Architekturtheoretiker der DDR, zum diskutierten Abriss des Palastes der Republik. Kanzleramt in der Stadtmitte macht diese „zur Hochsicherheitszone“. In: *taz*, 11.05.1991, s. S. 31.

Bundespräsidenten, Auswärtigem Amt schafft ein Sicherheitsbedürfnis der dort Arbeitenden. Das Kanzleramt in Bonn ist rund um die Uhr eine belebte Staatsmaschinerie. Der Bereich zwischen Alexanderplatz und Friedrichstraße würde zur Hochsicherheitszone, die Kommunikation der Stadtmitte würde lahmgelegt.“<sup>329</sup> Flierl plädiert daher dafür, die Mitte als Stadtmitte zu nutzen und nicht als Mitte des Staates.

Die Rekonstruktion der Bauakademie, die von den Schlossfreunden immer als wichtiger Schritt zur Rekonstruktion der Mitte angesehen wurde, wird von der *taz* deutlich kritisiert. Sie schreibt, man dürfe die „unnötige Zerstörung des Schinkelbaus als Symbol für die Abrisswut von Stadtplanern gelten, die willkürlich alte Bausubstanz entfernten, welche nicht ins Konzept eines sozialistischen Zentrums passten.“<sup>330</sup> Doch damit werde der Rückbau von DDR-Bauten nicht legitimiert. „Der Abriss des ehemaligen Außenministeriums oder des Palastes der Republik wären demnach Wiederholungstaten.“<sup>331</sup> Geschichte aber lasse sich nicht „abmontieren“ und Repräsentanten preußischer Baupolitik ersetzen Zeichen der aufgelösten DDR nicht. Schinkels Bau stünde — um 160 Jahre versetzt — als Solitär in einem Umfeld, das kaum noch mit der baulichen Situation der 1830er Jahre vergleichbar sei. „Durch Rekonstruktion romantische Déjà-vu-Erlebnisse zu wecken hat nichts mit Geschichtsbewusstsein zu tun“<sup>332</sup>, meint die *taz*. Nicht das Denkmal müsse man wieder aufbauen, sondern das damalige Denkmodell dokumentieren.

Ganz anders sieht die Problematik die *FAZ*, die ebenfalls ausführlich über Pläne, die Schinkelsche Bauakademie wieder zu errichten, berichtet. In dem Artikel<sup>333</sup> von Thomas Rietzschel wird die Bauakademie auch mit der vermeintlichen Symbolik des Stadtschlusses verglichen und als weniger heikel angesehen. So ist es zu erklären, dass die DDR 1951 die Renovierung des im Februar 1945 ausgebrannten Gebäudes beschloss. Doch die Arbeiten kamen 1956/57 zum Erliegen. Nachdem sich die Existenz zweier deutscher Staaten immer deutlicher abzeichnete, habe die DDR Platz für eigene Baudenkmale gebraucht, meint Rietzschel. Gleichwohl sei der Abbruch der Bauakademie 1962 auch aus politischen Gründen geschehen. Denn „[...] den größten freiwerdenden Raum brauchte die DDR, die in der *Welt* nur zögerlich anerkannt wurde, für ihr Außenministerium, dem die Bauakademie weichen musste.“<sup>334</sup> Um den Schlossplatz herum gruppierte sich demnach das architektonische Gesicht der DDR: Im Osten ab 1978 der Palast der Republik, im Süden das Staatsratsgebäude und gegen Westen ein hoher, langgestreckter Gebäuderiegel, das Außenministerium. Und noch eine Symbolik entdeckt Rietzschel: Während man in der Bauakademie nachgedacht habe über die urbane Realität Berlins, habe man in den dort von der DDR errichteten Gebäuden die „Trennung der Stadt bürokratisch zementiert.“<sup>335</sup> Aus dieser Feststellung folgt für Rietzschel, dass es „nicht allein ein Akt der Denkmalpflege“<sup>336</sup> wäre, würde man das Außenministerium abreißen und erneut Platz für die Bauakademie schaffen, sondern man stelle damit auch „die Geschichte wieder vom Kopf auf die Füße“.<sup>337</sup> Doch damit nicht genug. Angeblich weiß Rietzschel auch, dass sich „alle Berliner“ mit diesem Baudenkmal identifizieren könnten, weil es sie – und hier zitiert er den Berliner CDU-Politiker Uwe Lehmann-Brauns – einander wieder näher brächte. Dieser „Neubau“ hätte eine andere Bedeutung als der „Wiederaufbau“ des Stadtschlusses, denn die Bauakademie wäre eine „historisch begründete Ergänzung des baugeschichtlichen Kontinuums“ – das Schloss

---

<sup>329</sup> Ebd.

<sup>330</sup> Vgl. Bermes, Marita: Denkmodell statt Denkmal. Zum Wiederaufbauplan der Bauakademie von Karl Friedrich Schinkel am Marx-Engels-Platz. In: *taz*, 11.05.1991, S. 31.

<sup>331</sup> Ebd.

<sup>332</sup> Ebd.

<sup>333</sup> Vgl. Rietzschel, Thomas: Fundus der Geschichte. In: *FAZ* Nr. 112, 16.05.1991, S. 35.

<sup>334</sup> Ebd.

<sup>335</sup> Ebd.

<sup>336</sup> Ebd.

<sup>337</sup> Ebd.

hingegen aber nur eine „architektonische Ergänzung des Geschichtsbildes.“<sup>338</sup> Den Unterschied, den Rietzschel hier zu sehen meint, ist völlig willkürlich. Beide Gebäude, Schloss und Bauakademie, können als „baugeschichtliches Kontinuum“ und „architektonisches Geschichtsbild“ interpretiert werden. Wie um seine schwache Argumentation zu untermauern, nennt Rietzschel Personen des öffentlichen Lebens, die auch für die Rekonstruktion der Bauakademie sind und vergisst es auch nicht, vermeintliche Gegenargumente zu entkräften. Nicht den Historismus oder ein längst „abgestorbenes Lebensgefühl“ wolle man naiv implantieren – wie es etwa die DDR mit dem Nicolai-Viertel versucht habe. Um das zu verhindern, müsse man die Bauakademie „[...] in ihrer gesamten Konstruktion, und unter Verwendung aller erhaltenen Fragmente“<sup>339</sup> wiedererstehen lassen. Auch hier bemüht sich der Verfasser um zwingende Argumente, wo es sie nicht gibt. In der gleichen Woche stellte Hassemer seinen Hauptstadtplan vor, worüber die *taz* berichtete. In seiner Planung würde der Palast verschwinden, um einem modernen Neubau in der Kubatur des alten Schlosses zu weichen. Hassemer meinte, dort könne ein neues Regierungsviertel entstehen.<sup>340</sup>

Tags darauf liefert die *FAZ* einen Beitrag<sup>341</sup> von Gustav Seibt, in dem leidenschaftlich für die Rekonstruktion des Schlosses geworben und ebenso heftig gegen die Ästhetik der DDR polemisiert wird. Seibt kleidet dabei seine Meinung in den Mantel einer Berichterstattung über die Debatte zum Berliner Schloss, so dass der Anschein entsteht, er referiere eine objektive Wahrheit. Nichts sei so repräsentativ für den Geist der DDR gewesen, wie der Palast der Republik. Der Bau sei das Produkt von „verklemmten, ängstlichen und machthungrigen Kleinbürgern“, die dafür „einen der schönsten Stadträume Europas“<sup>342</sup> geopfert hätten. Natürlich sei die Lücke mit dem Palast nicht ersetzt worden, sondern schmerze den Betrachter so sehr, dass sich sofort nach der Wende der Wunsch nach einer Rekonstruktion des Schlosses geregt habe. Seibt meinte damit eventuell den *FAZ*-Artikel von Fest vom 30. November 1990, der tatsächlich einen wichtigen Ausgangspunkt der Schlossplatzdebatte darstellt. Nach dieser Einleitung berichtet Seibt über eine Diskussion über das Berliner Schloss im Berliner Architekturforum Aedes. Allein das es so eine Diskussion gegeben habe, wertet Seibt als Beweis für die „Dringlichkeit des Problems“, um bereits im nächsten Satz fortzufahren, „niemand liebt den Palast der Republik, auch jene nicht, die sich dagegen wehren, vierzig Jahre DDR-Geschichte ´ungeschehen machen zu wollen`.“<sup>343</sup> Eine Behauptung, die Seibt nicht beweisen kann und die durch die Pro-Palast Bewegung auch klaren Widerspruch gefunden hat. Doch damit hält sich Seibt nicht auf, sondern proklamiert Einigkeit über die städtebauliche Notwendigkeit, einen Raumkörper in den Dimensionen des Schlosses errichten zu müssen. Ziel sei es, den Zusammenhang zwischen Altem Museum, Dom, Lustgarten und der Straße Unter den Linden wieder herzustellen. Natürlich gehe es dabei nicht um eine „nostalgische Rettung eines der bedeutendsten Kunstdenkmäler Deutschlands“<sup>344</sup>, sondern um einen erinnerungsbevölkerten Raum der Gegenwart. Wie viele Schlossbefürworter nach ihm stolpert Seibt in seiner Argumentation: Vernichtete Kunstwerke kann man nicht mehr retten, sie sind für immer verloren. Ihr Nachbau ist etwas Neues, ganz anderes. Vor allem wenn man, wie auch Seibt, dafür plädiert, nur einige der über 1.000 Räume des Schlosses zu rekonstruieren und sogar Reste des Palasts bestehen zu lassen. Einen echten Neubau schließt Seibt trotzdem entschieden aus. Denn, so Seibt, keinen der heutigen

---

<sup>338</sup> Ebd.

<sup>339</sup> Ebd.

<sup>340</sup> Vgl. Hassemer macht Hauptstadt schmackhaft. Die Bundestagsabgeordneten sollen in dieser Woche mit einem Modell der „Hauptstadt der kurzen Wege“ vom Regierungssitz Berlin überzeugt werden. Auch schnelles Abhauen aus dem Moloch soll garantiert werden. Wohnen rund ums Parlament. In: *taz*, 14.05.1991, S. 21.

<sup>341</sup> Vgl. Seibt, Gustav: Kleinbürger. Debatte zum Berliner Schloss. In: *FAZ* Nr. 113, 17.05.1991, S. 33.

<sup>342</sup> Ebd.

<sup>343</sup> Ebd.

<sup>344</sup> Ebd.

Architekten wäre eine Lösung zuzutrauen, da bestenfalls eine subtilere „Scheußlichkeit“ entstünde. Anscheinend wurde über die Möglichkeit solcher „Scheußlichkeiten“ auch auf dem Forum diskutiert. Seibt berichtet von „haarspalterischen Differenzierungen“ der Teilnehmer, die sich gegen die Rekonstruktion des Schlosses wandten. Das intellektuelle Gegenmittel sei die Geschichtsdidaktik der alten BRD gewesen, polemisiert Seibt, die „eine Art Freilichtmuseum zum Schloss“ konzipiert habe. Das sei ein „Rückgriff auf Devotionalienkitsch und Didaktik“ gewesen; gebaut werden müsse gleich ein Äquivalent des Originals, beharrt Seibt. Das Schloss werde dann ein Erinnerungsraum sein wie die rekonstruierte Warschauer Altstadt, und das müsse man dann eben ertragen. Seibt schließt mit der Warnung, bei dem Neubau Berlins könnte sich erneut ein „Geist des Kleinbürgertums“ durchsetzen, doch diesmal nicht der einer „auftrumpfenden DDR“, sondern der einer „feigen alten Bundesrepublik“, die sich zu nichts bekennen wolle.<sup>345</sup> Welch ein Bekenntnis ein Wiedererrichtetes Schloss wäre, diese Antwort bleibt Seibt freilich dem Leser schuldig. Doch bereits sein Einstige in die Thematik ist willkürlich, wenn er den Palast der Republik als eine „kleinbürgerliche Scheußlichkeit“ bezeichnet. Zahlreiche moderne Glas-Beton-Kästen der BRD ab den späten 1970er Jahren können ohne weiteres das gleiche Etikett bekommen. Die BRD ist also ebenso von machthungrigen Kleinbürgern regiert worden? – Die Form und Ästhetik des Palasts reiht sich problemlos ein in die moderne Architektur seiner Entstehungszeit – sowohl im Osten, wie auch im Westen. Das Regierungspräsidium in der ehemaligen Residenzstadt Kassel beispielsweise – im übrigen auch an der Stelle des Stadtschlosses der Landgrafen errichtet – mag man ebenso als „scheußlich“ bezeichnen, wie das ehemalige *Skála*-Einkaufszentrum in Budapest, direkt gegenüber dem Westbahnhof. Es ist daher falsch, den Palast der Republik als repräsentativ für den „Geist der DDR“ zu benennen. Er ist schlicht ein Zeugnis der Moderne.

In der Zwischenzeit hat die *taz* Wind davon bekommen, dass die Schlossbefürworter den Bau mit Hilfe einer Plastikimitation wieder in das Blickfeld der Menschen bringen wollen.<sup>346</sup>

Monate später publiziert die *FAZ* einen Artikel<sup>347</sup> des Publizisten und bekennenden Schlossbefürworters Wolf Jobst Siedler, in dem dieser die zentrale Streitfrage in der Schlossdebatte, nämlich ob man vernichtete Gebäude wieder rekonstruieren dürfe, positiv zu beantworten versucht. Stadtpolitiker wendeten sich mit Kunsthistorikern und Konservatoren gegen die Herstellung von Falsifikaten, beginnt Siedler mit seinem Ausgangspunkt. Immer wieder habe man dieses Argument angeführt, als es darum ging, nach dem Krieg Hunderte von Schlössern, Kirchen und Theatern wieder aufzubauen. Als Beispiel nennt Siedler das Frankfurter Goethehaus, das Stuttgarter Neue Schloss und das Belvedere im Charlottenburger Schlosspark. Das völlig zerstörte Belvedere habe man gegen den Rat der Fachleute wieder errichtet. Von dieser Darstellung des Sachverhalts springt Siedler in die Berliner Mitte: Politiker und Architekten begrüßten einmütig, dass am Ende der Straße Unter den Linden Gebäude aus Berlins klassischer Zeit erhalten geblieben seien. Diese seien die von Knobelsdorff errichtete Königliche Oper, Schinkels Neue Wache und Stracks Kronprinzenpalais. Doch diese Annahme sei falsch, so Siedler, denn die Gebäude seien „im Grunde nur Imitationen, im denkmalpflegerischen Sinn nichts als Kopien.“<sup>348</sup> Zum Beweise referiert Siedler die Baugeschichte der Bauten. Allein die Oper sei dreimal niedergebrannt, das erste Mal 1843. Die Vernichtung in der Feuerbrunst sei so umfassend gewesen, dass man sogar die Grundmauern nicht mehr benutzen konnte. Nicht ein Stein der Oper sei daher original gewesen, als die zweite und dritte Vernichtung folgte. Ob man wenigstens einige Steine aus dem alten Bau wieder verwendet habe, wüssten selbst die Denkmalpfleger nicht zu sagen. Ganz ähnlich verhalte es sich mit dem Kronprinzenpalais. Die vom Krieg zerstörte

---

<sup>345</sup> Vgl. ebd.

<sup>346</sup> Vgl. Auferstehung. Berliner Stadtschloss aus Pappe. In: *taz*, 21.05.1991, s. S. 23.

<sup>347</sup> Vgl. Siedler, Wolf Jobst: Nichts als Kopien. In: *FAZ* Nr. 194, 22.08.1992, s. S. 27.

<sup>348</sup> Ebd.

Ruine, die man fotografisch festgehalten habe, wurde nach 1945 gesprengt und vollkommen abgetragen. Wenige Jahre nach der Vernichtung habe das Politbüro der DDR beschlossen, ein repräsentatives Gästehaus bauen zu wollen. Aus dieser Überlegung sei „aus dem Nichts“ der Bau des preußischen Spätklassizismus rekonstruiert worden – natürlich als Imitation, wie Siedler betont. Die ebenfalls schwer beschädigte Neue Wache wurde in letzter Sekunde vor dem Abbruch gerettet und passt daher nicht ganz schlüssig in die Argumentation Siedlers. Erich Honecker, damals Führer der FDJ, habe in einer Resolution den Abriss der Neuen Wache gefordert, da sie ein Bauwerk preußischen Militarismus sei. Der bereits erteilte Abrissbefehl wurde jedoch durch die Intervention des sowjetischen Stadtkommandanten widerrufen, weil der aus dem Bauhaus stammende Architekt und Denkmalpfleger Hinnerk Scheper bei den Sowjets gegen die Resolution Honeckers heimlich protestiert hatte.<sup>349</sup> Warum Siedler die Neue Wache trotzdem zitiert, erkennt man an seiner Beurteilung des Umbaus: Ihr innerer Ausbau folgte dem „kleinbürgerlichen Geschmack der Satrapen Moskaus.“<sup>350</sup> Also auch hier, wie schon bei Seibt, die Verdammung eines Stils, den Siedler als kleinbürgerlich bezeichnet. Man trifft immer wieder auf die Diffamierung der Schlossgegner, bzw. Palastbefürworter als „Kleinbürger“. Der „Kleinbürger“, der in der Debatte nie genau definiert wird, scheint der schlimmste Vorwurf zu sein, den man dem politischen Gegner in einer bürgerlichen Gesellschaft machen kann. Keiner der beiden Seiten spart mit dieser Vokabel und so liegt der Verdacht nahe, dass man bemüht ist, als Akteur in der Schlossplatzdebatte nicht in den Verdacht zu geraten, „kleinbürgerliche“ Ansichten zu vertreten.

Da die Baugeschichte der meisten großen Städte Europas für Siedler nachweislich eine Geschichte von Falsifikaten ist, sind alle Argumente gegen den Wunsch nach einer Imitation des Stadtschlusses aus diesem Blickwinkel her nicht statthaft. Die „kunsthistorische Gewissenhaftigkeit der Fürsprecher des Authentischen“<sup>351</sup> entlarve sich angesichts der tatsächlichen Baugeschichte berühmter Bauten nicht nur in der Berliner Mitte als „Unkenntnis“. Diese Fürsprecher kannten die Baugeschichte der Werke nicht, zu denen sie sich so markant äußern, bemängelt Siedler.

Als sei der Abriss des Palastes beschlossene Sache, illustriert das *ND* die Asbestproblematik mit dem 13stöckigen Gebäude der EU-Kommission in Brüssel, in dem ebenfalls das giftige Material verbaut wurde.<sup>352</sup> Das Gebäude in Brüssel solle abgerissen werden und folge damit dem Palast, schreibt das *ND* auf Seite eins.

Im Sommer berichtet die *taz* über eine Ausstellung des Heimatmuseums in Berlin-Mitte, die sich maßgeblich dem Palast und dem Schloss widmete. Nicht etwa ein Schlossverein wird als Organisator genannt, sondern der Verein Stiftung Scheunenviertel. In der dritten von drei Themenkreisen könne auch der Besucher Vorschläge zur Nutzung des Schlossplatzes machen, berichtet die *taz*.<sup>353</sup> Auch das *ND* vermeldet die Ausstellung.<sup>354</sup> Mit der gleichen Thematik beschäftigen sich weitere Artikel der *taz*, die sich vornehmlich dem Städtebau in Mitte widmen und somit auch das Stadtschloss aufgreifen. So etwa, wenn nach einem neuen Wahrzeichen für Berlin<sup>355</sup> gesucht, oder wenn über die Verdichtung der Mitte durch neue Hochhäuser räsoniert wird.<sup>356</sup>

---

<sup>349</sup> Vgl. ebd.

<sup>350</sup> Ebd.

<sup>351</sup> Ebd.

<sup>352</sup> Vgl. „Stern“ von Brüssel folgt dem Palast der Republik. In: *ND* Nr. B-125, 1./2.06.1991, s. S. 01.

<sup>353</sup> Vgl. Schloss und SED-Palast vereint. Ausstellung im Heimatmuseum des Bezirks Berlin-Mitte über die Geschichte des 1950 gesprengten Berliner Schlosses. Architekten stellen ihre Visionen für einen teilweisen Wiederaufbau vor. In: *taz*, 21.06.1991, s. S. 30.

<sup>354</sup> Vgl. Stadtumschau. Schlossgeschichte dokumentiert. In: *ND* Nr. B-142, 21.06.1991, S. 9.

<sup>355</sup> Vgl. Lenin oder Langer Lulatsch? Eine Hauptstadt sucht ihr neues Wahrzeichen. In: *taz*, 06.07.1991, s. S. 35.

<sup>356</sup> Vgl. Dicht und sanft will die CDU in die Höhe bauen. Mit Stadtteilverdichtung und Hochhäusern will die CDU Berlin gestalten. „Grundsätze für eine Hauptstadtcharta“. In: *taz*, 13.07.1991, s. S. 30.

Unter der Überschrift „Was kostet die Aktion?“ berichtet das *ND* über die „CDU-Hauptstadtcharta“ einer „sanften Metropole“.<sup>357</sup> Der Palast und das Außenministerium solle abgerissen und die alte Innenstadt zwischen Reichstag und Potsdamer Platz wieder hergestellt werden, berichtet das *ND*.

Nicht in Berlin, sondern in Mainz habe sich die „wahrscheinlich einmalige“ „Gesellschaft zum Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses“ mit knapp 50 Mitgliedern gegründet, meldet das *ND* im August.<sup>358</sup>

Im September erscheint der erste große Beitrag des *ND* über die Schlossplatzfrage.<sup>359</sup> Anlass ist das Erscheinen des Reiseführers MERIAN „Hauptstadt Berlin“, in dem ein herausklappbares Stadtschloss auf dem Stadtplan eingebaut worden war. Eine „handverlesene Runde von Befürwortern des Berliner Schlosses“ sei im Roten Rathaus zusammen gekommen, um vor „ebenso illustrem Publikum“ über die neue Mitte für die alte Hauptstadt zu reden.<sup>360</sup> MERIAN-Chefredakteur Bissinger habe den Palast als monströs, spießig und protzig „niedergemacht“ und den Abriss des Klotzes gefordert, worauf ihm der Beifall des geladenen Publikums sicher gewesen sei. Günter de Bruyn, „Nach-Redner“ Bissingers, habe ebenfalls die Rekonstruktion des Schlosses gefordert. „Kaum zu glauben, aber die meist von weit angereisten ‚Experten‘ waren noch steigerungsfähig“<sup>361</sup>, schreibt das *ND*. Arnulf Baring, Professor an der Freien Universität Berlin, habe sichtlich geschaudert bei dem Gedanken, eines Tages ostwärts aus dem Schloss blicken zu müssen: „Er hoffe nur, dass die Plattenbauten von selbst in sich zusammenstürzen“<sup>362</sup>, zitiert das *ND* Baring, der sich auch durch den Zwischenruf „Disneyland“ nicht habe irritieren lassen. Die Kosten würden durch Spenden gesichert werden, „die Rentnerin“ werde auch fünf Mark für das Schloss geben. Die spätere Schlüsselfigur in der Schlossplatzdebatte, Wilhelm von Boddien, wird vom *ND* als „vom Kuratorium der Freunde der preußischen Schlösser und Gärten“ vorgestellt. Boddien habe zur Kostendämpfung vorgeschlagen, nur die Fassade des Schlosses zu rekonstruieren. Überall in der *Welt* würden alte Gemäuer entkernt, um sie den heutigen Anforderungen entsprechend nutzen zu können, habe Boddien argumentiert. „Pläne, Fotos, sogar einzelne Stücke der Fassade (‘wir wissen, wo sie vergraben sind’) seien genügend vorhanden“.<sup>363</sup> Das *ND* zitiert noch den Architekten Kleihues (1933-2004), der die Notwendigkeit einer politischen Entscheidung betonte, dem der Generaldirektor des Deutschen Historischen Museums (DHM), Christoph Stölzl, zugestimmt habe. Hassemer habe die zuweilen „hochgepeitschten Emotionen“ moderat geglättet und gemeint, man solle sich ruhig zehn Jahre lang Zeit lassen für den „höchst schwierigen Ort“.<sup>364</sup>

Drei Monate nach dem Mordanschlag gegen Hanno Klein versucht die *taz* in einem investigativen Beitrag die Motive der Täter zu ergründen und beschreibt in zwei langen Artikeln das Interessengeflecht der Großinvestoren, in dessen Mühlen Klein geraten sein könnte.<sup>365</sup>

---

<sup>357</sup> Vgl. CDU: Palast und Ex-Außenministerium abreißen. Was kostet die Aktion? In: *ND* Nr. B-161, 13./14.06.1991, s. S. 07.

<sup>358</sup> Vgl. Stadtumschau. Mainzer Verein will Stadtschloss bauen. In: *ND* Nr. B-195, 22.08.1991, s. S. 07.

<sup>359</sup> Vgl. Nölte, Karin: Experten über die Mitte der Hauptstadt: weg mit Palast, Außenministerium, Fernsehturm. „Die Rentnerin wird schon 5 Mark fürs Schloss geben“. In: *ND* Nr. B-214, 13.09.1991, s. S. 09.

<sup>360</sup> Vgl. ebd.

<sup>361</sup> Ebd.

<sup>362</sup> Ebd.

<sup>363</sup> Ebd.

<sup>364</sup> Vgl. ebd.

<sup>365</sup> Vgl. Schweitzer, Eva: Warum musste der Beamte Hanno Klein sterben? Drei Monate nach dem Mord an dem Senatsbeamten Hanno Klein sind die Hintergründe der Tat immer noch vollständig im Dunkeln. Die Ermittlungen wurden eingestellt, ohne das Geflecht von Bauprojekten in der Boomtown Berlin zu durchleuchten. In: *taz*, 19.09.1991, s. S. 23. Siehe auch: Schweitzer, Eva: Warum starb Hanno Klein? Der Mord an dem Berliner Senatsmitarbeiter ist ungeklärt. Er war für alle relevanten Bauprojekte zuständig. In: *taz*, 09.10.1991, s. S. 08.

Etwas aus dem Kontext gerissen scheint ein Beitrag in der *taz*<sup>366</sup> über den Schlossplatz und den Lustgarten. Derzeit aber atme der Platz eine „geradezu historische Leere“. Zwischen den beiden Spree-Armen, wo seit 1442 das Schloss der Kurfürsten, Könige und des Kaisers thronte, parkten Trabis und Touristenbusse. Die kleine Tribüne an der Spree, auf der die „Feudalsozialisten der SED“ die befohlenen Massenaufmärsche überwachen konnten, sei von Gras überwachsen. „Live dabei“, davon künde nur noch eine abblätternde Parole im asbestverseuchten Palast der Republik. Bloß im nördlich gelegenen Lustgarten, der 1951 dem Marx-Engels-Platz (heute: Schlossplatz) zugeschlagen wurde und im April 1991 wieder seinen alten Namen zurückerhielt, sehe man einige Touristen. Der malträtierte Platz werde wohl nie zur Ruhe kommen. „Nun, da die Roten schlecht und die Preußen gut sind, wollen diverse Volksvertreter den Palast der Republik und das DDR-Außenministerium abreißen und das wilhelminische Schloss wiederaufbauen. Das Bundesfinanzministerium hält die ehemalige Volkskammer ‚für Zwecke des Bundes nicht verwendbar‘, zumal die Asbestsanierung ein Loch von rund 200 Millionen in die eh schon leere Haushaltskasse reißen würde.“<sup>367</sup> Eine Wiederauferstehung des Kaiserschlosses hingegen, die gegen ein bis zwei Milliarden Mark Cash aus dem Boden zu stampfen wäre, treibe einem Großteil der Berliner Senatoren und manchen Bonnern Tränen der Rührung in die Augen.<sup>368</sup> Die Tendenz hin zum Abriss des Palastes sieht die *taz* auch bei der 10. Sitzung des Stadtforums, über die sie berichtet.<sup>369</sup>

Derweil meldet das *ND* kommentarlos, wie Überreste des Schlosses gesichtet und in den Künstlerhof Buch gebracht würden.<sup>370</sup> Auch aus dem Gründerzeitmuseum Mahlsdorf seien 27 Teile – etwa Federstücke von Adlern – nach Buch verlagert worden.

Im Zusammenhang mit einer Rembrandt-Ausstellung im Alten Museum veröffentlicht die *FAZ* eine Glosse<sup>371</sup> über die Mitte Berlins. Der Verfasser des Beitrags hofft, dass die Ausstellung ein „Aha-Erlebnis“ bei allen Instanzen ausgelöst habe und so mit einer Wiederbelebung der Museumsinsel als Stätte der Kultur bald zu rechnen sei. Denn die Lage vermittele eine Insel der Ruhe, und man könne von Glück reden, dass die DDR nicht wie ursprünglich angedacht, die erheblich beschädigten Gebäude zusammen mit dem nahe gelegenen Schloss niedergerissen habe.<sup>372</sup>

Zum 150. Todestag von Karl Friedrich Schinkel (1781-1841) schreibt das *ND* einen Beitrag im Hinblick auf den anstehenden Neu- und Umbau der Berliner Mitte.<sup>373</sup> Schinkels Wirkung habe sich nicht in ästhetischem Genuss erschöpft, wie seine Bauten, die den Krieg und die ideologische Zerstörung überdauerten, bewiesen. Das *ND* nennt für die untergegangenen Bauten die Bauakademie und das Stadtschloss, die noch immer die Gemüter schieden. Schinkel, der an der klassischen deutschen Philosophie geschult worden sei hätte vielleicht „am ehesten Verständnis“ gehabt für die Vergänglichkeit seiner Baukunst, vermutet das *ND*. Kultursenator Ulrich Roloff-Momin (parteilos, SPD-nah) habe die aktuelle Situation mit der zur Zeit Schinkels verglichen. Unter schwierigen Rahmenbedingungen müsse Berlin seine

---

<sup>366</sup> Vgl. Scheub, Ute: Der Paradeplatz atmet historische Leere. Der Marx-Engels-Platz: Einst Sitz der Monarchie und der SED, heute ein schnöder Parkplatz, entladen von aller Macht. Im Lustgarten wuchsen die ersten Mark-Kartoffeln. Der Soldatenkönig und die Nazis ließen ihn als Aufmarschplatz planieren. In: *taz*, 25.09.1991, s. S. 28.

<sup>367</sup> Ebd.

<sup>368</sup> Vgl. ebd.

<sup>369</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Es lebe das Hochhaus am Alex! Die 10. Sitzung im „Stadtforum“: Kommen nun nach den Bouletten am Potsdamer Platz die langen Spargel am Alex? Die östliche City ist kein Regierungsviertel, sondern „bürgerliche Mitte“. „Weiterbau“ statt Abriss der Stadt wird gefordert. In: *taz*, 07.10.1991, s. S. 23.

<sup>370</sup> Vgl. Schlossreste gesammelt. In: *ND* Nr. B-291, 01.10.1991, s. S. 07.

<sup>371</sup> Vgl. Aufwertung. In: *FAZ* Nr. 232, 07.10.1991, s. S. 33.

<sup>372</sup> Vgl. ebd.

<sup>373</sup> Vgl. Der Preußische Baumeister und die Berliner Stadtentwicklung. Heute wieder: „Baun Se billig, Schinkel“. In: *ND* Nr. B-235, 09.10.1991, s. S. 07.

neue Rolle städtebaulich festzuschreiben. Die „erfreulich öffentlich“ geführte Diskussion um die Zukunft des Palastes sei stellvertretend für einen Richtungskampf, der zur Auseinandersetzung mit der Stadtgeschichte und –entwicklung zwingt. „Die Besinnung auf Schinkel könne helfen, ‚Schnödes und Banales‘ von Dauerhaftem zu unterscheiden“, <sup>374</sup> habe Roloff-Momin gesagt.

Die Person und das Werk Schinkels scheint auch bei der *FAZ* gut gelitten zu sein, denn am 9. Oktober 1991 widmet sie ihm erneut einen fast ganzseitigen Beitrag <sup>375</sup> von Fritz Neumeyer. Dieser erklärt zunächst, in welcher Weise Schinkel etwas Neues in die damalige Architektur gebracht habe, was praktisch bis in die Gegenwart verbindlich sei. Wahrscheinlich ohne es zu wollen, liefert Neumeyer, der sich – wie man später erfährt – nicht unbedingt zu den Schlossbefürwortern zählt, einen Hinweis über die Funktion barocker Architektur. Die in Reih und Glied angeordneten Fronten barocker Straßenkorridore mit ihren flachen Fassaden seien für Schinkel ein „Ausdruck monarchistischer Gleichmacherei“ gewesen, weshalb er sie „gehasst“ habe. <sup>376</sup> Gilt das nicht auch für die barocke Schlossfassade, um die es in der Debatte eigentlich ging? Oder meinte Schinkel, bzw. Neumeyer nicht eher die geometrischen Straßenfluchten, die sich bei einer geordneten Blockbebauung ergeben? Das Neumeyer diesen Aspekt nicht weiter erläutert, bleiben hier nur Vermutungen, die allerdings nicht zu Gunsten des barocken Schlosses auszulegen sind. Kurz darauf stellt Neumeyer fest, dass in Berlin die falschen Diskussionen geführt werden. Denn anstatt sich „nach vorne“ zu denken, würden „Erhaltungssatzungen“ für die Bausubstanz der Stadt entworfen. Man diskutiere leidenschaftlich die Frage, „ob man – wenn es sich um bauliche Hinterlassenschaften der DDR handelt – historische Bauten abreißen darf, ob man sie rekonstruieren darf – wenn es sich um Bauten aus einer glorreichen Vergangenheit handelt.“ <sup>377</sup> Statt dessen sollte man alle Kräfte für eine Baugesinnung mobilisieren, aus der eine Bautradition hervorgeht, die „rekonstruktionswürdige Bauten der Zukunft“ hervorbringe. Wie über Berlin diskutiert werde ist für Neumeyer ein Beleg dafür, dass es eine Sehnsucht nach einer eigenständigen Berliner Architektur gebe. Anders gesagt: Berlin vermisse noch immer seinen Schinkel. Zumindest ist Neumeyer davon überzeugt, der am Ende seines Beitrags dafür plädiert, die Schinkelsche Bauakademie wieder aufzubauen. Denn wenn – wie die Schlossgegner behaupten – die Wiedererrichtung historischer Bauwerke „[...] zugleich auch immer etwas von dem Geist wiederbelebt, der einst in diesen Mauern wehte“ <sup>378</sup>, dann müsse man schleunigst die Bauakademie wieder errichten. Mit dieser Forderung befindet sich Neumeyer allerdings mitten in der Gruppe derjenigen, die die Mitte wieder so sehen wollen, wie sie bis 1945 aussah. Tatsächlich lässt Neumeyer die Katze aus dem Sack, als behauptet, mit der Bauakademie sei ein „[...] städtebaulicher Eckstein zur Wiedergewinnung der historischen Mitte gefunden.“ <sup>379</sup> Wer aber die historische Mitte will und dafür ein markantes Gebäude – einen Eckstein – zu rekonstruieren bereit ist, wird sich kaum den Forderungen derjenigen verschließen können, die auch andere Bauten des Zentrums, allen voran das Stadtschloss, wieder vor Augen haben wollen. Dass aus der neu errichteten Bauakademie eine Stätte des Forschens, des städtebaulichen Experimentierens und neuer Impulse werden solle, ist letztlich eine funktionale Zugabe, wie sie auch von den Schlossbefürwortern vertreten wird. Auch dort, hinter der barocken Fassade des Humboldt-Forums, soll eine Stätte der Kultur gebaut werden. Als wäre der Zeitpunkt für den Artikel von Neumeyer bewusst gewählt, berichtet die *FAZ* bereits einen Tag später – diesmal nicht wie üblich im Feuilleton, sondern im Politikteil –

---

<sup>374</sup> Ebd.

<sup>375</sup> Vgl. Neumeyer, Fritz: Idealistische Stadtvision. In: *FAZ* Nr. 234, 09.10.1991, S. 33.

<sup>376</sup> Vgl. ebd.

<sup>377</sup> Ebd.

<sup>378</sup> Ebd.

<sup>379</sup> Ebd.

über die Rückbenennung der Schlossbrücke.<sup>380</sup> Peter Jochen Winters zitiert den Senatsbeschluss, in dem es heißt, am Jahrestag der Einheit wolle man „der Stadt Berlin, den Berlinerinnen und Berlinern ihre Schlossbrücke zurückgeben.“<sup>381</sup> Der damalige Bausenator Nagel fügte hinzu, mit der Rückbenennung werde die Zeit, als die Brücke Marx-Engels-Brücke hieß, nicht aus der Geschichte gestrichen. Vielmehr sei der Akt ein „Zwischenschritt zur echten Einheit“.<sup>382</sup> Ob je ein Bürger „seine“ Brücke wieder als Schlossbrücke bezeichnet wissen wollte, wird nicht dokumentiert und wird von der *FAZ* auch nicht weiter problematisiert. Es ist anzunehmen, dass es darüber keine empirischen Studien gab und dass es den meisten „Berlinerinnen und Berlinern“ egal war, wie der Bau bezeichnet wird. Wie so oft in der Debatte wird die Entscheidungsfindung einer Ministerialbürokratie als „Wille des Bürgers“ dargestellt. Es gab ja keine allgemeine Abstimmung darüber, ob die Brücke einen neuen Namen bekommen sollte. Logisch unsinnig ist auch die Behauptung, mit der Rückbenennung wäre die Ära als Marx-Engels-Brücke nicht gestrichen worden, wie Bausenator Nagel laut *FAZ* betonte. Wenn die alte Schlossbrücke wieder Schlossbrücke heißt, sind die „40 Jahre deutsche Geschichte, in denen die Brücke Marx-Engels-Brücke hieß“<sup>383</sup>, vorbei. Beendet – und damit auch gestrichen. Winters beschreibt im Rest des Artikels die Baugeschichte der von Schinkel 1819 entworfenen, 1822 begonnenen, aber erst nach seinem Tod 1847 fertig gestellten Brücke. In dem Beitrag verweist Winters noch auf den Marx-Engels-Platz. Dieser Platz umfasste sowohl die später als Schlossplatz bezeichnete Fläche und auch den noch nicht rekonstruierten Lustgarten. Im Zusammenhang mit der Schlossbrücke schreibt Winters, sie führe „[...] über den Spreekanal zwischen dem Lustgarten (der immer noch Marx-Engels-Platz heißt) und der Straße Unter den Linden“<sup>384</sup>. Die Wortwahl lässt Unmut, bzw. Ungeduld erkennen. „Noch immer“ wird der Platz nach Marx und Engels benannt. Winters gibt hier aber auch zu erkennen, dass er mit weiteren Rückbenennungen rechnet. Noch mindestens ein Dutzend weiterer Brücken im Osten der Stadt sollen umbenannt werden, schreibt Winters. Bemerkenswert ist auch die Überschrift des Artikels: „Nike richtet den Verwundeten auf“ – so heißt auch eine der acht Figurengruppen der Brücke. Die Überschrift ist nicht zufällig gewählt. Sie suggeriert eine Korrektur, eine Hoffnung. Die Göttin Nike – die politischen Akteure – richtet den Verwundeten – die preußisch-deutsche Tradition – wieder auf. Es kommt etwas zurück, was man schon sterben sah. Kein Zufall dürfte es auch sein, wenn Winters seinen Beitrag damit beendet, dass die „SED-Gewaltigen“ sich nicht dazu durchringen konnten, zum 200. Geburtstag Schinkels, als die Figuren zwischen 1983 und 1984 wieder auf der Brücke installiert wurden, dem Bau auch seinen alten Namen wiederzugeben. Eine Schlossbrücke hätte unweigerlich auch das Schloss ins Bewusstsein gerufen und damit auch seine Sprengung von 1950.<sup>385</sup>

Wieder berichtete die *taz* über neueste Entwicklungen innerstädtischer Planungen. Neben vielen Einzelfragen sei noch immer umstritten, was mit dem Palast der Republik geschehen solle: „Soll man ihn abreißen und etwa durch das Bundeskanzleramt ersetzen — die konservative Position — oder asbestsanieren und kulturell nutzen, wie es die Berliner SPD und kürzlich sogar Staatssekretär Günther vom Bonner Bauministerium forderte?“<sup>386</sup>

Auch das *ND* berichtet von der 11. Tagung des Berliner Stadtforums, auf der vor allem über den Hauptstadttumzug debattiert worden sei.<sup>387</sup> Günter Scheffel aus dem

<sup>380</sup> Vgl. Winters, Jochen: „Nike richtet den Verwundeten auf“. In: *FAZ* Nr. 235, 10.10.1991, s. S. 09.

<sup>381</sup> Ebd.

<sup>382</sup> Ebd.

<sup>383</sup> Ebd.

<sup>384</sup> Ebd.

<sup>385</sup> Vgl. ebd.

<sup>386</sup> Vgl. Berliner Senat schenkt Regierung 220 Hektar. Entweder „Hochsicherheitszone“ in der Berliner Stadtmitte oder dezentrale Verwaltungen überall in der Stadt. In: *taz*, 21.10.1991, s. S. 05.

<sup>387</sup> Vgl. Stadtforum sucht geeignetsten Ort für Regierung und Parlament. Zum Spreebogen oder auf den Marx-Engels-Platz? In: *ND* Nr. B-245, 21.10.1991, s. S. 07.

Bundesbauministerium habe sich anfangs gegen den Vorwurf verwahrt, Bonn besetze sein gewünschtes Terrain durch „brachiales Vorgehen“. Die Berliner Verantwortlichen sollten nicht den „Brunnen vergiften“, aus dem man später trinken wolle, habe Scheffel gemeint. Ein Drittel des *ND*-Artikel beschäftigt sich mit dem Vorschlag des Bundestagsabgeordneten und Mitglieds der Baukommission des Ältestenrats im Bundestag, Peter Conradi (SPD). Dieser habe vor einer Ghetto-Bildung eines Regierungsviertels gewarnt. Auch verführe das unbebaute Gebiet im Spreebogen zu Pathos, zu Achsen und Symmetrien und damit zu einer „demonstrativen Staatsarchitektur“, die nicht einer demokratischen Republik angemessen sei, so Conradi. Einfacher und schneller zu bebauen sei hingegen der Marx-Engels-Platz (heute: Schlossplatz). Dort könnte „anstelle“ des Palastes der Bundestag hinziehen. Der Charakter des Neubaus als „Volkshaus“ sollte aber erhalten bleiben.<sup>388</sup>

Auch wenn über die Nutzung des Palastes noch nicht Klarheit herrschte, dass sein Inhalt ein gänzlich neuer werden würde, dokumentierte die *taz*, indem sie über den Verkauf des Inventars berichtete. Sämtliche Inneneinrichtung sei en bloc verkauft worden – Souvenirjäger, die kleinere Posten, etwa von dem Porzellan ergattern wollten, seien leer ausgegangen.<sup>389</sup> In die triste Stimmung des „Ausverkaufs“ passt der *taz*-Bericht über den Hausmeister Bartz, der als einer der letzten Mitarbeiter im Palast seinen Dienst tue. „Das Ehepaar Bartz ist freundlich, anspruchslos, ohne Träume und Fragen, auch jetzt noch. Wehmütig sind sie, und geben mit ihrer Wehmut ein unendlich trauriges Bild ab. Draußen demonstrieren Arbeitslose. Des Hausmeisters Blick aus dem Fenster fällt auf den Demonstrationzug wie ehemals am 9. November. Damals habe er gesagt: Irgendwann gehen die wieder auf die Straße und sagen ‘So wollten wir es auch nicht‘.“<sup>390</sup> Anfang Dezember erschien die neueste Umfrage, in der sich laut *taz* nur knapp 30 Prozent der Berliner für einen Abriss des Palastes stark machten.<sup>391</sup>

Gegen Ende des Jahres veröffentlicht die *FAZ* einen Erlebnisbericht<sup>392</sup> über die Straße Unter den Linden. Nicolette Gust beschreibt die Händler am Pariser Platz, die Orden und Uniformen der Roten Armee verkaufen, eine Mahnwache gegen den Jugoslawienkrieg und wie sich das Milieu seit den vergangenen zwei Jahren durch neue Läden und leer stehende Büros zu verändern scheint. Am Ende der Allee könne man im Winter, wenn es also keine Blätter mehr an den Bäumen gibt, bis an ihren Ausgangspunkt schauen. Wo bis 1950 das Berliner Stadtschloss stand, erhebe sich heute der Palast der Republik.<sup>393</sup> Gust beklagt hier keinen Verlust. Anstelle des einen stehe das andere, gibt sie dem Leser zu verstehen. Bei der Beschreibung der Oper und anderer Prunkbauten fehlen allerdings Hinweise über ihre Qualität als Reproduktionen, wie etwa bei Siedler in seinem Beitrag über die Falsifikate. Doch zum Schluss des Beitrags – und örtlich gesehen auch am Ende der Linden, kommt Gust wieder auf das Schloss zu sprechen: „Im Palast der Republik, an dessen Stelle viele Berliner das Berliner Stadtschloss wiederaufgebaut sehen möchten, sind die Lichter erloschen.“<sup>394</sup> Zwar ergreift Gust hier scheinbar nicht Partei für das Schloss, aber allein der nicht belegte Hinweis, „viele Berliner“ wollten das Schloss, lässt auf eine positive Haltung gegenüber der Rekonstruktion vermuten. Bewusst oder unbewusst verstärkt der Hinweis über die verloschenen Lichter im Palast den Eindruck, die Zeit des Gebäudes sei ebenso abgelaufen, wie die der leeren Verwaltungsbauten der DDR.

Zum Jahresende widmet sich die *taz* durch den Bericht über eine Fotoausstellung erneut der Berliner Mitte. Zum Einstieg heißt es, mit der Wiedervereinigung sei auch die Sehnsucht wiedergekommen. „Die Sehnsucht der Alten und Jungen, das Bild eines Landes

---

<sup>388</sup> Vgl. ebd.

<sup>389</sup> Vgl. Pett, Helga: Der Palast stößt seinen Ballast ab. Lager des Palastes der Republik geräumt. Vom Sektglas bis zur Kreiselpumpe. Renner: Trabant Kübel. In: *taz* 23.10.1991, s. S. 24.

<sup>390</sup> Vgl. Seifert, Sabine: Palazzo triste. In: *taz*, 01.11.1991, s. S. 18.

<sup>391</sup> Vgl. Gegen Abrisse. Forsa: Zwei Drittel der Berliner sind für Tempo 30. In: *taz*, 05.12.1991, s. S. 21.

<sup>392</sup> Vgl. Gust, Nicolette: „Bald verkaufen die hier noch ihre Panzer“. In: *FAZ* Nr. 285, 09.12.1991, s. S. 14.

<sup>393</sup> Vgl. ebd.

<sup>394</sup> Ebd.

wiederauferstehen zu sehen, das sich selbst in Schutt und Asche manövriert hatte, aber diese hausgemachte Untat nicht wahrhaben will — die Sehnsucht, verschwommenen Auges, also auch gleich wieder ertränkt.“<sup>395</sup> Auch die nachfolgenden Stadtzerstörungen durch „Denkblockaden im Kopf“, durch Duldung der Macht von kapitalen Einzelinteressen und vor allem durch den motorisierten Individualverkehr seien selbstverschuldet. Nun gelte es, das Verlorengegangene nicht ganz aus den Augen zu verlieren, sondern es zum „Maßstab für das Neue“ zu nehmen. Das schließe wirklich Neues (als stadträumliche und als architektonische Leistung) nicht aus, es habe sich vielmehr gegenseitig zu ergänzen und zu artikulieren. Dass es aber immer noch und wieder Menschen gebe, die „[...] zum Beispiel den Wiederaufbau des Schlosses in der Berliner Stadtmitte fordern — das ist schon recht dumm, wenn es auch zur Lage passt.“<sup>396</sup> Und ohne die einzelne Argumente abzuwägen oder zu referieren, entkräftet die *taz* das der Proportionen: „Gerade beim Stadtschloss wird immer wieder die Argumentation ins Feld geführt, man könne die (verlorenen) stadträumlichen Proportionen des gesamten Bereiches von den Linden bis zum Alexanderplatz erst mit dem Schloss selbst wiederherstellen. Genau das aber ist falsch: Es sind nicht die barocken Architekturelemente wie Säulenschäfte, Ornamente und Putten, die diese Proportion herstellen, sondern es ist der von den stadträumlichen Fluchtlinien bestimmte Standort des Baukörpers mit seinen (dreidimensionalen) Abmessungen, mit seiner Oberfläche und ihren Verhältnissen von Wandfläche zu Öffnungen.“<sup>397</sup> Genau dieses „inszenierte Zusammenspiel“ habe die Qualität und den Reiz Berlins ausgemacht. Die Baukunst habe darin bestanden, auf die vorhandene Bebauung zu reagieren; Neues in dieses Maßsystem einzubeziehen. Diese Möglichkeit sei nun nicht mehr gegeben, meint die *taz*, eine Rekonstruktion des Schlosses sei somit falsch. Als letzten Beitrag für das Jahr 1991 veröffentlicht die *FAZ* eine Glosse<sup>398</sup>, in der sie auch gegen den Palast der Republik polemisiert. Der Kommunismus habe zahlreiche Paläste hervorgebracht und sich damit als vorbürgerliche Gesellschaft gezeigt. Denn was früher der Aristokratie vorbehalten gewesen war – der Palast – wurde nun als Volkseigentum proklamiert. Doch die Paläste blieben ungeliebt, da das Volk schnell gemerkt habe, dass es nun von einer neuen Clique unterdrückt werde. Als Rache wurden die Paläste verspottet. Der Berliner Palast der Republik beispielsweise habe im Volksmund „Palazzo Prozzi“ geheißen.<sup>399</sup> Das ist zwar richtig, aber nachweislich wurde der Palast auch von vielen geschätzt. Anders lässt sich das Engagement für den Erhalt des Palasts nicht erklären. Dass er auch „Erichs Lampenladen“ genannt wurde, mag sogar liebevoll klingen, zumal in Berlin, dessen Bürger angeblich eine loses Mundwerk, eine sprichwörtliche „Berliner Schnauze“, haben.

Die *taz* beendet ihr Jahr mit einem Beitrag<sup>400</sup> über das Bauen in Demokratien. In dem von einem Mitarbeiter des Bausenators verfassten Artikel heißt es unmissverständlich, der Umgang mit dem Palast der Republik könne nicht durch „schlichten Abriss“ eines zentralen Symbols der ehemaligen DDR geprägt sein. Dies sei eine Form scheinbarer Geschichtsbewältigung. Vielmehr gehe es bei dem Palast um die Umnutzung, den Umbau des multifunktionalen, vor allem kulturell genutzten Gebäudes sowie um ein „Weiterbauen“ am Standort. „Der Wiederaufbau des Schlosses wäre nichts anderes als die Verdrängung der Symbolik des real existierenden DDR-Sozialismus durch die des Feudalismus der

---

<sup>395</sup> Vgl. Kieren, Martin: Städte: Gebaut — und verloren. Berlin und Potsdam in alten Photographien: Max Missmann, Max Baur und historische Messbildaufnahmen. In: *taz*, 10.12.1991, s. S. 25.

<sup>396</sup> Ebd.

<sup>397</sup> Ebd.

<sup>398</sup> Vgl.: Lauter Paläste. In *FAZ* Nr. 287, 11.12.1991, s. S. 31.

<sup>399</sup> Vgl. ebd.

<sup>400</sup> Vgl. Lütke-Daldrup, Engelbert: Demokratie als architektonischer Ausdruck. Der Hauptstadtreferent beim Bausenator, Dr. Engelbert Lütke-Daldrup, zum Umgang mit den Symbolen der Vergangenheit. In: *taz*, 17.12.1991, s. S. 24.

Hohenzollern.“<sup>401</sup> Diese „restaurativen Tendenzen“ in Berlin belasteten die Entscheidung für die Verlagerung von Parlament und Regierung nach Berlin ohnehin, da sie „alte Ängste“ gegen Berlin wieder heraufbeschwören. Insofern drohe die Diskussion über den Wiederaufbau des Hohenzollernschlosses die anstehende Hauptstadtentscheidung unnötig zu belasten. Statt sich ein Schloss zu wünschen, solle die „Demokratie als Bauherr“ einen entsprechenden architektonischen Ausdruck suchen. Dabei gelte es, in Anknüpfung an Berliner Bautraditionen und an die Maßstäblichkeit des städtebaulichen Umfelds, eine „Architektur demokratischer Bescheidenheit“ zu finden. Der Verfasser fügt hinzu, die „staatstragende deutsche Architektur“ müsse keine monumentale „umzäunte Architektur“ sein. Der zivile Charakter der Hauptstadt dürfe daher nicht durch stadunverträgliche Repräsentations- und Sicherheitsanforderungen in Frage gestellt werden.

Das zweite Jahr der Debatte war von ersten konkreten Alternativvorschlägen für den Schlossplatz gekennzeichnet und davon, dass Politiker und Intellektuelle nun verstärkt die Auseinandersetzung mitgestalteten. Am 20. Juni 1991 votierte der Bundestag in einer namentlichen Abstimmung mit einer knappen Mehrheit für einen Umzug der Hauptstadt nach Berlin. Die Stadt rückte damit auch für den Bund in den Mittelpunkt; nun mussten neue Gebäude für die Bundesorgane gefunden werden. Von der CDU (Hassemer) und der SPD (Conradi) kam folgerichtig der Vorschlag ins Spiel, die Stelle des Palastes mit dem Bundeskanzleramt oder dem Bundespräsidialamt wieder als politisches Zentrum zu besetzen. Engel und Bruno Flierl hielten dagegen und wünschten sich eine politikfreie Mitte. Mit Siedler und Baring nahmen zwei anerkannt konservative Publizisten Stellung für das Schloss; ihre Argumente dürften bis weit in die CDU hinein beachtet worden sein. In der *FAZ* wurde der Platz als Ort der Geschichtskultur und „Erinnerungsraum“ bezeichnet. Die *taz* klagte bereits in dieser Frühphase über „restaurative Tendenzen“ in Deutschland. Auf den Plan trat auch v. Boddien, der bereits zu dieser Zeit „nur“ die Fassade rekonstruiert haben wollte, dafür aber detailgetreu, und ansonsten einem modernen Innenleben des Neubaus nicht ablehnend gegenüber stand.

### 3.3. 1992: Die Debatte kommt langsam in Fahrt

Das Jahr 1992 beginnt die *FAZ* mit einem Beitrag<sup>402</sup> über die Funktion der „demokratischen Mitte Berlins“ als Standort des Deutschen Historischen Museums. Über den Wiederaufbau des Berliner Stadtschloss schreibt der Verfasser Oscar Schneider zwar keinen Satz, allerdings ist es bemerkenswert, wie er die Mitte der Stadt charakterisiert. Das „Demokratische“ ist für Schneider gleichbedeutend mit einer baulichen Offenheit des Regierungsviertels. Denn „mitten in der Stadt können sich Regierung und Parlament nicht von der Öffentlichkeit abschotten.“<sup>403</sup> In einem demokratischen Staat dürfe sich der Mittelpunkt der Macht nicht „eigensinnig absondern“, schon gar nicht, wenn schon preußische Könige ihr Schloss unmittelbar mit allen Institutionen öffentlichen Lebens verknüpften. Schneider fordert daher, dass die „demokratische Mitte“ – um den Reichstag gruppiert – in städtebaulicher Struktur und urbaner Qualität der königlichen Mitte entsprechen solle.<sup>404</sup> Haben Preußens Könige also schon etwas erreicht, was nun die Demokraten nachstellen müssen? Liest man Schneider, scheint es so zu sein. Denn dass die Berliner Mitte selbst unter dem in der neueren deutschen Geschichte eher negativ bewerteten Kaiser Wilhelm II. keine menschenleere Sperrzone war, wird niemand bezweifeln. Ob aber das kameraüberwachte Parlamentsviertel der BRD mit seinen „transparenten“ Panzerglasscheiben und Bewegungsmeldern so viel mehr „bürgernah“ ist als die „königliche Mitte“? Welchen demokratischen Effekt hat das inzwischen gebaute

---

<sup>401</sup> Ebd.

<sup>402</sup> Vgl. Schneider, Oscar: Die demokratische Mitte Berlins. In: *FAZ* Nr. 1, 02.01.1992, S. 25.

<sup>403</sup> Ebd.

<sup>404</sup> Vgl. ebd.

„Bürger-Forum“ vor dem Bundeskanzleramt, wenn man es nur nach einer Passkontrolle betreten darf? Es gehört – wie so viele Elemente „demokratischer Baukunst“ – in den Bereich architektonischer Utopien.

Die Gefahr einer überwachten Mitte erkennt auch das *ND*. Zum Jahresbeginn stellt es fest, es gebe keine „Baukonzeption für Berlins Mitte“.<sup>405</sup> Statt dessen drohe die Errichtung eines repräsentativen Regierungsviertels in der Stadt, das aufgrund seines Sicherheitskordons Ost- und Westberlin voneinander abgrenze. Das dürfe nicht geschehen, habe Engelbert Lütke-Daldrup, Leiter des Referats „Hauptstadtgestaltung“ der Berliner Senatsverwaltung, gefordert, der sich auch gegen den Abriss des Palastes ausgesprochen habe.<sup>406</sup>

Die *taz* berichtet über neue Investitionsgerüchte, die den Palast retten könnten. Mehrere Luxushotelketten hätten sich nach dem Palast erkundigt. Nach Bausenator Wolfgang Nagel (SPD) habe sich auch Stadtentwicklungssenator Volker Hassemer (CDU) gegen den Abriss des Palastes der Republik ausgesprochen. Die *taz* weiß, der Abriss werde „von Teilen der CDU“, darunter auch dem Regierenden Bürgermeister, gefordert. Den Palast in ein Hotel umzubauen, entspräche allerdings nicht Hassemers Vorstellungen, sagte seine Sprecherin der *taz*. Man könne sich aber eine Mischung von Kultur, Geschäften und einem kleineren Hotel vorstellen. „Der Palast könne außerdem erweitert werden, bis sein Grundriss dem des ehemaligen, von der SED abgerissenen Hohenzollernschlosses entspreche.“<sup>407</sup> Die *taz* gibt zu bedenken, dass noch völlig ungeklärt sei, wem der Palast eigentlich gehöre. Der Berliner Senat vertrete die Rechtsauffassung, der Palast stehe – wie das gesamte ehemalige Eigentum des Landes Preußen – Berlin als Rechtsnachfolgerin zu. Analog zum Brandenburger Tor oder des ehemaligen preußischen Landtags. Doch die Bundesregierung habe ebenfalls Anspruch auf den Palast angemeldet. Einzige Gewissheit: Dass der Palast an die Hohenzollernprinzen zurückgehe, sei ausgeschlossen, habe der Sprecher des Finanzsenators auf Anfrage versichert. Gleich zu Anfang des Jahres fasst die *FAZ* die Ergebnisse ihrer 1990 publizierten Serie über das „Neue Berlin“ in der Extrabeilage „Bilder und Zeiten“<sup>408</sup> zusammen. Hier stellen verschiedene Architekten – auch solche, die sich an der Serie nicht beteiligten – ihre Vorschläge für die Mitte der Stadt vor. Der Italienische Architekt Mario Bellini beschäftigte sich als einziger eingehender mit dem Schlossplatz und präsentiert für den Ort ein „Kulturschloss und moderne Akropolis“<sup>409</sup>. Bellini geht davon aus, dass „[...] die Wiederherstellung des *status quo ante* nicht nur physisch unmöglich, sondern auch kulturell unzulässig“<sup>410</sup> sei. An eine Erinnerung an das Stadtschloss möchte er dennoch nicht verzichten. Die Museumsinsel soll zu einer Art Akropolis werden, wo ein großer kultureller Komplex mit Museums-, Kunst-, und Wissenschaftseinrichtungen untergebracht werden könnte, und zwar in Anlehnung an das gesprengte Stadtschloss. Es soll „[...] ein neues rundes `Kulturschloss` gebaut werden, das, wie früher das Schlütersche Stadtschloss, als Zielpunkt der historischen Prachtstraße [Unter den Linden, d. Verf.] dient, jedoch mit einer neuen, modernen Typologie der Bauform.“<sup>411</sup> Vor diesem Rundbau plant Bellini einen offenen Platz, wohl auch unter Einbeziehung des Lustgartens, der als Scharnier zum Alten Museum dienen sollte.

Noch im Januar berichtet die *FAZ* von einer Ausstellung im Berliner Marstall, die das Schloss wieder ins Bewusstsein holen will, ohne den Abriss des Palastes zu fordern.<sup>412</sup> In dem Beitrag

---

<sup>405</sup> Vgl. Rehfeldt, Hans: Wird das Regierungsviertel Ost und West weiter trennen? Noch keine Baukonzeption für Berlins Mitte. In: *ND* Nr. 02, 03.01.1992, s. S. 10.

<sup>406</sup> Vgl. ebd.

<sup>407</sup> Vgl. Schweitzer, Eva: Hotel im „Palazzo Prozzo“? Private Interessenten für den ehemaligen Palast der Republik. In: *taz*, 04.01.1992, s. S. 31.

<sup>408</sup> Vgl. Bilder und Zeiten Nummer 4. In: *FAZ*, 05.01.1991, o. S.

<sup>409</sup> Vgl. Kulturschloss und moderne Akropolis. In: *FAZ*, Bilder und Zeiten Nummer 4, 05.01.1991, o. S.

<sup>410</sup> Ebd.

<sup>411</sup> Ebd.

<sup>412</sup> Vgl. Das vorgespiegelte Schloss: Ein Vorschlag für Berlin. In: *FAZ* Nr. 20, 24.01.1992, s. S. 31.

wird klar gegen den damaligen Zustand des Schlossplatzes polemisiert, indem er als „ästhetisch ruiniert“ bezeichnet wird. „Die DDR hat die abgeräumte Fläche später an drei Seiten mit den Bauten des Außenministeriums, des Staatsrats und der Volkskammer repräsentativ eingerahmt und ästhetisch ruiniert.“<sup>413</sup> Daher sei es unbestritten, dass der Platz so nicht bleiben dürfe. Ob eine Rekonstruktion des Schlosses die richtige Lösung sei, bliebe umstritten. Das von dem Bauhistoriker und Schlossbefürworter Goerd Peschken und dem Architekten Frank Augustin ausgestellte Modell „Zur Restitution von Stadtraum und Schloss“ sah zunächst eine Konstruktion in der Kubatur des Schlosses vor, die mit lebensgroßen Fotos behängt worden wäre, die das verschwundene Gebäude abwechselnd als Ruine und unzerstört gezeigt hätte. Diesen Werkstattcharakter hätte man über verschiedene Baustufen in ein echtes Gebäude überführt, wenn – wie Peschken von der *FAZ* zitiert wird – „[...] die Mehrheit unserer Mitbürger statt der Fotofassaden Kopien in Stein [...]“<sup>414</sup> gewünscht hätte. Wie um die Vermutung Peschkens zu bekräftigen, zitiert die *FAZ* aus dem Gästebuch der Ausstellung, in dem ein ungenannter Handwerker, der „jeden postmodernen Kompromiss missbilligt“, geschrieben haben soll, man solle doch schon mit der Rekonstruktion des Eosanderportals (Portal III) und seiner Kuppel beginnen.

Dieser frühe Vorschlag eines konkreten Schlossmodells auf dem Schlossplatz bildet den Vorläufer für das von Wilhelm von Boddien 1993 realisierte Schlossmodell aus bemalten Stoffbahnen. Während allerdings Peschken und Augustin noch von einem vollständigen Erhalt des Palastes der Republik ausgingen, zielte die Boddienische Aktion auf dessen größtmöglichen Rückbau. Boddien jonglierte nicht mehr mit den Elementen der Verfremdung – etwa durch die von Peschken geplanten lebensgroßen Fotos – sondern zeigte schlicht die barocke Fassade und signalisierte damit dem Betrachter ein „Entweder-Oder“. Die Simulation machte in Berlins Mitte Schule, denn Jahre später wurde auch die Bauakademie mit bemalten Stoffbahnen rekonstruiert, noch bevor man sich entschlossen hatte, auch dieses Gebäude wieder zu errichten. Ebenso wurden Baulücken auf dem Leipziger Platz mit Folien wegsimuliert.

Wenige Tage später berichtet erneut die *FAZ* im Politikteil über den Stand der Entwicklungen in des sich zur neuen Hauptstadt formierenden Berlin. Wie dem Bericht zu entnehmen<sup>415</sup> ist, und wie man im Rückblick bestätigen kann, stand schon bereits Anfang 1992 fest, dass man bei der Neugestaltung der Stadt weitgehend an die Strukturen von vor 1945 wieder anknüpfen wollte. Deutlichstes Zeichen dafür war der Wunsch, den Reichstag erneut zum Sitz des Parlaments zu machen. Darüber hinaus sähe man die Tendenz in zahlreichen anderen Maßnahmen. So berichtet die *FAZ*, es zeichne sich ab, „dass der Pariser Platz rund um das Brandenburger Tor so wie früher wieder hergestellt wird.“<sup>416</sup> Wie früher werde dort erneut die französische und us-amerikanische Botschaft wieder hinziehen und sogar das Hotel Adlon solle an alter Stelle wieder gebaut werden. Die nun wieder so bezeichnete Wilhelmstraße – mit ihren Ministerien eines der Machtzentren des Deutschen Reichs – dürfe durch die dorthin geplanten Vertretungen der Länder wieder staatstragende Funktionen übernehmen. Besonders für die Mitte erkenne man ebenfalls ein „roll back“ des Städtebaus. Das DDR-Außenministerium gegenüber des Palasts der Republik bezeichnet die *FAZ* als „architektonische Fehlleistung“<sup>417</sup>, sein Abriss sei daher unvermeidbar. Berlins damaliger Senator für Bundesangelegenheiten, Peter Radunski (CDU) soll zu erkennen gegeben haben, dass zwischen Stadt und Bund Einigkeit über die Wiedererrichtung der Schinkelschen Bauakademie herrsche. Über das Schicksal des Palasts und die Gestaltung des Schlossplatzes verliert der Bericht keinen Satz. In der über den Artikel platzierten Karte erkennt man jedoch

---

<sup>413</sup> Ebd.

<sup>414</sup> Ebd.

<sup>415</sup> Vgl. Regierung und Parlament im Herzen Berlins. In: *FAZ* Nr. 24, 29.01.1992, S. 05.

<sup>416</sup> Ebd.

<sup>417</sup> Ebd.

bereits die Umwidmung der Straßen und Plätze, wie sie in der DDR gültig waren. Für die Mitte bedeutet das, dass hier der Marx-Engels-Platz bereits zum Schlossplatz und die Marx-Engels-Brücke wieder zur Schlossbrücke umgetauft wurden.<sup>418</sup> Anzunehmen, dass bereits damals die Rekonstruktion des Stadtschlusses beschlossene Sache gewesen sei, stimmt sicher nicht. Die sich entfesselnde Debatte war dazu zu komplex und ihre Akteure kamen allesamt aus zu unterschiedlichen ideologischen Richtungen. Aber dass bereits kurz nach der Wende einer Rekonstruktion des Vergangenen klar der Vorzug gegeben wurde, lässt sich hier ohne weiteres belegen.

In einem Kommentar äußert sich Götz Aly in der *taz* zur Einweihung des sogenannte Detlev-Rohwedder-Hauses in Berlin Mitte. Sein polemischer Vergleich mit den Funktionsträgern des Dritten Reiches wünscht sich den Einspruch Rohwedders Angehöriger. Gegen Helmut Kohls Willen, den ehemaligen Dienstsitz Görings nach Rohwedder zu benennen, werden sie nichts ausrichten, meint Aly. „Aber möglicherweise können sie doch folgenden unumkehrbaren Beschluss durchsetzen: Der Palast der Republik wird unter Denkmalschutz gestellt und später einmal, dann aber sofort, in Helmut-Kohl-Halle umbenannt.“<sup>419</sup>

Noch im Januar dürfen Peschken und Augustin ihr Konzept über die Wiedergewinnung des Schlusses in der *taz*<sup>420</sup> vorstellen. In dem stenographisch vorgetragenen Konzept sind bereits alle Elemente vorhanden, die später realisiert werden sollen: Das im Maßstab 1:1 rekonstruierte Schloss aus Plastik, archäologische Grabungen der Schlossfundamente, der *Spiegel*, der den Palast verdecken und die Plastikfassade optisch verlängern und eine umfassende Ausstellung, die über den Ort informieren soll.<sup>421</sup> Die *taz* veröffentlicht das Konzept vor dem Hintergrund einer Ausstellung im Marstall und erklärt in einem anderen Beitrag der gleichen Ausgabe: „Die Schloss-Rückbauer sind mittlerweile dabei, eine starke Lobby hinter sich zu sammeln: Schon munkelt man von potenten millionenschweren Helfern im Hintergrund, die sich der Sache annehmen wollen. Man wird noch einmal heftig streiten in dieser Stadt — und die Stadtplaner, Architekten und Bauhistoriker werden nicht hintanstellen. Ihre Argumente werden jedoch auch nicht den letztlichen Ausschlag geben, da auch in dieser Gilde die Meinungen weit auseinandergehen.“<sup>422</sup> Da der Streit also vorprogrammiert sei, wolle sich die Berlin-Kultur-Redaktion der *taz* so häufig wie möglich in diese Auseinandersetzung einmischen. „Mit Diskussionsbeiträgen (Thesen, Manifesten etc.) Dritter, Rezensionen und Kritiken und mit der Vorstellung auf unseren Seiten von stadträumlichen und architektonischen Vorschlägen, wie mit dieser Mitte beziehungsweise dem nicht mehr vorhandenen Baukörper des Schlusses eventuell zu verfahren sei.“<sup>423</sup> Das Deutsche Historische Museum könnte auch in dem Palast untergebracht werden, berichtet die *taz* über einen Vorschlag aus den Reihen der FDP.<sup>424</sup>

Kurz darauf entzündet sich ein heftiger Schlagabtausch zwischen den Schlossfreunden und –gegnern. Die *taz* berichtet<sup>425</sup>, Landeskonservator Helmut Engel prüfe, ob der Palast denkmalschutzwürdig sei und erhalten werden solle. Dagegen habe die CDU und die FDP bereits ihren Protest gegen einen Fortbestand des ehemaligen Sitzes der Volkskammer angekündigt. „Für den CDU-Fraktionsvorsitzenden Klaus Landowsky wäre es ´eine Sabotage an der Gestaltung der Hauptstadt´, sollte das Gebäude unter Denkmalschutz gestellt werden.

---

<sup>418</sup> Ebd.

<sup>419</sup> Vgl. Aly, Götz: Makabre Silhouette. Hermann Göring, das Detlev-Rohwedder-Haus und die Faulgase deutscher Geschichte. In: *taz*, 13.01.1992, s. S. 12.

<sup>420</sup> Vgl. Augustin, Frank: Stadtraum und Schloss. Zur Transformation der verlorenen Stadtmitte — ein Vorschlag von G. Peschken und F. Augustin. In: *taz*, 15.01.1992, s. S. 24.

<sup>421</sup> Vgl. ebd.

<sup>422</sup> Vgl. Kieren, Martin: Auf der Suche nach barocker Mitte. Ein Vorschlag zur „Restitution von Stadtraum und Schloss“ wird derzeit im Marstall der Akademie-Galerie gezeigt. In: *taz*, 15.01.1992, s. S. 24.

<sup>423</sup> Ebd.

<sup>424</sup> Vgl. DHM. Noch keine Klarheit über Standort. In: *taz*, 18.01.1992, s. S. 44.

<sup>425</sup> Vgl. Landeskonservator soll gehen, falls Palast der Republik Denkmal wird. In: *taz*, 28.01.1992, s. S. 22.

Wenn Engel das will, so der CDU-Mann, 'wäre der Senat gut beraten, jemand anderen mit der Denkmalpflege zu betrauen'.<sup>426</sup> Anders sieht es die SPD. Für den parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Helmut Fechner, wäre ein Fortbestehen des Palastes „akzeptabel“. Der Bau sei ein „Symbolbau für die sozialistische Epoche Berlins“. Er sei nach seiner Fertigstellung von den Bürgern Ost-Berlins angenommen worden. Ein Abriss würde der Bevölkerung ein Stück ihrer Identität nehmen. Demgegenüber habe der stadtentwicklungspolitische Sprecher der FDP, Wolfgang Mleczkowski, befürchtet, Engel wolle „die totalitäre Ästhetik des SED-Regimes“ in einem „Sozialismus-Freilichtmuseum“ konservieren. Er forderte ebenfalls Engels Entlassung. Die Ex-Umweltsenatorin Michaele Schreyer (Grüne) meinte dazu, FDP und CDU stellten den Denkmalschutz wie zu Zeiten der DDR unter das Diktat der politischen Parteien.

In einem Interview<sup>427</sup> der *taz* klagt Arnulf Baring über mangelnde Visionen für die Stadt. Warum greife zum Beispiel bisher keine Partei „beherzt“ die Idee auf, das Stadtschloss wiederaufzubauen, fragt Baring. „Dann hätte man sofort eine Diskussion über die Frage, ob unser Stadtzentrum wie Manhattan oder Chicago aussehen soll — oder ob wir das Modell Warschau wählen, also die Rekonstruktion der alten Innenstadt. Diese Alternativen könnte der Senat den Berlinern doch vorlegen. Sind das ICC oder die neue Staatsbibliothek wirklich mehr Elemente unseres Berlin-Bildes als das Stadtschloss oder der Reichstag?“<sup>428</sup> Das wisse man bisher nicht, aber davon hänge eine ganze Menge ab für die Frage, wie die Hauptstadt aussehen solle. Darüber hinaus sei das eine Frage, die nicht nur die Berliner, sondern alle Deutschen interessieren sollte. Es sei im Grunde genommen „obrigkeitsstaatlich gedacht“, wenn nur Kommissionen des Bundes und des Landes Berlin zur Klärung dieser Frage eingerichtet würden. Die Debatte sei dazu geeignet, den Bürgersinn der Menschen zu testen, so Baring in der *taz*.

Wie um seinen Standpunkt weiter zu verfestigen berichtet die *taz*<sup>429</sup> auch von der Pressemitteilung des Vorsitzenden der Berliner CDU-Fraktion, Klaus Landowsky. Dieser habe Überlegungen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung kritisiert, den zu DDR-Zeiten entstandenen Palast der Republik unter Denkmalschutz zu stellen. Landowsky bezeichnete das Ensemble von Palast, dem Außenministerium und Staatsratsgebäude der Ex-DDR als „eine architektonische Untat“. „Denkmalschutz für diese Gebäude wäre Ausdruck von ‚Geschichtslosigkeit‘, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende. Er forderte vielmehr, dass die historische barocke Mitte mit dem modernen Bereich, der am Potsdamer Platz entstehen werde, verbunden werde“<sup>430</sup>, berichtet die *taz*.

Während der Regierunde Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) eine „schnelle Entscheidung“ in der Asbestfrage haben wollte<sup>431</sup>, stellte sich der Berliner SPD-Politiker Walter Momper in der *taz* schützend vor den Palast. Das Gebäude am Marx-Engels-Platz, das ein „Freizeitort für viele DDR-Bürger“ gewesen sei, berge einen ähnlichen Symbolgehalt, wie er sich in den Debatten um das Lenin-Denkmal oder die Stasi-Kontakte des brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe (SPD) offenbart habe, erklärte Momper in der *taz*.<sup>432</sup> Es gehe in dieser Debatte um „die Frage der Integration der

---

<sup>426</sup> Ebd.

<sup>427</sup> Vgl. Tillack, Hans-Martin: Es fehlen visionäre Ideen, die die Bevölkerung beflügeln. Ein Jahr Große Koalition: Ein Interview mit dem Historiker Arnulf Baring (Freie Universität) über die Ideenlosigkeit der Berliner Politik. In: *taz*, 28.01.1992, s. S. 26.

<sup>428</sup> Ebd.

<sup>429</sup> Vgl. „Geschichtslosigkeit“. Klaus Landowsky (CDU) kritisiert Denkmalschutzpläne für Palast der Republik. In: *taz*, 29.01.1992, s. S. 21.

<sup>430</sup> Ebd.

<sup>431</sup> Vgl. Neue Asbest-Untersuchung im PdR. In: *taz*, 30.01.1992, s. S. 22.

<sup>432</sup> Vgl. Momper will den Palast schützen. „Palast der Republik war Palast des Volkes“. SPD-Chef will den Eindruck vermeiden, „dass die im Westen alles plattmachen“. Momper selbst will wieder Spitzenkandidat werden. In: *taz*, 08.02.1992, s. S. 38.

Ostdeutschen“ und das „Ernstnehmen“ ihrer Vergangenheit. Es wachse unter den ehemaligen DDR-Bürgern das Gefühl, „die im Westen wollten alles platt machen“, zitiert die *taz* Momper.<sup>433</sup>

Derweil meldet das *ND*, es bestünde die Möglichkeit für ein „Blitz-Comeback“ des Palastes.<sup>434</sup> Hintergrund sei das Kunstprojekt „Mauer im Kopf“, das in „Zwiesprache“ mit den monumentalen Werken der DDR-Kunst in der Galerie des Palastes treten wolle. Zwar habe es bisher ablehnende Bescheide hinsichtlich einer vorübergehenden Öffnung des Palastes gegeben, aber die Veranstalter wollten weiterhin an ihrer Idee festhalten.<sup>435</sup>

Nur die Wiedererrichtung der Bauakademie könne er sich vorstellen, das Schloss nicht, berichtet die *taz*<sup>436</sup> von dem Berliner Architekturhistoriker Julius Posener (1904-1996) und eine Veranstaltung im Berliner Reichstag. Die preußische Regierung habe sich im Schloss kulminiert, es sei deshalb sehr schwer, etwas an diesen Platz hinzustellen, schreibt die *taz*. Der Ort, auf dem das Schloss gestanden habe, sei eine „Herrschaftsstelle“. Und Herrschaftsbauten wolle man heute nicht mehr, habe Posener gesagt.

Über eine neue Variante für den Palast berichtet die *taz* im März. Demnach solle aus dem Gebäude ein „Palast des Geistes“ werden; das zumindest habe der Berliner Kultursenator Roloff-Momin erklärt. „Für den Geist sollen Bücher sorgen, die bisher noch in verschiedenen, aus den Nähten platzenden Bibliotheken untergebracht sind.“<sup>437</sup> Ein Konferenzzentrum, wie es Bundeskanzler Kohl vorschwebt, könne auch untergebracht werden, meinte Roloff-Momin. Das Echo dieses Vorschlags liefert die *taz*<sup>438</sup> gleich mit: Bündnis 90/Grüne kritisierten den Vorschlag barsch als „konzeptionslose Schlagzeilensucht“. Sie erklärten, der ehemalige Palast der Republik müsse für eine Bibliotheksnutzung „praktisch neu gebaut“ werden. Allein die Sanierung des asbestverseuchten Gebäudes verschlänge mehr als 200 Millionen Mark. „Wolkenkuckucksheim statt Bibliotheksverbesserung“, zitiert die *taz* die Kritiker der Konzeption. Die *taz* selbst ist von dem Vorschlag begeistert, wie Eva Schweitzer in einem Kommentar zu erkennen gibt. Die Idee einer Palastbücherei liege so nahe, dass man sich frage, warum sie erst jetzt geäußert würde: „Der Palast der Republik, derzeit eine riesige kostenfressende, leerstehende Hülle inmitten der Stadt, soll wieder ein Palast des Volkes werden. Und nicht nur das — zögen in den Palast mit der Gedenkbibliothek und der Stadtbibliothek zwei der größten Berliner Freihandbüchereien ein, so entstünde ein Ort des Geistes und ein Treffpunkt aller Bevölkerungsschichten jeden Alters.“<sup>439</sup> Doch nicht nur das: Die Gefahr einer von Stadtplanern gefürchteten „Monofunktionalität“ der Stadtmitte, die aus hochsicherheitsabgeschirmten Verwaltungsgebäuden bestünde, wäre damit gebannt, freut sich die *taz* und berichtet weiter über das positive Echo des Vorschlags.<sup>440</sup>

Die Tageszeitung *Die Welt* fragt ihre Leser, ob es nun ein „Berliner Centre Pompidou“ geben werde und weiß, dass sich alle in zwei Dingen einig seien: „Ein ´toter Ort´ darf es auf keinen Fall werden, und schnell muss es gehen.“<sup>441</sup>

Über einen Vorschlag für die Mitte aus eigenem Antrieb berichtet das *ND* Anfang April.<sup>442</sup> Demnach hätten die Architektenbüros Arzt/Graffunder/Gericke das Projekt eines „Berliner Forums“ entwickelt. Wesentliches Merkmal des Forums ist der Erhalt und die Sanierung der

---

<sup>433</sup> Vgl. ebd.

<sup>434</sup> Vgl. Blitz-Comeback für den Palast der Republik? In: *ND* Nr. 29, 05.02.1992, s. S. 07.

<sup>435</sup> Vgl. ebd.

<sup>436</sup> Vgl. Keine Herrschaftsbauten. Posener gegen Wiederaufbau des Stadtschlosses. In: *taz*, 18.03.1992, s. S. 28.

<sup>437</sup> Vgl. „Palast des Geistes“ geplant. Kultursenator hegt neue Pläne für Palast der Republik. In: *taz*, 25.03.1992, s. S. 22.

<sup>438</sup> Vgl. „Geistiges Zentrum?“ In: *taz*, 25.03.1992, s. S. 26.

<sup>439</sup> Vgl. Schweitzer, Eva: Ein Ort des Geistes. In den Palast der Republik soll die Gedenkbibliothek einziehen. In: *taz*, 27.03.1992, s. S. 21.

<sup>440</sup> Vgl. Palazzo Folio? Amerika Gedenkbibliothek soll in den Palast der Republik. In: *taz*, 27.03.1992, s. S. 21.

<sup>441</sup> Vgl. Gerstenberg, Nina: Berliner Centre Pompidou? In: *Die Welt*, 26.03.1992, s. S. 08.

<sup>442</sup> Vgl. Kimmel, Klaus: „Berliner Forum“ wäre der größte Balkon. In: *ND* Nr. 80, 03.04.1992, s. S. 09.

bestehenden Bauten in Mitte, also auch des Palastes. Einzig das DDR-Außenministerium würde abgerissen und die Bauakademie wieder errichtet werden. Der Palast erhielt einen Erweiterungsbau, in dem Elemente des Schlosses – etwa die Stüler-Kuppel – integriert würden. Auf dem Dach des modernen Neubaus ergebe eine 2000 qm große Terrasse, sozusagen den „größten Balkon“ der Stadt.<sup>443</sup>

Auch die *taz* berichtet über das Forum und sieht eine neue Entwicklung in der Frage nach der Bauhülle. Es klinge wie ein „Kompromiss zwischen Honecker und Hohenzollern“, so die *taz* in ihrem Beitrag.<sup>444</sup> Der Palast der Republik solle nach den jüngsten Plänen des Senats nicht abgerissen, sondern durch einen „Erweiterungsbau auf dem Grundriss des alten Stadtschlusses“ ergänzt werden. Auf diese Lösung, die von dem ehemaligen Palastarchitekten Graffunder erarbeitet worden sei, habe sich der Senatsausschuss „Berlin 2000“ verständigt. Der Ausschuss habe unter dem Vorsitz des Regierenden Bürgermeisters Diepgen Einvernehmen erzielt, mit diesem Vorschlag an die Bundesregierung heranzutreten und ihn auch als Vorgabe für den städtebaulichen Wettbewerb zu formulieren, der demnächst für das Gebiet der Spreeinsel vorbereitet werden solle, schreibt die *taz*. Umgehend meldet die *taz* Kritik aus den Reihen der CDU. Ihr kulturpolitischer Sprecher Uwe Lehmann-Brauns erklärte in der *taz*, die Pläne müssten noch „präzisiert“ werden.<sup>445</sup> Seine Fraktion sei mehrheitlich dafür, zumindest die Fassade des alten Stadtschlusses zu rekonstruieren, sagte Lehmann-Brauns. Als städtebaulicher Endpunkt des Linden-Boulevards sei zumindest die Westfront des Schlosses unverzichtbar.

Wieder eine andere Bebauungskonzeption bringt Hassemer ins Spiel, berichtet die *taz*.<sup>446</sup> Neben einer spektakulären Verbreiterung der Spree, plane er, den Schlossplatz für Parlament und Regierung frei zu halten.

In den nächsten Wochen kreist die Debatte in der *taz* um die beiden Punkte „Palastbibliothek“ und dem „Graffunder-Plan“. Der Senat setze sich für den Graffunder-Entwurf ein, heißt es kurz<sup>447</sup>. Und dann wieder: „Der Verleger- und Buchhändlerverband Berlin-Brandenburg favorisiert den Vorschlag“<sup>448</sup> einer großen Bibliothek im Palast. Strikt gegen eine Umkleidung des Palastes mit Schlossfassade habe sich hingegen die CDU und der Architekt Kleihues ausgesprochen, für den der DDR-Bau ein „Relikt billigster Architektur“ sei, berichtet die *taz*.<sup>449</sup>

Dessen ungeachtet verfolgt die *taz* publizistisch die Idee der Palastbibliothek, Noch im Juni folgt einer weiterer langer Beitrag über „bewusstes Lesen“. Dort heißt es, „Der Palast der Republik habe den Machtanspruch der SED symbolisiert, innen wie außen. Der Palazzo Prozzo, wie ihn die Italoerberliner Schnauze taufte, sei ein Ort des verordneten Denkens, Abstimmens, Lesens gewesen — kein Ort, um über Freiheit nachzudenken. Genau das aber mache das Buch möglich. Die Freiheit des Lesens durchbreche den Machtanspruch, für den der Palast stand.“<sup>450</sup> Selbst die Außenmaße seien ideal, schwärmt die *taz*. Denn seine fünf Geschosse böten mehr Platz als für die Erweiterung der Amerika-Gedenkbibliothek und der Berliner Stadtbibliothek veranschlagt seien. Und genau die beiden Einrichtungen könnten in den Palast einziehen, zusammen mit der Senatsbibliothek. Aber nicht eine Dreiteilung solle

---

<sup>443</sup> Vgl. ebd.

<sup>444</sup> Vgl. Passt zum Palazzo eine Preußenkuppel? Diepgen will den Palast der Republik in die Gestalt des Stadtschlusses hüllen. Senatsausschuss plant Erweiterungsbauten auf Schlossgrundriss. In: *taz*, 21.04.1992, s. S. 21.

<sup>445</sup> Vgl. CDU will Palast mit Schlossfassade. In: *taz*, 23.04.1992, s. S. 22.

<sup>446</sup> Vgl. Hassemer will Marx und Engels fluten. Pläne für die Stadtmitte: Vier Ministerien sollen untergebracht und der Spreeverlauf geändert werden. In: *taz*, 19.05.1992, s. S. 22.

<sup>447</sup> Vgl. Palast. Senat für Erhaltung. In: *taz*, 29.05.1992, s. S. 33.

<sup>448</sup> Vgl. Verleger. Palazzo als Bibliothek. In: *taz*, 05.06.1992, s. S. 28.

<sup>449</sup> Vgl. Kein schönerer Palast. In: *taz*, 09.06.1992, s. S. 24.

<sup>450</sup> Füller, Christian: „Bewusstes Lesen“ im Zentrum der Stadt? Bibliotheks-Pläne für den „Palast der Republik“. In: *taz*, 09.06.1992, s. S. 26.

entstehen, sondern eine Leselandschaft, in der die einzelnen Bibliotheken nur mehr „Kolonien“ seien. Die Leser könnten sich frei bewegen, wie in einem „geistigen Kaufhaus“.<sup>451</sup> Auch einen Namen für die Palastbibliothek bringt die *taz* ins Rennen: Moses Mendelssohn. „Berlin und die Bundesrepublik könnten an ihm und seinen Schriften wachsen und einen Maßstab für die kulturelle Identität eines neuen Landes und einer multikulturellen Gesellschaft der gleichberechtigten Bürger finden“<sup>452</sup>, meint die *taz*.

Von einem Kunst-Gag am Palast berichtet das *ND*.<sup>453</sup> Vier Künstler hätten den Sockel des Baus abgewaschen und das Schmutzwasser für 50 Mark verkauft. Die Komplettwäsche des Palastes habe ihnen aber der Eigentümer, das Bundesfinanzministerium, untersagt.<sup>454</sup>

Tags darauf schreibt das *ND* über die Pläne von v. Boddien und seines Fördervereins Berliner Stadtschloss, auf dem Schlossgrundriss eine Attrappe zu errichten, falls genügend Sponsoren gefunden würden.<sup>455</sup> Auch eine Ausstellung und Unterschriftenlisten für einen Wiederaufbau sollten ausgelegt werden. „Der Förderverein selbst ist sich sicher, dass das Votum für das Schloss ausfallen würde. Ob es die BerlinerInnen genauso sehen? Nach den bisherigen Hauptstadterfahrungen dürfte das allein recht nebensächlich sein“.<sup>456</sup>

Neue Auseinandersetzungen zwischen dem Bund und dem Senat um die Hauptstadtplanung meldet die *taz*<sup>457</sup> im Juni. Das Bundesbauministerium beanspruche einige innerstädtische Flächen als Ministerienstandorte, die Berlin dafür nicht hergeben wolle. Dazu gehörten das Marx-Engels-Forum am Palast der Republik, die Ministergärten und der Palast der Republik selbst. Dies habe der Staatssekretär der Stadtentwicklungsverwaltung, Wolfgang Branoner (CDU) gegenüber der *taz* bestätigt. Schon seit längerem habe man mit dem Bundesministerium diskutiert, sagte Branoner. Laut *taz* gebe es eine interne Studie, die daran festhalte, alle drei Standorte für Ministerien freizuhalten, obwohl Berlin es anders wolle. Auf dem Schlossplatz etwa plane man die Unterbringung des Außenministeriums.

Während die *taz* die Zustimmung des Beirats der Amerika-Gedenkbibliothek zum Umzug in den Palast vermeldet<sup>458</sup>, wird als weitere Umzugsvariante der Bundespräsident in die Schinkelsche Bauakademie und dem Kronprinzenpalais versetzt. Doch nicht ohne Widerstand: Senatsbaudirektor Stimmann habe sich jedoch entschieden dagegen ausgesprochen, dass sich der Bundespräsident diesen „städtischen Platz einverleibe“, schreibt die *taz*.<sup>459</sup> Denn die Bauakademie solle nicht zur „Auffahrtsrampe für den Bundespräsidenten werden“, sagte Stimmann.

Von einer Diskussionsveranstaltung des Werkbundes berichtet die *taz* und weiß, dass alle Teilnehmer für den Erhalt des Palastes gewesen seien. Einzig der Direktor des Deutschen Historischen Museums, Christoph Stölzl, habe sich dagegen ausgesprochen und einen Wiederaufbau des Schlosses befürwortet. „Eine Prachtstraße, wie sie Unter den Linden darstelle, habe einen gewissen Standard, den das ‚drittklassige Großgebäude‘ des Palastes nicht erreiche“<sup>460</sup>, meinte Stölzl. Statt dessen solle man das Stadtschloss wieder aufbauen, denn auch ein Schloss sei multifunktional. Berlin brauche repräsentative Räume, und wenn

---

<sup>451</sup> Vgl. ebd.

<sup>452</sup> Ebd.

<sup>453</sup> Vgl. Palast-Waschaktion missfiel neuem Hausherrn. In: *ND* Nr. 133, 10.06.1992, s. S. 07.

<sup>454</sup> Vgl. ebd.

<sup>455</sup> Vgl. Das Stadtschloss als „schöne Illusion“. In: *ND* Nr. 134, 11.06.1992, s. S. 07.

<sup>456</sup> Ebd.

<sup>457</sup> Vgl. Schweitzer, Eva: Bonn greift nach dem Marx-Engels-Forum. Neuer Konflikt: Bonn will Ministerien auf dem Marx-Engels-Forum, in den Ministergärten und am Standort des Palastes der Republik errichten. In: *taz*, 19.06.1992, s. S. 21.

<sup>458</sup> Vgl. Palazzo Prozzo. Beirat der AGB für Einzug. In: *taz*, 03.07.1992, s. S. 24.

<sup>459</sup> Vgl. Bauakademie für Weizsäcker. Die ehemalige Bauakademie von Karl Friedrich Schinkel soll wieder aufgebaut werden, aber schon heute ist umstritten, wer dort einziehen darf. In: *taz*, 03.07.1992, s. S. 17.

<sup>460</sup> Vgl. Der Kreml als Palazzo-Vorbild. Diskussion über die Zukunft des asbestverseuchten Palastes der Republik. Der Leerstand kostet viel Geld. Nur DHM-Chef Stölzl für Stadtschloss. In: *taz*, 09.07.1992, s. S. 20.

man ein repräsentatives Äußeres auf dem Platz hergestellt habe, werde sich auch eine geeignete Nutzung finden, habe Stölzl gemeint.

Über die gleiche Veranstaltung berichtet das *ND*.<sup>461</sup> Die meisten Teilnehmer der Diskussionsrunde seien sich einig gewesen, dass der Palast stehen bleibe und in ein zu schaffendes „multikulturelles Zentrum“ miteinbezogen werde. „Schön und gut“ seien die Pläne und Überlegungen gewesen, schreibt das *ND*. „Solange aber die Stadt Filet-Grundstücke an Großkonzerne verscherbelt und sich hinterher diktieren lässt, wie dort zu bauen ist, oder auch von der Regierung in Bonn [...] mit Umzugsverzögerungen erpressen lässt, ist das wohl eher eine müßige Diskussion unter Insidern“.<sup>462</sup> Einigkeit habe es in dem Punkt gegeben, dass die Stadt vor allem von Berlinern zu gestalten sei. Und vielleicht sei es nicht falsch, erst mal gar nichts zu bauen.

Als „Wegelagerer“ bezeichnete die *taz* den Förderverein Berliner Schloss, nachdem dieser das bei der Durchfahrt durch das Brandenburger Tor fällig Bußgeld für den Aufbau des Schlosses kassieren wollte. „Wenn dann ein Stau rund ums Tor entsteht, ist das der beste Beweis dafür, dass die Berlinerinnen und Berliner ‚ihr‘ Schloss wiederhaben wollen, anstelle des asbestverseuchten Palastes der Republik“.<sup>463</sup>, habe der Verein verkündet.

Angesichts der baupolitischen Entscheidungen veröffentlicht die *taz* einen wütenden Kommentar. Die Kolonisierung des Ostens vollziehe sich auf allen Ebenen, auch im Umgang mit seinen baulichen Hinterlassenschaften, heißt es dort.<sup>464</sup> Man müsse das Staatsratsgebäude nicht schön finden, auch der Palast der Republik passe nicht so recht in die klassizistische Linie, die vor dem Krieg Unter den Linden bestanden habe. Diese Bauwerke repräsentierten jedoch 40 Jahre DDR-Geschichte, die nun offenbar nach „Gusto der West-Behörden“ zur Disposition stünden. „Nun mag sein, dass einiges nicht mehr brauchbar, anderes teuer und renovierungsbedürftig ist, vieles heute nicht mehr so gebaut würde. Warum jedoch wird mit zweierlei Maß gemessen?“<sup>465</sup> – fragt die *taz*. Schließlich habe ja auch West-Berlin „bauliche Sünden“ genug vorzuweisen, von der Gropiusstadt über den Abriss des Anhalter Bahnhofs, den Steglitzer Kreisel, oder das ICC. Doch dort sei keine Rede von Abriss oder Rückbau, und wenn, dann nur unter Einbeziehung von Bürgern und Bezirkspolitikern. Im Osten hingegen leiste man sich eine imperialistische Geste und meine, die an der Mitbestimmung nicht gewohnten Leute würden es schon schlucken.<sup>466</sup>

Der Umgang mit dem Palast sei ein Testfall, wie der Bund mit der Metropole Berlin umgehen werde, meint Peter Kollwe in einem *ND*-Kommentar.<sup>467</sup> Aus Kostengründen drohe dem Palast der Abriss. „Es spielt keine Geige, ob Stadtentwickler Hassemer ein Konzept hat oder ob Bausenator Nagel Ex-DDR Bürger murren hört: das ist unser Haus, das mit unserem Geld gebaut wurde.“<sup>468</sup> Die großen Investoren kämen nicht aus Berlin, beim Palast gehe es daher wahrscheinlich um „Baufreiheit“ auf dem Platz.

Auch die *Welt* berichtet über den Abriss aus Kostengründen und fügt noch hinzu, eine „bundesweite Bürgerinitiative“ fordere schon lange den Wiederaufbau des Schlosses.<sup>469</sup>

Über das Ringen eines einheitlichen Standpunkts innerhalb der FDP berichtet die *taz* im Oktober. Einerseits habe man die zügige Sanierung des Palastes gefordert<sup>470</sup>, was aber von

---

<sup>461</sup> Vgl. Kimmel, Klaus: Berlins Mitte – historisches „Disneyland“ oder multikulturelles Zentrum und Lebensraum. Vom Palast der Republik zum Palast des Geistes? In: *ND* Nr. 158, 09.07.1992, s. S. 06.

<sup>462</sup> Ebd.

<sup>463</sup> Vgl. Wegelagerer. In: *taz*, 24.07.1992, s. S. 23.

<sup>464</sup> Vgl.: Schweitzer, Eva: Kolonisierung Ost-Berlins. Beim Umgang mit der Baugeschichte gilt zweierlei Maß. In: *taz*, 29.08.1992, s. S. 29.

<sup>465</sup> Ebd.

<sup>466</sup> Vgl. ebd.

<sup>467</sup> Vgl. Kollwe, Peter: Palast-(Fall). In: *ND* Nr. 232, 05.10.1992, s. S. 05.

<sup>468</sup> Ebd.

<sup>469</sup> Vgl. Wird der Palast der Republik doch abgerissen? In: *Die Welt*, 06.10.1992, s. S. 10.

<sup>470</sup> Vgl. FDP fordert Sanierung von „Palazzo Prozzo“. In: *taz*, 09.10.1992, s. S. 22.

Stadtentwicklungssprecher Mleczkowski umgehend dementiert worden sei. Seiner Meinung nach müsse man „den Schandfleck zügig aus dem Stadtbild tilgen“ und entscheiden, das alte Stadtschloss nach historischem Vorbild wieder aufzubauen<sup>471</sup>. Die Forderung nach einer Sanierung sei aber auch von Hassemer (CDU) gestellt worden, meldet die *taz*.<sup>472</sup>

Noch im Oktober solle es eine Entscheidung darüber geben, ob der Palast zu einem „Zentrum des Buches“ umgebaut werden könne, berichtet die *taz*.<sup>473</sup> Besonders problematisch sei die Finanzierung eines solchen Projektes. Denn nach einem Gutachten der Investorengruppen Maritim, Tishman-Speyer-Properties und der Klingbeil-Gruppe sei nur der Abriss des Palastes der Republik wirtschaftlich. Die Investoren verwiesen auf enorme jährliche Zuschüsse, wenn sie das Gebäude nach ihren Vorstellungen umbauen und es anschließend an Bund und Berlin vermieten würden, schreibt die *taz*. Dagegen habe Hassemer erklärt, man solle den Palast nicht nur aus wirtschaftlichen Aspekten betrachten.

Über eine Kontroverse bezüglich einer Nutzung des Marx-Engels-Platzes (heute: Schlossplatz) berichtet das *ND* Ende Oktober.<sup>474</sup> So habe der Senat eine Einbeziehung des Platzes in den sogenannte Spreeinsel-Wettbewerb abgelehnt. Der Hauptstadtbeauftragte des Senats, Peter Kroll, habe vermutet, der Umzug der Regierung könne nun weiter verzögert werden, obwohl sich Berlin und der Bund einig seien, dass auf dem Marx-Engels-Platz (heute: Schlossplatz) kein Ministerium angesiedelt werden solle.<sup>475</sup> Die Landesregierung präferiere den Erhalt des Palastes, „wenn dies wirtschaftliche möglich“ sei, berichtet das *ND*. Die *Welt* weiß bereits Ende Oktober, dass die Berliner CDU mehrheitlich für das Schloss und gegen den Palast ist.<sup>476</sup> In diesem Zusammenhang zitiert die *Welt* den Vize-Fraktionschef der CDU, Uwe Lehmann-Brauns, der dem Berliner Senat eine „geschichtsfeindliche Haltung“ vorgeworfen habe.<sup>477</sup>

Im Dezember meldet die *taz* eine Abstimmung der Berliner CDU, in der sich eine breite Mehrheit für den Wiederaufbau des Schlosses ausgesprochen habe. Hassemer habe zwar gegen den Beschluss gestimmt, akzeptiere aber die Entscheidung. „Als realitätsfremd hat dagegen der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Otto Edel, den Beschluss der CDU-Fraktion kritisiert. Wer den Palast der Republik abreißen und statt dessen das Schloss wiederaufbauen wolle, müsse erklären, woher er dafür die geschätzten zwei Milliarden Mark nehmen wolle“<sup>478</sup>, schreibt die *taz*.

Noch 1992 schrieb der Ausschuss „Berlin 2000“ wichtige Flächen für den Hauptstadtumzug aus. Die *taz* berichtet über die Sitzung, und wie es gelang, das Schicksal des Palastes „auf die lange Bank“ zu schieben. Die gefassten Beschlüsse hätten wie eine reine Planungsformalie geklungen, hätten aber zur Folge, dass man den Palast vorerst nicht antasten müsse. „Die CDU-Fraktion will dort das Stadtschloss wiederauferstehen lassen und ruft so selbst bei Stadtentwicklungssenator Hassemer Unwillen hervor. Grüne und SPD wollen den Palast, wenn auch in modifizierter Form, erhalten.“<sup>479</sup> Beschlossen wurde auch, den Bund als Eigentümer des Palastes zur Asbestsanierung des Gebäudes aufzufordern. Der Schadstoff müsse, ob Abriss oder Erhalt, auf jeden Fall behutsam beseitigt werden, danach bliebe, so die Einschätzung der Senatorenrunde, lediglich ein Stahlgerippe stehen.

---

<sup>471</sup> Vgl. FDP-Gerangel um Palast der Republik. In: *taz*, 10.10.1992, s. S. 39.

<sup>472</sup> Vgl. Hassemer drängt auf Palazzo-Sanierung. In: *taz*, 16.10.1992, s. S. 21.

<sup>473</sup> Vgl. Ein Palazzo des Buches? Senat entscheidet bald über Nutzung. Abriss oder Veranstaltungs-Palast? In: *taz*, 17.10.1992, s. S. 32.

<sup>474</sup> Vgl. Senat contra Bundesregierung. Spreebogen-Wettbewerb ohne Marx-Engels-Platz. In: *ND* Nr. 254, 30.10.1992, s. S. 18.

<sup>475</sup> Vgl. ebd.

<sup>476</sup> Vgl. Berlins CDU ist für das Stadtschloss und gegen den Palast. In: *Die Welt*, 03.12.1992, s. S. 09.

<sup>477</sup> Vgl. ebd.

<sup>478</sup> Vgl. Hassemer: Ja zum Schlossaufbau. In: *taz*, 03.12.1992, s. S. 21.

<sup>479</sup> Vgl. Platz für Ministerien. Kein städtebaulicher Wettbewerb für Spreeinsel. Ausschuss „Berlin 2000“ lässt Zukunft des Palastes der Republik offen. In: *taz*, 11.12.1992, s. S. 22.

Einen Erfolg der Berliner Politik meldet die *taz* noch im Dezember. Auf Druck von Diepgen habe im letzten Augenblick das Bundeskabinett seinen eigenen Beschluss zur Hauptstadtplanung geändert<sup>480</sup>. „In die Kabinettsvorlage, die zuvor apodiktisch von einem Neubau von vier Bundesministerien sprach, wurde auf Diepgens Protest hin ein Passus aufgenommen, der festlegt, dass für den Bereich des ehemaligen Hauses der Parlamentarier unter Einschluss der angrenzenden Liegenschaft des Staatsratsgebäudes und des Marx-Engels-Platzes/Palast der Republik ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt werden soll, in dessen Rahmen über den Fortbestand der bestehenden Gebäude unter wirtschaftlichen wie städtebaulichen Gesichtspunkten zu befinden sein wird.“<sup>481</sup> Damit seien nach Berliner Lesart das Staatsrats- und das ZK-Gebäude erst mal der Abrissbirne entronnen.

Für das *ND* stellen sich die Planungen anders dar. In seinem Bericht über die geplanten Ministerien schreibt das *ND*, es werde nun dahingehend abgewiegelt, dass der Abriss von Gebäuden nicht mehr zur Bedingung gemacht werde.<sup>482</sup> Das sei reine Schadensbegrenzung, nachdem das „böse Wort Abriss“ alle verschreckt habe. Doch egal, ob alte Bauten für Bundesministerien genutzt würden, die Planung sei prinzipiell falsch. Denn es bestünde die Gefahr eines „Groß-Wandlitz auf der Spree-Insel“, habe ein Sprecher der Grünen gemeint. Die PDS habe dem beigepllichtet und gesagt, über den Köpfen der Berliner und des Berliner Senats würden Entscheidungen getroffen, was ein Zeichen der Arroganz der Macht sei.<sup>483</sup> Den „Umzugsstreit ohne Ende“ kommentiert Bernd Kammer im *ND*.<sup>484</sup> Dort heißt es, Bonn hole nun zum großen Schlag gegen Berlin aus und stutze sich mit der Abrissbirne seinen Regierungssitz nach Gutdünken zurecht. Feinfühlig werde zwar von „Neubau“ statt von „Abriss“ gesprochen, aber das ändere nichts an der Marschrichtung. Berlin „wimmere“ zwar, aber mit dem Hauptstadtvertrag habe sich die Stadt selbst eingeschränkt. Davon abgesehen deuteten die geplanten Neubauten auf eine Verzögerungstaktik des Bundes hin.<sup>485</sup>

Der *Spiegel* schaltet sich erst im Dezember wieder in die Debatte ein. Im Dezember 1950 „kulminierten die monatelangen Sprengarbeiten“<sup>486</sup>, weiß der *Spiegel* zu berichten. Walter Ulbricht wird in dem Artikel als „sozialistischer Kleinbürger“ bezeichnet, der fünf Jahre nach 1945 noch mal Krieg gespielt habe. Im Mittelpunkt des Artikels steht der DDR-Kunsthistoriker Gerhard Strauss, der damals die Gutachten zum Schloss anfertigte und darin den Bau als Schuttberg und als Symbol des völligen Verfalls feudalistischer und imperialistischer Macht bezeichnet habe<sup>487</sup>. Diese These entkräftet die Zeitschrift und stützt sich dabei auf eine Untersuchung von Simone Hain. Strauss habe demnach sein anti-feudalistisches Gutachten erst im Oktober nachgereicht, als die Sprengkommandos bereits einen Monat arbeiteten. Darüber hinaus habe er bei Ulbricht um Aufschub bei den Arbeiten gebeten und eine genaue Vermessung des Baus ermöglicht. Bereits DDR-Größen hätten eine Rekonstruktion in Erwägung gezogen. Angesichts dieser Erkenntnisse kommt der *Spiegel* zum Schluss: „Wären die Kommunisten in dieser Sache konsequente Gesinnungstäter gewesen, so hätten sie es sich erspart, bei allen Abrissmodellen stets die Gegenvariante einer Erhaltungsmöglichkeit ausdrücklich festzuhalten.“<sup>488</sup> Die Argumentation von Joachim Fest, die Wiedererrichtung des Schlosses sei ein Symbol des Scheiterns des Kommunismus, kehre die ideologische Stoßrichtung ohne Not nur um und sei daher falsch. Fest mache sich von

---

<sup>480</sup> Vgl. Abrissbirne bleibt in Wartestellung. Hauptstadtplanung: Treuhand-, ZK- und Staatsratsgebäude sollen auf Druck Berlins vielleicht doch stehen bleiben. In: *taz*, 19.12.1992, s. S. 31.

<sup>481</sup> Ebd.

<sup>482</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Konzept für Ministeriumsbauten in Berlin. Jetzt wird abgewiegelt: Abriss möglich, aber nicht Bedingung. In: *ND* Nr. 296, 19./20.12.1992, s. S. 17.

<sup>483</sup> Vgl. ebd.

<sup>484</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Richtung klar. In: *ND* Nr. 296, 19./20.12.1992, s. S. 17.

<sup>485</sup> Vgl. ebd.

<sup>486</sup> Vgl. Späte Rache an den Barbaren. In: *Der Spiegel* Nr. 51, 14.12.1992, s. S. 192-195.

<sup>487</sup> Vgl. ebd. S. 193.

<sup>488</sup> Ebd. S. 195.

„substantiell bedeutungslosen Propagandarechtfertigungen“ der DDR abhängig. Davon unberührt sei jedoch die Frage nach dem Wiederaufbau. Ob eine Wiedererrichtung des Schlosses eine „notwendige Reparatur“ oder bloß eine „regressive Sehnsucht“ sei, lässt der *Spiegel* offen, bzw. befragt dazu in einem in der gleichen Ausgabe veröffentlichten Interview<sup>489</sup> Wolf Jobst Siedler und Tilmann Buddensieg.

Siedler plädiert in dem Gespräch „mit Melancholie und Resignation“ für den Wiederaufbau. Für Buddensieg hingegen wäre ein Nachbau mit Originalteilen und Abgüssen eine „Pasticcio der allerschlimmsten Sorte“. Statt dessen solle ein Neubau – allerdings in den Maßen des Schlosses – errichtet werden. Einig sind sich beide nur bezüglich des Palasts: Er sei eine „kleinbürgerliche Burleske“, stimmen sie der Frage des *Spiegel*-Journalisten zu.

Die Debatte im Jahr 1992 ist davon geprägt, dass sich immer mehr Akteure einschalten und immer neue Konzepte für die Berliner Mitte verkünden. Einerseits werden mit den Überlegungen zu einer Megabibliothek bereits konkrete Nutzungskonzepte vorgelegt, andererseits beginnt der Streit zwischen Bund und Land über die Zuständigkeit des Palastareals. Dass beide Regierungsebenen CDU-geführt sind, nimmt diesem Streit offenbar nicht die Härte. Entwürfe, wonach man Palast und Schloss irgendwie verbinden könnte, werden von der Presse lobend kommentiert. Als besonders schlossfreundlich erweist sich dessen ungeachtet die Berliner CDU, für die alles andere als ein Schlossneubau „geschichtsfeindlich“ war. Die Möglichkeit eines Denkmalschutzes für den Palast wurde von der CDU als echte Gefahr beschworen. Von der politischen Ebene weitgehend unbeachtet betrat 1992 auch der von v. Boddien gegründete „Förderverein Berliner Schloss“ als neuer Akteur das Politikfeld. Nach seiner Gründungsversammlung am 12. Februar 1992 wurde der Verein am 22. August gleichen Jahres als „Förderverein für die Ausstellung: 'Die Bedeutung des Berliner Stadtschlosses für die Mitte Berlins – eine Dokumentation' e.V.“<sup>490</sup> ins Berliner Vereinsregister eingetragen. Einzig das *ND* informierte über den Verein und sein Ziel, eine Schlossattrappe zu errichten.

#### 3.4. 1993: Ein Idee wird sichtbar. Die Schloss-Attrappe heizt die Debatte an

Das Jahr 1993 ist der eigentliche Beginn der Schlossplatzdebatte. Das belegen nicht nur die signifikant ansteigende Zahl der veröffentlichten Artikel. Das Ereignis schlechthin sollte die von dem Förderverein errichtete Schlossattrappe werden. Bis zum Bundestagsbeschluss 2002 funktionierte die Attrappe, bzw. die Erinnerung und die Fotos daran als feste Bezugsgröße in der Debatte. Daher wird man die Wirkung dieser visuellen Aktion nicht hoch genug einschätzen können.

Der Palast sei in seiner Vielseitigkeit mit dem Centre Pompidou vergleichbar, erklärte sein Architekt Graffunder bei einer Diskussionsrunde, über die die *taz*<sup>491</sup> im Januar berichtet. Kritikern habe er gesagt, dass das Politbüro 1973 keine Vorgaben gemacht habe. Die Planer hätten vollkommene Freiheit bei der Gestaltung gehabt. Man habe sogar Stahl einsetzen dürfen, obwohl das ein strategischer Rohstoff war. Daher sei das Gebäude ein Dokument seiner Zeit und müsse erhalten bleiben. Befürworter eines Wiederaufbaus des Stadtschlosses wie Wilhelm von Boddien setzten ästhetische gegen historische Kriterien. „Die Architektur des Palastes ist die eines Kaufhauses“, urteilte hingegen v. Boddien, der in einer Replik des Stadtschlosses den Bundespräsidenten oder eine „Europäische Behörde“ unterbringen möchte.<sup>492</sup> Ein Erhalt des Palastes in seiner jetzigen Form sei ausgeschlossen, machten auch

---

<sup>489</sup> Vgl. „Es herrscht totale Wüste“. Die Architekturkritiker Buddensieg und Siedler streiten über den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses. In: *Der Spiegel* Nr. 51, 14.12.1992, S. 195-196.

<sup>490</sup> Ab 2003 wurde der Name in „Förderverein Berliner Schloss e.V.“ geändert.

<sup>491</sup> Vgl. Palast, Forum oder Schloss. Streit um den „Palast der Republik“. In: *taz*, 30.01.1993, S. 39.

<sup>492</sup> Ebd.

Senatsvertreter deutlich. Die bereits 1992 angekündigte Asbestsanierung erfordere eine Skelettierung des Bauwerks bis auf sein Stahlgerüst.

Dann meldet die *taz*<sup>493</sup>, zumindest andeutungsweise komme das Stadtschloss zurück. Auf dem früheren Grundriss solle ab dem 15. Juni 1993 die auf Leinwand und Kunststoff gemalte Fassade des Schlosses zu sehen sein. Hinter der in Originalgröße an Baugerüsten aufgehängten Schlossillusion werde eine Ausstellung über die Geschichte des Bauwerks, die Entwicklung des Stadtraums und Alternativen für den Wiederaufbau gezeigt, gibt sich die *taz* sachlich. Doch nur, um in einem Kommentar von Lautenschläger umso schärfer einem Wiederaufbau eine Absage zu erteilen. Die derzeitige Debatte um den Wiederaufbau des Stadtschlosses gleiche einer Groteske: Das Objekt der Begierde fehle, schreibt Lautenschläger<sup>494</sup>. Den ungeliebten sozialistischen Palazzo wolle man wegsprengen, um wie zu Kaisers Zeiten Türmchen und Kuppeln zu sehen. Fatal sei die Angelegenheit, weil nicht mehr über Städtebau und Architektur, Inhalt und Form, Nutzung und Funktion nachgedacht werde, sondern allein über das ästhetische Erleben des Kolosses. Man lebe ja schließlich in einer Medienwelt. „Jeder vergleichende geschichtliche Maßstab – außer den der nostalgisch gefärbten Sehnsucht – wird unwichtig. Es reicht das getäuschte Abbild für das rückwärtsgewandte Gefühl: ein Narkotikum gegen die eigene Geschichte und Zukunft. Der Täuschungseffekt erinnerte nicht nur an schlechte, lächerliche Kulissenwelten. Schlimmer noch: Das Erinnerungsstück machte mit allem Anspruch auf Planung und Architektur ein Ende“<sup>495</sup>, poltert die *taz*. Und noch in der selben Ausgabe berichtet sie über eine Veranstaltung der Akademie der Künste, in der über die Zukunft der Mitte debattiert wurde<sup>496</sup>. Nichts neues an Argumenten kann Lautenschläger berichten. Der ebenfalls anwesende Schlossfreund v. Boddien habe die Notwendigkeit einer „Wiederherstellung des ursprünglichen Stadtbildes“ am Lustgarten verteidigt in der das Schloss den „entscheidenden Eckstein“ darstelle. Um das zu verdeutlichen, werde im Sommer die Schloss-Attrappe aufgebaut. Kritisiert wurde v. Boddien von der Stadtplanerin Simone Hain. „Aus dem Loch in der Mitte“ dürfe nicht Berlins zukünftige Identität „in der preußischen Schicht“ ausgegraben werden. Vielmehr müsste nach Lösungen gesucht werden, wie mit dem Palast und anderen Bauten „das Loch“ gestopft werden könnte. „Eine „Schloss-Kopie“, mahnte der Journalist Wolfgang Pehnt, unterstreiche nur mehr die „Beliebigkeit in der Wahl und Fiktionalität im Umgang mit der Geschichte. „Die Besoffenheit der Bilder“ habe den Städtebau und die Nutzung gänzlich vergessen.“<sup>497</sup>

Derweil meldete die *taz*, erstmals sei eine Mehrheit der Berliner für den Abriss des Palastes.<sup>498</sup>

Stephan Speicher stellt Anfang Februar in der *FAZ* fest, die Debatte um das Berliner Stadtschloss komme in Schwung.<sup>499</sup> Vor zwei Jahren habe man noch die „Indifferenz des Publikums“ beklagen können, doch inzwischen habe „der Gedanke die Massen ergriffen.“<sup>500</sup> Für Speicher ist unstrittig, dass der Abriss des Schlosses die „größte Sünde“ Berliner Baupolitik gewesen war; gleiches gelte für die „heutige Gestalt“ des Schlossplatzes. Hierbei zitiert Speicher die Argumente, die später immer wieder vorgetragen werden: Der Zusammenhang, den das Schloss stiftete, sei zerrissen; der Palast der Republik sei „banal“,

---

<sup>493</sup> Vgl. Schlossillusion in Mitte. Stadtschloss entsteht auf Leinwand. In: *taz*, 02.02.1993, s. S. 20.

<sup>494</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Geschichtsnarkose. In: *taz*, 03.02.1993, S.17.

<sup>495</sup> Ebd.

<sup>496</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Die Besoffenheit der Bilder. Bei der Debatte um die historische Wiederherstellung des Zentrums rangiert die Lust auf das Stadtschloss vor den Zielen der Stadtplanung. In: *taz*, 03.02.1993, s. S. 20.

<sup>497</sup> Ebd.

<sup>498</sup> Vgl. Mehrheit für Abriss des Palazzo Protzo. In: *taz*, 05.02.1993, s. S. 24.

<sup>499</sup> Vgl. Speicher, Stephan: Erhebung gegen die Untertanenhaltung. Warum in Berlin die Debatte um das Stadtschloss so weite Kreis zieht. In: *FAZ* Nr. 31, 06.02.1993, s. S. 29.

<sup>500</sup> Ebd.

die Funktion völlig ungeklärt.<sup>501</sup> Fraglich sei allerdings, ob ein Nachbau des Schlosses die genannten Probleme lösen werde, gibt Speicher zu bedenken und zitiert Argumente für und gegen einen Schlossnachbau.

In Hinblick auf den von den Schlossgegnern geäußerten Wunsch nach einem bürgernahen und basisdemokratischen Neubau, stellt Speicher fest, diese Funktion habe auch der Palast gehabt. Hier wird auch der sich anbahnende Ost-West Gegensatz deutlich: „Während er [der Schlossplatz, Anm. d. Verf.] mit seinem Bezug auf die gemeinsame Geschichte das Bewusstsein der Einheit stärken will, läuft er Gefahr, die Ost-West-Kluft zu vertiefen. Wer den Palast der Republik niederlegen will um des Schlosses willen, der muss noch viele überzeugen“.<sup>502</sup> Eben diese Überzeugungsarbeit wolle Wilhelm von Boddien und sein Förderverein leisten, erklärt Speicher und kündigt die Schlossattrappe für die Monate Juni bis September an. Was aber beflügele nun die Schlossplatzdebatte, fragt sich Speicher. Ist es das befürchtete Falsifikat? Der historisch-moralische Wunsch, „die Wunde“ offen zu halten, bzw. zu schließen? Speicher meint, es gebe da noch eine weitere Ebene, nämlich die des Mitsprechen-Könnens. In der Stadtschlossdebatte fühle sich jeder befähigt, „die Stimme zu erheben“.<sup>503</sup> Für alle anderen Planungen in der Stadt gelte das nicht. „Von dem Arkanwissen der Investoren und Behörden eingeschüchtert, von deren Entscheidungsgewalt zur Seite gedrängt, ist dem Bürger das Stadtschloss nach einmal Gelegenheit, seinen Kopf zu erheben.“<sup>504</sup>

Gestützt auf die neuen Umfragewerte vermeldet die *taz*, nach Meinung der Bundesregierung solle der Palast abgerissen und durch einen Neubau für das Auswärtige Amt ersetzt werden, obwohl der Berliner Senat im Oktober beschlossen hatte, den Palast der Republik zu sanieren.<sup>505</sup> Angesichts der Bonner Änderungswünsche<sup>506</sup> für die Ministerien, die die Berliner Planung nicht beachten wollten, kommentiert die *taz* die „Übersprungshandlung“ der Bundesbauministerin Irmgard Schwaetzer<sup>507</sup> (FDP) als „feudal-demokratische Landnahmen“, wie man sie aus Paris kenne. Doch nicht nur die Größenordnung der Baumassen, die tödliche Stille verlassener Beamten-Apparate oder der Verlust der Urbanität seien das eigentliche Problem. Auf dem Spiel stehe der Planungsprozess und die kommunale Planungshoheit insgesamt, die Schwaetzers Entscheidung hinfällig machten. „Dafür ist der Abriss des Palazzos zu billig erkaufte. Die Entscheidung per mitgeteiltem Handstreich gleicht einer politischen und planerischen Niedertracht, die den Ort als Spielwiese der eigenen Unzulänglichkeit missbraucht“<sup>508</sup>, meint die *taz*.

Die *Welt* meldet die Baupläne für das Außenministerium kommentarlos.<sup>509</sup> Anders das *ND*, das in einem Kommentar eine Anti-DDR-Haltung hinter den Plänen vermutet.<sup>510</sup> Zwar habe der Bundespräsident mit seinem Votum, in Schloss Bellevue zu bleiben, das richtige Signal gegeben, aber der Senat schere sich nicht darum. Der Palast solle abgerissen werden, „[...] weil er noch mehr mit DDR-Vergangenheit verseucht ist denn mit Asbest.“<sup>511</sup>

Und so scheint der Palastabbriss nicht mehr gestoppt werden zu können. Noch im März vermeldet die *taz*, der Abriss des Palastes und der Neubau des Auswärtigen Amtes sei nun festgelegt, da Diepgen unbedingt mit Ergebnissen aus Bonn nach Hause kehren wollte:

---

<sup>501</sup> Vgl. ebd.

<sup>502</sup> Ebd.

<sup>503</sup> Ebd.

<sup>504</sup> Ebd.

<sup>505</sup> Vgl. Palazzo Prozzo. Bund für Abriss. In: *taz*, 20.03.1993, s. S. 04.

<sup>506</sup> Vgl. Weiland, Severin: Dem Palazzo Prozzo droht die Abrissbirne. Bundesbauministerin bietet Auswärtigem Amt Neubau an Im Senat geteilte Reaktionen. Hassemer rückt von Plänen ab. In: *taz*, 20.03.1993, s. S. 31.

<sup>507</sup> Bis September 1991 führte sie den Ehenamen Adam-Schwaetzer.

<sup>508</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Feudale Landnahme. Abriss billig erkaufte. In: *taz*, 20.03.1993, s. S. 31.

<sup>509</sup> Vgl. Palast der Republik soll Auswärtigem Amt weichen. In: *Die Welt*, 20.03.1993, s. S. 08.

<sup>510</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Palast adé? In: *ND*, 20.03.1993, s. S. 17.

<sup>511</sup> Ebd.

„Berlins Bürgermeister wollte um jeden Preis von der gestrigen Sitzung Ergebnisse mit nach Hause bringen, befürchtete er doch angesichts der sich neu formierenden Umzugsgegnerschaft einiger Bonner Hinterbänkler eine Verzögerung der Hauptstadtplanung. Die Festlegung des heimlichen Bonn-Befürworters Kinkel<sup>512</sup> war ihm da das richtige Zeichen — auch um den Preis, dass dadurch die zu DDR-Zeiten betriebene großformatige Besetzung der historischen Mitte mit Regierungsbauten ihre Fortsetzung findet.“<sup>513</sup> Dass damit auch der Schlossneubau erledigt sein könnte, wird kaum wahrgenommen. Statt dessen kommentiert die *taz* die Beschlüsse der „Bonner Lobby“ als „Hauptstadtplanung nach Gutsherrenart“: Der Feudalismus feiere gar „schröckliche Urständ“, wenn Bonner Minister nach Berlin umzögen. Da würden Ränke geschmiedet, Fürstentümer verschachert, Bauwerke ob einer missmutigen Stirnfalte dem Erdboden gleichgemacht, Landschaften mit einem Federstrich zur Wüstenei erklärt. Und das alles nur, um das „Spieglein, Spieglein an der Wand“ mit einem prächtigen Amtssitz zu betören. Die gefassten Beschlüsse seien daher in mehrfacher Hinsicht ein Desaster: „[...] architektonisch, weil sie die Berliner Stadtmitte endgültig veröden lassen. Historisch, weil sie mit dem Palast der Republik eines der wenigen Baudenkmäler zerstören, auf das DDR-Bürger auch einmal stolz sein konnten. Finanziell, weil der Bonner Größenwahn mit sicherem Prestige-Instinkt die zweit teuerste aller Lösungen gewählt hat.“<sup>514</sup> Doch mindestens so ärgerlich wie das Resultat sei die Art, wie die Bonner Politiker ihre jeweiligen Einzelinteressen durchgeboxt haben. Von allen demokratischen Geistern verlassen, schmissen sich derer „von und zu Kohls & Kinkels“ mit einer Vehemenz in den Ring, als ob es um die Residenz ihres familiären Adelsgeschlechts ginge. Keinem dieser „adligen Herren“ sei es in den Sinn gekommen, dass ihre persönlichen Marotten bei der Gestaltung des Regierungsviertels „völlig schnuppe“ sind. „Denn aller Voraussicht nach wird kein einziger von ihnen jemals dienstlich einen Fuß in diese maßgeschneiderten Domizile setzen. Sie werden schon bei der Grundsteinlegung nicht mehr in Amt und Würden sein. Doch die Bonner Politiker scheinen sich so in ihr eigenes Machtgefüge eingebunkert zu haben, dass ihnen ihre Auswechselbarkeit völlig unvorstellbar scheint.“<sup>515</sup> Im Bewusstsein ihrer eigenen demokratischen Vergänglichkeit hätten sie sich nicht nur für befangen erklären müssen, sondern auch für unzuständig. Expertengremien hätte man die Lösung der Probleme zubilligen müssen, meint die *taz*. Mitten im Umzugslärm forderten die Grünen eine Fachtagung über die Möglichkeiten bei der Asbestsanierung; dabei sollten alle Gutachten veröffentlicht werden, schreibt die *taz*.<sup>516</sup>

Wie verschwommen die Planungen für den Schlossplatz noch Anfang 1993 waren, bezeugt eindrucksvoll ein Beitrag der *FAZ*<sup>517</sup> Ende März. Dort heißt es im Politikteil, das Auswärtige Amt werde an die Stelle des asbestversuchten Palastes ziehen, der dafür abgerissen werde. Dieser vom Bundesbauministerium vertretenen Version habe aber die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung widersprochen. Den Mittelpunkt der Stadt mit einem großen Ministerium zu besetzen, sei „keine gute Idee“, habe Stadtentwicklungssenator Hassemer (CDU) erklärt, denn „[...] an die Urbanität der Mitte Berlins müssten die allerhöchsten Ansprüche gestellt werden“.<sup>518</sup> Die *FAZ* berichtet weiter, der damalige Außenminister Klaus Kinkel (FDP) strebe einen Neubau für sein Ministerium an und sei mit dem Schlossplatz „zufrieden“.

---

<sup>512</sup> Klaus Kinkel (FDP) war von 1991 bis 1992 Bundesjustizminister, von 1992 bis 1998 Bundesaußenminister.

<sup>513</sup> Vgl. Rullf, Dieter: Die Insel der historischen Kompromisse. Mit der Entscheidung für die Ansiedlung des Außenministeriums auf der Spreeinsel wird die historische Mitte Berlins von jeglichem urbanen Leben befreit. In: *taz*, 24.03.1993, s. S. 03.

<sup>514</sup> Vgl. Gaserow, Vera: Wenn Bonner Minister nach Berlin umziehen... Hauptstadt nach Gutsherrenart. In: *taz*, 25.03.1993, s. S. 10.

<sup>515</sup> Ebd.

<sup>516</sup> Vgl. Bü 90/Grüne fordern Fachtagung zum Palast. In: *taz*, 27.03.1993, s. S. 36.

<sup>517</sup> Vgl. Palast der Republik weicht Außenamt. Bauministerium bestätigt Umzugsplan, Berliner Senat unzufrieden. In: *FAZ* Nr. 67, 20.03.1993, s. S. 04.

<sup>518</sup> Ebd.

Darüber berichtet auch kurz der *Spiegel* in einem Beitrag<sup>519</sup>. Der Palast der Republik und das DDR-Außenministerium sollen abgerissen werden, heißt es dort, um dem Bundesaußenministerium Platz zu schaffen. Als „gänzlich ungeklärt“ bezeichnet die *FAZ* die Frage nach einem Neubau des Schlosses. Doch angesichts der „enormen Kosten für eine solche Rekonstruktion“<sup>520</sup> gelte ein solches Vorhaben als „eher unwahrscheinlich“. Nach der proklamierten Abrissentscheidung veröffentlicht die *taz* Beiträge, die die Sinnlosigkeit des Beschlusses vor Augen führen sollen. Darunter auch der Artikel von Anke Westphal, die in einem sehr persönlich gefärbten Erlebnisbericht über den Palast schreibt. „Das synthetische Zentrum wurde nicht geliebt, aber angenommen und funktionierte in seiner kalten Pracht als sozialer Raum auf merkwürdige, mir immer noch unerklärliche Art“.<sup>521</sup> Und: „Nun soll Geschichte wieder einmal symbolisch liquidiert werden, soll ein weiteres Gesicht des Ostens, „die Heimstatt unserer sozialistischen Kultur, von Frohsinn und Geselligkeit“ (Honecker) verschwinden, um einem gesünderen, noch neueren, noch großartigeren Palazzo Prozzo zu weichen. Wenn ich eine Mark übrig hätte, würde ich den alten kaufen.“<sup>522</sup> Nach dem eher „menschelnden“ Beitrag von Westphal veröffentlicht die *taz* eine Einschätzung der technischen Schwierigkeiten des Abrisses. Dort heißt es: „Mittlerweile ist klar, dass im Falle einer Sanierung von dem identifikationsträchtigen Bau lediglich ein Stahlskelett übrigbleiben würde. Denn, wie ein Gutachten der Bundesbauverwaltung bestätigt, weisen die 720 Tonnen Spritzasbest des Palastes den höchsten Gefährdungsgrad auf. Das hat zur Konsequenz, dass der Asbest vollkommen zu entfernen ist, mit der Folge, dass das Gebäude auf den Rohbauzustand zurückzuführen ist.“<sup>523</sup> Doch die eigentlichen Probleme begannen erst bei dem Umgang mit dem Fundament. Die nach dem Rückbau unbelastete Grundwanne aus Stahlbeton würde vom Grundwasser hochgeschwemmt und die in ihr eingearbeitete sechsfache Wasserabdichtung Risse erhalten. Solche Schäden wären irreparabel, vermuten die Fachleute. Es müsste die ganze Wanne entfernt werden, was wiederum zu Beeinträchtigungen der Statik der umliegenden Gebäude führen würde. Inzwischen (2007) weiß man, dass vor dem Abriss die Wanne mit einer Sand-Wasser Mischung geflutet wurde, um statische Verwerfungen des Untergrunds zu verhindern.

Noch im März kam es zu einer Demonstration für den Erhalt des Palastes, meldet die *taz*. Etwa 3000 Menschen seien dem Aufruf der PDS gefolgt und hätten sich Vertretern der DDR-Bürger erklärt.<sup>524</sup> Die *Welt* berichtet von „rund 2.500“ Demonstranten.<sup>525</sup>

Die *FAZ* reagiert auf die Beschlüsse der Bundesregierung mit einem ironisch-bissigen Beitrag<sup>526</sup> von Wolf Jobst Siedler, der die Planungen für den Schlossplatz als Unsinn zu entlarven versucht. Ausgangspunkt seines Artikels ist die Entscheidung der Hauptstadtkommission, auf dem Schlossplatz eine „Mischnutzung“ zu verwirklichen. Die Rede war von dem Außenministerium, ein „Kommunikationszentrum“ eventuell in Form eines Kongressgebäudes und darüber hinaus eine Bücherei. Die Kommission habe mit ihrer Entscheidung das Kunststück fertig gebracht, „die Traditionalisten und die Modernisten im

---

<sup>519</sup> Vgl. Kohl will in die Borsig-Villa. In: *Der Spiegel* Nr. 12, 22.03.1993, s. S. 16.

<sup>520</sup> Vgl. *FAZ* Nr. 67, 20.03.1993, s. S. 04.

<sup>521</sup> Vgl. Westphal, Anke: Nachruf auf eine Errungenschaft. Erinnerung an einen Bau, der keine Zukunft hat: Das DDR-Vorzeigeobjekt „Palast der Republik“ ist ein hässlicher Klotz – und war dennoch für viele Ostberliner ein wichtiger Ort. In: *taz*, 27.03.1993, s. S. 37.

<sup>522</sup> Ebd.

<sup>523</sup> Vgl. Rulf, Dieter: Statiker haben mit dem Palast ihre Last. Während über den Abriss noch diskutiert wird, tun sich unter dem Bau neue Abgründe auf. In: *taz*, 27.03.1993, s. S. 37.

<sup>524</sup> Vgl. Demos. Für Palazzo Prozzo. In: *taz*, 29.03.1993, S.5. und: Protestdemo vor dem Palast. In: *taz*, 29.03.1993, s. S. 21.

<sup>525</sup> Vgl. Demonstration „pro Palast“. In: *Die Welt*, 29.03.1993, s. S. 08.

<sup>526</sup> Vgl. Siedler, Wolf Jobst: Und nächstens dann ein Kaninchenschwanz als Nationalflagge. Kein Stadtschloss, kein Palast – ein Sammelsurium von Mischnutzungen am Ende der „Linden“. In: *FAZ* Nr. 74, 29.03.1993, s. S. 31.

gemeinsamen Kopfschütteln zu vereinigen“,<sup>527</sup> meint Siedler. Das Ziel der Planung sei es, „Bürgernähe, Stadtverträglichkeit und urbane Lebendigkeit“ in die Mitte zu holen. Doch dieser Versuch sei bereits schon einmal gescheitert, so Siedler, und zwar im Umkreis der Stadtbibliothek von Scharoun und bei Schülers<sup>528</sup> Congress Centrum. „Ein totes Kulturforum im Westteil der Stadt genügt nicht; es muss sich dieselbe Einöde doch auch im Osten herstellen lassen“,<sup>529</sup> wettet Siedler. Somit sei das Ende der „Linden“ „zur Leere“, zum „städtebaulichen Nichts“ verurteilt.

Am gleichen Tag veröffentlicht der *Spiegel* ein Interview<sup>530</sup> mit dem Ostdeutschen Stadtplaner Bruno Flierl. Er bemängelt die Herangehensweise, wie die Mitte Berlins „besetzt“ werde. Mit dem Abbruch des Palasts solle eine „identitätsstiftende Erinnerung an den Wiederaufbau nach dem Krieg getilgt, ein Stück Jugend, Heranwachsen, Leben abgerissen, den Berlinern ein Stück urbanen Besitzes weggenommen werden“.<sup>531</sup> Flierl vermisst eine „demokratische Ermittlung“, was an dem Ort überhaupt gebaut werden solle. Die Verordnung von Oben und der Vorwurf von staatlicher Seite – in diesem Fall von Kinkel – an die Kritiker, sie seien „Nörgler“, erinnere ihn zudem stark an die DDR.

Die Diskussion um den Schlossplatz autoritär „deckeln“ zu wollen, zeigt sich bereits am Anfang. Der damalige Außenminister Kinkel erklärte, Berlin solle nicht an seinem Wunsch, sein Ministerium auf den Schlossplatz zu stellen, „herumnörgeln“, sonst könne er ja auch in Bonn bleiben. Aber auch die damalige Bauministerin Irmgard Schwaetzer warnte davor, den „definitiven“ Entschluss der Hauptstadtkommission zu „zerreden“. Bekanntlich wurden diese Appelle nicht erhört.

Nun, nachdem ein Beschluss gefällt wurde, werde endlich auch über konkrete Gestaltungsvorschläge debattiert, konstatiert die *taz*<sup>532</sup> und zeigt in ihrem Beitrag den Frontverlauf zwischen den Parteien. Während die Berliner CDU vor allem die Schlossfassade wiederhaben möchte und der Funktion des Gebäudes wenig Beachtung schenkt, kämpften die Grünen „vehement“ für den Palast und forderten eine Fachtagung über die Asbestsanierung.

Derweil poltert die *taz* erneut in einem Kommentar gegen den bisherigen Verlauf der „Landnahme“: „Ob Schloss-Fälschung, Außenamt statt Palast der Republik, ob Festhaus, Bibliothek oder Kongress-Zentrum – die Verbissenheit auf restaurative „Stadtkronen“ und Staatsarchitekturen auf den Trümmern der DDR-Bauten erscheint [dabei] nur mehr wie eine konzeptionslose Landnahme im Zustand wirrer Besatzermentalität.“<sup>533</sup> Die Beschwörungsformeln mit billigen Zitaten für alte Bilder eines staatsträchtigen Zentrums drückten die Abwesendheit konstitutiver demokratischer Identitätsfindung aus. Berlin nach 1989 schein der Beweis des Zustand eines Vakuums des Mitte-Denkens zu sein. Dies sei auch deshalb so verheerend, weil Berlin nun die letzte Chance habe, mit einer umfassenden Stadtreparatur die antiurbanen Fehler der Vergangenheit zu berichtigen. Ein staatstragendes Zentrum sei völlig überflüssig. Ein Ensemble aus Bauten und Räumen müsste entstehen, durch das die Stadt an dieser Stelle weitergebaut werden könne. „Es muss ein identifikatorisches Ensemble werden. Nicht ein zweites Centre Pompidou – jenes wunderbare Haus mit seinem Platz aus der Zeit flirrenden Lebensgefühls –, sondern dessen Steigerung für

---

<sup>527</sup> Ebd.

<sup>528</sup> Ralf Schüler ist ein Berliner Architekt, dessen bekanntestes Werk das ICC ist.

<sup>529</sup> Ebd.

<sup>530</sup> Vgl. „Eine Art Säuberung“. Interview mit dem Stadtplaner Bruno Flierl über Bonner Berlin-Pläne. In: *Der Spiegel* Nr. 13, 29.03.1993, S. 30-31.

<sup>531</sup> Ebd.

<sup>532</sup> Vgl. Rullf, Dieter: Wenig Spielraum auf der Spreeinsel. Berliner Regierungsviertel: Bis zum Sommer wird über den endgültigen Standort des Außenministeriums und das Schicksal des Staatsratsgebäudes entschieden. In: *taz*, 31.03.1993, S. 17.

<sup>533</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Vakuum Stadtmitte. Visionen sind nötig. In: *taz*, 01.04.1993, S. 21.

das heutige und kommende Lebensgefühl. Dazu erfordert es Gedanken von Urbanität und ein Bewusstsein der Solidarität.“<sup>534</sup>

In einem Interview in der gleichen Ausgabe der *taz*<sup>535</sup> spricht sich Hassemer für die Errichtung eines Gebäudes auf dem Schlossplatz in der Kubatur des Schlosses aus. Das sei für ihn „immer die richtige Antwort“ gewesen. Doch warne er davor, dass Politiker mit ihren eigenen Formvorstellungen anfangen, Architekten zu werden. Angesprochen auf das Schicksal des Palastes meint Hassemer, der Bau sei „vor allem von der unerhört starken Belastung mit Asbest bedroht.“ Er werde daher nach der Sanierung als Palast der Republik nicht mehr erkennbar sein. Und deshalb sei sein Rückbau nicht eine „vordergründig politische Entscheidung.“<sup>536</sup> Während man noch über den Abriss debattiere, sei er schon längst im Gange, meldet die *taz*<sup>537</sup> im April und weiß von 43 Arbeitern, die mit Ausbaurbeiten begonnen hätten.

Anfang April bringt die *taz* einen ganz neuen Aspekt in die Debatte: Man solle sich Zeit lassen, meint Schlossgegner Posener: „Man sollte sich aber auf jeden Fall Zeit lassen, bis uns eine wirklich gute Lösung für diese wichtigste Stelle Berlins einfällt. Der Demokratie als Bauherr sollten wir Zeit lassen – und den Platz bis dahin freihalten von Regierungsbauten. Wir haben ja keine Eile. Jede Überstürzung an dieser Stelle aber wäre nicht zu verantworten.“<sup>538</sup> Das Schloss aber dürfe auf keinen Fall wieder errichtet werden. „Ich habe die größte Angst vor einem Wiederaufbau des Schlosses. Eine Rekonstruktion wäre ganz schrecklich, weil man doch bestenfalls nur die Außenfront wiederherstellen könnte und nicht die wunderbaren Höfe und die unendliche Anzahl herrlicher Räume, die das Schloss besaß. Diese Vergangenheit haben wir unwiederbringlich verloren.“<sup>539</sup> Wie bereits bekannt, akzeptiert Posener nur den Wiederaufbau der Bauakademie, für den er sich auch in diesem Beitrag stark macht.

Die Nachricht von der bevorstehenden Schlossattrappe kommentiert die *taz* mit einem spöttischen „Brief“ an den Vorsitzenden des Fördervereins Wilhelm von Boddien, und „bedankt“ sich für die neue Orientierung. „Ganz bedauerlich erscheint allerdings, dass der Regierende Bürgermeister [!] mit den Plänen der Bonner Bundesaffen fraternisiert und dummes Zeug faselt von Teilrekonstruktion, freisinnigen Neubauten, Wettbewerben et cetera p.p. Mein lieber Wilhelm! Auf den Trümmern der sozialistischen Freimaurerei wird die Geschichte verklärt auferstehen. Das Stadtschloss wird wieder zum Kristallisationspunkt eines Zentrums aus echtem Schrott und Korn.“<sup>540</sup>

Im April steht fest, dass die Schlossattrappe im Juli kommen wird. Die *FAZ*<sup>541</sup> berichtet darüber. Speicher schreibt, die Behörden hätten nach „langen Schwierigkeiten“ das Vorhaben genehmigt. Das Geld habe der Förderverein aufgebracht, die Pläne würden von der Pariser Großbildkünstlerin Catherine Feff und hundert Helfern gefertigt. Die *FAZ* berichtet auch, die geplante Inszenierung sei in Berlin umstritten, gleichwohl habe die „Berliner Politik zu diesem Streit nicht viel beizutragen“<sup>542</sup>. Insbesondere der Regierungsbürgermeister vermeide jede Festlegung. Als am 5. April 1993 Mitglieder des Fördervereins ihr Vorhaben der

---

<sup>534</sup> Ebd.

<sup>535</sup> Vgl. Rullf, Dieter: „Das Staatsratsgebäude ist ein großes Problem“. Stadtentwicklungs- senator Volker Hassemer (CDU) zu den Planungen für die Bebauung der Spreeinsel und zu seinem eigenen Handlungsspielraum. In: *taz*, 01.04.93, s. S. 22.

<sup>536</sup> Vgl. ebd.

<sup>537</sup> Vgl. Abbau des Palastes der Republik. In: *taz*, 01.04.1993, s. S. 24.

<sup>538</sup> Vgl. Posener, Julius: Stadtmittle. Zeit lassen, sehr viel Zeit. Ein Plädoyer, die Spreeinsel frei von Regierungsbauten zu lassen. In: *taz*, 05.04.1993, s. S. 28.

<sup>539</sup> Ebd.

<sup>540</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Die Mitte in vollem Wuchs. Im Juli entsteht das Stadtschloss als Plastikimitation. Mit der konservativen Prominenz knallt auch die *taz* die Hacken zusammen. In: *taz*, 06.04.1993, s. S. 19.

<sup>541</sup> Vgl. Speicher, Stephan: Gelähmt Wiedersehen mit Berlins Schloss. In: *FAZ* Nr. 82, 07.04.1993, s. S. 35.

<sup>542</sup> Ebd.

Öffentlichkeit vorstellten, sei auch Diepgen anwesend gewesen. Auf eine Festlegung habe man aber vergeblich gewartet, so „milchig“ sei er in der Sache geblieben. Für die *FAZ* ist dies ein Zeichen von lähmender Angst, den Bonnern einen Vorwand zu geben, den Umzug weiter herauszuzögern.

Derweil meldet die *taz* neueste Entwicklungen bei der Verteilung des Preußischen Vermögens zwischen dem Bund und dem Land Berlin. Fest stehe nun, dass der Palast der Republik Eigentum des Bundes werde.<sup>543</sup>

Nach deutlicher Kritik in der *FAZ* schreibt noch im April Diepgen selbst einen langen Beitrag in der derselben Zeitung<sup>544</sup>, in dem er die „Basta“-Entscheidung der Hauptstadtkommission vom 23. März erklärt und verteidigt.

Nach der Monarchie (Schloss) und der Diktatur (Palast der Republik) müsse nun die Demokratie zeigen, was sie an den zentralen Platz Deutschlands zu bauen imstande ist, skizziert Diepgen die Aufgabenstellung. Niemand könne an diesem Ort der Geschichte ausweichen; aber es müsse die Frage erlaubt sein, schränkt er ein, „[...] ob wir der Geschichte gerecht werden, wenn wir uns an einer historischen Schlüsselposition auf die Imitation des Vergangenen zurückziehen“.<sup>545</sup> Das Schloss sei nun mal „unwiederbringlich verloren“, der Palast „unrettbar asbestverseucht“. Diepgen plädiert daher für „das Neue“, für „urbanitätsverheißende Lösungen“. Bei der Entscheidung der Hauptstadtkommission habe man eine Lösung gefunden, die sowohl den Palast als auch das Schloss funktionell einbezog, ist Diepgen überzeugt. Die beiden Zutaten, sozusagen die Anleihen aus Schloss und Palast, sind „Bürgernähe“ und „Kulturvermittlung“. Als konkrete Vision einer wieder urbanen Mitte sieht der Regierende Bürgermeister auf dem Schlossplatz „salopp gekleidete Studenten“ und „vornehm gekleidete Besucher und Beamte des Auswärtigen Amtes“.<sup>546</sup>

Noch 1993 könne mit der Sanierung des Palastes begonnen werden, meldet die *taz*<sup>547</sup> und beruft sich dabei auch auf die geklärte Eigentumsfrage. Da es sich bei dem ehemaligen Volkskammersitz um „das am schlimmsten asbestverseuchte Gebäude der Bundesrepublik Deutschland“ handle, komme eine solche Sanierung allerdings einem Abriss gleich, habe Senatssprecher Butz gesagt.

Erneut berichtet die *taz* über eine Diskussionsrunde der Palastfreunde. Rund 250 Leute seien auf Einladung der PDS zusammen gekommen, unter ihnen auch der Palastarchitekt Graffunder. Hitzig sei debattiert worden, jedoch nicht, weil hier konträre Meinungen ausgetragen wurden, sondern weil sich „erboste Berliner“ Luft zu schaffen suchten über ihre Wut, die die Abriss-Entscheidung der Kommission aufgestaut hatte. „Purer Revanchismus“ sei der eigentliche Grund, in Bonn könne man nicht ertragen, solch ein Denkmal der ehemaligen DDR stehen zu lassen, habe ein Westberliner Student gemeint. „Günter Bischoff, 17 Jahre lang Direktor der ‚Hütte des Volkes‘, sieht sich und seine Mitbürger gar ihrer Identität beraubt: Über 1.000 Veranstaltungen im Jahr haben nicht nur Millionen von Ostbürgern besucht“, auch viele Westberliner hätten das kulturelle Angebot noch zu DDR-Zeiten geschätzt.“<sup>548</sup>

Gänzlich andere Töne schlägt die *Welt* in einem Kommentar gegen den Palast an.<sup>549</sup> Die nostalgische Erinnerung wird als unzulässig qualifiziert. Denn zum einen habe es den Palast

---

<sup>543</sup> Vgl. Senator, Palais und Palast gehören Bund. In: *taz*, 07.04.1993, S.19. und: Rullf, Dieter: Berlin schenkt Bonn den Republik-Palast. Senat will auf Eigentumsansprüche am Preußenbesitz verzichten. Brandenburg vertritt „völlig konträre Auffassung“. In: *taz*, 08.04.1993, s. S. 21.

<sup>544</sup> Vgl. Diepgen, Eberhard: Gestern Schinkel, heute Kinkel? Wie die neue Berliner Mitte aussehen wird, wenn die Demokratie als Bauherr auftritt. In: *FAZ* Nr. 16.04.1993, s. S. 35.

<sup>545</sup> Ebd.

<sup>546</sup> Ebd.

<sup>547</sup> Vgl. Palastabbriss noch 1993. Asbestsanierung ist unumgänglich. In: *taz*, 08.04.1993, s. S. 22.

<sup>548</sup> Vgl. Welke, Jörg: „Nicht mit der Kraft der Muskeln, mit der des Geistes“. Befürworter des Palastes der Republik diskutierten einstimmig über Erhalt. In: *taz*, 08.04.1993, s. S. 24.

<sup>549</sup> Vgl. Palazzo Prozzo. In: *Die Welt*, 13.04.1993, s. S. 12.

erst seit 1976 gegeben, und zum anderen sei das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in der Normannenstraße für viele „Ostbiographien“ ein „verdammte wichtiger Erinnerungsträger“ – mehr, als für den Palast. Aber dass man nun daraus ein Denkmal machen solle, wolle wohl niemand. Der Palast präsentiere nicht die DDR Geschichte, wer so denke, mache es sich zu gemütlich im „sozialistischen Biedermeier“. Würde man den hässlichen Palast sanieren, bestünde die Gefahr, dass er für jene eine Erinnerungsstätte würde, die mit „So-schlecht-war-die-DDR-gar-nicht-Sprüchen“ die Geschichte umdeuteten, warnt die *Welt*.<sup>550</sup>

Der Mai ist in der *taz* von Meldungen geprägt, die mal von Demos für den Palast, mal von der Forderung nach einer Fachtagung berichten.<sup>551</sup>

Die „bauästhetische Wende“ sei eingeleitet, konstatiert das *ND* Ende Mai.<sup>552</sup> Auf den ersten Blick scheine es einen einheitlichen bauästhetischen Ausdruck der „Wende“ zwar nicht zu geben, dennoch ließen sich einige Grundtendenzen festmachen. Am deutlichsten sehe man das in der Diskussion um den Palast der Republik. „Schon vor dem – vorhersehbaren – Ergebnis der Diskussion wurde klar, dass der Palast nicht nur weg muss, weil er ein gut nutzbarer und angenommener Gesellschaftsbau der DDR war, sondern auch, weil er in der Form der Spätmoderne gehalten ist“.<sup>553</sup> Selbst Abrissgegner hielten den Bau für hässlich. Hassemer habe im Zusammenhang mit dem Palast und dem DDR-Außenministerium von dem Ergebnis eines „Hässlichkeitswettbewerbs“ gesprochen. Doch diese Meinung sei „betont subjektiv und unsachlich“. „Offenbar stehen solche Tiraden für eine Grundauffassung, nach der nur ein Bau, der mit einem wirklichen ‚Abschluss‘ nach allen Seiten, also mit einem Turm, einer Kuppel oder zumindest einem Hauptgesims und einem Sockel sowie einer ‚richtigen‘ Steinfassade aufwarten kann, Anspruch auf historische Würde besitzt“.<sup>554</sup> Wer genau hinschaue, sehe, dass sich der Palast auf seine Umgebung beziehe. Seine Gesimshöhen, seine Transparenz, die „verklammernden“ Marmorkuben – sie passten sich ein. Wer diesem Bau daher „Primitivität“ vorwerfe, auf den falle der Vorwurf zurück. Doch den „Abrissfanatikern“ sei das alles egal, bemängelt das *ND*.<sup>555</sup>

Die Wochenzeitung *DIE ZEIT* veröffentlicht Ende Mai in ihrem Magazin einen mehrseitigen Bericht über den Palast, seine Vergangenheit und wie er damals und heute wahrgenommen wurde.<sup>556</sup> Wie der Bau „verlassen wir ein Luxusdampfer, den die Pest ereilt hat“, aufgrund der Asbestgefahr unter Quarantäne gestellt sei. Man argwöhne, so die *ZEIT*, dass der Asbest nur ein Symptom sei und nicht die eigentliche Ursache für die Versiegelung. In dem reportageähnlichen Bericht mit vielen Zitaten von ungenannten Besuchern mischen sich auch kritische Töne. So sei der Palast für die meisten Menschen „oft unerreichbar“ gewesen, weil die Bowlingbahnen und die Restaurants schon wochenlang ausgebucht gewesen seien.<sup>557</sup> Die Republik habe „bluten müssen“ für den Bau. Bemerkt wird auch, dass die SED-Führung ausgerechnet den 13. August 1973, den zwölften Jahrestag des Mauerbaus, als Datum für den Baubeginn des Palastes gewählt habe. „Bis zu seiner Schließung im September 1990 wird der Palast der Ort sein, an dem der eingemauerte Staat sich ein Stück *Weltoffenheit* und kapitalistische Avantgarde leistet.“<sup>558</sup> Nur wenn die Volkskammer ihre „lächerlichen Sitzungen“ abgehalten habe, seien die Tore des Palastes geschlossen gewesen. Rainer Oeler, Hausinspektor des Palastes, wird mit den Worten zitiert, dass sich der volkstümliche

---

<sup>550</sup> Vgl. ebd.

<sup>551</sup> Vgl. Gegen Palast-Abriss. In: *taz*, 16.04.1993, s. S. 21. und: Vgl. Demo für Palast. In: *taz*, 03.05.1993, s. S. 23. und: Vgl. Palast-Abriss: Schreyer für Fachtagung. In: *taz*, 07.05.1993, s. S. 26.

<sup>552</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Ein Geschichtsdenkmal und die Hysterie der Abrissfanatiker. In: *ND*, 28.05.1993, s. S. 18.

<sup>553</sup> Ebd.

<sup>554</sup> Ebd.

<sup>555</sup> Vgl. ebd.

<sup>556</sup> Vgl. Vom SED-Monument zum Geisterhaus. In *ZEIT-MAGAZIN* Nr. 22, 28.05.1993, s. S. 42-46.

<sup>557</sup> Vgl. ebd.

<sup>558</sup> Ebd.

Charakter des Hauses ökonomisch nicht aufrechterhalten ließe, ohne ihn jährlich mit Millionen zu subventionieren.<sup>559</sup> Deswegen müsse man den Bau aber nicht gleich platt machen, so der Grundtenor des Artikels.

Die *FAZ* besucht vier Wochen vor dem Beginn der Stadtschloss-Illusion die Werkstatt in Paris, wo die Fassade des Schlosses gemalt wird und berichtet<sup>560</sup> über die Wirkung der Farben. Das Ergebnis der Malerei entpuppe sich als schematische Raumsulptur, „halb Geniestreich, halb Operettenbluff“<sup>561</sup>, schreibt Hanimann wohlwollend. Auf Haupt- und Nebenkuppeln, auf Materialfeinheiten und Farbstufungen habe man allerdings bewusst verzichtet. „Was zählt, ist die allgemeine Raumwirkung auf den, der nicht so genau hinschaut, wie bei einer Luftspiegelung, einer irrationalen Vision.“<sup>562</sup> In Paris wurden ähnliche Trugbilder vor konkrete Bauten gehängt, die derzeit restauriert wurden. In Berlin ist der Fall nicht so eindeutig. Denn ob in der Hauptstadt sich die „innere Leere zwischen den Bauplanen einst füllen oder nur Rummelplatz für historischen Spuk bleiben wird, steht noch offen“<sup>563</sup>, erklärt Hanimann in der *FAZ*.

Betont kurz schreibt die *taz* über das Ereignis. Ohne Prominenz sei ein erstes Stück installiert worden. Die Kunststoffbahn flatterte heftig im Wind und machte zusätzliche Installationen unmöglich. „Wie zu erfahren war, konnte Schlossfreund Wilhelm von Boddien vom Förderverein Berliner Stadtschloss´ nur mühsam am Besteigen des 30 Meter hohen Gerüstkäfigs gehindert werden. Wilhelm soll nicht schwindelfrei sein!“<sup>564</sup>, spottete die *taz*.

Auch dem *Spiegel* sind die Vorbereitungen in Paris einen kleinen Beitrag<sup>565</sup> wert. Sachlich berichtet das Magazin über die Künstlerin Feff, den Initiator v. Boddien und sein Ziel, die Debatte sichtbar an die Bevölkerung heranbringen zu können. Das Ziel der „Rekonstruktionslobbyisten“ sei klar und sei von Diepgen in einen Satz zusammengefasst worden: Auch Schlüter nehme am Wettbewerb um die Gestaltung der Mitte teil.<sup>566</sup>

Was die Bundesbauministerin Schwaetzer von dem Wiederaufbau des Schlosses hält, veröffentlicht die *FAZ* kommentarlos in ihrer Rubrik „Fundsachen“<sup>567</sup> im Politikteil. „Ich bin nicht für den Wiederaufbau untergegangener Sachen. Baudenkmale kann man nur schützen, nicht wiederherstellen“, lautet das Zitat der Ministerin.

Viel wichtiger als das Plastikschloss scheint der *taz*<sup>568</sup> die Auslobung des Ideenwettbewerbs Spreeinsel. In den Vorgaben für die Architekten heißt es, die Sanierung des asbestverseuchten Palast der Republik erscheine aus städtebaulichen, funktionalen und wirtschaftlichen Gründen nicht zweckmäßig. In der Auslobung solle daher der Abriss des Palastes empfohlen werden. Offen lasse die Auslobung, ob für die Errichtung des „Neubaukomplexes Außenministerium“ das Staatsratsgebäude erhalten werden solle. Die Architekten werden vor die Wahl der „Erhaltung, des Umbaus oder des Abrisses“ gestellt, berichtet die *taz*.

Wenige Tage später kommt die *taz* doch noch auf das „Schlossgespenst“ zu sprechen. Von reichen „Kaisertreuen“ und „verrückten Geschichtsphantasten“ initiiert, behänge die Pariser Künstlerin Catherine Feff die Eisenstangen mit Kunststofflappen. „Auf diesen ist die Schlossfassade im Originalmaßstab abgebildet, so mies allerdings, dass sich der olle Schlüter,

---

<sup>559</sup> Vgl. ebd.

<sup>560</sup> Vgl. Hanimann, Joseph: Traumpalast. Das Berliner Stadtschloss als optische Täuschung. In: *FAZ* Nr. 124, 01.06.1993, s. S. 33.

<sup>561</sup> Ebd.

<sup>562</sup> Ebd.

<sup>563</sup> Ebd.

<sup>564</sup> Vgl. Schlosslappen wurde enthüllt! In: *taz*, 04.06.1993, s. S. 23.

<sup>565</sup> Vgl. Schattenwurf auf Polyester. In: *Der Spiegel* Nr. 23, 07.06.1993, s. S. 225.

<sup>566</sup> Vgl. Ebd.

<sup>567</sup> Vgl. Fundsache. In: *FAZ* Nr. 127, 04.06.1993, s. S. 03.

<sup>568</sup> Vgl. Der Sack ist zu – und viele Fragen offen. Auslobung zur Spreeinsel: Einen Mammutwettbewerb will Senator Hassemer vermeiden. Verkehrsführung weiter strittig. In: *taz*, 05.06.1993, s. S. 35.

Baumeister unter dem Soldatenkönig, im Grabe umdrehen würde.“<sup>569</sup> Von dieser Inszenierung drohe keine Renaissance des Schlosses, ist sich die *taz* sicher. Die Absicht der Schlossfans, mit der Kulisse baupolitische Vorentscheidungen zu lancieren, gehe nicht auf. Zu offensichtlich verstellten die flatternden Kulissenbahnen die Annäherung an das versunkene Gebäude. Pickelhauben seien nun mal nicht mehr angesagt. Und reiße der Wind nicht die Bahnen von den Stangen, werden es vielleicht andere tun. Weiter berichtet die *taz* von einer Pro-Palast Demo mit wenigen hundert Menschen und von 40.000 Unterschriften, die die Palastfreunde gesammelt hätten.<sup>570</sup> Mitte Juni berichtet die *taz* erneut von der „Irrenoffensive“.<sup>571</sup> Der Verfasser erinnert an den Schloss-Bastelbogen in dem MERIAN-Heft über Berlin, den damals niemand ernst genommen habe. „Ernst nahm man die Schlossaufbaupläne zumindest nicht, und auch die Nachrichten, die hernach vorbeikamen, wurden als eher mittelmäßiger Irrsinn vage interessiert beiseite gelegt, wie etwa die Flugblätter seltsamer Sekten oder die Schriften von Paranoiden.“<sup>572</sup> Inzwischen habe sich das Blatt gewandelt, man suche Identität. „Wer nun allerdings schon grimmig die Hacken zusammenknallen möchte, sollte sich doch noch einmal die trotzig infantile, fast rührend irrsinnige Form neuer Identitätssucht anschauen. Die gemalte Fassade des Stadtschlusses beispielsweise, der Versuch, Identität ohne Erinnerung zu verordnen, wirke so lächerlich wie etwa der Kölner Dom im Legoland. Und die Stadtschlusssbefürworter erinnerten an Pierre Brice, der am Ende seiner Karriere tatsächlich gemeint habe, Winnetou zu sein. Doch alle habe auch etwas Gutes; in diesem Fall sei das Plastikschloss so schlecht gelungen, dass man nach seinem Abbau Abstand nehmen werde von seinem tatsächlichen Aufbau, meint die *taz*. Die *Welt* berichtet über das Fachsymposium „Palast der Republik – Altlast oder Chance“, bei dem man einen ganzen Tag „vor leeren Sitzreihen“ diskutiert habe.<sup>573</sup> „Erstrangige“ Asbestexperten hätten stundenlang über verschiedene Sanierungsmethoden gestritten, was vor allem beweise, dass es noch kein einheitliches Verfahren gebe. Am Ende aber sei man ratlos gewesen.“<sup>574</sup>

Während der Aufbauarbeiten der Attrappe berichtet der *Spiegel*<sup>575</sup> zwei Tage vor der Eröffnung ausführlich über das Vorhaben der Initiatoren. Man erhoffe sich eine Langzeitwirkung der 100 Tage Show, schreibt der *Spiegel*. Eine „Koalition aus Städtebauern, Royalisten, Stadtästheten und spätbürgerlichen Nostalgikern“<sup>576</sup> wollten mit der Berliner CDU die „Arbeiter-und-Bauern-Brache“ für sich beanspruchen. Das werde viel Überzeugungsarbeit fordern, meint der *Spiegel*, denn der angrenzende Palast genieße eine breite Akzeptanz. 70 Millionen Menschen hätten ihn besucht und über 21.000 Veranstaltungen seien durchgeführt worden. „So etwas prägt, ähnlich wie ein Schloss“<sup>577</sup>, ist sich der *Spiegel* sicher. Argumente von Flierl, Fest und Buddensieg wiederholt das Magazin, und kommt letztlich zu dem Schluss, dass die Fronten zwischen Schlossfreunden und –gegnern windungsreicher verliefen, als man zunächst annähme.

Das *ND* spottet zur Eröffnung über die Schloss-Attrappe als „Glanz und Gloria für das Berliner Sommerloch“.<sup>578</sup> Das monarchistische Objekt der Begierde sei dort, wo es auch manche guten Republikaner – für immer – gerne haben würden. Die Attrappe verfehle seine

---

<sup>569</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Berlinalien. Schlossgespenst in Berliner Kulisse. In: *taz*, 07.06.1993, s. S. 05.

<sup>570</sup> Vgl. „Sanfte Innenstadtbefestigung“. In: *taz*, 07.06.1993, S.23. und: 40.000 Unterschriften für Palast-Erhalt. In: *taz*, 14.06.1993, s. S. 24.

<sup>571</sup> Vgl. Kuhlbrodt, Detlef: Stadtmitte. Neues von der Irrenoffensive. In: *taz*, 14.06.1993, s. S. 28.

<sup>572</sup> Ebd.

<sup>573</sup> Vgl. Guratzsch, Dankwart: Palast-Abriss bedroht den Dom. 108.000 Tonnen Wasserverdrängung – Fachsymposium der Ratlosigkeit. In: *Die Welt*, 21.06.1993, s. S. 18.

<sup>574</sup> Vgl. ebd.

<sup>575</sup> Vgl. Wille und Masse. In: *Der Spiegel* Nr. 26, 28.06.1993, s. S. 68-72.

<sup>576</sup> Ebd. s. S. 68.

<sup>577</sup> Ebd. s. S. 72.

<sup>578</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Schloss-Objekt der Begierde. In: *ND*, 30.06.1993, s. S. 17.

Wirkung nicht, meint das *ND*, zeige es doch den Berlinern, dass das „Parkplatz-Loch“ wieder gefüllt werden müsse.<sup>579</sup> Doch eine Diskussion über die Nutzung finde nicht statt, statt dessen gebe es nur nostalgische Sehnsüchte. Damals sei der König Financier des Schloss gewesen; heute seien die Könige Thyssen, BMW und Schering. Doch diesen sei die Puste bereits bei der Schlossattrappe ausgegangen, wie fehlende Teile bewiesen. Die Berliner sollen also ihre 100-Tage-Illusion bekommen. „Wenn die Stadt ihnen auch künftig nichts besseres zu bieten hat, könnte man das ganze in den nächsten Jahren sogar wiederholen, zur Abwechslung mit Luftschlössern der Marke Versailles oder Windsor“.<sup>580</sup> Kanzler Kohl habe in seiner „Reichshauptstadt“ nun ein Schloss, heißt es in einem anderen Kommentar des *ND*, der sich mit dem geänderten Asylrecht beschäftigt.<sup>581</sup>

Die *taz* begnügt sich kurz vor der Eröffnung mit einer Agenturmeldung<sup>582</sup>, die das Schloss eher positiv darstellt. So wird die präzise Nachbildung hervorgehoben, während die *taz* doch immer von der miesen Qualität der Plänen gesprochen hatte. Zum Ausgleich schreibt Lautenschläger in der *taz*<sup>583</sup> anderntags über Missgeschicke und Pannen, die von der Eröffnung begleitet worden seien. Ein Bilderbogen der Kaiserfamilie etwa sei „lieblos“ auf eine Holzplatte genagelt. Die Ausstellung, habe von Boddien im zum Bierzelt verwandelten „Schlosshof“ betont, präsentiere ein verlorenes Stück Berliner Geschichte, das in Zeiten der Erneuerung Möglichkeiten der baulichen Gestaltung aufzeige. Das Stadtschloss bilde für ihn „die Messlatte“, an der sich jede zukünftige Planung zu orientieren habe. Die „Simulation“, ergänzte von Boddien, verdeutliche die „Kraft des Ursprünglichen“. „Der Schlosskopierer betonte, dass nicht ‚ein paar Fachleute‘ über die Bebauung des Marx-Engels-Platzes entscheiden dürften. Über den ‚Hauptplatz Berlins‘ müsste die Berliner Bevölkerung abstimmen.“<sup>584</sup> Als besonders schlecht bezeichnet Lautenschläger die Gegenentwürfe diverser Architekten, sie seien nicht „zukunftsorientiert“ und daher keine wirkliche Alternative zum Schloss.

Die Schlossattrappe und die dazu gehörige Ausstellung wurden am Abend des 30. Juni 1993 eröffnet.

Die *FAZ*<sup>585</sup> berichtet ausführlich über das Ereignis. Wie so oft in der Schlossplatzdebatte, erfolgt der Einstieg in das Thema über die Beschreibung des als unwirtlich, glattgehobelt, kalt und zugig empfundenen Ist-Zustands der Berliner Mitte. Mönninger bezeichnet sie als „Teststrecke der seelischen Belastbarkeit“<sup>586</sup>. Nachdem nun das Gerüst mit der Schlossfassade errichtet wurde, sei die „wohl gespenstischste Stadtmitte Europas nicht mehr wiederzuerkennen“<sup>587</sup>. Doch die Wucht des simulierten Steinquaders habe nicht allein eine zentralisierende Wirkung. Mönninger gerät in Ekstase: „Die Anstrengung ist einzigartig, die Wirkung überwältigend, die Frage erstmals wirklich gestellt: ob das in alle Himmelsrichtungen verlaufende Berlin wieder sein historisches Gravitationszentrum zurückgewinnen kann.“<sup>588</sup> Und weiter unten heißt es kategorisch: „Die Frage nach der Kubatur einer neuen Bebauung, die den Schlossumriss haben müsste, ist damit eindeutig beantwortet“.<sup>589</sup> Sie muss, lautet die unausgesprochene Forderung. Mönninger berichtet auch

---

<sup>579</sup> Vgl. ebd.

<sup>580</sup> Ebd.

<sup>581</sup> Vgl. Dümde, Claus: Festung Deutschland. In: *ND*, 01.07.1993, s. S. 01.

<sup>582</sup> Vgl. Fata Morgana aus Stoff. Stadtschlosseinweihung mit Volksfest. In: *taz*, 29.06.1993, s. S. 24.

<sup>583</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Bilderbogen aus der Kaiserzeit. Eröffnung der Ausstellung „Das Schloss?“ hinter der Plastikkulisse läuft nicht ohne Pannen ab. Alternative Entwürfe der Architekten enttäuschen. Entmottete Uniformen Wilhelms II. als Renner? In: *taz*, 01.07.1993, s. S. 27.

<sup>584</sup> Ebd.

<sup>585</sup> Vgl. Mönninger, Michael: Das Bauwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Die Ausstellung über das Berliner Stadtschloss und das Großgerüst sind eröffnet. In: *FAZ* Nr. 150, 02.07.1993, s. S. 33.

<sup>586</sup> Ebd.

<sup>587</sup> Ebd.

<sup>588</sup> Ebd.

<sup>589</sup> Ebd.

über den Initiator und „Hobby-Bauhistoriker“ v. Boddien. Dieser habe durch die Ausstellung mehr in Bewegung gebracht, als je eine Berliner Architekteninitiative. Auch sei der Vorwurf, er sei monarchisch-reaktionär nicht mehr haltbar. Indem er die „Schlossdebatte auf wissenschaftliche Fundamente gestellt“ habe, wage niemand mehr an seiner Lauterkeit zu zweifeln. Durch prominente Schlossfreunde sei auch das Rechts-Links-Schema überwunden. Als weitere Wirkung meint Mönninger, die Bonner Pläne für das Außenministerium auf dem Schlossplatz seien durch die Wirkung der Attrappe praktisch vom Tisch. Der Bonner Bauwettbewerb könne nicht mehr an der Schlossvorgabe vorbei. Mit der Attrappe habe v. Boddien die Debatte auf die Kernfrage reduziert, nämlich ob man eine Rekonstruktion wolle. Politisch-moralische und technische Bedenken seien überwunden.

Vielleicht um den Anschein von Ausgewogenheit zu erwecken, berichtet die *FAZ*<sup>590</sup> wenige Tage später auch über eine Ausstellung von acht Gegenentwürfen zur Rekonstruktion. Doch die Stoßrichtung des Artikels zeigt sich schon in der Überschrift, in der die Modernität – gemeint sind die Entwürfe – als „unzeitgemäß“ bezeichnet werden. Tatsächlich nennt Mönninger die Ausstellung „Statt-Schloss“ peinlich. Berlin habe nun mal nicht die historische Bausubstanz wie etwa Paris oder Amsterdam, daher gebe es in der Stadt keinen Bedarf nach architektonischen Experimenten. Die Entwürfe seien daher zum Scheitern verurteilt: „Gegen ein halbes Jahrhundert Stadt- und Baugeschichte und gegen den Abglanz der Repräsentationsgewalt der Hohenzollern können die meisten der acht Planer mit ihren selbstfinanzierten Schnellentwürfen nicht ankommen“<sup>591</sup>. Die ungleiche Gegenüberstellung nähere zudem nur die „Laien-Aversion gegen die Moderne“, fürchtet Mönninger. Die in den Entwürfen vorgeschlagene Nutzung ist einigermaßen konstant. Kultur- und Konferenzzentren, Bibliotheken, Gärten, Ministerien sollen auf dem Schlossplatz untergebracht werden. Fast alle acht bringen dort das Bundespräsidialamt mitsamt Präsidentenwohnung unter – dem Schlossplatz als Ort höchster Staatsgewalt scheinen sie sich nicht entziehen zu können.

Im weiteren skizziert, bzw. verrißt Mönninger kurz alle acht Entwürfe. Interessant ist dabei nur, wie sich die *FAZ* über den Entwurf von Axel Schultes mokiert. Schultes beanstande Schinkels klassizistisches Würfelspiel, konterkarierte ihn in seinem Entwurf aber nur mit dem „ahistorischen Geist barocker Umschließung“<sup>592</sup>. 2001 sollte die *FAZ* genau diesen Entwurf von Schultes als die geniale Lösung schlechthin für den Schlossplatz publizistisch hochleben lassen.

Das *ND* druckt zur Eröffnung eine PDS-Erklärung, in der das „Luftschloss“ und der Berliner Senat scharf kritisiert werden.<sup>593</sup> Der Senat wolle so den Volkswillen beeinflussen, um den Palast abreißen zu können. So könnten aus dem Berliner Sparhaushalt weitere Millionen für den Prunkbau „abgezockt“ werden.<sup>594</sup>

Spöttisch berichtet die *ZEIT* über ein Beach-Volleyball Turnier auf dem Schlossplatz.<sup>595</sup> Zitiert werden dabei Stimmen von offenbar ehemaligen DDR-Bürgern, die sich mit diesem Sport nicht anfreunden können. So habe die Pfortnerin des Marstalls gemeint, „buntes Treiben“ habe es nur in dem „schönen Saal“ der Volkskammer gegeben, als sich alle Bezirke der DDR vorgestellt hätten. Begeistert habe sie sich auch über die Bowlingbahn im Palast geäußert.<sup>596</sup>

Die *taz* im Juli noch mal über die Ausstellung: „Recht zugig ist es in den hastig zusammengezimmerten Ausstellungsräumen. Krampfhaft und provinzieller noch als jedes

---

<sup>590</sup> Vgl. Mönninger, Michael: Das Lächeln der Geiseln. Wenn Modernität unzeitgemäß wird: Die Ausstellung „Statt-Schloss“ zeigt Neubaulösungen für das Berliner Zentrum. In: *FAZ* Nr. 153, 06.07. 1993, s. S. 31.

<sup>591</sup> Ebd.

<sup>592</sup> Ebd.

<sup>593</sup> Vgl. Luftschloss zum Anfassen. In: *ND*, 02.07.1993, s. S. 18.

<sup>594</sup> Vgl. ebd.

<sup>595</sup> Vgl. Klawitter, Nils: Sand vor Erichs Hütte. Auf dem Schlossplatz in Berlin spielen sie Beach-Volleyball. In: *DIE ZEIT* Nr. 28, 07.07.1995, s. S. 69.

<sup>596</sup> Vgl. ebd.

dörfliche Heimatmuseum bemühen sich schlichte Reproduktionen alter Stiche zu zeigen, wie sich „Schloss und Stadt“ miteinander entwickelt und verändert haben. Einige der schlecht befestigten Bilder fallen wegen des immensen Andrangs schon so langsam herunter, als wollten sie da nicht mehr hängen. Vom Ursprung des Stadtschlusses im Jahre 1442 über seine Vollendung im Barock bis zur Sprengung 1950 führt ein sterbenslangweiliger, manchmal peinlicher Weg.<sup>597</sup> Als sei diese Darstellung der Ausstellung nicht ausreichend, um die Minderwertigkeit der Schlossfreunde zu dokumentieren, schreibt Kuhlbrodt einen weiteren Artikel<sup>598</sup> zum Thema. Nach der Sprengung sei den „Schlossaufbaukämpfern“ zufolge Berlin ohne Mitte und Halt. „Orientierungs- und identitätslos, als seelenloser Zombie torkelt der Berliner, der ohne sein Schloss eigentlich nicht einmal Berliner, sondern irgendein nomadisierender Irgendjemand ist, seither durch die Stadt und verläuft sich ständig.“<sup>599</sup> Dem wolle Wilhelm von Boddien ganz entschieden entgegentreten. Verlogen in seiner Argumentation wolle er mit dem Wiederaufbau auch den jungen Nationalsozialisten wehren. Ohne die Besinnung auf die Kultur und Geschichte werden man ein Volk ohne Zukunft sein. Die Orientierungslosigkeit vieler Jugendlicher, die sich dadurch extremen Gruppen von rechts bis links zuwendeten, liege häufig darin begründet, dass ihnen nur den Wettkampf um den materiellen Reichtum vorführt werde, statt ihnen zukunftsweisende Werte zu übermitteln, habe v. Boddien gesagt. Der Protest der Gegner sei daraufhin seltsam kleinlaut ausgefallen, findet die *taz*.

Ebenfalls im Juli kündigt die *FAZ*<sup>600</sup> den bevorstehenden Architekturwettbewerb „Spreeinsel“ an. Ab dem 22. August 1993 könne man sich für die Zulassung zum Wettbewerb bewerben, am 7. Dezember 1993 werde die Jury 50 Teilnehmer ermitteln und im April 1994 soll der Sieger verkündet werden, schreibt Mönninger zum technischen Fahrplan. Da keiner wisse, was in der Mitte gebaut werden solle, sei von einer Selbstüberschätzung der Planer auszugehen. „Die Koordinaten für den planerischen Blindflug über der Stadtmitte sind nur vage gesteckt.“<sup>601</sup> Der Palast und das DDR-Außenministerium solle abgerissen werden, die Bauakademie und das Kommandantenhaus hingegen sollten wieder aufgebaut werden. Zu den Koordinaten gehörte auch, dass das Staatsratsgebäude abgerissen werden solle. Das aber sei unnötig, meint Mönninger, denn der Bau sei nicht nur historisch bedeutend, sondern auch architektonisch gelungen. Die Architekten träten nicht nur als Konkurrenten an, sie müssten seit der Schlossattrappe auch mit dem „wichtigsten Nebenbuhler“ – dem Schloss – rechnen. „Ob man die Schloss-Restauration mag oder nicht – wer die eindrucksvolle Komplettierung der Stadtmitte durch das Probegerüst gesehen hat, dessen Erfindungseifer dürfte von selbst erlahmen.“<sup>602</sup> Bei der nach wie vor unklaren Nutzung der Mitte lobt Mönninger die Phantasien des Philosophen Peter Sloterdijk. Dieser habe auf einem Forum die Mitte als „Gesellschaftsobservatorium“, als „Weltbüro der Intelligenz“, als „geistiges World Trade Center“, „Palast der Wahrheit“ und „Kraftfeld der politischen Einbildungskraft“ bezeichnet.<sup>603</sup> Solche verwegenen Ideen seien wünschenswert, aber wenn was gebaut wird, müsse darauf geachtet werden, „[...] dass nicht auch noch der letzte Rest des Berliner Stadtporzellans zerschlagen wird“.<sup>604</sup>

---

<sup>597</sup> Vgl. Kuhlbrodt, Detlef: Hinter der Fassade atmet das „Schloss“ Geschichte. Im Innern konfrontiert eine Ausstellung die Besucher mit Preußens Gloria. In: *taz*, 12.07.1993, s. S. 03.

<sup>598</sup> Vgl. Kuhlbrodt, Detlef: Was noch vor anderthalb Jahren als Phantasie eines durchgedrehten Spinners abgetan wurde — der Plan zum Wiederaufbau des Berliner Schlosses —, heute steht es wieder da, im neuen alten Glanz: aus Plastik. In: *taz*, 12.07.1993, s. S. 03.

<sup>599</sup> Ebd.

<sup>600</sup> Vgl. Mönninger, Michael: Kreativität der Leere. Planer im Blindflug über Berlins neuer Stadtmitte. In: *FAZ* Nr. 162, 16.07.1993, s. S. 27.

<sup>601</sup> Ebd.

<sup>602</sup> Ebd.

<sup>603</sup> Vgl. ebd.

<sup>604</sup> Ebd.

Noch im Juli kündigt v. Boddien eine Umfrage zum Schloss für den Herbst an, weiß die *taz*<sup>605</sup>. Eventuell solle die Ausstellung auch verlängert werden, da der Besucheransturm so groß sei. Dann berichtet die *taz* noch über den Ärger, den der Aufbau eines zweiwöchigen Vergnügungsparks vor die Schlossattrappe bei Boddien ausgelöst habe.<sup>606</sup> Der Ärger v. Boddien über die Schausteller vor der Attrappe ist der *taz* einen Kommentar<sup>607</sup> wert. Arns vergleicht das Schloss mit Überraschungseiern – beides sei verpackt, aber damit ende der Vergleich auch schon. Das Schloss nämlich sei eine Mogelpackung. „Denn die große Stoffschachtel mit Schloss-Motiv beinhaltet eigentlich gar nichts, zumindest nur eine Dokumentation über sich selbst. Die Verpackung ist also da, nur mit Spannung und Nascherei hapert es noch. Dazu wollen den Berlinern jetzt Schausteller verhelfen, die der Stadt einen zweiwöchigen Jahrmarkt beschenken. Eine Loopingbahn wird für mehr Nervenkitzel sorgen, als bei einem Überraschungsei üblich ist, Essen wird es auch geben.“<sup>608</sup> Weder v. Boddien noch die Berliner CDU<sup>609</sup> fänden das aber lustig. Daher sollte man die „staatsbürgerliche CDU-Sorge“ ernst nehmen und die Attrappe mit einer Bannmeile umgeben. „Das Kunstwerk wäre nicht mehr Verpackung, sondern Inhalt. Nur zu Naschen gibt's nichts, da sind Überraschungseier einfach besser“<sup>610</sup> – spottet die *taz*. Über eine Talkrunde vor dem Palast berichtet die *taz* Ende Juli. Der ebenfalls eingeladene v. Boddien habe gesagt, mit dem Schloss solle ein Gebäude entstehen, das städtebaulich in die historische Landschaft passe und zur Zusammenführung von Ost und West beitrage. Eine solche Aufgabe könne der Palast nicht erfüllen, schreibt die *taz*. „Forderungen nach dessen Erhalt seien Teil der Nostalgie, an die sich ´die frustrierte Bevölkerung teilweise zu Recht klammert´, erklärte er unter Buh-Rufen mehrerer hundert Bürger“<sup>611</sup>

Die *Welt* berichtet über die gleiche Veranstaltung, auf der v. Boddien und Graffunder darin übereingekommen seien, dass sie in „einem Boot“ säßen.<sup>612</sup> Denn beide würden von der Bundesregierung nicht gefragt werden.

Während sich die Attrappe als Publikumsmagnet entwickelte, wurde die Veranstaltungsreihe „Sommer im Schlosshof“ nicht vom Erfolg gekrönt, meldet die *taz*<sup>613</sup> Anfang August. Weiterhin keine Mehrheit für einen Wiederaufbau meldet die *taz* und beruft sich dabei auf eine Infratest Umfrage.<sup>614</sup> Unverändert informiert die *taz* über weitere Aktionen für den Erhalt des Palastes und veröffentlicht dazu Adressen und Termine.<sup>615</sup>

Keine unmittelbar messbare Wirkung bezüglich eines Wunsches nach Rekonstruktion hatte die Attrappe bei den Berlinern, wie eine Umfrage ergab. Über das Ergebnis berichtete die *FAZ*<sup>616</sup> in einem kurzen Beitrag. Demnach sei das Interesse an der Attrappe zwar hoch – 42 Prozent der Befragten hatte die Ausstellung besucht – doch daraus folgte nicht der Wunsch, das Stadtschloss auch wieder rekonstruieren zu wollen. 37 Prozent seien für einen Wiederaufbau gewesen, 60 Prozent dagegen. Zwischen Ost- und West-Berlin gab es zudem

---

<sup>605</sup> Vgl. Mit Umfragen das Schloss retten. Förderverein sieht Sinneswandel für Schlossneubau. In: *taz*, 21.07.1993, s. S. 18.

<sup>606</sup> Vgl. Loopings vor Schlossattrappe. Vorsitzender des Fördervereins Berliner Schloss ist empört: 14 Tage lang wird der freie Blick auf die Schlossattrappe durch eine Looping-Bahn „verschandelt“. In: *taz*, 22.07.1993, s. S. 20.

<sup>607</sup> Vgl. Arns, Christian: Überraschungseier sind besser. Mogelpackung Schloss. In: *taz*, 24.07.1993, s. S. 31.

<sup>608</sup> Ebd.

<sup>609</sup> Vgl. CDU: Schlossfassade nicht gefährden. In: *taz*, 24.07.1993, s. S. 31.

<sup>610</sup> Ebd.

<sup>611</sup> Vgl. Weiter Streit um Schlossprothese. Diskussion mit Palast-Fans über Zukunft von Berlins Mitte. In: *taz*, 26.07.1993, s. S. 19.

<sup>612</sup> Vgl. Dobberke, Cay: Streiter für Stadtschloss und Palast sitzen in einem Boot. In: *Die Welt*, 26.07.1993, s. S. 12.

<sup>613</sup> Vgl. Pleiten für „Sommer im Schlosshof“. In: *taz*, 04.08.1993, s. S. 17.

<sup>614</sup> Vgl. Berliner wollen Stadtschloss nicht. In: *taz*, 12.08.1993, s. S. 17.

<sup>615</sup> Vgl. Sanft belagert. In: *taz*, 13.08.1993, s. S. 22.

<sup>616</sup> Vgl. Sehen, nicht bauen. Umfrage zum Berliner Stadtschloss. In: *FAZ* Nr. 186, 13.08.1993, s. S. 23.

einen signifikanten Unterschied. Denn im Ostteil der Stadt seien nur 25 Prozent, im Westen hingegen 45 Prozent der Menschen für einen Wiederaufbau gewesen. Wilhelm von Boddien kommentierte die Umfrageergebnisse in einem Gespräch mit dem *Spiegel* als „Demoskopie mit Webfehlern“<sup>617</sup>. Die Leute seien „nicht generell gegen das Schloss, sondern gegen das Schloss jetzt, weil Wohnungen und Kindergärten dringender gebraucht werden“.<sup>618</sup> In den Gästebüchern der Ausstellung seien 75 Prozent der Einträge pro Schlossaufbau, versicherte v. Boddien. Für die Zukunft wünsche er sich, Bundeskanzler Kohl solle sich die Ausstellung in Ruhe anschauen. Nach der Attrappe könnte der Eindruck so stark bleiben, dass ihm Taten folgen. Gebaut werden solle aber auf keinen Fall eine „Betonprotz mit dem Charme einer Tiefkühltruhe“.<sup>619</sup>

Die Schlossattrappe mit der Achterbahn habe einmal mehr die Kulissenwelt zur Kenntlichkeit verändert, meint die *taz* in einem umfangreichen Artikel.<sup>620</sup> Das Jahrmarktspektakel bilde das „perfekte Pendant zur Disney-Wand“. Wer bislang noch Zweifel an der platten Inkarnation des Stadtschlusses als Rummelbude gehabt habe, siehe nun, wo die eigentlichen Bestimmungen der Illusionsmalereien liegen: „Die gute alte Zeit gehört auf den Festplatz – so wie die Alt-Berliner Bierstube oder die in Schmalz gebackenen Fettkuchen nach Großmutterart gleich nebenan.“<sup>621</sup> So wie es ist, sei das Schloss lächerlich, gespenstisch, verschwinde mehr und mehr. Eines aber sei nun trotzdem klar, meint Lautenschläger. „Kenntlich geworden ist durch die Schlossattrappe aber auch, dass der große städtische Raum in der Berliner Mitte nicht mehr leer bleiben kann. Die Achsen und breiten Schneisen haben weder der Palast der Republik noch der Riegel des Außenministeriums aufhalten können.“<sup>622</sup> Bei einer Fahrt in Richtung Schlossplatz meinte man immer, auf einer rahmenlosen Rennbahn entlang zu schießen, die irgendwo hinter dem Alexanderplatz endete. Einen Haltepunkt auf der Spreeinsel habe man nicht finden können. Volumen müsse daher her, der Palast sei zu klein, gibt die *taz* zu. Indes werde der aufgegelobte Wettbewerb wenig Erfolg haben, zu ungenau seien die Vorgaben.

Als gefundenes Fressen erweist sich für die *taz*<sup>623</sup> die Mitgliedschaft des stellvertretenden Vorsitzenden des Fördervereins Berliner Schloss bei den „Republikanern“. Wenn v. Boddien von der „Rep-Zugehörigkeit“ informiert gewesen wäre, hätte er dessen Kandidatur schon zu den Vorstandswahlen des Vereins im Sommer 1992 nicht zugelassen, schreibt die *taz*. Boddien habe von Anfang an klar gemacht, dass man sich von keiner Partei vereinnahmen lassen dürfe.

Der Spreeinsel Wettbewerb habe bisher dazu geführt, dass rund 800 Architekturbüros die Unterlagen angefordert hätten, meldet die *taz*<sup>624</sup>. Einzige größere Änderung: Das ehemalige DDR-Außenministerium solle mittelfristig doch stehen bleiben, wenn damit ein schnellerer Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin möglich werde. Die *Welt* berichtet kommentarlos über die verzögerten Umzugspläne.<sup>625</sup>

---

<sup>617</sup> Vgl. Köder für den Kanzler. In: *Der Spiegel* Nr. 34, 23.08.1993, s. S. 150.

<sup>618</sup> Ebd.

<sup>619</sup> Ebd.

<sup>620</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Das Schloss – zur Kenntlichkeit verändert. Bilanz nach vierzig Tagen barocker Kulisse: Die Illusion hat keine Zukunft. Die Fassade macht die Leere im Zentrum anschaulich. Statt politischer Vorgaben ein neuer Wettbewerb. In: *taz*, 13.08.1993, s. S. 23.

<sup>621</sup> Ebd.

<sup>622</sup> Ebd.

<sup>623</sup> Vgl. Weiland, Severin: Rep bastelte an Schlossattrappe mit. Stuttgarter Stadtrat war im Vorstand des Fördervereins. In: *taz*, 14.08.1993, s. S. 39.

<sup>624</sup> Vgl. Spreeinsel-Wettbewerb. 800 Büros fordern die Unterlagen an. In: *taz*, 24.08.1993, s. S. 22.

<sup>625</sup> Vgl. Neubauten am Marx-Engels-Platz erst nach 1998. In: *Die Welt*, 26.08.1993, s. S. 08.

Unbeeindruckt von dem Wettbewerb veröffentlichte v. Boddien eine erste Kalkulation für die Fassade und einen Innenhof, die von der *taz*<sup>626</sup> gemeldet und auch von der *FAZ* aufgegriffen wird.

Unbeirrt von schlechten Umfrageergebnissen und dem Spreeinsel-Wettbewerb veröffentlicht die *FAZ*<sup>627</sup> noch im August ein erstes detailliertes Finanzierungsmodell für die barocken Fassaden. Demnach habe die Firma Stuna Werksteinmontage und Restaurierung GmbH aus Berlin-Weißensee für sämtliche Steinmetzarbeiten 104 Millionen Mark zzgl. Mehrwertsteuer errechnet. Auftraggeber für die Kalkulation dürfte der Boddiansche Förderverein gewesen sein, wie im Artikel angedeutet wird. Angesichts der veranschlagten Kosten von rund einer Milliarden Mark für Abriss und Neubau auf dem Schlossplatz seien die Zusatzkosten für die barocke Fassade „nicht zu hoch“, meint laut *FAZ* der Förderverein. Zudem würde sich der Fassadenbau schon aus Kapazitätsgründen auf 20 Jahre erstrecken, so dass sich dadurch auch die Finanzierung strecke. Einen sehr wichtigen Aspekt streift der *FAZ*-Artikel nur am Rande: Nicht klar sei, was mit der vierten, der Spreeseite des Schlosses geschehen solle, heißt es dort. Vom Spreeufer aus sei das Schloss westwärts gewachsen, „[...] und seine am Fluss gelegenen ältesten Teile, noch aus der Renaissance stammend, hatten bis zu ihrer Zerstörung einen besonderen Reiz ausgemacht“<sup>628</sup>. Tatsächlich wird dieser baugeschichtlich interessanteste Teil des Schlosses in der Debatte vollkommen vernachlässigt, bzw. von den Schlossfreunden kampfflos einer modernen Lösung überlassen.

Derweil vermeldet die *taz* einen „endgültigen“ Abrisstermin für den Palast und meint, nun werde die Debatte wieder angeheizt.<sup>629</sup> In der politischen Palast-Debatte gehe es aber weniger um die Funktion des „Mammutbaus“ als um seinen Symbolgehalt als politisches Zentrum des DDR-Staates. Die Berliner PDS nannte den Abrisstermin einen „Angriff auf die Demokratie“. Weder das Berliner Parlament noch die Bezirksverordnetenversammlung des Stadtbezirks Mitte seien gefragt worden, schreibt die *taz*. Die letzte Entscheidung solle aber der Bundestag haben. Derweil habe sich die Zahl der Menschen, die sich mit ihrer Unterschrift für einen Erhalt des Palastes einsetzen, auf 73.000 erhöht, meldet die *taz*<sup>630</sup>.

Auch die *Welt* sieht das „Ende des Lampenlandes“ und meint, für jemanden, der auch nur „ein Fünkchen architektonischen Stilgefühls“ besessen habe, für den sei der Palast am Ende der Linde ein „Faustschlag ins Gesicht“ gewesen.<sup>631</sup> Woanders hätte man den Bau stehen lassen könne, aber eben dort nicht. Nachfragen hätten ergeben, dass besonders unter den PDS-Wählern der Anteil der Palast-Freunde hoch sei, weiß die *Welt* darüber hinaus zu berichten. In einem weiteren Beitrag in der gleichen Ausgabe veröffentlicht die *Welt* eine Reportage über einen Besuch im stillgelegten Palast.<sup>632</sup> „Dunkelheit, Schweigen, Vergangenheit“ suggeriere der Bau, und eine Zeit, die vorbei sei.

Im Spätsommer schreibt die *taz* zwei kurze Beiträge. Einmal widmet sie sich der Frage, wie das Fundament kostengünstig vor einem Auftrieb gesichert werden könne<sup>633</sup>; zum anderen sei es Ende September amtlich, dass die Attrappe länger stehen bleiben dürfe, als ursprünglich geplant.<sup>634</sup>

---

<sup>626</sup> Vgl. Schloss würde 120 Millionen kosten. In: *taz*, 28.08.1993, s. S. 35.

<sup>627</sup> Vgl. Arkaden und Skulpturen. Der Preis fürs Berliner Schloss. In: *FAZ* Nr. 200, 30.08.1993, s. S. 27.

<sup>628</sup> Ebd.

<sup>629</sup> Vgl. Palazzo Prozzo ausgeprotzt? Abriss für 1994 geplant. Die auf 200 Millionen Mark geschätzten Abrisskosten sind im Bundesetat schon eingeplant. In: *taz*, 03.09.1993, s. S. 22.

<sup>630</sup> Vgl. 73.000 Unterschriften gegen den Abriss. In: *taz*, 06.09.1993, s. S. 19.

<sup>631</sup> Vgl. Sikorski, Werner: Ende des Lampenlandes. In: *Die Welt*, 03.09.1993, s. S. 12.

<sup>632</sup> Vgl. Kohrt, Wolfgang: Die letzten Tage des „Palazzo Prozzo“. Pro Tag kostet das Gebäude 10.000 Mark – im nächsten Jahr wird es abgerissen. In: *Die Welt*, 03.09.1993, s. S. 12.

<sup>633</sup> Vgl. Anker für Palast-Boden. Teure Sicherung der Grundplatte. In: *taz*, 06.09.1993, s. S. 19.

<sup>634</sup> Vgl. Attrappe bleibt stehen. In: *taz*, 30.09.1993, s. S. 21.

Die ZEIT beschäftigt sich noch im September mit der „Asbestfrage“.<sup>635</sup> Der Artikel zitiert den DDR-„Lungenpapst“ Paul Steinbrück und den Toxikologen und Leiter der DDR-Arzneimittelkommission, Friedrich Jung, die beide eine Schließung und den Abriss des Palastes für „nicht nötig“ erachten würden.<sup>636</sup> Gegen einen Neubau spräche auch die ökonomische Kalkulation: „Totalabriss und Neubau in ähnlicher Größe wären mit mindestens einer Milliarde Mark die bei weitem teuerste Lösung. Sie verbietet sich von selbst, sofern der Bonner Finanzminister Theo Waigel<sup>637</sup> seinen Sparkurs ernst nimmt.“<sup>638</sup> Im Oktober berichtet die *taz*<sup>639</sup> über Aktionen am Palast zum Tag der deutschen Einheit. Am 4. Oktober 1993 sei die sogenannte „sanfte Belagerung“ des asbestverseuchten Baus zu Ende gegangen. Rund 200, meist ältere Menschen, seien am Osteingang des Gebäudes zusammen gekommen. Sie wollten am „Tag der deutschen Einheit“ nicht die Wiedervereinigung feiern, sondern endlich wieder in „ihren“ Palast der Republik. Als dann Jens Walter, ein beliebter Sänger der DDR, gesungen habe, habe das Interesse am weiteren Ausharren jedoch abgenommen. Wenige Tage später traf sich eine weitere Gruppe vor dem Palast. Es handelte sich dabei um „Aktivisten des Nationalkomitees Freie DDR (NKFDDR)“, weiß die *taz*.<sup>640</sup> Im Kampf für eine bessere Zukunft wolle der „kümmerliche Haufen“ den Palast der Republik „mit allen Mitteln verteidigen“.

Das „Überwintern“ der Attrappe meldet das *ND* Anfang Oktober.<sup>641</sup> Nach der ersten Saison sei man weiter, als man gedachte habe, zitiert das *ND* v. Boddien. Denn aus den 20 Prozent Berlinern, die das Schloss vor der Attrappe wieder haben wollten, seien nun fast doppelt so viele geworden. Das bedeute, je länger die Fassade zu sehen sei, desto heftiger werde sie anschließend vermisst, habe v. Boddien gemeint.

Zwei weiterer Meldungen bringt die *taz* noch im Oktober. 110.000 Besucher<sup>642</sup> seien in der Ausstellung in der Schlossattrappe gewesen und noch immer sei eine stabile Mehrheit<sup>643</sup> gegen den Aufbau des Schlosses. Ein Artikel beschäftigt sich mit dem „Kampf gegen das Schloss“. Bündnis Mitte und PDS hätten zum Sturm auf die Stadtschloss-Attrappe geblasen, schreibt die *taz*.<sup>644</sup> Mit den Stimmen ihrer Abgeordneten habe die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) das Bezirksamt aufgefordert, die Genehmigung nicht über den 10. Oktober 1993 hinaus zu verlängern. „Das Bündnis Mitte argumentierte, man brauche den Marx-Engels-Platz für Volksfeste und vor allem für den Weihnachtsmarkt. Die Schlossattrappe besetze unentgeltlich eine Fläche, die dem Land Berlin normalerweise Einnahmen von mehreren hunderttausend Mark einbringen würde.“<sup>645</sup> Das Bezirksamt sei aber nicht verpflichtet, sich an die Beschlüsse der Bezirksverordneten zu halten. Und sollte es wider Erwarten doch für die „Schleifung“ des Schlosses stimmen, dann wäre das längst nicht das letzte Wort. Das nämlich habe die „Widerspruchsbehörde“, die Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe – und deren Sprecher Spahn habe den Abrissbeschluss der

---

<sup>635</sup> Vgl. Hoffmann, Wolfgang: Friede dem Palast. Altlasten: Trotz hoher Asbestkonzentration im ehemaligen Volkskammergebäude halten Experten einen Abriss für unnötig. In: DIE ZEIT Nr. 39, 24.09.1993, s. S. 24.

<sup>636</sup> Vgl. ebd.

<sup>637</sup> Theodor („Theo“) Waigel (CSU) war zwischen 1989 und 1998 Bundesfinanzminister.

<sup>638</sup> Ebd.

<sup>639</sup> Vgl. Klawitter, Nils: „Rüber zu der Ost-Pflanze“. Am Tag der deutschen Einheit vor dem Palast der Republik. Für Kunst zum Mitmachen interessieren sich nur wenige. In: *taz*, 04.10.1993, s. S. 21.

<sup>640</sup> Vgl. Bollwahn, Barbara: Erich H. hätte sich geschämt. Das Nationalkomitee Freie DDR feierte den 44. Jahrestag der Staatsgründung als „Tag der Würde und des Widerstandes“. „Befreiungskampf gegen die Besatzer“. In: *taz*, 09.10.1993, s. S. 44.

<sup>641</sup> Vgl. Attrappe überwintert. In: *ND*, 09.10.1993, s. S. 18.

<sup>642</sup> Vgl. 110.000 im „Stadtschloss“. In: *taz*, 11.10.1993, s. S. 24.

<sup>643</sup> Vgl. 71 Prozent: Lieber Palast als Schloss. In: *taz*, 18.10.1993, s. S. 22.

<sup>644</sup> Vgl. Das Schloss wird nicht geschleift. Das Bezirksamt Mitte wird die Forderung der Bezirksverordneten wahrscheinlich ablehnen. In: *taz*, 19.10.1993, s. S. 18.

<sup>645</sup> Ebd.

Bezirksverordneten für die Attrappe als „absurd“ bezeichnet. Auch das *ND* berichtet über den Vorstoß der BVV Mitte.<sup>646</sup>

Es werde derzeit keine neue Asbestsanierungsmethode für den Palast geben, schreibt die *Welt* und bezieht sich dabei auf Aussagen des Bausenators Nagel (SPD).<sup>647</sup> Damit habe er Meldungen in der Presse widersprechen wollen, habe Nagel gesagt.

Als ein sichtbares Umzugs-Signal habe der Berliner Senat die Entscheidung des Bonner Haushaltsausschusses begrüßt, wonach Mittel für den Abriss des Palastes freigegeben worden seien, weiß die *taz*.<sup>648</sup> Ganz anders die Grünen: Sie bezeichneten die Bewilligung von Bundesmitteln für den Abriss des Palastes der Republik als einen „Coup der Umzugsgegner“.<sup>649</sup> Anstatt für Abrisse sollten die Bundesmittel für Maßnahmen verwendet werden, die einen zügigen Umzug von ersten Ministerien bereits in den nächsten Jahren ermöglichen, forderten die Grünen. Sie kritisierten, dass die Notwendigkeit des Abrisses des asbestverseuchten Gebäudes der Bevölkerung bisher noch nicht glaubwürdig erwiesen sei. Auch die *Welt* berichtet von der Freigabe der Mittel und dem anstehenden Beginn der Sanierung, die drei Jahre dauern werde.<sup>650</sup>

Das *ND* meint in einem Kommentar, die Politik habe sich hinter Asbest „verschanzt“ und höre nicht auf die Menschen.<sup>651</sup> Beschlossen werde unter Ausschluss der Öffentlichkeit und Debatten seien nicht erwünscht, beschwert sich das *ND*.

Die *ZEIT* berichtet Ende Oktober über den umstrittenen Abriss des Lenin-Denkmal in Berlin-Friedrichshain und meint, Art und Weise der gesamten Diskussion verleihe dem Abriss Symbolcharakter.<sup>652</sup> Die politischen Parteien sähen das Thema Denkmäler und Gebäude als erweitertes Feld politischer Auseinandersetzung – auch in Hinblick auf den Palast der Republik. „Kaum eines der Gebäude der DDR wird mehr mit der verlogenen Volksverbundenheit des alten Regimes in Verbindung gebracht. Glaubt man den Architekten, so wollten sie mit dem multifunktionalen Bau eine freie Gesellschaft darstellen, die die DDR nie war: offen und für jeden zugänglich.“<sup>653</sup> Berlin warte nun auf Vorgaben aus Bonn, wie und wo das neue Regierungsviertel entstehen solle, denn das werde auch auf die Zuständigkeit des Palastes Auswirkungen haben. „Wie auch immer: Über dem Palast der Republik schwingt die Abrissbirne.“<sup>654</sup>

Im November berichtet der *Spiegel* in einem kurzen Beitrag<sup>655</sup> über eine neue Technik bei der Sanierung von Asbest. Konkret nennt das Magazin den Palast der Republik, dessen Sanierungskosten durch die neue Methode um die Hälfte gesenkt werden könnten. Trotz dieser Möglichkeit habe Bundesbauministerin Schwaetzer „erneut einen Totalabriss des Gebäudes ‘ab 1994’ angekündigt“<sup>656</sup>, berichtet das Magazin.

Anfang Dezember widmet sich die *taz*<sup>657</sup> der Kunst im Palast. Ob Kommunisten träumen dürfen – fragten die Bilder. Daneben gab es auch belanglose Landschaftsmalereien. Die

---

<sup>646</sup> Vgl. BVV Mitte forderte mit PDS- und Bündnis Mehrheit: Schloss-Attrappe soll sofort weg. In: *ND*, 16.10.1993, s. S. 18.

<sup>647</sup> Vgl. Palast der Republik kann nicht saniert werden. In: *Die Welt*, 21.10.1993, s. S. 08.

<sup>648</sup> Vgl. Palazzo Prozzo. Bonn zahlt Abriss. In: *taz*, 23.10.1993, s. S. 04.

<sup>649</sup> Vgl. Endgültig ausgeprozt. Freigegeben: 200 Millionen Mark für Abriss des Palazzo Prozzo. Senat sieht sichtbares Umzugszeichen. In: *taz*, 23.10.1993, s. S. 34.

<sup>650</sup> Vgl. Schupelius, Gunnar: Abriss 1994: Palast und Außenministerium sollen weg. In: *Die Welt*, 23.10.1993, s. S. 12.

<sup>651</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Verschanzt hinter Asbest. In: *ND*, 23.10.1993, s. S. 17.

<sup>652</sup> Vgl. Keil, Lars-Broder: Die Abrissbirne schwingt. Fällt nach Lenin nun auch der Palast der Republik? In: *DIE ZEIT* Nr. 44, 25.10.1993, s. S. 36.

<sup>653</sup> Ebd.

<sup>654</sup> Ebd.

<sup>655</sup> Vgl. Honis Lampenladen. In: *Der Spiegel* Nr. 44, 01.11.1993, s. S. 85.

<sup>656</sup> Ebd.

<sup>657</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Verschlossene Träume. Die Galerie im Berliner Palast der Republik: Kommunistenträume neben Landschaftsidyllen. In: *taz*, 04.12.1993, s. S. 11.

Künstler kämpften dafür, dass ihre Bilder wieder zugänglich gemacht würden. Ronald Paris, einer der Maler, Abrissgegner und Streiter gegen die Musealisierung der DDR-Kunst gleichermaßen, halte den Verschluss der Palast-Galerie nicht nur für eine politische Zensur seines Werkes. Unmöglich sei auch der Umgang mit der Kunst und eine Zurücksetzung seines Ansehens als Künstler. „Paris gibt sich wütend ob der Ignoranz der Institutionen und der Pläne, die Bilder ungefragt ´irgendwo reinzustellen´. Paris: ´Die Sammlung gehört in ein öffentliches Gebäude, nicht in Museen für Eliten oder in ein Depot. Die Bilder verdienen nicht, dem Publikum entzogen zu werden. Sie gehören an die Wand, unters Volk´.“<sup>658</sup>

Wie angekündigt, kommt die erste Phase in dem sogenannte „Ideenwettbewerb Spreeinsel“ im Dezember zum Abschluss. Die *FAZ*<sup>659</sup> berichtet aus diesem Anlass ausführlich über den Stand der Dinge. Aus 1106 Bewerbungen habe die Jury 52 Entwürfe ausgesucht. Bis zum Mai 1994 sollen die erfolgreichen Architekten ihre Pläne konkretisieren. Noch immer heißt es, „[...] das Auswärtige Amt wird auf der Insel selbst platziert, möglicherweise unter Benutzung des Staatsratsgebäudes“<sup>660</sup>. Die in der Vorgabe geforderte Rückgewinnung des Stadtraums von den Rändern her bedeute im Klartext, so Speicher, dass die „heikle Frage“ nach der Wiederrichtung des Schlosses aufgeschoben werde. Was konkret auf den Schlossplatz gebaut werde, werde die Jury sowieso nicht entscheiden, weiß Speicher. Zwar werde es auch Entwürfe mit einem sanierten Palast der Republik geben, aber dessen Rettung sei „politisch endgültig gescheitert“<sup>661</sup>. Dem Wettbewerb widmet auch die *taz* zwei Beiträge. In einer Agenturmeldung fasst sie die wesentlichen Merkmale der Ausschreibung zusammen<sup>662</sup>; der nächste Artikel versucht das Ergebnis der Auswahl zu ergründen.<sup>663</sup> Insgesamt bedeute die Auswahl, sich die Option einer historischen oder modernen Lösung offen zu halten, meint die *taz*. Sowohl eine Rekonstruktion der Schlossfassade als auch zeitgenössische Formen seien denkbar. „Bei der Weiterbearbeitung hätten die Teams darauf zu achten, dass die historischen Wegebeziehungen offengehalten würden. Auch Wohngebäude dürften nicht abgerissen werden. Die zweite Stufe der Konkurrenz wird im Frühjahr 1994 entschieden.“<sup>664</sup> In seinem Rückblick auf das Jahr 1993 erwähnt der *Spiegel*<sup>665</sup> auch kurz die Attrappe des Stadtschlosses. Die „monströse Vision“ werde bis zum Juni 1994 die Berliner Stadtmitte beherrschen, lautet die Bildunterschrift.

Die Errichtung der Schloss-Attrappe, die wohlgermerkt von einer Berliner Behörde genehmigt werden musste und auch genehmigt wurde, hatte zur Folge, dass weder publizistisch noch politisch das „Schloss“ übergangen werden konnte. Egal, ob die Attrappe als peinliche Karikatur oder als großer Wurf gesehen wurde, sie zwang die Akteure zu eindeutigen Stellungnahmen. Zum anderen dominierte die Empörung, mit der Bonner Minister und ihre Bürokratie nach persönlichen Vorlieben Ort und Umfang für ihre zu bauenden Ministerien aussuchten. Als antidemokratisches Gehabe nach „Gutsherrenart“ wurden Vertreter des Bundes beschimpft. Bruno Flierl drang als erster darauf, dass der Bundestag darüber entscheiden müsste, was in der Mitte überhaupt gebaut werden sollte. Nur so wäre eine Baumaßnahme demokratisch legitimiert. Gleichzeitig gibt es eine große Übereinstimmung, wonach der Palast abgerissen wird.

---

<sup>658</sup> Ebd.

<sup>659</sup> Vgl. Speicher, Stephan: Kongresshalle statt Schloss. Die Planerauswahl für die Berliner Spreeinsel. In: *FAZ* Nr. 293, 17.12.1993, s. S. 31.

<sup>660</sup> Ebd.

<sup>661</sup> Ebd.

<sup>662</sup> Vgl. Die Entscheidung fällt am Mittwoch abend. Erste Etappe des Wettbewerbs um die Spreeinsel-Bebauung gemeistert. In: *taz*, 13.12.1993, s. S. 22.

<sup>663</sup> Vgl. Sowohl als auch. Andeutungen zur Spreeinsel. In: *taz*, 17.12.1993, s. S. 22.

<sup>664</sup> Ebd.

<sup>665</sup> Vgl. Attrappe. In: *Der Spiegel* Nr. 52, 27.12.1993, s. S. 144.

### 3.5. 1994: Der Schlossplatz als Schlachtfeld im Bundestagswahlkampf

Anfang des Jahres meldet die *Welt*, der Abriss des Palastes werde aus finanziellen Gründen um ein Jahr verschoben.<sup>666</sup> Mit dem eingesparten Geld wolle man ostdeutsche Kasernen sanieren, eine Verzögerung beim Umzug der Regierung solle es aber trotzdem nicht geben. Durch die Verzögerung könnte auch die Schlossattrappe länger stehen bleiben, deutet die *Welt* an und zitiert v. Boddien: Jetzt wolle man neu nachdenken, und wenn die Berliner ihr „Kunsts Schloss“ noch behalten wollten, dann könne man darüber im Frühjahr entscheiden.<sup>667</sup> Trotz der Verzögerung beginnt das neue Jahr für die Schlossfreunde verheißungsvoll. Im Zuge der Umbenennungen von Straßennamen in Ost-Berlin werde der Marx-Engels-Platz wieder zum Schlossplatz, meldet die *taz*.<sup>668</sup> „Die geistigen Urahnen der Sozialdemokratie, Karl Marx und Friedrich Engels, sollen nicht mehr die Namenspatrone des zentralen Ortes auf der Spreeinsel sein, dieser soll zukünftig in Anlehnung an seine wilhelminische Tradition (und seine zukünftige Bebauung?) wieder ‚Schlossplatz‘ heißen.“<sup>669</sup> Wie zur Bestätigung schreibt die *taz*, v. Boddien sehe eine „wachsende Akzeptanz“ für das Schloss, sowohl bei den Berlinern als auch bei Historikern, Baufachleuten und Politikern aus ganz Deutschland.<sup>670</sup> Nicht zuletzt sprächen auch Gerüchte, wonach einige der rund 50 ausgewählten Arbeiten im Spreeinsel-Wettbewerb den Bau eines „Schlosses“ vorsehen, für diese Vermutung, schreibt die *taz*.

Die Meldung<sup>671</sup>, wonach auch das ICC asbestverseucht sei, veranlasst die *taz* zu einem Artikel über die neu entflammte Debatte um den Palastabbriss. Die Grünen schlugen erneut eine Fachkonferenz vor, auf der Sanierungsverfahren erörtert werden sollten. Abgeordnete vermuteten, dass mit der Schließung des Palasts ein Konkurrent für das ICC ausgeschaltet werden sollte. „Auch FDP und PDS sprechen sich für einen Erhalt der ehemaligen Volkshaus der DDR unter dem Fernsehturm aus. Die Belastungen im ICC und Palast seien dagegen in keiner Weise vergleichbar, sagte der Direktor des Instituts für Arbeitsmedizin, Gustav Schäcke. Anderslautende Äußerungen seien unsinnig.“<sup>672</sup>

Die *Welt* veröffentlicht einen Beitrag, in dem erklärt wird, warum der ICC nicht mit dem Palast zu vergleichen sei.<sup>673</sup> Klaus Stüdemann, Geschäftsführer der Asbest-Experten, sei von den Medien falsch zitiert worden, als er gesagt haben sollte, der Palast werde aus politischen Gründen geschlossen. Die Asbest-Grenzwerte seien im ICC nicht überschritten, deshalb könne man dort die verseuchten Platten, die sich außerhalb der Besucherräume befänden, bei laufendem Betrieb versiegeln.<sup>674</sup>

Das Jahr 1994 beginnt in der *FAZ* mit einer Glosse<sup>675</sup>, in der die Asbestverseuchung des Palasts der Republik mit der des im Westen der Stadt liegenden Internationalen Congress Centrums (ICC). Kritisiert wird in dem Artikel die unterschiedliche Behandlung der Gebäude aus den 1970er Jahren. Das ICC werde bei laufendem Betrieb saniert, während man für den Palast der Republik nur den Abriss in Erwägung ziehe. Der Verfasser lässt die zuvor angerissenen Argumente der Fachleute nicht gelten und stellt fest, dass für den Laien die

---

<sup>666</sup> Vgl. Palast bleibt – das Schloss auch? In: *Die Welt*, 19.01.1994, s. S. 12.

<sup>667</sup> Vgl. ebd.

<sup>668</sup> Vgl. Rullf, Dieter: Schlossplatz statt Marx-Engels-Platz. Verkehrssenator Haase will sozialistische Ahnherren aus Stadtbild löschen: Auch Zetkin, Luxemburg und Liebknecht. In: *taz*, 20.01.1994, s. S. 17.

<sup>669</sup> Ebd.

<sup>670</sup> Vgl. Chancen für das Stadtschloss. In: *taz*, 21.01.1994, s. S. 23.

<sup>671</sup> Vgl. Asbest. ICC ist verseucht. In: *taz*, 26.01.1994, s. S. 04.

<sup>672</sup> Vgl. Asbest im ICC. Neue Debatte um Palast der Republik. In: *taz*, 26.01.1994, s. S. 18.

<sup>673</sup> Vgl. Guratzsch, Dankwart: Verwirrung im Asbest-Streit. Experte: ICC zu retten, Palast der Republik nicht. In: *Die Welt*, 26.01.1994, s. S. 12.

<sup>674</sup> Vgl. ebd.

<sup>675</sup> Vgl. Asbestbewältigung. In: *FAZ* Nr. 22, 27.01.1994, s. S. 25.

Sache klar sei: „[...] mal wieder die Ungleichbehandlung von Ost und West.“<sup>676</sup> Daher müsse nun mit der „argumentativen Bequemlichkeit“ Schluss sein. Wer den Palast nicht wolle, der müsse seine Gründe nennen. Der Verfasser fügt hinzu, es könnten gute Gründe gegen den Palast sprechen, „städtebauliche, architektonisch-ästhetische und vielleicht auch politische“<sup>677</sup>. Eine ähnliche Anmerkung über etwaige Gründe, die für den Erhalt des Palasts sprächen, nennt der Verfasser nicht. Er betont vielmehr, das Gebot wirtschaftlichen Zwangs solle man gegenüber den Ostdeutschen nicht ins Feld führen, das wirke inzwischen wie die einst vom Osten strapazierte Rede von der historischen Gesetzmäßigkeit. Der Verfasser gibt mit seiner Wortwahl zu erkennen, dass seiner Meinung nach „die Ostdeutschen“ für den Palast seien, „die Westdeutschen“ hingegen dagegen.

Die Sprengung des Schlosses sei aus rein pragmatischen Gründen erfolgt, schreibt die *taz* „unterm Strich“<sup>678</sup> und zitiert den Stadtforscher Laurenz Demps. Dieser habe ein Protokoll einer SED-Sitzung aus dem Jahre 1950 entdeckt, auf der darüber beraten wurde, wie schnell man wie viele Menschen auf der zu schaffenden Fläche marschieren lassen könne.

Als neue und sehr billige Asbestsanierung meldet die *taz*<sup>679</sup> den Vorschlag der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM), die verseuchten Flächen einfach mit Dispersionsfarbe zu überstreichen.

Der *Spiegel* fasst in einem Beitrag die Problematik mit dem Asbest zusammen und stellt spöttisch fest, *ND* und *FAZ* seien überraschend der gleichen Meinung, dass man den Palast nicht abreißen müsse.<sup>680</sup> Der Asbest könne nach einem neuen Verfahren bei laufendem Betrieb entfernt werden. Da aber Asbest ein „politischer Stoff“ sei, wie Bauexperte Uwe Krawietz gemeint habe, sei ein Rückbau „bis auf das Stahlskelett“ beschlossen worden.

Der Vorschlag von Bundesbauministerin Schwaetzer, nun auch das ICC zu schließen, sei von dem Senat scharf attackiert worden, schreibt die *taz*.<sup>681</sup> „Der Vergleich der Asbestbelastung in beiden Häusern sei „weder technisch noch gesundheitspolitisch begründet“. Die Bundesregierung lenke damit nur von ihrer „alleinigen Kompetenz“ bei der Beurteilung der Notwendigkeiten für die Behandlung des asbestbelasteten Palastes ab.“<sup>682</sup>

Schwaetzers Kritik an der „Ungleichbehandlung“ von Palast und ICC meldet auch die *Welt*.<sup>683</sup> Der Senat habe die Kritik als „reines Stammtischgerede“ zurückgewiesen, berichtet die *Welt*.<sup>684</sup>

Das *ND* mokiert sich darüber, dass nun niemand die Verantwortung für den Palast übernehmen wolle.<sup>685</sup> Denn in Ostdeutschland mache sich eine Nostalgie breit und wer den Palast abreißen lasse, der werde keine Wahlen gewinnen können. Diese Situation könne man dem ICC verdanken, meint das *ND* und fragt, wann man denn beginne, ganz „objektiv“ den Palast genauso zu sanieren wie den ICC.<sup>686</sup>

Es folgen weitere kurze Meldungen im Februar über den Palast. Von einer Schenkung des Bundes an Berlin ist die Rede<sup>687</sup>, von der Unnötigkeit eines Neubaus für das Auswärtige Amt<sup>688</sup> und wieder von der Forderung der Grünen nach einer Asbest-Fachtagung<sup>689</sup>.

---

<sup>676</sup> Ebd.

<sup>677</sup> Ebd.

<sup>678</sup> Vgl. Unterm Strich. In: *taz*, 29.01.1994, s. S. 18.

<sup>679</sup> Vgl. Wildt, Dirk: Mit Pinseln gegen Asbestfasern. In: *taz*, 31.01.1994, s. S. 21.

<sup>680</sup> Vgl. Asbest. Bis aufs Skelett. In: *Der Spiegel* Nr. 05, 31.01.1994, s. S. 29.

<sup>681</sup> Vgl. Senatskritik an Ministerin Schwaetzer. In: *taz*, 10.02.1994, s. S. 23.

<sup>682</sup> Ebd.

<sup>683</sup> Vgl. Schwaetzer gegen Ungleichbehandlung von ICC und Palast. In: *Die Welt*, 09.02.1994, s. S. 12.

<sup>684</sup> Vgl. Neue Kontroverse um Asbest in Palast und ICC. In: *Die Welt*, 10.02.1994, s. S. 08.

<sup>685</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Keiner will's gewesen sein. In: *ND*, 10.02.1994, s. S. 17.

<sup>686</sup> Vgl. ebd.

<sup>687</sup> Vgl. Gegen Palastabriss. In: *taz*, 14.02.1994, s. S. 22.

<sup>688</sup> Vgl. Gegen Neubau für das Auswärtige Amt. In: *taz*, 14.02.1994, s. S. 23.

<sup>689</sup> Vgl. Palast der Republik. In: *taz*, 15.02.1994, s. S. 18.

Etwas launisch schreibt die *Welt* von einem Gerücht, wonach der Bund den Palast dem Land Berlin schenken wolle, und dieser dann praktisch gerettet wäre.<sup>690</sup> In Bonn habe man aufgrund des Karnevals keine Bestätigung des Gerüchts bekommen. In Berlin habe Stimmann gesagt, angesichts der Berliner Haushaltslage werde es niemanden geben, der dieses Geschenk annehmen werde.<sup>691</sup>

Am gleichen Tag schreibt die *SZ*, es wäre gut, wenn das Auswärtige Amt auf einen Neubau verzichten würde.<sup>692</sup> Denn eine Renovierung sei immer billiger als ein Neubau – die gelte auch für den Palast der Republik. Doch nicht das Geld allein sei entscheidend: Die Bonner sollten es vermeiden, als „protzige Eroberer“ in Berlin einzufallen um Häuser abzureißen, die sie nicht gebaut hätten. Auch der Palast und das MfAA seien ein Stück deutscher Geschichte, die man „pflöglich“ behandeln sollte.

„Wir können es nicht mehr hören und haben es satt, darüber zu schreiben: das tägliche Bundes- und Senatschaos zum Palast der Republik“<sup>693</sup>, poltert die *taz*. Der Senat werde nicht müde, das Ende der „sozialistischen Asbestkiste“ zu propagieren, um gleichzeitig zu bestreiten, dass Sanierungsmöglichkeiten geprüft worden seien. Sogar der Abriss solle nun in Frage gestellt werden. Und während Außenminister Kinkel wieder die ganze Mitte wolle, poche der Haushaltsausschuss des Bundes auf den Verzicht des neuen Außenamts oder mache den unsinnigen Vorschlag, den Kinkel in den Palazzo zu stecken. „Abriss oder Sanierung, Schloss oder Neubau, Außenamt oder Amtsanmaßung; das irre Durcheinander ist offenbar und macht doch Sinn: Haben sich die Abrissfans lange Zeit durch das Auffinden einer Faser hinter dem Asbestargument verschanzte, will heute niemand mehr die Verantwortung für Erichs Lampenladen übernehmen.“<sup>694</sup> Die mögliche Fahrt in der finanziellen Geisterbahn von Abriss, Entsorgung und Neubau habe die Politiker aufgeschreckt.

Trotz dieser Ungehaltenheit kann die *taz* doch nur weitere Kurzmeldungen veröffentlichen. Es gebe nun eine „neue Chance“ für den Palast<sup>695</sup>, 35.000 Unterschriften von Palastfreunden seien überreicht worden<sup>696</sup> (1993 hieß es noch 73.000 Unterschriften seien beisammen), und Diepgen sei für „klare Positionen“ und gegen eine erneute Debatte.<sup>697</sup>

Über Diepgens Attacke gegen die Bundesbauministerin berichtet auch die *Welt*.<sup>698</sup> Wer nun „falsche Diskussionen“ führe, der behindere das Zusammenwachsen der Republik, habe Diepgen gesagt.

Über eine erneute Prüfung der Asbestsanierungsmethoden durch Bundeswirtschaftsminister Rexrodt<sup>699</sup> (FDP) berichtet die *Welt*.<sup>700</sup> Er sei damit der Empfehlung seiner Parteifreundin Schwaetzer gefolgt. Doch dem zur erneuten Prüfung beauftragten Bundesamt für Materialprüfung werde von Asbestexperten „mangelnde Kompetenz“ bescheinigt. Die Methode der „Penetration“ sei noch nicht zugelassen.<sup>701</sup>

Einen Monat nach der *FAZ*-Glosse beschäftigt sich Peter Jochen Winters in einem ausführlichen Artikel<sup>702</sup> im Politikteil der *FAZ* ebenfalls mit der Asbestsanierung des Palastes der Republik. Aufgrund der schlechten Finanzlage des Bundes werde nun der Palast doch

---

<sup>690</sup> Vgl. Guratzsch, Dankwart: Angst vor Geschenken. In: *Die Welt*, 18.02.1994, s. S. 17.

<sup>691</sup> Vgl. ebd.

<sup>692</sup> Vgl. Eroberer in Berlin. In: *SZ*, 15.02.1994, s. S. 12.

<sup>693</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Palast der Republik. Ein leeres Blatt. In: *taz*, 16.02.1994, s. S. 17.

<sup>694</sup> Ebd.

<sup>695</sup> Vgl. Chance für den Palast. In: *taz*, 19.02.1994, s. S. 36.

<sup>696</sup> Vgl. 35.000 Unterschriften für Palast-Erhalt. In: *taz*, 24.02.1994, s. S. 23.

<sup>697</sup> Vgl. Palazzo. Diepgen für klare Positionen. In: *taz*, 25.02.1994, s. S. 22.

<sup>698</sup> Vgl. Diepgen attackiert Bundesbauministerin. „Vordergründige“ Diskussion um Palast der Republik – Reißwolf-Aktion erneut kritisiert. In: *Die Welt*, 25.02.1994, s. S. 18.

<sup>699</sup> Günter Rexrodt (1941-2004) war von 1993 bis 1998 Bundeswirtschaftsminister; er gehörte der FDP an.

<sup>700</sup> Vgl. Guratzsch, Dankwart: Der Asbest rieselt und rieselt im Palast. In: *Die Welt*, 19.02.1994, s. S. 18.

<sup>701</sup> Vgl. ebd.

<sup>702</sup> Vgl. Winters, Peter Jochen: Im Osten ist der Palast beliebt. Berlin will ihn nicht einmal als Geschenk. In: *FAZ* Nr. 49, 28.02.1994, s. S. 04.

nicht wie beschlossen 1994 abgerissen, sondern erst ein Jahr später. Der Haushaltsausschuss des Bundes werde bis zum 31. Mai 1994 „endgültig“ über das Schicksal des Gebäudes entscheiden. Winters bemerkt, dass in dem Ausschuss eine Mehrheit für die Sanierung des Palasts vorhanden zu sein scheint. Auch der Ausschussvorsitzende Walther (SPD) plädiere dafür und wolle ein neues Nutzungskonzept entwickeln. Nach einem längeren Einschub über die technischen Aspekte der Asbestsanierung kommt Winters zu der eigentlichen Stossrichtung des Artikels. Es gehe bei der Frage nach Erhalt oder Abriss nicht um nur um Asbest.<sup>703</sup> Im Osten der Stadt habe der Palast viele Freunde. Eine Ostberliner Bürgerinitiative „Komitee für Gerechtigkeit“ habe inzwischen 57.000 Unterschriften für den Erhalt des Palasts gesammelt. Westberliner, allen voran der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU), hätten sich hingegen für einen sofortigen Abriss ausgesprochen. Aus dem Westen komme auch die Initiative, die das Stadtschloss der Hohenzollern wieder aufbauen wolle. Wie schon in der Glosse werden Befürworter und Gegner des Palasts klar nach Ost- und Westdeutschen getrennt, ohne dafür Beweise anzuführen. Dass der Vorsitzende einer Initiative in Westdeutschland lebt, heißt ja noch nicht, dass sich ihm nur Westdeutsche anschließen können – und umgekehrt.

Im März meint die *taz*, die Angst vor einer Brache in Berlin belebe wieder die Schlossplatzdebatte.<sup>704</sup> Die Abgeordnete der Grünen, Schreyer, habe den Senat aufgefordert, gemeinsam mit der Bundesanstalt für Materialforschung (BAM) und dem Bundesbauministerium eine Tagung zur Frage der Asbestsanierung von ICC und „Palazzo“ einzuberufen, um Methoden des Erhalts zu prüfen. Den Hintergrund der Initiative bilde ein vom Bundesbauministerium in Auftrag gegebenes Gutachten, das zu dem Schluss gekommen sei, den Palastasbest unter Umständen beschichten oder ummanteln zu können. „Im Falle einer gesundheitspolitischen und wirtschaftlich vertretbaren Sanierungsmöglichkeit, so Schreyer, müsse über den Erhalt nachgedacht werden.“<sup>705</sup> Inmitten dieser hektischen Debatte wirft die *taz* süffisant einen Kommentar über den angeblich asbestverseuchten Reichstag<sup>706</sup>: „Scheiß TÜV. Scheiß *Spiegel*. ‚Reichstag asbestverseucht‘, diese Meldung hatten wir uns schon für den 1. April reserviert. Ehrlich. War schon fertig geschrieben. Da präsentiert das Hamburger Kloakenmagazin ein Gutachten, das unter asbeststaubfreiem Verschluss gehalten wurde, um Schaden von der Hauptstadt abzuwenden.“<sup>707</sup> Die *taz* schlägt vor, den Palast und ICC zu behalten und den Reichstag bei „laufendem Betrieb“ abzureißen.

Wie die *taz*<sup>708</sup> berichtet, sei nun die Berliner FDP doch dafür, den Palast aus haushaltspolitischen Erwägungen zu erhalten. Gleichzeitig fordere sie aber auch die Errichtung des Schlosses<sup>709</sup> – beide Gebäuden sollten dann ineinander integriert werden.

Die *Junge Welt (JW)* nimmt den Asbestfund im Reichstag zum Anlass, um über die Ungleichbehandlung der asbestversuchten Gebäude zu klagen.<sup>710</sup> Wenn man Asbest in ausreichendem Maße in einem Gebäude im Westteil Berlins finde, dann könne man schnell erkennen, dass der Stoff nicht zum „politischen Stoff“ taue. Denn weder das ICC noch der Reichstag werde geschlossen, sondern beim laufenden Betrieb saniert. Um nicht die wahren Gründe für den Abriss des Palastes nennen zu müssen, versteckten sich die Politiker hinter

---

<sup>703</sup> Vgl. ebd.

<sup>704</sup> Vgl. Die Angst vor einer Brache im Herzen von Berlin reaktiviert die Asbest-Debatte: Grüne Schreyer fordert den Palast-Erhalt. In: *taz*, 09.03.1994, s. S. 19.

<sup>705</sup> Ebd.

<sup>706</sup> Vgl. Asbest im Reichstag. TÜV: Glasdecke umgehend sanieren. In: *taz*, 21.03.1994, s. S. 21.

<sup>707</sup> Vgl. Kahle, Philip: Asbest auch noch im Reichstag. Pläne und Planen. In: *taz*, 21.03.1994, s. S. 21.

<sup>708</sup> Vgl. FDP will Palast. In: *taz*, 24.03.1994, s. S. 22.

<sup>709</sup> Vgl. Was fehlt. In: *taz*, 29.03.1994, s. S. 02.

<sup>710</sup> Vgl. Zucht, Renate: Berlin: Der Palast ist tot. Es lebe der Palast? Asbest taugt nicht zum politischen Stoff. Er muss entsorgt werden. Aber das ist auch schon alles. Was also passiert mit dem „Haus des Volkes“ in Berlin? In: *JW*, 29.03.1994, s. S. 02.

Asbest.<sup>711</sup> Doch inzwischen könne man das Berliner Wahlvolk nicht mehr ignorieren. 60.000 Unterschriften für den Palast und Umfrageergebnisse, die für den Erhalt des Palastes sprächen, seien ein deutliches Votum. Um zu verhindern, dass die Mitte dem Volk gehöre, werde theoretisch Außenminister Kinkel in den Palast gesetzt, obwohl „auf diesem historischen Boden nie die Regierung“ gesessen habe. Zeitgemäß gedacht könne höchstens der Bundespräsident dort untergebracht werden.<sup>712</sup> Das Volk würde jetzt auch nicht gefragt werden, zitiert die *JW* einen Elektroarbeiter im Palast, der nicht glaubt, dass Druck kommen werde von der Straße. Die Leute hätten andere Sorgen. Der Palast sei auch tot, weil die Entscheider das Leben dort nicht erlebt hätten. Die „rauschenden Volksbälle“ etwa, die der Westen gar nicht kenne. Das Leben werde sich durchsetzen, die Zeit spiele für den Palast, sei sich Heinz Graffunder, der Architekt des Palastes, sicher. „Wer den Palast nicht mag, muss endlich Gründe nennen.“<sup>713</sup>

Eine Einmischung von höchster Stelle meldet die *taz* im April. Bundeskanzler Kohl selbst, der sich bisher aus der Schlossplatzdebatte herausgehalten habe, wolle nun selbst wissen, was man dort bauen könne.<sup>714</sup> Die „Gesellschaft zum Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses e.V.“ – ein Verein, der nicht identisch ist mit dem Förderverein Berliner Schloss des Vorsitzenden v. Boddien – habe in einem Schreiben an Kohl die Unterbringung des Außenamtes in dem Südflügel des Schlosses empfohlen. Der Vorschlag wolle das Schloss seiner ursprünglichen Bestimmung als „Sitz der Regierung zurückgeben“, habe der Vorsitzende des Aufbauvereins, Harms, gesagt. Die zusätzlichen Kosten der Fassade in Höhe von 25 Millionen Mark hofft die Gesellschaft mit privaten Geldern finanzieren zu können. In einem zweiten Bauabschnitt solle die westlich angrenzende Hauptfront des Schlosses hochgezogen werden, hinter der Räume für Staatsempfänge der Bundesregierung eingerichtet werden könnten. In einer dritten Bauphase schließlich sei vorgesehen, den Nordflügel gegenüber dem Dom und die Spreeseite auf dem Areal des Palastes der Republik zu realisieren. „Die Aufteilung in drei Bauphasen eröffne die Chance, die noch brauchbaren Teile des Palastes vom Asbest zu sanieren und befristet zu nutzen, statt sie zum Ärger vieler Ostberliner sofort abzureißen“, bemerkte Harms.<sup>715</sup>

Im gleichen Monat eröffnete die Ausstellung in der Schloss-Attrappe wieder ihre Pforten. Das Konzept sei vollkommen überarbeitet worden; jetzt stünden Nutzungskonzepte, Kosten und der Spreeinsel-Wettbewerb im Vordergrund, schreibt die *taz*.<sup>716</sup>

Anfang Mai berichtet die *Welt* über die Fortsetzung der sogenannte „Palastbelagerung“ durch „sanfte Besetzungen“.<sup>717</sup> Nur ein paar „aufrechte Revoluzzer“ seien gekommen, etwa 50 Personen, die meisten über 50 Jahre alt. Der Palast sei ein Stück positive DDR-Geschichte, zitiert die *Welt* eine Teilnehmerin. Deswegen wolle man für die Wiedererrichtung des Baus kämpfen.

Eine Woche später meldet die *Welt*, dass ein 19-köpfige Jury zusammen gekommen sei, um die Entwürfe für den Spreeinsel-Wettbewerb zu begutachten.<sup>718</sup> Die Hamlet-Frage laute: Schloss oder kein Schloss.

Mit der Veröffentlichung der Sieger des Spreeinsel-Wettbewerbs trat die Neugestaltung der Berliner Mitte in eine vermeintlich entscheidenden Phase. Zum Erstaunen aller Beteiligten

---

<sup>711</sup> Vgl. ebd.

<sup>712</sup> Vgl. ebd.

<sup>713</sup> Ebd.

<sup>714</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Das multifunktionale Stadtschloss. Schlossverein schlägt Kohl vor: Außenamt in neuen Südflügel des rekonstruierten Barockbaus unterbringen. Palast der Republik soll Galgenfrist bis 2006 erhalten. In: *taz*, 08.04.1994, s. S. 21.

<sup>715</sup> Ebd.

<sup>716</sup> Vgl. Schloss-Ausstellung öffnet wieder. In: *taz*, 12.04.1994, s. S. 17.

<sup>717</sup> Vgl. Saison '94 für „Palast-Besetzung“ wurde eröffnet. In: *Die Welt*, 02.05.1994, s. S. 18.

<sup>718</sup> Vgl. Bahr, Axel, Karutz, Hans-Rüdiger: Städtebaulicher Takt für das Herz Berlins. Ab heute wird über das Grundkonzept zur Spreeinsel entschieden. Viele Varianten sind denkbar. In: *Die Welt*, 09.05.1994, s. S. 19.

wurde der „Nobody“ (*taz*) Bernd Niebuhr, ein junger Berliner Architekt, zum Sieger gekürt. Erst auf Platz vier las man mit Oswald Matthias Ungers den Namen eines Stararchitekten. Die *taz* ist dem Niebuhr-Entwurf nicht wohl gesonnen, mache er doch das „sozialistische Berlin“ gnadenlos platt: „Niebuhrs Planung, so war aus dem Umfeld der Wettbewerbsabteilung zu erfahren, räumt die baulichen Spuren des sozialistischen Städtebaus radikal ab: Der Palast der Republik fällt der Abrissbirne zum Opfer. Ebenso plattgemacht werden die Bauten des DDR-Außenministeriums und des Staatsrats.“<sup>719</sup> Nach dem Auslöschung der emotionalen und ideologischen „Altlasten“ zwischen Alexanderplatz und der Straße Unter den Linden orientiere sich Niebuhr hauptsächlich an alten Bildern im Berliner Stadtgrundriss. Nach seinen Vorstellungen solle in den Ausmaßen des einstigen barocken Stadtschlusses ein Baukörper für eine Bibliothek, ein Kongreßzentrum und eine Ausstellungshalle entstehen. Anstelle des Staatsrats plane Niebuhr ein Quartier, das dem zukünftigen Bundesaußenministerium Raum geben solle. In Nachbarschaft der Reichsbank sieht er einen Erweiterungsbau für das Innenministerium. Sehnsucht nach preußischer Geschichte lasse der Architekt auf dem Terrain des DDR-Außenministeriums aufkommen. Schinkels Bauakademie solle dort wieder auferstehen.<sup>720</sup> Die Emotionslosigkeit des Wettbewerbs und das Ergebnis zeigten bereits die Bedeutungslosigkeit der Auslobung, meint die *taz*. Letztlich mache die Haushaltslage immer wieder einen Strich durch die Rechnung. Immer neue Standortbestimmungen und Entwürfe gehörten in der Berliner Planungsgeschichte für Regierungsbauten zu den Ablagerungen, die immer wieder aufgelegt würden. „Die Weltstadtideen der zwanziger Jahre, die Pläne Albert Speers oder die Entwürfe einer neuen Hauptstadt nach dem Kriege seien Zeugen der ‚Planungen des Scheiterns‘“,<sup>721</sup> so der Kritiker Bruno Flierl in der *taz*. Das Scheitern des Wettbewerbs erklärt die *taz* in einem Kommentar mit den Unklaren Vorgaben aus der Politik. „Die Indifferenz gehörte zu den Wesenszügen dieses Wettbewerbs, dessen Teilnehmer von Beginn an Unklarheiten ausgesetzt waren. Es fehlte an einem Konsens über politische und ästhetische Strategien für die ‚Mitte der Mitte‘. Tradition und Moderne schienen zwei unüberwindliche Gegensätze. Schlossfans und -gegner lieferten sich wahre Gesinnungsschlachten.“<sup>722</sup> Die Wettbewerbs Teilnehmer hätten diese Probleme nicht lösen können, sie blieben Aufgabe der Politik. Was werde mit dem Palast, dem Außenamt, dem Staatsrat in den kommenden zehn Jahren geschehen, fragt Lautenschläger. Für ihn ist klar: „Bis die Zukunft der Spreeinsel wirklich Gestalt annimmt, sind praktikable Konzepte gefragt.“<sup>723</sup> Angesichts dieser Lage schien es dann auch konsequent, dass alle Beteiligten von einer Fortsetzung der Debatte sprachen. Nach Ansicht der Bundesbauministerin Schwaetzer sollte über die Gestaltung des Ortes „noch einige Jahre“ diskutiert werden, schreibt die *taz*<sup>724</sup>, ebenso die *Welt*.<sup>725</sup> Sie habe sich dagegen ausgesprochen, jetzt durch einen schnellen Abriss des Palastes vollendete Tatsachen zu schaffen und plädierte für die Nutzung des Baus in Art des Pariser Centre Pompidou. Noch im Mai widmet sich die *taz* erneut dem Ergebnis des Spreeinsel-Wettbewerbs. Zwar werde in Zukunft kaum gebaut werden, die Verwirklichung des Niebuhr-Plans sei daher nicht zu erwarten. Trotzdem: „Wichtig sind auch die Sichtweisen und Wertungen, die diese Entscheidungen beflügelt haben, die Fahnen, die gehisst werden, die Botschaften, die in Stadt und Land gehen. Diese Botschaften künden von der Kultur der neuen Hauptstadt, und diese

<sup>719</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Nostalgie vom Küchentisch. Bauwettbewerb für Berlins „Spreeinsel“ entschieden: Nobody Niebuhr macht mit „Papierarchitektur“ das Rennen vor Ungers. Radikaler Abriss der DDR-Geschichte. In: *taz*, 13.05.1994, s. S. 05.

<sup>720</sup> Vgl. ebd.

<sup>721</sup> Ebd.

<sup>722</sup> Lautenschläger, Rolf: Zum Wettbewerb Spreeinsel. Alles bleibt offen. In: *taz*, 13.05.1994, s. S. 21.

<sup>723</sup> Ebd.

<sup>724</sup> Vgl. Palast bleibt – vorerst. Spreeinsel-Gestaltung: Auch nach Wettbewerb geht Debatte weiter. Schwaetzer: „Centre Pompidou“ für die Mitte. In: *taz*, 16.05.1994, s. S. 22.

<sup>725</sup> Vgl. Palast-Diskussion hält trotz Spreeinsel-Wettbewerb an. In: *Die Welt*, 16.05.1994, s. S. 17.

Kunde muss bedenklich stimmen.“<sup>726</sup> Die Konzentration auf den Schlossplatzbereich, das Abräumen der DDR-Architektur und ungeklärte Verkehrsführungen – die *taz* lässt kein gutes Haar an den Entwürfen. Sie meint, ein dringend erforderliches Zeichen in Richtung Ost-West-Vermittlung sei wieder einmal verfehlt worden. „Im Gegenteil: Der ´Osten´ wurde brüskiert – nicht nur durch den preisgekrönten Austausch von Palast und Staatsrat durch eine klobige Riesenschachtel, sondern auch durch den baulichen Angriff auf die Fischerinsel unter der Fahne der historischen Rekonstruktion des Stadtgrundrisses.“<sup>727</sup>

Kein gutes Haar lässt der *Spiegel* an dem Architektenwettbewerb und den Sieger Niebuhr.<sup>728</sup> Obwohl die Stadt nur ihre „historischen Räume“ wiedergewinnen wolle, habe sie einen „Architektenzirkus“ veranstaltet, als ginge es um die „Besiedlung ferner Planeten.“<sup>729</sup> Daneben hätten alle Planer die Ministerien in gewaltigen neuen „Verwaltungsburgen“ untergebracht, die den Vergleich mit NS-Bauten nicht zu scheuen hätten. „Historisch unbekümmert“ seien die Planungen, so dass es „schlimm“ wäre, wenn die prämierten Eilpläne für die Spreeinsel realisiert würden.

Bei der offiziellen Präsentation des Wettbewerbs schreibt die *taz*<sup>730</sup> über andere Töne. Ministerin Schwaetzer sei „wild entschlossen“, am Neubau für das Auswärtige Amt in Berlins historischer Mitte festzuhalten. Die zukünftige Gestaltung der Hauptstadt dürfe nicht an der Geldknappheit von 1994 entschieden werden, habe sie gesagt. Einzig bei der Frage des Palastes habe sie darauf bestanden, die Diskussion weiter zu führen. „Für den Marx-Engels-Platz liege ´noch kein überzeugendes Nutzungskonzept vor´, sagte sie. So lange darüber keine Klarheit bestehe, ´dürfen durch einen Abriss keine Fakten geschaffen werden, die nicht mehr zu revidieren sind´.“<sup>731</sup>

Einen Tag später berichtet die *taz* über den „Rückpfeiff“ der Ministerin: Sowohl der Bonner Regierungssprecher Dieter Vogel als auch Senatssprecher Michael-Andreas Butz bezeichneten Schwaetzers Aussagen über den Erhalt des Palastes als „persönliche Auffassung“. „Es dürfe kein Hinausschieben auf die lange Bank geben, sondern es müssten ´mutige und zukunftsweisende Beschlüsse´ unverzüglich getroffen werden, so Butz.“<sup>732</sup>

Auch die *Welt* poltert in einem Kommentar, in dem sie Schwaetzer Prinzipienlosigkeit vorwirft.<sup>733</sup> Außer Ungers habe jeder Architekt den Abriss des Palastes vorgesehen, aber nun wolle die Ministerin noch warten und noch ein Gutachten anfertigen lassen. Ihrem Parteifreund Kinkel hingegen soll auf jeden Fall ein Neubau gesichert werden, obwohl der Haushaltssausschuss für sämtliche Ministerien den Umzug in bereits bestehende Bauten vorgesehen hätte.<sup>734</sup>

Doch nicht nur auf Bundesebene, auch in Berlin gab es Querschüsse im eigenen Lager. So sieht es zumindest Lautenschläger in einem Kommentar in der *taz*<sup>735</sup> über die Reaktionen auf Hassemers Überlegungen zur Berliner Mitte. Dass es nun in der eigenen Partei Krach gebe liege zum einen daran, dass die kritisierten städtebaulichen Entwürfe Ergebnisse der Konzeptionslosigkeit des Senators seien. Zum anderen habe es Hassemer versäumt, das „Stadtforum“ zu einem Instrument politischer Vorgaben werden zu lassen. „Es gleicht heute

---

<sup>726</sup> Vgl. Bodenschatz, Harald: Auf der Suche nach dem verlorenen Zentrum. Das Ergebnis des Wettbewerbs zur Spreeinsel ist ernüchternd: Der Sieger betreibt Kahlschlag am Marx-Engels-Platz, doch die strukturellen Probleme des historischen Zentrums bleiben weiter im Schatten. In: *taz*, 16.05.1994, s. S. 23.

<sup>727</sup> Ebd.

<sup>728</sup> Vgl. Städtebau. Die verlorene Mitte. In: Der *Spiegel* Nr. 21, 23.05.1994, s. S. 196-199.

<sup>729</sup> Vgl. ebd.

<sup>730</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Palast der Republik: Leerstand auf ewig? Berlins Mitte: Bauministerin Schwaetzer will den Neubau des Außenamts. In: *taz*, 17.05.1994, s. S. 04.

<sup>731</sup> Ebd.

<sup>732</sup> Vgl. Palast-Streit geht weiter. Schwaetzer wird zurückgepfiffen. In: *taz*, 17.05.1994, s. S. 17.

<sup>733</sup> Vgl. Guratzsch, Dankwart: Noch ein Wettbewerb. In: Die *Welt*, 17.05.1994, s. S. 18.

<sup>734</sup> Vgl. ebd.

<sup>735</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Historische Mitte. Piefige Freunde. In: *taz*, 20.05.1994, s. S. 21.

jener wirkungslosen 'Quatschbude', zu der sie nicht hätte werden müssen: Die eigenen Hunde sind so nicht an die Kette zu legen. Dass sie nun piefig und reaktionär bellen, isoliert den Senator. Den Traditionalisten ist er zu modern, den Modernen zu ängstlich. Hassemer wollte Tiger reiten. Im Augenblick reiten alle ihn<sup>736</sup> Wie um auf Nummer sicher zu gehen verabschiedete die Berliner CDU-Fraktion einen Beschluss, wonach die Fassade des Schloss wieder gebaut werden müsse. Für den kulturpolitischen Sprecher der CDU, Lehmann-Brauns, sei die Wiederherstellung der Schlossfassade kein „Zeichen von Nostalgie“, sondern ein „notwendiges Gegengewicht“ zu den Neubauten in Mitte, schreibt die *taz*.<sup>737</sup> „Die Geschichte der Stadt müsse für den Betrachter an ihren Bauwerken 'ablesbar' sein. Es dürfe nicht sein, dass die von Vertretern einer „totalitären Diktatur“ zu verantwortenden Bauten aus DDR-Zeiten das Bild im Zentrum der Stadt weiter bestimmten.“<sup>738</sup> Hassemer, gegen den der Beschluss praktisch gerichtet war, schien über die Diskussion um Für oder Wider der Fassade sichtlich überdrüssig, bemerkt die *taz*. Er habe keine Lust mehr, „Jahr für Jahr die immergleichen Sätze zu sagen“. Die Fraktion habe ihre Meinung, und er habe die seinige. Auch in Zukunft werde man sich gegenseitig helfen, meldete die *taz*.

Mit Hohn und Spott reagiert die *taz* auf den Vorschlag aus den Reihen der Berliner FDP, an strittigen Stellen der Stadt Plastik-Fassaden nach dem Vorbild der Schloss-Attrappe aufzubauen, um besser entscheiden zu können. „Nach dem Prinzip des 'Schneller Wohnen' könnten so ganze Quartiere als Pappschachteln entstehen. Statt Theoriequatsche und Architekturgekritzel werden uns die Planer ihre baulichen Visionen als 'Stadtsimulationen' zum Ansehen, Anfassen – und Anpinkeln vorstellen: megairre Kautschuk- oder Pappfassaden, Cyber-Berlin im öffentlichen Raum.“<sup>739</sup> Was könne da alles geschaffen werden, fragt Lautenschläger spöttisch. Welche Chancen für Modellbauer und Künstler? „Der Kollhoff-Entwurf am Alexanderplatz: zwölf 150 Meter hohe Styropor-Türme! Das Regierungsviertel als naturalistische Computersimulation, das Kanzleramt als aufblasbares Gummihaus, die Spreeinsel als Karton-Attrappe. Der Grenzstreifen als Teppich-Erlebnis-Land. Ein Superlativ jagte in Plastik den anderen. Bis gebaut wird, spielen wir Potemkin-Hauptstadt.“<sup>740</sup>

Derweil meldet die *taz*.<sup>741</sup> wieder Denkspiele der Bundesminister Rexrodt, Schwaetzer und Waigel zum Schloss. Rexrodt verkündete gar, man habe sich mit der CDU darauf geeinigt, für das Außenamt einen Neubau zu bauen, da dies billiger sei als die Herrichtung eines alten Gebäudes.<sup>742</sup> Die CDU habe das neue Gutachten kritisiert und fordere den Abriss des Palastes, weiß die *Welt*.<sup>743</sup> Im Juni lässt Diepgen wieder verlauten, er wolle einen zügigen Abriss des Palastes, meldet die *taz*.<sup>744</sup>

Im Juni kommt es zu einem Großereignis der Schlossfreunde: Die Plastikplanen der Schlossattrappe sollen versteigert werden. Mit dem Geld sollten nicht nur offene Rechnungen beglichen, sondern auch ein Grundstock für den Wiederaufbau geschaffen werden. Die *taz* schreibt vor der Versteigerung über die Preise für die Plastikteile. „Wer schon immer etwas adligen Glanz in seine schäbige Hütte bringen wollte, kann für 100 Mark ein Schlossposter mit einem popligen Stück Fassade kaufen,“ spottet die *taz*.<sup>745</sup> Unüberhörbar ist die Genugtuung der *taz*, als sie über das mäßige Interesse bei der Auktion berichten kann. Die

---

<sup>736</sup> Ebd.

<sup>737</sup> Vgl. Weiland, Severin: CDU will Hassemer ein Schloss aufdrängen. CDU-Fraktion fordert Rekonstruktion der Schlossfassade Stadtentwicklungssenator Hassemer: „Nutzung wichtiger“. In: *taz*, 20.05.1994, s. S. 21.

<sup>738</sup> Ebd.

<sup>739</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Gummizelle Pariser Platz. Pappschachteln. In: *taz*, 25.05.1994, s. S. 17.

<sup>740</sup> Ebd.

<sup>741</sup> Vgl. Minister als Stadtplaner. In: *taz*, 30.05.1994, s. S. 22.

<sup>742</sup> Vgl. Neues Auswärtiges Amt. Rexrodt: Neubau ist preiswerter. In: *taz*, 31.05.1994, s. S. 17.

<sup>743</sup> Vgl. CDU kritisiert neues Palast-Gutachten. In: *Die Welt*, 31.05.1994, s. S. 17.

<sup>744</sup> Vgl. Diepgen für schnellen Palast-Abriss. In: *taz*, 06.06.1994, s. S. 23.

<sup>745</sup> Vgl. 75 Millionen Yen für ein Schloss geboten. Die Fassade des Stadtschlusses am Marx-Engels-Platz kommt unter den Hammer. In: *taz*, 10.06.1994, s. S. 28.

Berliner hätten v. Boddien, der eine „nationalistische Großmäuligkeit“ pflege, schmähslich im Stich gelassen. „Bei der Versteigerung eines Drittels der bemalten Plastikplane durch Sotheby's (die für den Zweck des Wiederaufbaus gratis tätig wurden) kamen nur läppische 100.000 Mark zusammen. Die Käufer, meist mittelständische Unternehmer oder Einzelhändler, zeigten sich nur begrenzt Berlin-begeistert.“<sup>746</sup> Aus dem Aufbaufonds werde daher erst mal nichts.

Über gegensätzliche Meinungen berichtete die *taz* zwischen Schwaetzer und Diepgen bezüglich der Zukunft des Palastes der Republik.<sup>747</sup> Während sich Diepgen im Anschluss an die Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses Bonn/Berlin für eine Entscheidung über den weiteren Umgang mit dem asbestverseuchten Palast „noch in diesem Jahr“ ausgesprochen habe und „aus Gründen der städtebaulichen Entwicklung der Mitte“ den möglichen Abriss nicht hinausschieben wolle, konterte die Bundesbauministerin mit „einer städtebaulich ganz anderen Einschätzung“. Im Haushalt 1994 seien keine Gelder für den Abriss des Gebäudes vorhanden, sagte Schwaetzer. „Sie warnte davor, durch den Abriss Fakten zu schaffen. Solange es keine Alternativen für den Bau gebe, dürfte keine Lücke in die Mitte der Stadt gerissen werden.“<sup>748</sup> Auch die *Welt* schreibt, dass für den Abriss kein Geld vorhanden wäre; das ehemalige Staatsratsgebäude stünde ebenfalls zur Disposition.<sup>749</sup>

Im Juli wird das Thema um die Asbestsanierung wieder aktuell. Die *taz* berichtet über neue Verfahren und Einschätzungen einschlägiger Fachleute.<sup>750</sup> Demnach müsse der Palast nicht unbedingt abgerissen werden. Allerdings beinhalte die kostengünstigere Entsorgung zahlreiche Unbekannte. Die aufzutragende Flüssigkeit enthalte beispielsweise gesundheitsschädliche Bindemittel, die ebenso gefährlich wie Asbest seien, habe der FU-Mediziner Gustav Schäcke gewarnt.<sup>751</sup> Die *Welt* meldet ebenfalls die Expertenmeinungen und schreibt, einer der Referenten habe gar gesagt, ob man den Palast erhalten wolle, sei eine Frage der „Zivilcourage“.<sup>752</sup>

Als „Befreiung durch Enthauptung“ bezeichnet die *taz* Pläne der Bundesregierung, den Schlossplatz 1995/96 frei zu räumen.<sup>753</sup> „Statt dem Areal durch den Weiterbau der bestehenden Architekturen eine Fassung zu geben, droht der Ort mittelfristig zur Wüstenei zu werden: In die Relikte des sozialistischen Städtebaus soll die Abrissbirne fliegen, um die unliebsamen baugeschichtlichen Zeugnisse deutscher Vergangenheit platt zu machen“<sup>754</sup>, klagt Lautenschläger.

In der Debatte um das Schloss als „Schlüterbau“ schreibt die *taz* über den Architekten.<sup>755</sup> Was die Statik angehe, sei Schlüter eine „Flasche“ gewesen. Zahlreiche Baufehler und nicht zuletzt der einsturzgefährdete Münzturm, den man 1706 abtragen musste, hätten das bewiesen. Heute seien praktisch keine Bauten mehr von ihm in Berlin vorhanden. Sein letzter Bau aus dem

---

<sup>746</sup> Vgl. Stadtschloss-Plane bringt kaum Geld. Bei der Sotheby's-Versteigerung war die Barock-Plastikplane kein Renner. In: *taz*, 13.06.1994, s. S. 05.

<sup>747</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Fußweg am Schloss Bellevue und Kanzleramt bleibt. Aufteilung der Bundesministerien beim Umzug nach Berlin endgültig festgezurrt. Streit um Abriss für Palast und Staatsratsgebäude zwischen Bonn und Berlin. In: *taz*, 21.06.1994, s. S. 17.

<sup>748</sup> Ebd.

<sup>749</sup> Vgl. Für den Abriss des Palastes fehlt das Geld. Hauptstadt-Ausschuss tagte. Bund gibt Alliierten-Wohnungen frei. Bald Entscheidung über Reichstagskuppel. In: Die *Welt*, 21.06.1994, s. S. 18.

<sup>750</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Asbest kein Grund für Palast-Abriss. Asbestsachverständige weisen neue und preiswerte Wege zur Rettung des Palastes der Republik. ICC wird saniert. In: *taz*, 05.07.1994, s. S. 17.

<sup>751</sup> Vgl. ebd.

<sup>752</sup> Vgl. Experte: Palast wäre zu retten: In: Die *Welt*, 05.07.1994, s. S. 18.

<sup>753</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Kahlschlag in Mitte. Befreiung durch Enthauptung? *taz*-Serie (Teil 6): „Die Baufeldfreimachung wird 1995/96 stattfinden“ – das ehemalige Staatsratsgebäude der DDR soll bis dahin abgerissen werden. In: *taz*, 21.07.1994, s. S. 24.

<sup>754</sup> Ebd.

<sup>755</sup> Vgl. Marx, Walter: Auf märkischen Sand gebaut. Einstürzende Neubauten des Barock: Schon vor 300 Jahren scheiterte der Berliner Baumeister Andreas Schlüter am lokalen Untergrund. In: *taz*, 30.07.1994, s. S. 14.

Jahre 1712 ging im Bombenkrieg unter, die Umbauten am Schloss ebenso. Schlüter muss sich der Vergänglichkeit bewusst gewesen sein. Immer wieder habe man im Barock die Nichtigkeit der *Welt*, die Vergänglichkeit, die Wechselhaftigkeit der irdischen Geschehnisse, das Ausgeliefertsein an Fortuna beschworen. „Schlüter hat an dem Sarkophag seines Brötchengebers Friedrich III./I. neben der trauernden Frauengestalt (von Jacobi) einen Putto gießen lassen, der Seifenblasen in den Wind schickt. Hat je ein Künstler eine treffendere Allegorie für die Schicksale seiner Produktion geschaffen?“<sup>756</sup> – fragt die *taz* hintersinnig.

Der August ist der Monat des Rückbaus der Schloss-Attrappe. Die Idee vom Wiederaufbau des einstigen Hohenzollern-Sitzes in Stadtmitte sei damit aber noch „nicht vom Tisch“, schreibt die *taz*.<sup>757</sup> Nach Ansicht des Fördervereinsvorsitzenden v. Boddien gehe die Schloss-Diskussion nach den anstehenden Bundestagswahlen 1994 noch einmal los. Von „Millionen Berlinern und Touristen“ sei das Plastik-Schloss begutachtet worden und rund 200.000 Besucher hätten die Begleitausstellung über Geschichte und Zukunft des Baus am Palast der Republik gesehen, fasst die *taz* das Ergebnis zusammen. 80.000 Menschen hätten mit ihrer Unterschrift für den Wiederaufbau des Stadtschlusses geworben, meldet die *taz*.<sup>758</sup>

Zum gleichen Anlass mokiert sich die *FAZ* in einer Glosse über den historischen Nachbau längst versunkener Gebäude. Ausgangspunkt ist die Marksburg bei Koblenz, die originalgetreu vermessen und aus buntem Betonstein gefertigt auf der japanischen Insel Miyakojima rekonstruiert werden soll.<sup>759</sup> Neuschwanstein gebe es *Weltweit* sogar vierfach: In Bayern und in den Disneyländern von Los Angeles, in Paris und in Tokio. Und um den Vorwurf der in der Schlossplatzdebatte immer genannten „Disneylandisierung“ zu erklären, liefert der Verfasser eine Erklärung für dieses Phänomen. Nicht Disney sei der eigentliche Urheber der genannten Duplikate, vielmehr seien die Rekonstruktionen alter Gebäude die „etwas exotischen Blüten einer *Weltweiten*, tiefsitzenden und ehrenwerten Sehnsucht nach sicht- und greifbarer Geschichte.“<sup>760</sup> Zur Bestätigung reiht der Verfasser nun die Sehnsüchte der Deutschen auf: In Berlin solle das Schloss und die Schinkelsche Bauakademie wiedererstehen, auch Potsdam wolle sein Schloss zurück, Leipzig seine Universitätskirche und Dresden seine Frauenkirche. Selbst wenn die Glosse das Phänomen der Rekonstruktionssehnsucht ironisch kommentiert, seine Erklärung scheint der Verfasser ernst zu meinen. Eine tatsächliche Kritik an den Plänen für den Schlossplatz lässt sich zumindest nicht erkennen – auch wenn der Titel der Glosse – „geklonte Geschichte“ – dies zunächst vermuten lässt.

Erst im September berichtet auch das *ND* über die zum Jahresende anstehende Umbenennung des Marx-Engels-Platzes in Schlossplatz.<sup>761</sup> Trotz des Beschlusses des Bezirks Mitte, den alte Namen beibehalten zu wollen, habe Verkehrssenator Herwig Haase (CDU) einen formalen Beschluss in der Sache angekündigt. Das *ND* fügt hinzu, bereits 1993 sei so aus der Otto-Grotewohl-Straße wieder die alte Wilhelmstraße geworden.

Trotz des ungelegten Besuchererfolgs und der 80.000 Unterschriften der Schlossfreunde, die mehr sind, als die Schlossgegner zusammen bekommen hatten, ist die Attrappe für die *taz*<sup>762</sup> ein einziger Fehlschlag. Gescheitert sei jene Idee, mit einer Kulisse aus Eisenrohr und Plaste das Schloss als unverzichtbar für das neue Berlin zu imaginieren. Markige Beschwörungen prominenten Fürsprecher hätten eher das Gegenteil bewirkt. „Von der anfänglichen Euphorie der Feuilletons blieb wenig über; der Alltag hat das Schloss geschleift. Hätte man die Kulisse

---

<sup>756</sup> Ebd.

<sup>757</sup> Vgl. Attrappe verschwindet. Schlossfassade: Abbau in fünf Wochen. 500.000 Mark fehlen noch. In: *taz*, 19.08.1994, S. 23.

<sup>758</sup> Vgl. ebd.

<sup>759</sup> Vgl. Geklonte Geschichte. In: *FAZ* Nr. 198, 26.08.1994, S. 33.

<sup>760</sup> Ebd.

<sup>761</sup> Vgl. Müller, Michael: Namenskehraus für letzte Kommunisten. Marx/Engels müssen Schlossplatz weichen. In: *ND*, 08.09.1994, S. 01.

<sup>762</sup> Nowakowski, Gerd: Das Ende des Stadtschlusses. Fassade enthüllt. In: *taz*, 12.09.1994, S. 21.

– wie ursprünglich geplant – nach drei Monaten abgebaut, wäre ein Mythos geblieben. So aber enthüllte sich über die Monate die raumfüllende Illusion bis zur Kenntlichkeit: Die Oberfläche war bereits der Kern, der monarchistische Gestus die Stadtidee.<sup>763</sup> Für Berlin habe es daher nichts besseres geben können, als diesen auf vierzehn Monate gestreckten „Mummenschanz“, diese „Reagenzglasanordnung in Echtzeit“. Die Initiative habe eines unfreiwillig erreicht: Die Gewissheit sei gewachsen, dass ein neues Berlin nicht mit dem Rückgriff auf entschwundene historische Formen geschaffen werden könne. In der gleichen Ausgabe berichtet die *taz* genüsslich über die angeblich zerstrittenen Initiatoren der Attrappe und über Schulden in ungeahnter Höhe.<sup>764</sup> Die *taz* schließt aus dem ihrer Meinung nach kärglichen Besucherzustrom, den Berlinern sei das Schloss egal. Der mitbeteiligte Architekt Augustin habe das Projekt „als Pleite“ bezeichnet. Er habe aufklären wollen, „ganz brav und anständig“, v. Boddien dagegen habe „um jeden Preis“ das Schloss wiederhaben wollen, schreibt die *taz*. „Statt die Schlossfassade, wie von ihnen [Augustin und Peschken, d. Verf.] vorgeschlagen, als Raster verfremdet auf einen Gazestoff zu drucken, habe er sich für das platte Gelb entschieden – gemalt von Madame Feff aus Paris, die kann er schön vorzeigen und die kritisiert ihn nicht.“<sup>765</sup> Boddien habe das Projekt als „Personality-Show“ betrieben und sich dadurch in den „Berliner Filz“ eingewoben, meinte Augustin in der *taz*.

Mit dem Abbau der aus gemalten Planen gefertigten Stadtschlossattrappe sieht die *FAZ* im September Berlin „im Entzug“.<sup>766</sup> Der Verfasser des Artikels, Jens Jessen, berichtet über den Abbau der Fassaden und argumentiert dabei dem Anschein nach zurückhaltend, aber bei genauerem Hinsehen leidenschaftlich für die Wiedererrichtung des Stadtschlusses. Zunächst lobt Jessen die geschickte Installation der Plane mit einem *Spiegel*, durch den der Palast „aus sozialistischen Zeiten“ nahezu völlig zum Verschwinden gekommen sei. Dies sei ein „Akt der Restauration im strengen Sinne“<sup>767</sup> gewesen. Jessen freut sich, dass „wenigstens“ in der Architektur die Monarchie wieder hergestellt worden sei, um gleich wieder zurückzurudern: die Monarchie sei nur eine konstitutionelle, „[...] weil hinter ihrer gemalten Fassade das massive Betongebäude der (Volks-)Republik stehen blieb.“<sup>768</sup> Nach der Provokation dann die Beschwichtigung. Es sei diese politisch-ikonographische Lesart um den Wiederaufbau des Schlosses, warum die Debatte sofort mit ideologischer Schärfe geführt werde. Allein die Andeutung einer ästhetischen Restauration sei für viele ein Sündenfall, den sie mit einem neuen Nationalismus in Verbindung brächten. Die Architekten-Lobby hingegen fürchte nur um einen lukrativen Auftrag für etwas völlig Neues. Wie alle Sündenfälle sei die Errichtung der Schlossillusion vor allem verwirrend schön gewesen. Voll Anmut und in menschlichen Proportionen habe sich die Fassade am Ende der Allee Unter den Linden gezeigt. Keinesfalls einschüchternd habe die Fassade gewirkt, sondern „freundlich und stark“. Nun sei diese Illusion seit einem Tag vorbei, bedauert Jessen, und hinter der Schlossfassade sei nun wieder eine Mauer zu sehen – der Palast der Republik, „düster dräuend“, einschüchternder als jeder Schlossbau dieser *Welt*. Das Gebäude schließe im Rechten Winkel die Linden ab, auch das nehme ihm den Anmut. Allerdings, so Jessen, sei der Palast nicht deshalb so furchtbar, weil er in diktatorischen Verhältnissen entstanden sei. Der Bau sei schlicht von „alltäglicher Barbarei“, wie die anderen Bauten dieser Größe, die in den 1960er und 1970er Jahren – auch im Westen – entstanden seien. Man habe sich inzwischen an diese Zumutungen gewöhnt. Die Schlossattrappe habe nun diese Zumutungen gleichsam schockierend wieder ins Bewusstsein des Betrachters gedrängt. Die Initiatoren des Experiments haben genau diesen Schock

---

<sup>763</sup> Ebd.

<sup>764</sup> Vgl. Bollmann, Ralph: Das Stadtschloss lässt die Hüllen fallen. Ab Sonntag verschwindet die Attrappe am Marx-Engels-Platz. Zurück bleiben zerstrittene Initiatoren und Schulden in unbekannter Höhe. Was passiert jetzt mit dem Schloss-Projekt? In: *taz*, 12.09.1994, s. S. 23.

<sup>765</sup> Ebd.

<sup>766</sup> Vgl. Jessen, Jens: Im Entzug. Berlin ohne Stadtschlossillusion. In: *FAZ* Nr. 219, 20.09.1994, s. S. 35.

<sup>767</sup> Ebd.

<sup>768</sup> Ebd.

bewirken wollen, weiß Jessen. Doch damit nicht genug: Nach dem Verschwinden der Schlossfassade offenbare nun der Palast der Republik und der davor liegende Platz „mit einem Male seine Menschenfeindlichkeit.“<sup>769</sup> Doch Jessen legt in seiner Kritik noch nach: Die mit dunklem Glas verspiegelte Fassade des Palastes sei wie die „Sonnenbrille eines gemeinen Zuhälters.“<sup>770</sup> Und wer die aus der DDR-Zeit stammende städtebauliche Gestaltung mit dem Palast, dem Staatsratsgebäude und dem „dummdreisten“ Außenministerium erhalten wolle, könne das nur, wenn er zur Hässlichkeit fest entschlossen sei. Jessen liefert die Charakterisierung der Palastbefürworter gleich mit: Es seien Menschen, die mit der Hässlichkeit eine möglicherweise übermütig werdende Nation bestrafen wollten. Wer von dieser unterstellten Volkspädagogik nichts halte, der sollte den Wiederaufbau des Schlosses „ernsthaft ins Auge fassen“. Die Deutschen würden auf die Schnelle keinen besseren Architekten als Schlüter finden – habe unlängst ein italienischer Diplomat „warnend“ zu bedenken gegeben.<sup>771</sup>

In dem durch die Schloss-Attrappe sensibilisierten Moment eröffnete die Ausstellung „Hauptstadt in der Stadt“, die eine Zwischenbilanz bezüglich der Planungen für die neuen Regierungsbauten zog. Inzwischen, ein Jahr später, sei Ernüchterung sowohl bei den visionären als auch „herrischen Planern“ und Politikern eingekehrt, meint die *taz*.<sup>772</sup> Berlin habe sich nicht wie eine formlose Masse kneten lassen. Die Bonner Abgeordneten mussten ihre Begehrlichkeiten relativieren. Die „Hauptstadt in der Stadt“ sei kleiner, wenn auch nicht weniger problematisch geworden, seien doch die geplanten neuen Ministerien in bestehende Altbauten verteilt und großflächige Baumaßnahmen mit städtischen Anteilen perforiert worden. „Und selbst die Debatte um den Erhalt oder Abriss des Palastes der Republik erhält nach dem Spreeinsel-Wettbewerb neue Nahrung zugunsten des ungeliebten Reliktes der DDR-Vergangenheit.“<sup>773</sup> Noch einmal werden die Entwürfe der Wettbewerbsteilnehmer Bernd Niebuhr (1. Preis) und Oswald Mathias Ungers (4. Preis) in der Ausstellung gegenübergestellt, gleichsam als Exempel für die Alternativen im Umgang mit dem früheren Schlossbereich. Abriss oder Erhalt der architektonischen Zeugnisse der DDR, darum gehe es hierbei. Bausenator Nagel habe in diesem Zusammenhang den Wettbewerbssieger wie den Wettbewerb selbst kritisiert. Man solle sich vor dem „arroganten Umgang“ mit den baulichen Chiffren der DDR-Geschichte ebenso hüten wie vor Bauwettbewerben, denen eindeutige politische Vorgaben über die künftige Nutzung und Bedeutung des Raumes fehlten, habe Nagel gesagt.<sup>774</sup>

Im Oktober, nachdem die Attrappe vollkommen abgebaut worden ist, schreibt die *taz* ein kurzes Portrait über den Vorsitzenden des Fördervereins Berliner Schloss. Eines sei v. Boddien, der moderne Architektur verachte, ganz gewiss nicht: Architekt. In Wahrheit verkaufe er Mähdrescher in Bargtheide/Holstein. „Der Mittelständler im hanseatisch-blauen Blazer mit Goldknöpfen hat es nun vom Trecker auf einen Hauptstadt-Chefsessel gebracht.“<sup>775</sup> Er solle Geschäftsführer der Hauptstadt-Marketing GmbH werden. Dass v. Boddien in Berlin Karriere machen könne, sei kein Wunder: „Die Möchtegernhauptstadt und ihre mittelmäßige Politikaste haben einen ungeheuren Bedarf an Rettern, die von außen kommen. Und hat v. Boddien nicht wenigstens die „Erfolgsattrappe Stadtschloss“ zu bieten?“<sup>776</sup> Seine größte Stärke sei das Mobilisieren von „Frontstadt-Mythen“. Gern betone v.

---

<sup>769</sup> Ebd.

<sup>770</sup> Ebd.

<sup>771</sup> Vgl. ebd.

<sup>772</sup> Vgl. Lautenschläger, Ralf: Keine nostalgische Hauptstadtreise. Die „Hauptstadt in der Stadt“ ist kleiner geworden: eine Ausstellung über die aktuellen Regierungsplanungen. Unter Planern wie Politikern macht sich Ernüchterung breit. In: *taz*, 19.09.1994, s. S. 24.

<sup>773</sup> Ebd.

<sup>774</sup> Vgl. ebd.

<sup>775</sup> Vgl. Kotte, Hans-Hermann: Das Portrait. Wilhelm v. Boddien. In: *taz*, 07.10.1994, s. S. 11.

<sup>776</sup> Ebd.

Boddien, dass er als junger Mann Zeuge des Mauerbaus gewesen sei und dies ihn bewogen habe, „für Berlin zu kämpfen“. Die Berliner sollten in ihrem „deutschen Schmelztiegel“ endlich wieder „Herz mit Schnauze“ zeigen. Und während Berliner Trümmerfrauen v. Boddien öffentlich zu Tränen rührten, qualifiziere er Stadtschlossgegner als „Stinkstiefel“ und „Besserwisser“ ab.

Der *Spiegel* veröffentlicht ein Gespräch zwischen dem Kunsthistoriker Klotz und dem Senatsbaudirektor Stimmann, in dem über die zukünftige Gestalt Berlins gestritten wird.<sup>777</sup> Stimmann verteidigt dabei sein Konzept der „kritischen Rekonstruktion“, während Klotz die „Rückkehr zum Klassizismus der Nazis nervös“ macht. Grundsätzlich solle alles erhalten werden, was vor 1945 gebaut wurde, meint Stimmann: „Wir müssen Heimatkunde machen. Die meisten Berliner wissen nicht mehr, wo die Innenstadt gewesen ist.“<sup>778</sup> Klotz kontert, im Osten der Stadt solle ja viel abgerissen werden. Stimmann: „Wir reißen nichts ab in den Trabantenstädten, weil wir die Erhaltung der Heimat DDR zur Grundlage unserer Architekturpolitik gemacht haben. Aber am Alexanderplatz oder beim Schlossbereich müssen wir in der Tat kontrovers mit den Ost-Berlinern reden, weil die Bauten der Nachkriegszeit dort einfach falsch sind.“<sup>779</sup>

Im November wird der Marx-Engels-Platz, wie bereits im Januar angekündigt, umbenannt. Die *taz* meinte daraufhin, die Berliner Stadtpläne würden „vom Zeitgeist“ eingeholt werden. „Die Anschrift Marx-Engels-Platz am ehemaligen Palast der Republik ist seit dieser Woche getilgt.“<sup>780</sup> Gegen den Widerstand des Bezirks Mitte habe Verkehrssenator Herwig Haase (CDU) den neuen „Schlossplatz“ eingeweiht. Die Bezeichnung sei von seiner Verwaltung „mehr als großzügig“ ausgelegt worden, schließlich hieß nur die Südseite am Stadtschloss „Schlossplatz“. Die Westseite, wo jetzt das neue Straßenschild den „verwirrten Berlinern und Touristen“ den Weg weisen solle, habe stets der Name „Schlossfreiheit“ getragen. „Für den Schilderstürmer Haase ist das jedoch kein Problem: Über der Stelle früherer Massenaufmärsche zu DDR-Zeiten wehe nun der ‚Geist von Freiheit und Demokratie‘.“<sup>781</sup> Auch das *ND* berichtet über den „kleinen Festakt“ an einem Straßenschild in der Nähe der Schlossbrücke.<sup>782</sup> „Aus dem Platz der Appelle und Aufmärsche solle nun ein Ort werden, an dem der Geist von Freiheit und Demokratie weht, hauchte der Senator in die Mikrofone, da ihm sonst niemand zuhörte.“<sup>783</sup> Den Abgeordneten von Mitte, die nicht gekommen seien, habe es wohl in den Ohren geklungen, denn Haase habe die Umbenennung gegen ihren Willen durchgesetzt, schreibt das *ND*.

Im Schatten der Umbenennung geht die Diskussion um den Abriss des Staatsratsgebäudes weiter. Ein neuer Niebuhr-Plan gehe nun davon aus, dass der Bau doch stehen bleibe und dahinter Gebäude für das Außenministerium errichtet werden, berichtet die *taz*.<sup>784</sup> Dessen ungeachtet fordere Außenminister Klaus Kinkel weiter den Abriss des Staatsratsgebäudes. Kinkel bestehe auf einem Büro mit Blick auf den gerade umgetauften ‚Schlossplatz‘, habe ein Beamter des Außenministeriums erklärt. „Es gehe nicht an, dass der Außenminister im Hinterhof des Staatsrats residieren müsse.“<sup>785</sup> Die nachhaltige Weigerung Berlins, das Relikt

---

<sup>777</sup> Vgl. Heimatkunde für Neuteutonia. Senatsbaudirektor Hans Stimmann und Kunsthistoriker Heinrich Klotz über die Berliner Stadtarchitektur. In: *Der Spiegel* Nr. 42, 17.10.1994, S. 48-59.

<sup>778</sup> Ebd.

<sup>779</sup> Ebd.

<sup>780</sup> Vgl. Weiland, Severin: Marx und Engels weichen den Junkern. Das Areal vor dem Palast der Republik heißt erstmals Schlossplatz. In: *taz*, 17.11.1994, S. 21.

<sup>781</sup> Ebd.

<sup>782</sup> Vgl. Funke, Rainer: Ein Schlossplatz da, wo kein Schloss ist. In: *ND*, 17.11.1994, S. 17.

<sup>783</sup> Ebd.

<sup>784</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Kein Blick für Kinkel auf den Schlossplatz. Neue Pläne des Architekten Bernd Niebuhr sehen vor, das Staatsratsgebäude zu erhalten. Kinkel fordert weiter Abriss. In: *taz*, 21.11.1994, S. 21.

<sup>785</sup> Ebd.

des sozialistischen Städtebaus abzutragen, werde in Bonn, so die Drohung, gar als Umzugshemmer interpretiert, meint die *taz*.

Die Ablösung der Bundesbauministerin Schwaetzer durch Klaus Töpfer<sup>786</sup> im Dezember 1994 und seine Ankündigung, den Regierungsumzug zu beschleunigen, scheint auch Veränderungen in der Hauptstadtplanung zu bedeuten. Die *taz* fragt Bausenator Hassemer in einem Interview nach seiner Einschätzung. Bei der Frage des Umgangs mit dem Palast der Republik und dem Staatsratsgebäude solle man vor „allem ehrlich sein“ und sich nicht vor Entscheidungen drücken, sagte Hassemer in der *taz*.<sup>787</sup> Er habe bisher von den zuständigen Bauministern sowohl der Bundesregierung als auch des Berliner Senats keine Anhaltspunkte gehört, dass eine Asbestsanierung denkbar wäre ohne die vollständige Entkernung des Palastes. Für den Wiederaufbau des entkernten Stahlgerüsts gebe es aber angesichts der städtebaulichen Problematik des Palastes keine sinnvolle Begründung. Daher müsse man den politischen Mut haben, den Abriss zu entscheiden. Die Situation, das Gebäude zu haben und es in keiner Weise nutzen zu können, sei nicht zu vertreten.<sup>788</sup>

Noch im Dezember berichtet die *taz*, dass die Sprinkleranlage, Heizung und der Strom im Palast abgestellt werden sollen.<sup>789</sup> Dies würde das „Aus“ für die Bausubstanz bedeuten, vermutet die Zeitung. Um das zu verhindern, habe sich die Bürgerinitiative „Macht den Palast auf“ gegründet. Experten für Städtebau, Kunstgeschichte und Asbestsanierung hätten sich schon lange für den Erhalt des Palastes ausgesprochen, doch das habe wenig bewirkt, weiß die *taz*. „Gesunder Aktionismus“ wie ein „Tag der offenen Tür“ im Palast bringe möglicherweise mehr.<sup>790</sup>

Auf einer Pressekonferenz von Töpfer in Berlin kurz vor Jahresende wurde zwar der schnelle Umzug der Regierung bekräftigt, aber über die Zukunft des Palastes wurde weiterhin nichts konkretes vermeldet. Im Unterschied zum Staatsratsgebäude sei die Zukunft des Palastes der Republik weiterhin offen, schreibt die *taz* daraufhin.<sup>791</sup> Das Gebäude spiele im Terminplan des Regierungsumzugs keine Rolle, habe Töpfer gesagt. „Dennoch wäre es sinnvoll, für diese zentrale Stelle Berlins bald zu einem Nutzungskonzept – und damit zu einer Entscheidung über Abriss oder Erhalt zu gelangen.“<sup>792</sup> Der Palast belaste den Steuerzahler jährlich mit 2,5 Millionen Mark an Unterhaltskosten. 1995 müssten zusätzlich 500.000 Mark investiert werden, damit das seit 1991 leer stehende Haus nicht verfalle, schreibt die *taz*.

Das politische Geschehen 1994 fokussierte sich uneingeschränkt auf die Bundestagswahl. Markante Aussagen zur Zukunft des Palastes wurden daher auf Bundesebene nicht getroffen. Daher kreiste die Debatte bis zum Spätsommer um die Frage, ob und wie man das ebenfalls asbestverseuchte ICC mit dem Palast vergleichen könne und um die Wirkung der Schloss-Attrappe. Für die *taz* blieb die Attrappe ein totaler Flop, die *FAZ* hingegen sah in ihr einen großen Erfolg. Die knappen Bundesmittel hatten letztlich zur Folge, dass für die Unterbringung der Bundesministerien hauptsächlich bereits bestehende Bauten genutzt werden sollten. Weit reichende Baumaßnahmen in der Berliner Mitte waren damit gestrichen.

---

<sup>786</sup> Klaus Töpfer (CDU) war von 1987 bis 1994 Bundesumweltminister und von 1994 bis 1998 Bundesbauminister.

<sup>787</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Den Palast der Republik abreißen. Bausenator Volker Hassemer im *taz*-Interview: Nach der Ernennung Klaus Töpfers zum Bauminister muss Berlin seine Ansprüche für neuralgische Punkte des Regierungsumzugs zum Teil neu formulieren und durchsetzen. In: *taz*, 08.12.1994, S. S. 23.

<sup>788</sup> Vgl. ebd.

<sup>789</sup> Vgl. Maassen, Doris: Notfalls mit Mundschutz in den Palazzo Prozzo. Die Bürgerinitiative „Macht den Palast auf“ will einen Tag der offenen Tür. In: *taz*, 17.12.1994, S. S. 28.

<sup>790</sup> Vgl. ebd.

<sup>791</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Klaus Töpfer ist (fast) ein Berliner. Bundesbauminister schwenkt nach Besichtigungstour auf Umzugslinie des Senats ein. Zeitplan für Umzug wird eingehalten. DDR-Außenministerium soll im ersten Halbjahr 1995 abgerissen werden. In: *taz*, 31.12.1994, S. S. 27.

<sup>792</sup> Ebd.

Erst nach der Bundestagwahl, die am 16. Oktober 1994 nur knapp von der bestehenden Regierungskoalition aus CDU/FDP gewonnen worden war, erhielt der Schlossplatz seinen alten Namen zurück – was von der Opposition als undemokratisch und rückwärtsgewandt bezeichnet wurde. Die Grünen kehrten als dritte Kraft in den Bundestag zurück, die PDS zog mit Hilfe von drei Direktmandaten ein. Die bürgerliche Regierung stand somit auf Bundesebene einer starken linken Opposition gegenüber.

### 3.6. 1995: Berlin wählt – keine Entscheidung auf dem Schlossplatz

Gleich im Januar berichtet die *taz* über ein Indiz für eine bevorstehende Bebauung. Seit Dezember orteten Fachleute im Auftrag des Archäologischen Landesamtes die Fundamente des früheren kurfürstlichen Schlosses auf dem Schlossplatz. 75 Prozent der Untersuchungen seien bereits abgeschlossen, bis Mitte März hoffe man mit den Daten einen genauen Lageplan der Schlossanlage sowie des ehemaligen Dominikanerklosters und der Stadtmauer auf dem Cöllnischen Werder zeichnen zu können.<sup>793</sup> Ungeklärt sei noch die Frage, wer die Kosten für die Ausgrabungen übernehmen werde; wenn es „rechtzeitig vor der Bebauung“ keine Mittel dafür gibt, werde das „historische Erbe“ verloren gehen. Solchermaßen aufgeschreckt von der Dynamik, mit der Bauminister Töpfer den Umzug der Regierung nach Berlin organisiert, empfiehlt die *taz*<sup>794</sup> eine „enge Eskorte“ für den Mann.<sup>795</sup> Die Taten des „Umzugsmanagers“ Töpfer seien spektakulär, aber zugleich gefährlich für die Stadtentwicklung, atmeten sie doch den „Geist des Machens“. „Wenn einzig die Entscheidungen zählen und nicht mehr die Entscheidungsfindung transparent gemacht wird, bleibt am Ende die böse Überraschung“<sup>796</sup>, orakelt die *taz*.

Über den Abriss des Palastes kreuzen Ende Januar erneut zwei Berliner Politiker die Klängen, wie die *taz* meldet. Hassemer habe sich für den Abriss noch 1995 ausgesprochen<sup>797</sup>; umgehend widersprochen wurde ihm allerdings von Bausenator Nagel, der eine Teilnutzung des Gebäudes anregte.<sup>798</sup>

Zur Nutzung des Palastes tendierte auch der Berliner SPD-Fraktionschef Klaus Böger in einem Interview.<sup>799</sup> Angesprochen auf die Planungen in Mitte erklärte Böger, er wolle kein Regierungsviertel, in dem ab 20 Uhr nur noch Schäferhunde und Wachdienste zu sehen seien. „Wir wollen auch Zeit gewinnen, etwa bei der Frage des Palastes der Republik. Einfach die Abrissbirne zu schwingen ist kein Konzept.“<sup>800</sup> Zur Nutzung sagte er: „In der Mitte der Mitte muss ein Ort der Kommunikation sein – nicht für Ministerialräte, sondern für die Bevölkerung und gesellschaftliche Gruppen. Im Palast sind Theatersäle und Bibliotheken denkbar, der leerstehende Bau könnte ein Berliner Centre Pompidou werden.“<sup>801</sup>

Als eine „reichlich indiskrete“ Veranstaltung bezeichnet das *ND* eine Bonner Ausstellung der Berliner CDU über ein städtebauliches Modell der Mitte.<sup>802</sup> Dort sei der Palast nämlich nicht mehr zu sehen. Statt dessen sei dort ein „Stadthaus“ genannter „Klotz“ in den Maßen des Schlosses modelliert. Sollte Bonn noch vor den Berliner Wahlen am 22. Oktober 1995 den

---

<sup>793</sup> Vgl. Hamilton, Tanja: Preußentum auf der Spur. Im Auftrag des Archäologischen Landesamtes sucht eine Privatfirma unter dem Schlossplatz nach den Spuren der Preußenresidenz. Ausgrabungen sind geplant. In: *taz*, 18.01.1995, s. S. 20.

<sup>794</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Umzugsmanager Töpfer. Berlin im Handstreich. In: *taz*, 19.01.1995, s. S. 21.

<sup>795</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Klare Unklarheiten. Der Töpfer-Plan beschleunigt zwar die Hauptstadtplanung, aber hinterlässt so einige offene städtebauliche Fragen. In: *taz*, 19.01.1995, s. S. 22.

<sup>796</sup> Ebd.

<sup>797</sup> Vgl. Hassemer, Palast der Republik abreißen. In: *taz*, 23.01.1995, s. S. 22.

<sup>798</sup> Vgl. Nagel: Nein zum Abriss. In: *taz*, 26.01.1995, s. S. 26.

<sup>799</sup> Vgl. Wildt, Dirk: Bonner Hände schützen den Palast. Entscheidung über Abriss des Palasts der Republik wird vertagt. Töpfer hat neue Pläne zum „Regierungsverkehr“. In: *taz*, 06.02.1995, s. S. 21.

<sup>800</sup> Ebd.

<sup>801</sup> Ebd.

<sup>802</sup> Vgl. Rex, Wolfgang: In Bonn ist der Palast der Republik schon abgerissen. In: *ND*, 09.02.1995, s. S. 05.

Abrissbeschluss veröffentlichen, würde die CDU fünf bis zehn Prozent Stimmen verlieren, meint das *ND*.

Über eine „endgültige“ Entscheidung über den Palast der Republik, die am 6. Februar 1995 fallen solle, berichtet die *FAZ*. Um die dadurch neuerlich aufbrausende Debatte anzuheizen, beginnt die *FAZ* mit einem Artikel<sup>803</sup> von Andreas Tönnesmann, der für den Erhalt des Palasts plädiert. Tönnesmann stellt zunächst fest, dass die vielen Spitznamen für den Palast seine Popularität – zumindest bei den Ostberlinern – bewiesen. Dort – also im Osten – wolle „kaum jemand“ das Gebäude missen. Die Ursache dafür sei allerdings nicht „nur“ eine modische DDR-Nostalgie, sondern der Umstand, dass damals der Palast praktisch keine Zugangsbeschränkungen hatte. Im folgenden vergleicht Tönnesmann die Asbestproblematik des Palasts mit der des ICC, um festzustellen, dass der Asbest einen Abbruch nicht legitimiere. Das Schicksal des Palasts sei ungewiss, da die „politisch Zuständigen“ einen Entwurf des Architekten Bernd Niebuhrs bevorzugten. Die wuchtigen Neubauten von Niebuhr sprächen den DDR-Bauten jedes Lebensrecht ab, obwohl in diesen funktional nichts passieren solle, was der Palast nicht mit Leichtigkeit leisten könnte. Für Tönnesmann besteht der Kern der Diskussion nicht so sehr im Politischen, sondern in der Frage nach dem „Denkmalwert“ des Palasts.<sup>804</sup> Diesen zu ermitteln sei aber deshalb so schwierig, weil noch nicht genügend Zeit vergangen sei. In dem folgenden Teil seines Beitrags referiert Tönnesmann die Entstehungsgeschichte des Palasts und setzt ihn mit anderen Bauten in Ost und West in Verbindung. Der Palast sei aus einer „Ideenkonkurrenz“ zwischen BRD und DDR entstanden – er sollte die Antithese des 1973 begonnenen Umbaus des Bonner Bundestags verkörpern.<sup>805</sup> Gleichwohl gibt Tönnesmann zu, dass der Bau architektonisch missraten sei. Der Entwurf sei zu „kleinlich“ geblieben, um mit den Meisterwerken der Klassischen Moderne Schritt halten zu können. Die langgestreckte Glasfront verunkläre das „dialektische Spannungsverhältnis der Raumanordnung.“ Und die Innenausstattung sein geradezu „peinlich“ und „banal“ und verbreite den Hotelkettenflair der 1970er Jahre. Trotz dieses vernichtenden Urteils möchte Tönnesmann seinen Befund nicht als Argument für den Abriss verstanden wissen. Denn der Bau mit seiner diffusen westlichen Formensprache sei ein „Geschichtszeugnis“ für den Versuch der DDR-Führung gewesen, den allgemeinen nach Westen orientierten Konsumbedürfnissen wenigstens optisch entgegen zu kommen. Der Palast avancierte so zum „Hoffnungsträger“. Da er die Hoffnungen aber nicht erfüllen konnte, mündete schließlich die Enttäuschung darüber in der Wende von 1989.<sup>806</sup> Tönnesmann verheddert sich in seiner abenteuerlichen Argumentationskette. Denn der Palast war ja – wie seine Verteidiger nicht müde werden zu betonen – ausgerechnet ein Ort, an dem der Konsum nicht nur optisch, sondern auch physisch befriedigt wurde. Vielleicht schwächte deshalb Tönnesmann seine Argumentation am Ende deutlich ab, indem er erklärt, man müsse es „künftigen Generationen“ überlassen, ob sie dieses Denkmal gleichsam der enttäuschten Konsumhoffung noch behalten wollten. Wer diese Generation sein solle, etwa der Vereinigungsjahrgang 1990, bleibt unklar.

Wenige Tage später beruft sich Tilman Buddensieg in einem Artikel<sup>807</sup> der *FAZ* auf Tönnesmann und erklärt, warum man den Palast abreißen müsse. Es müsse eine rationale Ebene der Bewertung gefunden werden, nostalgische Erinnerungen und Sentiment dürften keine Beachtung finden, meint Buddensieg. Und diese rationale Ebene sei eine vergleichende Architekturgeschichte, in der die Bauten „Reflexionsebene der Geschichte“ zu sein haben.<sup>808</sup>

<sup>803</sup> Vgl. Tönnesmann, Andreas: Sozialismus mit Wärmeschutz. Erhalten oder Zerstören: Zur neuerlichen Debatte um den Denkmalswert des Palastes der Republik. In: *FAZ* Nr. 27, 01.02.1995, s. S. 27.

<sup>804</sup> Vgl. ebd.

<sup>805</sup> Vgl. ebd.

<sup>806</sup> Vgl. ebd.

<sup>807</sup> Vgl. Buddensieg, Tilman: Monotone Klotzigkeit. Warum der Palast der Republik abgerissen werden sollte. In: *FAZ* Nr. 30, 04.02.1995, s. S. 27.

<sup>808</sup> Vgl. ebd.

Während Buddensieg beispielsweise dem Staatsratsgebäude eine Reflexion zugesteht und sich für seinen Erhalt stark macht, sieht er in dem Palast der Republik nur einen „plumpen Nachbarn“ von Dom und Marstall. Den von Tönnemann freigelegten Stammbaum der Gewerkschafts- und Parteibauten lässt Buddensieg nicht gelten. Der Palast sei kein Bau gewesen, in dem sich eine künstlerische Avantgarde und ein breites Spektrum linker gesellschaftlicher Kräfte gebündelt habe.<sup>809</sup> Dem Bau gehe daher jede „innovative Originalität“ – und somit der für seinen Erhalt entscheidende Faktor – ab. Doch Buddensieg belässt es nicht bei seiner architektonischen Kritik, denn diese Frage sei eine rein akademische. Die „entscheidende Dimension“ sei die, dass der Palast die Zukunft der „sozialistisch usurpierte Stadtmitte“<sup>810</sup> blockiere. Die Berliner Innenstadt sei nämlich jenseits der Linden schuldhaft zerstört worden. Buddensieg untermauert seine Feststellung mit Aussagen des DDR-Architekten Henselmann. Demnach sei ganz bewusst die kapitalistische Struktur der historischen Stadt durch Bauten einer neuen Epoche ersetzt worden. Es sollte eine Freund-Feind-Beziehung in der Ikonologie des Bauens geschaffen werden. Im weiteren referiert Buddensieg weitere Ziele sozialistischer Stadtplanung und erklärt am Ende seines Ausflugs in die Theorie, für „[...] solche sozialistischen Stadtvorstellungen gibt es im wiedervereinigten Berlin keine Zukunft.“<sup>811</sup> Ein entgiftendes Herumflicken an dem Bau, um ihn doch noch irgendwie zu erhalten sei überflüssig. Einer Wiedererrichtung des Stadtschlusses redet Buddensieg allerdings nicht das Wort. Erst wenn der Platz wieder frei sei von Palast und DDR-Außenministerium, könne ein richtiger Wettbewerb ausgeschrieben werden. Am Ende seines Beitrags verweist Buddensieg noch auf zahlreiche Bauten, ganze Straßenzüge und Vorstädte aus der Zeit der DDR, die bleiben würden. Den in der Schlossplatzdebatte oft vernommenen Vorwurf, man lösche das Gedächtnis der DDR, scheint er damit entgegnet zu wollen.

In der gleichen Ausgabe und auf der gleichen Seite der *FAZ* schreibt Friedrich Dieckmann<sup>812</sup> für den Erhalt des Palasts der Republik. Dieckmann wurde 2001 Mitglied der internationalen Expertenkommission, die 2002 in einer knappen Abstimmung für den Wiederaufbau der Schlossfassade stimmte. Auch Dieckmann streift noch einmal die üblichen Argumentationsebenen: 1. die technische mit dem Verweis auf die Asbestverseuchung, 2. die ästhetische, mit dem Hinweis auf das unmenschlichere ICC, 3. die der politischen Symbolik. Hier verharret Dieckmann. Man wolle den Palast weghaben, weil er einen vergangenen Staat symbolisiere. Diese Argumentation sei schief und rutschig, also falsch, weil in gleicher Weise der Abriss des vormaligen Hohenzollernschlusses stattgefunden habe.<sup>813</sup> Die Identifikation von staatsüberdauerndem Bauwerk (Schloss und Palast) sei nun genauso „cholerisch-naiv“ wie 1950, als man das „zentrale Staatsbauwerk der preußischen Monarchie“<sup>814</sup> zerstörte. Denn der Machtbezug von Bau und Staat habe sich inzwischen verflüchtigt, wie auch schon 1950 die Hohenzollern. Doch die Symbolargumentation, so Dieckmann, führe in die Irre. Denn der Palast sei aus einer Intention von Reformen entstanden, wie bereits Tönnemann in seinem Beitrag erklärt habe. Der Palast sei nicht einmal besonders politische gewesen, so Dieckmann, denn die alle fünf Jahre stattfindenden Parteitage seien von der Bevölkerung eher als „Betriebsstörung“ angesehen worden. Auch habe die Staatsführung die Außenbühne nur einmal genutzt. Allerdings – und hier lädt Dieckmann den Bau doch wieder politisch auf – sei der Bau in der Wendezeit zu politischem Leben erwacht, als nämlich die Vereinigung hier beschlossen wurde und das Haus tatsächlich zu einem Volkshaus geworden sei. Nun wolle

---

<sup>809</sup> Vgl. ebd.

<sup>810</sup> Ebd.

<sup>811</sup> Ebd.

<sup>812</sup> Vgl. Dieckmann, Friedrich: Ein wahres Volkshaus. Warum das umstrittenste Bauwerk der DDR erhalten bleiben sollte. In: *FAZ* Nr. 30, 04.02.1995, S. 27.

<sup>813</sup> Vgl. ebd.

<sup>814</sup> Ebd.

man das Gebäude abreißen und etwas errichten, das von der Nutzung her keinen Unterschied zum Palast darstelle. Dickmann denkt hierbei nicht an das Schloss, sondern befürchtet eine Kongresshalle, die zudem architektonisch nicht besser sein müsse als der Palast. Da ein solcher Neubau enorme Summen verschlänge, sei jedes Spargebot des Staates eine Farce. Hier kommt er also noch auf eine weitere Ebene zu sprechen, nämlich die der Finanzen. Bemerkenswert an dem Artikel ist, dass Dieckmann die Wiedererrichtung des Stadtschlusses nach dem „Kulissenzauber des Herrn von Boddien“<sup>815</sup> für erledigt hält. Zwar vermutet er unter den Abrissbefürwortern solche, die das Schloss wiederhaben wollten. Diese aber brächten für ihr Sehnen nicht den Mut auf. Es gehe also nicht um das Schloss, sondern um die Ersetzung des Palasts durch einen Koloss. Dieckmann meint damit den Bau des Architekten Bernd Niebuhr, der bei dem sogenannten Spreepinsel-Wettbewerb von 1994 preisgekrönt wurde. Dass Dieckmann die Schlossrekonstruktion in einem Satz abtut, zeigt eine fatale Fehleinschätzung der Lage. Der Artikel insgesamt deutet darauf hin, dass Dieckmann – zumindest 1995 – ein erklärter Gegner der Schlossrekonstruktion gewesen ist, sein Votum gegen dessen Wiederaufbau als Mitglied der Expertenkommission scheint daher wahrscheinlich.

Über die Initiative „Macht den Palast auf“ veröffentlicht die *taz* Demo-Koordinaten<sup>816</sup> und vor der anberaumten Abrissentscheidung stellt die *taz* fest, die Chancen für den Bau hätten sich erheblich verbessert, da Töpfer „nachdenklich“ geworden sei.<sup>817</sup> Auch technisch sei inzwischen klar, dass eine Asbestsanierung problemlos durchzuführen sei, so die *taz*.

Zwei Tage nach der feuilletonistischen Offensive in der *FAZ* wird deutlich, wieso sie stattfand: Es wird einmal mehr das Ende der Diskussion verkündet. In der Leitglosse<sup>818</sup> der *FAZ* wird der Palast als Hindernis bezeichnet. Der Artikel erscheint nicht zufällig auf Seite eins. Am gleichen Tag soll der von Bund und Land Berlin gebildete Ausschuss zur Hauptstadtplanung den Abriss des Palasts der Republik erörtern, bevor dann in der Ex-Bundeshauptstadt Bonn eine „endgültige“ Entscheidung fallen soll. Kernpunkt der Glosse ist die Feststellung, der Palast sei so oder so „tot“.<sup>819</sup> Denn in der „kulinarischen Wüste namens DDR hatte es einen gewissen Sinn, eine Oase anzulegen, in der es zuzuging `fast wie im Westen`“. <sup>820</sup> Da aber inzwischen der Westen überall sei, brauche man kein „zentralistisch geplantes Vergnügungszentrum“<sup>821</sup>. Auch die Nutzung als Bibliothek sei kein Argument für seine Erhaltung, bestritten doch selbst seine Befürworter nicht dessen architektonische Mittelmäßigkeit. Am Ende der Glosse bemüht sich der Verfasser um weitere Argumente. Der Palast befände sich an der „prominentesten Stelle Deutschlands“<sup>822</sup>, im Herzen der Hauptstadt Berlin, und bedecke eine Teil der Fläche, auf dem sich das Stadtschloss erhob. Berlin fehle ein „architektonischer Abschluss des Lustgartens durch eine Gebäude in Schloss-Dimension.“<sup>823</sup> Nur dann könne sich diese „urbanistische Wunde“ schließen, die der Palast künstlich offen halte. Alles Argumente, die in keiner Weise zwingend sind. Der Lustgarten könnte ja auch durch eine Weiterführung der Grünfläche erweitert und abgeschlossen werden. Auch das schräge Zulaufen der Linden auf den Platz muss keine „urbanistische Wunde“ sein. Ganz anders sieht es die *taz*, die inzwischen „schützende Bonner Hände“ über dem Palast ausgemacht hat.<sup>824</sup> Die Berliner SPD tendiere inzwischen mehrheitlich zum Erhalt des Baus,

---

<sup>815</sup> Ebd.

<sup>816</sup> Vgl. Gut zu wissen. Offene Palast-Tür. In: *taz*, 02.02.1995, s. S. 22.

<sup>817</sup> Vgl. Maassen, Doris: Palast der Republik: Schwindende Abrisswut. In: *taz*, 04.02.1995, s. S. 27.

<sup>818</sup> Vgl. Der Palast ist im Wege. In: *FAZ* Nr. 31/6 06.02.1995, s. S. 01.

<sup>819</sup> Vgl. ebd.

<sup>820</sup> Ebd.

<sup>821</sup> Ebd.

<sup>822</sup> Ebd.

<sup>823</sup> Ebd.

<sup>824</sup> Vgl. Wildt, Dirk: Bonner Hände schützen den Palast. Entscheidung über Abriss des Palasts der Republik wird vertagt. Töpfer hat neue Pläne zum „Regierungsverkehr“. In: *taz*, 06.02.1995, s. S. 21.

aber auch FDP-Politiker hätten sich für den Erhalt des „wichtigen Stücks deutscher Nachkriegsgeschichte“ ausgesprochen. Einzig die Berliner CDU fordere geschlossen den Abriss des Palastes. Für die „unverzügliche Sanierung“ des asbestbelasteten Palastes der Republik habe sich der Landesvorsitzende der Berliner FDP, Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt, ausgesprochen. Seiner Meinung nach müsse der Palast erhalten und in den zu errichtenden Gebäudekomplex integriert werden, meldete die *taz*.<sup>825</sup> Der Abriss wird verschoben, ist das Ergebnis des Gemeinsamen Ausschusses Bund/Berlin, aber in keiner Weise aufgehoben. In dem Beschluss, den die *taz* zitiert heißt es: „An dieser bedeutendsten Stelle der Bundeshauptstadt soll künftig eine multifunktionale Nutzung vorgesehen werden, die die föderale Vielfalt der Bundesrepublik in einem sich einigenden, *Weltoffenen* Europa widerspiegelt.“<sup>826</sup> Töpfer habe „große Bedenken“, ob der Palast diese Funktion erfüllen könne, schreibt die *taz* weiter und konterkariert damit ihre bisherigen Vermutungen.

Die Initiative „Tanzt den Palast asbestfrei“ plane eine Aktion, zu dessen Teilnahme die *taz* ihre Leser Anfang Februar aufruft.<sup>827</sup>

Jens Reich erklärt in der ZEIT, wie der Palast von den Bürgern angenommen wurde und warum er ihn für einen „architektonischen Zombie“ hält.<sup>828</sup> Der Ort habe eine „hohe Konzentration Staatssicherheit abgedampft“, die Bedienung sei „hochnäsig, erzieherisch“ gewesen und für Karten musste man sich lange vorher anmelden. Er sei frei von positiven Emotionen, aber auch frei von „Vernichtungswut“. Die Schlossattrappe habe gezeigt, wie schön die Mitte war – und dass ein Wiederaufbau als „paradoxe, postmoderne Firlefanzeffekt“ unmöglich sei. „So steht der Palazzo Prozzi als architektonischer Zombie mitten in Berlin. Ihn abzureißen wagt keiner, weil der Trotz seiner ‚Erbauer‘ in Hass umzuschlagen droht. Ihn sinnvoll zu verwenden ist offenbar [...] unmöglich.“<sup>829</sup>

Im Februar widmet der *Spiegel* der „Megastadt Berlin“ die Titelstory und erklärt in einem ersten Artikel, mit welcher Dynamik die Stadt sich entwickle.<sup>830</sup> Über die Gefahren einer gigantischen Pleite wird verwiesen, ohne allerdings direkt auf die Planungen auf dem Schlossplatz einzugehen.

Anders als beim Palast sei der Abrisstermin für das DDR Außenministerium für den Mai festgeschrieben, schreibt die *taz*.<sup>831</sup> noch im Februar. Allerdings sei auch hier die weitere Nutzung unklar, wie auch eine etwaige Rekonstruktion der Bauakademie. Es komme nun darauf an, für das bundeseigene Grundstück ein bauliches und inhaltliches Konzept zu finden. Der Bund, das Land Berlin, jeder Stifter und Spender sei aufgerufen, Ideen für eine neue Nutzung der Bauakademie zu entwickeln – erst danach könne die Finanzierung geklärt und ein Bebauungskonzept erarbeitet werden.<sup>832</sup>

Eine Klage gegen die Namensgebung „Schlossplatz“ meldet die *taz*.<sup>833</sup> im März. Der Kläger machte geltend, dass die Umbenennung „zwangsläufig eine positive Würdigung der Monarchie und der Hohenzollern“ sei. Die Richter befanden jedoch, der Mann habe kein Klagerecht, weil er nicht Anwohner des umbenannten Platzes sei.

---

<sup>825</sup> Vgl. Rexrodt für Palast. In: *taz*, 07.02.1995, s. S. 22.

<sup>826</sup> Vgl. Arbeiterpalast. Abriss unbestimmt. In: *taz*, 08.02.1995, s. S. 05.

<sup>827</sup> Vgl. Tanzt den Palast der Republik asbestfrei! In: *taz*, 11.02.1995, s. S. 33.

<sup>828</sup> Vgl. Reich, Jens: Der Palast der Republik – ein architektonischer Zombie – keiner wagt ihn abzureißen. Die Illusion eines Schlosses. In: DIE ZEIT Nr. 08, 17.02.1995, s. S. 19.

<sup>829</sup> Ebd.

<sup>830</sup> Vgl. „Von New York lernen“. In: Der *Spiegel* Nr. 08, 20.02.1995, s. S. 42-56.

<sup>831</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Kommt Schinkels „Roter Kasten“? Für die frühere Bauakademie gibt es noch kein Bau- und Nutzungskonzept. In: *taz*, 24.02.1995, s. S. 22.

<sup>832</sup> Vgl. ebd.

<sup>833</sup> Vgl. Klage abgewiesen. In: *taz*, 11.03.1995, s. S. 34.

In der *FAZ* wird es derweil still um den Schlossplatz. Ein Artikel<sup>834</sup> über die rekonstruierten „Winterkammern“ in Schloss Charlottenburg geht kurz auf die unwiederbringlich verlorenen „Königskammern“ im Stadtschloss ein.

Ende März streift Frank Schirmmacher in der *FAZ* die Schlossplatzdebatte in einem Beitrag<sup>835</sup> über eine Kultur des „Nie wieder“. Deutschland und Mitteleuropa stehe seit der Wende im Zeichen der Rekonstruktion, ist sein Ausgangspunkt. Es – Europa – werde wieder sein, sagten Vaclav Havel, Gyula Horn oder Willy Brandt. Dagegen stünden die Intellektuellen und Politiker vor allem in Deutschland, die ein „Nie wieder“ propagierten. Zwischen beiden Polen changiere auch der Streit um die „[...] noch immer nicht abgeschlossene Debatte um den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses.“<sup>836</sup> Die einen wollten Berlin wieder so haben, wie es war, die anderen sagten, man dürfe die Wunde, die letztlich der Nationalsozialismus geschlagen habe, nicht vergessen machen wollen. Es handele sich hierbei, so Schirmmacher, um ein klassisches Dilemma, das vernunftmäßig nicht aufzulösen sei. Früherer Gesellschaften hätten solche Dilemmata durch Rituale und Zeitlassen abgemildert, heute fehle es besonders an Letzterem. Beispielsweise falle „in Kürze“ die Entscheidung darüber, was mit dem Palast der Republik geschehen solle. Die Entscheidung werde für lange Zeit unwiderruflich sein, warnt Schirmmacher. Ein Votum für das Schloss wird hier also nicht wörtlich gefällt, doch die Betonung der Notwendigkeit zur Rekonstruktion durchzieht den gesamten Artikel.

Ende März widmet sich die *FAZ* in ihrem 16. Teil<sup>837</sup> der Artikelserie „Hauptstadt-Prüfung“ zukünftiger Berliner Regierungsgebäude und insbesondere dem geplanten Neubau der Kuppel auf dem Reichstagsgebäude. Bartetzko hangelt sich an den geplanten Neubauten im Regierungsviertel entlang, bzw. erörtert die Bauten aus der Zeit des Nationalsozialismus, in denen auch Staatsorgane einziehen sollen, wie etwa das ehemalige Reichsluftfahrtministerium, in dem inzwischen das Bundesfinanzministerium seinen Platz bekommen hat. Den Vorwurf, in Berlin entstehe ein „Neu-Teutonia“ bzw. man könne architektonische Machtallüren erkennen, wie es sie seit 1945 nicht mehr gegeben habe, lässt Bartetzko nicht gelten. In den Neubauten, zu denen auch Niebuhrs „Stadthaus“ gezählt wird, das an der Stelle des Stadtschlusses und des Palasts entstehen solle, erkennt der Verfasser lediglich „tollpatschige Rückgriffe auf Gilly oder Schinkel“<sup>838</sup>; und der Schlossersatz werde ein Luftschloss bleiben. Ob tatsächlich das Stadtschloss wiedererstehen solle, bleibt ungesagt. Die anfängliche Skepsis, mit der Töpfers Aktivitäten in der *taz* kommentiert wurden, weichen inzwischen einem wahren Lobgesang. Auslöser ist der Beschluss des Bauministers den Staatsrat zu erhalten und selbst dort einzuziehen.<sup>839</sup> Er beende ein Kapitel „ideologischer Grabenkämpfe“ in Berlin um den Erhalt oder den Abriss des Hauses exemplarisch. „Statt nach der Vergangenheit zu fragen – oder sich darüber hinwegzusetzen – denkt der Bundesbauminister schlichtweg pragmatisch, sieht nach vorn, sucht nach Nutzungen und nach dem Vorteil für die Stadtstruktur.“<sup>840</sup> Töpfers Beschluss beinhalte eine neue Qualität im Umgang mit den Relikten des sozialistischen Städtebaus. Denn es zähle nun nicht mehr allein die Abrissbirne, die in die Bauten fliegen solle. „Nicht mehr dem absurden Akt der Befreiung durch Enthauptung sollen Opfer gebracht werden.“<sup>841</sup> Und selbst ein verschwundener

---

<sup>834</sup> Vgl. Blechen, Camilla: Wohnkultur. Die „Winterkammern“ in Charlottenburg. In: *FAZ* Nr. 62, 14.03.1995, s. S. 38.

<sup>835</sup> Vgl. Schirmmacher, Frank: Deutsch. Die Kultur des „Nie wieder“. In: *FAZ* Nr. 71, 24.03.1995, s. S. 41.

<sup>836</sup> Ebd.

<sup>837</sup> Vgl. Bartetzko, Dieter: Hauptstadt-Prüfung (16). Das Kuppel-Karussell. Berlins Regierungsviertel: Geschichte als Last. In: *FAZ* Nr. 74, 28.03.1995, s. S. 41.

<sup>838</sup> Ebd.

<sup>839</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Umzugsbehörde zieht ins Staatsratsgebäude. Staatsratsgebäude wird modernisiert und genutzt Entscheidung über Kanzleramt fällt Kohl nach Ostern. In: *taz*, 07.04.1995, s. S. 21.

<sup>840</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Klaus Töpfer und der Staatsrat. Grabenkriege beendet. In: *taz*, 07.04.1995, s. S. 21.

<sup>841</sup> Ebd.

Stadtgrundriss oder die Prinzipien der Rekonstruktion dürften ihr „zweifelhaftes Recht“ nicht einfordern. Vielmehr zähle statt der Bilderstürmerei etwas anderes, nämlich das Bestehende. Die Töpfer-Worte könnten darum auch wegweisend sein für den weiteren Umgang mit dem Palast der Republik, dessen Asbestproblem ein bloß politisches sei, meint die *taz*.

Anfang Mai meldet die *taz* die Forderung ehemaliger Palast-Mitarbeiter nach einer Teilöffnung des Gebäudes zum 3. Oktober 1995.<sup>842</sup> Damit solle am 5. Jahrestag der Wiedervereinigung ein Zeichen der Versöhnung zwischen Ost und West gesetzt werden, so die *taz*.

Im gleichen Monat kommt es zu einer ersten eingreifenden baulichen Veränderung in unmittelbarer Nähe des Schlossplatzes: das DDR-Außenministerium wird abgetragen; der Rückbau soll voraussichtlich bis Oktober 1995 dauern. „Es gibt in Berlins Zentrum wohl kein anderes Gebäude, über dessen Abriss eine so weitreichende Übereinstimmung zwischen Bürgern und Fachleuten besteht“<sup>843</sup>, zitiert die *taz* Bausenator Nagel.

Gleiches meint auch die ZEIT in einem Beitrag über den „letzten Tag“ des DDR-Außenministeriums.<sup>844</sup> Dort heißt es: „Wenn die Schachtel des Außenministeriums, die vor die Blickachse der historischen Mitte geschoben wurde, verschwunden sein wird, werden die Maßstäbe wiederkehren. Dann wird sichtbar, wie unversöhnlich der Palast der Republik im Streit liegt mit allen anderen Gebäuden um ihn herum.“<sup>845</sup>

Am 6. Mai 1995 tagt der Gemeinsame Ausschuss Bund/Berlin. Die *JW* meint in einem Artikel am gleichen Tag, auf der Sitzung werde es ein „reges Hauen und Stechen“ geben, wenn die Frage erörtert werde, was denn mit dem Palast geschehen solle.<sup>846</sup> Das von der CDU geführte Ressort Stadtentwicklung wolle den Palast beseitigen, der Bausenator Nagel (SPD) sei dagegen. Bundesbauminister Töpfer werde nicht müde zu erklären, dass „alle Varianten“ geprüft würden. „Über das Schicksal des DDR-Prunkbaus entscheide das Nutzungskonzept, erklärte die Pressereferentin aus dem Bauministerium mehrmals auf Nachfrage. Aber wessen Nutzungskonzept soll wen eigentlich überzeugen?“<sup>847</sup> Die meisten Berliner wollten den Palast erhalten, schreibt die *JW* und wiederholt die Zahlen des Artikels vom März 1994. Dass es angesichts dieser Situation zu einer sachlichen Lösung kommen werde, dürfe bezweifelt werden. Nicht schlecht sei es daher, das Problem zu vertagen und späteren Generationen zu überlassen.<sup>848</sup>

Als „altberliner Nostalgiker“ und „Neupreußen“ bezeichnet die *taz* die Mitglieder der „Gesellschaft Historisches Berlin“, die in einem „Bürgerbegehren für die historische Mitte Berlins“ Unterschriften sammelten. Häuser aus den Zeiten des sozialistischen Städtebaus gehörten nach ihrer Ansicht ebenso abgerissen wie die ersten Neuplanungen an der Straße Unter den Linden. „Die gute alte Zeit mit Stadtschloss und Rumtata soll wieder in die Berliner Mitte einziehen. Jawoll!“<sup>849</sup>, spottet die *taz*.

Man wolle sich nicht vorwerfen lassen, man habe nur geredet und nichts konkretes beigetragen, schreibt die *taz* über ein Nutzungskonzept der Initiative „Macht den Palast auf“.<sup>850</sup> Die zentrale Idee des Diskussionsangebots der Bürgerinitiative gehe davon aus, die

---

<sup>842</sup> Vgl. Palast-Befürworter fordern Teileröffnung. In: *taz*, 02.05.1995, s. S. 23.

<sup>843</sup> Vgl. Klaaßen, Lars: Sag zum Abschied leise servus. Das DDR-Außenministerium wird abgerissen. Besichtigungen sind noch möglich. Schinkels Bauakademie soll wiedererstehen. Wandbilder bleiben erhalten. In: *taz*, 06.05.1995, s. S. 36.

<sup>844</sup> Vgl. Hartung, Klaus: Der letzte Tag. In: DIE ZEIT Nr. 20, 12.05.1995, s. S. 17.

<sup>845</sup> Ebd.

<sup>846</sup> Vgl. Krauß, Ina: Vorletztes Gefecht. Abreißen oder Erhalten: Heute soll über den Palast der Republik entschieden werden. In: *JW*, 06.05.1995, s. S. 04.

<sup>847</sup> Ebd.

<sup>848</sup> Vgl. ebd.

<sup>849</sup> Vgl. Zurück nach vorn. In: *taz*, 09.05.1995, s. S. 21.

<sup>850</sup> Vgl. Leue, Gunnar: Macht den Palast auf! Bürgerinitiative hat Vorschläge für eine leuchtende Zukunft in Erichs Lampenladen. In: *taz*, 18.05.1995, s. S.23.

einstige „Renommierhütte der DDR“ als ein öffentliches „kulturell-kommunikatives Zentrum“ in der Stadt, das noch dazu medial *Weltweit* vernetzt werde, weiterzubetreiben. „Außerdem könne es nicht zuletzt ein Ort des Dialogs zwischen Bürgern und Staat sein, da sich der Palast in unmittelbarer Nähe zu den Staatsgebäuden im Spreebogen befinde.“<sup>851</sup> Finanzieren solle das Projekt eine öffentliche Stiftung, in der neben Bund und anderen Ländern auch Berlin und der Bezirk Mitte vertreten sein sollten, schreibt die *taz*. Auch das *ND* berichtet über die Initiative sachlich, ohne andere Akzente hervorzuheben.<sup>852</sup> Erst im Mai widmet sich die *FAZ* erneut der Berliner Mitte. In seinem Beitrag<sup>853</sup> berichtet Johannes Leithäuser über die Baupläne für die Staatsorgane des Bundes und erörtert dabei auch die Rolle von Schlossplatz und Palast der Republik. Weder der Palast, noch der Schlossplatz werde von der Bundesregierung benötigt. Daher bleibe das Schicksal des „Hauptgebäudes im Berliner Zentrum, des Palastes der Republik,“<sup>854</sup> vorerst ungewiss. Erst müsse die Nutzung des Platzes geklärt werden, bevor über seine architektonische Gestaltung entschieden werde, habe der Gemeinsame Ausschuss Bund/Berlin in seiner Sitzung am 6. Februar 1995 entschieden, erklärt Leithäuser. Doch Berlin dränge den Bund auf eine Asbestsanierung – was einem Abriss gleichkomme. Bundesbauminister Töpfer, der auch zuständig für den Umzug der Regierung nach Berlin sei, habe „mehrfach Gesprächsrunden versammelt, um Ideen für die Zukunft des Platzes zu gewinnen.“<sup>855</sup> Wie diese Runden zustande kamen und wer daran teilnahm, wird nicht weiter erläutert. Am 22. Mai 1995 tagte der Gemeinsame Ausschuss Bund/Berlin erneut. Bis dahin, vermutet Leithäuser, werde Töpfer seine „Ideensammlung“ nicht zu konkreten Vorschlägen gereift haben lassen. Wie nebenbei und ohne den Tatbestand zu problematisieren, berichtet Leithäuser von der Berliner CDU, die für einen Abriss des Palastes sei und statt dessen das Stadtschloss wieder aufbauen wolle. Richtig bemerkt der Verfasser auch, dass es über eine Rekonstruktion von Bauakademie und Stadtkommandantenhaus<sup>856</sup> an Stelle des DDR-Außenministeriums Einvernehmen gebe. Als richtige Entscheidung wertet die *taz* die Ablehnung einer „Kunstwand“ im Lustgarten.<sup>857</sup> Das „Kunst-Monstrum“ soll nicht gebaut werden.<sup>858</sup> Denn nicht nur die Sicht vom Alten Museum auf den Schlossplatz habe seine Bedeutung. Friedrich Schinkel setzte mit dem weiten Raum ganz bewusst auf die „freie“ Blickbeziehung und Spannung zum damaligen Schloss. Der König sollte sich laut Schinkel dem öffentlichen Anblick des Bürgers unterwerfen. „Wenn klar ist, dass der Schlossplatz für die Öffentlichkeit bebaut und der Palast wieder genutzt wird, kann der Lustgarten vor dem Museum seine Funktion als Platz in der Stadtmitte wieder spielen: frei und offen“<sup>859</sup>, meint die *taz*. Am 23. Mai 1995 berichtet die *FAZ* in einer kurzen Meldung<sup>860</sup> von dem Ergebnis der Sitzung vom 22. Mai. Es heißt, der Gemeinsame Ausschuss Bund/Berlin habe beschlossen, die Asbestbeseitigung für den Palast europaweit auszuschreiben. Gleiches meldet die *taz*.<sup>861</sup> Nach der Sanierung werde nur noch eine Stahlgerüst von dem Gebäude übrig bleiben, habe Diepgen gesagt. Er sei nicht dafür, dass das Gebäude anschließend wieder in seiner alten

<sup>851</sup> Ebd.

<sup>852</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Palast – jetzt wird nach Konzepten gesucht. Aktionsbündnis will multikulturelles Zentrum, SPD eine Zentralbibliothek. Anhörung im Bundestag. In: *ND*, 18.05.1995, s. S. 18.

<sup>853</sup> Vgl. Leithäuser, Johannes: Hauptstadt auf Messingschildern. Die Baupläne für die Häuser der Staatsorgane in Berlin nehmen langsam Gestalt an. In: *FAZ* Nr. 116, 19.05.1995, s. S. 14.

<sup>854</sup> Ebd.

<sup>855</sup> Ebd.

<sup>856</sup> Dort befindet sich heute die Hauptstadtrepräsentanz der Bertelsmann AG.

<sup>857</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Lustgarten wird nicht verriegelt. Wieder freie Sicht. In: *taz*, 20.05.1995, s. S. 29.

<sup>858</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Kein Bus-Stop am Lustgarten. Die 15 Millionen Mark teure Kunst-Mauer vor dem Lustgarten wird nicht gebaut. Neues Konzept im Sommer. In: *taz*, 20.05.1995, s. S. 29.

<sup>859</sup> Ebd.

<sup>860</sup> Vgl. Asbest-Beseitigung im Palast der Republik beschlossen. In: *FAZ* Nr. 119, 23.05.1995, s. S. 04.

<sup>861</sup> Vgl. Palazzo Prozzo. Bleibt er oder geht er? In: *taz*, 23.05.1995, s. S. 02.

Form aufgebaut werde, betonte aber gleichzeitig, dass „noch keine Entscheidung über die künftige Nutzung des Gebäudes“<sup>862</sup> gefallen sei. Dass es sich bei der Asbestbeseitigung um eine „Abrissentscheidung auf Raten“ handle, dem widersprach auch Bundesbauminister Töpfer. Man erwarte nun die Zustimmung des Haushaltsausschusses des Bundes, der am 21. Juni 1995 tagen werde, um mit den Vorarbeiten beginnen zu können. Die Berliner CDU sei für den Abriss des Palastes, berichtete immer wieder die Presse. Diepgen war 1995 Vorsitzender der Partei. Es ist daher trotz aller Dementi schwer vorstellbar, dass Diepgen und die CDU die Asbestbeseitigung am Palast nicht als Beginn des „Rückbaus“ verstanden hatten. Als Ende des Palastes sieht die *taz* das Ergebnis der Sitzung und den Beschluss der Palastsanierung.<sup>863</sup> Denn dass am Ende das nackte Stahlgerüst wieder zum Palast aufgebaut werden würde, sei unwahrscheinlich. „Das Relikt des sozialistischen Städtebaus auf den Fundamenten des früheren Stadtschlusses war den Konservativen schon immer ein Dorn im Auge.“<sup>864</sup> Durch das Auffinden von Asbest konnte da ein Abrissbegehren nur mehr beschleunigt werden. Aus diesem Grunde sei der Streit um Erhalt, Sanierung oder Abtragung schon immer ein ideologischer gewesen, meint die *taz*.

Im Mai veröffentlicht die *Welt* eine umfassende Dokumentation aus mehreren Beiträgen über Bauten auf und um den Schlossplatz. Alle Artikel spielen auf eine Wiedererschaffung des Schlosses an und beschwören die Mitte als Symbol der neuen Republik. So heißt es in dem Hauptbeitrag, der Schlossplatz sei der Dreh- und Angelpunkt der Berliner Stadtlandschaft.<sup>865</sup> „Solange er brachliegt, ist auch das neue Berlin ein Torso. Die Art und Weise aber, in der er bebaut wird, wird über das künftige Gesicht entscheiden, das Deutschland der *Welt* zuwendet.“<sup>866</sup> Die Planungsgeschichte des Pariser Platzes habe gezeigt, „welch klägliche Ergebnisse“ die zeitgenössische Architektur geschaffen habe. Dieser Fehler dürfe nicht wiederholt werden – das Schloss müsse wieder gebaut werden. Zeitgenössisch könnte der Bau werden, wenn man mit einem Kunstgriff das in das Staatsratsgebäude eingebaute Portal IV als „nackte, unverkleidete Mauer“ belasse und so die Gewaltsamkeit zeige, mit der in die Substanz des Baus eingegriffen wurde.<sup>867</sup> Die Bauakademie, über dessen Wiedererrichtung Konsens herrsche, könnte als ein weiteres Argument gegen die Gegner von Rekonstruktionen stehen, meint die *Welt* in einem anderen Beitrag.<sup>868</sup> Die Akademie solle dort wieder errichtet werden, wo das DDR-Außenministerium stand, für das sich selbst Denkmalschützer nicht erwärmen konnten.<sup>869</sup> Ein weiterer Backsteinbau am Schlossplatz sei die Friedrichswerdersche Kirche, in der ein Schinkel-Museum untergebracht sei. Zu kritisieren sei die „sozialistische Pfuscharbeit“, mit der die DDR den Bau saniert habe, poltert die *Welt*.<sup>870</sup> Als einen „Paukenschlag“ bezeichnet die *Welt* rückblickend die Entwürfe Niebuhrs, die aber auch als „Elefantenklo“ oder „Zentralgefängnis von Atlanta“ kritisiert wurden.<sup>871</sup> In dem Kommentar, der den Einzelartikeln vorangestellt ist, wird folgerichtig ein „Zurück zum Schloss“ gefordert.<sup>872</sup> Denn alle bisherigen Vorschläge seien banal gewesen. Schlimm sei es auch, wenn einige Bundestagsabgeordnete meinten, man könne hier ein „originalgetreues

---

<sup>862</sup> FAZ Nr. 119, s. S. 04.

<sup>863</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Palast der Republik vorm Aus. Deutsche Gründlichkeit. In: *taz*, 23.05.1995, s. S.21. und: Vgl. ders.: Palast der Republik wird totsaniert. Hauptstadt-Ausschuss beschloss Asbestbeseitigung des Gebäudes. Bis auf das Stahlskelett bleibt nichts übrig. In: *taz*, 23.05.1995, s. S. 21

<sup>864</sup> Ebd.

<sup>865</sup> Vgl. Guratzsch, Dankwart: Das Zentrum der Stadt entwickelt sich zum Narbengesicht. Noch kein klares Konzept für die Gestaltung. In: Die *Welt*, 26.05.1995, s. S. 19.

<sup>866</sup> Ebd.

<sup>867</sup> Vgl. ebd.

<sup>868</sup> Vgl. Sikorski, Werner: Gefahr für Schinkels Sakralbau. In: Die *Welt*, 26.05.1995, s. S. 19.

<sup>869</sup> Vgl. Dem DDR-Außenministerium trauert niemand nach. In: Die *Welt*, 26.05.1995, s. S. 19.

<sup>870</sup> Vgl. Sikorski, Werner: Gefahr für Schinkels Sakralbau. In: Die *Welt*, 26.05.1995, s. S. 19.

<sup>871</sup> Vgl. Statt Palast: Ein Stadthaus von Bernd Niebuhr. In: Die *Welt*, 26.05.1995, s. S. 19.

<sup>872</sup> Vgl. Guratzsch, Dankwart: Zurück zum Schloss. In: Die *Welt*, 26.05.1995, S. 19.

Biotop“ des real existierenden Sozialismus für die NachWelt bewahren. „Der zentrale städtische Platz verlangt nach einer zentralen Aussage für das Ganze der Nation.“<sup>873</sup>

Im Juni meldet die *taz* eine Umfrage, wonach 40 Prozent der Berliner den Palast erhalten wollten<sup>874</sup>; 25 Prozent wollten das Stadtschloss wiederhaben, weitere 22 Prozent plädierten für eine Parkanlage auf dem Schlossplatz.

Die Skepsis über die politischen Erklärungen bezüglich der Palastsanierung teilt auch die *FAZ* in einem Beitrag<sup>875</sup> aus Anlass des Beginns der Abrissarbeiten am Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA). Der aus Anlass der bevorstehenden Asbestsanierung des Palasts nachgeschobene Versicherung, es sei „[...] keinesfalls eine Vorentscheidung über den Abriss gefallen, mag man indes nicht recht glauben.“<sup>876</sup> Denn, so Wefing, nach der Beseitigung des Asbests werde von dem Gebäude nicht mehr übrig sein, als ein „paar Bentonpfeiler, deren Niederlegung sich dann von selbst verstehen dürfte.“<sup>877</sup> In dem Beitrag wird der Schlossplatz als „wüste Fläche“ bezeichnet, die der „blindwütige Abriss“ des Stadtschlusses hinterlassen habe. Dass sich für den Erhalt des MfAA niemand einsetzte, erklärt Wefing mit der Unzugänglichkeit des Gebäudes. Es stand – anders als der Palast der Republik – dem Volk nie offen.

Zweifel an dem Neubau des Schlosses kommt in einer Glosse<sup>878</sup> der *FAZ* zum Ausdruck. Anlass ist die Installation von vier 20 Meter hohen Rotunden, die die künftige bauliche Gestaltung des Zentrums darstellen. Das für die Spreeinsel abgebildete Panorama zeige u.a. das Stadtschloss, „[...] dessen Rekonstruktion in den Sternen steht.“<sup>879</sup>

Einen Tag vor der Sitzung des Haushaltsausschusses des Bundes berichtet<sup>880</sup> die *FAZ* über einen neuen Vorstoß zur Erhaltung des Palasts der Republik. Bürgerinitiativen und Politiker von PDS und FDP hätten einen neuen Anlauf zur Rettung des Palasts unternommen. Für die Liberalen erklärte der Wirtschaftsminister und Berliner FDP-Chef Rexrodt, man müsse auch andere Formen der Asbestsanierung erwägen. Eine Ummantelung des Asbests senke die Sanierungskosten und erhalte die Funktionsfähigkeit des Hauses, so dass es als Veranstaltungsort weiter genutzt werden könnte. Rexrodt erntete mit seinem Vorstoß in seinen eigenen Reihen offenbar Widerspruch. Der FDP-Bundesvorsitzende Gerhardt erklärte, sein „persönliches Geschmackempfinden“ werde durch den Palast gestört. Daher sei er für den Wiederaufbau des Stadtschlusses. Die *FAZ* berichtet auch von einem prominenten Parteiaustritt. So habe der Direktor des Deutschen Historischen Museums, Stölzl, die FDP aufgrund Rexrodts Forderungen verlassen.

Die *JW* referiert am Tag vor der Expertenanhörung die Geschichte des Palastes seit seiner Schließung.<sup>881</sup> Die Beschlüsse vom März 1993 nennt sie den „Abriss-Treff“ zwischen Kohl, Weizsäcker, Diepgen und Schwaetzer. Dort sei die „Sterbeurkunde“ für den Palast unterschrieben worden. Tausende hätte dagegen protestiert und wenig später sei die Spreeinsel-Initiative gegründet worden. 51 „sanfte Palastbelagerungen“ seien seitdem durchgeführt worden und 72.054 Unterschriften habe man für den Erhalt des Palastes gesammelt, resümiert die *JW*.<sup>882</sup> Nun fordere man die Eröffnung des Palastes am 3. Oktober

---

<sup>873</sup> Ebd.

<sup>874</sup> Vgl. Umfrage: Berliner wollen Palast behalten. In: *taz*, 06.06.1995, s. S. 23.

<sup>875</sup> Vgl. Wefing, Heinrich: Berliner Leere voller Pläne. Der Abriss des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR hat begonnen. In: *FAZ* Nr. 130, 07.06.1995, s. S. 35.

<sup>876</sup> Ebd.

<sup>877</sup> Ebd.

<sup>878</sup> Vgl. Fassadenkunst. In: *FAZ* Nr. 134, 12.06.1995, s. S. 29.

<sup>879</sup> Ebd.

<sup>880</sup> Vgl. Asbest-Sanierung oder Abriss? Weiterhin Streit um den Palast der Republik. In: *FAZ* Nr. 140, 20.06.1995, s. S. 05.

<sup>881</sup> Vgl. Brandt, Rainer: Palast oder Zahnstocher? Abriss, Neubau oder was? In Bonn werden heute Experten zum Palast der Republik gehört. In: *JW*, 21.06.1995, s. S. 04.

<sup>882</sup> Vgl. ebd.

1995. „Die so immer wieder aufgeschreckten Regierenden versuchten derweil mit einem Mix aus Show und Geheimdiplomatie den Widerstand zu brechen.“<sup>883</sup> Im Sommer 1993 sei sogar ein „Lappenschloss“ aufgebaut worden, um für das „Wilhelminische Königsschloss“ zu werben. Seit November 1994 habe man die Wartungen im Palast zurückgefahren, so dass nun mit einem langsamen Verfall des Baus zu rechnen sei. Im Zusammenhang mit der Asbestsanierung habe Bruno Flierl von einer „geplanten Vernichtung“ gesprochen, Dieppen hingegen von „Beton-Zahnstochern“, die dann noch übrig blieben. Abriss und Eröffnung, beides würden Millionen kosten, die von dem Bonner Finanzausschuss bewilligt würde – daher komme es heute zu der Anhörung, erklärt die *JW*. Dabei sein wolle auch Stefan Heym, da er der Abgeordnete von Berlin Mitte sei.

Das Stichwort „Asbestummantelung“ fällt auch bei der *taz*. Dort heißt es, ein neuartiges „Vakuum-Imprägnierungsverfahren“ einer schwedischen Firma mache die Asbestsanierung fast um die Hälfte billiger.<sup>884</sup>

Einen Tag nach der Anhörung Sachverständiger vor dem Haushaltsausschuss in Bonn referiert die *FAZ* in einem Beitrag<sup>885</sup> im Politikteil noch einmal die Hauptargumente von Gegnern und Befürwortern des Palasts anhand der Anfang des Jahres publizierten Artikel von Dickmann und Buddensieg, die auch als Experten geladen waren. Dem folgen Rechnungen der Sachverständigen, die mit der Empfehlung des Experten Diederich endet, der einen Neubau des gesamten Schlossplatzes als wirtschaftlichste Lösung empfiehlt. Als sei diese Erörterung nicht ausreichend gewesen, beschäftigt sich die *FAZ* am 23. Juni<sup>886</sup> erneut mit der 19. Sitzung des Haushaltsssausschusses, die auf Antrag der SPD einberufen wurde und nur einen Tagesordnungspunkt hatte: „Öffentliche Anhörung über die Zukunft des Palastes der Republik in Berlin-Mitte“.<sup>887</sup> Geladen waren 14 Sachverständige. Der Beitrag referiert hauptsächlich Argumente der Experten, die für den Erhalt des Palasts sind. Mit Ironie wird dabei nicht gespart. So etwa, wenn das Votum des russischen Architekten Wladimir Rubinow, für den der Palast „Weltniveau“ hat, als „reaktivierte Propaganda“<sup>888</sup> bezeichnet wird. Darüber hinaus verweist Rossmann auf die bereits in der *FAZ* publizierten Beiträge zur Sache und kommt am Ende seines Beitrags zur Einschätzung, es habe trotz allem zwei Dinge geklärt: Zum einen sollen so lange keine Mittel zur Verfügung gestellt werden, so lange es kein schlüssiges Nutzungskonzept gebe, zum anderen sollte der Palast bis zu einer gründlichen Neuordnung des Schlossplatzes stehen bleiben. Denn der sei besser als ein Loch in der Mitte Berlins; und abreißen könne man ihn immer noch.

Für die *taz* bedeutet die Debatte im Haushaltsausschuss neuen Auftrieb für den Palast.<sup>889</sup> Denn statt über den Abriss zu reden, habe man ein Nutzungskonzept gefordert. Eine Entscheidung sei aber nicht gefallen. „Kaum neue Argumente brachte dagegen die Debatte um die politische und kulturelle Bedeutung des Protzbaus zwischen Palast-Gegnern wie Senator Volker Hassemer auf der einen und Erhaltungs-Befürwortern wie Gabriele Dolff-Bonekämper und Senator Ulrich Roloff-Momin auf der anderen Seite.“<sup>890</sup>

Aus Anlass der Entscheidung für das neue Bundeskanzleramt berichtet die *FAZ* in einer Glosse<sup>891</sup> über den Stil- und Architekturstreit in Berlin. Der Verfasser sieht zwei Parteien

---

<sup>883</sup> Ebd.

<sup>884</sup> Vgl. Palast der Republik. In: *taz*, 21.06.1995, s. S. 17.

<sup>885</sup> Vgl. Erinnerung oder Schandmal? Was soll aus dem asbestverseuchten Palast der Republik werden? In: *FAZ* Nr. 142, 22.06.1995, s. S. 06.

<sup>886</sup> Vgl. Rossmann, Andreas: Unser Centre Pompidou? Berlin in Bonn: Der Palast der Republik vor dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags. In: *FAZ* Nr. 143, 23.06.1995, s. S. 43.

<sup>887</sup> Vgl. ebd.

<sup>888</sup> Ebd.

<sup>889</sup> Vgl. Monath, Hans: Auftrieb für den Palazzo Prozzo. Vor dem Haushaltsausschuss des Bundestags fordern Experten, über Nutzungen statt über den Abriss nachzudenken. In: *taz*, 22.06.1995, s. S. 21.

<sup>890</sup> Ebd.

<sup>891</sup> Vgl. Demokratie im Bau. In: *FAZ* Nr. 148, 29.06.1995, s. S. 27.

gegeneinander kämpfen. Die einen, die „fasziniert auf die einst preußische Residenz starren“<sup>892</sup> und Rekonstruktionen fordern, wie etwa die des Stadtschlusses, und die anderen, die „Befürworter einer asketischen Moderne im Zeichen Bonns“<sup>893</sup> seien. Beides sieht er vereint in dem Entwurf des Bundeskanzleramts. Das architektonische Grundmotiv sei nicht das einer selbstherrlichen, sondern einer sich selbst befragenden Würde.

Man rechne im Bonner Bundeskanzleramt mit der Errichtung zumindest der Schlossfassade, weiß die *Welt* Ende Juli und kommt damit der *taz* um drei Tage zuvor.<sup>894</sup> Als treibende Kraft für die Gestaltung in Berlin bezeichnet die *Welt* den Staatsminister im Bundeskanzleramt, den Baden-Württemberger Anton Pfeiffer. Seit seinem Amtsantritt 1991 beschäftige sich Pfeiffer mit „allen Aspekten“ Berlins, besonders aber mit seiner Geschichte. Als einer der „engsten Berater“ Kohls habe er in ihm das Interesse am Stadtschloss geweckt.<sup>895</sup> Die *taz* meldet im gleichen Zeitraum schlicht, Kohl habe sich für einen Entwurf des neuen Bundeskanzleramts entschieden und sich dabei auch für den Wiederaufbau des Schlosses ausgesprochen.<sup>896</sup> Als „Aufguss im Sommerloch“ dementierte das Bauministerium diese Meldung einen Monat später, berichtet die *taz*.<sup>897</sup>

Erst im August widmet sich die *FAZ* wieder der Debatte um den Schlossplatz. In einem Beitrag<sup>898</sup> verrißt Stephan Speicher die Neuplanung für den Lustgarten. Speicher geht noch davon aus, dass eine Rekonstruktion „früherer, glücklicherer Gestaltungen“<sup>899</sup> nicht mehr zu rekonstruieren seien, da sich die städtebauliche Situation geändert habe. Dass der Lustgarten trotzdem weitgehend rekonstruiert wurde, ist inzwischen bekannt. Speicher deutet die begonnene Planung für den Lustgarten noch als ein Zeichen, das die Stadt habe setzen wollen, ohne auf die Gestaltung des Schlossplatzes zu warten. Ein Fehler, wie er meint, denn die „Unverbindlichkeit der Situation“ habe bei dem Lustgartenentwurf von Merz/Ungers seine „Tücken gezeigt“<sup>900</sup>.

Anfang August beharrt die *taz* darauf, Kohl habe sich für das Schloss ausgesprochen.<sup>901</sup> Er habe Ende Juli aus dem Sommerurlaub verkünden lassen, dass es „keinen Sinn macht, diese Zahnstocher zu erhalten oder den Palast wiederaufzubauen“. Kohl wünsche sich zudem, dass „ein Neubau die Fassaden des Schlosses erhält“. „In die Schar der Mauerspechte mit Mission hat sich in diesen Wochen auch das Magazin Stern eingereiht, das in einer seiner Touristenfallen, auch ‚Rotunden‘ genannt, die Schlossfassade wiederaufleben ließ“<sup>902</sup>. Die Kohl-Statements samt Stern-‚Vision‘ haben die Diskussion um den Palast der Republik auf Sommerlochniveau wiederaufleben lassen.“<sup>903</sup> Harsche Dementis habe es dennoch von Senatsbaudirektor Stimmann und seinem Chef, dem Bausenator Nagel gegeben: Der Schlosswiederaufbau sei keineswegs Senatslinie, man sei nicht Disney World.<sup>904</sup>

---

<sup>892</sup> Ebd.

<sup>893</sup> Ebd.

<sup>894</sup> Vgl. Lambeck, S. Martin: das Stadtschloss als Zentrum. Kohls Vision von der Hauptstadt schließt Hohenzollernresidenz ein. In: *Die Welt*, 26.07.1995, s. S. 17.

<sup>895</sup> Vgl. ebd.

<sup>896</sup> Vgl. Bauherrschaft. Kohls neues Amt. In: *taz*, 29.06.1995, s. S. 02.

<sup>897</sup> Vgl. Kohl will keinen Palast. In: *taz*, 29.07.1995, s. S. 25.

<sup>898</sup> Vgl. Speicher, Stephan: Der Lustgarten – lustlos und unverbindlich. Karge Gestaltung für den Platz vor dem Alten Museum in Berlin. In: *FAZ* Nr. 178, 03.08.1995, s. S. 27.

<sup>899</sup> Ebd.

<sup>900</sup> Ebd.

<sup>901</sup> Vgl. Kotte, Hans-Hermann: Kein Schandmal, sondern Volkspalast. *taz*-LeserInnen zeigen ihre schönsten Bilder: Der Palast der Republik war ein Erlebnisort - vom Neptunfest bis zur Hochzeit. In: *taz*, 04.08.1995, s. S. 23.

<sup>902</sup> Vgl. 250.000 Besucher in den „Stern“-Rotunden. In: *taz*, 24.07.1995, s. S. 21.

<sup>903</sup> Kotte, *taz*, 04.08.1995, S.23.

<sup>904</sup> Ebd.

Derweil meldet die *taz*<sup>905</sup>, 43 Angebote seien von Firmen eingetroffen, die den Palast sanieren wollten.

Im August 1995 gibt ein Ereignis der Schlossplatzdebatte neuen Auftrieb: Das Landesdenkmalamt beginnt auf einem 3000 qm großen Grabungsfeld die Fundamente des Schlosses freizulegen. Die *FAZ* berichtet ausführlich in einem Artikel<sup>906</sup> über die Grabungen. Neben anderen Beispielen nimmt die Problematisierung nach der zukünftigen Platzgestaltung vor dem Staatsratsgebäude besonders am Ende des Artikels zu. Zwar sei das Schicksal der freigelegten Schlossfundamente „vorerst ungewiss“. Aber, so ist sich Leithäuser sicher, „sie könnten künftig ein wiedererrichtetes Stadtschloss tragen oder in einem Neubau sichtbar gehalten werden.“<sup>907</sup> In dem Artikel wird auch der Berliner Stadtplanungssenator Hassemer zitiert, für den der Schlossplatz das „Herz der Stadt“ sei.<sup>908</sup> Letztlich sei aber weder die Nutzung des Platzes, noch die zu errichtenden Gebäude, bzw. die Weiternutzung des Palasts der Republik geklärt.

Emotionaler berichtet die *taz* am gleichen Tag über die Grabungen.<sup>909</sup> Dort heißt es, der Hauch großer Geschichte fehle angesichts der Mauerreste. „Statt dessen erscheint moderne Technik: Teile des alten Heizungskellers, Lüftungsanlagen, Filterräume und Ventilatoren bringen sich rostig ins Spiel. So haben sich die Fürsten ihren fetten Wanst gewärmt?“ Ein Ruinenfeld, das die Zeiten des barocken Stadtschlosses, des Großen Kurfürsten und des alten Kaisers Wilhelm assoziiere, sei das nicht, eher ein Haufen alter Steine, die „merkwürdig fremd“ blieben.

Im September schreibt die *taz* wieder über die Gesellschaft Historisches Berlin – erneut mit wenig Sympathie für den Verein, der durch „heftige Lobbyarbeit“ inzwischen einflussreich geworden sei.<sup>910</sup> Ihr Plädoyer für den Wiederaufbau des Stadtschlosses oder die angemahnte Rekonstruktion preußischer Bauten lasse die Funktion solcher Gebäude außen vor. Dabei habe das „Boddiansche Gummischloss“ vor zwei Jahren lediglich bewiesen, wie wichtig am Schlossplatz gute Architektur sei, nicht aber, dass man ein Schloss brauche.<sup>911</sup> „Das Beharren auf der Fassade wird zu einem reaktionären Gestus, weil es die Stadt zur bloßen Kulisse degradiert“<sup>912</sup>, meint die *taz*.

Im selben Monat meldet die *taz*, der Petitionsausschuss des Bundestags habe sich für die Erhaltung des „Palastes der Republik“ ausgesprochen. Die Bundesregierung sei aufgefordert worden, nach Möglichkeiten einer sinnvollen Nutzung zu suchen. „Eine weitere Verzögerung der Entscheidung über die Zukunft des Baus sei wegen der damit einhergehenden Kosten nicht zu rechtfertigen.“<sup>913</sup>

Angespornt von so vielen Anzeichen für den Palast wandten sich die ehemaligen Mitarbeiter des Palastes an die UNO, um das Gebäude auf die Liste des Weltkulturerbes setzen zu lassen. Die *taz* kommentiert den Vorgang zustimmend: „Wo nun aller Protest dagegen – hier geht es schließlich um Identität und Kultur einer ganzen Volkshälfte – bislang nicht gefruchtet hat, muss man da nicht geradezu übernational und am besten ganz oben um Hilfe schreien?“<sup>914</sup>

---

<sup>905</sup> Vgl. 43 Sanierungsangebote für den Palast. In: *taz*, 08.08.1995, s. S. 22.

<sup>906</sup> Vgl. Leithäuser, Johannes: Die Kellermauern des Stadtschlosses und das Wohnhaus eines Abtes. Archäologen der Landesdenkmalpflege graben nach der Berliner Vergangenheit. Absprache mit Investoren. In: *FAZ* Nr. 191, 18.08.1995, s. S. 11.

<sup>907</sup> Ebd.

<sup>908</sup> Vgl. ebd.

<sup>909</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Unternehmen schwarzer Abt. Archäologische Grabungen bringen Stadtschloss-Fundamente zum Vorschein. Heizungskeller Wilhelms II. zu sehen. Freiluftausstellung bleibt bis zur Bebauung. In: *taz*, 18.08.1995, s. S. 36.

<sup>910</sup> Vgl. Nowakowski, Gerd: Die Ritter der Pickelhaube. Fassadenstürmer. In: *taz*, 07.09.1995, s. S. 21.

<sup>911</sup> Vgl. ebd.

<sup>912</sup> Ebd.

<sup>913</sup> Vgl. Petitionsausschuss für Palast der Republik. In: *taz*, 28.09.1995, S.22.

<sup>914</sup> Vgl. Häusler, Barbara: Querspalte. *Welt-* kultur- erbe, Ost. In: *taz*, 17.10.1995, S.10.

Ende Oktober veröffentlicht die *taz* ein Gespräch zwischen dem Bundesbauminister Töpfer und der Politikerin der Grünen, Eichstädt-Bohlig.<sup>915</sup> Gefragt nach der Leere des Schlossplatzes sagte Töpfer, man solle sich an diesem Ort „ruhig ein Stück Entschleunigung leisten“. Denn eine Stadt bestehe aus vielen architektonischen Jahresringen. Das Problem sei, dass gegenwärtig in Berlin vieles gleichzeitig gebaut werde – da gebe es dann eben auch schlechte, mittelmäßige und gute Bauten. Eichstädt-Bohlig meint hingegen, in der Kontroverse Palast der Republik versus Schloss sei sie dafür, den Palast stehen zu lassen und ein „Zweidrittelschloss“ dagegen zu bauen. „Aus dem Spannungsfeld zwischen Palast und Schloss muss die Mitte neu definiert werden. Als neuen Baustein sollte man den Faktor Zeit ernst nehmen und aus dem Schloss ein baukulturelles Entwicklungsprojekt machen. Es wird eine Baustelle, bei der man für die teilweise originalgetreue Wiederherstellung des Schlosses mit hundert Jahren Bauzeit rechnet.“<sup>916</sup>

Wie zur Bestätigung von Eichstädt-Bohlig meldet die *taz*, der Palast solle nun doch nicht abgerissen, sondern nur „sanft saniert“ werden.<sup>917</sup> Ganz anders sieht es zwei Tage später die *FAZ* in einer kurzen Meldung<sup>918</sup> über die Entscheidung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags, den Abriss des Palasts durchzuführen. Der Bundesfinanzministerium sei aufgefordert worden, die Bauplanungsunterlagen „umgehend vorzulegen“, um so an die notwendigen, aber gesperrten Gelder zu gelangen. In der Meldung heißt es auch, der „Beschluss des Haushaltsausschusses wurde ohne Gegenstimme gefasst.“<sup>919</sup> Dies war möglich, berichtet die *FAZ* weiter, weil die Abgeordneten der Opposition die Sitzung vorzeitig verlassen hatten. Ihr Auszug scheint aber nicht direkt mit der Schlossplatzdebatte im Zusammenhang zu stehen. Laut *FAZ* hielten die oppositionellen Abgeordneten die Vorschläge des Bundesfinanzministers zur Deckung der Haushaltslücken für nicht beratungsfähig. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses blieb trotzdem bestehen. Ob die Regierungskoalition damit gerechnet hatte, wird aus der Meldung nicht ersichtlich. Die *FAZ* fügt hinzu, der Petitionsausschuss des Bundestags habe schon mal einen Beschluss gefasst, der sich für die Erhaltung des Palasts aussprach. Das Bundesfinanzministerium vertrete aber weniger städtebauliche als fiskalische Interessen und plädiere daher für die „wirtschaftlichste Lösung“. Die *FAZ* deutet diesen Ansatz so, dass eine „gewisse Neigung“ vorhanden sein könnte, den Palast zu erhalten. Als „umstrittene Kernfrage“ bezeichnet die *FAZ* darüber hinaus die Prüfung des Bundesbauministeriums nach der besseren Asbestsanierung. Ob die Bausubstanz weitgehend gewahrt werden könne, oder ob der Palast „skelettiert“ werde, sei noch nicht entschieden.

Am gleichen Tag meint die *taz* bezugnehmend auf den Ausschuss, der Palast werde noch zehn Jahre stehen bleiben.<sup>920</sup> Eine endgültige Abrissentscheidung sei noch nicht gefallen. Berlin müsse jetzt sagen, was es auf dem Schlossplatz haben wolle, soll der SPD-Bauexperte Peter Conradi gesagt haben.

Über den Streit zwischen Parlament und Regierung um den Abriss des Palastes berichtet auch die *JW*.<sup>921</sup> Man wolle nun Druck machen, damit nach dem Abriss des DDR-Außenministeriums auch der Palast schnell abgerissen werden könne, zitiert die *JW* den CDU-Abgeordneten Dankwart Buwitt. Auch die leeren Kassen des Bundes könnten die

---

<sup>915</sup> Vgl. Nowakowski, Gerd, Lautenschläger, Rolf: Die Regierung hat keine Angst vor Berlin, vertritt Bundesbauminister Klaus Töpfer (CDU) im Streitgespräch um den Hauptstadtumzug und sieht ein offenes Regierungsviertel wachsen. Eine abgeschottete Funktionsmaschine wird gebaut. In: *taz*, 27.10.1995, s. S. 19.

<sup>916</sup> Ebd.

<sup>917</sup> Vgl. Palast der Republik wird saniert. In: *taz*, 28.10.1995, s. S. 25.

<sup>918</sup> Vgl. Palast der Republik. Haushaltsausschuss verlangt Abriss. In: *FAZ* Nr. 252, 30.10.1995, s. S. 35.

<sup>919</sup> Ebd.

<sup>920</sup> Vgl. Noch zehn Jahre Palast der Republik. Endgültige Entscheidung über Palast-Abriss nicht gefallen. In: *taz*, 30.10.1995, s. S. 22.

<sup>921</sup> Vgl. Verter, Bernd: Abriss – keine Frage des Geldes. Parlament und Regierung streiten sich um Palast der Republik. In: *JW*, 01.11.1995, s. S. 04.

Abrisspläne nicht bremsen, da die Mittel bereits im Haushalt eingeplant seien, weiß die *JW*. Dem habe aber das Bundesfinanzministerium widersprochen und gemeint, es sei noch „nichts entschieden.“<sup>922</sup>

Im November veröffentlicht die *FAZ* noch einen längeren Beitrag<sup>923</sup> des prominenten Architekten Josef Kleihues, der sich vor allem mit der Rekonstruktion der Bauakademie beschäftigt. Der Artikel ist auch deshalb aufschlussreich, weil Kleihues später Mitglied der Expertenkommission wurde. Sein Votum für eine Rekonstruktion der Berliner Mitte spricht klar aus seinem Beitrag. Für eine Fassadenrekonstruktion des Schlosses plädiert er zwar nicht, aber die historischen Volumina sollen auf jeden Fall wieder entstehen. Für die Bauakademie fordert Kleihues hingegen eine originalgetreue Rekonstruktion.

Kleihues beschreibt eingangs den Blick, den ein Besucher für die Mitte haben könnte. Er merkt an, dass in der DDR nicht ein Schloss, sondern ein Aufmarschplatz Berlins historische Mitte auf neue Weise symbolisieren sollte. Dieser Versuch schlug fehl, denn es entstand eine Leere, die später mit „Schamwänden“ – der Palast und das DDR-Außenministerium – umstellt wurde.<sup>924</sup> Für den Schlossplatz geizt Kleihues nicht mit großen Worten. Der Ort habe eine „historische Qualität“, die Raumkomposition mit „großartigen Solitären“ sei „mutwillig zerstört“ worden. Sie seien Elemente eines „einzigartigen Stadtraumes“ gewesen.<sup>925</sup> Diesen Verlust müsse man nun wieder auferstehen lassen. Zuallererst – und weil darüber Konsens herrscht – die Bauakademie, das Kommandantenhaus und den Schinkel-Platz. Und so lange nicht entschieden wurde, müsse auch der Neubau des Stadtschlusses denkbar bleiben. Zur Nutzung der Bauakademie plädiert Kleihues für die Errichtung eines Architekturmuseums. Diesem Anliegen ist der Beitrag hauptsächlich gewidmet. Zur Frage nach Authentizität und Rekonstruierbarkeit stellt er fest, jede Architektur sei rekonstruierbar, sofern es Pläne und Dokumente eines zerstörten Bauwerks gebe. Er verweist dabei auch auf den Wiederaufbau von Warschau. Doch es gehe letztlich nicht um das Machbare. Der Wunsch nach Bauakademie und Schloss entspringe überwiegend nostalgischen Gründen. Diese Regungen seien verständlich, denn „seit der Vereinigung sind die klaffenden Lücken, die diese zerstörten Baukunstwerke hinterlassen haben, deutlicher denn je im allgemeinen Bewusstsein.“<sup>926</sup>

Zum Jahresende berichtet die *Welt* von einem neuen Vorschlag Hassemers: Auf dem Schlossplatz könne eine Ort der drei Weltreligionen entstehen.<sup>927</sup> Welche er damit meint, wird nicht gesagt. Die Idee sei „brillant, klug und Weltoffen“, lobt ihn die Zeitung.<sup>928</sup>

Unbeirrt beharrt die Berliner CDU auf die Rekonstruktion der alten Berliner Mitte, meldet die *taz* Mitte Dezember. Die Union wolle das Thema in den Koalitionsvertrag mit der SPD einbringen. Auch müssten die „Weichen zur Wiedererrichtung des Stadtschlusses“ gestellt, die Bauakademie und das Kommandantenhaus „nach historischem Vorbild“ errichtet werden.<sup>929</sup> Für einen Wiederaufbau des Schloss „in Form und Fassade“ plädierte erneut der Regierende Bürgermeister Diepgen, meldet die *taz* zwei Tage später.<sup>930</sup>

In eine andere Richtung prescht die *ZEIT* mit der „sensationellen“ Ankündigung, der Palast sei eigentlich ein Entwurf Schinkels.<sup>931</sup> Der Entwurf von 1828 für einen „Großen-Volks-

---

<sup>922</sup> Vgl. ebd.

<sup>923</sup> Vgl. Kleihues, Paul Josef: Es gibt auch ein Leben hinter den Fassaden. Die Rekonstruktion der Berliner Bauakademie erfordert ein schlüssiges Nutzungskonzept. In: *FAZ* Nr. 255, 02.11.1995, s. S. 39.

<sup>924</sup> Vgl. ebd.

<sup>925</sup> Vgl. ebd.

<sup>926</sup> Ebd.

<sup>927</sup> Vgl. Schlossplatz: Ein Ort der Weltreligionen? In: *Die Welt*, 18.11.1995, s. S. 18.

<sup>928</sup> Vgl. ebd.

<sup>929</sup> Vgl. CDU: Alte Mitte bauen. Stadtschloss als Koalitionsthema. In: *taz*, 14.12.1995, s. S. 21.

<sup>930</sup> Vgl. Diepgen will Stadtschloss. In: *taz*, 16.12.1995, s. S.29.

<sup>931</sup> Vgl. Erenz, Benedikt: Sensationelle Wendung im Streit um den Palast der Republik? Alles Schinkel. In: *DIE ZEIT* Nr. 51, 15.12.1995, s. S. 50.

Palast“ sei nach dem Krieg in die Sowjetunion gebracht, 1958 zurückgegeben und von Graffunder aufgegriffen worden. Tatsächlich könne man beim Palast Elemente Schinkels erkennen, die strenge Gliederung, die „klassische Sakralästhetik“, schwärmt die ZEIT und kommt zu dem Schluss, nun könne von einem Abriss des Baus „keine Rede mehr sein“.<sup>932</sup>

Die „Enthüllung“ war ein Schwindel, wie sich später herausstellte.

Als „Zurück in die Zukunft“ bezeichnet eine kurze Meldung und der letzte Beitrag für 1995 in der FAZ einen Entschluss der Berliner CDU Fraktion zum „Erhalt der historischen Mitte“.<sup>933</sup>

In dem Entschluss gehe es weniger um die Erhaltung als den Wiederaufbau zerstörter Gebäude. Man wolle sich daher mit Machbarkeitsstudien, Symposien, Kosten- und Nutzenstudien „dem Stadtschloss annähern.“<sup>934</sup> Der Plan, den Lustgarten nach alten Vorbildern zu erneuern, wurde hier erstmals formuliert. Der in der FAZ verrissene Entwurf von Merz/Ungers wurde damit praktisch gegenstandslos.

Die JW betont erneut, dass eine Entscheidung über Erhalt oder Abriss des Palastes noch nicht getroffen worden sei.<sup>935</sup> Allerdings werde nach der Sanierung nur noch ein Stahl- und Betongerüst übrig bleiben. Dann könne sich „[...] jeder an drei Fingern abzählen, wann der ‘Schandfleck’ - wohl kaum noch unter Protest der Bevölkerung – endgültig beseitigt wird.“<sup>936</sup>

Zum Jahresende würden alle „Lebensleitungen“ zum Palast gekappt werden, der Bau werde versiegelt; nur die Fernwärme werde eine konstante Temperatur von fünf Grad Celsius sichern. Daraufhin sei noch mal zu einer „kleinen Protestaktion“ der Palastfreunde gekommen, berichtet die JW.

Ende Dezember schwenkt die taz in einem nachdenklichen Kommentar auf Töpfers Meinung ein, wonach man sich mit dem Schlossplatz Zeit lassen müsse.<sup>937</sup> Als vor fünfundvierzig Jahren das Stadtschloss gesprengt wurde, sei das ein „Stadtfrevel“ gewesen. Die historischen Gemäuer seien der Ideologie geopfert worden. „Den Abriss zu verurteilen und bedingungslos für den Neuaufbau des Schlosses zu sein, aber sind nicht zwei Seiten einer Medaille. Im Gegenteil: Manchem eifertigen Vorkämpfer für den Wiederaufbau scheint es ebenfalls mehr um Ideologie als um Stadtbildpflege zu gehen.“<sup>938</sup> Die Jahre seit der Wende hätten mit ihren leeren Kassen trotz allem wohltuend gewirkt. Und seit dem Abriss des DDR-Außenministeriums, der die alte Sichtachse auf die Friedrichswerdersche Kirche wieder öffnete, habe der Platz „neue Dimensionen“ gewonnen. „Die Zeit hat zudem deutlich gemacht, dass auch ein asbestfreier Palast der Republik den Schlossplatz nicht zu füllen vermag. Auch der Palast muss deshalb zur Disposition stehen.“<sup>939</sup> Eine vorgehängte Schlossfassade sei keine brauchbare Lösung; daher solle man sich Zeit nehmen, denn nur sie produziere Ideen, meint die taz.

Konsequent in der neuen Zurückhaltung erinnert die taz Ende Dezember an die Sprengung des Schlosses.<sup>940</sup> An dem Schloss hätten über Jahrhunderte alles, was in der Baukunst Rang und Namen hatte, seine Handschrift hinterlassen – von Schlüter über Eosander, Erdmannsdorff, Langhans, Theyss, Böhme oder Schinkel. Aus ideologischen Gründen habe Ulbricht dann die zum Teil gut erhaltene Ruine sprengen lassen, bedauert die taz.

---

<sup>932</sup> Vgl. ebd.

<sup>933</sup> Vgl. Zurück in die Zukunft. Berlins künftige Mitte gewinnt Kontur. In: FAZ Nr. 294, 18.12.1995, s. S. 31.

<sup>934</sup> Ebd.

<sup>935</sup> Vgl. Leopold, Dieter: Saniert bis auf die Knochen. Palast der Republik soll von Asbest befreit werden. In: JW, 22.12.1995, s. S. 04.

<sup>936</sup> Ebd.

<sup>937</sup> Vgl. Nowakowski, Gerd: Der Schlossplatz braucht Ruhe. Kommt Zeit, kommt Rat. In: taz, 28.12.1995, s. S. 21.

<sup>938</sup> Ebd.

<sup>939</sup> Ebd.

<sup>940</sup> Vgl. Neurath, W.-R.: Vor 45 Jahren: Stadtschloss gesprengt. In: taz, 29.12.1995, s. S. 28.

Spätestens seit 1995 brachten die Akteure keine wirklich neuen Argumente vor. Statt dessen wurden von der Verwaltung wichtige Schritte in Richtung Rekonstruktion unternommen: Man riss das DDR-Außenministerium im Mai ab und man legte die Schlossfundamente im August frei. Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 22. Oktober 1995 brachten für die CDU und für die SPD Verluste; PDS und Grüne hingegen konnten deutlich zulegen. Aus Mangel an Alternativen wurde die große Koalition CDU/SPD fortgeführt. Ob die Verluste der CDU damit zu begründen sind, dass die Partei vehement für das Schloss eintrat, wurde zwar nicht untersucht, lässt sich aber auch nicht ausschließen. Als neuer Akteur trat Töpfer in das Politikfeld. Seine Entscheidung, ins Staatsratsgebäude einzuziehen, begründete einen neuen Umgang mit Bauten der DDR; seine effiziente Art wurde aber auch als Gefahr gesehen. Erst als Töpfer selbst für mehr Zeit in der Entscheidung bezüglich des Schlossplatzes plädierte, beruhigten sich die Palastfreunde. Insgesamt wurden die Chancen für einen Erhalt des Palastes deutlich positiver gesehen, als noch ein Jahr zuvor.

### 3.7. 1996: Die Bundesregierung zieht nach Berlin

In der ersten Woche des neuen Jahres veröffentlicht die *taz* ein „Spezial“, in dem sie den bisherigen Stand der Dinge auf dem Schlossplatz – aus *taz*-Sicht - zusammenfasst.<sup>941</sup> Beklagt wird ein Verlust der lebendigen Mitte. Das Gerede von der „leeren Mitte“ sei zynisch, so die *taz*. Es komme aus dem Mund gerade jener Politiker, die durch Schließung des Palastes und Abriss des Außenministeriums diese Leere maßgeblich befördert hätten. „Es sind dieselben, die erst die meisten Bauten aus der DDR-Zeit zur Disposition gestellt haben und es später nicht schafften, den Planern klare Vorgaben zu machen.“<sup>942</sup> Diese Politiker seien aus dem Westen gekommen. Ihre Perspektive sei eine westliche geblieben, immer von „Unter den Linden“, immer von der historischen Stadt auf das Schloss ausgerichtet. Doch diese Westsicht sei nicht allein Produkt der Teilung. Bereits als die Hohenzollern Mitte des 15. Jahrhunderts begannen, Berlin und Cölln zu beherrschen, drehten sie ihre Zwingburg so, dass sie die Stadt im Rücken hatten. Vom östlichen Ufer aus beherrschten sie die Doppelstadt. Erst die DDR habe die „vernachlässigte“ Ostseite weiter entwickelt. Das riesige und breite Band zwischen Schlossplatz und Alexanderplatz wurde so ansatzweise zum Berliner „Central Park“. Der 1976 errichtete Palast bilde eine „allzeit zugängliche, wettergeschützte Loggia“ für die Stadt. „70 Millionen Besucher nutzten das Gebäude wie einen Gebrauchsgegenstand: In den beiden Sälen fand genau das Kulturleben statt, von dem die ‚Schlossherren‘ träumen.“<sup>943</sup> Stärker als zuvor in der Geschichte, komme nun der Stelle am Schlossplatz die Funktion eines Gelenkes zu. Hier müsse sich zeigen, ob beide Teile der Stadt zu einer Mitte finden. Hoffmann schlägt vor, die Leere als Freiraum zu denken. Um dem Ort einen Sinn zu geben, bedürfe es nicht unbedingt großer, teurer Bauten. Die Bewegungsfreiheit eines Platzes, egal ob offen oder überdacht, könnte „dieser“ Demokratie gut anstehen. Ein Architekturentwurf habe beispielsweise gezeigt, dass dabei sogar das Schloss als „Negativraum“ weiterleben könne: „Eine exakt um seinen Grundriss gelegte Rahmenbebauung gliedert die Räume nach außen, lässt das Schloss als Piazza wiederauferstehen.“<sup>944</sup> Von der „leeren“ zur „offenen“ Mitte sei es eben nur ein kleiner, gedanklicher Schritt, so die *taz* in ihrem Votum.

---

<sup>941</sup> Vgl. Hoffmann, Hans Wolfgang: Von der leeren zur offenen Mitte. Pläne für die leere Spreeinsel gibt es genug. Doch solange zwischen Ost und West keine neue Mitte wächst, bleibt sie eine Insel des Stillstands. Teil IV der Serie „Orte im Wandel“. In: *taz*, 06.01.1996, S. 31.

<sup>942</sup> Ebd.

<sup>943</sup> Ebd.

<sup>944</sup> Ebd.

Die *FAZ*<sup>945</sup> berichtet in ihrem Politikteil über die politischen Pläne des wiedergewählten Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Eberhard Diepgen (CDU). Der Politiker befand sich kurz vor dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen mit der SPD und fasste in sechs Punkten die wichtigsten Aufgaben für die Stadt zusammen. Unter Punkt vier nannte Diepgen die „besonders wichtige“ Entscheidung über die Zukunft des Schlossplatzes. Er setzte sich dafür ein, dass dort „zur äußeren Gestalt des Hohenzollernschlosses“ zurückzukehren sei.<sup>946</sup> Diepgen schlug vor, das Grundstück, das dem Bund gehört, mit der Auflage an private Investoren zu verkaufen, dass diese die barocke Fassade des Schlosses wieder aufbauen. Das Innere des Baus sollte aber nicht rekonstruiert werden, sondern einen „modernen Inhalt“ haben. Die Baumaßnahme versteht Diepgen als Maßnahme zur Neugestaltung Berlins als Hauptstadt.

Angesichts der Neuauflage der großen Koalition befürchtet die *taz* die Absetzung des Senatsbaudirektors Stimmann.<sup>947</sup> Obwohl dieser gleichzeitig auch heftig kritisiert wurde. Sein Manko liege zum einen in der bockigen Art, seine Vorstellungen vom Mythos der europäischen Stadt und des preußisch-steinernen Berlin „machtpolitisch“ und unter „Ausgrenzung moderner Baukunst“ durchzuziehen, schreibt die *taz*. Darüber hinaus würden moderne Architekturen und Materialien durch die Beauftragung an das immer gleiche Architektenkartell Kleihues, Sawade oder Kollhoff verhindert.<sup>948</sup> Ein CDU Baudirektor sei aber trotzdem keine Alternative, denn dies würde bedeuten, Identität mit dem rekonstruierten Stadtschloss zu schaffen, ein „Preußen-Disney-World“ Unter den Linden, barocke Ornamentik am Pariser Platz, Büropaläste und die Revision kommunaler Baupolitik.

Wenig später nimmt sich die *taz* den Koalitionsvertrag genauer unter die Lupe und stellt fest, dass zwar viel versprochen die Finanzierung aber vollkommen ungeklärt sei.<sup>949</sup> Bauen in Berlin heiße: „Sehnsucht nach Kaiser Wilhelm.“ So habe bei der Museumsinsel die „historische Rekonstruktion Vorrang“. Und weil das Brandenburger Tor den Charakter des Pariser Platzes bestimme, solle der Platz „soweit wie möglich ein klassisches Erscheinungsbild bieten“. „Was aus dem Palast der Republik wird, bleibt unklar: Nach der Sanierung solle ´mit dem Bund über eine der Bedeutung des Ortes angemessene Nutzung´ gesprochen werden.“<sup>950</sup>

Noch im Januar meldet die *taz* tatsächlich Stimmanns Rückzug. Damit werde unter seiner Ära ein Strich gezogen, meint die *taz*.<sup>951</sup> Mit dem Wunsch der CDU, der das Bauressort zugestanden wurde, den Pariser Platz, den Schlossplatz und die Straße Unter den Linden wieder im Vorkriegsoriginal errichten zu wollen, habe die Methode der von Stimmann eingeführten „Kritischen Rekonstruktion“ ausgedient, schreibt die *taz*.

Das *ND* schreibt kritisch über die Ergebnisse des Hauptstadtausschusses vom 31. Januar 1996.<sup>952</sup> Weiter so! habe das unausgesprochene Motto der Sitzung geheißten. „Entschieden wurde nichts, dafür allerhand begrüßt, bekräftigt, und wohlgefällig abgenickt.“<sup>953</sup> So sei weiterhin kein Nutzungskonzept für den Schlossplatz gefunden worden. Erst wenn die

---

<sup>945</sup> Vgl. Diepgen will Berlin modernisieren. Empfehlung an die Regierung: Barockes Stadtschloss wiederaufbauen. In: *FAZ* Nr. 7, 09.01.1996, s. S. 04.

<sup>946</sup> Vgl. ebd.

<sup>947</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Nicht über den Schatten gesprungen. Würde das Bauressort an die Union fallen, müsste Baudirektor Stimmann seinen Hut nehmen. Identitätsstiftende Vorhaben blieben dann Schattenprojekte. CDUler ist keine Alternative. In: *taz*, 11.01.1996, s. S. 23.

<sup>948</sup> Vgl. ebd.

<sup>949</sup> Vgl. Wildt, Dirk: Ein Sammelsurium von Versprechen. CDU und SPD haben sich auf einen 56seitigen Koalitionsvertrag geeinigt. Doch die Menge Kleingedrucktes kann die Substanzlosigkeit nicht verstecken: Das Blatt „Finanzen“ ist leer. In: *taz*, 15.01.1996, s. S. 22.

<sup>950</sup> Ebd.

<sup>951</sup> Vgl. Kein mächtiger Mann. Senatsbaudirektor Stimmann tritt ab. In: *taz*, 19.01.1996, s. S. 21.

<sup>952</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Palast-Entscheidung pro forma noch offen. Hauptstadt-Ausschuss tagte. Nutzungskonzepte für Berliner Mitte weiter Fehlanzeige. In: *ND*, 01.02.1996, s. S. 17.

<sup>953</sup> Ebd.

Sanierung vorbei sei, könne man weitersehen. Dass von dem Palast möglichst wenig übrig bleibe, habe der Ausschuss mit seinem Beschluss für die Totalsanierung des Baus vom Mai 1995 sichergestellt, meint das *ND*. Wie gut der Berliner Mitte ein Abriss bekomme, darüber habe Töpfer mit Hinblick auf das DDR-Außenministeriums sinniert.<sup>954</sup>

Auch die *Welt* berichtet, es habe auf der Sitzung kein tragfähiges Nutzungskonzept gegeben.<sup>955</sup> Daher gehe man in Senatskreisen davon aus, dass noch Jahrelang in der Mitte eine „riesige Ödfläche“ entstehen werde, weiß die *Welt*. Wenig Chancen gebe es auch für einen „raschen Wiederaufbau“ der Schinkelschen Bauakademie, denn auch hier fehle ein stimmiges Nutzungskonzept. Bisherige Vorschläge seien von dem Ausschuss als „sehr schwammig“ bezeichnet worden.<sup>956</sup> Tags darauf schreibt die *Welt*, der Palast habe durch die Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses eine „Gnadenfrist“ erhalten.<sup>957</sup> Man habe beschlossen, das Gutachten über die Asbestsanierung abzuwarten. Erst dann stünde fest, was vom dem Gebäude noch übrig bleibe. „Wenn der Palast der Republik abgerissen wird, sollte nach Ansicht Diepgens und des Bundeskanzlers Kohl (CDU) als Ersatz ein Gebäude in den Ausmaßen und mit der Fassade des von der DDR gesprengten Stadtschlusses errichtet werden.“<sup>958</sup>

Innerhalb der nächsten zwei Jahre müsse eine Entscheidung über den Schlossplatz fallen, habe laut *taz* Diepgen erklärt.<sup>959</sup> Das Gelände am Palast der Republik müsse in absehbarer Zeit gestaltet werden. Dort klaffe „[...] eine Wunde im Herzen der Stadt, die die Urbanität, die Vitalität der Innenstadt negativ beeinträchtigt.“<sup>960</sup> Gebaut werden solle „unter Verwendung historischer Vorbilder“, meldet die *taz*.

Die 1995 aus dem Palast geräumten 16 großformatigen Bilder wurden im Deutschen Historischen Museum ausgestellt. Die *JW* dokumentiert Eintragungen der Besucher in das Gästebuch kommentarlos. Auffallend oft wird dabei die Öffnung des Palastes gefordert.<sup>961</sup>

Ende Februar veröffentlicht die *taz* ein Gespräch mit dem Stadtentwicklungssenator Peter Strieder (SPD). Bezugnehmend auf die Forderung von Diepgen erklärt Strieder, es gebe auf dem Schlossplatz keinen akuten Handlungsbedarf.<sup>962</sup> Für eine Bebauung brauche man mindestens eine Milliarde Mark und die habe weder das Land Berlin noch der Bund. „Selbst wenn es ein Nutzungskonzept gebe, wird es für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre keine Finanzierungsmöglichkeit geben – weder für den Wiederaufbau des Schlosses noch für ein modernes Gebäude.“<sup>963</sup> Man müsse vielmehr mit dem Gelände so umgehen, wie es jetzt sei. Der Platz müsse entsiegelt und begrünt werden, die Nutzung als Rummelplatz müsse man beenden. In Leichtbauweise könne dort eine Ausstellungshalle und ein Café errichtet werden, um daraus einen attraktiven Ort zu machen. Das sei ein Provisorium und solle als Provisorium angelegt werden.<sup>964</sup> Provisorisch erhalten werden müsse auch der Palast, so Strieder. Im Übrigen wundere es ihn, wie Konservative mit diesem „nationalen Denkmal“ umgingen, in dem die deutsche Wiedervereinigung besiegelt worden sei. „Dass man ein für die jüngere

---

<sup>954</sup> Vgl. ebd.

<sup>955</sup> Vgl. Holl, Thomas: Investoren für Bauakademie gesucht. In: *Die Welt*, 31.01.1996, s. S. 18.

<sup>956</sup> Vgl. ebd.

<sup>957</sup> Vgl. Holl, Thomas: Gnadenfrist für den Palast. Nutzungskonzept für Schlossplatz wird erarbeitet. In: *Die Welt*, 01.02.1996, s. S. 18.

<sup>958</sup> Ebd.

<sup>959</sup> Vgl. Schlossplatz. In: *taz*, 20.02.1996, s. S. 21.

<sup>960</sup> Ebd.

<sup>961</sup> Vgl. Norden, Johnny: Dürfen Kommunisten träumen? Was die Besucher einer Ausstellung mit Bildern aus dem Palast der Republik ins Gästebuch eintragen. In: *JW*, 26.02.1996, s. S. 13.

<sup>962</sup> Vgl. Pötter, Bernhard, Nowakowskis, Gerd: „Mit mir gibt es am Zoo keine Hochhäuser“. Interview mit Peter Strieder (SPD), Senator für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie: Schlossplatz soll fünfzehn Jahre „Provisorium“ bleiben. „Regierungsghetto“ am Spreebogen „für eine moderne Demokratie“. In: *taz*, 28.02.1996, s. S. 23.

<sup>963</sup> Ebd.

<sup>964</sup> Vgl. ebd.

deutsche Geschichte wichtiges Gebäude abreißen will, aber jeden Preußenstuhl erhalten möchte, kann ich nicht verstehen.“<sup>965</sup>

Das *ND* berichtet über die geplanten Feierlichkeiten zum 20. Jubiläum des Palastes.<sup>966</sup> Das Aktionsbündnis „Macht den Palast auf“ lade zu einer Party am 23. April 1996 auf den Schlossplatz. Das Fest solle keine Nostalgieveranstaltung sein sondern zeigen, was in dem Bauwerk an Möglichkeiten stecke, so das *ND*. Man wolle zeigen, dass Berlin den Palast brauche. In einer von der PDS einberufenen Anhörung habe der Architekturhistoriker Wolfgang Ribbe gesagt, der Palast sei „kein sozialistisches Schloss als Herrschaftsgebäude“ gewesen, sondern ein „für jedermann geöffnetes Volkshaus und Kongressgebäude“.<sup>967</sup> Bezüglich der Asbestsanierung gebe es keine neuen Erkenntnisse: Während die Firma Tepasse die Totalsanierung verteidige, meine Jürgen Dieckmann von der Vereinigung asbestsachverständiger Architekten und Ingenieure, der giftige Baustoff müsse nicht überall entfernt werden, sondern könnte auch durch Beschichtung und räumliche Trennung unschädlich gemacht werden.<sup>968</sup>

Für die *JW* zeigte sich bei der Anhörung eine „Furcht vor dem Palast der Republik“.<sup>969</sup> Waigel habe das Betreten des Palastes damit begründet, dass man ohne Strom fensterlose Zimmer nicht begehen könne und dass Deckenplatten herabstürzen könnten. Knapp dem Tode seien also die Parlamentarier entronnen, spottet die *JW* über die Vorsichtsmaßnahmen. Im Weiteren bestätigt auch die *JW* konträre Ansichten über die Asbestsanierung. Ob der Bau bestehen werde, sei nach wie vor unklar geblieben, schreibt die *JW*.

Im April verkündet Strieder auch offiziell, was er bereits in der *taz* gesagt hatte: Der Schlossplatz müsse „provisorisch den Berlinern zurückgegeben werden“, sagte Strieder am 17. April 1996 im Abgeordnetenhaus.<sup>970</sup> Die Asbestsanierung dürfe nur unter dem Aspekt weiterer Nutzungsüberlegungen geschehen, meinte der Senator.

Die Aussagen Strieders wurden eine Woche später von Töpfer (Bund) und Diepgen (Land) mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, schreibt die *taz* und sieht den Senator auf „Crashkurs“.<sup>971</sup> Sein Vorstoß verhallte zunächst ohne weitere Reaktionen.

Eine Konfrontation zwischen Strieder, seinem Staatssekretär Stimmann und Berliner CDU sieht auch das *ND* heraufziehen.<sup>972</sup> Unruhe sei auf der Bank der CDU ausgebrochen, als Strieder den Palast eine „bedeutende historische Stätte der Bundesrepublik“ und ein „Symbol für die Teilung und Wiedervereinigung“ genannt habe.<sup>973</sup> Mehr Ärger bekam Stimmann, der das Gebäude „denkmalwert“ bezeichnet habe, so das *ND*.

Einen Tag vor dem „Geburtstag“ des Palastes schreibt das *ND* eine umfassende „Laudatio“ auf den „Totgesagten“.<sup>974</sup> Der Einstieg erfolgt über ein Projekt der „Westberliner Kulturmanagement-Studentin“ Kirsten Heidler. Diese habe „wirklich“ nach Negativstimmen über den Palast gesucht, aber nichts dergleichen gefunden. Diese Vielfalt an Veranstaltungen,

---

<sup>965</sup> Ebd.

<sup>966</sup> Vgl. Kammer, Bernd: „Der Palast wird in Berlin gebraucht“. Jubiläumsfest auf dem Schlossplatz. Gestern Anhörung von Abgeordneten. In: *ND*, 18.04.1996, s. S. 17.

<sup>967</sup> Ebd.

<sup>968</sup> Vgl. ebd.

<sup>969</sup> Vgl. Kupfer, Robby: Furcht vor dem Palast der Republik. Expertenanhörung zu Asbestbelastung durfte nicht vor Ort stattfinden und brachte konträre Ereignisse. In: *JW*, 19.04.1996, s. S. 04.

<sup>970</sup> Vgl. Neue Kneipen im Asbestpalast? Senator Strieder will den Palast der Republik öffnen. In: *taz*, 18.04.1996, s. S. 21.

<sup>971</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Strieder beim Palast auf Crashkurs. Die Idee des Stadtentwicklungssenators, den Palast der Republik zu erhalten und für eine Übergangszeit zu öffnen, stößt in Bonn und im Senat auf Widerstand. Bald „Teilnutzung“ des Gebäudes? In: *taz*, 26.04.1996, s. S. 25.

<sup>972</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Kommt der Denkmalschutz dem Palast zu Hilfe? Senator Strieder: bedeutende Stätte der Bundesrepublik. Streit um Asbestsanierung geht weiter. In: *ND*, 19.04.1996, s. S. 17.

<sup>973</sup> Vgl. ebd.

<sup>974</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Vom „Palazzo Prozzo“ zum Centre Pompidou. Kirsten Heidlers Erkenntnisse über 20 Jahre Palast der Republik. In: *ND*, 22.04.1996, s. S. 03.

so etwas habe sie aus dem Westen gar nicht gekannt. Der Bau sei jedenfalls kein „Hort der SED-Diktatur“ gewesen, pflichtet das *ND* der Studentin bei.<sup>975</sup> Inzwischen werde der Palast mit dem Centre Pompidou verglichen, meint das *ND*, was aber die Abriss-Hardliner nicht störe. So bezeichne CDU-Fraktionschef Lewandowsky den Bau als „architektonische Umweltsünde“. Der Abrissbeschluss vom 23. März 1993 ticke daher weiter, meint das *ND* und referiert erneut die widersprüchliche Faktenlage zur Asbestsanierung.

Erneut Thema wird der Palast bei einem öffentlichen Oppositionsgespräch zwischen den Grünen und der PDS in Berlin, über das die *taz* berichtet.<sup>976</sup> „In der Sache waren sich die PDS-Landesvorsitzende Petra Pau und der PDS-Fraktionsvorsitzende Harald Wolf auf der einen sowie die Bündnisgrüne Fraktionsvorsitzende Sibylle Klotz und die Abgeordnete Renate Künast auf der andern Seite schnell einig. Der Palast der Republik müsse erhalten werden, als Ort der Begegnung im Zentrum der Deutschen Hauptstadt.“ Einzig bei der historischen Bewertung des Gebäudes zeigten sich schnell die Meinungsverschiedenheiten. Klotz rief ins Gedächtnis, dass Zensur im Palast der Republik an der Tagesordnung war. Zwar wurde der Bau als „Volkshaus“ gelobt, aber Klotz gab auch zu bedenken, dass jeder Beitrag, der dort aufgeführt wurde, als Teil der staatlichen Kulturpolitik zuvor an höherer Stelle genehmigt worden war. Harald Wolf räumte ein, dass sich seine Partei damit schwer tue.<sup>977</sup> Künast sprach daher auch von einem „Glaubwürdigkeitsdefizit“ der PDS.

Den Vorschlag Strieders, den Bundesrat in die Volkskammer des Palastes umziehen zu lassen, beschreibt das *ND*.<sup>978</sup> Es berichtet in diesem Zusammenhang auch über eine Veranstaltung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, auf der Bruno Flierl gesagt habe, die Diskussion über diesen „wichtigen Ort“ werde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Es gebe noch lange keinen Konsens über die Nutzung des Schlossplatzes, konstatiert das *ND*. Die Forderung Strieders, sich für den Platz Zeit zu nehmen, sei von v. Boddien mit den Worten kritisiert worden, Berlin müsse auch mal Eier legen und nicht nur gackern.<sup>979</sup>

Dann spricht die *taz* mit dem neuen Bausenator Jürgen Klemann (CDU) und fragt ihn umgehend nach seiner Meinung zu Strieders Vorstoß. Er halte nichts von einer Teilöffnung des Palastes, antwortete Klemann der *taz*.<sup>980</sup> Denn die Asbestsanierung werde jetzt beginnen und danach bleibe nur noch ein Stahlgerippe vom Palast stehen. „Was man dann macht, ist noch nicht entschieden. Den Palast allerdings in der Form wieder aufzubauen, wie man ihn jetzt hat, hielte ich für absurd.“<sup>981</sup> Klemann sei auch dagegen, den Palast in eine Schlossfassade zu integrieren. Allerdings sei es richtig, „mit langem Atem“ an den Schlossplatz heran zu gehen, um am Ende eine Lösung zu haben, die von den Berlinern auch akzeptiert werde. Im Übrigen sei er für den Aufbau des Schlosses: „Ich halte die Schlossfassade städtebaulich für das einzig richtige Pendant zum Dom. Das Innenleben, die Nutzung des Stadtschlusses ist dagegen noch offen, ebenso die Finanzierung“<sup>982</sup>, so Klemann in der *taz*.

---

<sup>975</sup> Vgl. ebd.

<sup>976</sup> Vgl. Seils, Christoph: Vom linken Reformprojekt entfernt. Erste öffentliche Gesprächsrunde zwischen Bündnisgrünen und PDS. Für den Erhalt des vom Abriss bedrohten Palastes der Republik waren alle. Damit aber erschöpften sich schon die Gemeinsamkeiten. In: *taz*, 15.05.1996, s. S. 23.

<sup>977</sup> Vgl. ebd.

<sup>978</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Strieder will Bundesrat in den Palast umziehen lassen. Über die Mitte Berlins gibt's noch längst keinen Konsens. Diskussionsrunde der Friedrich-Ebert-Stiftung. In: *ND*, 24.05.1996, s. S. 17.

<sup>979</sup> Vgl. ebd.

<sup>980</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf, Nowakowski, Gerd: „Wenn jeder sich ein Denkmal setzt geht das nicht“, glaubt Jürgen Klemann (CDU). Trotzdem wünscht sich der Bausenator eine Schlossfassade als das „einzig richtige“ Pendant zum Dom. In: *taz*, 30.05.1996, s. S. 23.

<sup>981</sup> Ebd.

<sup>982</sup> Ebd.

Erst im Mai meldet sich die *FAZ* wieder zum Thema Schlossplatz. Sie konstatiert in einem längeren Beitrag<sup>983</sup> im Politikteil, es fehle den Berlinern an Kraft für ein neues Herz. Der Beitrag erscheint nicht zufällig. Wie nach einer Einleitung berichtet wird, solle am Erscheinungstag mit Vertretern des Bundes und des Landes Berlin über die „künftige Nutzung“ des Ortes beraten werden.<sup>984</sup> Leithäuser bedauert, dass der Bund nicht den politischen Willen habe, in der Mitte ein „neues, kräftiges Herz“ in Form eines wichtigen Staatsorgans zu implantieren. Zwar wäre die Niederlassung des Bundesrates dem Ziel, einen Ort der Repräsentation und Identifikation zu schaffen am nächsten gekommen, aber auch dieser Ansatz blieb nur eine Idee. Die an der Debatte beteiligten wanderten im Kreis, bedauert Leithäuser. Allerdings gewannen nun in dieser Pattsituation diejenigen an Terrain, die für den Wiederaufbau der alten Schlossfassade stritten. Kritisch bemerkt Leithäuser, viele der Fassadenstreiter argumentierten lieber mit Ansichten als mit Inhalten; „[...] sie verlangen die Fassade als Komplettierung des barocken Stadtbildes Unter den Linden.“<sup>985</sup> Eine politische Motivation „einiger“ Palastgegner kann Leithäuser indes nicht absprechen: Die Rückkehr des Schlosses böte einigen den „[...] letzten symbolischen Sieg über die Zwischenherrschaft des SED-Regimes“<sup>986</sup>, das den Bau sprengte. Auf der anderen Seite aber stünde die PDS mit ihren „ideologischen Truppen“, die den Ort verklärten. Die Grünen wollten den Bau als historisches Mahnmal erhalten. Leithäuser bemerkt, dass aus dem Blickwinkel des Bundesbauministers und des Regierenden Bürgermeisters der Palast schon „länger verschwunden“ sei. Beide kalkultierten mit einem Abriss des Baus, nachdem er durch die Asbestsanierung bis auf einige Stahl- und Betonträger entkernt sei. Doch wie immer die Gespräche über die Nutzung ausgingen, sie müssten von weiteren Gremien bestätigt werden, um wirksam zu sein. Welche diese Gremien sind, sagt Leithäuser nicht, fügt aber hinzu, dass selbst die Berliner Regierung in dieser Frage nicht einheitlich sei. Bausenator Klemann (CDU) sei beispielsweise für die Schlossfassade, während Stadtentwicklungssenator Strieder (SPD) dagegen argumentiere. Vielleicht, so Leithäuser abschließend und nicht ohne Spott, sei es das Klügste, „alle Vergangenheit an diesem Ort nebeneinander zur Geltung zu bringen“<sup>987</sup>.

Auch die *Welt* berichtet über den koalitionsinternen Streit zwischen Klemann und Strieder.<sup>988</sup> Die Zeitung wisse, dass es schon „seit langem“ einen Konsens zwischen Bund und Land gebe, wonach auf dem Schlossplatz eine „Mischnutzung“ wie im Centre Pompidou entstehen solle. Nur bezüglich der baulichen Form und in Hinblick auf den Einsatz öffentlicher Mittel sei man sich noch nicht einig, berichtet die *Welt*.<sup>989</sup>

Tags darauf berichtet die *FAZ* in einem Artikel<sup>990</sup> auf Seite zwei über die Ergebnisse der Gespräche vom 31. Mai 1996. Demnach sei man zu dem Ergebnis gekommen, eine Nutzungsmischung aus Hotel, Bibliothek, Konferenzzentrum, Geschäften, Restaurants und Ausstellungsflächen zu realisieren. Der Repräsentant des Bundes, Bundesbauminister Töpfer, habe jedoch betont, dass mit den genannten Kernelementen das Nutzungskonzept nicht erschöpft sei. Das Nachdenken darüber, was an diesem Ort gemacht werden könne, sei nicht abgeschlossen. Eine Konsequenz des Nutzungskonzepts sei es, den Palast größtenteils abzureißen. Als „denkmalpflegerischen Aspekt“ bezeichnete Diepgen den möglichen Erhalt

---

<sup>983</sup> Vgl. Leithäuser, Johannes: Palastbewahrer, Schlossbeschwörer. Für ein neues Herz fehlt den Berlinern die Kraft. In: *FAZ* Nr. 125, 31.05.1996, S. 04.

<sup>984</sup> Vgl. ebd.

<sup>985</sup> Ebd.

<sup>986</sup> Ebd.

<sup>987</sup> Ebd.

<sup>988</sup> Vgl. Schuler, Ralf: Mischnutzung für Schlossplatz. Beschluss des Gemeinsamen Ausschusses noch nicht in Sicht. In: *Die Welt*, 31.05.1996, S. 19.

<sup>989</sup> Vgl. ebd.

<sup>990</sup> Vgl. Eine „angemessene Nutzungsmischung“ für den Platz zwischen Berliner Dom und Staatsratsgebäude. Der Palast der Republik wird größtenteils abgerissen. Diepgen spricht zugleich von denkmalpflegerischen Aspekten. Ein Berliner Kompromiss. In: *FAZ* Nr. 126, 01.06.1996, S. 02.

des Sitzungssaals der DDR-Volkskammer, da dort das „letzte frei gewählte DDR-Parlament den Beitritt zur Bundesrepublik beschlossen“<sup>991</sup> habe. Doch mit dem Beschluss zum Palastabbriss sei nicht automatisch ein Wiederaufbau der Schlossfassade verbunden. Vielmehr solle die Neubebauung mit Hilfe eines Wettbewerbs bestimmt werden, in dem „zeitgenössische Lösungen, Rekonstruktionen und Teilrekonstruktionen der historischen Situation“ miteinander konkurrierten. Beschlossen habe man auch eine „Zwischennutzung“ des Baus. Senator Strieder, Erklärter Gegner der Schlossfassade, habe die Aufgabe bekommen, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Vom Tisch sei der Einzug des Bundesrates in den Palast, wie auch die Vorstellung, die Öffentliche Hand werde ohne privates Kapital auf dem Schlossplatz bauen. Über einen konkreten Zeitplan bezüglich der Neubauten berichtet die *FAZ* nichts. Töpfer habe vorgerechnet, dass in den nächsten zwei Jahren – also bis 1998 – die Asbestsanierung abgeschlossen werde. Diepgen brachte laut *FAZ* seine Hoffnung über eine „zeitnahe“ Bebauung zum Ausdruck, während Strieder mit einer „längeren Zwischennutzung“ rechnete.

Die *Welt* berichtet über die Sitzung, man habe sich dem Problem „von hinten“ genähert: Die geplante Nutzung habe gezeigt, dass der Palast zu klein wäre – daher gehe man von einem „Gebäudekomplex“ aus, dass mit öffentlichen und privaten Mitteln errichtet werden solle.<sup>992</sup> Daher heißt es in einem anderen Beitrag ganz offen, der Palast werde „größtenteils“ abgerissen.<sup>993</sup>

Die Planungen des Gemeinsamen Ausschusses Bund/Berlin seien nach „vielfältigen Irrungen“ endlich auf den rechten Weg gebracht, kommentiert die *Welt* das Ergebnis.<sup>994</sup> Denn das neue Gebäude auf dem Grundriss des Schlosses könne eine geradlinige „Verbindung zwischen Vergangenheit und Zukunft“ schaffen. Der Bau würde der Geschichte des Ortes gerecht – auch des 40 Jahre währenden „Ausrutschers in die sozialistische Zwangsherrschaft“. Es sei ein „Signal der Gerechtigkeit“, wenn der Palast verschwinde wie das DDR-Regime. Einzig der Sitzungssaal der Volkskammer, in dem die Wiedervereinigung beschlossen wurde, solle erhalten bleiben. In einer pulsierenden Mitte könnte jene Wunde verheilen, die „Hitlers Krieg“ und „Ulbrichts Schergen“ ihr geschlagen haben. „Und die Mitte Berlins wäre wieder die Mitte Deutschlands.“<sup>995</sup>

Das *ND* schreibt, Diepgen habe in dem Abgeordnetenhaus bekräftigt, den Palast abzureißen und das Schloss „weitgehend“ wieder aufzubauen.<sup>996</sup> Ein „Volksvergnügen“ werde es daher „nie mehr“ geben, schreibt das *ND*. Während Grüne und PDS im Abgeordnetenhaus eine „breite Diskussion“ über die Nutzung des Platzes gefordert hätten, habe der CDU-Abgeordnete Uwe Lehmann-Brauns erwidert, der Palast sei ein „Stück gebaute Westsehnsucht“ gewesen, die man nun nicht mehr brauche.<sup>997</sup>

Erst im August publiziert die *FAZ* wieder einen Feuilletonartikel<sup>998</sup> über die Schlossplatzdebatte. In diesem beschwert sich Speicher über die provinzielle Denkweise der Berliner Verantwortlichen. So werde neuerdings mit dem sogenannte „Kiezedanken“ argumentiert, als ob der Staat in der Berliner Mitte Heimatgefühle zu befriedigen hätte, wie etwa in einem Wohngebiet. Das sei falsch, wie auch das von der Berliner CDU praktizierte

---

<sup>991</sup> Ebd.

<sup>992</sup> Vgl. Schuler, Ralf: Das föderale Herz der Hauptstadt. An die Stelle des Palastes der Republik kommt ein Kongress-Zentrum, so groß wie das Stadtschloss. In: *Die Welt*, 01.06.1996, s. S. 02.

<sup>993</sup> Vgl. Palast der Republik wird größtenteils abgerissen. In: *Die Welt*, 01.06.1996, s. S. 01.

<sup>994</sup> Vgl. Schmah, Hans-J.: Berlin, die Mitte. In: *Die Welt*, 03.06.1996, s. S. 02.

<sup>995</sup> Ebd.

<sup>996</sup> Vgl. Müller, Michael: Nie mehr Volksvergnügen. Diepgen: Schloss weitgehend wieder aufbauen. In: *ND*, 07.06.1996, s. S. 01. und: Müller, Michael: CDU: kein Schlossplatz ohne Schloss. Abgeordnetenhaus debattiert einmal mehr über Schicksal des Palastes der Republik. In: *ND*, 07.06.1996, s. S. 17.

<sup>997</sup> Vgl. ebd.

<sup>998</sup> Vgl. Speicher, Stephan: Ganz Berlin ist eine Laube. Vom Hören auf das Volksgemurmel oder Das endlose Hin und Her um den Palast der Republik. In: *FAZ* Nr. 181, 06.08.1996, s. S. 35.

„fortwährende Hören auf das Volksgemurmel“<sup>999</sup>. Denn der Schlossplatz gehöre ganz Berlin „oder auch der Republik“. Speicher beschwört das Besondere des Hauptstadtstatus: „Wenn Berlin Hauptstadt werden will, wenn die Stadt sich überhaupt entwickeln will, kann sie nicht das Herumtappen in Pantoffeln und Jogginganzug zu ihrem Ideal machen.“<sup>1000</sup> Besonders nicht an „prominentesten Plätzen“. Daher sei der Wiederaufbau des Schlosses „gewiss eine große Sache“, meint Speicher, jedoch noch nicht sicher. Baute man einen modernen Bau in Schlosskubatur, befürchtet Speicher das Entstehen einer „inzwischen reichlich geübten Langweiligkeit.“<sup>1001</sup> Wenn man sich aber doch für das Schloss durchringen werde, drohe die „große Idee“ durch einen geringen Zweck verdorben zu werden. Denn das der Regierung vorschwebende Kongresszentrum mit Hotel und Gästehaus sei entsetzlich langweilig und da notwendigerweise exklusiv, vor allem für die Schlossgegner schwer zu vermitteln. Speicher macht daher den Vorschlag, den Schlossbau der aus allen Nähten platzenden Humboldt-Universität zur Verfügung zu stellen. Diese Nutzung würden wahrscheinlich auch die Palastbefürworter akzeptieren, meint Speicher.

Die Ergebnisse des Gesprächs werden auch von der *taz* bearbeitet. Erneut verkündet sie das „Totengeläut“ des Palastes, da dieser nicht mehr in seiner alten Form wieder aufgebaut werde.<sup>1002</sup> Auch Strieder, der eine Zwischennutzung ins Gespräch gebracht hatte, solle sich zufrieden gezeigt haben; eine Rekonstruktion des Schlosses sei nämlich nicht gefordert worden. Drei Tage später berichtet die *taz* erneut von der Initiative, die den Palast „sanft belagern“ und damit seine Öffnung erzwingen wolle.<sup>1003</sup> Doch die *taz* protestiert auch selbst mit einem bissigen Kommentar zum Abrissbeschluss des Palastes. Dort heißt es, die Diskussion um den Palast der Republik sei stets eine „Mogelpackung“ gewesen.<sup>1004</sup> Jene, die den Abriss wollten, argumentierten, dass die Asbestsanierung zu teuer, der Bau misslungen sei. Aber darum sei es nie gegangen. „Der Palast-Abriss war stets eine Frage politischer Symbolik. Und der nun endgültig beschlossenen Abriss heißt: In der repräsentativen Mitte der Hauptstadt darf nichts an die DDR erinnern. Das ist ein Revanchefoul des Westens am Osten, dem man die DDR nicht verzeiht.“<sup>1005</sup> Dabei habe die Methode, Gebäude für unliebsame Vergangenheit haftbar zu machen, gerade an diesem Ort trübe deutsche Tradition. Ulbrichts Sprengung 1950 sei wie eine magischen Beschwörung gewesen. „Dieppen & Co“ kopierten den engstirnigen DDR-Umgang mit Geschichte unbewusst bis ins Detail, meint die *taz*. So werde Geschichte zum Steinbruch. Über den zu erwartenden Neubau meint die *taz*, man könne ihn sich schon vorstellen: „Glas, Stahl, teuer, postmodern“. Nur das Jetzt zähle, das sich selbst feiern dürfe. „Das Gestern, das anders war, gehört abgeräumt. Darin kommt die miefige und narzisstische Unfähigkeit zum Ausdruck, Differenzen auszuhalten“<sup>1006</sup>, resümiert die *taz* den Abrissbeschluss.

Auch die ZEIT beklagt den Abrissbeschluss als großen Fehler für die Stadt.<sup>1007</sup> Zwar wisse niemand, was man dort hinbauen wolle – außer einer Ausflucht „christlicher Konservativer“, die das Schloss rekonstruieren wollten. Das sei eine „absurde Vorstellung“. Was statt dessen geplant sei, sei ein „lächerlich langweiliges Allerweltsprogramm“. „Und begreift denn keiner von ihnen, dass es an dieser Stelle ebenso demoralisierend wie republikverächtlich wirkt, jetzt

---

<sup>999</sup> Ebd.

<sup>1000</sup> Ebd.

<sup>1001</sup> Ebd.

<sup>1002</sup> Vgl. Telegramm. Berlins Palazzo Prozzo muss weichen. In: *taz*, 01.06.1996, s. S. 02 und: Weiland, Severin: „Schlosshotel“ anstelle Palast. Bundesregierung und Senat sind einig: An die Stelle des Palasts der Republik soll ein Konferenzzentrum und ein Hotel. Gestaltung ist unklar. In: *taz*, 01.06.1996, s. S. 26.

<sup>1003</sup> Vgl. Berlin. Protest für Palast. In: *taz*, 03.06.1996, s. S. 04.

<sup>1004</sup> Vgl. Reinecke, Stefan: Der Ostberliner Palast der Republik wird abgerissen. Miefig, provinziell, deutsch. In: *taz*, 03.06.1996, s. S. 10.

<sup>1005</sup> Ebd.

<sup>1006</sup> Ebd.

<sup>1007</sup> Vgl. Sack, Manfred: Traurige Berliner Posse. In: DIE ZEIT Nr. 24, 07.06.1996, s. S. 40.

schon nach ´privaten Investoren´ zu schielen? Was soll noch ein ´Kongresszentrum`, das es an anderer Stelle unheimlich groß bereits gibt? Was ´ein Hotel`, hier in der Berliner Mitte, die von teuren Hotels längst überfüllt ist?“<sup>1008</sup> Der Staat denke nur an den Investor, statt an Urbanität auf dem „prominentesten Platz der Republik.“ Wüst sei der Platz und wüst sei die Leere in den Köpfen.

In der gleichen Ausgabe kritisiert die ZEIT den „geheiligten Sachzwang“, mit dem man in Berlin den Palast abräumen wolle, weil man ästhetisch nicht zu argumentieren wage.<sup>1009</sup> „Artikuliert sich so die Berliner Republik? Oder doch noch die alte Bonner Misere?“<sup>1010</sup>, fragt die ZEIT.

Noch im gleichen Monat poltert die *taz* erneut gegen das politische Establishment. Anlass ist der fünfte Jahrestag des Beschlusses, Berlin wieder zur Hauptstadt zu machen. Viel zu wenig sei geschehen, konstatiert die *taz*.<sup>1011</sup> Die „Heckenschützen der Bonner Entscheidung“, gezielte Verzögerungen bei der Umzugsgestaltung in den Jahren 1992 und 1993 sowie die Entmündigung der Bürger bei der Hauptstadtplanung seien Anfangs zu beobachten gewesen. Das Wort von der „Verschwaetzerung“ des Umzugs habe die Runde gemacht. „Statt schnell und unbürokratisch die Koffer zu packen, klebten die Staatsbeamten und Parlamentarier mit ihrem Hintern satt auf ihren Sitzen mit Blick auf den Rhein.“<sup>1012</sup> Mit Töpfer sei vieles besser geworden – vielleicht zu viel, denkt man an die Abriss und Abrissdrohungen der Hinterlassenschaften des sozialistischen Städtebaus am Schlossplatz. Nach wie vor laute die Perspektive: Demokratisierung der Planung und termingerechter Umzug.<sup>1013</sup>

Im Juli steht der Nachfolger von Stimmann fest: Es ist die Architektin Barbara Jakubeit. In einem Portrait der *taz*<sup>1014</sup> wird sie als eine Frau beschrieben, die Glas und Stahl aufgeschlossener gegenüberstünde als ihr Vorgänger. Ob sie aber der Stadt ihren Stempel aufdrücken werde, sei nicht sicher, da ihr Dienstherr, Bausenator Jürgen Klemann (CDU) keinen Zweifel erkennen lasse, die Berliner Mitte am „liebsten mit preußischen Stuckelementen voll kleben zu wollen.“<sup>1015</sup> Die ersten Konflikte warteten daher schon auf Jakubeit. Es gehe dabei um so wichtige Richtungsentscheidungen, ob die Akademie der Künste am Pariser Platz mit Glas bauen dürfe und ob am Schlossplatz die Fassade des Hohenzollernschlosses wieder errichtet werden solle.

Im Juli widmet die *taz* erneut einen Artikel der Frage nach der notwendigen Asbestsanierung.<sup>1016</sup> So habe man inzwischen ein Verfahren entwickelt, mit der man den Palast problemlos und billig sanieren könnte, ohne ihn abreißen zu müssen. Bei einem bei der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) entwickelten Verfahren komme beispielsweise eine spezielle Dispersionsfarbe zum Einsatz, die auf die Asbestoberfläche gestrichen werde. Damit werde eine mögliche Verbreitung von Asbestfasern in der Luft auf ein unbedenkliches Maß reduziert. Es falle auch kein kontaminierter Bauschutt an. Das Verfahren habe seine Vorzüge auch in der Praxis bewiesen. So sei die Sanierung asbestbelasteter Räume im Berliner ICC nach dieser Methode erfolgt. Allerdings verdienten die Baufirmen nicht gut mit diesem Verfahren, daher verschwinde es in den Schubladen des

---

<sup>1008</sup> Ebd.

<sup>1009</sup> Vgl. Hartung, Klaus: Der Schloss-Putsch. In: DIE ZEIT Nr. 24, 07.06.1996, s. S. 14.

<sup>1010</sup> Ebd.

<sup>1011</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: 20. Juli 1991. In: *taz*, 20.06.1996, s. S. 21.

<sup>1012</sup> Ebd.

<sup>1013</sup> Vgl. ebd.

<sup>1014</sup> Vgl. Rada, Uwe: Das Portrait. Keine Absaufmadam. Barbara Jakubeit. In: *taz*, 05.07.1996, s. S. 12.

<sup>1015</sup> Ebd.

<sup>1016</sup> Vgl. Kostengünstige Asbestsanierung im Abseits. Ein billiges und sicheres Verfahren wird nicht angewandt, obwohl dies die Landeskasse entlasten würde. Baufirmen verdienen an Teilabrissen mehr. In: *taz*, 06.07.1996, s. S. 32.

Senats. Klar sei daher auch, dass der Abriss des Palastes eine politische und nicht eine technische Entscheidung gewesen sei, ist sich die *taz* sicher.<sup>1017</sup>

Die *JW* weiß derweil von der Gründung einer neuen Initiative zur Rettung des Palastes.<sup>1018</sup> Fünf Stadtplaner hätten sich zusammengetan, weitere 70 seien ihnen gefolgt. Namentlich wird Simone Hain als Mitinitiatorin genannt und als Mitarbeiterin des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner vorgestellt. Gegenüber der *JW* habe Hain gesagt, man wende sich an Spezialisten aus dem Westen, um dem Protest „seine Einseitigkeit als Ost-West-Konflikt“ zu nehmen.<sup>1019</sup>

Über einen weiteren Rettungsversuch berichtet die *taz*<sup>1020</sup> noch im Juli. Demnach habe die PDS-nahe Bezirksbaustadträtin Karin Baumert erklärt, das Bezirksamt habe die Eintragung des Palastes in die Denkmalliste beantragt. Sie berufe sich dabei auf ein bauhistorisches Gutachten, meldet die *taz*. Vier Tage später zitiert die *taz* Baumert, weil Strieder inzwischen die Neugestaltung des Lustgartens angekündigt hatte.<sup>1021</sup> Eine angestrebte „separate Entscheidung“ zum Lustgarten sei „kurzsichtig“, sagte Baumert in der *taz*. Denn unklar sei, was mit dem Schlossplatz oder der Bauakademie passieren werde. Die Baustadträtin habe daher dafür plädiert, die Lustgartenplanung noch „ruhen“ zu lassen und sich auf die andere Straßenseite – den Schlossplatz und seine Umgebung – zu konzentrieren.<sup>1022</sup>

Neues von der Asbestfront berichtet die *taz* unter Berufung auf andere Zeitungen.<sup>1023</sup> Demnach habe bereits 1979 die Arbeitshygieneinspektion des Ostberliner Magistrats auf die Gefahr der Freisetzung von Asbestfasern hingewiesen und gefordert, die schadhafte Stellen zu sanieren. Dafür sei eine viermonatige Schließung vorgesehen gewesen. „Dazu kam es nach Aussage eines Mitarbeiters des Palastes aber nie, weil auf Druck des SED-Zentralkomitees immer neue Veranstaltungen ins Programm genommen werden mussten.“<sup>1024</sup>

Der Abbruch des geplanten Wiederaufbaus der Bauakademie, hervorgerufen durch fehlende Investoren, veranlasst die *taz* zu einem Kommentar.<sup>1025</sup> Durch fehlende Absprachen zwischen Bund und Berlin und mehr noch durch fehlende Nutzungskonzepte sei wieder eine weitere „begrünte“ Brache entstanden. „Wie schön, wie unnötig.“<sup>1026</sup> Auch auf dem früheren Gelände des Stadions der *Weltjugend*, das für die geplatzten Olympiaträume abgerissen wurde, hoppelten die Kaninchen über die Grasnarben. „Und wenn dem Senat gemeinsam mit dem Bund nicht bald einfällt, was mit dem Palast der Republik zu tun ist, wird dort geradewegs Europas größte Platzanlage entstehen, so öde, so weit, so leer.“<sup>1027</sup> Der Weg sei hinlänglich bekannt: Bilder, Abriss, kein Investor, Brache, klagt die *taz*.

Im August veröffentlicht die *taz* ein langes Gespräch mit der neuen Baudirektorin Jakubeit.<sup>1028</sup> In aller Ausführlichkeit spricht sie über die Probleme mit dem Schlossplatz und kündigt an, dort besonders eingreifen zu wollen, damit etwas „Tragfähiges“ entsteht. Zwar kenne sie das Nutzungskonzept des Ausschusses, aber eine zündende Idee sei noch nicht

---

<sup>1017</sup> Vgl. ebd.

<sup>1018</sup> Vgl. Allendorf, Leif: Glaswürfel mit historischer Dimension. Neue Initiative von Städteplanern und Denkmalpflegern gegen Abriss des Republikpalastes in Berlin. In: *JW*, 09.07.1996, s. S. 04.

<sup>1019</sup> Vgl. ebd.

<sup>1020</sup> Vgl. Berliner Telegramm. Denkmalschutz für Palast der Republik. In: *taz*, 11.07.1996, s. S. 22.

<sup>1021</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Lustgarten soll wieder Lust machen. Landschaftsarchitekten werden sich Lustgarten vornehmen. Wettbewerb in Vorbereitung. Baustadträtin warnt vor Eile. In: *taz*, 15.07.1996, s. S. 21.

<sup>1022</sup> Vgl. ebd.

<sup>1023</sup> Vgl. Asbest lange bekannt. Schon 1979 warnte Ost-Behörde vor Asbestgefahr im Palast der Republik. In: *taz*, 15.07.1996, s. S. 22.

<sup>1024</sup> Ebd.

<sup>1025</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Brachlandschaft. In: *taz*, 24.07.1996, s. S. 21.

<sup>1026</sup> Ebd.

<sup>1027</sup> Ebd.

<sup>1028</sup> Vgl. Rada, Uwe, Lautenschläger, Rolf: „Ich will nicht, dass man über Berlin lacht“. Interview mit der neuen Senatsbaudirektorin Barbara Jakubeit: Die Vielfalt der Stadt ist eine große Chance. Damit mehr Urbanität in der City entsteht, muss der Wohnanteil größer werden. In: *taz*, 16.08.1996, s. S. 27.

dabei, bemängelt sie. Der Palast aber sei deshalb nicht zu nutzen, weil er städtebaulich nicht ausreichend sei. „Was mich stört, ist, dass dieses Gebäude städtebaulich völlig falsch sitzt, dass es den völlig falschen Stadtraum gegenüber dem Lustgarten schafft. Dieser Platz vor dem Palast ist zu groß und dadurch unräumlich und unmaßstäblich. Dazu kommt, dass die umliegenden historischen Gebäude wie der Berliner Dom oder das Zeughaus sich einmal um das Schloss gruppiert haben. Der Abbruch des Schlosses bewirkte nicht nur den Verlust des Gebäudes, sondern auch die Zerstörung einer hochwertigen historischen städtebaulichen Situation. Um sie wiederzuerlangen, müssen wir also den Baukörper des Schlosses erneut schaffen.“<sup>1029</sup> Und sollte am Ende doch das Schloss gebaut werden, werde Jakubeit dafür Sorge tragen, dass nicht nur die Fassadenarchitektur gebaut werde. Denn ein Gebäude sei immer eine Einheit von Innen und Außen. Man dürfe dann nicht hinter historischen Fassaden noch zusätzlich Geschosse quetschen, weil es sich sonst nicht rechne: „Wenn tatsächlich unsere Architektengeneration diese `Schlacht` um die Mitte Berlins `verliert`, dann werde ich darauf drängen, dass der historische Bau in seiner Qualität wirklich ernst genommen wird“.<sup>1030</sup> Pure „Fassadenarchitektur“ sei mit Jakubeit nicht machbar, schreibt die *taz* in einem weiteren Artikel.<sup>1031</sup>

Dienstherr Jakubeits war Bausenator Klemann, zugleich Vorsitzender des größten Berliner CDU-Verbandes Zehlendorf. Das sei der eigentliche Grund für seine Ernennung zum Senator gewesen, behauptet die *taz* in einem Portrait Klemanns, in dem dieser sehr schlecht beurteilt wird.<sup>1032</sup> Doch im Streit um diverse Neubauten habe sich Klemann bislang auf die CDU-Fraktion verlassen können. Klemanns Bild von der Stadt entspreche den Wünschen des konservativen Milieus des bürgerlichen Westberlins: mehr Historismus, weniger Moderne. „Vehement plädiert er für die zumindest äußerliche Wiederherstellung des zu DDR-Zeiten gesprengten Schlosses. Angesichts solcher fast schon biedermeierlich anmutender Vorstellungen war es um so überraschender, dass ausgerechnet Barbara Jakubeit zur neuen Senatsbaudirektorin bestellt wurde. Nicht ohne Grund wurde gemutmaßt, die frühere Präsidentin der Bundesbaudirektion, modernen Entwürfen nicht abgeneigt, sei auf Wunsch von Diepgen und Bundesbauminister Töpfer Klemann zur Seite gestellt worden“<sup>1033</sup>, orakelt die *taz*.

Als „Chance für die Moderne“ bezeichnet die *Welt* die Meinung Jakubeits, auf dem Schlossplatz ein modernes öffentliches Haus zu errichten.<sup>1034</sup> Aber auch einen Wiederaufbau des Schlosses habe sie nicht ausgeschlossen.

Das *ND* meldet im August, mit der Sanierung werde bald begonnen und der Schlossplatz werde dann zu einer Containerburg umgebaut.<sup>1035</sup> Die Kosten der Sanierung seien aber nach wie vor unbekannt, bzw. „geheim“.

Die schnelle Umgestaltung des Schinkel Platzes an Stelle des abgerissenen DDR-Außenministeriums wird von der *Welt* in einem Kommentar gelobt.<sup>1036</sup> Kies, ein bisschen Gras, eine Bronzestatue – so lasse sich schnell und billig aus einer Brache ein Platz machen. Ganz ähnlich sollte man mit dem Lustgarten verfahren, bis man weiß, was mit dem Palast

---

<sup>1029</sup> Ebd.

<sup>1030</sup> Ebd.

<sup>1031</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: „Gläserne Vitrine“ für den Pariser Platz. Senatsbaudirektorin Jakubeit plädiert für eine gläserne Akademie der Künste. Neuer Bauwettbewerb für Schlossplatz. In: *taz*, 16.08.1996, s. S. 25.

<sup>1032</sup> Vgl. Weiland, Severin: Ein Gespenst namens Klemann. Lange Zeit war vom neuen Bausenator Jürgen Klemann nichts zu sehen und zu hören. Sein Verhältnis zum Regierenden Bürgermeister ist angespannt. In: *taz*, 19.08.1996, s. S. 22.

<sup>1033</sup> Ebd.

<sup>1034</sup> Vgl. Chance für die Moderne. Senatsbaudirektorin wünscht Abriss des Palastes der Republik. In: *Die Welt*, 19.08.1996, s. S. 18.

<sup>1035</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Bald Containerburg vor dem Palast. 1997 soll Sanierung beginnen – Kosten geheim. In: *ND*, 22.08.1996, s. S. 17.

<sup>1036</sup> Vgl. Wild, Holger: Grünes Herz. In: *Die Welt*, 23.08.1996, s. S. 19.

passieren wird. „Und dann kann man gleich auch diesen scheußlichen Park- und zeitweise grässlichen Rummelplatz gegenüber beseitigen. Der heißt jetzt wieder Schlossplatz – aber seine jetzige Gestaltung ist so schändlich unwürdig, wie es nicht einmal Walter Ulbricht eingefallen wäre.“<sup>1037</sup> Bis man endlich wisse, was man auf den Platz bauen wolle, wäre der Ort wenigsten grün.

Im September bekräftigte Senator Strieder seine Meinung, wonach man mit der Bebauung des Schlossplatzes warten solle, meldet die *taz*.<sup>1038</sup> Eine Entscheidung lasse sich erst nach dem Parlaments- und Regierungsumzug „im nächsten Jahrtausend sinnvoll treffen“. In diesen Kontext gehöre auch die Zukunft des Palastes der Republik.

Die *Welt* schreibt ausführlicher über den Vorschlag Strieders.<sup>1039</sup> Demnach habe er eine intensive Diskussion im Bundestag und in den Bundesländern gefordert. Auch müsse eine langfristige Zwischennutzung möglich sein, nur die Begrünung des Platzes reiche nicht aus. Während die CDU erneut für einen Aufbau des Schlosses plädiert habe, sei ihr von den Grünen vorgeworfen worden, eine „Machtsymbolik“ bauen zu wollen.<sup>1040</sup>

Wenige Tage später berichtet die *Welt*, Strieder habe bei der Veranstaltung „Geschichtswerkstatt Spreeinsel“ im Staatsratsgebäude den versammelten Architekten erklärt, der Schlossplatz werde zunächst „nur als Grünfläche mit vorübergehender Bebauung“ bestehen.<sup>1041</sup> Es sei nicht notwendig, dass „diese Generation“ das gesamte Stadtbild neu gestalte.

Der Architektursoziologe Harald Bodenschatz beschreibt in der *taz* einen „Kampf um den Raum“ in Berlin<sup>1042</sup>. Ehemalige DDR-Bürger seien in ihren Plattenbauten wie in Trutzburgen verschanzt, während „gehobene Angestellte“ aus dem Westen vordringen würden. Ganz in militärischen Begriffen denkend, sieht er eine Demarkationslinie zwischen West- und Ostberlin, die sich zur Spreeinsel verschoben habe. „Die erbitterte Auseinandersetzung um den Palast der Republik kündigt von dieser Grenzlage, sie ist nicht nur ein baulicher Streit, sondern vor allem auch ein Grabenkampf um diese Demarkationslinie“<sup>1043</sup>, behauptet Bodenschatz in seiner Kriegsberichterstattung.

Bei der bereits genannten „Geschichtswerkstatt Spreeinsel“ im Staatsratsgebäude, veranstaltet von der „Historischen Kommission zu Berlin“, habe Wolfgang Ribbe erklärt, Ziel müsse es sein, einen denkmalpflegerischen Beitrag zur Diskussion über die Perspektiven dieses Stadtraumes zu leisten.<sup>1044</sup> Es war der gleiche Ribbe, der sich bereits bei einer Anhörung im Abgeordnetenhaus für den Erhalt des Palastes ausgesprochen hatte. Das *ND* schreibt ausführlich über die Forderung Strieders, sich für die Gestaltung des Platzes Zeit zu nehmen. Die Spreeinsel müsse „zum Zentrum der ganzen Republik“ werden, in dem sie sich inhaltlich und architektonisch darstelle. Die Debatte dürfe daher nicht nur von Berliner geführt werden. Und: „Sie sollte dann stattfinden, wenn die Republik die neue Hauptstadt angenommen habe, ihre Gremien hier tagen und man sagen kann, ´jetzt wissen sie, worüber sie reden´“.<sup>1045</sup>

Aus einer Kostenrechnung für den Umzug der Regierung nach Berlin entnehme man, dass die ursprünglich 400 Millionen Mark für ein Konferenzzentrum in Mitte gestrichen worden seien,

---

<sup>1037</sup> Ebd.

<sup>1038</sup> Vgl. Berliner Telegramm. Strieder: Schlossplatz-Entscheidung vertagen. In: *taz*, 13.09.1996, s. S. 22.

<sup>1039</sup> Vgl. Schlossplatz ohne Schloss ist „Mogelei“. In: Die *Welt*, 13.09.1996, s. S. 18. und: Bahr, Christian: Schlossplatz-Entscheidung erst nach Umzug? In: Die *Welt*, 13.09.1996, s. S. 22.

<sup>1040</sup> Vgl. ebd.

<sup>1041</sup> Vgl. Klarheit über Schlossplatz erst in Jahrzehnten. In: Die *Welt*, 24.09.1996, s. S. 17.

<sup>1042</sup> Vgl. Bodenschatz, Harald: Kampf um den Raum. Trutzburg Ost. In: *taz*, 20.09.1996, s. S. 23.

<sup>1043</sup> Ebd.

<sup>1044</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Palast: Strieder gegen abreißende Sanierung. Historiker diskutieren über die Spreeinsel. In: *ND*, 24.09.1996, s. S. 17.

<sup>1045</sup> Ebd.

berichtet die *Welt* Anfang Oktober.<sup>1046</sup> „Der Bund wolle offenbar für die Bebauung des Schlossplatzes nichts beisteuern“<sup>1047</sup>, vermutet die *Welt*.

Der Wunsch der Berliner SPD, in der Stadt einen Willy-Brandt-Platz zu benennen sei von der PDS begrüßt worden, berichtet die *taz*.<sup>1048</sup> Sie Sozialisten wollten sogar noch weiter gehen: „Ein Platz der Republik an anderer Stelle stünde der Stadt gut zu Gesicht. Dafür bietet sich der jetzige Schlossplatz an.“<sup>1049</sup> Denn der frühere DDR-Aufmarschplatz nähre mit seinem jetzigen Namen nur die Sehnsucht nach dem Schloss. Als neuer Platz der Republik wäre er kein Ort des Staates, sondern ein Ort des zivilen Gemeinwesens, meint die PDS.

Senatsbaudirektorin Jakubeit halte die „städtebauliche Wirkung“ des Palastes für „verfehlt“, meldet das *ND* im Oktober.<sup>1050</sup> Im Weiteren beschreibt das *ND* die gleichen Argumente, die Jakubeit bereits in einem *taz*-Interview im August gesagt hatte.

Im November meldet die *taz*, dass Töpfer noch im laufenden Jahr ein Konzept für den Schlossplatz vorlegen wolle, um über die von dem Haushaltsausschuss gesperrten 75 Millionen für die Sanierung zu verfügen.<sup>1051</sup> Das *ND* bestätigt die Sperrung der 75 Millionen, schreibt aber auch, dass im Haushaltsausschuss erstmals über die Zukunft des Palastes Klartext geredet werde.<sup>1052</sup> Denn unter dem Titel „Abbruch des ehemaligen Palastes der Republik“ fände sich eine „Wunschvorstellung“ der Regierung wieder. Demnach solle der Bau bis zum Keller komplett abgetragen werden. Da aber die Freigabe der Mittel von einem stimmigen Nutzungskonzept abhingen, ein solches aber nicht vorhanden sei, habe der Palast Zeit gewonnen.<sup>1053</sup>

Die *ZEIT* veröffentlicht einen Beitrag des Architekten Dieter Hoffmann-Axthelm, in dem dieser die immer neuen Pläne für die Mitte beklagt.<sup>1054</sup> Es fehle ein Gesamtkonzept für die Stadt, meint er, ohne sich genauer auf den Schlossplatz zu beziehen. In der gleichen Ausgabe macht sich der Verfasser in einem anderen Beitrag stark für den Erhalt des Palastes auf der Ostseite und ein Wiedererstehen des Schlosses auf der Westseite.<sup>1055</sup> Beides solle sich „wechselseitig beunruhigen“ und mit Spannung aufladen. Wichtig sei außerdem die „Dritte Seite“ – die Wiederbebauung der Schlossfreiheit. Dadurch werde die „Schlossfrage“ entspannter.<sup>1056</sup>

In einem wieder anderen Beitrag lobt die *ZEIT* das von Strieder und Klemann ausgearbeitete „Planwerk Innenstadt“ und bemerkt erneut den Mangel an einer gemeinsamen Planung.<sup>1057</sup> Für die Hauptstadt reiche es nicht aus, der Bundesrepublik den Kurfürstendamm, die Kneipen in Charlottenburg und die „Konservierung der entleerten Demonstrationsräume der DDR-Staatsmacht“ anzubieten. Der Berliner müsse daher seine verinnerlichte Geographie auflösen. „Es braucht eine Vorstellung der ganzen Stadt, ihrer Geschichte und mithin ihres historischen Zentrums, um sich mit dem Gemeinwesen identifizieren zu können.“<sup>1058</sup> Doch von Ost und West drohe das Planwerk abgewehrt zu werden, fürchtet die *ZEIT*.

---

<sup>1046</sup> Vgl. Bebauung des Schlossplatzes ohne Bundesgeld? In: Die *Welt*, 04.10.1996, s. S. 18.

<sup>1047</sup> Ebd.

<sup>1048</sup> Vgl. SPD: Willy-Brandt-Platz. Platz der Republik soll umbenannt werden. PDS unterstützt SPD-Vorschlag. In: *taz*, 10.10.1996, s. S. 22.

<sup>1049</sup> Ebd.

<sup>1050</sup> Vgl. Wirkung des Palastes „verfehlt“. In: *ND*, 21.10.1996, s. S. 15.

<sup>1051</sup> Vgl.: Töpfer will Konzept für Schlossplatz vorlegen. In: *taz*, 07.11.1996, s. S. 21.

<sup>1052</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Palast-Entscheidung wieder verschoben. Abriss soll noch nicht freigegeben werden. In: *ND*, 06.11.1996, s. S. 17.

<sup>1053</sup> Vgl. ebd.

<sup>1054</sup> Vgl. Hoffmann-Axthelm, Dieter: Ein Gesicht für die Stadt. In: *DIE ZEIT* Nr. 29.11.1996, s. S. 10.

<sup>1055</sup> Vgl. Hoffmann-Axthelm, Dieter: Ein Stadtgarten für Marx und Engels. In: *DIE ZEIT* Nr. 49, 29.11.1996, s. S. 13.

<sup>1056</sup> Vgl. ebd.

<sup>1057</sup> Vgl. Hartung, Klaus: Der Hauptstadt-Plan: Operation am offenen Herzen. In: *DIE ZEIT* Nr. 49, 29.11.1996, s. S. 09.

<sup>1058</sup> Ebd.

In einer kurzen Meldung<sup>1059</sup> widmet sich die *FAZ* dem Thema erst wieder im Dezember. Hier heißt es, die Zukunft des Platzes sei nach wie vor ungewiss und solle nun als „Zwischennutzung“ mit Pappeln bepflanzt werden. Die beschlossene Asbestsanierung beginne „frühestens 1998“, da die Mittel von dem Haushaltsausschuss noch nicht freigegeben seien. Die von Stadtentwicklungssenator Strieder (SPD) noch im Frühjahr angekündigte vorläufige Nutzung des Palastes sei nicht realisiert worden. Statt dessen sei nun geplant, auf den Grundflächen des Schlosses Bäume zu pflanzen. Die Idee stamme von einem Entwurf für den benachbarten Lustgarten.

Eine Woche später schreibt Konrad Schuller im Politikteil der *FAZ*<sup>1060</sup> über die Erinnerungskultur in Deutschland und die Aufgabe der neuen alten Hauptstadt Berlin. Die Stadt habe nun die Aufgabe, durch Bauten, Denkmäler und Benennungen zu beschreiben, „wie die Nation ihre Wurzeln und Ziele definiert“.<sup>1061</sup> Die Auswahl vorhandener „Illustrationsmöglichkeiten“ sei beängstigend, und die „Handhabung des Dekors“ habe die Gedenkpolitik zu neuer Bedeutung gebracht. Politische Handlungen seien dadurch schwer geworden. Kein asbestverseuchtes Haus – gemeint ist hier der Palast der Republik – könne abgerissen werden, ohne dass gleich die ganze *Welt* sich einmische. Da der Umgang mit der Erinnerung so mühsam sei, wäre es den Verantwortlichen am liebsten, wenn der Erdboden die „warnenden Zeichen“ verschlänge. Tatsächlich, so Schuller, seien die nötigen Arbeiten dafür bereits in Gange. Er deutet die verklausulierten Beschlüsse des Landes Berlin und des Bundes bezüglich des Palasts als Vorbereitung zum Abriss. Doch Schuller votiert nicht für den Wiederaufbau des Schlosses. Vielmehr gibt er zu bedenken, dass das Berliner „Zurück zur Geschichte“ verdeckt werden könnte, wenn die Zeugnisse der Diktaturen aus dem Stadtbild verschwänden.

Zum Jahresende schaltet sich Wilhelm von Boddien wieder in die Schlossplatzdebatte ein. Er legt neue Konzepte vor, wonach das Schloss komplett ohne staatliche Zuschüsse gebaut werden könnte. „Die Summe für den Neubau könnte laut Boddien durch ein Konsortium erbracht und durch spätere Mieteinnahmen refinanziert werden. Voraussetzung sei allerdings, dass Bund und Land die Schlossbrache unentgeltlich zur Verfügung stellen“<sup>1062</sup>, schreibt die *taz*. Doch so weit sei es noch gar nicht, habe es aus der Finanzverwaltung geheißen. Es gebe auf politischer Ebene, sowohl beim Bund als auch beim Land Berlin, noch genügend Diskussionsbedarf. Eine Entscheidung über einen Schlossneubau sei überhaupt noch nicht gefallen. Angesichts der widersprüchlichen Situation spottet die *taz* in einem Kommentar über „Boddies Comeback“.<sup>1063</sup> Jedes Comeback beinhalte Risiken, besonders wenn man nichts Neues in petto habe, schreibt die *taz*. Denn bis auf die Kopfgeburt „privates Stadtschloss“ finde sich in dem Boddien-Vorstoß kaum etwas, das den Schwierigkeiten vor Ort mit einer wirklichen Lösung begegne. Konzeptionell bedeuteten die Vorschläge, hinter der Kulisse das Gebäude als Konferenz- und Ausstellungshaus zu nutzen, einmal mehr Hilflosigkeit im Umgang mit dem Ort und dessen Transformation. „Solange Boddien diese Fragen nicht schafft, bleibt das Thema eine simple Mär – die ebenso auf Fassade aus ist wie das Plasteschloss.“<sup>1064</sup>

---

<sup>1059</sup> Vgl. Ein Pappelhain auf dem Schlossplatz. In: *FAZ* Nr. 290, 12.12.1996, s. S. 06.

<sup>1060</sup> Vgl. Schuller, Konrad: Erinnerungsort deutscher Geschichte. Hauptstadt der Reue. Gedenkpolitik ist zu einer Hauptdisziplin geworden. In *FAZ* Nr. 295, 18.12.1996, s. S. 13.

<sup>1061</sup> Ebd.

<sup>1062</sup> Vgl. Neuerer, Dietmar: Pläne für den Palast der Monarchie. Der „Förderverein Schlossplatz“ legt ein Konzept für Neubau mit privaten Mitteln vor: „Berlins Mitte ihren Halt geben.“ Diepgens Sprecher signalisiert Zustimmung, die Finanzverwaltung widerspricht. In: *taz*, 20.12.1996, s. S. 27.

<sup>1063</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Boddies Comeback. In: *taz*, 20.12.1996, s. S. 21.

<sup>1064</sup> Ebd.

Als letzten Artikel<sup>1065</sup> des Jahres berichtet die *FAZ* im Politikteil über eine private Initiative, die das Stadtschloss wieder errichten wolle. Bei der privaten Vereinigung handele es sich um die „Arbeitsgemeinschaft Berliner Schloss“. Beteiligt seien das Architektenpaar Ursulina Schüler-Witte und Ralf Schüler, die Unternehmensgruppe Hanseatica und Wilhelm v. Boddien. Weiter wird berichtet, das Bundeskanzleramt kenne das erarbeitete Konzept bereits seit Mitte November und sei „sehr beeindruckt“. Die Berliner Senatskanzlei habe verlauten lassen, Diepgen habe schon „sehr früh“ von den Planungen der AG gewusst und unterstütze ihr Vorhaben. Die Planung entspricht dem, was die *FAZ* spöttisch als „Berliner Kompromiss“ bezeichnet hatte. Der Palast sollte demnach zur Spreeseite hin mehr oder weniger erhalten bleiben. An den drei anderen Seiten sollte hingegen die Schlossfassade nachgebaut werden. Im Inneren des Neubaus sollten den Plänen der AG zufolge Konferenzräume, öffentliche und internationale Einrichtungen, Restaurants, Geschäfte, ein Hotel Ausstellungsräume, Büroflächen und eine Bibliothek untergebracht werden. Zur Finanzierung berechnete die AG Mieteinkünfte und Spendengelder. Dieses Konzept zeigte sich in den folgenden Jahren als das zählebigste in den Köpfen der Entscheider. Die Bundestagsentscheidung sechs Jahre später bestätigte im Wesentlichen die Vorstellungen der „Arbeitsgemeinschaft Berliner Stadtschloss“. Für den Saal der Volkskammer, der auch von der *FAZ* regelmäßig als „zentrales Symbol der Wende“ bezeichnet wurde, sollte den Plänen der AG zufolge in dem Neubau kein Platz sein. Als Begründung zitierte die Zeitung v. Boddien. Für ihn sei die Entscheidung zur Vereinigung Deutschlands „sowieso woanders gefallen“; und gesagt wurde in dem Saal auch „viel dummes Zeug“.<sup>1066</sup> Ihn zu erhalten sei daher überflüssig. Über Boddien's Nutzungskonzept berichtet auch das *ND* ausführlich und zunächst sachlich.<sup>1067</sup> Nur am Ende des Artikels kommentiert Nölte unheilschwanger: „Die Energie, mit der Wilhelm von Boddien seinem Lebenstraum reale Konturen gibt, lässt kaum noch Zweifel, dass eines Tages nicht nur eine gelbe Plastikhülle auf dem Schlossplatz steht. Bei Politikern von Töpfer bis Diepgen habe er ´erstaunliches Wohlwollen´ angetroffen, etwa ´100 Multiplikatoren´ in Bonn und Berlin erhalten in diesen Tagen seine Machbarkeitsstudie. Er hat die Politik vom größten, dem Finanzproblem entlastet, denn: ´Ein Schloss passt nicht in die Landschaft des Sozialabbaus´“.<sup>1068</sup>

Auf Landesebene ist das Jahr 1996 von keiner starken Veränderung der Akteure geprägt. Zunächst einmal gab sich Diepgen nach seiner Neuwahl als Schlossfreund zu erkennen; das überraschte nicht. Dann ging Stimmann, der mit seinem Programm der „kritischen Rekonstruktion“ die baupolitische Nachwende-Ära in Berlin prägte, wie kaum ein anderer. Ersetzt wurde er durch Jakubeit, die der Moderne eher aufgeschlossen war, dessen Dienstherr jedoch Klemann wurde. Klemann wiederum repräsentierte das als besonders konservativ bezeichnete Zehlendorfer CDU-Milieu; dass er sich umgehend als Schlossfreund hervortat, war daher zu erwarten. Ausgeglichen wurde Klemann durch den bereits seit 1995 amtierenden Strieder, der vor allem eines forderte: Zeit. Wie kein anderer in der Debatte betonte Strieder immer wieder, man könne die Gestaltung des Schlossplatzes auch nachfolgenden Generationen überlassen. Er plädierte daher für provisorische Nutzungskonzepte.

1996 standen weniger die ideologischen Differenzen im Vordergrund; hier gab es, nachdem man sich bereits fünf Jahre lange viele Vorwürfe gemacht hatte, eine gewisse Beruhigung. „Reaktionäre Siegermentalität“ auf der einen, „kommunistische Nostalgie“ auf der anderen Seite – der Frontverlauf war inzwischen definiert. Stärker zutage trat daher in der Debatte das

<sup>1065</sup> Vgl. Private Initiative will das Berliner Stadtschloss wiedererrichten. Initiatoren stellen Entwurf vor. Das Kanzleramt beeindruckt. Die Senatskanzlei begrüßt die Pläne. In: *FAZ* Nr. 297, 20.12.1996, S. 06.

<sup>1066</sup> Vgl. Ebd.

<sup>1067</sup> Vgl. Nölte, Karin: In zehn Jahren könnte das Schloss stehen. Wilhelm von Boddien: Wiederaufbau ohne öffentliche Mittel. In: *ND*, 20.12.1996, S. 17.

<sup>1068</sup> Ebd.

Konkrete: Wie nutzen, wer zahlt – das waren nun die Hauptfragen. Angesichts der leeren Staatskassen hätten sich die Palastfreunde in Sicherheit wähnen können – wenn sich nicht im Verlauf des Jahres ein Konsens bei Bund und Land herausgeschält hätte, wonach ein Neubau mit Mischfunktion in der Kubatur des Schlosses wünschenswert sei. Ob mit oder ohne Schlossfassade, das war die Frage, die noch immer nicht entschieden war.

### 3.8. 1997: Zermürbte Akteure, erschöpfte Argumente

Einen neuerlichen Vorschlag zur Rettung des Palastes meldet die *taz* am Jahresanfang.<sup>1069</sup> Demnach habe der Regionalverband Ost des Deutschen Postverbandes (DPV) die Einrichtung einer zentralen Gedenkstätte zur deutschen Teilung im Palast der Republik gefordert. Kaum ein anderer Ort würde sich für eine solche Gedenkstätte besser anbieten als der einstige Sitz der DDR-Volkskammer, meinten die Postler. Man dürfe nicht vergessen, was Mauer, Schießbefehl und Teilung den Deutschen in den letzten Jahrzehnten angetan haben, sagte der stellvertretende Vorsitzende des DPV, Theodor Jatzkowski.<sup>1070</sup>

Ebenfalls zum Jahresanfang veröffentlicht die *taz*<sup>1071</sup> ein Interview mit Volker Hassemer, der inzwischen Geschäftsführer der Marketing-Gesellschaft „Partner für Berlin“ geworden war. Als CDU-Senator zählte er zu den Gegnern einer Schlossrekonstruktion, fügte sich dann aber dem Beschluss seiner Fraktion. Nach der Neuauflage der großen Koalition schied er als Senator aus. Seinen Posten übernahm der SPD-Politiker Peter Strieder.

Auf die Frage, ob sich Berlin einen Rummelplatz auf dem Schlossplatz leisten könne, antwortet Hassemer mit Nein. „Rummelplätze siedeln sich aber überall dort an, wo etwas noch nicht entschieden ist. Das ist nicht sehr angenehm: Dort, wo in Paris Notre-Dame steht, haben wir einen Rummelplatz.“<sup>1072</sup> Das sei eben die Botschaft Berlins: Man sei im Übergang und eine unfertige Stadt. Auch Hassemer übernimmt das Diktum der Langsamkeit, die man sich in der Mitte leisten sollte. Denn der Zeitdruck, den man an vielen Stellen hatte, existiere an diesem Platz nicht, man könne sich ruhig 20 Jahre Zeit nehmen. Allerdings gibt Hassemer zu bedenken, dass es auch einen „Sinn der Emotionen“ gebe. „Vieles baut man ja nicht nur, um ein Dach über den Kopf zu haben, sondern gelungene Dinge bewegen und reißen mit. Für so etwas ist natürlich die absolute Mitte die Chance. Auch das muss man bedenken. Aber es geht nicht, dass man an einem so wichtigen Ort die Dinge halb gut oder halb schlecht macht, weil man sich unter Zeitdruck setzt.“<sup>1073</sup>

Das Jahr 1997 beginnt in der *FAZ* mit einem bereits als „üblich“ zu bezeichnenden Lamento in Sachen Schlossplatz<sup>1074</sup>. Anlass ist die zweite Auflage einer Panoramakarte der Berliner Stadtmitte. Das Besondere daran: Mit Hilfe einer Transparenzfolie, die über die Karte gelegt werden kann, lässt sich wahlweise das Stadtschloss, der Palast der Republik oder eine eigenhändig gezeichnete Entwurf betrachten. Für Wefing symbolisiert dieser „hintersinnige Trick präzise das Dilemma der Stadtmitte.“<sup>1075</sup> Während in allen anderen Bereichen die „Narben der Trennung“ verheilten, warte das Herz der Stadt – die Spreeinsel mit dem Schlossplatz – noch immer auf seine Reanimation. Bisherige Entwürfe für den Schlossplatz seien nicht sonderlich belebend, so das Urteil Wefings, daher sehne man das „barocke

---

<sup>1069</sup> Vgl. „Palast der Republik“ als Gedenkstätte. In: *taz*, 02.01.1997, s. S. 22.

<sup>1070</sup> Vgl. ebd.

<sup>1071</sup> Vgl. Nowakowski, Gerd: „Zur Modernisierung gezwungen“. Interview mit Volker Hassemer, Geschäftsführer der Marketing-Gesellschaft „Partner für Berlin“: „Frankfurt und München sind am Ende, Berlin kommt.“ Mit der Bebauung des Schlossplatzes könne man noch 20 Jahre warten. In: *taz*, 07.01.1997, s. S. 23.

<sup>1072</sup> Ebd.

<sup>1073</sup> Ebd.

<sup>1074</sup> Vgl. Wefing, Heinrich: Das Herz wartet. Problem von Masse und Macht: Berlins Schlossplatz. In: *FAZ* Nr. 6, 08.01.1997, s. S. 27.

<sup>1075</sup> Ebd.

Allheilmittel aus der Schlossapotheke des Andreas Schlüter zurück.“<sup>1076</sup> Doch in der nächsten Zeit werde die Brache bleiben, denn es herrsche kein Entscheidungsdruck. Darüber hinaus seien die öffentlichen Kassen und die Köpfe der Planer so leer wie der Platz selbst. Man habe eine Chance vertan, bedauert Wefing, als man nicht das gesamtdeutsche Parlament auf den Schlossplatz bauen ließ und statt dessen in den Reichstag zog. Denn der Platz sei „seit Jahrhunderten Sitz des Souveräns“ gewesen – dieser ist nun „das Volk“, mag man Wefings unausgesprochener Logik folgen, und daher wären seine Vertreter auf königlichem Grund am richtigen Ort. Zumal das Areal die „Wiege Berlins“ gewesen sei, wie Wefing irrtümlich vermutet.<sup>1077</sup> Das eigentliche Problem sei, so Wefing, dass Berlin längst schon alles besitze, was eine Hauptstadt brauche. Finanziell und geistig sei sie hingegen arm. Ihre Bürger seien nicht in der Lage, das Schloss zweckfrei – „nur um der Schönheit willen“<sup>1078</sup> – wieder aufzubauen, einfach weil ihnen ihr Panorama lieb sei. Dresden habe diesen Kraftakt mit seiner Frauenkirche bewältigt. In Berlin gebe es dafür keine Mehrheit. „So hat jedes Gemeinwesen die Mitte, die es verdient“, schließt Wefing trotzig seinen Beitrag ab.

Die *JW* meint zur gleichen Zeit, das Bundesbauministerium unterdrücke eine Studie, die beweise, dass ein Sanierung des Palastes günstiger sei als sein Totalabriss.<sup>1079</sup> Conradi habe daraufhin der Regierung vorgeworfen, sie betreibe „ein falsches Spiel“. Die Vision eines Baus in den Maßen des Schlosses solle offenbar auch nicht durch leere Kassen gestoppt werden. Die Initiative von Boddien, das Schloss „mit Privaten Mitteln“ zu errichten, sei daher „auf erstaunliches Wohlwollen“ bei Politikern getroffen. Töpfer selbst habe auf die Anfrage Conradis gelassen reagiert und gemeint, es handle sich bei der Studie nicht um ein Gutachten sondern lediglich um eine „Kostenvoranmeldung“ für den Haushaltsausschuss.<sup>1080</sup>

Anfang Januar berichtet die *Welt* über eine Veranstaltung im Kunstforum der Grundkreditbank, auf der über den Schlossplatz debattiert worden sei.<sup>1081</sup> Der Saal sei voll gewesen, ein gutes Zeichen, die Bürger seien interessiert gewesen, meint der Verfasser. Drei Positionen hätten sich unter den Disputanten herausgeschält, die konsensfähig gewesen seien: 1.) Das Volk, die Bürger, nicht „der Staat“ sollten dort bauen, 2.) Statt über die Form sollte man zunächst über die Nutzung streiten und 3.) Die Entscheidung müsse von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen werden.<sup>1082</sup> In allen Konzepten habe bisher das Element der Einzigartigkeit gefehlt. Nur ein „Volksbelustigungshaus“ dort zu bauen sei an diesem Ort eine „zu große Banalität“, habe beispielsweise der Architekt v. Gerkan zu bedenken gegeben. Vier Tage später veröffentlicht die *Welt* einen „Streifzug“ über die Ausstellung im Kunstforum.<sup>1083</sup> Es ist eine Reportage, in der die Autorin Reaktionen der Besucher beschreibt. Von andächtigem Nuscheln der Menge, Ablehnung und überlegenem Grinsen berichtet die *Welt*. Dem folge eine kommentarlose Ankündigung des Interessenbekundungsverfahrens für die Investoren auf dem Schlossplatz.<sup>1084</sup>

Ganz entgegen den Vorschlägen seines Vorgängers Hassemer, erklärte Strieder noch im Januar, mit der Ruhe auf dem Schlossplatz werde es bald vorbei sein. Noch 1997 solle der Ort einer „kulturellen Nutzung“ zugeführt werden, berichtet die *taz*.<sup>1085</sup> Mit „neuen Medien“ solle

---

<sup>1076</sup> Ebd.

<sup>1077</sup> Vgl. ebd.

<sup>1078</sup> Ebd.

<sup>1079</sup> Vgl. Verter, Bernd: Schweigen für den Schlossneubau. Bundesbauministerium unterdrückt Studie zum teuren Abriss des Palastes. In: *JW*, 08.01.1997, s. S. 04.

<sup>1080</sup> Vgl. ebd.

<sup>1081</sup> Vgl. Wild, Holger: Stadtschloss als „Volkskulturhaus“. Diskussion um Gestaltung der gegenwärtigen Ödnis im Herzen Berlins. Suche nach einem Konsens. In: *Die Welt*, 09.01.1997, s. S. 22.

<sup>1082</sup> Vgl. ebd.

<sup>1083</sup> Vgl. Bemmer, Ariane: Hunde auf Denkmalsäulen. Gang durch die Schlossplatz-Ausstellung. In: *Die Welt*, 13.01.1997, s. S. 23.

<sup>1084</sup> Vgl. Investoren sollen Absichten für den Schlossplatz äußern. In: *Die Welt*, 25.01.1997, s. S. 17.

<sup>1085</sup> Vgl. Multimedia am Schloss. Strieder: Konzept für Schlossplatz. In: *taz*, 28.01.1997, s. S. 22.

die Nutzung etwas zutun haben, die Pläne lägen bereits in der Schublade, habe Strieder versichert. Ziel einer solchen Zwischennutzung des Schlossplatzes für „die nächsten Jahre“ sei es, die historische Mitte Berlins durch dieses Ereignis wieder „so attraktiv zu machen, dass jeder sagt, da muss man gewesen sein“, zitiert die *taz* Strieder.<sup>1086</sup>

Anfang Februar veröffentlicht die *taz* einen langen Text des Architekturkritikers Robert Frank.<sup>1087</sup> Als Einstieg fasst er die Tradition der Mitte zusammen: Sie sei eine leere Stelle, ein Unort, ein Platz der Abrisse und Destruktion. Von der Flutung der Schlossbaustelle 1448 beim „Berliner Unwillen“ schlägt Frank den Bogen bis hin zum Abriss des DDR-Außenministeriums. Wie wichtig das „Plasteschloss“ gewesen sei, erklärt Frank ebenfalls: „Diese preußische Fata Morgana, die für 457 Tage das untergegangene Schloss der Könige vor- und den Palast der Republik wegspiegelte, rückte nicht nur die Bedeutung des Ortes ins öffentliche Bewusstsein, sondern auch die Frage, welche Aufgabe die demokratische Gesellschaft heute dieser nun „Schlossplatz“ genannten Mitte von Stadt und Staat geben kann.“<sup>1088</sup> Die Konzepte, die der Gemeinsame Ausschuss Bund/Berlin diskutiert und beschlossen habe, sind für Frank die immer gleichen banalen und nichtssagenden Aussagen über „urbanes Lebens“ und „Nutzungsmix“. Dabei böte sich doch eine einmalige Chance: „Tatsächlich: Wo, wenn nicht auf der Spreeinsel, ist das Bild oder Abbild unserer heutigen Gesellschaft zu entwerfen, ein möglichst vorbildliches Gehäuse, der öffentliche Raum einer längst beschworenen „Berliner Republik“?“<sup>1089</sup> Der Bundespräsident residiere im Prinzenschloss Bellevue, der Außenminister in der ehemaligen Reichsbank, der Bundestag in Wallots Reichstag, der Bundeskanzler werde in einen Kubus am Spreebogen ziehen. Daher bleibe durchaus eine Aufgabe, das Bild einer „erneuerten Bundesrepublik“ auf dem Niemandsland der Spreeinsel aufzubauen und zugleich eine Leerstelle des Grundgesetzes aufzufüllen, das zwar vorschreibe, dass „die Parteien ... bei der politischen Willensbildung des Volkes“ mitwirkten, aber nicht erwähne, was die Staatsbürger politisch bewirken könnten. „Auf der Spreeinsel geht es darum, die politische Mitte dieser Stadt wiederzugewinnen, also für unsere Zeit in Besitz zu nehmen und zu gestalten!“<sup>1090</sup>, schließt Frank seine auch nicht gerade konkreten Ausführungen.

Strieders Neuerung, in Form eines so genannten öffentlichen „Stadtdialogs“ mit den Bürgern über den Berliner „Masterplan“ zu debattieren, wird von der *taz*<sup>1091</sup> als absolute Fehlleistung verrissen. Statt eines wirklichen Dialogs sei „Frontalgesülze mit Fragestunde“ angesagt gewesen. Schlimmer aber sei, dass Strieder die „öffentliche“ Masterplandebatte wohl nur als fernsehreifes Talk-Theater begriffen habe, das nach dem roten Knopf der Fernbedienung geschrien habe. „Dialog will organisiert und hergestellt sein. Themen leben vom qualitätsvollen Diskurs. Und jedes Stadtgespräch – besonders das über den Masterplan – braucht ein Ziel, sonst bleibt nur die Quatschbude“<sup>1092</sup>, wettet Lautenschläger. Auf der Veranstaltung bekräftige Töpfer seine Meinung, wonach man sich mit der Bebauung des Schlossplatzes Zeit nehmen müsse.<sup>1093</sup>

Der vom Baudirektor zum Staatssekretär für Stadtplanung umgesetzte Hans Stimmann habe bei einem Rundgang zwischen Schlossplatz und Humboldt-Universität die Beseitigung „städtebaulicher Grausamkeiten“, die für eine Metropole wie Berlin unwürdig seien,

---

<sup>1086</sup> Vgl. ebd.

<sup>1087</sup> Vgl. Frank, Robert: Das Vakuum der zivilen Republik. Einen Wettbewerb hat es schon gegeben, weitere sollen folgen. Um aber zu wissen, wie die Spreeinsel aussehen soll, muss zuvor die Nutzung klar sein. In: *taz*, 04.02.1997, s. S. 23.

<sup>1088</sup> Ebd.

<sup>1089</sup> Ebd.

<sup>1090</sup> Ebd.

<sup>1091</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Stadt ist laut und leise. In: *taz*, 05.02.1997, s. S. 21.

<sup>1092</sup> Ebd.

<sup>1093</sup> Vgl. Masterplan darf Stadt nicht zuschütten. Stadtforum diskutiert Masterplan und „Stadtkonzepte des 21. Jahrhunderts“. In: *taz*, 05.02.1997, s. S. 22.

gefordert, meldet die *taz*.<sup>1094</sup> Vor allem die riesigen Verkehrsschilder und die selbstgemalten Hinweisschilder für Museen und Kneipen kritisierte Stimmann. Sie seien zwar gut gemeint, doch es fehle an Bewusstsein für die Geschichte und Schönheit der Stadt.

Im Februar schreibt die *Welt* über „Geheiminformationen“ über die Planungen, die ihr angeblich vorlägen.<sup>1095</sup> Demnach plane man den Bau einer „Bundeskunsthalle“, in der Deutschland als Kulturnation präsentiert werden solle. Deutsche Unternehmen sollten darüber hinaus in Schauräumen vorgestellt werden. Bei Staatsbesuchen und Gipfeltreffen könnte der Schlossplatz dementsprechend als „Schaufenster der Nation“ genutzt werden.

Über eine mögliche Teilnutzung berichtet die *Welt* eine Woche später.<sup>1096</sup> Mittes Baustadträtin Baumert wolle die Mokka-Bar im Palast wieder eröffnen. Mit der Oberfinanzdirektion gebe es bereits Gespräche, weiß die *Welt*, und einer vorübergehenden Nutzung stünde man aufgeschlossen gegenüber. In dem gleichen Artikel wird auch das „größte Gästebuch“ der *Welt* angekündigt. Egal wie die Konzepte seien, man wolle in dem Sommer wieder „was los“ machen auf dem tristen Schlossplatz. Strieders Projekt sei allerdings für Baumert „heiße Luft“, denn bisher habe er keine Sponsoren für sein Konzept gefunden.<sup>1097</sup> Strieder habe das Fehlen der Sponsoren eingeräumt, meldet die *Welt* wenige Tage später.<sup>1098</sup> Zur gleichen Zeit schreibt die *Welt*, das Schloss solle nun doch nicht wieder aufgebaut werden.<sup>1099</sup> Zwar habe das auf der Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses Bund/Berlin niemand so sagen wollen, aber der Text lasse „keine andere Interpretation“ zu. An das Schloss werde höchstens Teile der Fassade erinnern.

Ende Februar meldet die *taz* das Multimedia-Konzept, von dem Strieder bereits im Januar sagte, es liege in den Schubladen seiner Verwaltung.<sup>1100</sup> Strieders Konzept sah eine „hochwertige technologische Nutzung“ des Geländes vor. Die Konstruktion aus stoffbespannten Stahlrohren sollte Grundriss und Umriss des ehemaligen Stadtschlusses folgen. Die Baustelle im südlichen Bereich des Schlossplatzes sollte durch die Konstruktion eingezäunt werden. Parallel zur nördlichen Seite der Abdeckung, etwa 40 Meter von der Karl-Liebnecht-Straße entfernt, sollte die Multimediawand mit Blick auf den Lustgarten errichtet werden. Von dort aus hätten die Massen über neugestaltete Buchsbaumhecken das Flimmern verfolgen können. Die Fundamente des Stadtschlusses hätten unter Glas für Besucher sichtbar gemacht werden sollen. Am Spreeufer wollte der Stadtentwicklungssenator Gastronomieeinrichtungen und Souvenirshops ansiedeln.<sup>1101</sup> Zur Finanzierung, schreibt die *taz*, habe man die Messe Berlin GmbH, Sony und Siemens nicht gewinnen können; daher gebe es „ernsthafte Verhandlungen“ mit anderen Interessenten. Auf jeden Fall müsse sich das Ereignis finanziell ohne Hilfen von Bund oder Land tragen.

Am 26. Februar 1997 tagte die 10. Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses Bund/Berlin, auf der eine Überprüfung ergeben habe, dass die Sanierung des Palastes sowohl im Falle eines anschließenden Abrisses oder Wiederaufbaus etwa 100 Millionen Mark kosten werde, berichtet die *taz*.<sup>1102</sup> Damit, so habe Töpfer gesagt, gebe es für den Haushaltsausschuss des

---

<sup>1094</sup> Vgl. Berliner Telegramm. Schlossviertel muss „Schmuddel-Image“ verlieren. In: *taz*, 07.02.1997, s. S. 22.

<sup>1095</sup> Vgl. Wild, Holger: Ein Schaufenster für die Nation. Auf dem Berliner Schlossplatz soll eine „Bundeskunsthalle“ entstehen. In: *Die Welt*, 12.02.1997, s. S. 18.

<sup>1096</sup> Vgl. Wild, Holger: Baustadträtin möchte Palast teilweise öffnen. „Mokka-Bar“ könnte separat betrieben werden. In: *Die Welt*, 22.02.1997, s. S. 18.

<sup>1097</sup> Vgl. ebd.

<sup>1098</sup> Vgl. Strieder plant Groß-Bildschirme am Schlossplatz. In: *Die Welt*, 27.02.1997, s. S. 08.

<sup>1099</sup> Vgl. Wild, Holger: Berliner Stadtschloss wird nicht wieder aufgebaut. Nutzungskonzept für Palast der Republik beraten. In: *Die Welt*, 27.02.1997, s. S. 05.

<sup>1100</sup> Vgl. Pötter, Bernhard: Video-Geschichten für 1001 Nacht. Auf dem Schlossplatz soll eine riesige Multimediawand mit Ausstellungshalle und Würstchenbuden die Baustelle am Palast der Republik verdecken. Stadtentwicklungssenator Strieder legt heute Konzept vor. In: *taz*, 26.02.1997, s. S. 21.

<sup>1101</sup> Vgl. ebd.

<sup>1102</sup> Vgl. Rada, Uwe: Asbestsanierung beginnt 1997. Abriss oder Neubau des Palastes der Republik weiter offen. In: *taz*, 27.02.1997, s. S. 21.

Bundestags keinen Grund mehr, die für die Sanierung nötigen Mittel zurückzuhalten. Während der Sanierung, die bis 1999 veranschlagt wurde, solle ein weiterer Wettbewerb klären, was auf dem Schlossplatz gebaut werden könne. „Zum Thema Abriss oder Neubau des Palastes hieß es, die Nutzungsangebote müssten darauf ausgerichtet sein, dass der Schlossplatz „auch die historische Situation Deutschlands und Berlins bis in die jüngste Vergangenheit hin sichtbar werden ließe.“<sup>1103</sup> Das *ND* berichtet ebenfalls über die 10. Sitzung des Ausschusses.<sup>1104</sup> Alles sei in „gutem Einvernehmen“ beschlossen und „aus frohem Munde“ verkündet worden. Nach wie vor gebe es zwar kein neues Nutzungskonzept, aber die Sanierung könne nun begonnen werden. Ob am Ende doch der Abriss stünde, müsse man erst in zwei Jahren entscheiden. Der „weitere Frohsinn“, so das *ND*, werde nun von dem Haushaltsausschuss abhängen, der die Mittel für die Sanierung freigeben müsse.

Als „Vorabspektakel“ meldete die *taz*, auf dem Schlossplatz solle das „größte Gästebuch der Welt“<sup>1105</sup> aufgeschlagen werden, um den Ort wieder mehr ins Bewusstsein zu rufen.<sup>1106</sup> Kurz darauf folgt der Spott über diese „Hilflosigkeit ohne Ende.“<sup>1107</sup> Positiv hingegen berichtet das *ND* von dem geplanten Spektakel, das die Mitte zum „Tourismusmagneten“ machen solle.<sup>1108</sup> Am Ende der Berichterstattung über Pyramide und Gästebuch heißt es noch, ein Dankeschön an den Bezirk Mitte habe es noch gegeben, der repräsentiert worden sei von der PDS-Stadträtin Baumert. Sie habe das Vorhaben der Betreiber „Schloss-Palast Berlin“ „wärmstens unterstützt“.<sup>1109</sup>

Über die Vorlage eines Nutzungskonzeptes zum Schlossplatz am 19. März 1997 berichtet das *ND* und vermutet, dass es erneut nicht überzeugen wird, um die vom Haushaltsausschuss gesperrten Gelder zur Sanierung des Palastes zu bekommen.<sup>1110</sup> Denn von einer angekündigten „Detaillierung“ sei nichts zu bemerken.

Im März schreibt die *taz* über eine neue Berechnung der Sanierungs- bzw. Abrisskosten des Palastes.<sup>1111</sup> Ein Totalabriss koste rund 150 Millionen Mark und damit rund 50 Millionen Mark mehr als der Erhalt des Gebäudes, habe eine Prüfung der Oberfinanzdirektion (OFD) ergeben. Das Bundesbauministerium hingegen halte an der Zahl von 102 Millionen Mark Abrisskosten für den Bau und an dem vorgesehenen Terminplan fest. Jetzt gehe es erst einmal um die Asbestbeseitigung, habe die Sprecherin Töpfers erklärt. Es sei außerdem „sinnvoll“, sich erst 1999 zu entscheiden, ob die Stahlbetonwanne des Palastes herausgenommen werden solle. Zugleich beinhalte die 102-Millionen-Mark-Variante für den Wiederaufbau des Palastes nicht die Gelder für die technischen Einbauten wie Elektrik und Lüftung. Dies sei mit erheblichen Kosten verbunden. Erst wenn ein Bauwettbewerb ein Resultat über die Zukunft des Geländes erbracht habe und die Finanzierung mit privaten Investoren stehe, könne endgültig über den Palast befunden werden, beschreibt die *taz* die Position des Bauministers. Diese wurde im wesentlichen von dem Haushaltsausschuss geteilt, der am 20. März tagte,

---

<sup>1103</sup> Ebd.

<sup>1104</sup> Vgl. Nölte, Karin: Palast-Schicksal: Abriss oder Zahnstocher. Entscheidung um zwei Jahre verschoben. In: *ND*, 27.02.1997, s. S. 17.

<sup>1105</sup> Vgl. Mauruschat, Ania: Vorschlag. Schöne Frauen fürs ganze Jahr (bald auf dem Schlossplatz). In: *taz*, 05.03.1997, s. S. 24.

<sup>1106</sup> Vgl.: Berliner Telegramm. Größtes Gästebuch der Welt auf dem Schlossplatz. In: *taz*, 28.02.1997, s. S. 22.

<sup>1107</sup> Vgl.: Beiseite. Theater. In: *taz*, 01.03.1997, s. S. 39.

<sup>1108</sup> Vgl. Kirschey, Peter: Die Pyramide und Millionen Weltmeister. Schlossplatz in Mitte soll Touristenmagnet werden. In: *ND*, 05.03.1997, s. S. 17.

<sup>1109</sup> Vgl. ebd.

<sup>1110</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Palast-Gelder kein Thema im Parlament. Abgeordnete sollen nur Kenntnis nehmen. In: *ND*, 19.03.1997, s. S. 17.

<sup>1111</sup> Lautenschläger, Rolf: Abriss kostet 50 Millionen Mark mehr. Palast der Republik: Nach einem Gutachten der Oberfinanzdirektion kostet der Abriss des Palastes 150 Millionen Mark, der Erhalt 102 Millionen. Eine Entscheidung über die Zukunft des Hauses ist jetzt gefordert. In: *taz*, 20.03.1997, s. S. 29.

meldet die *taz*.<sup>1112</sup> Über den Palast werde erst Ende 1999, nach der Asbestsanierung entschieden werden, sei das Ergebnis der Beratung gewesen.

Mitte April schreibt das *ND* über den Wettbewerb „Jugend entwickelt Berlin“, in dem auch städtebauliche Konzepte angedacht wurden.<sup>1113</sup> Eine ganze Schulklasse eines Zehlendorfer Gymnasiums habe sich den Kopf über den Schlossplatz zerbrochen. „Für den Palast der Republik ist in ihren Plänen kein Platz.“<sup>1114</sup> Statt dessen würden sie das Schloss mit neuer Fassade oder eine gläserne Pyramide dort hinbauen, schreibt das *ND*.

In der Debatte um die künftige Nutzung des Schlossplatzes haben die Berliner Bündnisgrünen nun erstmals konkrete Vorschläge präsentiert, schreibt die *taz*.<sup>1115</sup> Ende April. Ziel sei es, den „abrissbedrohten“ Palast zu retten. Auf einer Anhörung habe sich die Generaldirektorin der Zentral- und Landesbibliothek, Claudia Lux, für eine gemeinsame Unterbringung der Amerika Gedenkbibliothek und der Berliner Stadtbibliothek im Palast der Republik ausgesprochen. Dadurch, so Lux, werde nicht nur das Gebäude, sondern auch der Schlossplatz mit Leben erfüllt werden. Mehr als 7.000 Besucher würden täglich die beiden Bibliotheken nutzen. Außerdem stehe mit dieser Lösung ein öffentlicher Träger bereit, der eine Finanzierung nachweisen und im Gegenzug freigewordene Immobilien wie den Marstall und die AGB einsetzen könne, berichtet die *taz*.<sup>1116</sup> Weitere Vorschläge waren einen „Ort der Kommunikation“ und einen „politischen Ort“ auf dem Schlossplatz zu schaffen.

Das *ND* fasst in einem Artikel die zu erwartenden Sommer-Aktionen auf dem Schlossplatz zusammen.<sup>1117</sup> Ab Mai werde man die archäologisch erschlossenen Schlossreste besichtigen können. Auch Peschken und v. Boddien würden Führungen übernehmen, weiß das *ND*. Peschken habe gesagt, er wäre zufrieden, wenn die Schlossfassade „irgendwie abgebildet“ werde; dabei könne der Palast ruhig stehen bleiben.<sup>1118</sup>

Anfang Mai veröffentlicht die *taz*.<sup>1119</sup> eine Ode an die DDR-Stadtplanung. Der Verfasser, Hoffmann, beschreibt das gewaltige Marx-Engels-Forum als Pendant zur Stadtstruktur des Mittelalters und lobt die Eleganz der Hochhausscheiben mit den vielen Wohnungen. „Die Stadtstruktur des 13. Jahrhunderts unterscheidet sich von der heutigen nur marginal. Heute wie damals ist der Raum der zentrale Ort der bürgerlichen Existenz Berlins. Das Rote Rathaus ist der Sitz städtischer Souveränität; das Nikolaiviertel stellt die ältesten Spuren der Stadt aus; schließlich verläuft hier die Stadtbahn als innerstädtische Hauptschlagader. Dieser Raum war und ist die Stadt. Damals wie heute. Er ist ein Zimmer, dessen Dimensionen (300 auf 600 Meter) den Ausmaßen der Metropole angepasst sind. Es ist genauso eindeutig gefasst wie sein mittelalterliches Vorbild.“<sup>1120</sup> An diesem Ort habe die Partei ideologisch nichts zu bestellen gehabt, obwohl sie zunächst 1958 dorthin ein großes Parteihochhaus plante. Doch statt für Staat und Partei habe man politisch neutrale Bauten für die Bürger erschaffen. „Den Palast der Republik errichtete man als Festhalle des Volkes; aus einem schlichten Medienbauwerk wurde ein der ganzen Stadt Identität und Überblick stiftendes Zeichen – der Fernsehturm.“<sup>1121</sup>

---

<sup>1112</sup> Vgl. Entscheidung über Palast erst 1999. Bundestag: Sanierungskosten stehen nicht zur Debatte. In: *taz*, 21.03.1997, s. S. 21.

<sup>1113</sup> Vgl. Pyramide für den Schlossplatz. In: *ND*, 12.04.1997, s. S. 09.

<sup>1114</sup> Ebd.

<sup>1115</sup> Vgl. Ein Buch auf dem Schlossplatz. Grüne plädieren für Bibliothek im Palast der Republik. In: *taz*, 28.04.1997, s. S. 21.

<sup>1116</sup> Vgl. ebd.

<sup>1117</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Schloss und Palast unterm Palast vereint. Ab Mai können Ausgrabungen besichtigt werden. In: *ND*, 30.04.1997, s. S. 15.

<sup>1118</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Schloss- oder Palast-Bibliothek. Größte Kultureinrichtung strebt ins Zentrum. In: *ND*, 09.05.1997, s. S. 18.

<sup>1119</sup> Vgl. Hoffmann, Hans Wolfgang: Platz frei für die Stadt. Neue Serie: DDR-Architektur. Das Etikett sagt alles und verrät doch nichts. Der Un-Ort zwischen Spree und Alex. In: *taz*, 03.05.1997, s. S. 32.

<sup>1120</sup> Ebd.

<sup>1121</sup> Ebd.

Anfang Mai konstatiert die *FAZ*<sup>1122</sup>, die Debatte um das Berliner Zentrum habe nach einer Erholungspause mit neuer Kraft begonnen. Der Kampf sei aber aufgrund der bisherigen Einsichten gemildert worden. So sei eine Anhörung mit „engagierten Palastbewahrern“ und den Berliner Grünen-Fraktion auch zu dem Schluss gekommen, dass man den Palast – sollte er erhalten bleiben – auf alle Fälle zumindest im Innern baulich verändern müsse. Als „Schlossbeschwörer der ersten Reihe“ bezeichnet Leithäuser den Berliner Bausenator Klemann. Dieser sei von der Senatsbaudirektorin Barbara Jakubeit mit der Tagungsreihe „Schloss, Palast, Haus Vaterland“ zu einer sechs Monate langen „Gedankenübung“ verpflichtet worden. Das besondere an der Konstellation: Jakubeit wurde Mitglied der Expertenkommission Historische Mitte. Leithäuser referiert im Folgenden erneut das Nutzungskonzept von Bund und Land. Es handele sich dabei aber um ein Programm, das „nicht kräftig genug“ wirke, um eine architektonische Form zu erzwingen, bemerkt er kritisch. Ganz ähnlich dächten auch die Palastbewahrer, denn auch ihnen schwebte eine Bibliothek vor Augen, ergänzt mit kulturellen und politischen Veranstaltungsorten. Sogar ein Zusatzbau neben dem Palast habe man nicht ausgeschlossen, was Leithäuser als einen Beweis für bröckelnde Fronten zwischen den verfeindeten Lagern sieht. Versuche, den Ort politisch zu fassen, gebe es immer wieder. Klemann habe zu Beginn der Anhörungsreihe davon gesprochen, der Schlossplatz müsse das „Verständnis von civitas“ verkörpern und sich einem im besten Sinne verstandenen „größtstädtischen Liberalismus“ verpflichtet fühlen.<sup>1123</sup> Welche Konsequenzen das für die Architektur hat, und ob Paläste und Schlösser von diesen Worten gedeckt sind, blieb unklar. Die gemilderte Form der Debatte werde letztlich zu einem Kompromiss führen, in dem sowohl der Palast als auch das Schloss irgendwie verkörpert werden, kolportiert Leithäuser die Stimmung im Bundesbauministerium. Einmal mehr sei nun der Entscheidungs- und Handlungsprozess von Bedeutung, setzt Leithäuser seinen Artikel fort. Erst wenn der Haushaltsausschuss des Bundes die Gelder freigibt, könne mit der längst beschlossenen Asbestsanierung begonnen werden. In den zwei Jahren der Sanierung könne dann ein die Planung für den Um- und Neubau erledigt werden. Unklarheit gebe es noch bezüglich des Verfahrens zum Neubau. Berlin wolle zuerst einen Investor finden, der dann eine Mitsprache bei dem dann folgenden Architektenwettbewerb hätte. Für Leithäuser bedeutet diese Variante einen Vorteil für die Schlossfassade. Der Bund hingegen wolle als erste Stufe einen Architektenwettbewerb, denn „[...] das hielte die Auswahl der künftigen Gebäudeform in den öffentlichen Händen, anschließend begänne die Suche nach privater Unterstützung.“<sup>1124</sup> Welche Variante gewählt werde, wolle man „in den nächsten Tagen“ beraten. Als eine weitere wichtige Frage deutet Leithäuser die Entscheidung darüber, welche Preisrichter beim Architektenwettbewerb das Sagen hätten.

Den Abgang des Landeskonservators Jörg Haspel ins „beschauliche Oberhessen“ kommentiert die *taz* als logischen Schritt Schließlich habe Haspel in der Berliner „Gemengelage“ nur verlieren können. Zu zahnlos sei er gewesen. Zum Palast der Republik, zum Staatsrat, Lehrter Bahnhof oder zur Mauer an der Bernauer Straße sei von ihm nie ein lautes Wort zu hören gewesen, beschwert sich die *taz*.<sup>1125</sup>

Im Mai greift die *taz* erneut die Idee auf, auf dem Schlossplatz eine Bibliothek unterbringen zu wollen.<sup>1126</sup> Die Generaldirektorin der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB), Claudia Lux, wolle die bundesweit größte Einrichtung dieser Art, die aus der Zusammenführung der Amerika-Gedenkbibliothek (AGB) in Kreuzberg und der Stadtbibliothek in Mitte hervorging, auf dem Schlossplatz unterbringen. Als Quartier könne sie sich sowohl den Palast der

---

<sup>1122</sup> Vgl. Leithäuser, Johannes: Schlossbeschwörer und Palastbewahrer im Dauerstreit. Was wird aus der Mitte Berlins? In: *FAZ* Nr. 104, 06.05.1997, s. S. 03.

<sup>1123</sup> Vgl. ebd.

<sup>1124</sup> Ebd.

<sup>1125</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Zahnloser Denkmalschützer. In: *taz*, 06.05.1997, s. S. 21.

<sup>1126</sup> Vgl. Träumen vom Schlossplatz. Standortsuche für Zentralbibliothek. In: *taz*, 09.05.1997, s. S. 24.

Republik als auch – nach einem Wiederaufbau – das Stadtschloss vorstellen, schreibt die *taz*. Die von ihr geforderten 50.000 qm für die Einrichtung entspräche die halbe Fläche des Palastes, fügt die *taz* hinzu.

Auch das *ND* schreibt anlässlich der Einführung der neuen Generaldirektorin über ihren Vorschlag zu einem Bibliotheks- und Medienzentrum.<sup>1127</sup> Finanzieren solle das Gesamtprojekt „ein Mäzen“, der sich ein Denkmal setzen wolle, habe Lux zu den Kosten geäußert.<sup>1128</sup>

Die am 28. Mai 1997 stattgefundene Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses Bund/Berlin habe ergeben, dass ein so genanntes Interessenbekundungs-verfahren ausgeschrieben werde, meldet die *taz*.<sup>1129</sup> Interessierte Investoren sollten auf diese Weise konkrete Angebote über ihre Vorstellungen zur privatwirtschaftlichen Nutzung unterbreiten. Dabei werde erwartet, dass das Bauvorhaben sowohl architektonisch als auch inhaltlich eine „Auseinandersetzung mit der Thematik und der Bedeutung des historischen Stadtschlusses“ suche.

Als unhaltbaren Zustand habe die PDS-Bundestagsgruppe tags darauf die fehlende Entscheidung zum Palast bemängelt, meldet die *taz*.<sup>1130</sup> Finanzmittel zur Sanierung des Palastes müssten endlich freigegeben werden, um etwa eine „kulturelles Zentrum“ dort zu eröffnen.

Das Ergebnis der von Leithäuser Anfang Mai berichteten Gespräche veröffentlicht die *FAZ*<sup>1131</sup> am Ende des gleichen Monats. Den Angaben zufolge wurde dem Wunsch Berlins entsprochen, zuerst einen Investor für das Bauvorhaben zu finden und erst in einem zweiten Schritt mit dem „Architekturwettbewerb“ zu beginnen. Als dritten Schritt plane man dann ein Investorenauswahlverfahren. Das zunächst ausgelobte Interessenbekundungs-verfahren lasse offen, welche Gestalt das Gebäude auf dem Schlossplatz haben werde. Im Klartext bedeutet das, die Eigentümer des Schlossplatzes und des Palastes wollten prüfen, ob es überhaupt potente Investoren gibt, denn – auch das wurde unmissverständlich klargemacht – eine finanzielle Beteiligung der öffentlichen Hand werde es auf keinen Fall geben. Als Vorgabe für die Architekten wurden, wie bereits in früheren Überlegungen, „zeitgenössische Lösungen, Rekonstruktionen und Teilrekonstruktionen“<sup>1132</sup> genannt. Über das umständliche Verfahren in drei Schritten sagte Bundesbauminister Töpfer laut *FAZ*, der Staat wolle damit sicherstellen, dass er „die Frage der Gestaltung dieses zentralen Platzes nicht aus der Hand“<sup>1133</sup> gebe. In die gleiche Richtung argumentierte Senatsbaudirektorin Jakubeit. Laut *taz* wolle sie die Bebauung des Schlossplatzes „nicht Investoren überlassen“.<sup>1134</sup> Der Standort in der Mitte der Stadt müsse vom Bund, dem Land und privaten Bauherren gemeinsam gestaltet werden. Die Planung und Nutzung „an Private allein zu geben, ist unverantwortlich“, sagte Jakubeit. Diese könnten die dort „gebotene Qualität“ der Architektur nicht garantieren.<sup>1135</sup>

Im Juli wartet die *FAZ* mit der Meldung<sup>1136</sup> auf, die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen sei für den Erhalt des Palastes der Republik. Einen entsprechenden Antrag habe man in den Bundestag eingebracht, erklärten die Abgeordneten Eichstädt-Bohlig und Nickels am 18. Juli 1997. Eichstädt-Bohlig habe erklärt, „die zentrale Forderung der Grünen sei, dass das

---

<sup>1127</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Weder Schloss noch Palast. Prinz Charles vereinte Schlossplatz-Fraktionen. In: *ND*, 15.09.1997, s. S. 13.

<sup>1128</sup> Vgl. ebd.

<sup>1129</sup> Vgl. Neues Verfahren für Schlossplatz. In: *taz*, 29.05.1997, s. S. 21.

<sup>1130</sup> Vgl. PDS will Entscheidung zum Palast der Republik. In: *taz*, 30.05.1997, s. S. 27.

<sup>1131</sup> Vgl. Investoren und Bauträger für die Bebauung des Berliner Schlossplatzes gesucht. Bund und Berlin stellen kostenfrei Grundstücke. Keine Beteiligung an den Baukosten. In: *FAZ* Nr. 123, 31.05.1997, s. S. 04.

<sup>1132</sup> Ebd.

<sup>1133</sup> Ebd.

<sup>1134</sup> Vgl. Public-private Schlossplatz. Jakubeit gegen private Bauherren. In: *taz*, 23.06.1997, s. S. 21.

<sup>1135</sup> Vgl. ebd.

<sup>1136</sup> Vgl. Grüne für Erhalt des Palastes der Republik. „Symbolische Mitte Deutschlands nicht privatisieren“. In: *FAZ* Nr. 165, 19.07.1997, s. S. 02.

Grundstück im Mittelpunkt Berlins nicht privatisiert werde.“<sup>1137</sup> Denn, so Eichstädt-Bohlig laut *FAZ*, der Ort sei die „symbolische Mitte des vereinigten Deutschlands“<sup>1138</sup>, der Ort müsse daher öffentlich bleiben. Anstatt den Palast abzureißen, solle dort eine Bibliothek und ein Medienzentrum entstehen. Wäre der Wille zur Erhaltung des Palasts vorhanden, könnte die Asbestsanierung wesentlich günstiger ausfallen, als bisher angenommen.<sup>1139</sup> Auch die *JW* berichtet von diesem Vorstoß der Grünen, ohne weitere Informationen hinzuzufügen.<sup>1140</sup>

In einer ganz anderen Gegend als dem Schlossplatz verortet der Publizist und erklärter Schlossbefürworter Wolf Jobst Siedler in einem Essay<sup>1141</sup> die Berliner Mitte. Langatmig erklärt Siedler zunächst, was Berlin im Vergleich zu Rom, London und Paris alles nicht habe und was alles nach dem Krieg mutwillig zerstört worden sei, weil etwa ein Behörde des Dritten Reiches dort untergebracht gewesen war. Trotzdem habe eher zufällig eine Ensemble aus drei Gebäuden überlebt, das nun den „einzigsten historischen Ort“ Berlins ausmache, an dem „sich deutsche Geschichte wenigstens in den letzten hundert Jahren begeben hat.“<sup>1142</sup> Es handele sich hierbei um das Herrenhaus, den Preußische Landtag und den Gropius-Bau. Gebäude, die von allen Deutschen als nationale Symbole verstanden werden, seien praktisch nicht vorhanden, bedauert Siedler. Dies sähe man auch an der „Begeisterungslosigkeit“, mit der die Deutschen die Schlossplatzdebatte „im Norden wie im Süden der Bundesrepublik“ verfolgten. Und für Berlin gelte, dass es ein „[...] stadtesessenes Bürgertum, das hinter die Losungen des Tages blickt und das ein Wiederherstellungsverlangen tragen könnte“<sup>1143</sup>, ohnehin nicht mehr gebe. Ende Juli veröffentlicht die *JW* ein Interview mit dem Sprecher der Bürgerinitiative „Pro Palast“, Horst Wellner.<sup>1144</sup> Er berichtet von den insgesamt 99 Aktionen, die man zur Rettung des Palastes durchgeführt habe. Auch für ihn ist die Asbestgefahr ein „Totschlagargument“. Ein erstes Gutachten, dass noch von der DDR-Regierung in Auftrag gegeben worden sei, sei mit Hilfe von Regierungsberatern aus der Bundesrepublik an eine Westberliner Firma gegangen.<sup>1145</sup> Diese habe dann ein „vernichtendes Gutachten“ im Dezember 1990 erstellt; doch schon vorher, am 19. September 1990, sei die Volkskammer in das ehemalige ZK-Gebäude „geflüchtet“, wo es eine viel höhere Asbestbelastung gegeben haben solle.<sup>1146</sup> Wellner erklärt weiter, es habe die Gefahr bestanden, dass der Palast eine „politische Aufwertung“ erführe. Denn die SPD wollte dort ihren Vereinigungsparteitag feiern. „Da kamen das besagte Gutachten und die Asbest-Hysterie gerade rechtzeitig.“<sup>1147</sup> Der Abriss käme aber auch deshalb nicht so schnell, weil statisch der Dom gefährdet werden könnte. Davon abgesehen wolle man den Palast nicht aus „Ostalgie“ erhalten, sondern um den verödeten Platz in der Mitte Berlins wieder lebendig zu machen.

Einnahmen von 4,6 Millionen Mark seien aus dem Verkauf von Gegenständen aus dem Palast der Staatskasse zugeflossen, meldet die *taz* und berichtet über eine kleine Anfrage der PDS im Bundestag.<sup>1148</sup>

---

<sup>1137</sup> Ebd.

<sup>1138</sup> Ebd.

<sup>1139</sup> Vgl. Betr.: Palast der Republik. In: *taz*, 19.07.1997, s. S. 21. und: Pötter, Bernhard: Grüne fordern den Palast der Bücher. Berliner und Bonner Grüne plädieren für Medienzentrum im Palast der Republik. In: *taz*, 19.07.1997, s. S. 22.

<sup>1140</sup> Vgl. Allendorf, Leif: Sanierung statt Abriss. Bündnis 90/Die Grünen: Palast der Republik soll öffentlich genutzt werden. In: *JW*, 19./20.06.1997, s. S. 04.

<sup>1141</sup> Vgl. Siedler, Wolf Jobst: Geschichte statt Schönheit. Die amorphe Berliner Stadtlandschaft. In *FAZ* Nr. 201 [Beilage: Bilder und Zeiten], s. S. B6.

<sup>1142</sup> Ebd.

<sup>1143</sup> Ebd.

<sup>1144</sup> Vgl. Fischer, Fritz: Horst Wellner. Ist der Palast zu retten? In: *JW*, 28.07.1997, s. S. 02.

<sup>1145</sup> Vgl. ebd.

<sup>1146</sup> Vgl. ebd.

<sup>1147</sup> Ebd.

<sup>1148</sup> Vgl. Berliner Telegramm. Palast der Republik: 4,6 Millionen Mark für Inventar. In: *taz*, 14.08.1997, s. S. 22.

Ende August veröffentlicht die *JW* ein Gespräch mit dem Künstler John Powers, der in der Fassung des DDR-Wappens am Palast der Republik ein Auge installiert hatte.<sup>1149</sup> Es zeige die Verwandlung der Stadt und die Bedeutung von Kommunikation, erklärte Powers der *JW*.

Im Spätsommer berichtet die *FAZ*<sup>1150</sup> über eine außerdeutsche Einmischung in die Schlossplatzdebatte, die bereits Wochen vorher von der *taz*<sup>1151</sup> angekündigt worden war. Die Sommerakademie des britischen Prinzen von Wales habe sich mit Architekten aus fünf Kontinenten dem „stillen Auge des Berliner Bauwirbels“<sup>1152</sup> mit eigenen Vorschlägen angenähert. Wie die Zeitung berichtet, habe die Gruppe es vermieden, in dem „erschöpfen Berliner Grundsatzstreit“<sup>1153</sup> Partei zu ergreifen, gleichwohl empfahl man eine Neubebauung im Geiste des Schlosses. Der Vorschlag, der sich stark an der Schlosskubatur orientiert und einen Durchbruch zwischen dem Palast vorsieht, sowie eine dort zu errichtende Brücke über die Spree zur Anbindung des Alexanderplatzes, sei von dem damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog im Beisein von Bundesbauminister Töpfer begutachtet worden, berichtet die *FAZ* weiter. Wie die Vertreter des Staates auf die Skizzen reagierten, sagt die Zeitung allerdings nicht. Anders die *taz*.<sup>1154</sup> Dort heißt es, die Hochhäuser auf der Fischerinsel in eine idyllische Kleinstadt zu sperren, wie von der Wales-Gruppe vorgeschlagen, wie der Versuch insgesamt, die Moderne zu eliminieren, habe Jakubeit als „schlichtweg irrsinnig“ bezeichnet. Bemerkenswert sei es auch gewesen, dass die Architekten im Prinzip das „Planwerk Innenstadt“ von Strieder übernommen hatten, obwohl Klemann der Schirmherr der Veranstaltung gewesen sei.<sup>1155</sup>

Die *Welt* betont in ihrem Artikel, wie schwer es ist über ein Thema zu sprechen, in dem es keinen Grundkonsens gebe.<sup>1156</sup> Nun sollten sich junge Architekten aus 11 Ländern mit dem Schlossplatz befassen – unter der Betreuung von Prinz Charles. Der Tscheche Pavel Kohout habe dafür appelliert, eine komplett neue Altstadt zu bauen. Mit malerischen Höfen, engen Gassen und ohne Büros. Dem *ND* fällt bei dem Konzept der Arbeitsgruppe des Prinzen von Wales auf, dass in der Mitte kein Bau in der Kubatur des Schlosses geplant sei.<sup>1157</sup> Und während sich die pro Palast Fraktion kompromissbereit gezeigt habe, seien „einige Hardliner aus der Schlossfront“ nicht zufrieden gewesen. Eine reine „Verhübschung“ des Ortes ohne der Schwere des Schlosses sei nicht zu rechtfertigen, habe es geheißen. Kein Wettbewerb solle ausgeschrieben werden, sondern mehr Bürgerbeteiligung, habe die Kritik der britischen Architekten geheißen. Das aber konnte Töpfers Staatssekretär „natürlich nicht versprechen“, schreibt das *ND*. Immerhin: Eine Gruppe von Palast- und Schlossfreunden habe sich aufgrund der Veranstaltung zur „Perspektive Schlossplatz“ zusammen geschlossen.

Die *FAZ* nennt im Übrigen weitere Terminpläne. Demnach sollten im Oktober 1997 die Vorbereitungsarbeiten zur Asbestentfernung begonnen werden. Töpfer habe außerdem erklärt,

---

<sup>1149</sup> Vgl. Braun, Carolyn: John Powers. Was wollen Sie am Palast? In: *JW*, 30./31.08.1997, s. S. 02.

<sup>1150</sup> Vgl. Neue Vorschläge für Berlins Schlossplatz. Die Planungsgruppe des Prinzen von Wales an der Sommerakademie. In: *FAZ* Nr. 209, 09.09.1997, s. S. 06.

<sup>1151</sup> Vgl. Schlossplatz-Planung wird international. In: *taz*, 29.08.1997, s. S. 20.

<sup>1152</sup> *FAZ* Nr. 209, S. 6.

<sup>1153</sup> Ebd.

<sup>1154</sup> Vgl. Oswald, Ansgar: Florenz an die Spree verpflanzt. Internationale Architektengruppe stellt Ideen für den Schlossplatz vor. Konsens mit Senatsplanern: Bibliotheken, eine Stadthalle und Cafes sollen den Platz beleben. In: *taz*, 15.09.1997, s. S. 22.

<sup>1155</sup> Vgl. ebd.

<sup>1156</sup> Vgl. Wild, Holger: Der Dichter träumt, der Prinz lässt denken. Tschechen, Schweizer und junge Architekten aus 11 Ländern befassen sich mit dem Schlossplatz. In: *Die Welt*, 29.08.1997, s. S. 17. und: Hartung, Nicolai: „Königswege“ für den Berliner Schlossplatz. „Urban Design Task Force“ nahm die Arbeit auf. In: *Die Welt*, 30.08.1997, s. S. 22.

<sup>1157</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Weder Schloss noch Palast. Prinz Charles vereinte Schlossplatz-Fraktionen. In: *ND*, 15.09.1997, s. S. 13.

dass Interessenbekundungsverfahren habe begonnen und der Architekturwettbewerb werde vorbereitet.<sup>1158</sup>

In der Zwischenzeit berichtet die *taz* von der Pleite des „Gästebuches“ auf dem Schlossplatz. Das Projekt sei gescheitert, die Schuldner hätten sich ins Ausland abgesetzt.<sup>1159</sup>

Von einem „hochkarätig“ besetzten Podium berichtet die *taz* Ende September.<sup>1160</sup> „Es soll der politischen Dimension und Chance der Bauaufgabe am Schlossplatz nachgespürt werden“, lautete die von Jakubeit gestellte Aufgabe. Und präziser: „Ist die Neugestaltung der Berliner Mitte eine nationale Aufgabe, ist hier der zentrale Ort, an dem sich nationales Selbstverständnis in architektonischen Symbolen ausdrückt?“ habe sie in Anlehnung an Adolf Arndts<sup>1161</sup> berühmten Rede von der „Demokratie als Bauherr“<sup>1162</sup> in die Runde gefragt. So unterschiedlich die Antworten der Teilnehmer gewesen seien, so sei doch eines klar gewesen: „Jede Neubebauung der historischen Mitte der Stadt muss deren politische Dimension wieder unterstreichen. Der Schlossplatz war und bleibt ‚ein politischer Ort‘. Bauwerk und Nutzung sollen dies widerspiegeln. Für Investorenarchitekturen ist hier kein Platz – ebenso wenig für nostalgische Schlossfans.“<sup>1163</sup> Wolfgang Schäuble (CDU) sah den Ort zwar geeignet, um „deutsches Erbe, demokratisches Nationalbewusstsein und europäische Identität“ zur Schau stellen zu können, ohne aber das Schloss wieder aufzubauen. Schäuble: „Bloße Restauration ist keine Alternative zur Auseinandersetzung“, das Rad der Geschichte lasse sich nicht zurückdrehen.<sup>1164</sup> Ähnlich argumentierte der Bauhistoriker Wolfgang Pehnt: An dem politischen Ort Schlossplatz müssten auch neue „identifikatorische Chiffren“ gebaut werden, die eine föderale und europäische Identität widerspiegeln. Lothar de Maizière, letzter Ministerpräsident der DDR und der Verleger Klaus Wagenbach appellierten auf Veranstaltung für den Erhalt, bzw. die Integration des Palastes, berichtet die *taz*.<sup>1165</sup> Auch die *Welt* berichtet über die Diskussionsrunde. Fazit sei gewesen, dass man sich Zeit lassen müsse mit der Bebauung des Schlossplatzes.<sup>1166</sup>

Im gleichen Monat legt die *FAZ* in einem im Politikeil platzierten Artikel<sup>1167</sup> von Johannes Leithäuser nach. Dort wird zunächst der Stand der Dinge in der Schlossplatzdebatte referiert. Der von Senatsbaudirektorin Jakubeit veranstaltete Gesprächsrunde über die Zukunft des Schlossplatzes habe die Liste der ungelösten Fragen nur verlängert, den Gegensatz zwischen Schloss- und Palastfreunden allerdings gemildert. Derweil hofften beide Parteien, dass die Zeit für sie arbeite. Wie bereits in vorherigen Artikeln meint Leithäuser, die Debatte bewege sich nicht auf ein Entweder-Oder zu, sondern auf ein Sowohl-als-auch oder sogar auf ein Weder-Noch. Es herrsche kein Konsens über die „Grundfrage“, die sich durch die Gesprächsrunden herauskristallisiert habe: „Es ist die Frage, ob der betreffende Ort überhaupt ein nationaler Identifikationspunkt sein und bleiben soll oder ob es sich nicht einfach im ein

---

<sup>1158</sup> Vgl. *FAZ* Nr. 209. s. S. 06.

<sup>1159</sup> Vgl. Rada, Uwe: Pleiten und Pannen auf dem Schlossplatz. Seit Montag ist die Pyramide auf dem Schlossplatz samt dem „größten Gästebuch der Welt“ geschlossen. Die Betreiber haben den Betrieb eingestellt und hinterlassen zahlreiche Gläubiger. Mitarbeiter sauer. In: *taz*, 03.09.1997, s. S. 17.

<sup>1160</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Suche nach dem politischen Schlossplatz. Schäuble, de Maizière und Verleger Wagenbach lehnen bei einer Diskussion die bloße Rekonstruktion des Stadtschlusses ab. Zeitgemäße Gestaltung statt Investorenarchitektur. In: *taz*, 19.09.1997, s. S. 22.

<sup>1161</sup> Karl Otto Adolf Arndt (1904-1974), war Jurist, SPD-Politiker, MdB und kurze Zeit Wissenschaftssenator in Berlin.

<sup>1162</sup> Vgl. Arndt, Adolf: *Demokratie als Bauherr*. Berlin 1984.

<sup>1163</sup> Ebd.

<sup>1164</sup> Ebd.

<sup>1165</sup> Vgl. ebd.

<sup>1166</sup> Vgl. Hartung, Nicolai: Mit dem Schloss sollte man sich Zeit lassen. Fazit der Sommer-Diskussion im Staatsratsgebäude. In: *Die Welt*, 24.09.1997, s. S. 17.

<sup>1167</sup> Vgl. Leithäuser, Johannes: Zeit zum Denken – ein nationaler Gedächtnisort muss warten können. Kein Konsens zur Zukunft des Berliner Schlossplatzes. Der Wettbewerb der Ideen geht weiter. Töpfer singt das Lob der Langsamkeit. Geldmangel als Segen? In: *FAZ* Nr. 222, 24.09.1997, s. S. 03.

totes Stück Stadt handelt, das mit städtischem Leben zu stopfen wäre.“<sup>1168</sup> Für einen Ort bürgerlichen Lebens mit ebensolcher „Allerweltsarchitektur“ habe der tschechische Schriftsteller Kohout plädiert, und kaum anders sah es die Arbeitsgruppe um den Prinzen von Wales, sagt Leithäuser. Gestoppt wird dieser Gedankengang umgehend von der Feststellung, die „Mehrheit der Befragten“ wolle an der „überkommenen Bedeutung“ des Platzes festhalten – auch wenn die meisten nicht wüssten, wie diese Bedeutung aussehen sollte. Als Beispiel der Mehrheit nennt Leithäuser den damaligen CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble, der den Schlossplatz als „Bestandteil des nationalen Erbes“ klassifiziert habe, ohne sich auf eine Bauform festzulegen. Statt dessen sprach er nebulös von „föderalem Selbstverständnis“ und „europäischer Hoffnung“, die dort sichtbar werden sollten. Im Übrigen habe auch Schäuble Zeit zum Nachdenken gefordert. Im Weiteren zeichnet Leithäuser die Differenzen nach, die sich zwischen Bund und Berlin in der Debatte aufgetan hätten. Während die Berliner CDU vor allem das Schloss wiederhaben wollte, sei der Bund von einer Ablehnung des Palasts motiviert, ohne damit automatisch für das Schloss zu votieren. Töpfer als Vertreter des Bundes habe sich sogar von der Verabredung gelöst, ein Neubau müsse sich zwingend an den Proportionen des alten Schlosses orientieren. Aber ganz privatisieren wolle der Bund den Ort auch nicht, habe Töpfer beteuert.

Im Oktober 1997 begann, wie bereits Monate vorher angekündigt, tatsächlich die Asbestsanierung des Palastes. Töpfer habe betont, mit der Ausräumung des Mobiliars sei das Schicksal des Palastes noch keineswegs entschieden, berichtet die *taz*.<sup>1169</sup> Doch das sei falsch, legt die *taz* in einem Kommentar nach.<sup>1170</sup> Mit dem Beginn der Entrümpelung sowie der Asbestsanierung rücke der Palast seinem Abriss wieder ein gutes Stück näher, heißt es dort. „Zwar leiert Bundesbauminister Klaus Töpfer schon gebetsmühlenartig die Mär herunter, mit der Asbestbeseitigung werde keine Vorentscheidung über Abriss oder Erhalt des ungeliebten Renommierbaus der DDR getroffen.“<sup>1171</sup> Klar sei jedoch, dass schon mit dem Beginn der Sanierung der Palast nicht mehr zu dem werden könne, was er einmal war. Der Volkskammersaal werde aus dem Gebäude „herausgerissen“ und für das Deutsche Historische Museum reserviert. Das Entrée und die Sitzungssäle würde man hingegen „auf den Müll“ werfen. „Danach fielen die Fassade und die Geschosse. „Der Palast ist damit weg.“<sup>1172</sup>

So deutlich formuliert es das *ND* nicht, sondern schreibt lediglich, dass in zwei Wochen mit der Sanierung begonnen werden solle.<sup>1173</sup> Das *ND* vergisst auch nicht zu berichten, dass bei den Arbeiten „denkmalpflegerische Aspekte intensiv berücksichtigt“ würden. „Damit werde sichergestellt, sagte Töpfer, dass der Palast nach der Asbestsanierung wiederhergestellt werden könne, falls die politische Entscheidung so ausfallen sollte.“<sup>1174</sup>

In einem Gespräch mit der *JW* erklärt Strieder, das Palastinnere sei vor der Sanierung „akribisch dokumentiert“ worden, sodass man ihn jederzeit wieder einbauen könne.<sup>1175</sup> Der Palast sei aber nicht unter Denkmalschutz gestellt worden, weil ein Wettbewerb entscheiden solle, was auf dem Schlossplatz gebaut werde. „Der Denkmalschutz wird uns nicht die Pflicht abnehmen, uns mit der Politik und der Geschichte unseres Landes auseinander zu setzen.“<sup>1176</sup>

---

<sup>1168</sup> Ebd.

<sup>1169</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Töpfer räumt den Palast aus. Asbestsanierung im Palast der Republik beginnt in zwei Wochen mit Räumung des Mobiliars. Inventar soll in Museen ausgestellt werden. Baustadträtin von Mitte fordert Denkmalschutz. In: *taz*, 02.10.1997, s. S. 22.

<sup>1170</sup> ders.: ...und weg ist der Palast. In: *taz*, 02.10.1997, s. S. 21.

<sup>1171</sup> Ebd.

<sup>1172</sup> Ebd.

<sup>1173</sup> Vgl. Nölte, Karin: Palast der Republik. Startschuss für Asbestbeseitigung. Bauminister Töpfer: In zwei Wochen geht's los. In: *ND*, 02.10.1997, s. S. 01.

<sup>1174</sup> Ebd.

<sup>1175</sup> Vgl. Anders, Florentine: Peter Strieder. Palastsanierung oder Abriss? In: *JW*, 02.10.1997, s. S. 02.

<sup>1176</sup> Ebd.

Vom historischen Standpunkt sei es sinnvoller, den Palast zu erhalten, statt das Schloss wieder aufzubauen. Strieder wolle aber, dass am Ende „politisch entschieden“ werde.<sup>1177</sup>

In den folgenden Tagen meldet die *taz* Protestveranstaltungen der PDS, die für den Erhalt des Palastes aufmarschiert seien. Zwischen 400 und 2.500 Demonstranten – meist ältere Menschen – hätten an den Veranstaltungen teilgenommen.<sup>1178</sup>

Das *ND* belässt es nicht bei kleinen Meldungen sondern berichtet ausführlich über den Protest gegen den Asbestabriss.<sup>1179</sup> „Menschelnd“ beginnt der Bericht mit dem Erlebnisbericht einer Marzahner Erzieherin, die 1976 im Palast ihren ersten „Jugendtanz“ absolviert hatte. Sie bedauere es sehr, dass ihre Kinder den Palast nicht mehr kennen, berichtet das *ND* weiter. Die Redebeiträge der PDS-Prominenz Pau, Luft, Bisky und Gysi werden vom *ND* in Schlagworte zusammengefasst. Grundtenor: Bonn wolle aus ideologischen Gründen den Bau weghaben.<sup>1180</sup> Die *JW* meldet 400 Teilnehmer an der Protestkundgebung und wiederholt im weiteren die Faktenlage zu Denkmalschutz und Asbestsanierung.<sup>1181</sup> Die *JW* veröffentlicht auch einen zweiseitigen Artikel über den Werdegang des Palastes.<sup>1182</sup> Besonders die Umstände seiner überhasteten Schließung 1990 werden erneut beleuchtet und mit weiteren Fakten ergänzt. Die Schlossattrappe des Fördervereins 1993/94 sei eine „Verunzierung“ des Platzes gewesen, heißt es in dem Beitrag.<sup>1183</sup> Trotz aller Aktionen und Versprechungen von Seiten der Politik gammele der Palast still vor sich hin und entferne sich so immer mehr aus dem Gedächtnis der Menschen.

In der *ZEIT* heißt es, Schäuble habe eine „Weizsäcker-Rede“ gehalten über Vergangenheit und Würde, jedoch zum Thema Schlossplatz „kein Wort“ gesagt.<sup>1184</sup> Im Weiteren referiert Zohlen den Stand der Dinge, nennt das Jahr 1993 das „Boddien-Jahr“, als auch viele Rekonstruktionsgegner eingesehen hätten, dass der Platz, groß wie die „russische Steppe“, ein Gebäude wie das Schloss brauche.<sup>1185</sup> Der Abriss des Schlosses bleibe eine „kulturhistorische Barbarei und Stigma eines deutschen Sozialismus“, der sich von „kleinbürgerlicher Ranküne“ nicht habe lösen können. Doch statt für einen Wiederaufbau zu plädieren, meint Zohlen, man solle den Palast zumindest teilweise erhalten, den Schlossplatz von den Rändern her wieder neu fassen, mit Wohnungen und Geschäften. „Auf jedem Fall entspräche es dem zivilen Geist der Bundesrepublik – der alten und der neuen.“<sup>1186</sup>

Am 15. Oktober 1997 beginnt planmäßig die Sanierung des Palastes der Republik.<sup>1187</sup>

Zehn Tage später beschreibt die *taz*, dass Bund und Berlin erstmals konkrete Vorgaben für den Schlossplatz veröffentlicht hätten, auch in Hinblick auf eine Schlossrekonstruktion.<sup>1188</sup>

Der Nachfolgebau des Palastes der Republik soll laut Ausschreibungsbroschüre in öffentlich-privater Partnerschaft finanziert werden. In Betracht gezogen werde, das rund 38.000

---

<sup>1177</sup> Vgl. ebd.

<sup>1178</sup> Vgl. PDS für Palast ohne Asbest. In: *taz*, 10.10.1997, s. S. 21, und: PDS-Demo für Palast der Republik. In: *taz*, 13.10.1997, s. S. 07, und: Berliner Telegramm. Demonstration für Erhalt des Palastes der Republik. In: *taz*, 13.10.1997, s. S. 22.

<sup>1179</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Palast der Republik. Wo Rentner Kohl Kaffee trinken könnte. Widerstand gegen Abriss des DDR-Erbes. 2500 demonstrierten pro Palast. In: *ND*, 13.10.1997, s. S. 03.

<sup>1180</sup> Vgl. ebd.

<sup>1181</sup> Vgl. Kulka, Karin: Sanierung als Abrissvorbereitung? Demonstration für den Erhalt des Palastes der Republik in Berlin. In: *JW*, 13.10.1997, s. S. 04.

<sup>1182</sup> Vgl. Neubert, Jörg: Lichter aus im „Lampenladen“. Der Palast der Deutschen Demokratischen Republik – vom Kulturzentrum zur Asbestruine. In: *JW*, 11./12.10.1997, s. S. 10-11.

<sup>1183</sup> Vgl. ebd.

<sup>1184</sup> Vgl. Zohlen, Gerwin: Wir sind der Platz. In: *DIE ZEIT* Nr. 41, 02.10.1997, s. S. 51.

<sup>1185</sup> Vgl. ebd.

<sup>1186</sup> Ebd.

<sup>1187</sup> Vgl. Asbestabriss am Palast der Republik begonnen. In: *taz*, 16.10.1997, s. S. 21.

<sup>1188</sup> Vgl. Berliner Telegramm. Bund und Senat konkretisieren Schlossplatz-Vorgaben. Wirtschaft in den östlichen Bezirken holen auf. Internet-Prozess gegen Angela Marquardt geplatzt. Schönbohm: Sonderurlaub ist rechtlich wasserdicht. In: *taz*, 25.10.1997, s. S. 26.

Quadratmeter große bundes- und landeseigene Grundstück für 99 Jahre zu einem Erbbauzins von 19,7 Millionen Mark im Jahr zu verpachten. Das Papier, das an über 30 internationale Investoren verschickt worden sei, beinhaltet auch detaillierte Vorgaben für eine mögliche Rekonstruktion des Stadtschlusses. Die barocken Außenfassaden und Fassaden des Schlüterhofs, die fünf Portalbauten und die markante Kuppel sollen in diesem Fall „archäologisch exakt wieder entstehen“.<sup>1189</sup> Und zur Funktion heißt es: „Den größten Teil des Neubaus soll eine Bibliothek mit 24.000 Quadratmetern oder 40.000 Quadratmetern Nutzfläche in Anspruch nehmen. Als teilkommerzielle Nutzung sind ein Konferenzzentrum (11.000 Quadratmeter), ein repräsentatives Hotel (9.000) und eine Ausstellungshalle (6.000) vorgesehen. Den Platz für die kommerzielle Nutzung mit Läden, Büros und einer Tiefgarage bestimmten die Investoren.“<sup>1190</sup> Damit war bereits das letztlich beschlossene „Humboldt-Forum“ ziemlich konkret umrissen.

Auch die *Welt* berichtet kommentarlos die Vorgaben aus der Ausschreibungsbroschüre und meint, eine öffentliche Nutzung sei festgelegt.<sup>1191</sup>

Für die *FAZ* verfasst Heinrich Wefing einen Artikel<sup>1192</sup>, in dem er den Palast bereits als abgerissen deklariert. Doch Wefing geht es nicht eigentlich um den Palast oder einem neu zu errichtendem Schloss. Er nähert sich vielmehr dem Schlossbezirk als einem Ort der Macht an. Er bedauert, dass nun die Spreeinsel, „der angestammte Sitz des Souveräns im Herzen Berlins“<sup>1193</sup>, endgültig ihre Funktion als Hoheitsmitte verliere. Zwar sei das bereits 1918 einmal so gewesen, aber „ausgerechnet die DDR“ habe die Tradition des Ortes mit dem Palast, dem MfAA und dem Staatsratsgebäude weitergeführt. Bereits in einem früheren Artikel hatte Wefing daher für den Bau eines Parlaments auf dem Schlossplatz plädiert, ohne auf ein breites Echo zu stoßen. Mit dem Abbruch des Palasts werde der Platz nun zu einem „wüsten Gedächtnisort“, und seine ursprüngliche Funktion sei im dem Quartier beim Reichstag eingezogen. Als wenn dieser Funktionsverlust nicht schon schlimm genug wäre, sieht Wefing eine neue Gefahr heraufdräuen: Die der Banalisierung des Schlossbezirks. Bereits die Allee Unter den Linden, die Wefing als Via Sacra bezeichnet, sei „dank trivialer Geschäftshäuser zur gewöhnlichen Bummelmeile geworden.“<sup>1194</sup> Um auf ihre Kosten zu kommen, werden die Investoren auf dem Schlossplatz auch Büros errichten müssen, ahnt Wefing. Damit aber würde der Platz, selbst mit barocker Schlossfassade, zu einer beliebigen Adresse und „der historische Ort, der kaum vorher merkantil genutzt wurde, verkäme zum Spekulationsobjekt.“<sup>1195</sup>

Für die *Welt* zeigt die Ausschreibung, dass auf dem Schlossplatz ein „Neubau für alles Mögliche“ entstehen solle.<sup>1196</sup> Visionär seien die Vorgaben jedenfalls nicht, für die Kultur sei lediglich eine Bibliothek vorgesehen. Zur Form heiße es, man könne sich eine Teilrekonstruktion vorstellen, etwas Neues oder aber eine Mischung aus Alt und Neu. Eine falsche Lösung, meint die *Welt* in einem Kommentar.<sup>1197</sup> Weil nur geschaut werde, was sich „rechnet“, werde kein Schloss gebaut werden: Kein modernes, keines der Demokratie, der Republik, des Volkes, der Nation oder eines anderen würdigen Bauherrn.<sup>1198</sup> Denn ein

---

<sup>1189</sup> Vgl. ebd.

<sup>1190</sup> Ebd.

<sup>1191</sup> Vgl. Investoren legen öffentliche Nutzung am Schlossplatz fest. In: *Die Welt*, 25.10.1997, s. S. 18.

<sup>1192</sup> Vgl. Wefing, Heinrich: Sag beim Abriss leise servus. Verlust der Hoheitsmitte: Der Palast wird asbestsaniiert. In: *FAZ* Nr. 250, 28.10.1997, s. S. 43.

<sup>1193</sup> Ebd.

<sup>1194</sup> Ebd.

<sup>1195</sup> Ebd.

<sup>1196</sup> Vgl. Wild, Holger: Auf den Schlossplatz soll ein Neubau für alles Mögliche. Welche Vorgaben Bund und Berlin den Investoren machen, die den bedeutendsten Ort der Republik bebauen wollen. In: *Die Welt*, 29.10.1997, s. S. 22.

<sup>1197</sup> Vgl. Wild, Holger: Wie wir uns darstellen. In: *Die Welt*, 29.10.1997, s. S. 31.

<sup>1198</sup> Vgl. ebd.

Schloss werde durch Großzügigkeit und Verschwendung gekennzeichnet und durch „Prunk um des Prunkes Willen“. Zwar seien nun die Zeiten hart, das Geld fehle, „aber man mache sich keine Illusionen: So, wie wir uns selbst darstellen, so werden wir verstanden werden.“<sup>1199</sup> Zum Jahresende erregt eine Aktion der PDS Aufsehen: Bundestagsabgeordnete Gregor Gysi und der Abgeordnete Freke Over kletterten auf das Dach des Palastes, um damit gegen den nach ihrer Ansicht geplanten Abriss des Gebäudes zu protestieren, meldete die *taz*.<sup>1200</sup> Sie seien mit einer Hebebühne auf das Dach gehievt worden und entrollten dort ein Transparent. Bei den gegenwärtigen Bauarbeiten, im Bundeshaushalt als „Asbestsanierung“ tituliert, handele es sich in Wirklichkeit um den „Abbruch“ des Palastes, sei die Meinung der Politiker.

1997 war von einer paradoxen Situation geprägt: Die ideologischen Grabenkämpfe nahmen ab, in den meisten Medien wurde eine Milderung der Gegensätze konstatiert und es begann die Asbestsanierung, von der jeder Akteur wusste, dass am Ende von dem Palast kaum mehr etwas übrig bleiben sollte. Dass die Mitte ein „politischer Ort“ war, bestritt niemand. Auch nicht, dass man das Areal nicht der Privatwirtschaft überlassen solle; das war über Parteigrenzen hinweg Konsens. 1997 war auch geprägt von einem sehr angestregten Nachdenken über die Nutzung des neuen Baus. Das führte zu vielen schwammigen Schlagworten. Es dominierten die diversen Kostenrechnungen, die in ihrer Zahlenfülle kaum zu überblicken waren. Mit dem angekündigten Dreierschritt von Interessenbekundungsverfahren, Architekturwettbewerb und Investorenauswahlverfahren wurde von Strieder zusätzlich ein Entscheidungsprozedere installiert, das die Debatte verkomplizierte und verlangsamte. Angesichts seiner oft geäußerten Position, man solle sich in der Frage viel mehr Zeit lassen, ist anzunehmen, dass Strieder die komplexen Auswahlverfahren mit Absicht als Entschleuniger installierte. Davon abgesehen wurde trotz aller stets verkündeter Ergebnisoffenheit bereits eine Nutzungsvorgabe für die Investoren veröffentlicht, die dem späteren Humboldt-Forum bereits sehr nahe kam. Das Schicksal des Palastes in seiner ursprünglichen Form muss man daher seit 1997 als zum Untergang besiegelt betrachten. Die spektakulären Proteste von der PDS gegen die „Sanierung“ waren daher nur logisch. Dass der Palast für die Privatwirtschaft kein Zugpferd mehr war, zeigten die von der Politik angekündigten Zwischennutzungskonzepte, die durchweg an fehlenden Sponsoren scheiterten. Entweder wurden sie gar nicht erst realisiert, oder sie wurden, wie das „Gästebuch“, ein finanzielles Desaster.

### 3.9. 1998: Rot-Grün regiert den Bund und heizt die Debatte wieder an

1998 war nach 1994 das zweite Jahr der Debatte, das von einem Bundestagswahlkampf geprägt wurde. Mit Gerhard Schröder hatte die SPD einen Kandidaten ins Rennen geschickt, der eine moderne Form des Wahlkampfes praktizierte. Ein Sieg über den „ewigen Kanzler“ schien erstmals möglich zu sein. Für die Schlossplatzdebatte bedeutete das, dass Schloss- und Palastfreunde große Hoffnungen und Ängste bezüglich des Wahlausgangs hegten. Ideologische Gegensätze rückten daher wieder verstärkt in den Vordergrund.

Bis zum 5. Januar 1998 sollten die Investoren ihre Unterlagen im Interessenbekundungsverfahren eingereicht haben – doch kein einziger habe sich an die Frist gehalten, berichtet die *Welt*.<sup>1201</sup> Auf Bitten der Investoren habe man die Frist bis zum 26. Januar 1998 verlängert. Tatsächlich berichtet die Zeitung am Monatsende, „mindestens 15“ Bewerbungen seien eingereicht worden; aber auch nach Fristende erwarte man Vorschläge der Investoren, habe ein Sprecher der Senatsbauverwaltung gesagt.<sup>1202</sup>

---

<sup>1199</sup> Ebd.

<sup>1200</sup> Vgl. Gysi spielt Greenpeace auf Palast der Republik. In: *taz*, 22.11.1997, s. S. 23.

<sup>1201</sup> Vgl. Investoren für Schlossplatz-Bebauung lassen auf sich warten. In: *Die Welt*, 14.01.1998, s. S. 22.

<sup>1202</sup> Vgl. 15 Investoren wollen Schlossplatz bebauen. In: *Die Welt*, 27.01.1998, s. S. 18.

Über den 1997 gegründeten „Arbeitskreis Perspektive Schlossplatz“ berichtet die *Welt* noch Ende Januar.<sup>1203</sup> Die Planung für das Areal müsse „transparenter und demokratischer“ sein, habe der Arbeitskreis postuliert und Bundesbauminister Oswald<sup>1204</sup> (CSU) und seinem Berliner Kollegen Klemann (CDU) ein entsprechendes Angebot zu Mitwirkung unterbreitet. Unter anderem empfahl die Gruppe, über deren Mitglieder die *Welt* nichts schreibt, die Errichtung eines „Forum Humboldtium“ mit öffentlichen und kommerziellen Einrichtungen.<sup>1205</sup>

Vom vergangenen Jahr schwappte auch noch die Aktion der PDS-Demonstration in den Beginn des Wahljahrs. Das Ermittlungsverfahren gegen den PDS-Bundestagsgruppenchef Gysi und den Abgeordneten Over seien eingestellt worden, eine Anzeige habe es nicht gegeben, meldet die *taz*.<sup>1206</sup>

Im Februar meldet die *taz*, 14 Investoren hätten sich im Zuge des so genannten Interessenbekundungsverfahrens für einen Neubau auf dem Schlossplatz gemeldet.<sup>1207</sup> Bis zum März werde eine Vorauswahl getroffen, habe das Bundesbauministerium erklärt.

Ein eher ungewöhnliches Konzept verfolgte der Verein Deutscher Ingenieure (VDI), der sich, wie die *taz* berichtet, auch für die Nutzung des Schlossplatzes gemeldet hatte.<sup>1208</sup> Zusammen mit dem Fraunhofer Institut und dem Automobilkonsortium Gedas plane der VDI ein „Weltweit vernetztes Technikzentrum“. Auch einen Namen hatte man schon gefunden: Es sollte Berlin World Engineering Center heißen. Besucher könnten ihr Wissen dort „rund um die Uhr“ erweitern. Die geplanten Projekte sollten von einer Multimediashow, einem Fernsehstudio, einer Theaterbühne bis hin zu einer „lebendig gestalteten Berufsberatung“, reichen, habe der VDI-Vorsitzende Günter Spur erklärt. 10 bis 20 Prozent der Gesamtfläche des neuen Gebäudes hätte der VDI für sich kalkuliert; hinter welcher Fassade, ob historisch oder modern, sei ihnen egal.<sup>1209</sup>

Bundesbauminister Oswald (CSU), könne sich auch ein Schloss auf dem Schlossplatz vorstellen, meldet die *taz* Ende Februar.<sup>1210</sup> Aber auch „Mischformen historischer Vorbilder“ und moderner Architektur seien denkbar, habe der Minister erklärt.

Im April bringt Diepgen wieder eine neue Variante für den Schlossplatz ins Spiel. Wie die *taz* meldet, könne er sich anstelle des Palastes ein Nobelhotel vorstellen und einen Trakt als Bundesgästehaus.<sup>1211</sup> Weitere Meldungen der *taz* bringen kaum Neues. Da heißt es aus dem Bundesbauministerium, den Rohbau nach der Sanierung wolle man nicht mehr nutzen<sup>1212</sup>, bzw. den Palast werde es in seiner ursprünglichen äußeren Erscheinungsform nicht mehr geben.<sup>1213</sup>

Die *Welt* fasst diese Meldungen zu einem längeren Artikel zusammen.<sup>1214</sup> Auch hier heißt es, der Palast habe „kein Zukunft“. Die Entscheidung gelte aber als „sensible Thema“, da der Bau für viele in der DDR ein „beliebter Treffpunkt und Veranstaltungsort“ gewesen war.<sup>1215</sup>

---

<sup>1203</sup> Vgl. Schlossplatzpläne: Arbeitskreis will Bürgerbeteiligung. In: *Die Welt*, 28.01.1998, s. S. 19.

<sup>1204</sup> Eduard Oswald (CSU) war von Januar 1998 bis Oktober 1998 Bundesbauminister. Er wurde Nachfolger von Klaus Töpfer, der auf einen Posten der Vereinten Nationen wechselte.

<sup>1205</sup> Vgl. *Welt*, 28.01.1998, s. S. 19.

<sup>1206</sup> Vgl. Berliner Telegramm. Verfahren gegen Gysi, Pau und Over eingestellt. In: *taz*, 29.01.1998, s. S. 22.

<sup>1207</sup> Vgl. 14 Interessenten für Palast der Republik. In: *taz*, 03.02.1998, s. S. 21.

<sup>1208</sup> Vgl. Kasza, Peter: VDI schlägt Technikzentrum auf dem Schlossplatz vor. 14 weitere Nutzerkonzepte. Ob Palast oder Schloss, entscheidet ein Architekturwettbewerb. In: *taz*, 11.02.1998, s. S. 24.

<sup>1209</sup> Vgl. ebd.

<sup>1210</sup> Vgl. Bauminister Oswald für historischen Schlossplatz. In: *taz*, 23.02.1998, s. S. 21.

<sup>1211</sup> Vgl. Betr.: Palast der Republik. In: *taz*, 09.04.1998, s. S. 25.

<sup>1212</sup> Vgl. Bonn hat nichts für Palast der Republik übrig. In: *taz*, 16.04.1998, s. S. 04.

<sup>1213</sup> Vgl. Bund mag Palast nicht. In: *taz*, 16.04.1998, s. S. 22.

<sup>1214</sup> Vgl. Bundesregierung: Keine Zukunft für Palast. „Für weitere Nutzung nicht zweckmäßig“. Entscheidung aber erst nach Architektur-Wettbewerb. In: *Die Welt*, 16.04.1998, s. S. 18.

<sup>1215</sup> Vgl. ebd.

Was aber statt dessen gebaut werde, werde erst durch einen architektonischen Wettbewerb entschieden.

Ein Tag später habe Klemann der Haltung des Bundes zugestimmt, meldet erneut die *taz*<sup>1216</sup> und auch die wütenden Reaktionen der Sozialisten: „Der Umgang mit dem Palast der Republik verrät mehr über die Verfasstheit der Republik als über den Zustand des Palastes“, habe die PDS-Landesvorsitzende Petra Pau erklärt.<sup>1217</sup> Der Palast der Republik sei „kein Privatbesitz“ der Bundesregierung, und die Bundesregierung sei nicht legitimiert, unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne politische Vorgaben Entscheidungen über die Zukunft der Stadtmitte zu treffen, habe Pau gesagt.

Die Bundesregierung wolle den Palast der Republik nicht erhalten, heißt es Mitte April in einer kurzen Meldung<sup>1218</sup> der *FAZ* auf Seite eins. Es erscheine nicht zweckmäßig, den Rohbau nach der Asbestsanierung weiter zu verwenden, wird ein Sprecher des Bundesbauministers zitiert. Damit sei das Schicksal der Sanierungsruine jedoch noch nicht besiegelt, denn die Entscheidung über den Abriss müsse der Gemeinsame Ausschuss Bund/Berlin fällen. Publik wurde das Bestreben der Regierung durch eine kleine Anfrage der PDS. Über deren Reaktion erfährt der Leser tags darauf in der *FAZ* – allerdings erst auf Seite fünf.<sup>1219</sup> Dort heißt es, die PDS habe die Bundesregierung aufgefordert, den Palast nicht abzureißen. Die PDS-Abgeordnete Luft habe Kanzler Kohl vorgeworfen, in Berlins Mitte „alles säubern“ zu wollen, was an die DDR erinnere. In der gleichen Ausgabe behauptet die *FAZ* in einer Feuilletonglosse<sup>1220</sup>, der Palast sei bereits aus der Erinnerung der Menschen durch „Nichtgebrauch“ verschwunden. Als Beweis diene die begrenzte Empörung, die auf den Hinweis folgte, man wolle das nach der Sanierung übrigbleibende Betonskelett nicht wieder aufbauen. Das relative Desinteresse sei verständlich und rühre daher, dass die Mitte weder richtig Ost noch richtig West sei. In Sachen Lokalpatriotismus gerate das Zentrum zwischen die Fronten. Der Verfasser sieht hier eine einzigartige Chance: Die „Exterritorialität der Gefühle“ mache das Gebiet herrenlos, bzw. zu einem „Freihafen, in dem ein neues, ungeteiltes Stadtbewusstsein angelandet werden könnte.“<sup>1221</sup> Diesem Stadtbewusstsein müsse man – notfalls mit der Abrissbirne – Raum schaffen.

Als Sprachrohr der PDS berichtet auch das *ND* über die Kleine Anfrage und bedauert, dass die „Massenpetition“ von 82.000 Unterschriften für den Palast nicht berücksichtigt worden seien.<sup>1222</sup> Töpfer habe zwar immer gesagt, dass der Palast nicht abgerissen werde, doch nun höre man aus dem Bundesbauministerium, dies habe sich nur auf „denkmalpflegerische Maßnahmen“ bezogen. Demnach, resümiert das *ND*, „dürfte der endgültige Beschluss einer zuständigen gemeinsamen Kommission von Bund und Land Berlin über die Bauten am Schlossplatz nur noch eine Formsache sein“.<sup>1223</sup>

Nach der Pleite mit dem „größten Gästebuch der Welt“ berichtet die *taz* von einem zweiten Anlauf, für eine Zwischennutzung ein Kunstprojekt auf den Schlossplatz zu installieren.<sup>1224</sup> Herzstück des so genannten „Genesys-Projekts“, für das die Preussag als Finanzier gewonnen worden sei, werde ein „vielseitig beispielbarer Glasbau“ zwischen Schlossbrücke und Französischer Straße sein, der je nach Bedarf von innen abgedunkelt werden könne. In ihm

---

<sup>1216</sup> Vgl. Bausenator und Bonn einig über Palast. In: *taz*, 17.04.1998, s. S. 21.

<sup>1217</sup> Vgl. PDS gegen Palast der Regierung. In: *taz*, 17.04.1998, s. S. 24.

<sup>1218</sup> Bundesregierung will Palast der Republik nicht erhalten. In: *FAZ* Nr. 88/16, 16.04.1998, s. S. 01.

<sup>1219</sup> Vgl. Die PDS will den Palast der Republik erhalten. In: *FAZ* Nr. 89, 17.04.1998, s. S. 05.

<sup>1220</sup> Vgl. Niemandspalast. In: *FAZ* Nr. 89, 17.04.1998, s. S. 35.

<sup>1221</sup> Ebd.

<sup>1222</sup> Vgl. Rex, Wolfgang: Kohl lässt Palast der Republik abreißen. Kanzler will die alte Schlossfassade sehen. In: *ND*, 16.04.1998, s. S. 01.

<sup>1223</sup> Vgl. ebd.

<sup>1224</sup> Vgl. Rada, Uwe: Auf dem Schlossplatz im Glashauss sitzen. Nach der Pleite der Pyramide mit dem „größten Gästebuch der Welt“ soll ein mehrstöckiger Glasbau in den nächsten beiden Jahren auf dem Schlossplatz für Kunst und Kultur sorgen. Bezirk will genehmigen. In: *taz*, 20.04.1998, s. S. 21.

sollen Theateraufführungen, aber auch Medienveranstaltungen stattfinden. Gastronomische Einrichtungen seien ebenfalls geplant, weiß die *taz*.<sup>1225</sup> PDS (Baumert), SPD (Strieder) und CDU (Klemann) hätten sich positiv zu den Plänen geäußert. Der noch Anfang 1997 mit großem Aufwand angekündigte Plan Strieders, auf dem Schlossplatz eine riesige Multimediaanlage zu installieren, sei am Desinteresse von Telekom und Sony gescheitert, fügt die *taz* knapp hinzu.<sup>1226</sup>

Von einer „Atempause auf dem Schlossplatz“, die von der SPD gefordert werde, weiß die *Welt* Ende April.<sup>1227</sup> Die Menschen sollten „mitgenommen werden“ bei den Veränderungen in der Stadt, habe der SPD-Landeschef Detlef Dzembitzki gefordert.

Noch vor der eigentlichen Sitzung des Haushaltsausschusses im Mai weiß die *taz*, dass die gesperrten Gelder für die Asbestsanierung frei gegeben würden.<sup>1228</sup> Der Ausschuss habe sich mit einem Kompromiss zufrieden gegeben: „Demnach reicht den Parlamentariern vorerst die zwischen Bonn und Berlin vereinbarte Formel, dass auf dem Gelände des ehemaligen Hohenzollernschlosses unter anderem ein Konferenzzentrum, eine Bibliothek, ein Gästehaus und Büros entstehen könnten.“<sup>1229</sup> Alles weitere sollten Wettbewerbe klären. Die *taz* sollte Recht behalten, wie sie im Mai melden wird.<sup>1230</sup>

Die ZEIT fasst den Stand der Dinge mit dem Beginn der Asbestsanierung in einem Beitrag zusammen.<sup>1231</sup> Seit acht Jahren sterbe der Palast vor sich hin, was er nicht verdient habe. Bis zu drei Bürgerinitiativen hätten gleichzeitig für den Erhalt des Baus gekämpft – vergeblich. Nun, da der Abriss beschlossene Sache sei, seien die Fronten wieder verhärtet. Dabei gebe es keine neuen Argumente mehr. Das eigentliche Problem sei aber, dass es keine Vision für einen Bau auf dem Schlossplatz gebe. Denn das Nutzungskonzept sei wenig originell. „Unverwechselbar auch nicht. Vor allem ist es nichts, was Berlin andernorts nicht schon hätte.“<sup>1232</sup>

Der für die Geldfreigabe entscheidende Ausschuss kommt am 6. Mai 1998 zusammen. Während in anderen Medien bereits Tage vorher Informationen über eine Freigabe vorliegen, schreibt das *ND* am Tag der Haushaltssitzung über den vorliegenden Antrag seitens des Finanz- und Bauministeriums.<sup>1233</sup> Statt eines detaillierten Nutzungskonzeptes läge nur ein vages „Grundkonzept“ vor. Doch das Bauministerium bestreite nun, „[...] dass es ein Junktim zwischen Nutzungskonzept und Mittelfreigabe gegeben habe“.<sup>1234</sup> Außerdem werde nachgeschoben, dass mit dem Interessenbekundungsverfahren ein Nutzungskonzept „absehbar“ werde. PDS und Grüne würden der Mittelfreigabe nicht zustimmen, denn die Bundesregierung habe ihre „Hausaufgaben“ nicht gemacht, schreibt das *ND* und zitiert dabei Eichstädt-Bohlig. Die Grünen-Politikerin habe gar gemeint, der „Kanzler auf Abruf“ wolle noch vor den Wahlen die Voraussetzungen für den Abriss des Palastes schaffen. Daher könnten nun nur noch „andere Mehrheiten in Bonn und Berlin“ helfen.<sup>1235</sup>

Die Nachricht über die freigegebenen Mittel für die Asbestsanierung nimmt die *JW* zum Anlass, um über ein Interview Diepgens in einer anderen Zeitung zu berichten.<sup>1236</sup> Der Regierende Bürgermeister habe dort gesagt, zum Abriss des Palastes gebe es „keine

---

<sup>1225</sup> Vgl. ebd.

<sup>1226</sup> Vgl. ebd.

<sup>1227</sup> Vgl. SPD fordert „Atempause“ für neuen Schlossplatz. In: *Die Welt*, 23.04.1998, s. S. 22.

<sup>1228</sup> Vgl. Geld für Palast-Sanierung. Haushaltsausschuss gibt Mittel für Palast der Republik frei. Zukunft des Areals ungewiss. In: *taz*, 27.04.1998, s. S. 22.

<sup>1229</sup> Ebd.

<sup>1230</sup> Vgl. Palast: Senat begrüßt Geld-Freigabe. In: *taz*, 08.05.1998, s. S. 21.

<sup>1231</sup> Vgl. Gaserow, Vera: Erichs Lampenladen vor dem Abriss. In: *DIE ZEIT* Nr. 29.04.1998, s. S. 18.

<sup>1232</sup> Ebd.

<sup>1233</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Asbestsanierung mit Ziel Palast-Abriss. Heute sollen die Gelder dafür bewilligt werden. In: *ND*, 06.05.1998, s. S. 05.

<sup>1234</sup> Ebd.

<sup>1235</sup> Vgl. ebd.

<sup>1236</sup> Vgl. Abriss ohne Alternative? Diepgen: Palast der Republik kommt weg. In: *JW*, 11.05.1998, s. S. 04.

Alternative“. Er wolle sich dafür einsetzen, dass es „klare historische Vorgaben“ für einen Neubau geben werde, zitiert die *JW* Diepgen.

Auf einer von Jakubeit initiierten Veranstaltung im September 1997 hatte Schäuble die Rekonstruktion des Schlosses abgelehnt; das Rad der Geschichte könne man nicht zurückdrehen, hatte es geheißen. Kaum ein halbes Jahr später meldet die *taz* andere Töne: Wolfgang Schäuble habe „viel Sympathie“ für ein historisches Stadtschloss. Es sei einst für die Gestaltung der Berliner Mitte ein „genialer Wurf“ gewesen.<sup>1237</sup> Für die *taz* ein eindeutiger Hinweis dafür, dass der CDU-Politiker für einen Wiederaufbau des Schlosses ist.

Über eine Diskussionsrunde im „Politischen Klub“ der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung schreibt das *ND* Anfang Juni.<sup>1238</sup> 200 Personen seien gekommen, um über das „Ende der Linden“ zu sprechen. Die Botschaften sein wie erwartet ausgefallen: Ja, Nein und Jein habe es zum Aufbau des Schlosses geheißen. Stellvertretend für die Positionen nennt das *ND* Annegret Ahme von der Gesellschaft Historisches Berlin, den Architekten Axel Schultes und den Maler und Architektur-Professor Matthias Koeppel. Nicht der Schlossplatz, sondern der Potsdamer Platz sei das eigentliche Problem der Stadt, habe Koeppel gesagt. „Die anonyme 08/15-Architektur, die mit exklusivem Marmor verkleideten neuen Plattenbauten dort strahlten die gleiche Ödnis wie überall *Weltweit* aus.“<sup>1239</sup> Im Vergleich dazu habe der Palast seine Berechtigung, zitiert das *ND* Koeppel. Für Schultes sei Berlin nach dem Mauerfall provinziell geblieben; die Stadt sei von handverlesenen Architekten gestaltet worden, ohne dass es eine öffentliche Debatte gegeben habe. Dies dürfe am Schlossplatz nicht wieder geschehen.

Eine nahende Blamage sieht das *ND* heraufziehen.<sup>1240</sup> Denn einen Investor für den Schlossplatz habe man noch immer nicht gefunden. Bund und Senat sähen die Schuld beim jeweils anderen. „Die Verzögerung ist ein weiteres Indiz dafür, dass sich eine anspruchsvolle Nutzung der Mitte Berlins und ihre private Vermarktung ausschließen.“<sup>1241</sup> Es drohe nun ein Abriss des Palastes, ohne dass es eine angemessene Nutzung des Ortes gebe.

Die „Ödnis“ in Berlins Mitte beklagt auch die *Welt*.<sup>1242</sup> Die Pläne für den Schlossplatz kämen nicht voran, weil der Palast das Grundstück „blockiere“. Der früher als „Ballast der Republik“ bezeichnete Bau drohe nun zu einem „Ballast der Bundesrepublik“ zu werden. Seit der Schlossinstallation sei der Platz wieder zu einem Parkplatz „verkommen“ und warte auf das Ende seines Dornröschenschlafs in Form einer „maßgetreuen Wiederherstellung“ des Schlosses mit „ursprünglichen Bautechniken“.<sup>1243</sup> In der gleichen Ausgabe berichtet die *Welt* über Querelen zwischen Bonn und Berlin.<sup>1244</sup> Demnach habe das Bundesbauministerium gefordert, endlich die Bewertungen der beim Interessenbekundungsverfahren eingereichten Investorenpläne zu übermitteln. Die von Berlin aufgestellte Behauptung, der Bund habe das Auswahlverfahren ausgesetzt, sei „schlicht unwahr“, habe eine Pressesprecherin Oswalds gesagt.<sup>1245</sup>

Beim Ringen um eine Zwischennutzung des Schlossplatzes scheiterte auch der angekündigte Glaskasten. Aber auch die Berliner Kabarett Anstalt (BKA), die sich Hoffnungen auf den

---

<sup>1237</sup> Vgl. Schäuble für Schlossrekonstruktion. In: *taz*, 30.04.1998, s. S. 23.

<sup>1238</sup> Vgl. Thimmel, Stefan: Ja, Nein und Jein zur Schloss-Imitation. Diskussion über die Zukunft „am Ende der Linden“. In: *ND*, 02.06.1998, s. S. 18.

<sup>1239</sup> Ebd.

<sup>1240</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Blamage: Keine Ideen für den Schlossplatz. Bund und Senat im Streit über Investorensuche. In: *ND*, 13.06.1998, s. S. 01.

<sup>1241</sup> Ebd.

<sup>1242</sup> Vgl. Guratzsch, Dankwart: Berlins zentraler Ort – eine Ödnis. Planungen für Schlossplatz im Zentrum kommen nur langsam voran. In: *Die Welt*, 13.06.1998, s. S. 22.

<sup>1243</sup> Vgl. ebd.

<sup>1244</sup> Vgl. Schlossplatz: Bonn sauer auf Berlin. Bauministerin verlangt vom Senat endlich die Beurteilung der Investoren. In: *Die Welt*, 13.06.1998, s. S. 08.

<sup>1245</sup> Vgl. ebd.

Schlossplatz machte, wird vom Berliner Hauptausschuss abgelehnt. Als Hintergrund des Ausschussvotums vermutete die Grünen-Politikerin Ströver laut *taz*, „eine Weisung aus Bonn.“ So solle verhindert werden, dass der Schlossplatz durch alternative Kulturangebote „veranstaltet“ werde.<sup>1246</sup>

Erst im Juni widmet sich die *FAZ* wieder dem Schlossplatz und konstatiert in einem Beitrag<sup>1247</sup> im Politikteil, dessen Zukunft sei weiterhin ungewiss. Das Interessenbekundungsverfahren, mit dem potentielle Investoren gefunden werden sollten, habe ergeben, dass „[...] auch ein privat errichteter Bau erheblicher öffentlicher Zuschüsse bedarf.“<sup>1248</sup> Die *FAZ* berichtet, die Zuschüsse seien notwendig, wenn der neue Bau teilweise für die Allgemeinheit zugänglich sein sollte. Die Investoren hätten sehr hohe Mieten für die in dem Nutzungskonzept vorgesehene Bibliothek und die Ausstellungsflächen vorgesehen. Dessen ungeachtet fordere Bausenator Klemann den Bund zur Eile. „Zügig“ solle nun das konkrete Nutzungsprogramm des neuen Gebäudes festgelegt werden, damit Klarheit über die Nutzungskosten herrsche. Außerdem wolle Klemann die Investorenauswahl anhand der vorliegenden Interessenbekundungen auswählen, das heißt, auf eine Auswahl nach dem als zweiten Schritt vorgesehenen Architektenwettbewerb wolle er verzichten. Die *FAZ* vermutet, diese Abwicklung begünstige die Auswahl eines Investors, der die Fassade des Schlosses rekonstruieren werde.

Wie bereits seit Mitte 1997 der Presse zu entnehmen war, drängt der Bund nicht zur Eile. Bundesbauminister Oswald habe Klemann versichert, der Bund stehe zu seinen bisherigen Zusagen, aber für „übertriebene Eile“<sup>1249</sup> bestehe kein Grund. Da das Interessenbekundungsverfahren ergeben habe, dass die öffentliche Hand den Neubau bezuschussen müsse, seien nun „gründliche Überlegungen und Abstimmungen“ zwischen Berlin und Bund notwendig. Man solle sich dabei nicht gegenseitig unter Druck setzen, habe laut *FAZ* Oswald verlangt.

Parlamente müssten den zentralen Ort der Stadt in ihre Hände nehmen, habe die PDS im Berliner Abgeordnetenhaus gefordert, berichtet das *ND*.<sup>1250</sup> Die „geheime Verschlussache“ Schlossplatz solle beendet werden. Ein Antrag der PDS-Fraktion fordere, dass der Palast unter Denkmalschutz gestellt werde. Für den Bereich zwischen Fernsehturm und Schinkelplatz solle ein Gestaltungswettbewerb ausgelobt und ein „Bürgergutachten“ dazu erstellt werden. Der Bereich des Schlossplatzes solle „führend von Berlin und dem Bund“ finanziert werden, ein „Disneyland privater Nutzer“ solle verhindert werden, referiert das *ND* den PDS-Antrag. Der PDS-Politikerin Pau schwebte ein „spannungsgeladenes Dreieck“ in der Stadt vor: Der Potsdamer Platz als Symbol der in Beton gegossene Wirtschaftsmacht, ein „bürgerfreies Parlaments- und Regierungsviertel“ und der wieder öffentlich zugängliche Palast als Begegnungsstätte.<sup>1251</sup> Über eine Bebauung sollten spätere Generationen entscheiden.

Anfang Juli befürchtete die SPD, die CDU könnte noch vor den Bundestagswahlen „heimlich Fakten“ schaffen und den Palast ganz abreißen lassen. Die *taz* veröffentlicht daher einen Artikel, in dem die SPD das „Ende der Geheimdiplomatie“ beim Schlossplatz fordert.<sup>1252</sup> Konkreter Anlass der Kritik sei die Ausschreibung für die Asbestsanierung des Palastes im Bundesanzeiger von Ende Mai. Im Unterschied zu dessen Vorgabe fehle, so die SPD, nun in

---

<sup>1246</sup> Vgl. BKA darf nicht auf den Schlossplatz. In: *taz*, 25.06.1998, s. S. 25.

<sup>1247</sup> Vgl. Zukunft des Schlossplatzes ungewiss. Private und öffentliche Nutzung geplant. „Interessenbekundungsverfahren“. Architektenwettbewerb. In: *FAZ* Nr. 143, 24.06.1998, s. S. 07.

<sup>1248</sup> Ebd.

<sup>1249</sup> Ebd.

<sup>1250</sup> Vgl. Nölte, Karin: PDS: Schluss mit Geheimsache Palast. Öffentlichkeit soll zentralen Ort in die Hand nehmen. In: *ND*, 24.06.1998, s. S. 17.

<sup>1251</sup> Vgl. ebd.

<sup>1252</sup> Vgl. SPD: Geheimdiplomatie um Schlossplatz beenden. In: *taz*, 09.07.1998, s. S. 21.

der Ausschreibung jeder Hinweis, wonach der Rohbau des Palastes der Republik erhalten bleiben müsse.<sup>1253</sup> Auch die *Welt* berichtet kommentarlos über den Vorstoß der SPD.<sup>1254</sup>

Mitte Juli schreibt die *Welt* einen ausführlichen Beitrag unter der sprechenden Überschrift: „Ohne Steuergelder kein Schloss“<sup>1255</sup>. Alle eingereichten Investorenplanungen seien davon ausgegangen, dass mit einer öffentlichen Nutzung eine rein private Finanzierung nicht machbar sei. Das Grundstück als Wert sei praktisch bei keinem Investor berücksichtigt worden.<sup>1256</sup> Der Staat stecke nun in einem Dilemma, denn eine rein kommerzielle Nutzung sei politisch nicht zu verkaufen, ebenso wenig eine milliarden schwere Finanzierung eines Schlosses. Und bis zur Wahl werde nun eh nichts mehr entschieden werden; aber dann sei alles möglich: eine jahrelange Vertagung des Projekts oder die Bereitstellung der zwei Milliarden Mark Baukosten aus dem Bundeshaushalt. „Je nach Wahlausgang.“<sup>1257</sup>

Mit dem Heranrücken des Wahltermins geraten auch die potentiellen Entscheider der neuen Regierung zusehends ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. So berichtet die *FAZ* in einer Meldung<sup>1258</sup> auf Seite zwei von der Meinung des zukünftigen Kulturstaatsministers in der rot-grünen Regierung, Michael Naumann (SPD), dass dieser für den Wiederaufbau des Schlosses sei. „Er wolle alles tun, dass der Wiederaufbau des Schlosses Wirklichkeit werde“, zitiert die *FAZ* Naumann. Als Gründe dafür habe Naumann „städteplanerische und ästhetische Argumente“ genannt.

Nicht so lapidar behandelt die *taz* die Meinung Naumanns. Seine Aussage zum Schloss habe eines deutlich gemacht: Nicht um Inhalte gehe es, sondern um die bloße Form. „Das Design bestimmt das Bewusstsein“<sup>1259</sup>. Wenn dann noch klar werde, dass keiner der Investoren ohne staatliche Zuschüsse bauen könne, sei zu befürchten, dass „[...] die Oberflächendesigner und Historisten, mit Volkes Stimme im Rücken, Oberwasser bekommen.“<sup>1260</sup> Angesichts dieser Lage gebe es nur zwei Alternativen: „Entweder das Schloss wird privat finanziert und dokumentiert fortan im Sinne Naumanns den Wandel der (politischen) Kultur zur ästhetischen Geschmacksfrage. Oder die öffentliche Hand lässt sich ihren ‘Ort der Demokratie’ etwas kosten. Doch dann müsste tatsächlich eine breite Diskussion darüber begonnen werden, wer, wie und was in der Mitte der Hauptstadt repräsentiert.“<sup>1261</sup> Naumann selbst hatte davon gesprochen, das fehlende Schloss sei wie ein „herausgerissener Backenzahn“.<sup>1262</sup> Strieder widersprach dem und forderte erneut einen Architektenwettbewerb.

Als Reaktion auf Naumanns Aussage habe nun die CDU gefordert, die SPD noch vor der Bundestagswahl auf den Abriss des Palastes festzulegen, meldet die *taz*.<sup>1263</sup> Die Entscheidung müsse fallen, bevor Teile der SPD zusammen mit der PDS erneut eine „ideologisch behaftete Denkmalschutz-Debatte“ für den asbestverseuchten Palast starteten, habe die CDU gemeint. Derweil habe Bauminister Oswald die Investoren aufgefordert, noch mal nachzurechnen, wie viel öffentliche Nutzung möglich sei, wenn der Staat nur das Grundstück einbringen würde.<sup>1264</sup>

---

<sup>1253</sup> Vgl. ebd.

<sup>1254</sup> Vgl. Schlossplatz: SPD fordert „Ende der Geheimdiplomatie“. In: *Die Welt*, 09.07.1998, s. S. 17.

<sup>1255</sup> Vgl. Wild, Holger: Ohne Steuergelder kein Schloss. Investoren geben sich mit kostenloser Überlassung des Grundstücks nicht zufrieden – sie wollen Mieteinnahmen erzielen. In: *Die Welt*, 16.07.1998, s. S. 22.

<sup>1256</sup> Vgl. ebd.

<sup>1257</sup> Ebd.

<sup>1258</sup> Vgl. Naumann für Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses. In: *FAZ* Nr. 167, 22.07.1998, s. S. 02.

<sup>1259</sup> Vgl. Rada, Uwe: Staatsminister für Design. In: *taz*, 22.07.1998, s. S. 17.

<sup>1260</sup> Ebd.

<sup>1261</sup> Ebd.

<sup>1262</sup> Vgl. Rada, Uwe: SPD streitet sich um Wiederaufbau des Schlosses. Schröders designierter Kulturbeauftragter will das Stadtschloss wiederhaben, Strieder nicht. In: *taz*, 22.07.1998, s. S. 18.

<sup>1263</sup> Vgl. CDU: Jetzt für Stadtschloss entscheiden. In: *taz*, 23.07.1998, s. S. 17.

<sup>1264</sup> Vgl. Wieviel öffentliche Nutzung? Bauminister Oswald: Schloss-Investoren sollen noch mal rechnen. In: *Die Welt*, 23.07.1998, s. S. 18.

Dass Naumann sich nicht aus Versehen „verplapperte“, beweist eine weitere Meldung der *taz*. Demnach habe er dem Radiosender SFB gesagt, die mehr als 700 Zimmer eines neuen Stadtschlusses sollten kein Museum werden, sondern vielfältig genutzt werden. Teil des Schlusses könnte auch als repräsentative Unterkunft für Staatsgäste dienen. Ein anderer Flügel des Gebäudes müsse für Künstler reserviert sein. Denkbar sei außerdem die Einrichtung von Fernsehstudios sowie eines Klubs für ausländische Journalisten in der Bundeshauptstadt.<sup>1265</sup>

Offenbar ermuntert von der neuen Debatte schreibt die *taz* über eine Wortmeldung des ostdeutschen CDU-Abgeordneten Andreas Apelt.<sup>1266</sup> Dieser habe gesagt, der Palast als „sozialistische Staatssymbol“, das noch dazu eine „städtebauliche Katastrophe“ sei, müsse verschwinden noch bevor der Bundestag in die Hauptstadt komme. Statt dessen solle das Stadtschloss wieder aufgebaut werden. „Am zentralen Berliner Platz soll nicht Honecker das letzte Wort haben“, zitiert die *taz* Apelt.<sup>1267</sup>

Am gleichen Tag schreibt die *JW* über eine Neuerscheinung, die den Palast zum Thema hat.<sup>1268</sup> Autor des Buches ist der ehemalige Programmleiter des Palastes, Heinz Günter Behnert. „Im Fieber“ sei das Werk entstanden, habe Behnert gesagt, und die *JW* stimmt dem kritisch zu. Denn solche Werke seien „Eigentore“ der Palastretter.<sup>1269</sup> Der trockene Haupttext wechsele mit „minder interessanten Urinalgeschichten“. Auch sein stetiges Bemühen um Distanz zum DDR-System sei störend und wenig glaubwürdig. „Dass die Asbestbelastung nur ein Vorwand war, um das Gebäude schnell schließen zu können, ist eine Binsenweisheit.“<sup>1270</sup>

Die meisten Fotos in dem Buch seien unkenntlich und überhaupt verstehe man das Insiderwissen Behnerts nur, wenn man den Bau von innen gekannt habe.

Ende Juli veröffentlicht die *ZEIT* ein Gespräch mit dem designierten Staatsminister für Kultur, Michael Naumann.<sup>1271</sup> Naumann erklärte bezüglich im Hinblick auf Reaktionen auf ein früheres Interview ebendort, scheinbar konservative Themen wie die architektonische Debatte über das Berliner Schloss seien eben nicht nur „Eigentum des deutschen Neokonservatismus.“<sup>1272</sup> Auf die Frage, wie viel Glanz denn von einem neuen Stadtschloss ausgehen werde, das er befürworte, antwortet Naumann, für ihn sei das Schloss eine rein architektonische und städteplanerische Angelegenheit und kein Versuch, Berlin zum „wilhelminischen Mittelpunkt Deutschlands“ zu machen. Der modernen Architektur traue er hingegen „buchstäblich alles“ zu.<sup>1273</sup> Am Potsdamer Platz beispielsweise werde man in Zukunft einen Extratrat benötigen, um die menschenleere und „geradezu beängstigende“ Stadtlandschaft zu beleben.<sup>1274</sup>

Angeblich weil ein Tourist beim Anblick der ausgegrabenen Schlossfundamente „Gestapozimmer“ vermutet hatte, habe sich der Förderverein Berliner Schloss dazu entschlossen, 41 Schautafeln anbringen zu lassen, meldet das *ND*.<sup>1275</sup> Boddien habe von einer „massiven Aufklärungskampagne“ gesprochen, die zum Wiederaufbau des Schlusses beitragen solle.

---

<sup>1265</sup> Vgl. Berliner Telegramm. Schloss soll Staatsgäste und Künstler beherbergen. In: *taz*, 27.07.1998, s. S. 18.

<sup>1266</sup> Vgl. Stadtschloss statt Palast. CDU-Abgeordneter Apelt: Der Palast der Republik soll weg, bevor die Bonner kommen. In: *taz*, 30.07.1998, s. S. 19.

<sup>1267</sup> Vgl. ebd.

<sup>1268</sup> Vgl. Schmidt, Christian: Vergeigt. Vom Abriss bedroht: Der Palast der Republik bräuchte zu seiner Verteidigung bessere Bücher. In: *JW*, 30.07.1998, s. S. 14.

<sup>1269</sup> Vgl. ebd.

<sup>1270</sup> Ebd.

<sup>1271</sup> Rauterberg, Hanno, Mießgang, Thomas: Die Pickelhaube steht mir nicht. In: *DIE ZEIT* Nr. 32, 30. 07.1998, s. S. 30.

<sup>1272</sup> Vgl. ebd.

<sup>1273</sup> Vgl. ebd.

<sup>1274</sup> Vgl. ebd.

<sup>1275</sup> Vgl. Woicke, Jan-Cesar: Stadtschloss auf 41 Tafeln. Förderverein wirbt mit aufwändiger Ausstellung für Wiederaufbau. In: *ND*, 01.08.1998, s. S. 10.

Im August wendet sich der Sprecherrat der ehemaligen Mitarbeiter des Palastes der Republik erneut mit einem Hilferuf an die UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco), um den Palast zu retten, meldet die *taz*.<sup>1276</sup> In dem Brief heißt es, eine Delegation der Unesco könnte sich vor Ort bei einer Anhörung mit Historikern, Architekten, Wissenschaftlern, Denkmalschützern und Bürgern über den Bau informieren.

Als „siebenjährigen Kleinkrieg“ bezeichnet die *JW* die bisherige Debatte um die Nutzung des Schlossplatzes, die aus der Sicht der „Schlossfanantiker“ durch die Äußerungen Naumanns einen Stimmungsumschwung gebracht habe.<sup>1277</sup> Auch aus der SPD käme nun immer weniger Widerstand gegen ein Schlossneubau. Boddien habe das bei der Vorstellung eines Rundwegs um die freigelegten Schlossfundamente gesagt. Doch wenn er auch reinräume, dass es bislang kein klares Nutzungskonzept für ein Schloss gebe, dann schimmere die „Hochstapelei der Schlosspläne“ durch. Die PDS und „etliche Ost-Berliner Bürger“ lehnten den Schlossaufbau „kategorisch“ ab, weiß die *JW*.

Die *SZ* hadert nicht so sehr mit der fehlenden Funktion des Schlosses, als vielmehr mit den architektonischen Lügen, die von den Schlossfreunden verbreitet würden.<sup>1278</sup> Denn die „[...] Dreistigkeit, mit der sich die Betreiber des Wiederaufbaus aus dem stilistisch recht uneinheitlichen Gesamtkomplex des Schlosses eine von allen historischen Brüchen gereinigte, stromlinienglatte Kulisse ohne Inhalt zurechtklittern, provoziert heftigen Widerstand.“<sup>1279</sup> Jede Miniresidenz in Süddeutschland habe eine kraftvollere Form. Der Vergleich mit der Dresdner Frauenkirche stifte nur fahrlässig Verwirrung, denn die dortige Funktion als wichtigste Stadtsilhouette „machtvolles Monument des Bürgertums und Wallfahrtsort der Orgelpilger“ sei geklärt – in Berlin aber sei dem „Stoss-Trupp“ der Schlosserbauer keine einzige Funktion eingefallen.<sup>1280</sup> Die architektonische Bedeutung des Schlosses habe nicht in der Fassade, sondern in dem skulpturalen Schmuck der Durchfahrten und Innenräume gelegen. Davon aber solle nichts rekonstruiert werden, wie man auch für die pittoreske Ostseite eine „Prothese“ erfinden müsste. Statt das Berliner sollte man zunächst das Stadtschloss von Potsdam wieder aufbauen, meint die *SZ*. Es ließe sich leicht rekonstruieren und böte dem Brandenburger Landtag ein stilvolles Zuhause. „Vielleicht fällt dann sogar endlich einem ein, wozu das Schloss in Berlin gut sein könnte und was man in seine sechs Meter hohen Geschosse hineinpacken kann – außer McDonald’s, Schlecker und Beate Uhse.“<sup>1281</sup>

Im August wurde die Neuordnung der Amerika-Gedenkbibliothek und die Stadtbibliothek gefeiert. Der eigentliche Traum der Bibliothekare sei aber nach wie vor der Schlossplatz, schreibt die *taz* in ihrem Bericht.<sup>1282</sup> „Die Zukunft der beiden Bibliotheken, die dann in ihren Beständen endgültig vereint, räumlich aber immer noch getrennt sind, stellt man sich in der Bibliotheksverwaltung anders vor: Der Schlossplatz, so Pressesprecherin Sabine Walz, sei der richtige Ort, um die größte öffentliche Bibliothek Deutschlands zu errichten.“<sup>1283</sup>

Immer mehr Berliner wollten eine äußerliche Rekonstruktion des Stadtschlosses, meldet die *taz* ein aktuelle Umfrageergebnis.<sup>1284</sup> Auf die Frage, wie der Schlossplatz in Berlin-Mitte

---

<sup>1276</sup> Vgl. Berliner Telegramm. Unesco soll Palastabbriss verhindern. In: *taz*, 07.08.1998, s. S. 18.

<sup>1277</sup> Vgl. Siebenjähriger Krieg. Berliner Stadtschlossfanatiker: Äußerungen des SPD-Schattenministers Naumanns haben Stimmungsumschwung gebracht. In: *JW*, 04.08.2998, s. S. 06.

<sup>1278</sup> Vgl. Knapp, Gottfried: Die Fassaden-Lüge. Was gegen den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses spricht. In: *SZ*, 08.08.1998, s. S. 13.

<sup>1279</sup> Ebd.

<sup>1280</sup> Vgl. ebd.

<sup>1281</sup> Ebd.

<sup>1282</sup> Vgl. Sitzler, Susanne: Freie Hand auf Freihandbestände. Umzug der Bücher beendet: Eröffnung des Fachbereichs Recht und Wirtschaft in der Stadtbibliothek in Mitte. Bibliothekare träumen weiter von großem Haus am Schlossplatz. In: *taz*, 11.08.1998, s. S. 20.

<sup>1283</sup> Ebd.

<sup>1284</sup> Vgl. Berliner Telegramm. Immer mehr für Wiederaufbau von Stadtschloss. In: *taz*, 17.08.1998, s. S. 22.

künftig aussehen sollte, wünschten sich bei einer Forsa-Umfrage 31 Prozent aller Befragten den Wiederaufbau des Schlosses. Vor drei Jahren seien es nur 25 Prozent gewesen. Besonders die Ostberliner hätten ihre Meinung stark geändert. Nur noch 53 Prozent wollten den Palast, was einen Rückgang um 12 Prozent darstelle.

Im August veröffentlicht die *FAZ* überraschend einen umfangreichen Beitrag<sup>1285</sup>, der die Rekonstruktionspläne für das Schloss leidenschaftlich verrißt und damit mit der bisherigen Blattlinie der Zeitung bricht. Der Verfasser des Artikel, Dieter Bartetzko, geht von einer Einweihung des Schlosses im Jahr 2007 aus und skizziert zunächst die Umstände, die zu der Sehnsucht nach dem Schloss geführt hätten. Es sei dies die „lange Wirklichkeit“ im kriegsversehrten Deutschland gewesen, die letztlich in den 1980er Jahren in Ost und West zu einer Welle historischer Nachbauten geführt habe. Für das Schloss – das „den Deutschen nie und den Berlinern nur selten“ ein Symbol gewesen war – bedeutete das eine fortwährende Steigerung seiner Wertschätzung. „Mit der Wiedervereinigung keimte dann ein Kult um den verlorenen Bau, der ihn zum Phantasma eines in allem und jedem einzigartig schönen, guten und wahren Bauwerk hat werden lassen“<sup>1286</sup>. Dass das Schloss ein nationales Symbol gewesen war, verneint Bartetzko. Gleichwohl könnte es eins werden „durch die gemeinsame Anstrengung von Stadt und Republik“<sup>1287</sup>, und wenn klar wäre, wozu es dienen solle. Doch diesen Konsens gebe es nicht, es drohe daher die Errichtung der größten „Mehrzweckhalle der Republik“, einer monumentalen Frittenbude und Juxhütte. So entstehe kein Symbol, sondern nur ein Fetisch, „[...] geboren aus der Unsicherheit einer Gesellschaft, die jahrzehntelang Nationalsymbolik scheute wie der Teufel das Weihwasser und nun, mangels Wissen und Erfahrung, bar der Tradition und Kontinuität, zurückgreift auf zeichenhafte Bauten, deren Materialität suggerieren soll, was die deutsche Mentalität vorerst nicht zu leisten vermag: das Zusammenwachsen einer Gesellschaft zu nationaler Identität.“<sup>1288</sup> Von dieser mentalen Ausgangslage abgesehen sei ein Schlossneubau überhaupt absurd, denn Kunstwerke seien nun mal einzigartig. Niemand käme auf die Idee, eine vernichtete Mona Lisa anderntags als Reproduktion wieder an ihren Platz zu hängen, mit der Behauptung, die Kopie sei so wertvoll wie das Original. Das Argument der Schlossbefürworter, auch Warschau sei wieder aus dem Nichts errichtet worden, lässt Bartetzko nicht gelten. Dort hätten Keller, Straßenfluchten, Mauerreste und die frische Erinnerung genügend Anhaltspunkte geboten, um eine Rekonstruktion zu ermöglichen. In Berlin sei nichts von dem ausreichend vorhanden. Selbst die Fragmente, die es angeblich zuhauf gebe, schrumpften bei genauer Betrachtung auf ein Minimum. Was könnte man also in Berlin machen? Bartetzko schlägt vor, die originalen Fragmente in einen Neubau in der Kubatur des ehemaligen Schlosses einzufügen, „hinterfangen von deutlich und mutig zeitgenössischen Formen.“<sup>1289</sup> Als nachzuahmende Beispiel nennt Bartetzko Rekonstruktionsprojekte in Italien, wie etwa die Chiesa degli Eremitani in Padua. Lobend äußert sich Bartetzko über die frühe Schlossvision von Peschken und Augustin mit ihren holographischen Bildwänden, in denen je nach Blickwinkel das intakte und das zerstörte Schloss sichtbar gewesen wäre. Eine redliche Lösung sei das gewesen, aber auch hart an der Grenze zum „Betroffenheitskitsch“. Inzwischen wolle man von solchen Lösungen nichts mehr wissen, man wolle statt dessen „außen Geschichte, innen Geschäft“.<sup>1290</sup> Völlig unverständlich ist dem Verfasser, dass Berlin sich mit Feuereifer um ein nicht vorhandenes Gebäude kümmere, während wirklich alte Bausubstanz in der unmittelbaren Umgebung des Schlossplatzes dem Verfall preisgegeben werde. Bartetzko

<sup>1285</sup> Vgl. Bartetzko, Dieter: Das Spukschloss im Spreesand. Die Traumresidenz des Lilienprinzen oder Was weg ist, ist weg: Ein nachgebautes Berliner Stadtschloss wäre eine halbtote Lebendigkeit. In: *FAZ* Nr. 199, 28.08.1998, s. S. 41-42.

<sup>1286</sup> Ebd.

<sup>1287</sup> Ebd.

<sup>1288</sup> Ebd.

<sup>1289</sup> Ebd.

<sup>1290</sup> Ebd.

nennt hier einige Beispiele, wie etwas die Parochialkirche in der Klosterstraße. Diese Situation sei „geradezu grotesk“. Als weitere Kritik an den Rekonstruktionsplänen nennt er einerseits die Unmöglichkeit der Innenrekonstruktion und andererseits die Schwierigkeit, das vor allem im alten Flügel anzutreffende „Konglomerat verschiedener Zeiten und Stile“ wieder neu zu erschaffen. Einen „dreiseitigen Schlüter-Eosander-Rumpf mit modernem Hinterteil“<sup>1291</sup> hält Bartetzko für unbefriedigend. Doch bei aller Kritik hält der Verfasser auch einen zeitgenössischen Ersatzbau für das Schloss aus Mangel an guten Architekten für nicht ausführbar; das belegten die vorliegenden Entwürfe. Es müsse also – die „kritische Rekonstruktion“ im Kopf – gewartet werden. Zeit, so auch Bartetzkos Votum, sei für das verschwundene Schloss ausreichend vorhanden; für die Denkmäler in seiner Nähe dränge sie aber.

Anfang September berichtet die *taz* von einer Anzeige, die von der Gesellschaft Historisches Berlin zugunsten des Schlosses geschaltet worden sei.<sup>1292</sup> Zu den prominenten Unterzeichnern gehörten die brandenburgische Sozialministerin Regine Hildebrandt (SPD), Vizebundestagspräsidentin Antje Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen) und der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse, der ehemalige Daimler-Benz Vorstandsvorsitzende Edzard Reuter, die frühere Parlamentspräsidentin Hanna-Renate Laurien (CDU), der Direktor des Deutschen Historischen Museums, Christoph Stölzl, und die Initiatorin des Holocaust-Mahnmals, Lea Rosh.<sup>1293</sup>

Der Hinweis des designierten Kulturstaatsministers Naumann bezüglich des Berliner Schlosses, den die *FAZ* am 22. Juli 1998 gemeldet hatte, wird im September erneut Gegenstand der Berichterstattung. In dem *FAZ*-Beitrag<sup>1294</sup> auf Seite eins nimmt der SPD-Kanzlerkandidat Schröder Naumann in Schutz. Schröder sagte der *FAZ*, Naumanns Vorschlag, das Berliner Stadtschloss wiederaufzubauen, sei nicht mit ihm abgesprochen gewesen.<sup>1295</sup> Diese Eigenwilligkeit sei aber gerade das Interessante an Naumann, so Schröder weiter, da er sich nun mit dieser Position auseinandersetzen müsse. Er wolle sich in die gesellschaftlichen Diskussionen einmischen, auch wenn er dadurch beschädigt werden könnte, versicherte der spätere Bundeskanzler.

Dessen ungeachtet kann die *taz* einen Tag nach dem *FAZ*-Artikel melden, die SPD-Führung wolle den Palastabbriss überdenken. „Parteichef Oskar Lafontaine und Kanzlerkandidat Gerhard Schröder erklärten in Schreiben an ehemalige Beschäftigte des Palastes, es sei unsinnig, mit der Asbestsanierung zu beginnen, bevor über die Zukunft des Bauwerkes entschieden sei.“<sup>1296</sup>

Im Oktober veröffentlicht die *taz* ein Gespräch mit der baupolitischen Sprecherin der Grünen, Eichstädt-Bohlig, in dem auch nach der Zukunft des Palastes gefragt wird. Die Antworten bleiben vage. Sie „hoffe“, dass Rot-Grün ein „bürgerfreundliches Verfahren“ erarbeiten und die Entscheidungen nicht hinter verschlossenen Türen getroffen werden. Sie wolle auch nicht, dass ein „Investorenprojekt“ zum Zuge komme. Ebenfalls „hoffe“ sie, dass der Rückbau des Palastes bis auf die Stahlträger „in der geplanten Form“ nicht geschehen werde. „Dazu gibt es sowohl Erklärungen von der SPD wie auch von den Grünen, die darauf abzielen, dass ein tragfähiges Nutzungskonzept vorliegen muss, bevor die Sanierung beginnt. Mir wäre es ein Anliegen, die Debatte wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.“<sup>1297</sup> Nach dem Gespräch

---

<sup>1291</sup> Ebd.

<sup>1292</sup> Vgl. Prominente pro Stadtschloss. In: *taz*, 05.09.1998, s. S. 29.

<sup>1293</sup> Vgl. ebd.

<sup>1294</sup> Vgl. Schröder nimmt Naumann vor Kritik in Schutz. Ein Museum für die Beutekunst? „Kein linker Wilhelminismus“. Mehr Geld für die Bundeshauptstadt. In: *FAZ* Nr. 210/37, 10.09.1998, s. S. 01.

<sup>1295</sup> Ebd.

<sup>1296</sup> Vgl. Berliner Telegramm. SPD-Spitze: Abriss Palast der Republik überdenken. In: *taz*, 11.09.1998, s. S. 22.

<sup>1297</sup> Vgl. Weiland, Severin: „Am Umzug festhalten“. Grüne Bundestagsabgeordnete Eichstädt-Bohlig zum Hauptstadt-konzept: Neue Debatte um Verteilung der Ministerien zwischen Bonn und Berlin. In: *taz*, 13.10.1998, s. S. 18.

sieht die *taz* für den Palast eine „neue Chance“.<sup>1298</sup> Doch bereits einen Tag später muss die *taz* melden, Schröder wolle das Schloss.<sup>1299</sup> Er wolle die Fassade des Stadtschlusses wieder aufbauen lassen und dabei den abrisssbedrohten Palast integrieren, meldet die *taz* lakonisch. Im gleichen Stil gibt die *taz* Kunde davon, dass nun doch mit der Asbestsanierung begonnen werden könne.<sup>1300</sup> Der Auftrag sei erteilt, bis 2001 werde der Palast saniert sein. Berlins Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing (SPD) habe sich derweil gegen das Schloss ausgesprochen, meldet die *taz*.<sup>1301</sup>

Entgegen den bis dahin diskutierten Varianten müsse laut Sanierungskonzept der beauftragten Bietergemeinschaft unter Führung der Firmen Strabag und Bilfinger die gläserne Außenverkleidung bis auf wenige Ausnahmen doch nicht abmontiert werden, meldet die *taz* im November.<sup>1302</sup>

Warum die Strabag den Auftrag bekommen hat, obwohl sie 20 Millionen mehr verlangt habe, erklärt das *ND* im November seinen Lesern.<sup>1303</sup> Der neue Bundesbauminister Franz Müntefering (SPD) habe die Entscheidung seines Vorgängers Oswald überprüfen lassen und die Vergabe als korrekt bezeichnet. Das billigere Angebot habe „nicht zugelassene“ Sanierungsmaßnahmen vorgeschlagen, erklärte der Minister dem *ND*. Die Asbestbeseitigung werde daher von der neuen Bundesregierung „nicht gestoppt“.

In einem Essay<sup>1304</sup> für das Feuilleton der *FAZ* schreibt Patrick Bahners über die angestrebte Normalität in der „Berliner Republik“. Was werde sie bringen, was bedeutet es, wenn führende Politiker das „Normale“ beschwören? „Das Stadtschloss oder nur die Fassade?“<sup>1305</sup>. Damit deutet Bahners an, dass zumindest für ihn der Palast der Republik gar nicht mehr zur Debatte steht. In dem gleichen Artikel wird Bundeskanzler Schröder zitiert, wonach er wolle, das die Republik unbefangener und im „guten Sinne deutscher“ werde.<sup>1306</sup> Die praktische Politik, schlussfolgert Bahners daher, solle „[...] nicht auch noch durch die Moral und die Vergangenheit beschränkt werden.“<sup>1307</sup> Das Votum für das Schloss entspringe einem Pragmatismus, der seinerseits aus der Ratlosigkeit komme und legitimiert werde von der „Lässigkeit“ des Bundeskulturbeauftragten Naumann.

Gänzlich anders sieht es die *taz* in einem Artikel, in dem sie über die „große Transformation“ nachdenkt und dabei das Schloss und das Holocaust-Mahnmal in Beziehung zueinander setzt.<sup>1308</sup> „Die zentrale Schwierigkeit ist, dass in beiden Fällen ein Symbol errichtet werden soll, ein Zentralsymbol, zu dem die Berliner Republik gravitieren möchte. Darauf laufen alle Diskurse hinaus, deshalb werden hier die Diskurse so dicht.“<sup>1309</sup> Beim Stadtschloss gehe es um „Die Mitte“, die symbolisiert werden solle, die Mitte der Hauptstadt, die Mitte der Republik. Genaueres fehle noch, vor allem dürfe die Mitte nicht leer bleiben. Das Stadtschloss solle ja – und das als Symbol für „Die Mitte“ – unabhängig von allen konkreten Nutzungsplänen, was darin unterzubringen sei, gebaut werden. Als Denkmal. Denn dort ziehe

---

<sup>1298</sup> Vgl. Betr.: „Palast der Republik“. In: *taz*, 13.10.1998, s. S. 17.

<sup>1299</sup> Vgl. Schröder will Schloss wieder aufbauen. In: *taz*, 14.10.1998, s. S. 17.

<sup>1300</sup> Vgl. Palast der Republik bald asbestfrei. In: *taz*, 24.10.1998, s. S. 28.

<sup>1301</sup> Vgl. Fugmann-Heesing für Eisenman-Entwurf. In: *taz*, 31.10.1998, s. S. 24.

<sup>1302</sup> Vgl. Palast-Fassade bleibt stehen. Streit um zu teuren Auftrag an Strabag. In: *taz*, 02.11.1998, s. S. 22.

<sup>1303</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Kein Stopp für Palastsanierung. Bundesbauminister erwartet Berliner Nutzungskonzept für den Schlossplatz. In: *ND*, 07.11.1998, S. 01.

<sup>1304</sup> Vgl. Bahners, Patrick: Total normal. Vorsicht Falle: Die unbefangene Nation. In: *FAZ* Nr. 255, 03.11.1998, s. S. 43.

<sup>1305</sup> Ebd.

<sup>1306</sup> Vgl. Ebd.

<sup>1307</sup> Ebd.

<sup>1308</sup> Vgl. Rutschky, Michael: Die große Transformation. Vor allen anderen Berliner Baustellen durch eine besondere Seinsweise ausgezeichnet: das Stadtschloss und das Holocaust-Mahnmal. Oder wie dem Phantasma der Hauptstadt einer kommenden „Berliner Republik“ symbolisch vorgearbeitet wird. In: *taz*, 05.11.1998, s. S. 15.

<sup>1309</sup> Ebd.

weder der Bundespräsident noch der Bundeskanzler ein, und auch nicht das Parlament oder die klassischen Ministerien. Es gehe ausschließlich um ein architektonisches Symbol – für „Die Mitte“ –, von dem vollkommen unklar bleiben müsse, was es eigentlich symbolisieren solle, weil die sozialen Lebensvollzüge unbekannt sind, die es versammele. „Gleichzeitig ist aber vollkommen klar, dass es um eine solche Versammlung durch ‚Die Mitte‘ geht. Bloß folgen Lebensvollzüge ihren eigenen Regeln und verwenden Architektur als Material.“<sup>1310</sup>

Mit dem Beginn der tatsächlichen Asbestsanierung am 16. November 1998 konstatiert die *taz* das „Ende der Denkpause“.<sup>1311</sup> 28 Monate seien für die Arbeiten vorgesehen. In der Zwischenzeit müsse nun „definitiv“ die Zukunft des Gebäudes geklärt werden. „In einer Mischung aus Ratlosigkeit und Verweigerung wurde bisher eine Entscheidung immer wieder aufgeschoben. Nicht der Asbest war das Problem, sondern zum einen wohl die umstrittene Geschichte des Hauses, die alles andere als eindimensional ist, und zum anderen die etwas sperrige Größe, für die sich bislang keine rentable Betreiberidee gefunden hat.“<sup>1312</sup> Dann lobt Thieme noch mal die Vorzüge des Palastes, zählt die Fakten auf, die raffinierte Bühnentechnik, Familienfeste, Disco und Bowling. Doch das Duell Palastbewahrer contra Schlossbefürworter werde wohl ohne Sieger bleiben, mutmaßt die *taz*. Denn inzwischen sprächen immer mehr von einem „zeitgemäßen Mix aus beiden Vorlagen“. Daraus möge dann „etwas ganz Neues“ werden, habe Bundespräsident Roman Herzog im Frühjahr gesagt. Von Wolfgang Thierse bis Rita Süßmuth seien auf einmal die allermeisten für eine Kombinationslösung. „Die Asbestsäuberung lässt jede Option offen: Rekonstruktion, Abriss oder Umbau.“<sup>1313</sup> In der gleichen Ausgabe veröffentlicht die *taz* ein Gespräch mit Vertretern der an der Sanierung beteiligten Firmen.<sup>1314</sup> Fazit der Aussagen: Durch zahlreiche Asbest-Autobremsen sei jede Kreuzung mehr belastet als der Palast und doch sei er mit Abstand die größte Asbestbaustelle – und daher mit der Situation im ICC nicht zu vergleichen.

Auch das *ND* schreibt über den Start der Asbestsanierung.<sup>1315</sup> Neben einigen Hinweisen über den technischen Ablauf der Baumaßnahmen betont das *ND*, dass wesentliche Teile des Gebäudes stehen blieben. „Doch alle tragenden Gebäudeteile und auch die Fassade bleiben stehen – die von manchen herbeigewünschte Zahnstocherlösung kann es schon aus technischen Gründen nicht geben.“<sup>1316</sup> Die immer wieder vom *ND* beschworene „Abrissanierung“ wird hier erstmals entkräftet. Am Ende des Artikels weist das *ND* darauf hin, dass es nach wie vor kein umfassendes Nutzungskonzept gebe und dass es daher auch vorerst nicht zu einem Architektenwettbewerb kommen werde.

Vier Tage später spottet die *FAZ* in einer Glosse<sup>1317</sup> über die Palastbewahrer. Diese hätten es versäumt, angesichts des Beginns der Asbestsanierung am 16. November 1998 mit Protest oder Mahnwachen gegen den beginnenden Abriss zu demonstrieren. Das Desinteresse der Sanierung führt der Verfasser auf den Ausgang der Bundestagswahlen zurück. Denn nach dem Machtwechsel fühlten sich beide Seiten im Vorteil. Die Schlossfreunde aufgrund des Votums von Naumann, seine Gegner durch die Zusage der Bundesregierung, das Projekt noch mal überprüfen zu wollen. Spätestens wenn Bundeskanzler Schröder in das provisorische

---

<sup>1310</sup> Ebd.

<sup>1311</sup> Vgl. Thieme, Manuela: Das Ende der Denkpause. Kommenden Montag beginnt die Asbestsanierung im Palast der Republik. Die Entscheidung über seine Zukunft drängt. Noch ist alles möglich: Rekonstruktion, Abriss, Umbau. In: *taz*, 14.11.1998, s. S. 23.

<sup>1312</sup> Ebd.

<sup>1313</sup> Ebd.

<sup>1314</sup> Vgl. Thieme, Manuela: „Jede Straßenkreuzung ist mehr belastet“. Reizthema Asbest: Dr. Malte Herrmann und Axel Jaiser von den an der Sanierung beteiligten Firmen Strabag und E. Schütze GmbH geben Auskunft zur Gefahrstoffsanierung im Palast der Republik. In: *taz*, 14.11.1998, s. S. 23.

<sup>1315</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Start für die Asbestbeseitigung. Ab Montag wird der Palast zur Baustelle. In: *ND*, 14.11.1998, s. S. 09.

<sup>1316</sup> Ebd.

<sup>1317</sup> Vgl. Palastrevolution. In: *FAZ* Nr. 128, 18.11.1998, s. S. 41.

Kanzleramt im ehemaligen Staatsratsgebäude eingezogen sei und von dort aus die „Platzwunde der neuen alten Mitte ständig vor Augen“<sup>1318</sup> habe, werde die Kontroverse zur Chefsache aufgewertet – vermutet der Verfasser die Hoffnungen der Schlossfreunde. Bemerkenswert und richtungsweisend sei auch die geringe Beachtung einer Ausstellung der „Spreeinsel-Initiative“ im Rathaus des Bezirks Mitte, die sich für den Erhalt des Palasts einsetze. Statt zu bauen, witzelt der Verfasser, sollte man eine 3-D-Illusion errichten, mit der abwechselnd einmal das Schloss und einmal der Palast gezeigt werden könnte. Das wäre der günstigste Ausweg aus diesem ästhetischen Streit.<sup>1319</sup>

Am 25. November 1998 tagte das Bundeskabinett zum ersten Mal in Berlin – genauer: im provisorischen Kanzleramt, dem ehemaligen Staatsratsgebäude. Das *ND* berichtet darüber in einem Artikel, der die Kontinuität der sozialistischen Staatsmacht an diesem Ort beschreibt.<sup>1320</sup> Das Schlossportal IV, durch das Schröder gehen werde, sei keine Reminiszenz an feudale Hohenzollern-Zeiten, betont das *ND*, sondern von dessen Balkon sei die „freie sozialistische Republik Deutschland“ 1918 ausgerufen worden. Nun drohe durch den Regierungsumzug das Areal zur „öffentlichkeitsbefreiten Zone“ zu werden. Mit Auswirkungen auf den Schlossplatz und den Palast der Republik.<sup>1321</sup>

Im Dezember kritisiert die *taz* in einem Artikel den „dubiosen Perfektionismus“ im Denkmalschutz.<sup>1322</sup> Hatte man in den 60er Jahren noch achselzuckend die Zerstörung alter Bausubstanz hingenommen, änderte sich die Einstellung später radikal. „Die baulichen Entwicklungen der modernen Großstadt galten als unwirtlich, architektonische Träume mutierten zu Traumata aus Beton und Stahl. In der vermeintlichen Hässlichkeit der Moderne witterte man Verderbtheit, im Alten erkannte man hingegen Schönheit und Lebensqualität. Der Sinn des Baudenkmals bestand weniger im Denkmalcharakter seiner selbst als darin, ein Gemütlichkeit verheißender Gegenpol zur missglückten Moderne zu sein.“<sup>1323</sup> Inzwischen gebe es zwei Lager innerhalb des Denkmalschutzes. Das eine wolle alte Bausubstanz heilen, Fehlendes ergänzen und Altes neu herstellen; das andere plädiere für die historische Lesbarkeit des Gebäudes. Dabei gehe es nicht um die Wiederherstellung eines Urzustands, sondern um die Authentizität der Gebäude in ihren Epochen. Alle Schichten der Bauphasen sollen erkennbar sein. Heute neige man dagegen zu einem „dubiosen Perfektionismus“. Während man sich darüber streite, ob ein wiederaufgebautes Stadtschloss eine Daseinsberechtigung habe, habe der Berliner Bauhistoriker John Lochner-Griffith schon vor Jahren vorgeschlagen, einen kleinen Pappelwald auf dem Schlossplatz zu errichten. Denn vom Wiederaufbau des Schlosses halte er gar nichts. „Weg ist weg“, heiße seine Devise. Ein Gebäude, das es längst nicht mehr gebe, durch eine Replik zu ersetzen habe mit Denkmalpflege nichts zu tun.<sup>1324</sup>

Mit dem Beginn der Asbestsanierung sieht das *ND* die Schlossplatzdebatte wieder in Bewegung.<sup>1325</sup> Mit den „Palast-Werbetafeln“ der Spreeinsel-Initiative habe v. Boddien das Informationsmonopol verloren. Trotzdem sehe er seine Vision Realität werden. Denn nicht nur habe er Schlossreste in Friedrichshain ausgegraben, er habe inzwischen auch wichtige Mitstreiter gewinnen können. Zu ihnen zähle Staatsminister Naumann, der angeblich sein

---

<sup>1318</sup> Ebd.

<sup>1319</sup> Vgl. ebd.

<sup>1320</sup> Vgl. Nölte, Karin: Ur-Ur-Enkel übernehmen den Staatsrat. Das Bundeskabinett tagt morgen erstmals in Berlin. In: *ND*, 24.11.1998, s. S. 17.

<sup>1321</sup> Vgl. ebd.

<sup>1322</sup> Vgl. Niemann, Kirsten: Dubioser Perfektionismus. Denkmalschutz in Berlin ist ein schwieriges Kapitel. Die einen wollen Altes neu herstellen, die anderen plädieren für die historische Lesbarkeit eines Gebäudes. In: *taz*, 05.12.1998, s. S. 33.

<sup>1323</sup> Ebd.

<sup>1324</sup> Vgl. ebd.

<sup>1325</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Palast-Schloss-Kampagnen wieder auf Touren. Neue Anzeigen, Ausstellungen und Diskussionen. In: *ND*, 07.12.1998, s. S. 13.

Büro mit einem Stück der Schloss-Attrappe dekoriert haben soll, daneben Thierse, Vollmer, Hildebrandt und Reuter. In einer „klotzigen“ Anzeigenkampagne wolle v. Boddien demnächst für den Wiederaufbau mobil machen. „Die Spreeinsel-Initiative dagegen will zeigen, dass ‚das Schloss nicht der einzige Ausweg‘ aus dem Schlossplatz-Dilemma ist“.<sup>1326</sup> Nach der Forderung, den Palast wieder aufzumachen, heiße es nun: Macht den Palast neu, erklärt das *ND*.

Zum Ende des Jahres versuchte Strieder wieder Einfluss auf die Schlossplatzdebatte zu bekommen. Das Interessenbekundungsverfahren galt als gescheitert, da keiner der Investoren ein Konzept vorlegen konnte, bei dem der Staat sich nicht finanziell beteiligen musste. Angesichts dieser Lage erklärte Strieder, die Zukunft des Schlossplatzes wolle er nicht privaten Investoren überlassen. Anstelle der anvisierten Pläne, die Mitte der Stadt mit Hotel- und Kongressnutzungen zu gestalten, verlange der Ort nach einem öffentlichen, staatlichen und städtischen Bauherren, berichtet die *taz*.<sup>1327</sup> Strieder habe auch mit Bauminister Müntefering (SPD) gesprochen und man sei sich in der Sache einig gewesen – man müsse über den Schlossplatz neu nachdenken. Strieder sprach sich in Hinblick auf den Hotelbau entschieden gegen einen „Ort der Exklusivität für die oberen Zehntausend“ aus. Seiner Ansicht nach könne der Schlossplatz durch die Realisierung eines „Hauses der Demokratie“ am besten genutzt werden. „Die Geschichte des Ortes, der mehr als 500 Jahre der baulichen Repräsentation des Staates gedient habe, verlange die Präsenz der Bundesländer und der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen wie Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmer- und Sportverbände.“<sup>1328</sup> In einem Kommentar lobt die *taz* das Bestreben Strieders, die Debatte noch mal neu anzufangen, bezweifelt aber seinen Erfolg.<sup>1329</sup> Denn inzwischen „[...] scheinen sich die meisten Beteiligten über die Eckpunkte an jenem repräsentativen Ort der ‚Berliner Republik‘ einig zu sein. Hotel, Bibliothek, öffentliche Kultur- und private Kommerzeinrichtungen gelten, was die Nutzung des Ortes angeht, als mehrheitsfähig. Und städtebaulich scheint sich, nicht zuletzt aufgrund des Votums des Kulturbeauftragten Michael Naumann sowie des Einknickens der Senatsbaudirektorin Barbara Jakubeit, der ‚Wiederaufbau‘ der Schlossfassade als Ergänzung zum Erhalt/Abriss des Palasts der Republik durchzusetzen.“<sup>1330</sup> Das *ND* berichtet kommentarlos über Strieders Vorstoß, meint aber am Ende des Artikel skeptisch, wie die neue Nutzung für den Platz bestimmt werden solle, sei „noch ziemlich unklar“.<sup>1331</sup>

Die *Welt* sieht in Strieders Vorstoß einen Schritt nach Rückwärts und fragt besorgt: „Ein gleichsam ‚linker‘ Schlossplatz also, bebaut mit einer Selbstdarstellung des demokratischen Deutschland?“<sup>1332</sup> Strieder habe die Gunst der Stunde gepackt und ein „handfestes Polit-Thema“ ergriffen, was er bisher aus seinem Ressort nicht zur Hand gehabt habe. Im weiteren referiert die *Welt* das Vorwort des neu erschienenen Buches des Denkmalschtzers Helmut Engel über den „Schauplatz Stadtmitte“.<sup>1333</sup>

---

<sup>1326</sup> Ebd.

<sup>1327</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Schlossplatz: Kein Spielplatz für private Investoren. Stadtentwicklungssenator Strieder lehnt private Bauentrger, Hotels und Kongrezentrum ab. Stadt und Staat als Bauherren gefordert. Vorschlag: „Haus der Demokratie“ mit Lnderzimmer. In: *taz*, 15.12.1998, s. S. 17.

<sup>1328</sup> Ebd.

<sup>1329</sup> Vgl. Rada, Uwe: Nicht zu spät. Peter Strieder öffnet die Debatte um den Schlossplatz neu. In: *taz*, 15.12.1998, s. S. 17.

<sup>1330</sup> Ebd.

<sup>1331</sup> Kammer, Bernd: Schlossplatz-Demokratie. Senator will über den Ort neu nachdenken. In: *ND*, 15.12.1998, s. S. 17.

<sup>1332</sup> Vgl. Karutz, Hans-Rüdiger: Der Schlossplatz soll wieder „Staat“ machen. Senator Strieder gegen private Investoren und für ein „Haus der Demokratie“ mit Platz für Bundesländer. In: *Die Welt*, 15.12.1998, s. S. 30.

<sup>1333</sup> Vgl. ebd.

Zwei Tage später führt das *ND* die von Strieder angestoßene Debatte weiter, indem es Pau nach dem Standpunkt der PDS fragt.<sup>1334</sup> Prinzipiell sei der Vorschlag Strieders zu begrüßen, habe Pau gesagt. Vor einer Entscheidung über den Schlossplatz sollte jedoch eine Entscheidung über den Erhalt des Palastes getroffen werden.<sup>1335</sup> „Danach wäre eine Einigung zwischen Bund und Berlin über eine Zwischennutzung und Gestaltung des Schlossplatzes sowie ein Konzept für die städtebauliche Weiterentwicklung der Spreeinsel-Mitte anzunehmen“.<sup>1336</sup> Weitere Vorschläge habe die PDS in einer Kleinen Anfrage an Bauminister Müntefering geschickt; eine Antwort erwarte man im Januar 1999.

Über Verzögerungen an Bundesbauten weiß das *ND* zu berichten.<sup>1337</sup> Das habe zur Folge, dass der Bundeskanzler länger im ehemaligen Staatsratsgebäude bleiben werde. „Welche Folgen die Verlagerung der Machtzentrale an den Schlossplatz für dessen Gestaltung hat, ist offen“.<sup>1338</sup> Müntefering habe sichergestellt, dass die Außenfassade des Palastes auch während der Sanierungsarbeiten erhalten bleibe. Was dann geschehe, müsse im Zuge der Gesamtgestaltung des Platzes geklärt werden. Bis 2000 wolle sich der Bauminister dafür Zeit lassen.

In der Zeit bis zur Bundestagswahl forderte die Opposition immer wieder, die Regierung solle in der Schlossfrage keine Fakten schaffen und den Abriss des Palastes, der sich noch immer in einer Vorbereitungsphase befand, stoppen. Die Medien wiesen derweil darauf hin, dass es eigentlich keine Vision für die Mitte gebe. Die gängigen Nutzungskonzepte wurden als langweilig bezeichnet. Das Interessenbekundungsverfahren zeigte außerdem, dass kein Investor bereit war, einen öffentlichen Bau ohne Staatszuschüsse zu errichten. Damit war der Wunsch der Politik, „kostenlos“ eine neue Mitte zu schaffen, gescheitert. Hoffnungen für neue Impulse setzte man ganz auf die Bundestagswahl. Solange auf Bundesebene eine CDU-geführte Regierung an der Macht war, konnten die Palastfreunde hoffen, dass neue Mehrheiten das Gespenst eines Schlossneubaus für immer bannen würden. Die Abwahl der Regierung Kohl am 27. September 1998, nach 16 ununterbrochenen Jahren an der Macht, war die größte Veränderung der politischen Landschaft Deutschlands seit der Wiedervereinigung. Akteure, die jahrelang über die Geschicke des Landes entschieden hatten, mussten ihre Schaltstellen verlassen und ihre Ressourcen der Macht anderen Akteuren zur Verfügung stellen. Für die Schlossplatzdebatte ergab der Regierungswechsel zunächst keine Veränderung. Im Gegenteil: Die bereits vor den Wahlen geäußerten Meinungen des designierten Kulturstaatsministers Naumann, wonach die Rekonstruktion des Schlosses wünschenswert sei, sorgte auf Seiten der Schlossgegner für erhebliche Irritationen, zumal Schröder Naumann nicht zurechtwies. Noch mehr irritierte, dass Naumann sein Votum mit dem Hinweis garnierte, die Debatte sei nicht das Eigentum der „Neokonservativen“. Die *FAZ* erkannte daraufhin hellsichtig das „Normale“, das nun in die deutsche Politik erklärtermaßen Einzug halten sollte. Zwar wurde in der gleichen Zeitung das Schloss als „Fetisch“ einer verunsicherten Gesellschaft abgelehnt, aber die Befindlichkeiten und Probleme, um die letztlich ging, waren damit benannt. Das Ziel der Schröder-Regierung stand schon kurz nach dem Wahlsieg fest: Pragmatischer, weniger moralisch, deutscher sollte die Berliner Republik werden. Der Einzug Schröders in das ehemalige Staatsratsgebäude wurde als pragmatisch verstanden und von den linken Medien misstrauisch beäugt, dabei hätte er ja auch der Beginn einer „Reinigung“ und Wiederaneignung politischer DDR-Architektur sein können. Das Misstrauen war berechtigt.

---

<sup>1334</sup> Vgl. Nölte, Karin: PDS: Erst Palast, dann Schlossplatz. Auch Petra Pau „für längeres Nachdenken“. In: *ND*, 17.12.1998, s. S. 17.

<sup>1335</sup> Vgl. ebd.

<sup>1336</sup> Ebd.

<sup>1337</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Kanzler kommt später und bleibt länger am Schlossplatz. Neue Machtzentrale sechs Monate in Verzug. In: *ND*, 22.12.1998, s. S. 17.

<sup>1338</sup> Ebd.

Wahrscheinlich hatte Schröder seine Glaubwürdigkeit als Linker und „Retter des Palastes“ bereits verspielt, als er sich auch für die Errichtung einer Schlossfassade aussprach; eine Aussage übrigens, die kaum beachtet worden war. Überlegungen der *taz*, das Schloss und die „Mitte“ mit dem Holocaustmahnmal zu verbinden und beides zu zukünftigen Bezugspunkten der Berliner Republik zu stilisieren waren bemüht. Allenthalben konnte man das Erstaunen erahnen, das in den Redaktionen darüber herrschte, dass sich nun so wenig verändern sollte. Geradezu symptomatisch für die Kontinuität auf Bundesebene war das Verhalten des neuen Bundesbauministers Müntefering, der die Asbestsanierung des Palastes in keiner Weise stoppen ließ. Die Ankündigungen Strieders, er sei mit Müntefering übereingekommen die ganze Schlossplatzproblematik „neu zu denken“ wurden von den Medien praktisch nicht ernst genommen.

In der Zeit des Umbruchs nach der Bundestagswahl hielten sich die Schlossfreunde geschickt in Deckung. Angesichts der Steilvorlagen von Naumann und Schröder konnten sie sich die Zurückhaltung leisten, zumal neueste Umfragen ergeben hatten, dass die Zahl der Schlossfreund stetig zu- und die der Palastfreunde stetig abnahm.

### 3.10. 1999: Berlin wählt – Bundeskanzler Schröder will das Schloss

Das Jahr 1999 war in Berlin geprägt von dem Wahlkampf für das Berliner Abgeordnetenhaus und begann für die Schlossplatzdebatte mit einer Sensation. Bundeskanzler Schröder (SPD) sprach sich in einem ausführlichen Interview mit der Wochenzeitung *DIE ZEIT* für einen umfassenden Wiederaufbau des Berliner Schlosses aus. Anders als noch im Herbst 1998 reagierten nun die politischen Akteure vehement auf seine Forderung.

Wie er es mit dem Wiederaufbau des Berliner Schlosses halte, fragte man Schröder.<sup>1339</sup> Antwort: „Von meinem Übergangsbüro im ehemaligen Staatsratsgebäude muss ich immer auf den Palast der Republik gucken. Der ist so monströs, dass ich da lieber ein Schloss hätte. Eine Fassade würde mir nicht reichen. Dann würde ich mir getäuscht vorkommen. Entweder – oder. Ich habe nicht vor, das zur Chefsache zu machen. Wenn ich einen Wunsch zu äußern hätte, dann wäre ich für das Schloss. Und zwar einfach, weil es schön ist. Den Befürwortern wird ja unterstellt, sie wollten – weil dann der Palast der Republik wegkäme – damit gleichsam die Geschichte der DDR eliminieren. Das steht für mich überhaupt nicht im Vordergrund. Wenn der nicht so hässlich und voller Asbest wäre, könnte er meinetwegen stehen bleiben.“<sup>1340</sup> Er traue der modernen Architektur durchaus zu, so Schröder weiter, dass sie auf den Schlossplatz baue, aber um seinen „ästhetischen Geschmack“ gehe es letztlich nicht.

„Aber wenn man in einer solchen historischen Situation ist und dem Volke was für die Seele gibt, kann das außerordentlich befriedend und damit auch befriedigend sein.“<sup>1341</sup>

Welche historische Situation Schröder hier meint, erklärt er nicht weiter und er wird von der *ZEIT* auch nicht weiter danach gefragt. Den Vorwurf, das Schloss sei „restaurativ und konservativ“, wies Schröder zurück. Es komme „immer drauf an“, meint er relativierend.

Die *FAZ* zitiert aus dem *ZEIT*-Gespräch in einer Meldung<sup>1342</sup> auf Seite zwei. Er sei für das Schloss. „Und zwar einfach, weil es schön ist.“<sup>1343</sup> Das Schloss sei ein Geschenk für die Seele des Volkes in einer historischen Situation; das könne befriedend wirken, so der Kanzler. Im übrigen gab er auch zu, worauf die *FAZ* in ihrem letzten Beitrag 1998 bereits spekuliert hatte, nämlich dass der tägliche Blick des Kanzlers auf den Schlossplatz Auswirkungen auf die Debatten haben werde. Er sehe aus seinem Büro im Staatsratsgebäude immer den

---

<sup>1339</sup> Vgl. Hofmann, Gunter; Löffler, Sigrid: Eine offene Republik. In: *DIE ZEIT* Nr. 06. 04.02.1999, s. S. 33.

<sup>1340</sup> Ebd.

<sup>1341</sup> Ebd.

<sup>1342</sup> Vgl. Kanzler für Wiederaufbau des Berliner Schlosses. In: *FAZ* Nr. 29, 04.02.1999, s. S. 02.

<sup>1343</sup> Ebd.

„monströsen Palast“; ein Schloss – nicht nur seine Fassade – hätte er daher dort lieber. Mit einer so eindeutigen und so schnellen Wirkung hatte wohl niemand gerechnet.

Die Meinung des Kanzlers löste eine ganze Welle von heftigen Kommentaren aus. Die *FAZ*<sup>1344</sup> berichtet tags darauf, die Berliner PDS-Vorsitzende Pau habe die Aussagen Schröders als „monarchische Geste“ kritisiert und dafür plädiert, den Palast wieder zu öffnen. Diepgen hingegen stimmte Schröder zu und sein politischer Gegner in Berlin, der SPD-Spitzenkandidat Momper, gab vorsichtig zu bedenken, dass „[...] zunächst die Nutzung des Gebäudes geklärt werden müsse“<sup>1345</sup> Im Weiteren referiert die *FAZ* in wenigen Sätzen den aktuellen Stand der Dinge in dem Verfahren um die Bebauung des Schlossplatzes.

Die *taz*<sup>1346</sup> schreibt, „empört“ habe die Berliner PDS-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Petra Pau den Wunsch von Schröder zurückgewiesen, das Berliner Stadtschloss wieder aufzubauen. Mit seinen „Schloss-Phantasien“ habe sich Schröder im Zeitalter und im Ton vergriffen. Diepgen hingegen habe den Vorstoß Schröders „ohne Abstriche“ begrüßt. „Auch wenn der Bundeskanzler seinen Wunsch des Wiederaufbaus des Schlosses ´nicht zur Chefsache´ machen will, ist sein eindeutiges Votum ein schweres Pfund in der Waagschale“<sup>1347</sup>, vermutet die *taz*.

Wie sehr die Aussage Schröders die Schlossplatzdebatte neu angestoßen hatte, entnimmt man einem Bericht<sup>1348</sup> in der *FAZ*, wenige Tage nach der Kritik Paus. In diesem heißt es, die Berliner CDU wolle „Schröder beim Wort und damit ihren Berliner Koalitionspartner SPD in die Verantwortung nehmen.“<sup>1349</sup> Die CDU-Fraktion in Berlin habe daher einen Antrag angekündigt, der ein „zügiges Parlamentsvotum für einen Bau mit Schlossfassade bewirken soll.“<sup>1350</sup> Alle übrigen Fragen rund um den Schlossplatz seien nach wie vor nicht verbindlich gelöst, schreibt die *FAZ*. Zwar beginne man nun mit der Asbestsanierung, die drei Jahre dauern werde, aber ob danach der „DDR-Kulturpalast im Stil der siebziger Jahre erhalten wird“, sei unklar. Das Interessenbekundungsverfahren habe lediglich erbracht, dass in jedem Fall Mittel aus der öffentlichen Hand benötigt würden. Auf diese problematische Situation verweise die Berliner SPD und lasse sich nicht zu „Bekanntnissen zum Wiederaufbau des Schlosses drängen.“<sup>1351</sup> Darüber hinaus lasse die Berliner SPD die Sorge erkennen, ein Votum für das Schloss könnte Wähler aus dem Ostteil der Stadt verprellen. Daher plädiere der SPD-Spitzenkandidat Momper für eine architektonische Verbindung von Neubau und Teilen des Palasts.<sup>1352</sup> Laut *taz* dementierte er einen Vorab-Bericht der *JW*, wonach er einen Erhalt des Palastes fordere: „Ich denke lediglich, dass man das Gebäude in Teilen in die Planung einbeziehen sollte“<sup>1353</sup>, zitiert ihn die *taz*. So könne man den Volkskammersaal, in dem die deutsche Einheit beschlossen wurde, integrieren, habe Momper gemeint.

Vier Tages später schaut sich die *taz* die Situation von „König Gerhard“ etwas genauer an und beruhigt ihre Leser.<sup>1354</sup> So habe Berlins SPD-Chef Strieder gesagt, die Latte habe Schröder so hoch gelegt, dass man nun darunter durchlaufen könne. Außerdem werde die

---

<sup>1344</sup> Vgl. Pau: Äußerung zum Schloss „monarchische Geste“. In: *FAZ* Nr. 30, 05.02.1999, s. S. 02.

<sup>1345</sup> Ebd.

<sup>1346</sup> Vgl. Rollmann, Anette: PDS missgönnt dem Kanzler den Schlossblick. Berliner PDS-Vorsitzende Petra Pau empört sich über den Kanzlerwunsch, das Stadtschloss wieder aufzubauen. Bundesbauministerium befürwortet Gestaltungswettbewerb für Schlossplatz. In: *taz*, 05.02.1999, s. S. 19.

<sup>1347</sup> Ebd.

<sup>1348</sup> Vgl. CDU kündigt Antrag zum Schloss an. Momper will Neubau mit dem Palast der Republik verbinden. In: *FAZ* Nr. 32, 08.02.1999, s. S. 02.

<sup>1349</sup> Ebd.

<sup>1350</sup> Ebd.

<sup>1351</sup> Ebd.

<sup>1352</sup> Vgl. ebd.

<sup>1353</sup> Vgl. Stadtschloss: CDU will SPD auf Kurs bringen. In: *taz*, 06.02.1999, s. S. 24.

<sup>1354</sup> Vgl. Bollmann, Ralph: Ein Schloss für König Gerhard. Als ob es in Berlin nicht genug Luftschlösser gebe, findet nun auch der Bundeskanzler: Das Berliner Stadtschloss muss her! Doch die Berliner SPD ist da weitaus weniger monarchistisch. Vor allem aber ist sie realistischer. In: *taz*, 10.02.1999, s. S. 19.

Bundesregierung nicht eine Milliarde für das Schloss auf den Tisch legen, wenn sie nicht einmal die Autobahn nach Schönefeld finanzieren könne.<sup>1355</sup> Der Jubel der Schlossfreunde sei also nicht angebracht. Nebenbei gibt die *taz* zu, dass v. Boddien „[...] 1994 die Schlossdebatte durch eine riesige Fassadenattrappe erst in Gang gebracht hatte [...]“.<sup>1356</sup> Besonders der Umstand, dass ein Investor fehle, werde einen Neubau so schnell nicht entstehen lassen. Strieders Linie sei es daher, den Palast eventuell 2001 wieder in Betrieb zu nehmen und den Rest des Platzes später weiter zu bauen. „Am liebsten mit einem ‘Haus der Demokratie’, einem deutschen ‘Centre Pompidou’, in dem sich Politik, Gesellschaft und Kultur des ganzen Landes präsentieren könnten – allerdings in einer modernen architektonischen Hülle, denn ‘eine Demokratie baut anders als eine Monarchie’.“<sup>1357</sup> „Schnellschüsse“ für den Schlossplatz werde es daher nicht geben, habe Strieder an anderer Stelle betont.<sup>1358</sup> Er wolle daher eine Debatte über die Nutzung und Finanzierung bis zum Sommer 2000, schreibt die *taz*.

Erwartungsgemäß anders wurde die Situation von Bausenator Klemann und Dieppen eingeschätzt. Bis zum 2. März 1999 wolle Klemann dem Senat eine Vorlage unterbreiten, die ein Konzept zum Neubau eines Gebäudes in der Kubatur des früheren Stadtschlusses vorsehe, schreibt die *taz*.<sup>1359</sup> Zugleich solle es einen europäischen Investorenwettbewerb für den Wiederaufbau geben, um den „Wunsch des Bundeskanzlers“ zu realisieren.

Die PDS habe sich über die „plötzliche Eile“ der Berliner Regierung verwundert gezeigt, schreibt das *ND*.<sup>1360</sup> Senat und Bundesregierung seien schließlich verantwortlich für den „erbärmlichen Zustand“ des Schlossplatzes. Eine „hastige Neugestaltung“ ohne Integration des Palastes sei „nicht akzeptabel“, habe die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der PDS, Eva Müller, erklärt.<sup>1361</sup>

Die *Welt* meldet die angekündigte Entscheidung über den Schlossplatz kommentarlos und ohne weitere Details hinzuzufügen.<sup>1362</sup>

Auf eine Kleine Anfrage der PDS heißt es von Seiten der Regierung, man sei weiterhin für die Errichtung eines „großzügigen Gebäudes“ auf dem Schlossplatz, das sich an den Maßen des ehemaligen Stadtschlusses orientiere, schreibt die *taz*. Damit werde an den 1996 gemeinsam mit dem Land Berlin beschlossenen Konzept für die Nutzung und Gestaltung des Areals festgehalten.<sup>1363</sup> Auch das *ND* sieht Rot-Grün auf der Linie der Vorgängerregierung.<sup>1364</sup> Damit plädiere das von der SPD geführte Bauministerium für ein Konzept, dass die Partei in der Opposition nicht habe überzeugen können, schreibt das *ND*. „Mit dem Rückgriff auf das alte Konzept lässt die Bundesregierung auch Stadtentwicklungssenator Peter Strieder (SPD) im Regen stehen, der eine Nutzung als Konferenzzentrum als nicht angemessen für diesen historischen Ort betrachtet und statt dessen eine ‘Haus der Demokratie’ entstehen lassen will“.<sup>1365</sup>

Ende Februar kann die Rekonstruktions-Fraktion in Berlin wieder einen kleinen Sieg feiern. Schröder habe erklärt, er wolle das Grundstück Unter den Linden 1, auf dem die

---

<sup>1355</sup> Vgl. ebd.

<sup>1356</sup> Ebd.

<sup>1357</sup> Ebd.

<sup>1358</sup> Vgl. Schlossplatz bleibt Brache bis 2001. Strieder: Beschluss über Schlossplatz erst nach Bauwettbewerb. In: *taz*, 15.02.1999, s. S. 21.

<sup>1359</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Bausenator Klemann baut am Schlosskonzept. Im März will der Senat ein Konzept zum Wiederaufbau des Stadtschlusses beraten. Dieppen will Rekonstruktion schon 2001. Strieder gegen Klemann-Plan und für Architektenwettbewerb. In: *taz*, 17.02.1999, s. S. 20.

<sup>1360</sup> Vgl. Dieppen will jetzt schnell das Schloss. Senatsentscheidung auf 2. März vertagt. PDS: Palast-Integration möglich. In: *ND*, 17.02.1999, s. S. 17.

<sup>1361</sup> Vgl. ebd.

<sup>1362</sup> Vgl. Schlossplatz: Entscheidung in zwei Wochen. In: *Die Welt*, 17.02.1999, s. S. 17.

<sup>1363</sup> Vgl. Bund hält am Konzept für Schlossplatz fest. In: *taz*, 24.02.1999, s. S. 20.

<sup>1364</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Altes Schlossplatz-Konzept. Bundesregierung auf Linie ihrer Vorgängerin. In: *ND*, 24.02.1999, s. S. 17.

<sup>1365</sup> Ebd.

Kommandantur stand, „zügig verkaufen“. Nach Angaben von Senatsbaudirektorin Jakubeit werde Berlin nun einen „Wunschatalog“ für die Kommandantur aufstellen. Erwartet würden eine historische Fassade und eine öffentliche Nutzung.<sup>1366</sup>

Anfang März berichtet das *ND*, das Schlossplatzkonzept sei erneut verschoben worden.<sup>1367</sup>

Als Grund wird die Senatsfinanzverwaltung genannt, die die Vorlage ebenfalls prüfen wolle. Bei der Vorlage handele es sich nicht um ein neues Konzept, schreibt das *ND*, sondern lediglich um eine „Zusammenfassung der Ergebnisse des Interessenbekundungsverfahrens vom April 1998“. Da sich inzwischen gezeigt habe, dass am Schlossplatz nicht ohne Staatsmittel gebaut werden könne, wolle das Land jetzt klären, was es sich leisten könne.<sup>1368</sup>

Der Artikel endet mit der technischen Beschreibung des aktuellen Stadiums der Sanierung.

Einmal mehr seien die Pläne des Senats für ein Konzept auf dem Schlossplatz gescheitert, meldet die *Welt*.<sup>1369</sup> Schuld daran sei die Intervention des Finanzressorts, das die Vorlage des Bausenators ebenfalls „mitgestalten“ wolle. Als „Lichtblick“ bezeichnet hingegen die *Welt*, Strieder habe die Begrünung des Platzes angekündigt, die „über das bloß provisorische Maß hinaus“ gestaltet werden solle.<sup>1370</sup>

Den Mangel an Bürgersinn und „Politischem“ beklagt die *ZEIT* Anfang März.<sup>1371</sup> So sei die Debatte um das Stadtschloss eine ästhetische. Während die Gegner vor einem Verlust des Authentischen warnten, seien die Befürworter für eine Architektur, die das „Gemüt des Volks“ streichele.<sup>1372</sup> Die „neue Mitte“ suche ein Zentrum, wo sich die „zerfranste Gesellschaft“ als Gemeinschaft erlebe. Tatsächlich gebe es so einen Ort, doch kaum einer kenne ihn, meint Rauterberg und meint damit das „Bürgerforum“ neben dem Kanzleramt. Dass es praktisch ignoriert werde, sei symptomatisch, und so sei es denn auch zu verstehen, dass das Schloss als „Logo der Marke Deutschland“ gebraucht werde. „Die romantische, apolitische Stadt findet im Schloss ihr Sinnbild. Es suggeriert eine geordnete, eine reparable Gemeinschaft, hilft über historische Brüche und Verluste hinweg – und rückt sich vor den eigentlichen Fragen. Wo der Konsens längst zerbrochen ist, wo das Kollektive zerbröselt, Parteien ebenso wie Sportvereine über Mitgliederschwund klagen, da soll es eine städtische Fassadenkunst richten.“<sup>1373</sup> So solle das Getrennte wieder eins werden, das Entmischte solle sich verflechten.

Nach dem VDI will sich ein weiterer Verband auf den Schlossplatz niederlassen, berichtet die *taz*.<sup>1374</sup> Der Bund der Vertriebenen (BdV) wolle in Berlin eine „Stiftung Zentrum der 15 Millionen“ errichten. Die BdV-Vorsitzende Erika Steinbach habe erklärt, als Sitz der Stiftung habe sie dem Kulturbeauftragten der Bundesregierung, Staatsminister Naumann, das wiederzuerrichtende Stadtschloss in Berlin vorgeschlagen. Naumann habe die Anfrage bestätigt, ohne jedoch Stellung zu beziehen, weiß die *taz*.<sup>1375</sup>

Erneut berichtet das *ND* über ein Podiumsdiskussion der Friedrich-Naumann-Stiftung zum Schlossplatz.<sup>1376</sup> Ob es die 185. oder 186. Veranstaltung zum Thema Schlossplatz gewesen sei, fragt das *ND* eingangs spöttisch, um hinzuzufügen, dass das Thema nach wie vor die Menschen mobilisiere. Schultes und Buddensieg seien die Vortragenden gewesen, beides

---

<sup>1366</sup> Vgl. Berlin bekommt altes Kommandantenhaus. In: *taz*, 26.02.1999, s. S. 20.

<sup>1367</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Schlossplatzkonzept erneut verschoben. Senat prüft noch Finanzierungsmodelle. In: *ND*, 02.03.1999, s. S. 17.

<sup>1368</sup> Vgl. ebd.

<sup>1369</sup> Vgl. Noch immer kein Konzept für den Schlossplatz. Lichtblick: Mit Begrünung soll begonnen werden. In: *Die Welt*, 03.03.1999, s. S. 18.

<sup>1370</sup> Vgl. ebd.

<sup>1371</sup> Vgl. Rauterberg, Hanno: Alles wird gut. In: *DIE ZEIT* Nr. 10, 04.03.1999, s. S. 35.

<sup>1372</sup> Vgl. ebd.

<sup>1373</sup> Ebd.

<sup>1374</sup> Vgl. Vertriebene wollen ins Stadtschloss. In: *taz*, 22.03.1999, s. S. 20.

<sup>1375</sup> Vgl. ebd.

<sup>1376</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Schultes und Schinkel contra Schloss. Wie zwei Baumeister dem „Herz der Finsternis“ begegnen wollen. In: *ND*, 25.03.1999, s. S. 18.

erklärte Gegner des Schlosses. Das *ND* referiert vor allem Schultes, nach dessen Meinung bereits die preußischen Könige das Schloss nicht gemocht hätten. Mit einem Gipsmodell aus einem sowjetischen Archiv habe Schultes gezeigt, wie der Baumeister Schinkel das Schloss an der Lustgartenseite aufbrechen wollte. Mehr Urbanität sei das Ziel gewesen um Raum zu machen aus der Masse Schloss. Und nun solle ausgerechnet das „Unstädtische schlechthin“ wieder errichtet werden, habe sich Schultes entrüstet. Die Berliner Mitte würde so zu einem „Herzen der Finsternis“ werden.<sup>1377</sup> Angesprochen auf den Palast seien beide, Schultes und Buddensieg, gegen den originalgetreuen Erhalt des Gebäudes gewesen, schreibt das *ND*.

Zum 20-jährigen Jubiläum des ICC in West-Berlin unterläuft der *taz* ein gravierender Fehler. Der Bau sei am 2. April 1979 eröffnet worden, schreibt sie.<sup>1378</sup> Und: „Bewundert wurde es nicht nur im Westen. Ost-Berlin schickte Späher in den Westen, die das Ungetüm ausspionieren sollten: damit der Palast der Republik besser werde.“<sup>1379</sup> Das kann so nicht stimmen, denn der Palast wurde bereits drei Jahre früher, 1976, eröffnet.

Im April geht die *taz* der Frage nach, wie sich die Repräsentation von Staat durch den Umzug geändert habe – und womit man 1991 noch nicht rechnen konnte.<sup>1380</sup> Am deutlichsten sehe man wohl den Unterschied am Parlament: Während in Bonn eine Laubenpieperstimmung geherrscht habe, sehe man in Berlin einen riesigen „Repräsentationsrasen“ mit akkurat begrädeten Busch- und Baumrabatten. Der Beschluss, die Ministerien aus Kostengründen vor allem in Altbauten unterzubringen, habe zu einer Aneignung der Geschichte geführt, die bis dato unvorstellbar gewesen sei. Denn beide aus dem Zweiten *Weltkrieg* hervorgegangenen Staatswesen hatten ihre Legitimation aus der Abgrenzung gegenüber der Vergangenheit gezogen. „Wenn Ererbtes nicht ersetzt wurde, suchte man Kontrast. Für den Neuanfang der DDR musste das Berliner Stadtschloss als Bastion überkommener Obrigkeiten geschleift werden. In Westdeutschland wurde die gläserne Fuge zum gängigen architektonischen Kunstgriff, um Distanz zur eigenen Vorgeschichte zu gewinnen.“<sup>1381</sup>

Der Bruch mit der Vergangenheit habe sich auch darin gezeigt, dass Westdeutschland keinen Sinn mehr für das Zentrum gehabt habe, wie die *taz* in einem weiteren Grundsatzartikel schreibt.<sup>1382</sup> Die nach zehn Jahren noch immer leere Spreeinsel sei eine steinerne Mahnung, dass es das verwaltungstechnisch verschnürte Deutschland nicht geschafft habe, die Einheit zu vollenden. Dem deutschen Haus fehle bis auf weiteres ein gemeinsames Dach. Die DDR habe hingegen ein Zentrum geschaffen, doch nicht allein deshalb, weil der Staat zentralistisch gewesen sei. „Die eigentliche Errungenschaft lag vielmehr darin, nicht auf dem Repräsentationsbedürfnis der Herrschenden, sondern auf der Gemeinsamkeit aller Bürger aufzubauen. Eben diesen Geist – der letztlich zur Basis der 89er Revolution wurde – spiegelt das mediokre Erscheinungsbild des Palasts der Republik.“<sup>1383</sup> Gleiches habe der Westen nicht erreicht. Denn hier war das Individuum der höchste Wert und jeder sich selbst sein Zentrum. „Das Thema Mitte blieb jahrzehntelang unbearbeitet. Dadurch wurde versäumt zu reflektieren, wie sich Mitte durchaus demokratisch und pluralistisch gestalten lässt. Das Ideal war nicht die Metropole, in der alles zusammenkommt, sondern der Schrebergarten, besetzt bestenfalls mit einem Einfamilienhaus. Knöterich, der sich auf Trümmergrundstücken

---

<sup>1377</sup> Vgl. ebd.

<sup>1378</sup> Vgl. Betr.: ICC feiert 20jähriges Bestehen. In: *taz*, 30.03.1999, s. S. 20.

<sup>1379</sup> Ebd.

<sup>1380</sup> Vgl. Hoffmann, Hans Wolfgang: Unverhohlen repräsentativ. Als der Umzug beschlossen wurde, rechnete niemand damit, dass sich das Erscheinungsbild des Staates derart wandeln würde. Was die Bundesbauten in Berlin über den Staat sagen, dessen Hauptstadt es ist. Teil III der Serie „Berlin revisited“. In: *taz*, 03.04.1999, s. S. 39.

<sup>1381</sup> Ebd.

<sup>1382</sup> Vgl. Hoffmann, Hans Wolfgang: Vom Rand zur Mitte. Zehn Jahre nach 1989 tut sich Deutschland schwer mit der neuen Mitte. Von den Kapriolen städtischer Seelengeographie. „Berlin revisited“, Teil IV. In: *taz*, 08.05.1999, s. S. 32-33.

<sup>1383</sup> Ebd.

ausgesamt hatte, galt als unantastbar.“<sup>1384</sup> Diese Ausgangslage sei die eigentliche Ursache für die anhaltende Diskussion über die Mitte, die durch die Schlossattrappe an Abstraktion verlor habe. Als Baugestalt sei das Ganze nach wie vor ein Luftschloss. Doch gerade weil es eine Hilfskonstruktion war und sich auf das bezog, was vor der DDR gewesen war, erlaubte es auch „zentrumsentwöhnten Westlern“, sich zur Mitte zu bekennen. Unabhängig von der Frage, wie ein Bau auf dem Schlossplatz aussehen werde, habe die Debatte bisher schon eines erreicht: „Sie hat gezeigt, dass eine Mitte notwendig ist. Und sie hat ihr den Ort zugewiesen: die Spreeinsel, genauer: den Schlossplatz. Ebenso festgezurr hat sie die Zielgruppe: Der Ort soll den Bürgern der Stadt und des Landes dienen.“<sup>1385</sup> Der Grundstein sei in den Köpfen gelegt; und das sei letztlich mehr, als angesichts der Ausgangslage zu erwarten gewesen war, meint die *taz*.

Über eine Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses Bonn/Berlin am 9. Juli 1999 berichtet das *ND*.<sup>1386</sup> Eine zweijährige Sendepause sei damit beendet worden und herausgekommen sei laut Diepgen ein „Gipfel der Harmonie“. Das sei möglich gewesen, weil man alle Probleme ausgeklammert habe, meint das *ND*. Unklar sei beispielsweise nach wie vor, was mit dem Schlossplatz und dem Palast werde. Nur für Diepgen sei das kaum noch eine Frage. „Nutzen möchte er den Schlossverschnitt weiterhin als Bundesgästehaus mit Konferenzzentrum, Bibliothek und Ausstellungsfläche, obwohl alle Finanzierungsmodelle dafür bisher auf Sand gebaut waren“.<sup>1387</sup>

Die angekündigte Begrünung des Schlossplatzes, um der von Kanzler Schröder beklagten Tristesse entgegenzuwirken, wird von dem *ND* positiv kommentiert.<sup>1388</sup> Der Rasenteppich umschließe die freigelegten Schlossfundamente und ein Spalier von 18 Hainbuchen markiere die Schlossfassade an der Lustgartenseite. Strieder habe im Zusammenhang mit den Maßnahmen von einem „Geschichtsfenster“ gesprochen und betont, dass man damit nicht auf den Wiederaufbau des Schlosses schließen dürfe.<sup>1389</sup> Nun könne man nachdenken, was man an dieser Stelle brauche. Der „provisorische Vorgarten“ für den Kanzler könne also eine längerfristige Lösung sein, vermutet das *ND*. „In Kombination mit dem Rasenschloss macht der Palast jedenfalls keine schlechte Figur“.<sup>1390</sup> Die *ZEIT* kommentiert den Rollrasen in einer Glosse, in der sie „erst mal Gras“ über die Debatte wachsen sieht.<sup>1391</sup>

Erst im Juli meldet sich erneut Bartetzko in der *FAZ* zu Wort<sup>1392</sup> und geißelt, wie bereits in seinem Beitrag vom August 1998, die Lust an der Rekonstruktion, während echte historische Bausubstanz verkümmere. Bartetzko erkennt einen Wettstreit zwischen originalen und rekonstruierten Denkmalen, wobei letztere die besseren Karten hätten. Er illustriert das u.a. an dem Kommandantenhaus Unter den Linden. Das Gebäude sei heute kaum jemandem bekannt; vor 1945 sei es als Imitat des Palazzo Strozzi im Umfeld seiner Nachbarbauten wenig beachtet worden. Seine Reste wurden von der DDR gesprengt. Doch nun, so Bartetzko, der Bausenator Klemann zitiert, solle das Bauwerk ein wichtiger Mosaikstein für die Rückgewinnung der historischen Gestalt der Mitte werden. Doch eigentlich sei das Vorhaben, das Kommandantenhaus zu rekonstruieren, nichts anderes, als „ein Imitat des Imitats zu

---

<sup>1384</sup> Ebd.

<sup>1385</sup> Ebd.

<sup>1386</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Schlossplatz als Kulisse fürs Kanzleramt aufpoliert. Ausschuss Bonn/Berlin beendet Sendepause. In: *ND*, 09.07.1999, s. S. 17.

<sup>1387</sup> Ebd.

<sup>1388</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Kombi-Vorgarten für den Kanzler. Palast macht gute Figur in grüner Umgebung. In: *ND*, 14.08.1999, s. S. 09.

<sup>1389</sup> Vgl. ebd.

<sup>1390</sup> Ebd.

<sup>1391</sup> Vgl. Kanzlers Aussicht. In: *DIE ZEIT* Nr. 33, 12.08.1999, s. S. 36.

<sup>1392</sup> Bartetzko, Dieter: Herrschaft der Kopien. Berlins historische Mitte: Die Rekonstruktionslust blüht, die Substanz verkümmert. In: *FAZ* Nr. 172, 28.07.1999, s. S. 43.

erstellen.“<sup>1393</sup> Dieser „tollkühne Griff nach den Sternen der Vergangenheit“<sup>1394</sup> sei symptomatisch für eine „[...] diffuse und anschwellende Sehnsucht nach Erinnerung.“<sup>1395</sup> Da sei es dann auch nicht wichtig, dass es von dem Kommandantenhaus keine originalen Baupläne gebe und auch kein einziges Bild von seiner Innengestaltung. Einzig die Fassade werde man mit Hilfe der Fotogrammetrie erstellen können. Bartetzko bezweifelt nicht, dass sich ein Bauherr für die Pläne finden werde. Wie bereits in seinem Beitrag vom August 1998 macht Bartetzko in seinem Artikel einen virtuellen Sparziengang durch die Mitte und besucht all jene Gebäude, die tatsächlich alt sind, aber keine oder kaum Beachtung finden. Er spricht von der Parochial- und der Franziskanerkirche, vom Neuen Museum und der Alten Nationalgalerie. Hier könne der Kanzler Schönes sehen, wie er bekundet habe, vermerkt Bartetzko und greift Schröders Aussage über das „schöne Schloss“ wieder auf. Doch vergeblich, der nostalgische Zeitgeist wehe wo er wolle. Daher prallten alle Einwände, dass das einzigartige Ensemble der Museumsinsel als Original sei, was ein Fassadenfaksimile der Schlosstrakte Schlüters und Eosanders niemals werden könne, an den „[...] imaginären Mauern des Zollernschen Luftschlosses ab wie an Beton.“<sup>1396</sup> Dieser Zeitgeist wolle auch eine Mitte, „koste es was es wolle“, die den „Wunschglanz erahnter Geschichte“ verstrahle, der ja viel leuchtender sei, als der einer realen Vergangenheit. Diese Mitte beschränke sich auf das Stadtschloss, die Lindenachse, den Pariser Platz. Was einige Meter weiter davon entfernt sei, interessiere nicht und ver falle, klagt die *FAZ*.

Für den Erhalt des Palastes der Republik habe es vor dem Amtssitz von Bundeskanzler Schröder (SPD) eine Demonstration gegeben, meldet die *taz*.<sup>1397</sup> Rund 50 Abrissgegner seien zusammen gekommen und hätten vor dem ehemaligen Staatsratsgebäude ein elf Meter langes Transparent mit der Aufschrift „Dem Palast eine Perspektive“ entrollt. „In einem offenen Brief forderten die Demonstranten Schröder zudem auf, das Gebäude in die künftige Nutzung und Gestaltung der Spreeinsel einzubeziehen.“<sup>1398</sup>

Für die *FAZ*<sup>1399</sup> ist die Demo Anlass für einen erneuten Abgesang auf das Gebäude. Ein Spruchband einer „Hand voll Pensionäre“ habe gelautet, man müsse dem Palast eine Perspektive einräumen. Für Mark Siemons ein Beweis dafür, dass der Palast praktisch nicht mehr wahrgenommen wird. Tatsächlich verschwinde der Palast „ganz im materiellen Sinne“ durch die Asbestsanierung, und das sei ein ontologisch prekärer Zustand: „Der Palast ist – und ist zugleich nicht.“<sup>1400</sup> Und ein bisschen triumphierend heißt es: „Ein monumentales Gebäude im innersten Zentrum Berlins sowie der politischen Macht zersetzt sich vor aller Augen, das schlechthin Sichtbarstes wird unsichtbar.“<sup>1401</sup> Gleichwohl gehe von dem Gebäude eine „magische Kraft“ aus, die sich nur mit der „geballtesten Verfahrensrationalität“ unschädlich machen lasse. Letztlich gehe es um die „Bannung von Dämonen“ einer „großtuerischen Kleinbürgerlichkeit“. Auch hier also wieder der furchtbarste Verdacht der Debatte: die Kleinbürgerlichkeit. Der Palast repräsentiere einen Inbegriff der DDR, wie er nicht nur dem „ästhetisch empfindsamen Westdeutschen Schauer des Entsetzens den Rücken hinunterjage.“<sup>1402</sup> Die Lampen, die Teppiche, der dort beliebte Wein, die Mokka-Bar und auch Schilder, wie etwa „Sie werden eingewiesen“, seien eben furchtbar kleinbürgerlich gewesen, lautet das vernichtende Votum von Siemons. Daher müsse der Palast – hier wird die

---

<sup>1393</sup> Ebd.

<sup>1394</sup> Ebd.

<sup>1395</sup> Ebd.

<sup>1396</sup> Ebd.

<sup>1397</sup> Vgl. Demo gegen Abriss des Palastes. In: *taz*, 31.08.1999, s. S. 20.

<sup>1398</sup> Ebd.

<sup>1399</sup> Vgl. Siemons, Mark: Fantomas lebt. Was ist, ist nicht oder Was steckt eigentlich im Grundstein des Palastes der Republik? In: *FAZ* Nr. 201, 31.08.1999, s. S. 49.

<sup>1400</sup> Ebd.

<sup>1401</sup> Ebd.

<sup>1402</sup> Ebd.

Forderung der Schlossbefürworter zitiert – verschwinden. Dagegen stemmten sich die „Freunde der DDR“, die die Palastfrage behandelten, wie die „Verteidigung eines Heiligen Grals.“<sup>1403</sup> Bemerkenswert sei in diesem Zusammenhang eine Anfrage der PDS von 1997 gewesen, die von der Öffentlichkeit praktisch nicht wahrgenommen wurde. Wo sich der Grundstein befinde, was sein Inhalt sei und ob dieser durch die Asbestsanierung in Mitleidenschaft gezogen werde, lautete die Anfrage. Der Staatssekretär für Stadtentwicklung, Stimmann, wusste von der Schatulle nichts und antwortete, der Ausbau des Grundsteins stelle „keine vorrangige Zielstellung“ dar. Dabei habe das *ND* den Tag der Grundsteinlegung am 2. November 1973 gut dokumentiert, bemerkt Siemons, und auch den Inhalt der im Grundstein versenkten Schatulle. U. a. habe man dort Tageszeitungen vom 22. Mai 1973 versenkt, in denen über das damalige Wohnungsbauprogramm der DDR berichtet worden war. Das Programm und eine neue Konsumorientierung, erklärt Siemons, seien bezeichnend für die Honecker-Ära gewesen – und „der Palast war deren Monument.“ Nach dieser längeren Passage über die Anfänge des Palasts schwenkt Siemons wieder in die Gegenwart. Der Prozess des Verschwindens des Palasts offenbare ein spätes Geheimnis der DDR: „In deren Streben nach ein bisschen Luxus und *Welt*niveau offenbarte sich die Sehnsucht, ein bisschen so zu werden wie der Westen.“<sup>1404</sup> Darüber hinaus zeige der langsame Rückbau auch eine Wahrheit über die BRD, nämlich „ihre Kunst der Neutralisierung“. Deshalb, so Siemons, sei der allmählich verschwindende Palast ein gesamtdeutsches Denkmal.

Auf ihrer Berlin-Seite berichtet die *SZ* über die Aktion des Schwedischen Bauunternehmens Skanska, die mit einem Stadtschloss-Modell für sich geworben hatte.<sup>1405</sup> Während sich v. Boddien über die „kostenlose PR“ gefreut habe und meinte, das Interesse des Konzerns beweise, dass das Projekt finanzierbar sei, habe Skanska selbst zurückhaltend reagiert und erklärt, man wolle mit Details nicht die emotionale Debatte weiter anheizen.

Am 29. September 1999 wurde bekannt, dass der Bertelsmann Konzern das Grundstück Unter den Linden 1 erworben und sich damit gleichzeitig verpflichtet hatte, die Fassade der Kommandantur zu rekonstruieren. Die *FAZ* veröffentlichte dazu eine Glosse<sup>1406</sup>, in der über den „Parademarsch ins wilhelminische Berlin“ gespottet wird. 1873 habe man der „Barockklitsche“ am Anfang der Linen eine „Paradeuniform“ verpasst, um der Gründung des Zweiten Reichs gerecht zu werden. Diesen Bau in Form eines ausgedünnten Palazzo Pitti und eines „aufgedonnerten Schinkel“ wolle man nun bis 2002 wieder erstehen lassen.<sup>1407</sup> Doch selbst an dieses imitierte Original reiche der Neubau nicht heran, denn weder meißele man die üppigen Dekorationen nach, noch halte man sich an die ursprünglichen Deckenhöhen. Aus der Kommandantur werde der Bertelsmann-Vorstand auf eine verwaiste Mitte blicken, mit einem abgeräumten Denkmalssockel von Wilhelm I. Bei dem „rekonstruktiven Ruck“, der durch Berlins Mitte gehe, dürfe das so nicht bleiben, spöttelt der Verfasser. Denn „[...] was dem Kanzler, der statt des maroden Palast der Republik gerne ein funkelnelneues Stadtschloss sehen würde, recht ist, dürfte den Konzernherren billig sein.“<sup>1408</sup> Die Wiedererrichtung des Denkmals sei doch eine „schöne Etappe auf dem Parademarsch ins wilhelminische Berlin“, und danach käme die Residenz selber. Da fehle es doch nur, dass der „DDR-Platten-Klassizismus“ des Grandhotels abgerissen werde<sup>1409</sup>, um die „zackige Kaiserpassage“ von 1896 wieder aufzubauen.

---

<sup>1403</sup> Ebd.

<sup>1404</sup> Ebd.

<sup>1405</sup> Vgl. Werbung auf schwedisch. Ein skandinavischer Konzern will das Stadtschloss bauen. In: *SZ*, 01.09.1999, S. 11.

<sup>1406</sup> Vgl. Tadellos! In: *FAZ* Nr. 227, 30.09.1999, S. 49.

<sup>1407</sup> Der Bau ist inzwischen fertig und bezogen, Anm. d. Verf.

<sup>1408</sup> *FAZ* Nr. 227, 30.09.1999, S. 49.

<sup>1409</sup> Inzwischen wurde das Grandhotel tatsächlich abgerissen. An seiner Stelle baute man das DomQuarree, die tatsächlich auch mit einer Passage versehen ist. Der Bau ist eine moderne Glas-Stahl-Naturstein-Konstruktion, Anm. d. Verf.

Wenig erbaut äußert sich auch die ZEIT über das Projekt von Bertelsmann.<sup>1410</sup> Auch Berlin sei ja nur Gütersloh, spottet die ZEIT. Denn selbst ein Weltkonzern wie Bertelsmann nähme hier mit dem längst Verblichenen vorlieb. 40 Millionen Mark wolle man für die „schwerleibige Residenz“ ausgeben. „Man kennt sie ja zur Genüge, diese Wiedergänger – die Berliner Republik hat ein Faible für Architektur-Zombies. Dass jetzt aber für großes Geld selbst drittklassiger Fassadenabklatsch des 19. Jahrhunderts zurückkehrt, ist dann irgendwie doch verblüffend. Wohl typisch Gütersloh.“<sup>1411</sup>

Zur zehnten Wiederkehr des 40. Jahrestags der DDR, der am 7. Oktober 1989 gefeiert wurde, veröffentlichte die *taz* einen Artikel über die Festveranstaltung im Palast der Republik.<sup>1412</sup> Im Mittelpunkt des Beitrags steht die Erinnerung des Musikers Andrej Hermlin-Leder. Demonstrationen, knüppelnde Polizisten, ein brüllender Stasi-Chef Mielke im Smoking auf der Treppe des Palastes – die Auflösungserscheinungen der DDR und der totalitäre Charakter des Staates im Schatten des Palastes werden plastisch geschildert.

Am gleichen Tag veröffentlicht das *ND* ein Interview mit Simone Hain, die als Vize-Vorsitzende des Landesdenkmalrates und als Kandidatin der Partei „Demokratische Linke“ den Abriss des Palastes verhindern möchte.<sup>1413</sup> Nach der Vergabepraxis des Grundstücks Unter den Linden 1 (Kommandantur) und der wettbewerbslosen Neugestaltung des Lustgartens nach alten Vorlagen drohe eine „Palastentsorgung im Handstreich“, befürchtet Hain. Zusammen mit der SPD und „rechts-traditionalistischen Kräften“ sehe man, „wohin die Reise“ gehe. Die ästhetische Debatte sei nur vorgeschoben. „In Wirklichkeit geht es um eine Liegenschaft, um Bauland, um das Zurückerobern durch Immobilienverdichtung, also um Geld“.<sup>1414</sup> Die „extremistische“ Neue Mitte wolle die Mitte privatisieren. Diepgen werde sich nach den Wahlen dazu legitimiert sehen, das Schloss wieder aufzubauen, warnt Hain. Auf die Frage, warum der Palast erhaltenswert sei, antwortet sie, weil es das Hohe Haus der DDR gewesen sei mit der am Ende frei gewählten Volkskammer; weil er kunstgeschichtlich als eine einzigartige Kombination von Kulturpalast und Parlament gelte und weil er drittens mit dem Großen Saal eine technische Einrichtung habe, die Weltweit seinesgleichen suche.<sup>1415</sup>

Um den Abriss des Palastes zu verhindern, seien die Pro-Palast Vereine nicht ausreichend. Alle oppositionellen Kräfte müssten mobilisiert werden, „[...] von den Hausbesetzern bis zur Friedenskoordination.“<sup>1416</sup>

Im November meldete die *taz* den kompletten Seitenwechsel Jakubeits.<sup>1417</sup> Hatte sie sich früher noch kritisch zum Schloss geäußert, sagte sie nun, der Palast stünde an falscher Stelle und: „Berlin, diese geschundene Stadt mit so wenig übrig gebliebener historischer Substanz, sollte den Wiederaufbau wagen.“<sup>1418</sup>

Im November veröffentlicht die *FAZ* auf ihren „Berliner Seiten“ eine Reportage<sup>1419</sup> über den Besuch bei dem „Arbeitskreis Perspektive Schlossplatz“, der „an jedem dritten Mittwoch im Monat“ im Marstall, Raum Nr. 334 tage. 12 Menschen seien hier anzutreffen, zumeist männlich, im Rentenalter, glühende Palastbefürworter, wie es in dem Bericht heißt. Sie kämpften für den Palast, weil sie damals jung waren, dort tanzten, sich gerne erinnerten,

---

<sup>1410</sup> Vgl. Typisch Gütersloh. In: DIE ZEIT Nr. 41, 07.10.1999, s. S. 42.

<sup>1411</sup> Ebd.

<sup>1412</sup> Vgl. Haarhoff, Heike: Swing für alle Gelegenheiten. Vor zehn Jahren: Die DDR feiert ihren 40. Geburtstag. Im Palast der Republik spielt ein Musiker für Honecker und Genossen. Draußen demonstriert das Volk. Heute swingt Andrej Hermlin für PDS und McDonald's. In: *taz*, 08.10.1999, s. S. 07.

<sup>1413</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Palastentsorgung im Handstreich? *ND*-Gespräch mit Simone Hain, Vize-Vorsitzende des Landesdenkmalrates. In: *ND*, 08.10.1999, s. S. 19.

<sup>1414</sup> Ebd.

<sup>1415</sup> Vgl. ebd.

<sup>1416</sup> Ebd.

<sup>1417</sup> Vgl. Jakubeit für Wiederaufbau des Schlosses. In: *taz*, 08.11.1999, s. S. 20.

<sup>1418</sup> Ebd.

<sup>1419</sup> Wermelskirchen, Axel: Blamage des Vakuums. Ein kleiner Arbeitskreis zum großen Schlossplatz. In: *FAZ* Nr. 270, 19.11.1999, s. S. BS 3. [BS steht für „Berliner Seiten“].

vermutet Wermelskirchen. Der Abriss des Baus quäle daher das „Ostherz“. Zu der Sitzung stoße noch Katrin Lopscher, wissenschaftliche Mitarbeiterin der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Sie koordiniere die Runde und berichte über den Stand der Dinge. Demnach gebe es noch immer kein konkretes Nutzungskonzept, niemand wolle entscheiden. Während die große Politik schweige, arbeite die Basis unvermindert weiter. So hätten die Pensionäre eine sinnvolle Beschäftigung, sie beackerten das „nationale Terrain so selbstverständlich, als handele es sich um den Kinderspielplatz in einer Kleinstadt.“<sup>1420</sup> Sogar eine Dokumentation habe man zusammengestellt, in der auch die Vorschläge von Wilhelm von Boddien zu lesen seien, der vor einer „Blamage des Vakuums“ gewarnt habe. Nach der Sitzung des Arbeitskreises bemerke man Angesichts des schwarz in den Himmel ragenden Palasts Resignation. Doch in einem seien sich alle einig: Wenn schon der Palast nicht zu retten sei, dann sollte das Schloss wieder zurück, anstatt etwas Modernes.

Die *Welt* ging im November der Frage nach, ob der Schlossplatz „nur eine Figur im Stadtgrundriss“ sei.<sup>1421</sup> Hintergrund war der Beschluss der Berliner Koalition, das „historische Erscheinungsbild“ des Platzes wieder herzustellen. Ohne Schloss sei das nur eine Fiktion, meint die *Welt*, nur die Kubatur nachzubauen sei daher nicht ausreichend. Diese Art von Kompromiss sei bereits auf dem Pariser Platz sichtbar: „Entstanden ist ein Bastard, ein schwacher Abklatsch der Vorkriegsgestalt. Die Noblesse, die Strenge, die Feingliedrigkeit der nur in ihrer Kubatur nachgeformten Gebäude ist dahin.“<sup>1422</sup> Das „Experiment“ Pariser Platz müsse daher eine Lehre sein, um „faule Kompromisse“ zu verhindern. Ein aus Kompromissen entstandenes Schloss sei das Geld nicht wert, das ein solcher Bau verschlingen werde, gibt die *Welt* zu bedenken.

Im Dezember lobt die ZEIT in einem kurzen Artikel den Palast.<sup>1423</sup> Er sei gar nicht so plump, wie viele glaubten und erinnere in seiner Gliederung sogar ein bisschen an das Schloss. „Bei keinem anderen DDR-Gebäude ist es überzeugender gelungen, das Erbe der klassischen Moderne zu einer so eigenständigen Form fortzuentwickeln.“<sup>1424</sup>

Der Antritt des neuen Generaldirektors der Berliner Museen, Peter-Klaus Schuster, der über einen Umzug auf die Museumsinsel laut nachdachte und damit den Streit um die Zukunft der Berliner Museumslandschaft neu entfachte, streifte auch die Schlossplatzdebatte. Die *FAZ* berichtet<sup>1425</sup> umfassend über die „neu eröffnete Diskussion“. Die Frage lautete, wohin die diversen, zum Teil getrennten Sammlungen untergebracht und bestmöglich präsentiert werden könnten. In dieser Frage spielte auch das Schloss, bzw. der Schlossplatz eine Rolle. Denn für das Kunstgewerbe wurde 1870 der Gropiusbau errichtet, doch nach dem Ersten Weltkrieg zog die Sammlung in das von dem abgedankten Kaiser geräumte Stadtschloss. Nun müsse man die Frage stellen, was aus dem Schlossplatz werde. Beaucamp beantwortet die Frage auch gleich: „Wäre für ihn nicht die Gemäldegalerie die edelste Bestimmung? Wären hier nicht die barocken Jahrhunderte ideal in Szene zu setzen – zusammen mit den monumentalen Beständen des Kunstgewerbemuseums, mit seinen Tapisserien, den Großmöbeln, dem Lüneburger Ratssilber oder dem Silberbuffet des großen Kurfürsten?“<sup>1426</sup> Beaucamp macht auch gleich Vorschläge, wie der Neubau auf dem Schlossplatz aussehen könnte. Er könnte Fassadenteile und Spolien aller Art des Schlosses in sich aufnehmen, darunter auch den

---

<sup>1420</sup> Ebd.

<sup>1421</sup> Vgl. Guratzsch, Dankwart: Schlossplatz – nur eine Figur im Stadtgrundriss? Bei einer künftigen Bebauung sollten die Fehler vom Pariser Platz vermieden werden. In: *Die Welt*, 24.11.1999, s. S. 22.

<sup>1422</sup> Ebd.

<sup>1423</sup> Vgl. Rauterberg, Hanno: Palast der Republik, Berlin. In: *DIE ZEIT* Nr. 50, 09.12.1999, s. S. 07.

<sup>1424</sup> Ebd.

<sup>1425</sup> Vgl. Beaucamp, Eduard: Rückkehr in die Mitte. Nun darf die Hauptstadt-Phantasie rotieren: Die Auferstehung der Museumsinsel als Schauplatz einer universalen Bildungsidee. In: *FAZ* Nr. 295, 18.12.1999, s. S. 41.

<sup>1426</sup> Ebd.

Schlüterhof, eventuell auch „Erinnerungselemente“ des Palasts. So hätte Berlin wieder eine Museumsinsel von unvergleichlichem Gewicht.

Am Ende des Jahres berichtet die *FAZ* in einer Meldung<sup>1427</sup> über die Einberufung einer Kommission für das Schloss. Demnach habe das Bundeskabinett den neuen Bundesbauminister Reinhard Klimmt (SPD) beauftragt, gemeinsam mit dem Berliner Senat eine internationale Expertengruppe zusammenzustellen. Die Aufgabe der Gruppe bestünde darin zu klären, welcher Bau auf dem Schlossplatz „finanzierbar und möglich“ sei. Maßstab solle das gemeinsame Konzept von 1996 sein, bei dem der Investor sich an der Kubatur des Schlosses zu orientieren hätte. Neben der bisher immer genannten Nutzung solle nun auch ein Gästehaus für Staatsgäste dort unterkommen. Sowohl die Berliner Koalition, als auch Kanzler Schröder hätten sich für einen Wiederaufbau des Schlosses ausgesprochen, meldet die *FAZ*.

Für die *taz* ist die Neuigkeit ein Hinweis dafür, dass sich die Regierung vor einer Entscheidung drücke. „Mit dieser Entscheidung umgeht Klimmt das Problem, dass sämtliche Bemühungen, einen Investor für die Bebauung des Schlossplatzes zu finden, bislang ohne Ergebnis geblieben sind. Erst in diesem Jahr hatte der Berliner Senat nach einem so genannten Investorenbekundungsverfahren einräumen müssen, dass keine der in Frage kommenden Investorengruppen in der Lage seien, ein Gebäude ohne öffentliche Zuschüsse in Millionenhöhe zu errichten.“<sup>1428</sup>

Einen neuen Wettbewerb zum Wiederaufbau des Schlosses halte auch die Berliner CDU für unnötig, weiß die *Welt* in einer Meldung zu berichten.<sup>1429</sup> Wer zuerst die Nutzung klären wolle, der rede sich „technokratisch raus“, habe der CDU-Fraktionsvorsitzende Lehmann-Brauns gemeint.

Überall in Berlin sei es zugeing, meint die *SZ* zum Jahresende.<sup>1430</sup> Besonders aber auf dem Schlossplatz in Mitte. Die Debatte über einen Neubau sei bisher Ergebnislos geblieben – es habe sich kein Investor gefunden, der den Bau ohne öffentliche Gelder finanzieren wolle. Daher sei nun eine Expertenkommission eingesetzt worden. „Doch, halten zu Gnaden, was soll dabei herauskommen? Das alte Schloss war ein über Jahrhunderte architektonisch gewachsene Gebilde mit eindeutig feudal-funktionaler Repräsentanz. Das, was nun seit zehn Jahren diskutiert wird, ist nichts als ein x-beliebiges Raum- und Funktionskonglomerat in pseudobarockem Gewand, dem beides fehlt: Notwendigkeit und Aura. Solange kein Geistesblitz zu Sinn und Zweck eines Gebäudes an diesem hochsymbolischen Ort den Bauplatz erhellt, sondern nur Fassadensentimentalität und horror vacui herrschen, möge er weiterhin dienen als windgepeitschte Leerfläche Berliner Ratlosigkeit.“<sup>1431</sup>

Was Ende 1998 im Rausch des Machtwechsels keine Beachtung fand, schlug Anfang 1999 wie eine Bombe ein: Das wiederholte Votum Schröders für das Schloss wurde von den Palastfreunden scharf kritisiert und von den Schlossfreunden, allen voran der Berliner CDU, triumphierend ausgekostet. Der Wunsch des Bundeskanzlers solle realisiert werden, forderte die CDU. Als Gegengewicht zu seinem Parteigenossen profilierte sich Strieder, der darauf beharrte, die Frage nach der Bebauung nicht zu überstürzen. Bemerkenswert ist, dass weder von der schlosskritischen Presse, noch von einzelnen Akteuren die „befriedende“ Stoßrichtung der Aussage Schröders bemerkt wurde. Man arbeitete sich an der ästhetischen Stoßrichtung („weil es schön ist“) ab, ohne die herrschaftliche („befriedend für das Volk“) zu bemerken. Warum dieser bedeutende qualitative Unterschied von niemanden zur Sprache gebracht und problematisiert wurde, bleibt ein Rätsel, zumal immer wieder betont wurde – etwa von Conradi und Flierl – dass Architektur auch eine Botschaft habe.

---

<sup>1427</sup> Vgl. Neue Kommission für das Stadtschloss. In: *FAZ* Nr. 299, 23.12.1999, s. S. BS 6.

<sup>1428</sup> Ebd.

<sup>1429</sup> Vgl. Experten sollen über Nutzung des Schlossplatzes beraten. In: *Die Welt*, 23.12.1999, s. S. 17.

<sup>1430</sup> Vgl. In dürren Blättern säuselt der Wind. In: *SZ*, 24.12.1999, s. S. 17.

<sup>1431</sup> Ebd.

Von den sonstigen verbalen Gefechten über die Nutzung merkwürdig unberührt wurde die Rekonstruktion der Mitte übergangslos auch von der neuen Bundesregierung forciert. Das Grundstück Unter den Linden 1 wurde mit der Auflage, die Kommandantur in ihrer letzten Form zu rekonstruieren, an ein Medienunternehmen verkauft und das Nutzungskonzept von 1996 behielt seine Gültigkeit. ZEIT, taz und FAZ meldeten angesichts dieser geschichtsklitternden Tendenz in seltener Übereinstimmung Bedenken an.

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 10. Oktober 1999 konnte die CDU, ebenso wie die PDS, Stimmen hinzugewinnen, SPD und Grüne verloren; die große Koalition wurde fortgesetzt und Diepgen wurde erneut Regierender Bürgermeister. Der missglückte Start der neuen Bundesregierung hatte bei Landtagswahlen im Verlauf des Jahres 1999 zu schlechten Ergebnissen für die SPD geführt. Dieser Trend hatte sich auch in Berlin durchgesetzt.

### 3.11. 2000: Eine Expertenkommission schaltet sich in die Debatte ein

Frei von nahenden Wahlen auf Landes- oder Bundesebene konnten sich die Akteure 2000 mit weniger wahltaktischem Kalkül in der Debatte positionieren. Die „Normalisierung“ der Politik auf der Bundesebene wurde von vielen Seiten kritisiert, allen voran von der SZ. Auf ihrer Berlin-Seite polemisierten die Süddeutschen gegen Berlin und fürchteten um den Föderalismus.<sup>1432</sup> Anlass war die Ankündigung des „Zentralministers“ Naumann, die Berliner Museumsinsel habe eine „identitätsstiftende Legitimitätsfunktion“ für Deutschland. In dieses „deutsch-dröhnende Zentralregister“ hätten nicht wenige miteingestimmt, klagt die SZ. „In Berlin liegt die große Zukunft eben in der großgedachten Vergangenheit – darum will der Kanzler das überflüssige Stadtschloss auch wieder aufbauen.“<sup>1433</sup> Statt von der Regionalisierung und der Bundesrepublik rede nun niemand mehr, statt dessen nur noch von Deutschland – und auch den Föderalismus werde man noch knacken, mit der Kultur beginne es, warnt die SZ.<sup>1434</sup>

Der Schlossplatz dürfe nach Ansicht der Bundesarchitektenkammer nicht von privaten Investoren vermarktet werden, meldet die taz.<sup>1435</sup> Über die Nutzung und Gestaltung des Platzes dürften nicht Investoren und deren wirtschaftliche Interessen entscheiden. Zunächst müsse ein überzeugendes Nutzungskonzept beschlossen werden. Vorsitzender der Kammer war Peter Conradi, ein erklärter Gegner des Schlossneubaus.

Eine Veröffentlichung des Bundeskanzleramts in einem „Magazin für Bundesbeamte“ nimmt die FAZ zum Anlass für eine spöttische Glosse<sup>1436</sup> über das Berliner „Luftschloss“, das mühelos die Millenniumsschranke überwunden habe. Bekenntnisse, die man in dem Magazin lesen könne, wie etwa über die Sehnsucht nach einem historischen Identifikationspunkt, die eine kollektive Anstrengung von ungewöhnlichem Ausmaß erlaubten, entstammten einem „[...] kollektiven Stoff, aus dem die Träume sind.“<sup>1437</sup> Vergleiche mit der Rekonstruktion der Athener Akropolis, also der Hinweis auf nutz- und zweckfreie Schönheit, haften ein „wenig Wolkenkuckucksheim“ an. Wie etwa den guten Vorsätzen zum Neuen Jahr. Doch nach wenigen Tagen kehre der Alltagstrott zurück; für die Schlossplanung bedeutet das die ungeklärte Frage der Finanzierung. Ohnehin werde noch im Januar der vom Bonn-Berliner Ausschuss initiierte Schlossplatz-Kommission zusammentreten und die „Wirklichkeit ins Auge fassen.“<sup>1438</sup>

---

<sup>1432</sup> Vgl. Augstein, Jakob: Disney-Insel. In: SZ, 10.01.2000, s. S. 11.

<sup>1433</sup> Ebd.

<sup>1434</sup> Vgl. ebd.

<sup>1435</sup> Vgl. Schlossplatz nicht für private Zwecke. In: taz, 14.01.2000, s. S. 23.

<sup>1436</sup> Vgl. Bonjour Tristesse. In: FAZ Nr. 10.01.2000, Nr. 7, s. S. 41.

<sup>1437</sup> Ebd.

<sup>1438</sup> Ebd.

Erneut meldet Strieder, er sei gegen einen Rückzug des Staates auf dem Schlossplatz. Vielmehr müssten Stadt und Staat bereit sein, erhebliche Investitionen selbst zu tätigen. Wer eine öffentliche Nutzung wolle, könne sich nicht auf private Finanzierungen verlassen, schreibt die *taz*.<sup>1439</sup>

Am 19. Januar 2000 tritt der Kabinettsausschuss Neue Länder der Bundesregierung und des Berliner Senats zusammen. Auf der Tagesordnung stehe die Debatte über die Zukunft des Schlossplatzes, weiß die *FAZ*.<sup>1440</sup> Unzweifelhaft parteiisch stellt der Verfasser fest, das Lager derjenigen, die eine Rekonstruktion des Stadtschlusses befürworteten, habe sich „erfreulich gefüllt.“ Sollte einer Rekonstruktion tatsächlich Grünes Licht gegeben werden, müsste nicht alles aus Stein neu gehauen werden, beschwichtigt der Verfasser, denn es fänden sich an zahlreichen Stellen in der Stadt Überreste des Schlosses. So könne man etwa zwei Kapitelle vor der Ruine der Klosterkirche finden. Bartetzko hatte in der *FAZ* noch geschrieben, insgesamt seien die brauchbaren Trümmerreste als sehr bescheiden einzustufen. Tatsächlich wisse niemand genau, wohin die Trümmer verbracht wurden. Stadthistoriker vermuten sie in vielen Schuttbergen, etwa in Kaulsdorf, Friedrichshain oder bei Buch. Der Senat könnte daher in der anstehenden Sitzung den Startschuss für eine systematische Spurensuche geben, hofft der Verfasser.

Was ganz anderes wünschte sich die PDS, nämlich ein modernes Ensemble auf den Platz, weiß die *taz*.<sup>1441</sup> Dabei solle der asbestsanierte Rohbau des Palastes der Republik und das frühere Staatsratsgebäude integriert sowie durch zeitgenössische Bauten ergänzt werden, habe PDS-Landeschefin Petra Pau gesagt. Ziel sei zudem, durch öffentliche Nutzung des Areals eine „lebendige Mitte der Stadt“ zu schaffen.<sup>1442</sup>

Die *Welt* berichtet, die PDS habe gefordert, die vom Potsdamer Platz bekannte rote Info-Box dort aufzustellen, wo sich die nordwestliche Ecke des Stadtschlusses erhob.<sup>1443</sup> Das Problem Schlossplatz wäre damit „dokumentiert“, habe die PDS gemeint und auch die Lösung, die in der Errichtung eines Gebäudeensembles bestünde. Im Weiteren berichtet die *Welt* über den Verein „Gesellschaft Historisches Berlin“, der sich bereits auf eine Rekonstruktion des Schlosses festgelegt habe. Am 18. Januar 2000 habe der Verein ein neues Modell des Stadtschlusses präsentiert, aus dem ersichtlich werde, dass ein Wiederaufbau weder besonders teuer noch technisch unmöglich sei.<sup>1444</sup> Die Vereinsvorsitzende Annette Ahme habe erklärt, sie hoffe, dass die „Fassade der Schlossgegner bröckele“. In der gleichen Ausgabe veröffentlicht die *Welt* einen leidenschaftlichen Appell des Schriftstellers Günter de Bruyn, das Schloss wieder aufzubauen.<sup>1445</sup> Bruyn wiederholt die bekannten Argumente der Gegner und Befürworter und meint letztlich, die Stadt werde von der Spannung zwischen dem Alten und dem Neuen geprägt werden. Die Mitte sei das Alte, das mit dem Schloss komplettiert, harmonisiert werden müsse, das Neue finde man am Potsdamer Platz, am Alexanderplatz und im Spreebogen.<sup>1446</sup>

Es habe eine „wegweisende kulturpolitische Entscheidung“ in Form einer Absichtserklärung gegeben, berichtet anderntags die *FAZ*<sup>1447</sup> über die Sitzung am 19. Januar 2000. Der

---

<sup>1439</sup> Vgl. Baugruben rund um den Schlossplatz. Urbanisierung der Innenstadt. In: *taz*, 18.01.2000, s. S. 19.

<sup>1440</sup> Vgl. Zwei steinerne Gedächtnisstützen für die heutige Sitzung zum Wiederaufbau des Stadtschlusses. In: *FAZ* Nr. 15, 19.01.2000, s. S. BS 3.

<sup>1441</sup> Vgl. PDS für modernes städtebauliches Ensemble. In: *taz*, 19.01.2000, s. S. 20.

<sup>1442</sup> Vgl. ebd.

<sup>1443</sup> Vgl. PDS facht die Diskussion um den Schlossplatz neu an. SED-Nachfolger wollen dort Info-Box. Gestern wurde aber neues Schlossmodell vorgestellt. In: *Die Welt*, 19.01.2000, s. S. 19.

<sup>1444</sup> Vgl. ebd.

<sup>1445</sup> Vgl. Bruyn, Günter de: 13 Tonnen Dynamit gegen die Geschichte. Die historische Mitte Berlins verlangt nach dem Wiederaufbau des Stadtschlusses. In: *Die Welt*, 19.01.2000, s. S. 32.

<sup>1446</sup> Vgl. ebd.

<sup>1447</sup> Illies, Florian: Was weg ist, muss wiederkommen dürfen. Bund und Land machen Platz für das Stadtschloss. In: *FAZ* Nr. 16, 20.01.2000, s. S. BS 1.

Schlossplatz sei eine „Wunde in der Stadt“, die geheilt werden müsste, habe Diepgen im Beisein von Kanzler Schröder erklärt, und dieser habe dabei genickt. Die „lapidare Bemerkung“, des Kanzlers, er fände ein Schloss schöner, habe wahrscheinlich zu dem Stimmungsumschwung beigetragen, der nun „[...] eine Rekonstruktion des Stadtschlusses zu einer realen Möglichkeit gemacht“<sup>1448</sup> habe, vermutet Illies. In der Debatte habe die eine Seite immer moralisch, die andere immer ästhetisch argumentiert. Doch es gebe nun mal auch die „Menschenrechte des Auges“, von denen Jakob Burkhardt gesprochen habe, daher müsse es möglich sein, die Authentizität (und Moral) der Ästhetik unterzuordnen, argumentiert Illies. In dem „kunsthistorischen Standardwerk der Gegenwart“<sup>1449</sup>, das Dictionary of Art, heiße es, das Kopieren sei ein zentraler Bestandteil der Kunst- und Architekturgeschichte seit der Antike gewesen. Die Kopie sei sogar weniger autoritär wie das Authentische; in der Kopie zeige sich ein bewusstes Zurücknehmen, eine Demutsgebärde vor dem Original. Es sei daher falsch anzunehmen, die Schlossbefürworter wollten ein politisches Symbol oder flüchteten aus der Gegenwart. Vielmehr wollten sie „[...] Berlins Zentrum durch seinen alten Mittelpunkt wieder ästhetisch [zu] justieren.“<sup>1450</sup> Ein kompletter Nachbau müsse es nicht sein, gibt Illies zu, es könnte auch eine Rekonstruktion mit dem Einbau erhaltender Spolien sein oder eine zurückhaltende Nachempfindung. Wichtig sei nun, dass ein tragbares Nutzungskonzept von der einzusetzenden Kommission erarbeitet werde.

Im Politikteil greift die *FAZ*<sup>1451</sup> das Thema Stadtschloss zwei Tage nach der Sitzung von Bund und Land erneut auf, erweitert die Berichterstattung allerdings um weitere Streitfragen, wie etwa den Wunsch Berlins nach größeren Bundeszuschüssen. Für den Schlossplatz bedeute die einzusetzende „Arbeitsgruppe“, dass der Staat bei den künftig zu errichtenden Neubauten auf der Spreeinsel „nun doch intensiver als bisher erwartet“ mitgestalten wolle. Schröder habe sich allerdings zurückgehalten, indem er sagte, die Entscheidung über eine Rekonstruktion des Schlosses sei „Sache Berlins“. Diepgen hingegen bekräftigte den „Berliner Kompromiss“, wonach in dem Neubau „Historie und Moderne“ verbunden werden und dass historisch wichtige Teile des Palastes mitverwendet werden sollten.

Bei so viel Medienresonanz legte die FDP-Bundestagsfraktion noch in der gleichen Woche nach und erklärte am 21. Januar, nun müsse „eine rasche Entscheidung zum Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses“ getroffen werden, berichtet die *FAZ*<sup>1452</sup>. Der Vorsitzende der Berliner FDP, Rexrodt, habe eine Entscheidungsfindung durch Fachleute abgelehnt, da so weitere zwei Jahre verloren gingen, bevor man einen Architekturwettbewerb ausloben könne. Verantwortliche Politiker müssten nun schnell entscheiden, da das Schloss eine „[...] überragende, architektonische, städtebauliche, stadtdenkmalsgeschichtliche, kulturelle und gesellschaftliche Bedeutung“<sup>1453</sup> habe. Der Palast solle aber, so Rexrodt, in dem Neubau integriert werden. In der gleichen Ausgabe der *FAZ* wird in den Berliner Seiten<sup>1454</sup> über den Vorstoß der FDP nachgedacht. Die Meinung Rexrodts, die beschlossene Einsetzung einer Expertenkommission „laufe darauf hinaus, die Entscheidung zu verzögern“<sup>1455</sup>, sei nicht von der Hand zu weisen. Daher solle die Politik im laufenden Jahr 2000 eine Entscheidung fällen. Ein von der FDP im Oktober 1999 eingebrachter Antrag im Bundestag „[...] friste sein unbearbeitetes Dasein allerdings jetzt im Kulturausschuss des Hohen Hauses.“<sup>1456</sup> Preußen sei

---

<sup>1448</sup> Ebd.

<sup>1449</sup> Ebd.

<sup>1450</sup> Ebd.

<sup>1451</sup> Vgl. Kommission zum Schlossplatz vereinbart. Bund und Berlin wollen Grundstück „nicht zu Marktpreisen“ verkaufen. In: *FAZ* Nr. 17. 21.01.2000, s. S. 04.

<sup>1452</sup> Vgl. FDP für schnelle Entscheidung zum Aufbau des Stadtschlusses. In: *FAZ* Nr. 18, 22.01.2000, s. S. 04.

<sup>1453</sup> Ebd.

<sup>1454</sup> Vgl. Sich nicht aus der Geschichte stehlen. Die FDP entdeckt das Stadtschloss und hält wenig von einer „Expertenkommission“. In: *FAZ* Nr. 18. 22.01.2000, s. S. BS 02.

<sup>1455</sup> Ebd.

<sup>1456</sup> Ebd.

zu der Zeit als das Schloss errichtet wurde, ein „modernes und gut geführtes Staatswesen gewesen“, weiß Rexrodt, sagt aber nicht, welche Ära er in der 500-jährigen Existenz des Schlosses meint. Kein Land könne sich aus seiner Geschichte stellen, daher könne man in der Ostfassade des Neubaus auch Teile des Palasts integrieren. Rexrodt habe daran erinnert, dass das Schloss ein ausgezeichnete Ort für internationale Konferenzen sei, und dass man hier auch ein Gästehaus der Bundesregierung unterbringen könnte. Wenn es nach ihm ginge, würde er daher den Westtrakt des Schlosses komplett rekonstruieren; er denke dabei an eine Funktion wie die der Wiener Hofburg. Finanzieren könne man das Vorhaben durch die Ausgabe von Aktien. Einem Baubeginn 2003 stünde so nichts mehr im Wege.

Die Schlossdebatte sei immer nur eine „Simultanveranstaltung hoch erregter Monologe“ gewesen, meint die ZEIT im Januar.<sup>1457</sup> Nun läge aber Entscheidungsdruck in der Luft. Die Stadt müsste sich den Platz nun wieder aneignen – beispielsweise, indem man ein Lapidarium einrichte, die manche „ideologische Verstrickung“ überflüssig machen würde. Davon abgesehen: „Die Entscheidung vom Votum einer internationalen Expertenkommission abhängig zu machen, ist eine unnötige Selbstdemütigung Berlins.“<sup>1458</sup>

Ende Januar meldet die *taz*, Naumann habe sich erneut für das Schloss stark gemacht.<sup>1459</sup> Die Frage, ob der Nachbau gelänge, könne kein „lokales Berliner Problem“ noch allein eine Finanzangelegenheit bleiben. Sie sei vielmehr eine Sache der „ganzen Nation.“<sup>1460</sup>

Als habe Rexrodt im Januar ein Startsignal gegeben, berichtet die FAZ<sup>1461</sup> zwei Wochen später über die wachsende Ungeduld der möglichen Investoren. Wilhelm von Boddien vom Förderverein Berliner Stadtschloss habe gesagt, die Investoren stünden „Gewehr bei Fuß“, daher müsse nun die Politik „zügig entscheiden“. Immer neue Verfahrensdebatten strapazierten die Geduld der Investoren, eine neue Kommission sei daher überflüssig. Statt des von Bund und Land beschlossenen Verfahrens habe v. Boddien vorgeschlagen, eine kleine, schlagkräftige Arbeitsgruppe solle nach der politischen Entscheidung über Form, Nutzung und Finanzierung ein beschränktes Auswahlverfahren vornehmen. So könnte der Neubau bereits 2007 der Öffentlichkeit übergeben werden. Als Vorbild für die Veranstaltungen nannte v. Boddien wie bereits Rexrodt die Wiener Hofburg, und auch er schlug die Finanzierung durch Aktienausschüttung vor. Durch den so entstehenden Streubesitz „wäre das Stadtschloss tatsächlich ein Haus der Demokratie“<sup>1462</sup>, zeigte sich v. Boddien überzeugt.

Im Weiteren präsentiert die FAZ fünf Investorengruppen:

1. die Hanseatica HPE (Hambrug)
2. den Baukonzern Skanska (Schweden)
3. die Fundus Fonds Gruppe (Köln)
4. die Hypovereinsbank Projekt GmbH
5. die Roland Ernst Gruppe

Interessant sind dabei nicht so sehr ihre meist vagen Konzepte für den Schlossplatz und ihr Drängen auf Eile, sondern die personale Verstrickung von Politik und Wirtschaft, bemerkt die FAZ. Geschäftsführer der Hanseatica, dem „Interessenten der ersten Stunde“, sei Walter Rasch, der früher FDP-Chef und Schulsenator gewesen war. Eine nicht näher bezeichnete Tochter der Fundus Gruppe, die sich an dem Interessenbekundungsverfahren beteiligte, werde von Wolfgang Nagel (SPD) geleitet, dem ehemaligen Berliner Bausenator. Er war es, der bereits zwei Wochen nach der Wiedervereinigung 1990 einen Architektenkongress über das

---

<sup>1457</sup> Vgl. Hartung, Klaus: Neues von der Wunde. In: DIE ZEIT Nr. 05, 27.01.2000, s. S. 21.

<sup>1458</sup> Ebd.

<sup>1459</sup> Vgl. Naumann für Stadtschloss. In: *taz*, 31.01.2000, s. S. 20.

<sup>1460</sup> Vgl. ebd.

<sup>1461</sup> Schmidt, Burkhard: Die Investoren mahnen zur Eile. Wer alles das Stadtschloss bauen will und wie. In: FAZ Nr. 29, 04.02.2000, s. S. BS 02.

<sup>1462</sup> Ebd.

„Zentrum Berlins“ veranstaltete, auf dem der besondere Status der Spreeinsel bereits diskutiert – und Ost-Berliner Befindlichkeiten praktisch marginalisiert wurden.

Einen völlig neuen Aspekt bemüht die *FAZ* in einem Beitrag<sup>1463</sup>, in dem sie aufzählt, wer und was alles in dem Schloss nach der Abdankung des Kaisers untergebracht war. Man wolle zeigen, was alles in dem Schloss möglich ist, heißt es in der Einleitung. Wenige Jahre nach dem Auszug des kaiserlichen Gefolges seien zahllose Gruppen, Vereine und auch Privatnutzer in „[...] das Kulturzentrum in der Mitte der Stadt“<sup>1464</sup> eingezogen. Im weiteren druckt die *FAZ* einen langen Auszug aus dem Band „Das Berliner Schloss“<sup>1465</sup>, in dem viele dieser Einrichtungen aufgezählt sind, die durch die Krongutsverwaltung seit 1920 Zugang zu den Gemächern im Schloss hatten.

Die erneute Ernennung von Hans Stimmann (SPD) zum neuen Berliner Senatsbaudirektors nahm die *FAZ* zum Anlass, ein sehr ausführliches Gespräch<sup>1466</sup> über seine Pläne und zu veröffentlichen. Die *FAZ* bezeichnete Stimmann, der bereits von 1991 bis 1996 dieselbe Position bekleidete, und der Barbara Jakubeit (CDU) ablöste, den „Baron Haussmann des spätmodernen Berlin“, der sich nach der Wende mit dem Schlagwort von der „kritischen Rekonstruktion“ einen Namen gemacht habe. Ein Fragenkomplex in dem Interview beschäftigt sich auch mit der Schlossplatzdebatte. Die *FAZ* sieht hier „rückwärtsgewandte Ideen“ am Werke, eine „neotraditionalistische Architektur“, die offenbar auf „bestehende Sehnsüchte“ geschickt reagiere. Die Moderne sei angesichts dieser Konstellation in der Defensiven. „Zu Recht“, meint Stimmann. Denn da die Moderne tief sitzende Wünsche der Menschen, wie etwa Behaglichkeit, Erinnerung und Wiedererkennbarkeit ablehne, müsse die Architektur zeitgemäße Antworten auf diese Forderungen finden – „spätesten bei der Rekonstruktion des Schlosses.“<sup>1467</sup> Doch wo verlaufe die Grenze zwischen Kitsch und Neuinterpretation, fragt die *FAZ*, vor allem angesichts eines „Schlosses“, das ja nur aus zwei, drei Fassaden bestehen solle. Stimmann geht davon aus, dass sich die meisten Leute angesichts der realen Leistungen der modernen Architektur einig seien, „[...] dass eine zeitgenössische Lösung an dieser Stelle wahrscheinlich nicht gelingen wird.“<sup>1468</sup> Es sei praktisch ausgeschlossen, dass moderne Architektur an diesen „besonderen Ort“ Frieden stiften könne. Es dürfe daher keinen Sieger an diesem Ort geben, der die Stadtgesellschaft in drei Lager gespalten habe. Trotzdem werde ja etwas Neues gebaut werden müssen, so die *FAZ*, denn niemand dürfe daran denken, das Schloss bis zur kleinsten Zierleiste zu rekonstruieren. Darum kreise die Debatte, pflichtet Stimmann bei: „Es kann keine Schlossfassade vor einem Kongresszentrum geben. Das wäre kulturell [so] daneben.“<sup>1469</sup> Wer das wolle, habe einen „schlechten Geschmack“ und denke „neureich“. Es könne daher nur eine Annäherung an das Schloss geben, kein schlichtes Ja oder Nein. Alte Bauten hätten immer mehrere Schichten, und bei jedem Schritt müsse man sich neu für eine Schicht entscheiden. Für das Schloss bedeutet dies, dass man die Frage „Raum für Raum“ beantworten müsse. Als Konsequenz dieses Vorgangs ist sich Stimmann sicher, dass das Schlossprojekt „viel Herzblut, viel Zeit und viel Geld, viel intellektuelle Auseinandersetzung“<sup>1470</sup> kosten werde. Falsch sei das aber nicht, denn wenn das Schloss in fünf Jahren fertig sei, müsse etwas falsch gelaufen sein, so der Senatsbaumeister.

---

<sup>1463</sup> Vgl. Was man in einem Schloss alles machen konnte. In: *FAZ* Nr. 29, 04.02.2000, s. S. BS 02.

<sup>1464</sup> Ebd.

<sup>1465</sup> Vgl. Peschken, a.a.O.

<sup>1466</sup> Vgl. „Wenn das Schloss in fünf Jahren fertig ist, ist etwas falsch gelaufen“. Ein Gespräch mit Senatsbaudirektor Hans Stimmann über Typologien, die Grenzen moderner Architektur, die Leere um die Marienkirche und eine neue Bodenpolitik. In: *FAZ* Nr. 37, 14.02.2000, s. S. BS 03.

<sup>1467</sup> Ebd.

<sup>1468</sup> Ebd.

<sup>1469</sup> Ebd.

<sup>1470</sup> Ebd.

Ende Februar meint die *Welt*, in der angekündigten Kommission werde offenbar Streit erwartet.<sup>1471</sup> Die Mitglieder, die nicht alle „auf einer Linie“ seien, würden so ausgewählt, dass durch die ungerade Zahl im Zweifel eine Mehrheit sichergestellt werden könne. „Fragt sich allerdings, was von einer Empfehlung zu halten ist, der eine Kampf Abstimmung vorausging“<sup>1472</sup>, kommentiert die *Welt* skeptisch.

Zum wiederholten Male berichtet die *FAZ*<sup>1473</sup> von dem Wunsch der Berliner CDU, das Schloss rekonstruieren zu wollen. Einstimmig haben die Abgeordneten den Beschluss gefasst, ein „Gebäude in der Dimension des Schlosses mit dessen Fassade neu zu bauen.“<sup>1474</sup> Die *FAZ* zitiert dabei auch einen Schlagabtausch zwischen Klaus Lewandowsky (CDU) und Petra Pau (PDS) in dem Berliner Boulevardblatt „B.Z. am Sonntag“, in der Pau ihrem Kollegen vorwarf, „im Schlossgraben“ zu verharren, weil dieser den Schlossplatz zum „nationalen Thema“ erklärt habe.

Die *taz* berichtet über das gleiche Thema im Zusammenhang mit einer unvorhergesehenen Kostenexplosion bei der Asbestsanierung.<sup>1475</sup> Statt der veranschlagten 70 Millionen Mark verlangten die Firmen nun 130 Millionen. Landowsky habe gar einen „sofortigen Abriss“ des Palastes gefordert.

Das Berliner Projektentwicklungs- und Bauunternehmen Skanska Bau-Holding GmbH präsentiere auf der weltgrößten Immobilien-Fachmesse in Cannes (Mipim 2000) ein Stadtschlossmodell, meldet die *taz*.<sup>1476</sup> Das Modell sei im Ergebnis einer Konzeptstudie der Planungsinitiative Schlossplatz, die ebenfalls am dortigen Gemeinschaftsstand Berlin-Potsdam vertreten sei. „Die Konzeptstudie und das Modell sollen nach Darstellung des Geschäftsführers der Skanska-Bauholding, Helmut Grosse, die Stadtschloss-Diskussion bereichern und zugleich forcieren.“<sup>1477</sup>

Im März geht Rada in der *taz* die Frage nach, warum die Zahl der Schlossfans wachse und die Gegner still würden.<sup>1478</sup> „Woher kommt dieses neue Bedürfnis nach Schönheit? Als wie hässlich muss Berlin empfunden werden, dass der Architekturkitsch eines Hotel Adlon oder ein neu betoniertes Hohenzollernschloss schön genannt werden könnte?“<sup>1479</sup> Durch die modernen Neubauten, etwa in der Friedrichstraße, sei der Kontrast zur Armut wieder schärfer geworden, meint Rada; und die erhoffte Lebendigkeit sei ebenso fort geblieben, wie die erwartete Kaufkraft. Sei daher der Ruf nach dem Stadtschloss, der Begriff Schröders, Diepgens und Vollmers von Schönheit also nichts anderes als die Sehnsucht nach dem Unerfüllbar-Gewordenen, einem Disneyland für die von „Proletentum“ und „Pitbull-Berlinern“ umzingelten Urbanisten? Nicht nur, vermutet Rada. Der Palast stünde auch aus anderen Gründen im Wege. Trotz ihrer oft fragwürdigen Ästhetik erinnerten die städtebaulichen Ensembles der DDR-Moderne an ein Versprechen, das im Vergleich zu den Megaprojekten der Gegenwart kontrastreicher nicht sein könne: „hier soziale Gleichheit und eine Stadt der Bewohner, dort wachsende Differenz und eine Stadt des Anlagekapitals.“<sup>1480</sup> Einer Restauration samt Wiederverknüpfung des „Stadtbürgerdaseins mit Immobilienbesitz“ stehe diese gebaute Erinnerung an nicht kapitalistischer Planung ebenso im Wege wie einer weiteren Privatisierung des Stadtraums. Die Schönheit des Schlosses sei demnach auch die Antwort auf die als Hässlichkeit diskreditierte Egalität des Ostens, meint die *taz*.

---

<sup>1471</sup> Vgl. Schlossplatz: In Kommission wird Streit erwartet. In: Die *Welt*, 22.02.2000, s. S. 18.

<sup>1472</sup> Ebd.

<sup>1473</sup> Vgl. CDU will Schloss statt Palast. Klausursitzung in Bad Saarow. In *FAZ* Nr. 55, 06.03.2000, s. S. BS 02.

<sup>1474</sup> Ebd.

<sup>1475</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Trotz Kostenexplosion: Palazzo Prozzo wankt nicht. In: *taz*, 06.03.2000, S.19.

<sup>1476</sup> Vgl. Skanska wirbt mit Stadtschloss. In: *taz*, 09.03.2000, s. S. 22.

<sup>1477</sup> Ebd.

<sup>1478</sup> Vgl. Rada, Uwe: Schönheit ist, was trotzdem gefällt. Warum in Berlin die Zahl der Schloss-Fans wächst, es um die Gegner des Wiederaufbaus aber still geworden ist. In: *taz*, 14.03.2000, s. S. 19.

<sup>1479</sup> Ebd.

<sup>1480</sup> Ebd.

Über einen neuen Streit in der Berliner Koalition schreibt die *Welt*.<sup>1481</sup> Der Vorschlag der SPD, den Schlossplatz zu begrünen, sei von der CDU mit der Begründung abgelehnt worden, der Platz müsse in seiner „Hässlichkeit erkennbar bleiben“.

Acht Tage später melden sich die Grünen mit einem eigenständigen Vorschlag zu Wort, über den die *FAZ*<sup>1482</sup> berichtet. Antje Vollmer und Franziska Eichstädt-Bohlig seien auf eine Idee gekommen, die allerdings nicht die Überzeugungskraft habe, wie etwa der von Peter Conradi (SPD) vor Jahren gemachte Vorschlag, auf dem Schlossplatz das neue Parlament zu errichten. Die Grünen Politiker wollten eine „Palast-Schloss-Komposition“. In dem modernisierten Gebäude am Spreeufer solle eine Landesbibliothek und ein Medienzentrum untergebracht werden, im Westen hingegen plane man eine weitgehende Rekonstruktion, bzw. „Nachempfindung“ des Schlosses. Als Vorbilder sollten die Häuser Liebermann und Sommer neben dem Brandenburger Tor gelten. Die *FAZ* nennt diese Vorstellung einen Therapieplan, bei dem auf jede Wunde ein passendes Pflaster geklebt werde – eine Realisierung sei daher nicht ausgeschlossen. Lobend bemerkt der Verfasser, dass damit Investitionsplänen eine Absage erteilt werde, die hinter einer „rekonstruierten Schlossfassade Renditeflächen hochstapeln“ wollten. Erfahren kann auch der Leser, dass die geplante Expertenkommission noch nicht berufen worden sei.

Der *taz* sagte Eichstädt-Bohlig, der grüne Schloss-Vorstoß sei eine Reaktion auf die stattfindende Debatte. „Wenn in der Gesellschaft die Sehnsucht nach einer Rekonstruktion des Schlosses da ist, muss das ernst genommen werden“.<sup>1483</sup> Sie schlage vor, dass in den Bau auch eine Institution der Europäischen Union Einzug finde. Die PDS habe den Vorschlag abgelehnt.

Nicht nur die eigenen „Wahlkampfpfade“ hätten die Grünen verlassen, sondern auch das Schlossplatz-Verfahren auf den Kopf gestellt, zitiert das *ND* Pau in einer Reaktion auf das Konzept.<sup>1484</sup> Im übrigen wird der Vorschlag der Grünen sachlich und kommentarlos vorgestellt.<sup>1485</sup> Auch die *SZ* berichtet über den Grünen-Vorstoß kommentarlos und ohne etwaige Kritik der Opposition von PDS oder CDU zu erwähnen.<sup>1486</sup>

Bauminister Klimmt habe sich erneut zu Wort gemeldet und einen Bau in den Formen der Gegenwart gefordert, meldet die *taz*.<sup>1487</sup> Gemeint war damit ein Gespräch des Bauministers in der *ZEIT*, in dem er erklärte, dass er eher für einen modernen Bau sei, wie etwa in seiner Heimatstadt Saarbrücken, wo er die Wiedererrichtung des Barockschlosses „hintertrieben“ habe.<sup>1488</sup>

„Der Palast der Republik verfällt genauso wie die PDS“, habe der CDU-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus, Landowsky, als Reaktion auf den PDS-Parteitag erklärt, meldet die *FAZ*<sup>1489</sup> im April. Landowsky habe auf eine „aktive Beseitigung“ des Palasts gedrängt. Er hoffe, weiß die *FAZ*, dass Berlins künftiger Kultursenator Stölzl, der ein Anhänger des Schlosses sei, „seinen Studienfreund“ Klimmt in der Sache bald umstimme

---

<sup>1481</sup> Vgl. Unger, Andreas: SPD will Schlossplatz mit Rasen auslegen. CDU lehnt Zwischenlösung ab und drängt auf einen raschen Wiederaufbau der Hohenzollernresidenz. In: *Die Welt*, 16.03.2000, s. S. 18.

<sup>1482</sup> Vgl. Auf jede Wunde ein Pflaster. Palastsplitter an Schlossmousse: Grünes Menü für die Stadtmitte. In: *FAZ* Nr. 70, 23.03.2000, s. S. BS 01. und: In Kürze: Berliner Stadtschloss. Grüne jetzt dafür. In: *taz*, 23.03.2000, s. S. 06.

<sup>1483</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Es gibt nur ein Original. Stadtschloss: Grüne im Bundestag für Wiederaufbau. Palazzo Prozzo wird integriert. Bibliothek, Medienzentrum und EU-Institutionen als Nutzungen vorgeschlagen. PDS: grüne Schlossgeister. In: *taz*, 23.03.2000, s. S. 20.

<sup>1484</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Grüne wollen Palast-Schloss. In: *ND*, 27.03.2000, s. S. 13.

<sup>1485</sup> Vgl. ebd.

<sup>1486</sup> Vgl. Volksschloss. Wie die Grünen das Stadtschloss bauen wollen. In: *SZ*, 23.03.2000, s. S. 10.

<sup>1487</sup> Vgl. Klimmt gegen Stadtschloss. In: *taz*, 30.03.2000, s. S. 19.

<sup>1488</sup> Vgl. Rauterberg, Hanno: Wir wollen der Architektur einen Anstoß geben. In: *DIE ZEIT* Nr. 14, 30.03.2000, s. S. 50.

<sup>1489</sup> Vgl. Krieg dem Palast, Friede dem Schloss. In: *FAZ* Nr. 87, 12.04.2000, s. S. BS 02.

werde. Klimmt hatte sich wiederholt gegen den Wiederaufbau des Stadtschlusses ausgesprochen.

Über die Ankunft Stölzls in Berlin berichtet auch die ZEIT und erklärt, warum er für das Schloss sei.<sup>1490</sup> Hätte die DDR ein „moskowitzisches Chicago“ dort gebaut, wäre er für dessen Erhalt. „Aber der Palast ist architekturgeschichtlich leider ein Zeichen der Kapitulation der DDR vor einem mittelmäßigen westlichen Zeitgeist, ein Akt der Hilflosigkeit.“<sup>1491</sup> Deshalb müsse er abgerissen werden; ob die Menschen dort glückliche Stunden verbracht hätten, sei für Stölzl nicht relevant.

Noch im April fordert die FAZ auf der Titelseite ihrer Berliner Seiten eine architektonische Gleichbehandlung von West- und Ostberlin, wenn es darum gehe, Hässliches abzureißen. Denn nach der Wende habe man vor allem im Ostteil der Stadt „rückgebaut“, wie etwa auch den Palast der Republik, dessen begonnene Asbestsanierung auf einen Abbruch hinsteuere. Doch nicht wenige Gebäude im Westen seien nicht weniger hässlich. Nicht zu verstehen sei es beispielsweise, warum das ICC saniert wurde, während der Palast weichen müsse. Daher gelte es, die größten Sünden zu beichten, die hässlichsten Furunkel vom Antlitz der Stadt zu entfernen. „Selbst wenn es schmerzt.“<sup>1492</sup>

Die Forderung nach einem Bürgerforum auf dem Schlossplatz markierte einen neuerlichen Vorschlag der PDS, über den die taz berichtet.<sup>1493</sup> Mit dem Forum könne ein „spannendes Dreieck zwischen dem Parlaments- und Regierungssitz im Tiergarten, der Konzern-Moderne am Potsdamer Platz und gestaltbarer Demokratie“<sup>1494</sup> entstehen, habe PDS-Landesvorsitzende Pau den Vorschlag begründet. Die Kubatur des einstigen Schlosses sei „das eine“, die Realität des Palasts der Republik „das andere“. Die Diskussion müsse in die Gesellschaft zurückgetragen und aus der Sackgasse „Palast contra Schloss“ geführt werden, habe Pau gemeint.

Zum 25. Geburtstag veröffentlicht die ZEIT einen Beitrag des Publizisten Dieckmann, in dem dieser zunächst – gefärbt von offenbar persönlichen Erfahrungen – die Geschichte des Palastes Revue passieren lässt.<sup>1495</sup> Zum Ende des Artikels schreibt Dieckmann im Stil einer Reportage. Der von anderen Zeitungen ebenfalls zitierte Klaus Wons tauchte darin ebenso auf wie Wilhelm von Boddien, der „Treckerhändler“ mit seiner „Schnapsidee“.<sup>1496</sup>

Im Streiflicht spottet die SZ Mitte April über den Wunsch, das Stadtschloss wieder aufbauen zu wollen.<sup>1497</sup> Als hätten sie durch Ulbrichts Sprengung eine „kollektive Amputation“ bekommen, wollten Menschen wie etwa der Bundeskanzler das Schloss wieder aufbauen. Der Wunsch sei verständlich und aus dem Privatleben bekannt: Wenn man sich von einem nervenden Partner getrennt habe, vermisse man plötzlich ebendiesen mit seinen Macken und wünsche sich ihn zurück. Habe man ihn dann für ein Wochenende in Venedig wieder eingefangen, merke man, dass alles nicht mehr so ist, wie es früher war. „Liebe ist so ähnlich wie Architektur: Das Große, Originelle, Überwältigende gelingt nur einmal; wer von der verspielten Strenge hochgotischer Dome schwärmt, wird im Nachbau nur grässliche Neo-Gotik hervorbringen.“<sup>1498</sup>

---

<sup>1490</sup> Vgl. Seibt, Gustav: *Weltrevolution ist schöner als Mittelstand*. In: DIE ZEIT Nr. 15, 06.04.2000, s. S. 43.

<sup>1491</sup> Ebd.

<sup>1492</sup> Ebd.

<sup>1493</sup> Vgl. PDS: Bürgerforum auf der Spreeinsel. In: taz, 18.04.2000, s. S. 19.

<sup>1494</sup> Ebd.

<sup>1495</sup> Vgl. Dieckmann, Christoph: Der sterbende Schwan. Berlins Palast der Republik, Symbol des deutschen Umgangs mit Geschichte, wird 25 Jahre alt. In: DIE ZEIT Nr. 17, 19.04.2001, s. S. 35.

<sup>1496</sup> Vgl. ebd.

<sup>1497</sup> Vgl. Das Streiflicht. In: SZ, 19.04.2000, s. S. 01.

<sup>1498</sup> Ebd.

Die *Welt* veröffentlicht derweil einen Beitrag über das Nutzungskonzept der Zentralbibliothek (ZLB) für einen Neubau auf dem Schlossplatz.<sup>1499</sup> In dem Konzept, das von der ZLB in Netz gestellt worden sei, könne man lesen, dass die „meistbesuchte Kultureinrichtung Berlins“ täglich über 10.000 Besucher nach Mitte locken würde. Die „Lebendigkeit“ von Mitte könne so gewährleistet werden.

Als „angenehme Durchlüftung verfahrenere Diskussionsprozesse“, bezeichnet die *FAZ* in einem kurzen Bericht<sup>1500</sup> eine neue Entwicklung in der Schlossplatzdebatte. Klaus-Dieter Lehmann von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz habe vorgeschlagen, die außereuropäische Sammlung aus Dahlem auf das Schlossplatzareal zu verlegen. Diepgen habe diesen Vorschlag als „bahnbrechend“ begrüßt, berichtet die *FAZ*. Die Schlossdebatte könne so neu belebt werden.

Ganz anders sieht es die *taz*.<sup>1501</sup> Die Museen in Dahlem seien schon immer angenehm gewesen; ihnen drohe nun das Ende. Museum und Geschichte werde anders verstanden. Denn seit nach dem Abbau der Mauer das Terrain der ganzen Stadt zur Verfügung stehe, greife man tiefer in die Geschichte, nach Preußen, und flickt an den Brachen der Zeit. „Da steht die Besetzung des Schlossplatzes, die besonders den Regierenden Bürgermeister als Leere vor seiner Rathaustür täglich zu erschüttern scheint, an oberster Stelle.“<sup>1502</sup> Klaus-Dieter Lehmann, dessen Nutzungsvorschlag immerhin besser klinge als das Notlösungspaket „Hotel, Kongresszentrum, Bibliothek“, das jeder bis zum Abwinken kenne, müsse man allerdings nicht der „Sehnsucht nach Preußengröße“ verdächtigen. Er „surfe“ nur auf dieser Welle. Denn als guter Manager kenne er den Slogan „Folge dem Geld“, meint die *taz*.<sup>1503</sup> Es sei eben einfacher, an einer exklusiven Adresse – in der Mitte – die nötigen Mittel zu bekommen, als draußen im Grünen.

Lehmans Vorschlag nimmt die *taz* zum Anlass, in einem Kommentar erneut zu erklären, dass der Schlossplatz nicht der Privatwirtschaft überlassen werden dürfe.<sup>1504</sup> Welche Form der Bau dort haben werde, sei nicht geklärt, aber dass der Schlossplatz einer öffentlichen Nutzung und Finanzierung vorbehalten bleiben solle, habe Klimmt erklärt. Der Bauminister wolle gemeinsam mit dem Land Berlin zur Klärung dieser Fragen eine Expertenkommission einsetzen, schreibt die *taz*.<sup>1505</sup> An anderer Stelle heißt es lobend in der *taz*, der Vorschlag Lehmanns verspreche zweierlei in Gang zu setzen.<sup>1506</sup> „Erstens: endlich eine ernsthafte Diskussion über den Inhalt des ambitionierten Großprojektes und zweitens: nach der seriösen Klärung der Nutzungsinhalte auch eine ähnlich seriöse Diskussion über die Form eines Gebäudekomplexes an dieser Stelle.“<sup>1507</sup> Vollkommen einleuchtend sei es, dass außereuropäische Kunst nicht in einen barocken Bau passe, lautet der Grundtenor des Architekten Eichstädt. Was statt dessen zu bauen sei, erklärt er an einem Beispiel in Paris. Dort habe Präsident Chirac als Vermächtnis seiner Regierungszeit das „Musée des Arts et des Civilisations“ in Auftrag gegeben. Untergebracht werden dort die Exponate aus den überseeischen Kolonialgebieten. Das Museum selbst befinde sich in der Nähe des Eiffelturms, inmitten eines gründerzeitlichen Häuserblocks. Der Projektentwurf von Jean Nouvel sei von

---

<sup>1499</sup> Vgl. Zentralbibliothek stellt S. zum Schlossplatz ins Netz. Nutzungskonzept für 50.000 Quadratmeter. In: *Die Welt*, 20.04.2000, s. S. 22.

<sup>1500</sup> Vgl. Schlossplatz: Diepgen für Lehmanns Idee. In: *FAZ* Nr. 105, 06.05.2000, s. S. BS 02.

<sup>1501</sup> Vgl. Müller, Katrin Bettina: Ein Steinbruch mehr. Der Schlossplatz soll zum neuen kulturellen Zentrum werden. Dabei könnte der repräsentative Umbau die Museen in Dahlem ruinieren. In: *taz*, 12.05.2000, s. S. 24.

<sup>1502</sup> Ebd.

<sup>1503</sup> Vgl. ebd.

<sup>1504</sup> Vgl. Schlossdebatte. Was gehört ins Zentrum von Stadt und Staat? In: *taz*, 13.05.2000, s. S. 25.

<sup>1505</sup> Vgl. ebd.

<sup>1506</sup> Vgl. Eichstädt, Wulf: Modernes Schloss für alte Völker. Mit dem Vorschlag, ein ethnologisches Museum ins neu zu bauende Stadtschloss zu legen, hat Klaus-Dieter Lehmann die Debatte neu belebt. Der Architekt und Stadtplaner Wulf Eichstädt plädiert in der *taz* für eine Abkehr von der barocken Form. In: *taz*, 13.05.2000, s. S. 25.

<sup>1507</sup> Ebd.

extravaganter Modernität, schwärmt Eichstädter, die sich von allen architektonischen Konventionen der europäischen Stadt abwende, dafür aber einen Ton treffe, der in der Debatte über den angemessenen Umgang mit dieser fremden Kunst offensichtlich mehrheitsfähig gewesen sei. Die *taz* folgert daraus: „Wer also in Berlin, auf der Höhe der Zeit, Ethnologisches, Indische und Ostasiatische Kunst zu neuer, angemessener Form ausstellen will, wird sich auch hier dieser Diskussion stellen müssen.“<sup>1508</sup>

Während die CDU Lehmanns Vorschlag einhellig begrüßt und weiterhin für die Rekonstruktion des Schlosses wirbt, meldet die *taz* Kritik von der Akademie der Künste.<sup>1509</sup> Ihrer Ansicht nach wäre der Nachbau der historischen Fassade des Stadtschlosses ein falscher Umgang mit der Geschichte. Der Nachbau historischer Fassaden behindere Erinnerung und schaffe verzerrte Bilder von Geschichte, habe es auf der Frühjahrsversammlung der Akademie geheißen.

Lehmanns Vorschlag habe weite Kreise gezogen und wurde überall begrüßt, meldet die *FAZ*<sup>1510</sup> im Mai. Kulturstatsminister Naumann habe die Idee „wundervoll“ genannt. Für den Vorschlag waren auch Kultursenator Stölzl, der „ebenso hartnäckige wie charmante ‚Schlossherr‘ Wilhelm von Boddien“<sup>1511</sup>, wie auch der Sprecher der Museen in Dahlem.

In der *taz* meldete sich der Stadtplaner Klaus Brake zu Wort, der in einem langen Artikel darlegt, wie die Mitte zu einer „Stadt des Wissens“ kommen könne.<sup>1512</sup> Eine „Agora des 3. Jahrtausends“ könnte gebaut werden, wenn die wesentlichen Akteure dieses Wissensquartiers auf dem Schlossplatz präsent wären: „[...] diejenigen der historischen Entwicklung (Museen, Bibliotheken), ihrer auch zukunftsorientierten Interpretation (über Humboldt-Universität, Bauakademie, Bühnen, Kirchen, Politik hinaus auch ein Science- und Engineering-Center) und diejenigen aktuellster Information über unsere *Welt* (Medien).“<sup>1513</sup> Neben einer Integration von Palast und Schloss müsse es auch Neubauten geben, die betont modern sein sollten. Berliner „Gestaltungsprinzipien“ seien zu suspendieren.

Die *FAZ* nimmt das von Lehmann ausgelöste „Erdbeben“ zum Anlass, einen umfassenden Beitrag<sup>1514</sup> über die „Sehnsucht nach Mitte“ zu veröffentlichen. Karl Marx´ Gespensterprolog im „Kommunistischen Manifest“ kolportierend, behauptet Schuller, eine Sehnsucht gehe um in Berlin: „[...] die Sehnsucht nach dem Schloss der preußischen Könige, der deutschen Kaiser.“<sup>1515</sup> Diese Sehnsucht sei eine Sehnsucht nach Mitte, und das Schloss ein Signal zum Aufbruch für alle, „die in die deutsche Geschichte heimkehren“ wollten. Verständlich, meint Schuller, denn das Gefühl eines gemeinsamen Mittelpunkts sei eben die „Wurzel aller Politik.“ Es fragt sich nun, ob das Berliner Schloss geeignet sei, zu einer „Chiffre für neuen Bürgersinn“ zu werden. Weder historisch noch formal könne das Schloss diesen Ansprüchen genügen, bemerkt Schuller kritisch, denn historisch sei es 1443 aus einem herrschaftlichen Akt gegen die städtische Bürgerschaft entstanden und formal habe sich im Laufe der Jahrhunderte eine kraftvolle, uniplurale „Macht- und Triumpharchitektur“ entwickelt. Wenn daher trotzdem das Schloss rekonstruiert würde, müsste „ein Inhalt gefunden werden, der solche Erhöhung würdig wäre.“ Eine banale Nutzung als Hotel oder Konferenzzentrum sei nicht geeignet, den königlichen Barock zu bändigen. Da nun die Politik bereits außerhalb des alten Berlin seine Bauten hergerichtet habe, bleibe für den Schlossplatz nur noch die Kultur.

---

<sup>1508</sup> Ebd.

<sup>1509</sup> Vgl. Fassadenstreit. In: *taz*, 15.05.2000, s. S. 20.

<sup>1510</sup> Vgl. Auf den Schlossplatz. Große Zustimmung für Lehmanns Plan. In: *FAZ* Nr. 114, 17.05.2000, s. S. 49.

<sup>1511</sup> Ebd.

<sup>1512</sup> Vgl. Brake, Klaus: Der Schlossplatz als „Ort des Wissens“. *taz*-Debatte zum Schlossplatz (Teil 2): Der Stadtplaner Klaus Brake möchte in der Berliner Mitte die Zukunft thematisieren. Eine solche „Agora“ könnte historische und moderne bauliche Elemente zusammenführen. In: *taz*, 20.05.2000, s. S. 24.

<sup>1513</sup> Ebd.

<sup>1514</sup> Vgl. Schuller, Konrad: Sehnsucht nach Mitte. Ein wieder erbautes Berliner Stadtschloss könnte zur Chiffre für neuen Bürgersinn werden. In: *FAZ* Nr. 122, 26.05.2000, s. S. 12.

<sup>1515</sup> Ebd.

Schuller schlägt daher ein „kulturelles Gravitationszentrum in klarer Distanz zum Politischen“ vor. In diesem Zusammenhang sei der Vorschlag von Lehmann zu begrüßen. Davon abgesehen sollte man den Volkskammersaal des Palasts erhalten und in den Schlossbau integrieren. Denn dort sei die „Geburtsstätte der Demokratie in der Hülle der DDR-Diktatur gewesen.“<sup>1516</sup>

Als handle es sich um ein besonderes Reizwort, überschreibt die *FAZ* ein Gespräch<sup>1517</sup> mit dem Intendanten der Bayerischen Staatsoper, Peter Jonas, die Berliner Deutsche Oper gehöre auf den Schlossplatz. Dem Interview entnimmt man, dass die Forderung nur ein beiläufiger Satz war und nicht als Kernaussage gewertet werden kann.

Im wesentlichen nichts Neues schreibt auch der spätere Kultursenator Thomas Flierl (PDS) über die Funktion des Schlossplatzes in der *taz*.<sup>1518</sup> Ganz auf PDS-Linie fordert er den Erhalt des Palastes – aus ihm könne gar noch eine „Centre Pompidou“ werden – und weitere Bauten mit öffentlichem Charakter. Für das Schloss sieht Flierl keine Chance. „Der Verlust des Berliner Stadtschlusses ist nicht zu ersetzen. Wir müssen diesen Verlust durch erinnernde Trauerarbeit annehmen, uns aber nicht durch bauliche Surrogate über ihn hinwegtäuschen. Ein solches Surrogat ist die Forderung nach der Errichtung eines Gebäudes in der Kubatur und mit der Fassade des Berliner Stadtschlusses.“<sup>1519</sup> Der Prozess einer langsamen Bebauung werde lange dauern, prophezeit Flierl und fordert die Möglichkeit einer breiten Beteiligung. Nur im „gesellschaftlichen Dialog“ könne auf der Mitte der Spreeinsel ein bürgerschaftliches Forum entstehen, eine „zivilgesellschaftliche Alternative“ zum Dilemma zwischen ruinösem DDR-Palast und privater Schlossreplik; nämlich ein städtebauliches und gesellschaftspolitisches Zukunftsprojekt der Berliner Republik.<sup>1520</sup>

Unterdessen formuliert sich die Entscheidungsfindung innerhalb der CDU weiter. Die *FAZ*<sup>1521</sup> berichtet von einer Sitzung am 8. Juni 2000, auf der eine „Kompromissformel“ gefunden worden sei. Zusammen gekommen waren Mitglieder der CDU-Landesgruppe Berlin mit den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitglieder der Arbeitsgruppe Kultur und Medien, Wohnungs- und Städtebau. Das Schloss solle in der Kubatur des ursprünglichen Gebäudes und unter weitgehender Wiederherstellung historischer Fassaden rekonstruiert werden, weiß die *FAZ*. Es sei mit der Sitzung gelungen, die „Meinungsbildung in der Fraktion zu bündeln“, habe ihr Sprecher Lammert gesagt. Beifall habe darüber hinaus die Idee Lehmanns erhalten. Wegen der „überragenden historisch-politischen Bedeutung des Ortes“<sup>1522</sup> müsse das Gebäude einen „prägenden Kern öffentlicher Nutzung“ behalten. Dem CDU-Papier sei allerdings nicht zu entnehmen, wie die Fassaden realisiert werden sollten. Dieses „auffällige Schweigen“ sei denjenigen Abgeordneten geschuldet, die auch für eine moderne Lösung offen seien, berichtet die *FAZ*.

Einen Tabubruch für die Moderne fordert indessen die *taz*.<sup>1523</sup> Denn in der Debatte um eine Collage aus Palast und Schloss werde der Moderne immer nur der Palast reserviert. „Der asbestverseuchte Palast der Republik darf den Part des denkmalwerten modernen Rudiments

---

<sup>1516</sup> Ebd.

<sup>1517</sup> Vgl. Die Deutsche Oper gehört auf den Schlossplatz. Der Intendant der Bayerischen Staatsoper, Peter Jonas, über Berlins Musiktheater und die Kosten der Kunst. In: *FAZ* Nr. 126, 31.05.2000, s. S. BS 04.

<sup>1518</sup> Vgl. Flierl, Thomas: Jenseits von Palast und Schloss. *taz*-Debatte zum Schlossplatz (Teil 3): Im Streit um den Palast oder die Rekonstruktion fordert der Baustadtrat des Bezirks Mitte ein Forum nichtstaatlicher gesellschaftlicher Öffentlichkeit. Verschiedene Architekturen aus Alt und Neu für ein neues Ensemble. In: *taz*, 03.06.2000, s. S. 24.

<sup>1519</sup> Ebd.

<sup>1520</sup> Vgl. Ebd.

<sup>1521</sup> Vgl. Union will Stadtschloss wieder aufbauen. In: *FAZ* Nr. 134, 10.06.2000, s. S. 04.

<sup>1522</sup> Ebd.

<sup>1523</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Kein Lohn ohne Angst. *taz*-Debatte zum Schlossplatz (Teil 4): Die Schlossdebatte ist gar keine. Statt über Form und Funktion wird über Substitute gestritten: Hotels, Museen und öffentliches Forum. Das alles passt in ein Schloss, aber warum nicht auch in einen Neubau? In: *taz*, 10.06.2000, s. S. 24.

spielen. Mehr nicht. Werden die Zuordnungen für die Moderne derart begrenzt ausgelegt, liegt der gesamten Debatte ein Tabu zu Grunde – an das sich unsere Architekten halten, indem sie nichts sagen.“<sup>1524</sup> Was er meint, beschreibt Lautenschläger mit der Reichstagskuppel. Auch dort habe man lange einen „Preußenpickel“ hinbauen wollen – heute werde der moderne Entwurf Fosters als neues Wahrzeichen der Stadt gefeiert.

Akribisch dokumentiert die *taz* die „Umfaller“. In einer kleinen Meldung heißt es, die Vorsitzende des Bundestags-Kulturausschusses, Elke Leonhard (SPD), habe sich für die Rekonstruktion der Fassaden des Stadtschlusses ausgesprochen. So werde die Mitte Berlins städtebaulich am besten „abgerundet“, habe sie gesagt. Der Palast der Republik aus DDR-Zeiten müsse hingegen weg.<sup>1525</sup>

Ende Juni meldete sich Lehmann in der *taz* selbst zu Wort und erklärte seine Motive für die räumliche Zusammenlegung der Berliner Museumslandschaft.<sup>1526</sup> Angesprochen auf die äußere Gestalt, antwortet er: „Wir müssen uns erst für einen Inhalt begeistern, bevor wir ein Gefäß festlegen. Daraus muss man die Gebäudeidee ableiten.“<sup>1527</sup>

Die mehrfach angekündigte Kommission solle im Juli berufen werden, meldet die *taz*.<sup>1528</sup> Ihr sollen neben Strieder Bundesbauminister Klimmt und Kulturstatsminister Naumann (beide SPD), Kultursenator Stölzl (parteilos, für die CDU) sowie Historiker, Stadtplaner und Immobilienunternehmer angehören.

Die *SZ* widmet sich dem v. Boddien herausgegebenen Band „Die Berliner Schlossplatzdebatte – Pro und Contra“ und fragt süffisant, wann denn der Band mit dem Contra erscheine.<sup>1529</sup>

Boddien sei ein „geschickter Überzeuger“, bei dem alles ganz einfach sei. Schlossreste werde man in den Bunkerbergen finden, fehlende Mittel könne man per Schlossaktien beschaffen. Und weil selbst Experten wenig Zeit zum Lesen hätten, habe man den Band reich bebildert.

Noch im gleichen Monat berichtet die *FAZ*<sup>1530</sup> launig in ihren Berliner Seiten über einen Vortragsabend in dem Völkerkundemuseum in Dahlem. Weder der Vortrag von Lehmann, dessen Idee über einen Umzug nach Mitte „länderübergreifend Begeisterung“ ausgelöst habe, noch der von Kultursenator Stölzl habe die Zuhörer elektrisieren können. Die seit zehn Jahren dauernde Debatte um das Berliner Schloss sei also mitnichten glücklich beendet, bemerkt Lehnart. Zu vage seien die Aussagen gewesen. Überhaupt könne man die zähe Argumentation in der Schlossplatzdebatte nur noch mit „mäßiger innerer Teilnahme beschreiben“, würde es nicht immer wieder überraschende Wendungen geben. Doch am Ende solcher Gespräche und Vorträge könne man gespannt sein, „[...] mit welchen ungeheuren Ideen am Ende alle wieder unverrichteter Dinge nach Hause gehen“.<sup>1531</sup>

Ex-Landeskonservator Engel habe mit v. Boddien ein Buch über die Debatte herausgegeben, meldet die *taz*.<sup>1532</sup> Dort habe es geheißen, aus technischer Sicht sei eine „millimetergenaue“ Wiederherstellung des Schlosses möglich.

Als falschen Umgang mit dem DDR-Erbe bezeichnet ein Beitrag der *SZ* den Abriss des „Ahornblattes“ auf der Fischerinsel.<sup>1533</sup> Während man das Stadtschloss wieder aufbauen

---

<sup>1524</sup> Vgl. ebd.

<sup>1525</sup> Vgl. In Kürze. Stadtschloss. Leonhard will Fassade. In: *taz*, 21.06.2000, s. S. 20.

<sup>1526</sup> Vgl. Müller, Katrin Bettina: Idealbau der *Weltkulturen*. *taz*-Debatte zum Schlossplatz (Teil 5): Klaus-Dieter Lehmann, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, plädiert für die Konzentration der Sammlungen auf dem Museums-Schloss-Bezirk. In: *taz*, 22.06.2000, s. S. 22.

<sup>1527</sup> Ebd.

<sup>1528</sup> Vgl. Kommission für Schlossplatz. In: *taz*, 23.06.2000, s. S. 21.

<sup>1529</sup> Vgl. Jauer, Marcus: Gedankengebäude. Wie Boddien Berlin das Stadtschloss einredet. In: *SZ*, 27.06.2000, s. S. 12.

<sup>1530</sup> Vgl. Lehnart, Ilona: Nichts ist sicher, nicht einmal das Schloss. Die Dahlemer Museen haben Sorgen, die Freunde historischer Fassaden auch: Wer will eine „Centre Pompidou“ in Berlin? In: *FAZ* Nr. 148, 29.06.2000, s. S. BS 03.

<sup>1531</sup> Ebd.

<sup>1532</sup> Vgl. Die unendliche Debatte als Buch. In: *taz*, 27.06.2000, s. S. 22.

wolle, reiße man berühmte Betonschalenbauten ab. Exemplarisch schildert die *SZ* das Schicksal des Ingenieurs Ulrich Müther.

In den vergangenen zehn Jahren habe es über den Schlossplatz eine „reine Fassadendiskussion ohne Inhalte“ gegeben, habe Lehmann bei der Vorstellung seines Umzugskonzepts nach Mitte gesagt.<sup>1534</sup> Die Kosten für den Umzug der Dahlemer Exponate würde bis 1,4 Milliarden Mark kosten. Man wolle keine Event-Kultur, sondern Zusammenhänge darstellen, habe Lehmann gesagt. „Zugleich könne Deutschland an dieser ‘ersten Adresse’ eine neue Sichtweise demonstrieren und die Eigenwilligkeit der anderen Kulturen ohne imperiale Geste vorstellen.“<sup>1535</sup> Dies werde auch den Besucherzahlen zugute kommen.

Wieder eine andere Sicht als seine Vorgänger lieferte Christian Semler in dem letzten Teil der *taz*-Serie über den Schlossplatz.<sup>1536</sup> Nichts als ein „Notanker“ sei der Wunsch nach dem Schloss, hervorgerufen durch eine allgemeine gesellschaftliche Verunsicherung. Daher sei es auch falsch, dass das Schloss harmonisch in der Stadtmitte Halt geboten habe. Denn tatsächlich könne die These vom Stadtschloss als archimedischem Punkt innerstädtischer Architektur nur um den Preis einer ideologischen Konstruktion erhoben werden. „Innerhalb dieser Konstruktion vermählen sich das ‘bürgerliche’ Berlin der Prachtstraße Unter den Linden bzw. der angrenzenden Wohngebiete mit dem Areal der verschiedenen königlichen Foren und des Schlosses.“<sup>1537</sup> Heute gehe es nicht so sehr um einen Solitär, den man auf den Schlossplatz stelle, sondern um die städtebaulichen Bezüge, die gemacht würden. Eine funktionierende Ost-West Verbindung müsse entstehen. Vielleicht auch in Form eines Museums. Nähme man den Republikanismus in der Baukunst ernst, so komme ein Wiederaufbau des Schlosses nicht in Frage. „Dieses Hauptwerk der nordeuropäischen Baukunst würde nicht wieder erstehen, nur eine fade Reminiszenz, die als Identitäts-Notanker diene. Aber alles rennet, rettet, flüchtet sich in den sicheren Port der Historisierung.“<sup>1538</sup> Vielleicht wäre Vertagung das Äußerste, was auf dem ehemaligen Schlossareal erreicht werden könne, resigniert Semler.

In der gleichen Ausgabe veröffentlicht die *taz* einen Bericht über die Nachforschungen des Kunstgeschichtlichen Seminars nach Bruchstücken des Stadtschlosses.<sup>1539</sup> Sehr wenig sei zu finden, kaum 200 Stück. Eine Rekonstruktion des Schlosses sei so nicht möglich. „Es wird wohl mittelfristig beim derzeitigen Bestand mit einem Gesamtgewicht von 35 Tonnen bleiben: Viel zu wenig Material, um daraus eine Rekonstruktion des historischen Erscheinungsbildes abzuleiten.“<sup>1540</sup> Ein „historistischer“ Schlosswiederaufbau wäre ein kompletter Nachbau alter Formen in zeitgemäßer Stahlbetonbauweise, ein neuer Eklektizismus, den Denkmalschützer und Studierende des Kunsthistorischen Seminars kritisch bis ablehnend betrachteten, schreibt die *taz*. Grotesk wäre es auch in den Neubau die wenigen erhaltenen Fragmente „zitatähnlich“ einzufügen, um eine „Alibifunktion für den Investor“ zu erfüllen.

---

<sup>1533</sup> Vgl. Stocker, Lisa: Zweierlei Erbe. Das Stadtschloss soll wieder aufgebaut werden – aber die architektonischen Zeugnisse der DDR werden vernichtet. In: *SZ*, 29.06.2000, s. S. 10.

<sup>1534</sup> Vgl. Teures Schlossmuseum. Stiftungspräsident: Ansiedlung von Dahlemer Museum im wiederaufgebauten Schloss kostet 1,4 Milliarden. In: *taz*, 30.06.2000, s. S. 20.

<sup>1535</sup> Ebd.

<sup>1536</sup> Vgl. Semler, Christian: Nur ein Identitäts-Notanker. *taz*-Debatte zum Schlossplatz (letzter Teil): Der Wunsch nach dem Wiederaufbau des Schlosses ist nichts weiter als ein Drang zur Identifikation mit der preußisch-deutschen Geschichte. In: *taz*, 01.07.2000, s. S. 24.

<sup>1537</sup> Ebd.

<sup>1538</sup> Ebd.

<sup>1539</sup> Vgl. Saehrend, Christian: Affen und Blaublüter. Aufgeschlossen, ja dankbar für jeden sachdienlichen Hinweis: Studenten der Humboldt-Uni fahnden nach Überresten des Berliner Stadtschlosses. In: *taz*, 01.07.2000, s. S. 29.

<sup>1540</sup> Ebd.

Anfang Juli kann Lehnart erneut ausführlich in der *FAZ*<sup>1541</sup> über die Schlossplatzdebatte berichten. Anlass ist eine Veranstaltung der Stiftung „Brandenburger Tor“ am 5. Juli 2000 im rekonstruierten Max-Liebermann Haus. Bei dem so genannten „Torgespräch“ habe Wilhelm von Boddien vom Förderverein Berliner Stadtschloss das Publikum mit einer Vermessungsakte des Berliner Katasteramtes aus dem Jahr 1879 überrascht und damit das Argument widerlegt, eine Schlossrekonstruktion scheitere an fehlenden Dokumenten. Präsentiert habe er auch eine „Photogrammetrische Rekonstruktion des Berliner Stadtschlusses“, eine Studie, die von dem Ernst von Siemens Kulturfonds in München finanziert wurde. Bereits Eingangs lässt Lehnart erkennen, dass sie keine Anhängerin des Stadtschlusses ist. Für sie ist die Idee vom Wiederaufbau des Hohenzollernschlusses eines jener „monströsen Phantasmen“<sup>1542</sup>, die sich in Berlin „binnen einer Woche zum konsensfähigen Plan“<sup>1543</sup> verdichten könnten. Doch auch sie unterliegt letztlich der Boddienischen Präsentation. Eigentümlich sei die bezwingende Macht der Bilder und die Machbarkeitsstudie, die Träume beflügeln könnte, schreibe sie am Ende des Artikels. Wer wollte bestreiten, dass die barocken Variationen Schlüters „noch immer hinreißend sind“, ringt Lehnart um Distanz und fragt zum Schluss: „Aber was wäre das Berliner Schloss für die Deutschen?“<sup>1544</sup>

Über die gleiche Veranstaltung schreibt die *taz*, v. Boddien, der seit Jahren um den Wiederaufbau des Stadtschlusses kämpfe, habe angesichts der neuen technischen Verfahren eine baldige politische Entscheidung zu Gunsten des Wiederaufbaus gefordert.<sup>1545</sup> „Wenn der Computer das kann“, habe Stölzl rhetorisch gefragt, „warum machen wir das dann nicht so?“<sup>1546</sup>

Anfang Juli beginnt die *SZ* auf ihrer Berlin-Seite eine Serie über „Die Hauptstadt und ihr Schloss“, in der die Pläne zur Rekonstruktion des Schlusses verhöhnt werden.<sup>1547</sup> Spöttisch heißt es zum Einstieg: „Beate Uhse hat nun wahrscheinlich keine Chance mehr, im Berliner Stadtschloss einen Sex-Großmarkt zu eröffnen. Der Investoren-Wettbewerb für die ‚barocke‘ Shoppingmall im Herzen Berlins ist so sang- und klanglos wieder aus den Gehirnen der Politiker verschwunden, dass er seine fundamentale Debität gar nicht erst entfalten konnte. Doch der einmal entfesselte Irrsinn galoppiert munter in andere Richtung weiter.“<sup>1548</sup> Denn die Errichtung eines Schlusses sei beschlossene Sache. Pläne, wonach der Palast mit dem historischem Schloss ergänzt werden sollte, werde ein „frankensteinsches Monstrum“ entstehen lassen, das man bereits bei der Schlossattrappe gesehen habe.<sup>1549</sup> Der Palast selbst würde am „Schlüterhof“ zu einem schmalen Foyer degradiert werden – absurder könne man die Verhältnisse nicht verdrehen, meint die *SZ*. Im weiteren erklärt die *SZ* ihren Lesern erneut, wie unwichtig und kraftlos die Fassade und wie besonders der Ostflügel gewesen sei, den man gerade nicht rekonstruieren wolle. Der Vorschlag, die außereuropäischen Sammlungen in ein Schloss zu holen, sei grotesk. „Die Vorstellung, dass das Haus der Kulturen der *Welt* aus dem restaurierten Preußen-Schloss heraus agiert, dass also der Kontakt zur Dritten *Welt* über eine pompöse Herrschaftsarchitektur abgewickelt wird, hat etwas Gespenstisches.“<sup>1550</sup> Wenn

---

<sup>1541</sup> Vgl. Lehnart, Ilona: Nun hat der Wahn anscheinend Sinn. Das Orakel spricht aus dem Mund Wilhelm von Boddien und gibt den Berlinern Anleitungen für den Wiederaufbau des Schlusses. In: *FAZ* Nr. 155, 07.07.2000, s. S. BS 01.

<sup>1542</sup> Ebd.

<sup>1543</sup> Ebd.

<sup>1544</sup> Ebd.

<sup>1545</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Computer baut Stadtschloss wieder auf. In: *taz*, 07.07.2000, s. S. 20.

<sup>1546</sup> Ebd.

<sup>1547</sup> Vgl. Knapp, Gottfried: Der geklonte Preußen-Palast. Wie die Befürworter des Stadtschlusses sich vor ihr Projekt stellen, damit man die Probleme nicht sieht. In: *SZ*, 08.07.2000, s. S. 10.

<sup>1548</sup> Ebd.

<sup>1549</sup> Vgl. ebd.

<sup>1550</sup> Ebd.

schon Schloss, dann müsse auch die entsprechende Kunst dort untergebracht werden, damit etwas entstehe, was die „Ehrenbezeichnung“ deutsches Louvre verdient habe.<sup>1551</sup>

Über einen „neuen Schub für das Schloss“ bezeichnet die *Welt* die bevorstehende Bestallung der Expertenkommission.<sup>1552</sup> Der Referatsleiter im Bundesbauministerium für Instandsetzung und Errichtung von Bundesbauten in Berlin, Bernhard Schmidt, habe demnach gesagt, man erarbeite gerade die Kabinettsvorlage für die Berufung der Expertenkommission. Er selbst plädiere für das Schloss und auch die Mitglieder der Kommission tendierten zu 75 Prozent pro Schloss, schätzte Schmidt die Situation ein.<sup>1553</sup>

Im August verkündet die *FAZ* in einer kleinen Meldung<sup>1554</sup>, dass es erstmals keine Mehrheit mehr für den Erhalt des Palastes der Republik gebe. Das habe eine Umfrage von Forsa ergeben. Demnach wollten 36 Prozent die Schlossfassade wiederhaben, 29 Prozent den Palast erhalten, acht Prozent einen modernen Neubau und 23 Prozent eine Parkanlage. Auch die *taz* meldete kommentarlos die neuesten Daten.<sup>1555</sup>

Im August erinnert die *taz* in einer kurzen Meldung an die Palastbesteigung von Gysi und Over (beide PDS).<sup>1556</sup> Im August sei die für Juli angekündigte Expertenkommission noch immer nicht bestellt, meldet die *taz*.<sup>1557</sup> Nun solle es aber Ende August so weit sein.

Das *ND* berichtet, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) habe erklärt, auch er wolle ein Mitglied in die angekündigte Expertenkommission entsenden.<sup>1558</sup> Begründet wird der Vorstoß mit der „wichtigen Rolle“ des DGB innerhalb der Gesellschaft. Darüber hinaus stelle sich der DGB für den Palast ein „soziales und ökologisches Zentrum“ vor, das im Sinne des österreichischen Künstlers Hundertwasser um- und weitergebaut werden sollte.<sup>1559</sup> Eine Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder lehne eine „rückwärtsgewandte Politik“, wie sie durch ein Schloss symbolisiert würde, ab, sei sich der DGB sicher, schreibt das *ND*. Sechs Tage später veröffentlicht das *ND* den gleichen Artikel unter einer anderen Überschrift.<sup>1560</sup>

Die Vorsitzende des Kulturausschusses im Abgeordnetenhaus, Monika Grütters (CDU), habe sich für einen Erhalt des Festsaals im Palast der Republik ausgesprochen, schreibt die *taz*.<sup>1561</sup> Der Saal solle in eine Neugestaltung des Platzes, „wie auch immer diese aussehen mag“, einbezogen werden, sagte Grütters und verwies dabei auf den Kaisersaals im Sony-Center. Zugleich habe sich die Politikerin für eine Volksbefragung zur Zukunft des Areals und des Palastes der Republik aus DDR-Zeiten ausgesprochen.

Zwei Tage vor dem 10. Jahrestag der Palastschließung veröffentlichte die *taz* einen Artikel, in dem über die Aktionen der Palastfreunde berichtet wurde.<sup>1562</sup> Rada konstatiert angesichts der Fülle an Internetprojekten, die den Palast virtuell in Besitz nehmen, es handele sich bei der Debatte nicht nur um einen Ost-West Gegensatz, sondern auch um einen Generationenkonflikt. „Die Lebenswelt des 21. Jahrhunderts“, von der die grüne Bundestagsabgeordnete Eichstädt-Bohlig spricht, erschöpft sich eben nicht in Diskos oder

---

<sup>1551</sup> Vgl. ebd.

<sup>1552</sup> Vgl. Guratzsch, Dankwart: Neuer Schub für Pläne zum Wiederaufbau des Schlosses. Kabinett will Expertenkommission berufen. In: *Die Welt*, 28.07.2000, s. S. 22.

<sup>1553</sup> Vgl. ebd.

<sup>1554</sup> Vgl. Kleine Meldungen. In: *FAZ* Nr. 181, 07.08.2000, s. S. BS 02.

<sup>1555</sup> Vgl. In Kürze. Wiederaufbau. Schloss statt Neubau. In: *taz*, 07.08.2000, s. S. 20.

<sup>1556</sup> Vgl. Gysi über Berlin 4. Palast der Republik. In: *taz*, 08.08.2000, s. S. 20.

<sup>1557</sup> Vgl. Experten über Schlossplatz. In: *taz*, 09.08.2000, s. S. 19.

<sup>1558</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Ein Hundertwasser-Haus für den Schlossplatz. Neuer DGB-Vorschlag. Expertenkommission soll noch in diesem Monat berufen werde. In: *ND*, 08.08.2000, s. S. 17.

<sup>1559</sup> Vgl. ebd.

<sup>1560</sup> Vgl. Kammer, Bernd: DGB will Palast als soziales Zentrum. Bund beruft Expertenkommission zum Schlossplatz. In: *ND*, 14.08.2000, s. S. 13.

<sup>1561</sup> Vgl. CDU- Expertin will Festsaal erhalten. In: *taz*, 14.08.2000, s. S. 20.

<sup>1562</sup> Vgl. Rada, Uwe: Der Palast der Republik lebt. Zehn Jahre nach der Schließung ist wieder Leben im Palast – zumindest virtuell. In Berlins Mitte stehen sich längst nicht nur Schloss- und Palastfans gegenüber, sondern auch zwei Generationen. In: *taz*, 17.08.2000, S.19.

Konzerten wie im alten Palast oder dem Umzug einer ethnologischen Sammlung. Zeitgenössische Kunst und Kultur gehören ebenso dazu wie Internet oder multikulturelle Gesellschaft.<sup>1563</sup> Oder, wie es im „Project Peace World Ballroom“ heißt: „Die Vision eines zentralen, medial vernetzten Bürgerzentrums, eine Plattform für kulturelle, ökologische, ökonomische, ethische und spirituelle Themen (also im weitesten Sinne politisch), wo NGO-Parlamente stattfinden können, jeder Bürger sich politisch einbringen und artikulieren kann, parallel zu Kunst, Kultur und Gastronomie.“<sup>1564</sup>

Geistreich schreibt Rada in der gleichen *taz*-Ausgabe, warum das Stadtschloss hingegen noch nicht lebe.<sup>1565</sup> Erst kürzlich habe der „selbsternannte Schlossherr“ v. Boddien Pläne präsentiert, mit denen man das Schloss wieder aufbauen könne, aber das reiche eben nicht aus. „Hätte, wäre, wenn. Zwar hat die illustre Riege der Schlossbefürworter, darunter auch die grüne Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer oder Brandenburgs Ex-Sozialministerin Regine Hildebrandt (SPD), inzwischen die Lufthoheit über die Debatte erobert. Allein, es fehlt an Investoren, mehr aber noch an überzeugenden Nutzungskonzepten“<sup>1566</sup>, schildert Rada das Problem. Zwar habe sich auch Schröder für das Schloss eingesetzt, aber nun komme die angekündigte Expertenkommission und schaue sich alles noch mal an. Auch ausgemachte Freunde des Palastes werden ihr angehören, weiß die *taz* und zählt die Namen auf, über die inzwischen in der Presse spekuliert werde. Stimme die bisher bekannt gewordene Liste, werde die Zahl der Schlossbefürworter in der Runde nicht so erdrückend sein wie in der öffentlich geführten Debatte, mutmaßt die *taz*, warnt aber zugleich vor Übermut. Denn ein Referatsleiters im Bauministerium habe kürzlich verraten, die Tendenz sei zu 75 Prozent „pro Schloss“.<sup>1567</sup>

Man solle v. Boddien ein Denkmal setzen, egal, was auf dem Schlossplatz gebaut werden, meint die ZEIT, denn ohne ihn hätte es diese „größte Architekturdebatte des Landes“ nie gegeben.<sup>1568</sup> Die Geschichte des Schlosses, ihre Sprengung, den Bau des Palastes, die Sitzung der Volkskammer 1990 – das alles fasst die ZEIT zusammen und kommt zum Schluss, dass man ein „mehrdimensionales Denkmal“ schleifen müsse, um ein anderes Denkmal – das Schloss – „nachzuschöpfen“. Denn eine „vermittelnde Lösung“ gebe es nicht. Es gehe den Schlossfreunden aber nicht um „Lehren aus der Geschichte“, sonst müssten sie wohl für den Palast sein; es gehe ihnen um Ästhetisierung. Dabei sei das Schloss gar kein Einzelfall, sondern sei „Teil eines breiten geistigen Wandels“.<sup>1569</sup> Die gebaute *Welt* werde nicht mehr als „Archiv“ oder „Speicher“ von Geschichte begriffen. Daher solle die Kommission den Palast erhalten und den Platz „behutsam“ umgestalten. Das „Ensemble von *Weltgeltung*“, von dem die Schlossfreunde redeten, stünde dann vor ihnen – in Form der Museumsinsel mit seinen tatsächlich alten Bauten.<sup>1570</sup>

Ende August lokalisiert die *taz* einen weiteren Generationenkonflikt im Denkmalschutz.<sup>1571</sup> Diejenigen, die als junge Menschen die Gründerzeitbauten schützenswert gehalten hätten, wollten nun die Nachkriegsmoderne abräumen – und stünden der „Generation Alex“ gegenüber, die jene Moderne gerade für sich entdeckte.<sup>1572</sup> „In beiden Fällen handelt es sich

---

<sup>1563</sup> Ebd.

<sup>1564</sup> Ebd.

<sup>1565</sup> Vgl. Rada, Uwe: Das Stadtschloss lebt noch nicht. Die Befürworter eines Neubaus des alten Hohenzollernschlosses in der Mitte Berlins werden immer mehr. Nachdem ein Investorenverfahren ohne Ergebnis blieb, soll nun eine Expertenkommission die Zukunft des Schlossplatzes klären. In: *taz*, 17.08.2000, s. S. 19.

<sup>1566</sup> Ebd.

<sup>1567</sup> Vgl. ebd.

<sup>1568</sup> Vgl. Rauterberg, Hanno: Deutscher Nachlass. In: DIE ZEIT Nr. 35, 24.08.2000, s. S. 33.

<sup>1569</sup> Vgl. ebd.

<sup>1570</sup> Vgl. ebd.

<sup>1571</sup> Vgl. Rada, Uwe: Zukunft der Moderne. Vom Abrissbagger zur „Generation Alex“. In: *taz*, 29.08.2000, s. S.

19.

<sup>1572</sup> Vgl. Ebd.

um eine Aneignung durch jene, die nicht die Adressaten der herrschenden Stadtplanungspolitik waren und sind. Mit einem Unterschied allerdings: Die Pioniere von heute haben nun die zu Amt und Würden gekommenen Pioniere von damals zum Gegner.<sup>1573</sup> Aus Anlass des 50. Jahrestages der Sprengung des Berliner Schlosses fragt Schuller am 7. September 2000 in der *FAZ*<sup>1574</sup>, woran angeknüpft werden solle, wenn das Schloss wieder aufgebaut werde. Seine Betrachtung beginnt Schuller mit den Kellerresten auf dem Schlossplatz. Wie durch die Aussparungen moderner Operationen öffne sich hier der Blick in das Innere der gefallenen Residenz mit seinen Spül- Brat und Mundküchen. Doch das Schloss mit der Denkmalpflege begründen zu wollen, sei ein Irrtum. Denn sie bewahre nur das, was ist und zwar wertfrei. Reste nationalsozialistischer Bauten in Nürnberg ebenso wie Reste des Konzentrationslagers Sachsenhausen. Wer daher wieder das Schloss in Berlin errichten wolle, der „[...] will einen Anknüpfungspunkt schaffen für wertende Identifikation.“<sup>1575</sup> Eine Rekonstruktion sei aus dieser Sicht nur dann sinnvoll, wenn die vergangene Form Erinnerungen und Eindrücke vermittele, die „politische Grundwerte der Gegenwart“ betonten. Doch genau hier tauchten Schwierigkeiten auf, denn welche Bauphase der letzten 500 Jahre sei so wertvoll, dass sie wieder gebaut werden sollte, fragt Schuller. Historisch authentisch sei eben nur die Ruine der Kellerreste, gibt er zu bedenken. Angesichts der hierarchischen und unpluralen Ikonologie des Schlosses sei abzusehen, dass keiner der vergangenen Zustände sich als geeignet erweise, „[...] in unveränderter Form Ausdruck für politische Wertvorstellungen des 21. Jahrhunderts zu werden“.<sup>1576</sup> Als Lösung bleibe daher nur eine „interpretierende Rekonstruktion“, die sich auf das 21. Jahrhundert beziehe. Ohne sich auf eine Position zu versteifen, schreibt auch das *ND* aus Anlass des 50. Jahrestags des Beginns der Schlosssprengung.<sup>1577</sup> Es sei um einen „ideologischen Befreiungsschlag“ gegangen, um einen Feldzug gegen die Monarchie und den Militarismus, der durch den Kalten Krieg noch verstärkt worden sei. Zehn Jahre debattiere man nun über den Schlossplatz. Der Streit sei zu emotional, ein „lokalpatriotisches Gezänk“ und „regierungsamtliche Chefsache“, so dass kaum eine vernünftige Lösung gefunden werden könne, meint das *ND*. Inzwischen verschiebe sich die Debatte zugunsten einer Neubebauung; doch davon abgesehen stehe fest: Es gehe um mehr, als nur um eine Gebäude, es gehe um Geschichte. „Und doch, abseits solcher bedeutungsschwangeren Bedrückung mag der Sommer 1993 ein wenig hilfreich gewesen sein. Schloss-Vorkämpfer Wilhelm von Boddien hatte die Leichtigkeit des Seins vorgeführt: Seine gelb bemalte Attrappe gaukelte einen Sommer lang vor, wie der Platz mit dem Schloss wieder aussehen könnte. Als er die Planen abbaute, wurde die Wunde plötzlich spürbar.“<sup>1578</sup> Die Debatte werde weitergehen, meint das *ND* abschließend. Eigentlich müsse die Aussicht aus dem Dienstzimmer des Kanzlers schön sein, meint die *SZ* im Hinblick auf das Staatsratsgebäude.<sup>1579</sup> Wäre da nicht dieser hässliche Platz, über dessen Nutzung sich die Berliner nicht entscheiden könnten. In der gleichen Ausgabe schreibt der Vorstandsvorsitzende der Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt am Main-Berlin, Joachim-Felix Leonhard, seine Vision von einer lebendigen Mitte.<sup>1580</sup> Losgelöst von der

<sup>1573</sup> Ebd.

<sup>1574</sup> Vgl. Schuller, Konrad: Der authentische Zustand des Berliner Stadtschlusses und das Ruinenfeld unter Rollrasen. Woran soll angeknüpft werden, wenn das vor fünfzig Jahren gesprengte Bauwerk wieder aufgebaut wird? In: *FAZ* Nr. 208, 07.09.2000, s. S. 03.

<sup>1575</sup> Ebd.

<sup>1576</sup> Ebd.

<sup>1577</sup> Vgl. Nölte, Karin: 13 Tonnen Dynamit im kalten Krieg. Vor 50 Jahren begann die Sprengung des Berliner Stadtschlusses. In: *ND*, 11.09.2000, s. S. 13.

<sup>1578</sup> Ebd.

<sup>1579</sup> Vgl. Lottmann, Joachim: Gerhard und Erich. In: *SZ*, 12.09.2000, s. S. 13.

<sup>1580</sup> Vgl. Leonhard, Joachim-Felix: Palast der Denker. Warum die Wissenskultur der Moderne am Schlossplatz untergebracht werden sollte – Plädoyer einer lebendigen Mitte. In: *SZ*, 12.09.2000, s. S. 13.

Frage nach der richtigen Fassade plädiert Leonhard für „eine Art Centre Pompidou für Berlin im 24-Stunden-Betrieb“ in Form einer riesigen Mediathek.

Am 12. September 2000 wurde die Namensliste der Expertenkommission für den Schlossplatz veröffentlicht. Die einzige Überraschung sei dabei der Vorsitzende Hannes Swoboda gewesen, meint die *FAZ*<sup>1581</sup> und publiziert mit ihm ein kurzes Gespräch. Wie er zu der Bestallung als Vorsitzender der Expertenkommission wurde, wisse er nicht; er habe als Stadtbaurat in Wien „gute Kontakte zu Volker Hassemer“ gehabt und sei mit ihm auch auf „der Öde des Schlossplatzes“ gewesen, verrät Swoboda die Hintergründe seiner Nominierung. Seine Hauptaufgabe wird es sein, die Emotionalität aus der Debatte zu nehmen und alle Seiten zu einer „stringenten Argumentation zu verpflichten.“ Dass am Ende alle zufrieden seien, dürfe nicht das Ziel der Kommission sein. Darüber hinaus sei er ein erklärter Gegner fauler Kompromisse. Er wolle ein „Entweder-Oder“, sagte Swoboda in der *FAZ*. Neben dem Interview schrieb Illies einen Beitrag<sup>1582</sup> in der gleichen Ausgabe der *FAZ*. Angesichts der vorliegenden Namensliste habe man den Eindruck, spottet Illies, dass „[...] außer dem Müttergenesungswerk und der Gewerkschaft der Eisenbahner eigentlich jede gesellschaftlich relevante Gruppe vertreten“<sup>1583</sup> sei. Die Kompromisseligkeit der alten Bundesrepublik habe sich „auf geradezu groteske Weise mit der milden Toleranz des Runden Tisches vermählt“, so Illies, und nennt im weiteren die Namen der zukünftigen Experten. Die Namensliste, die offenbar von Bundesbauminister Klimmt zusammengestellt wurde, solle am 27. September 2000 vom Bundeskabinett bestätigt werden, weiß die *FAZ*. Doch keine Kommission sei vonnöten, sondern eine Entscheidung. Denn nun drohe die neu entfachte Debatte um den Schlossplatz in diesem Gremium zu versanden. Und das ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als sich „politisch eine Mehrheit für eine Rekonstruktion“ abzeichnet und der Vorschlag Lehmanns bezüglich der Museumsverlegung „rasch zahlreiche Fürsprecher“ gefunden habe. Auch die *SZ* veröffentlicht die Namensliste und fügt knapp hinzu, für was die Experten (vermutlich) stimmen würden.<sup>1584</sup> Hoffnungsvoll sei einzig der Vorsitzende, Hannes Swoboda. Der Ex-Stadtbaurat Wiens und SPÖ-Abgeordnete des Europäischen Parlaments sei bekannt dafür, dass er historisch denke und ein Anhänger städtischer Verdichtung sei. Doch am verheißungsvollsten sei seine Abneigung gegen Kompromisse.

Obwohl noch keine endgültige Entscheidung über die Zukunft des Palastes der Republik getroffen ist, verschwinde das Gebäude zusehends, bemerkt die *taz* wehmütig.<sup>1585</sup> Bauarbeiter räumten asbestverseuchte Decken, Wände und Träger aus dem Haus. Große Teile der Glasfassade seien demontiert, und hinter der staubdichten Plane werde der Palast als Rohbau sichtbar. 2001 werde von dem einstigen DDR-Plenar- und Kulturgebäude nur noch die Stahlkonstruktion übrig sein. Der Beschluss des früheren Bauministers Klaus Töpfer aus dem Jahre 1996, den Palast bis „auf das Gerippe“ zu sanieren, habe sich damit erfüllt.<sup>1586</sup> Was endgültig mit dem Bau geschehen werde, solle eine Expertenkommission klären, wiederholt die *taz*.

Am Tag der 10. Wiederkehr der Palastschließung am 19. September 2000 veröffentlichte die *taz* einen langen Artikel der Denkmalpflegerin Simone Hain, der voller kaum bekannter Details ist.<sup>1587</sup> Die Mitarbeiter, mindesten 1.000 Menschen, seien vor zehn Jahren einfach am

---

<sup>1581</sup> Vgl. Ich will keinen Kompromiss. Ein Gespräch mit Hannes Swoboda über seine Schlossplatzpläne. In: *FAZ* Nr. 213, 13.09.2000, s. S. BS 01.

<sup>1582</sup> Vgl. Illies, Florian: Hannes Swoboda, bitte übernehmen Sie. Wer rettet uns vor der Expertenkommission Schlossplatz? In: *FAZ* Nr. 213, 13.09.2000, s. S. BS 01.

<sup>1583</sup> Ebd.

<sup>1584</sup> Vgl. Schloss Platz. Fragen. In: *SZ*, 14.09.2000, s. S. 12.

<sup>1585</sup> Vgl. Offene Debatte. Palast oder Schloss. In: *taz*, 19.09.2000, s. S.18.

<sup>1586</sup> Vgl. ebd.

<sup>1587</sup> Vgl. Hain, Simone: Ein ungefüllter Freiraum. Heute vor 10 Jahren wurde kurz vor der Wiedervereinigung der Betrieb der Volkskammer eingestellt. Seither steht der Palast der Republik leer. In Wendezeiten wollte der Runde Tisch auf Antrag der CDU dort noch einen Freiraum des Denkens einrichten. In: *taz*, 19.09.2000, s. S. 18.

Betreten ihrer Arbeitsplätze gehindert worden. Die Zeit habe gedrängt. „Drei Wochen später wäre dem Bundeskanzleramt der vereinigten deutschen Republiken die Verantwortung für die Personalkosten und den Unterhalt des Palastes der Republik zugefallen. Doch darüber konnten der Ministerrat der DDR und der Verhandlungsführer Günter Krause kein Einvernehmen erwirken.“<sup>1588</sup> Zur Begründung des für Hain zumindest arbeits-, aber vermutlich auch verfassungsrechtlich justiziablen Vorganges (Auflösung eines Parlamentsbetriebes) sei ein Asbestgutachten der Firma Tepasse nachgeschoben worden, dessen inoffiziell in Umlauf gebrachtes Resultat vom ersten Tag an angefochten worden sei. Vielleicht hatte man eine erneute Besetzung durch Künstler verhindern wollen, mutmaßt Hain. Schon am 4. März 1990 hatten Künstlerinitiativen in einer Aktion „Bürger für Bürger“ das Bauwerk in ein „Haus des Volkes“ umbenannt. „Sie wollten damals den Auftrag des Runden Tisches bekräftigen, der die Regierung der DDR aufgefordert hatte, ‘jede Nutzung, Vergabe oder Veräußerung des Palastes der Republik für kommerzielle und repräsentative Zwecke zu unterlassen’.“<sup>1589</sup> Mit der Umwidmung habe der Runde Tisch auf Antrag der CDU Künstlern und Kulturschaffenden der DDR ein lebendiges Denkmal setzen wollen, die „in Bildern von aufstörendem Sinn“ den Geist des Widerspruchs und des Zweifels an ein mündiges Publikum vermittelt hätten, schreibt Hain. Am 11. Oktober 1990 sei in dem Volkshammersaal noch eine Belegschaftsversammlung abgehalten worden, auf der nicht nur von einer dramatischen Asbestbelastung die Rede war, sondern auch soziale Zusicherungen gemacht worden seien. Auch die übliche Annahme, die Volkskammer selbst habe den Palast abgewickelt, sei eine Legende. Erst am 29. Oktober 1990 – also nach der Wiedervereinigung – habe die Bundesrepublik Deutschland die Auflösung des Palastes der Republik zum 1. November 1990 verfügt.<sup>1590</sup> Trotzdem sei damals kein Politiker auf die Idee gekommen, dort ein Schloss hinbauen zu wollen. „Hunderte Veranstaltungen, sanfte Belagerungen, Podiumsgespräche, die Internetseiten und neuerdings eine Filmproduktion haben auf die schwere politische Hypothek, die der konzeptlose Vereinigungsprozess vor nunmehr zehn Jahren in der Berliner Mitte hinterlassen hat, unermüdlich hingewiesen.“<sup>1591</sup> Daher sei es ein Zeichen von Beschränktheit, wenn der Staat dieses Gebäude nun „wegwerfe“, beendet Hain ihren Beitrag.

Am gleichen Jahrestag schreibt auch das *ND* über den Palast.<sup>1592</sup> Der Einstieg erfolgt wieder über eine Aufzählung der Inneneinrichtungen mit den „13 Kneipen“, Geburtstagsfeiern und Hochzeiten. Sogar die WC-Anlage sei „auf Westniveau“ gewesen, schwärmt Bernd Kammer im *ND*.<sup>1593</sup> Im Weiteren berichtet Kammer über einen ehemaligen Mitarbeiter des Palastes, Klaus Wons, der für den Jugendtreff zuständig gewesen war. Wons sei inzwischen Mitglied des Sprecherrates der ehemaligen Palastmitarbeiter, die sich für eine Wiedereröffnung des Baus einsetzten. Für sie sei der Palast klar aus ideologischen Gründen geschlossen worden. Hoffnung habe gekeimt, als die Regierung Kohl abgewählt worden sei. Doch drei Monate nach der Wahl habe Schröder sich ein Schloss gewünscht. „Zum Dank begrüßten ihn die Mitarbeiter bei seinem Einzug in Berlin mit bissigen Transparenten.“<sup>1594</sup> Trotz dieser Rückschläge habe Wons seine Hoffnung nicht aufgegeben. Inzwischen habe man im Internet den Palast wieder eröffnet, und statt über die Fassade rede man nun mehr über die Nutzung des Gebäudes. Wolle man eine öffentliche Stätte schaffen, werde man an dem Palast nicht vorbei kommen, sei sich Wons sicher. Deshalb lasse er auch nicht nach bei seiner Lobby-Arbeit für seine ehemalige Arbeitsstätte.

---

<sup>1588</sup> Ebd.

<sup>1589</sup> Ebd.

<sup>1590</sup> Vgl. ebd.

<sup>1591</sup> Ebd.

<sup>1592</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Palast-Lobby mahnt und mailt. Vor zehn Jahren wurde das Haus geschlossen. Im Internet wird es geöffnet. In: *ND*, 19.09.2000, S. 03.

<sup>1593</sup> Vgl. ebd.

<sup>1594</sup> Ebd.

Die *SZ* veröffentlicht ebenfalls eine Reportage mit Klaus Wons, die der Version des *ND* sehr ähnlich ist.<sup>1595</sup>

Am 27. September 2000 war es tatsächlich so weit, die Expertenkommission sollte vom Bundeskabinett abgesegnet werden. Die *FAZ*<sup>1596</sup> berichtet aus diesem Anlass erneut ausführlich über alle Aspekte der bisherigen Debatte und erklärte bereits die Tatsache, dass sich Kanzler und Minister mit dem Thema beschäftigen müssen, für eine „veritable Sensation.“ Den Beginn der Debatte setzt Wefing in das Jahr 1993, als ein „Häuflein belächelter Spinner“ das Schloss auf Plastikplanen erstehen ließen. Dass aus dem Wunsch nach einer Rekonstruktion nach sieben Jahren eine „Staatsfrage“ wurde, die von allen Seiten Zustimmung bekomme, habe mehrerer Gründe. Wefing zählt dazu den „Überdross an der Hässlichkeit der Stadtmitte“, das nicht Hinnehmen wollen der „ideologischen Barbarei“ der Sprengung, das „Unbehagen an der modernen Architektur“ und den „Wunsch nach einem vertrauten Maßstab“ und „bewährten Formen“.<sup>1597</sup> Wefing nennt das Warschauer Stadtschloss und die Dresdner Frauenkirche als leuchtende Beispiele für gelungene Rekonstruktionen. Angesichts des „Gemenges aus Argumenten und Gefühlen“ seien die Schlossgegner in die Defensive geraten, bemerkt Wefing, und nennt auch ihre Argumente: Respekt vor dem Original, Berlin als stetig sich neu erfindende Stadt der Moderne, moderne Architektur als Identitätsstifter, ungeklärtes Nutzungskonzept – kaum noch höre man diese Einwände. Die Kommission selbst, die im übrigen „nichts entscheiden“ werde, lasse erkennen, dass sie mehrheitlich eine Teil- oder Totalrekonstruktion des Schlosses favorisiere, weiß Wefing. Wer Mitglied der Kommission werde, habe Klimmt und der Berliner Stadtentwicklungssenator Strieder daher „gründlich überlegt“. Anders als in anderen Beiträgen der *FAZ* plädierte Wefing nun für einen langsamen Entscheidungsprozess. Was immer auf dem Schlossplatz gebaut werde, es werde das „[...] Gesicht der Hauptstadt mindestens für die nächsten hundert Jahre prägen.“<sup>1598</sup> Nichts wäre daher fataler, als „übereilt zu handeln“, mahnt Wefing zur Ruhe.

Ende September berichtet das *ND* über eine Diskussionsveranstaltung in der Berliner Urania.<sup>1599</sup> Obwohl der Streiter an der „vordersten Fassadenfront“, Wilhelm von Boddien, „zur Höchstform“ aufgelaufen sei, sei die Veranstaltung kein Heimspiel für die Schlossfans gewesen. Als Boddien's Gegner seien Conradi und Stimmann geladen gewesen; beide wollten zuerst die Nutzung geklärt haben, und nicht die Fassade des Neubaus auf dem Schlossplatz. Stimmann habe sich „vehement“ dafür ausgesprochen, den Palast als die „Leistung der Ostdeutschen“ in einen Neubau zu integrieren. Boddien habe schon den Schlüterhof „verschandelt“ gesehen, da sei ihm die „Stimme des Ostens“ beigesprungen. Der Palast sei kein Identifikationsobjekt der Ostdeutschen, überraschte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse die Runde. Als Haus des Volkes kenne er ihn nicht, und in 20 Jahren krähe kein Hahn mehr nach ihm.<sup>1600</sup> Man habe verstanden, warum Thierse den Wiederaufbau des Schlosses forderte, schreibt das *ND*.

Eine knappe Mehrheit der Berliner Abgeordneten sei für das Schloss, meldete die *taz* im Oktober; 47 Prozent seien dagegen.<sup>1601</sup>

---

<sup>1595</sup> Vgl. Jauer, Marcus: Ballast der Vergangenheit. Vor zehn Jahren wurde der Palast der Republik geschlossen – nicht nur, weil er mit Asbest verseucht war. In: *SZ*, 20.09.2000, s. S. 10.

<sup>1596</sup> Vgl. Wefing, Heinrich: Aus Leinwänden könnten Zollernmauern werden. „In welchem Style sollen wir bauen?“: Heute setzt das Bundeskabinett die Kommission zur künftigen Gestalt des historischen Berliner Schlossplatzes ein. In *FAZ* Nr. 225, 27.09.2000, s. S. 58.

<sup>1597</sup> Vgl. Ebd.

<sup>1598</sup> Ebd.

<sup>1599</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Schloss-Palast: Oder was braucht Berlin? Auch in der Urania blieb die Frage unentschieden. In: *ND*, 30.09.2000, s. S. 09.

<sup>1600</sup> Ebd.

<sup>1601</sup> Vgl. Schloss nur knapp gewünscht. In: *taz*, 11.10.2000, s. S. 20.

Angesichts der sich verzögernden Konstituierung der Expertenkommission kommentiert die *taz*, es bringe nichts, wenn immer wieder Politiker in der Sache ihre Meinung kundtäten.<sup>1602</sup> Auch die von der FDP ins Spiel gebrachte Drohung mit dem Bundestag führe zu nichts.<sup>1603</sup> Denn ob es damit gelänge, den unhaltbaren Zustand aus Unentschiedenheit, Mutlosigkeit und Personengeschacher zu beschleunigen, bleibe dabei fraglich. „Klar ist auch, dass eine Entscheidung für oder gegen den Wiederaufbau des Schlosses durch den Bundestag nicht herbeigeführt werden kann. Dafür haben die Abgeordneten keinen Auftrag.“<sup>1604</sup> Eine „Enttabuisierung“ sei jetzt notwendig. Denn die Vorentscheidungen von Parteien, Verbänden und Architekten für die Schlossrekonstruktion wögen schwer. Der Architektur der Moderne gebe kaum noch jemand eine Chance. Damit verspiele man die Aussicht auf ein Zukunftsprojekt und übereigne sich selbst der Nostalgie, warnt Lautenschläger. In einem satirischen „Exposé“ schreibt die *taz* über die Sprengung des Stadtschlusses.<sup>1605</sup> Demnach habe Ulbricht sich notiert: „Zwar spät, aber nicht zu spät reiht diese Tat uns endlich würdig in die ruhmreiche Geschichte des proletarischen Widerstands ein – [...] beginnend mit den Französischen Revolutionären, [...] bis zu den Deutschen Kommunisten, die mit der Sprengung des Hohenzollernschlusses das Zentrum der Reaktion und des preußischen Militarismus auslöschten.“<sup>1606</sup> Wie man wisse, sei der Schlossbau von den Hohenzollern 1451 durch eine ihrer „üblen Intrigen“ erzwungen worden – zur Bekräftigung der Unterordnung des Berliner Bürgertums: Es musste dafür zahlen. Die DDR habe dann an Stelle dieses „Bauwerks der Schande“ den Palast der Republik errichtet, der nun wieder einem privaten Schlossneubau weichen solle.

Am 1. November 2000 meldet die *taz*, dass nun endlich die schon lange angekündigte Expertenkommission vorgestellt werden solle.<sup>1607</sup>

Die von den Grünen für die Kommission nachnominierte Eichstädt-Bohlig meinte in der *Welt*, sie vermisse in der Expertenrunde „internationales Flair“.<sup>1608</sup> So habe sie sich beispielsweise gewünscht, dass auch der Direktor des Centre Pompidou Mitglied der Experten werde. „Eine Geschäftsordnung und einen Aufgabenkatalog, der die Arbeitsschritte der Kommission regelt, gibt es noch nicht“<sup>1609</sup>, weiß die *Welt* von den verwaltungstechnischen Formalien zu berichten und veröffentlicht die 23 Namen der „Internationalen Expertenkommission Historische Mitte Berlin“.<sup>1610</sup>

Im November beginnt in der *Welt* auch die publizistische Serie „Das Schloss bauen?“, das bereits in der Namensgebung als Pro-Schloss-Initiative zu erkennen ist. In den veröffentlichten Beiträgen dominiert denn auch die Parteinahmen für den Wiederaufbau der Hohenzollernresidenz.

In einem Kommentar meint die *Welt*, nun gehe die Schlossplatzdebatte in die letzte Runde.<sup>1611</sup> Zwar sei die Kommission mit drei Ausländern nicht besonders international, aber Kompetenz in dieser Frage sei nicht vom Pass abhängig. Der Vorsitzende Swoboda zeige sich sympathisch-pragmatisch und auch sei er weit genug entfernt von Berlin, um nicht parteiisch

---

<sup>1602</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Schlosskommission. Schluss mit der Gefühlsduselei. In: *taz*, 18.10.2000, s. S. 19.

<sup>1603</sup> Vgl. Junge, Barbara, Lautenschläger, Rolf: Schlossdebatte hebt ab. Bundesbauminister Reinhard Klimmt gegen den Wiederaufbau. Expertenkommission soll noch im Oktober benannt werden. Der FDP dauert das zu lange. Sie fordert eine Debatte im Bundestag. In: *taz*, 18.10.2000, s. S. 19.

<sup>1604</sup> Lautenschläger, *taz*, 18.10.2000, S.19.

<sup>1605</sup> Vgl. Höge, Helmut: Normalzeit. Helmut Höge zur Lage der Detonation. Ein Explosé. In: *taz*, 19.10.2000, s. S. 23.

<sup>1606</sup> Ebd.

<sup>1607</sup> Vgl. Experten für den Schlossplatz. In: *taz*, 01.11.2000, s. S. 19.

<sup>1608</sup> Vgl. Soldt, Rüdiger: „Das Schloss wird nicht vor 2003 gebaut“. Probleme mit der Akzeptanz: Der CDU fehlen die Schloss-Fans, die Grünen vermissen Internationalität. In: *Die Welt*, 01.11.2000, s. S. 42.

<sup>1609</sup> Ebd.

<sup>1610</sup> Vgl. Mitglieder der Schlossplatz-Kommission. In: *Die Welt*, 01.11.2000, s. S. 18.

<sup>1611</sup> Vgl. Haubrich, Rainer: Schloss, letzte Runde. In: *Die Welt*, 01.11.2000, s. S. 01.

zu sein.<sup>1612</sup> Die Debatte habe immer weiter an polemischer Schärfe verloren, sei sachlicher geworden, habe an Substanz gewonnen – zahlreiche Fragen seien aber noch immer ungeklärt. „Nichts spricht dagegen, nun ein neutrales Gremium aus respektablen Experten noch ein weiteres Jahr lang Vorschläge erarbeiten zu lassen“.<sup>1613</sup>

Auch die *FAZ*<sup>1614</sup> berichtet nun erneut in dieser Angelegenheit. Das Bundeskabinett habe am 1. November 2000 die Kommission „Historische Mitte Berlins“ berufen; der Berliner Senat habe eine solche Entscheidung bereits am 31. Oktober 2000 getroffen, berichtet die *FAZ*. Zehn Monate nach dem Einsetzungsbeschluss von Bund und Land stünden nun auch die 17 Mitglieder der Kommission fest. Sie hätten Zeit bis Ende 2001, um konkrete Ergebnisse vorzulegen. Klimmt und Diepgen hätten erklärt, die „Wunde Berlins“ – so bezeichneten sie den Schlossplatz – müsse dauerhaft geheilt werden. Doch habe sich auch bei der Presseerklärung eine Meinungsverschiedenheit gezeigt. So habe Klimmt für ein „ergebnisoffenes Vorgehen“ der Kommission plädiert, während Diepgen in einem „persönlichen Bekenntnis“ noch mal für eine weitgehende Rekonstruktion des Schlosses warb. Auch die Berliner wollten das Schloss, versicherte er, wie auch Kanzler Schröder. Hier zitiert die *FAZ* erneut Schröders Aussage über den „monströsen“ Palast und das er lieber ein Schloss dort hätte. Mehrfach habe Diepgen versichert, dass am Ende die Politik entscheiden müsse über den Bau eines Gebäudes, dass „auch in 300 Jahren noch stehen solle.“<sup>1615</sup> Das Ergebnis der Kommission müsse daher nicht übernommen werden. Unklar bliebe auch, ob „[...]“ nach dem Berliner Abgeordnetenhaus auch der Bundestag noch einmal Stellung zu nehmen habe.“<sup>1616</sup> Klimmt ließ diese Frage offen, Diepgen bezweifelte sie indirekt. Auch das *ND* berichtete sachlich über die neue Kommission.<sup>1617</sup>

Die *Welt* fasste die Aufgaben der Kommission zusammen und fügt im Vergleich zu den anderen Zeitungen keine neuen Erkenntnisse oder Kommentare hinzu.<sup>1618</sup>

In der *taz*-Version konnte man lesen, Diepgen habe ganz mit dem Habitus des Landesvaters erneut gegen jede Form der äußeren Einmischung bei der zukünftigen Bebauung des Schlossplatzes „gepoltert“.<sup>1619</sup> Die „Wiedergewinnung der Mitte der Stadt“ bleibe „eine ureigene Angelegenheit Berlins“. Das Votum der neu eingesetzten Expertenkommission, die Empfehlungen zur Nutzung, Finanzierung und Architektur für den zentralen Standort erarbeiten soll, bedeute für Berlin „keine Automatik“ in der Umsetzung der Vorschläge. Denn was dort, wo jetzt noch der Palast der Republik steht, gebaut werden müsse, sei für Diepgen und „die Mehrheit der Berliner schon längst klar“: In die historische Mitte gehöre das rekonstruierte Stadtschloss. Der Grund für Diepgens Einsatz sei auch die Besetzung der Kommission, die nicht mehrheitlich für das Schloss sei.

In einem Kommentar bezeichnet die *taz* die Kommission als „ausgewogen“.<sup>1620</sup> Beide Parteien seien vertreten, und doch gehe es nicht um die Frage, ob ein Schloss gebaut werde. „Nur in einem Punkt darf sich die Fachrunde jetzt schon festlegen: Der Schlossplatz als

---

<sup>1612</sup> Vgl. ebd.

<sup>1613</sup> Ebd.

<sup>1614</sup> Kommission zur alten Mitte Berlins. „Wunde“ der Stadt soll dauerhaft geheilt werden. Kabinettsbeschluss. In: *FAZ* Nr. 255, 02.11.2000, s. S. 09.

<sup>1615</sup> Ebd.

<sup>1616</sup> Ebd.

<sup>1617</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Experten sollen den Schlossplatz beleben. Klimmt: Alles ist möglich. Diepgen: Schloss muss sein. In: *ND*, 02.11.2000, s. S. 01.

<sup>1618</sup> Vgl. Haubrich, Rainer: Der Wiederaufbau des Stadtschlusses rückt in greifbare Nähe. Ein Gremium aus 25 Experten soll im Herbst 2001 Ergebnisse präsentieren. In: *Die Welt*, 02.11.2000, s. S. 33.

<sup>1619</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Schloss oder nicht Schloss? Die Bundesregierung und der Berliner Senat haben gestern die Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ eingesetzt. Damit geht die seit zehn Jahren andauernde Debatte über den zentralen Ort von Stadt und Staat in die neue Runde. In: *taz*, 02.11.2000, s. S. 07.

<sup>1620</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Schlossplatz. Kommission der Öffentlichkeit. In: *taz*, 02.11.2000, s. S. 19, und: Schlossplatz. Kommission „Historische Mitte Berlin“. In: *taz*, 06.11.2000, s. S. 19.

Zentrum von Stadt und Staat gehört der Öffentlichkeit. In Zeiten der Privatisierung und der kommerziellen Nutzung des öffentlichen Raums ist das die wichtigste Botschaft.“<sup>1621</sup>

Die *SZ* berichtet nur knapp über die Einsetzung der Expertenkommission.<sup>1622</sup> Sie sei der „bislang letzte Versuch“, die Schlossplatzdebatte abzuschließen.

Nach seiner Berufung als Mitglied der Expertenkommission gab Peter Conradi – einer der konsequentesten Schlossgegner – der *taz* ein Interview über seine Vorstellungen und die zu erwartende Arbeit in der Kommission.<sup>1623</sup> Was in der historischen Mitte Berlins gebaut werde, sage etwas aus über „unser Selbstverständnis“, über das, was „uns“ wichtig sei. Was dort entstehe, sei eine gesellschaftliche Botschaft, umreißt Conradi die Ausgangslage. Ein Hotel fände er daher „obszön“.<sup>1624</sup> Zuerst müsse auf alle Fälle die Nutzung geklärt werden. Nachdem das Kapital am Potsdamer Platz, der Staat im Spreebogen angesiedelt sei, müsse die Mitte für Kultur offen sein, wie etwa das Centre Pompidou in Paris. Angesprochen auf die Finanzierung meinte Conradi, Deutschland als reichstes Land Europas werde sich das Projekt leisten können. Darüber hinaus spricht er sich für einen endgültigen Beschluss durch den Bundestag aus.<sup>1625</sup>

Der *Spiegel* meinte derweil, der Schlossplatz werde von Tag zu Tag hässlicher und fasste die Aufgabenstellung der Expertenkommission zusammen.<sup>1626</sup> Weiterführende Details oder Kommentierungen wurden unterlassen.

Der kulturpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Lammert, habe gesagt, er wolle die Schlossplatzkommission „nicht anerkennen“, meldet die *taz*.<sup>1627</sup> Die von Bauminister Klimmt eingesetzten Experten seien mehrheitlich gegen eine Schlossrekonstruktion. Außerdem sei kein CDUler an der Runde beteiligt, so Lammert. Wenig später meldet die *taz*, die CDU fordere die Entfernung von Strieder aus der Kommission.<sup>1628</sup> Als Gründe nennt die *taz* fünf Tage später Unmut über die bisherige Bilanz des Senators.<sup>1629</sup> Besonders das Strieder beim Schlossplatz entgegen der Koalitionsvereinbarung noch keinen Schritt in Richtung der historischen Bebauung unternommen habe, habe Verärgerung bei der CDU ausgelöst. Auch die *Welt* veröffentlichte einen Beitrag, in dem die Kritik der CDU an Strieder und die Ablehnung der Expertenkommission ausführlich behandelt wurde.<sup>1630</sup>

Anfang Dezember veröffentlichte die *SZ* ein kurzes Interview mit der Präsidentin der Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, Gesine Schwan, in der sie über die Bebauung des Schlossplatzes befragt wurde.<sup>1631</sup> Sie sehe kein neues Nationalismus-Streben in dem Wunsch nach Rekonstruktion, da das Schloss bereits vor der Nationalstaatenbildung vorhanden gewesen sei. Der Wunsch nach dem Schloss entspringe vielmehr dem „rapiden Wandel“ der Zeit; da habe „Geschichte als Anker“ immer eine gute Chance. Sie lehne eine Rekonstruktion

---

<sup>1621</sup> Ebd.

<sup>1622</sup> Vgl. Ein Jahr lang verschlossen. Im Herbst 2001 will Kommission Zukunft des Schlossplatzes kennen. In: *SZ*, 02.11.2000, s. S. 12.

<sup>1623</sup> Vgl. Rada, Uwe, Lautenschläger, Rolf: „Etwas wie das Centre Pompidou“. Peter Conradi, Präsident der Bundesarchitektenkammer, sitzt in der Expertenkommission zur Bebauung des Berliner Schlossplatzes. Er plädiert für eine öffentliche Nutzung und will jungen Architekten eine Chance geben. In: *taz*, 06.11.2000, s. S. 21.

<sup>1624</sup> Vgl. Rada, Uwe: Offen statt obszön. Peter Conradi, Mitglied der Expertenkommission zum Berliner Schlossplatz, will einen öffentlichen Ort wie das Centre Pompidou in Paris. Eine private Nutzung durch Hotels oder Büros findet er obszön. In: *taz*, 06.11.2000, s. S. 19.

<sup>1625</sup> Vgl. ebd.

<sup>1626</sup> Vgl. Bornhöft, Petra: Steinere Hülle. Soll das Schloss wieder aufgebaut werden? Die Regierung erhofft sich von einer Kommission konsensfähige Vorschläge für Berlins historische Mitte. In: *Der Spiegel*, Nr. 45, 06.11.2000, s. S. 90.

<sup>1627</sup> Vgl. In Kürze. Schlossplatz. CDU beleidigt. In: *taz*, 09.11.2000, s. S. 20.

<sup>1628</sup> Vgl. In Kürze. Schlossplatz. Blick in die Ecken. In: *taz*, 23.11.2000, s. S. 20.

<sup>1629</sup> Vgl. CDU unzufrieden mit Strieder. In: *taz*, 28.11.2000, s. S. 20.

<sup>1630</sup> Vgl. CDU: „Die Schlosskommission ist überflüssig“. In: *Die Welt*, 28.11.2000, s. S. 07.

<sup>1631</sup> Vgl. Rethfeld, Stefan: Kein Anker. In: *SZ*, 04.12.2000, s. S. 11.

nicht von vornherein ab – in der Altstadt Warschaus habe sie ein „fabelhaftes Gefühl“ – aber zunächst würde sie einen modernen Bau bevorzugen.

In Berlin fände ein Angriff auf die Moderne statt, konstatierte die *taz* und berief sich dabei auf ein Gutachten zur Reform der Denkmalpflege, das im Auftrag der Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Grüne) von dem Berliner Publizisten und Stadtplaner Dieter Hoffmann-Axthelm erstellt worden sei.<sup>1632</sup> Hoffmann-Axthelm plädiere dort für eine Neubewertung denkmalwerter Bausubstanz und die Entstaatlichung der Denkmalpflege. Auch der Palast werde Opfer dieses Verdrängungsdrucks, warnt die *taz* und fragt in einem Interview den zuständigen Landeskonservator nach dem Schicksal des Baus.<sup>1633</sup> Haspel antwortet, es sei die Denkmalpflege gewesen, die neben anderen schon seit Jahren darauf hingewiesen habe, dass dieses „nicht denkmalgeschützte, aber gleichwohl zeitgeschichtlich aufschlussreiche Bauwerk“ sowohl in der Geschichte der Parlamentsarchitektur als auch in der Geschichte der DDR-Architektur einen besonderen Stellenwert habe. Der Rückbau fände also statt nicht weil, sondern obwohl es sich um ein Objekt von denkmalpflegerischem Interesse handele, so Haspel in der *taz*.

Das alte Kanzleramt in Bonn (Baujahr 1976) sei ähnlich asbestverseucht wie der Palast der Republik in Berlin und müsse komplett saniert werden, meldet die *taz* zum Jahresende.<sup>1634</sup> Das habe der Sprecher des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung bestätigt. Die anfallenden Millionenkosten wolle der Bund tragen.

Zum Jahresende spottete die *SZ* über eine Beitrag der Grünen-Politikerin Antje Vollmer in der Zeitung *Die Woche*.<sup>1635</sup> In dem „Elaborat“ für den Wiederaufbau des Schlosses heißt es, es reife auf der Museumsinsel ein Traum heran, angesichts dessen die beiden Humboldts trauerten, nicht live dabei zu sein. Daher solle Vollmer die „übel angefressenen Humboldts“ gleich mit restaurieren und eine Live-Übertragung in ihre Gruft schalten. Im Übrigen fordere die *SZ* „aus Münchner Sicht“ den Wiederaufbau des Limes und bitte Vollmer, dahinter zu verweilen. „Denn, wie Vollmer so trefflich sagt: Es gibt notwendige Begrenzungen, gegen die niemand ungestraft verstoßen darf“.<sup>1636</sup>

Das Jahr 2000 war vor allem in Hinblick auf die Sorglosigkeit bemerkenswert, mit der Staatsminister Naumann das Schloss zu einer Angelegenheit der Nation proklamierte. Angriffe auf ihn und immer wieder auch auf Schröder, dessen Votum oft als Trendwende bezeichnet wurde, waren zwar an der Tagesordnung, aber weit weniger heftig, als man erwartet hätte. Als Baukonzepte überwogen auch 2000 die üblichen Mixvarianten, die offenbar zu einer Versöhnung der Parteien führen sollten. Dass eine Kubatur des Schlosses gebaut werden solle, daran zweifelte kaum noch jemand. Auf der Akteursebene gab es große Veränderungen. Mit Lehmann und seinem Vorschlag für ein Museum in Mitte erschien ein einzelner Akteur dessen Auftritt gleich als großer Wurf gefeiert wurde. Mit der Expertenkommission wurde derweil von der Bundesebene ein ganzes „Akteursbündel“ aufgestellt, das mit Swoboda eine vollkommen neue Richtung in der Debatte repräsentieren sollte. Die Auswahl der Mitglieder erfolgte offenbar aufgrund interner Absprachen zwischen Strieder und Klimmt. Wie parteiisch die Kommission war, beschäftigte die Gemüter; besonders die CDU sah sich in dem neuen Gremium nicht repräsentiert. Publizistisch wurde derweil weiterhin, ebenso wie in den Jahren zuvor, betont, es handele sich bei dem Wunsch nach dem Schloss um einen Notanker für eine verunsicherte Gesellschaft und um eine

<sup>1632</sup> Vgl. Ein Gutachten und die Wut auf die Moderne. In: *taz*, 11.12.2000, s. S. 18.

<sup>1633</sup> Vgl. Hamm, G. Oliver, Tietz, Jürgen: Anwalt aus Verpflichtung. Nicht nur die schützenswerten Bauwerke der Moderne sehen sich Angriffen und Abrissen ausgesetzt, auch die Denkmalpflege selbst steht am Scheideweg. Berlins Landeskonservator Jörg Haspel plädiert für eine neue Rolle des Denkmalschutzes und macht sich für eine vorbeugende Denkmalpflege stark. In: *taz*, 11.12.2000, s. S. 18.

<sup>1634</sup> Vgl. In Kürze. Seuchen überall. Asbest im Kanzleramt. In: *taz*, 13.12.2000, s. S. 07.

<sup>1635</sup> Vgl. Vollmer daneben. In: *SZ*, 15.12.2000, s. S. 17.

<sup>1636</sup> Ebd.

Rückkehr in die Geschichte. Conradi betonte die gesellschaftliche Botschaft, die ein Neubau auf dem Schlossplatz auf jeden Fall haben werde. Das Jahr 2000 war aber auch noch von zwei wichtigen Jubiläen geprägt: Vor zehn Jahren hatte man den Palast geschlossen und vor 50 Jahren hatte man mit der Sprengung des Schlosses begonnen. Beide Male im September. In zahlreichen Artikeln wurde an die Ereignisse erinnert und auf das Dilemma auf dem Schlossplatz verwiesen.

### 3.12. 2001: Preußisches Jubiläum, Berliner Neuwahlen und das Votum der Expertenkommission prägen den Streit

1701 stieg das Haus Hohenzollern in die Liga der europäischen Könige auf. Es hatte sich mit der Erlaubnis des in Wien residierenden Kaisers eine Königswürde *in* Preußen, und damit außerhalb der Reichsgrenzen, gesichert. Die 300. Wiederkehr dieses Aktes wurde in Deutschland als „Preußenjahr“ gefeiert.

Die *Welt* eröffnete den publizistischen Reigen im Preußenjahr mit einem Bericht über Planungen der Expertenkommission.<sup>1637</sup> Deren Vorsitzender Swoboda habe der Zeitung erklärt, er plane zunächst die erste Sitzung der Runde im Bundeskanzleramt am 26. Januar 2001 unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Damit wolle er ein „Vertrauensklima“ unter den Mitgliedern schaffen. Wenn nach einem Jahr eine Empfehlung ausgesprochen werde, dann müsse der Landtag oder der Bundestag das letzte Wort haben, habe Swoboda bekräftigt. Letztlich müsse die Politik entscheiden, zitiert ihn die *Welt*.<sup>1638</sup>

In der Berliner Republik sei es schick geworden, vom „Preußischen Stil“ in der Baukunst zu reden, schreibt Lautenschläger in der *taz*.<sup>1639</sup> Dabei sei die preußische Architektur keineswegs so minimalistisch und puristisch gewesen, wie oft behauptet werde. So habe etwa der Berliner Architekt Sawade, der auch am Potsdamer Platz bauen ließ, gesagt: „Meine Architektur ist puristisch, sie ist einfach, klar, präzise und ehrlich. Ich bin Berliner und Preuße und als solcher in meiner ästhetischen Gesinnung Purist, ein Rationalist und zunehmend ein Minimalist.“<sup>1640</sup> Ein Irrtum, wie die *taz* meint, denn Preußen sei uneinheitlich, verspielt und international gewesen. Das Schlösschen auf der Pfaueninsel beispielsweise sei durch die Sehnsucht nach Fremdem inspiriert: Als römisches Landhaus auf der höchsten Stelle der Insel angelegt, mit zwei Türmen und einem kulissenartigen, ruinenhaften Abschluss nach zwei Geschossen, gleiche es einem Sammelsurium aus mittelalterlicher Burgarchitektur, römischem Belvedere und englischen Pflanzenhäusern, wie sie damals modern wurden. „Weder auftrumpfenden Barock noch einen Klassizismus hat sich Friedrich Wilhelm II. hier von Johann Gottlieb Brendel anlegen lassen, sondern eine ‚Feenarchitektur‘, wie Theodor Fontane später schrieb.“<sup>1641</sup> Im Innern fließe die ganze Welt zusammen: die Täfelung im gotischen Stil, die Gardinen aus ostindischem Kattun, das Turmzimmer als Bambushütte: Was sei daran preußisch? Eben alles, meint Lautenschläger. Daher sei der Begriff vom Preußischen Stil, der etwas meine, was es so nie gegeben habe, erst aufgekommen, als „die Sache“ bereits vorbei war. Der Begriff sei daher eine Vokabel der Defensive, also unbrauchbar und ein Missbrauch aufgesetzter Traditionspflege. Ihm könne, warnt die *taz* mit dem Historiker Hans Mommsen, ein „verquerer Nationalismus“ entsteigen.<sup>1642</sup>

---

<sup>1637</sup> Vgl. Lutz, Martin: Stadtschloss-Streit: Kommission tagt Ende Januar im Kanzleramt. In: *Die Welt*, 05.01.2001, s. S. 17.

<sup>1638</sup> Vgl. ebd.

<sup>1639</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Sehnsucht nach Arkadien. In der Berliner Republik ist es schick geworden, vom Preußischen in der Baukunst zu reden. Dabei war preußische Architektur keineswegs so minimalistisch und puristisch, wie es mancher heute gerne darstellt. In: *taz*, 06.01.2001, Dossier, s. S. 06.

<sup>1640</sup> Ebd.

<sup>1641</sup> Ebd.

<sup>1642</sup> Vgl. ebd.

Die ungeklärte Zukunft des Schlossplatzes sei für Diepgen das „größte städtebauliche Ärgernis“ in der Hauptstadt, meldet die *taz*.<sup>1643</sup> Das sei eine „offene Wunde“, die ihm schon körperlich weh tue.

Das „Preußenjahr“ begann nicht günstig für die Schlossfreunde. Der neue Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin<sup>1644</sup> äußerte bereits im Januar „neue Skepsis“, wie die *FAZ*<sup>1645</sup> berichtete. Eine detailgetreue Rekonstruktion könne einen „Kulisseneffekt“ hervorbringen, wie er bereits in amerikanischen Beispielen der `decorated box` zu beobachten sei, befürchtete Nida-Rümelin. Daher sei er eher für eine Kompromisslösung, nämlich für ein Kongresszentrum in der Kubatur des alten Schlosses. Damit, so die *FAZ*, knüpfe der Minister an Vorschläge an, „[...] die in den ersten Jahren nach der Wende gemacht worden waren.“<sup>1646</sup> Erst nach der „spektakulären Aufrichtung“ der Schlossfassade 1993 hätten die Forderungen nach einer Rekonstruktion „zumindest des äußeren Erscheinungsbildes“ überwogen, erklärt die *FAZ* weiter. Sie berichtet auch, dass die Expertenkommission Ende Januar 2001 zu einer ersten Sitzung zusammen kommen werde, um mit der Erarbeitung eines „stimmigen Konzepts“ zu beginnen.

Einen Tag vor der ersten Sitzung schreibt das *ND* über die Expertenkommission.<sup>1647</sup> Ein eindeutiges Votum für oder gegen das Schloss oder den Palast sei nicht zu erwarten, auch wenn in einigen Berichten bereits von einer „Schlosskommission“ die Rede gewesen sei, bemerkt die Zeitung. Das Gremium sei ausgewogen besetzt, und bevor man über die bauliche Hülle sprechen werde, stünde zunächst die Nutzung im Vordergrund. Ein Ergebnis habe die Kommission bereits: Die Diskussion um den Schlossplatz sei wieder in Gang gekommen.<sup>1648</sup> Im Übrigen werde als Ergebnis wahrscheinlich eine Collage aus Alt und Neu herauskommen, mit Teilen des Palastes und Neubauten in Schlossform.

Ende Januar schreibt die *ZEIT* in einem Gespräch mit dem Architekten Peter Eisenman in Hinblick auf das Schloss, es gebe „ein großes Verlangen nach sinnstiftender Erfahrung und positiver Kontinuität“, die sich u.a. in der Forderung nach einem Stadtschloss niederschläge.<sup>1649</sup> Eisenman meint daraufhin, er könne dieses Gefühl nicht verstehen. Der Wunsch, einen vergangenen Originalzustand herstellen zu wollen, sei „nicht haltbar“. Denn ein wiederaufgebautes Schloss wäre „Kitsch“.<sup>1650</sup> „Es wäre nichts als eine bildliche Kopie eines angeblichen Originals. Es sucht seinen Wert darin, Kopie zu sein. Viel interessanter wäre es, nicht die Kopie eines Originals zu sein, sondern das Singuläre zu bauen.“<sup>1651</sup>

Am 26. Januar 2001 versammelte sich zum ersten Mal die Expertenkommission im Bundeskanzleramt. Aus diesem Anlass publiziert die *FAZ* ein Interview<sup>1652</sup> mit dem neuen Bundesbauminister Kurt Bodewig (SPD) in den Berliner Seiten, ebendort eine launige „Warnung“ von Illies und einen langen Beitrag<sup>1653</sup> von Bartetzko im Feuilleton.

---

<sup>1643</sup> Vgl. In Kürze. Stadtschloss. Diepgen leidet. In: *taz*, 08.01.2001, s. S. 20.

<sup>1644</sup> Nida-Rümelin (SPD) war von Januar 2001 bis Oktober 2002 Kulturstaatsminister.

<sup>1645</sup> Vgl. Neue Skepsis. Nida-Rümelin zum Berliner Stadtschloss. In: *FAZ* Nr. 9, 11.01.2001, s. S. 43.

<sup>1646</sup> Ebd.

<sup>1647</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Schloss, Palast – oder was kriegt Berlin? Morgen trifft sich dazu die Expertenkommission. In: *ND*, 25.01.2001, s. S. 17.

<sup>1648</sup> Vgl. ebd.

<sup>1649</sup> Vgl. Assheuer, Thomas; Rauterberg, Hanno; Schwarz, Ullrich: Was ist noch kritisch? Der Architekt Peter Eisenman über jüdische Identität, Demonstrationsfreiheit für Neonazis am Holocaust-Mahnmal und den Irrwitz eines neuen Berliner Schlosses. In: *DIE ZEIT* Nr. 05, 25.01.2001, s. S. 41.

<sup>1650</sup> Vgl. ebd.

<sup>1651</sup> Ebd.

<sup>1652</sup> Vgl. Bodewig: Meine Schlossplatzphantasien. Der Bundesbauminister: „Das Gebäude, das entsteht, muss historische Bezüge haben“. In: *FAZ* Nr. 22, 26.01.2001, s. S. BS 01.

<sup>1653</sup> Vgl. Bartetzko, Dieter: Es ist soweit. Gestern und Morgen: Von heute an ringt Berlin um das Schloss. In: *FAZ* Nr. 22, 26.01.2001, s. S. 41.

Bartetzko, der sich in seinen vorherigen Beiträgen immer sehr kritisch zum Schloss geäußert hatte, lässt eine Kehrtwende erkennen. „Das Schloss muss wieder aufgebaut werden“<sup>1654</sup>, heißt unmissverständlich sein erster Satz. Er erklärt das mit den „wider Erwarten“ vielen Fragmenten, die man mit Hilfe von v. Boddien wiedergefunden habe. Fast ein Viertel der alten Bausubstanz stünde zur Verfügung. Im Folgenden lässt Bartetzko zahlreiche Rekonstruktionen in Ost und West Revue passieren: Das Nicolaiviertel, den Frankfurter Römer, das Ost-Berliner Schauspielhaus, das Kronprinzenpalais. In diesem Hin und Her von Abriss und Wiederaufbau sei die geteilte Nation eins geblieben. Die Rekonstruktionen entsprangen zwar politischem Kalkül, aber sie hätten auch den Willen der Bevölkerung manifestiert, bemerkt Bartetzko. Besonders perfekt sei diese Übereinstimmung in Polen gewesen, als man Warschauer Altstadt oder Danzig wieder aufgebaut habe. Doch nicht vergessen sollte man, dass ausgerechnet das Warschauer Schloss auch Missmut erregte: Um alte Bausubstanz zu bekommen riss man anderswo historische Bauten ein und es gab Lohnabzüge – den „Schlosspfennig“ – für alle. Doch am Ende wurde das penibel rekonstruierte Warschauer Schloss „sofort ein Wahrzeichen der Nation,“<sup>1655</sup> jedes Kind kenne heute seine Geschichte. Für was aber stehe das Berliner Schloss? Wem sei der Weiße Saal ein Begriff, die Erasmuskapelle, der Rittersaal? Das Berliner Schloss schwebe im Bewusstsein der Deutschen „[...] momentan noch so durchscheinend und konturlos wie das Wissen um die deutsche Geschichte.“<sup>1656</sup> Schuld daran sei eine jahrelange Abstinenz an der jüngeren Geschichte, hervorgerufen durch den „Schock des Dritten Reichs“. Das mangelhafte Geschichtswissen habe zur Folge, dass man das Berliner Schloss als pure Schönheit verkläre. Doch Schönheit allein taue „nicht zur Symbolarchitektur eines Volkes“. Gleichwohl seien zu viele Fragmente des Schlosses vorhanden, um „reinen Gewissens“ einen kompletten Neubau fordern zu können. An diesem Punkt kommt Bartetzko zu seinen Vorschlägen über den Umgang mit Fragmenten. Das Kronprinzenpalais, die Gedächtniskirche und den neuen alten Reichstag streifend kommt Bartetzko zum Schluss, es müsse ein „solches Miteinander von Alt und Neu“ auch am Schlossplatz möglich sein. Und da es sich um ein „nationales Bauwerk“ handle, könne allein der Bundestag darüber entscheiden. Für die eingesetzte Kommission bleibe die Aufgabe, Nutzen und Form sinnvoll abzuwägen.

Nichts Neues sagte Bodewig in dem Gespräch mit der *FAZ*. Er sei immer wieder „erschrocken“ über den unansehnlichen Platz mitten in Berlin und wünsche sich, dass endlich etwas geschehe. Es gehe ihm allerdings nicht so sehr um eine „Historisierung um jeden Preis“; aber der Neubau müsse „historische Bezüge haben und seine historische Verantwortung demonstrieren.“<sup>1657</sup> Wie ein solches Gebäude auszusehen habe, müsse die eingesetzte Expertenkommission herausfinden. Über dem Interview, also auf der gleichen Seite, schreibt Illies<sup>1658</sup>, eine „kühne Lösung“ für den Schlossplatz sei erneut in weite Ferne gerückt. Mutig sei in diesem Fall keinesfalls moderne Architektur. Er bezog sich bei seiner Kritik auf die Äußerungen Nida-Rümelins, der eine „Amerikanisierung“ in Form einer historischen Rekonstruktion abgelehnt hatte, obwohl Rekonstruktionen ein fester Bestandteil europäischer Architekturgeschichte seien. Es werde also weiterhin viele Diskussionen geben – aber keine Lösung. „Sondern einen windelweichen Kompromiss,“<sup>1659</sup> fürchtet Illies.

Dass der Blick aus dem Fenster des Staatsratsgebäudes, wo die Kommission erstmals tage, Sehnsucht nach dem Schloss wachrufen werde, sei „evident“, heißt es bei der *taz*.<sup>1660</sup>

<sup>1654</sup> Ebd.

<sup>1655</sup> Ebd.

<sup>1656</sup> Ebd.

<sup>1657</sup> Bodewig, a.a.O.

<sup>1658</sup> Vgl. Illies, Florian: Die Affenbande brüllt: Wo ist das Schloss? Nach einjähriger Warterei berät heute erstmals die Expertenkommission Schlossplatz: Eine Warnung. In: *FAZ* Nr. 22, 26.01.2001, s. S. BS 01.

<sup>1659</sup> Ebd.

<sup>1660</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Schlossplatz-Kommission. Strategie der Annäherung. In: *taz*, 26.01.2001, s. S. 19.

Unzweifelhaft werde auch ein Bau dort stehen, der die Kubatur des alten Schlosses aufnehmen werde. Worüber diskutiere man also? „Will die Kommission keine Geisterdebatte führen, wird sie sich auch von zwei Paradigmen verabschieden müssen. Der Schlossplatz ist kein Ort mehr von nationaler Bedeutung, auf ihm wird kein Bau von geschichtspolitischer Relevanz entstehen.“<sup>1661</sup> Denn weder war das alte Stadtschloss ein Symbol für das gesamte Reich – es bildete die Residenz der Preußen –, noch werde eine Rekonstruktion oder ein Neubau identifikatorischen Charakter für die Bundesrepublik haben können, meint Lautenschläger. Diese Aufgabe übernehme nämlich das Reichstagsgebäude. Anfangs eher skeptisch beäugt, nehme es nach dem Umbau den „ersten Rang“ repräsentativer Staatsarchitektur ein, vor der sich tagtäglich Besucher zu Tausenden drängten. „Die gläserne, zugängliche Kuppel als Zeichen des Neubeginns, der spröde Plenarsaal als Symbol politischer Transparenz und Sachlichkeit sind zu Chiffren nationaler Identität und der Demokratie als Bauherr avanciert.“<sup>1662</sup> Für die Arbeit der Kommission bedeute das, es werde um das „Normale“ gehen müssen. Und das sei sicher das Schwerste. Keine vorgefertigten Bilder, sondern eine „Strategie der Annäherung“ an den Schlossplatz, der ein Berliner Ort sei, werde dazu nötig sein. Beantwortet werden müssten Fragen wie: Welche Rolle spiele der Platz als Schwerpunkt der Stadtmitte? Ist er ein Ort der Erinnerung, musealer Gegenwart oder Maßstab der Zukunft, und welcher – vielleicht einer europäischen? Und wer sind seine Bauherren und Nutzer – die res publica oder private Investoren?<sup>1663</sup>

Die Grünen-Politikerin Eichstädt-Bohlig könne sich eine Collage aus Palast und Schloss vorstellen, schreibt die *taz* über das Mitglied der Expertenkommission.<sup>1664</sup> Das moderne Palast-Schloss-Gebäude „nach Centre Pompidou-Vorbild“ könne zum Teil aus Spenden finanziert werden. Ein Museum lehne sie ab und favorisiere statt dessen eher ein Medienzentrum.

Am Tag der konstituierenden Sitzung der Expertenrunde im Bundeskanzleramt veröffentlicht das *ND* ein Gespräch mit dem Kommissionsmitglied Bruno Flierl, der als „renommierter Bauhistoriker und Doyen der aus dem Ostteil Berlins stammenden Architektenschaft“ vorgestellt wird.<sup>1665</sup> Es gehe gar nicht um die Frage Schloss oder Palast, sagte Flierl, sondern vielmehr um eine „zukunftsorientierte Neuaneignung der historischen Mitte“. Was das denn heiße, fragte das *ND*. Flierl: „Zuerst geht es darum zu klären, was uns dieser Ort Spreeinsel wert ist, der ja der wichtigste, symbolträchtigste Ort Berlins und wohl auch der Republik ist, ein zentraler Ort deutscher Geschichte.“<sup>1666</sup> Heute sei dieser Ort ein städtebauliches Loch mit einem ruiniertem Gebäude. „Wir müssen uns fragen, welche Botschaft soll von ihm in Zukunft ausgehen, wie präsentiert sich unsere Republik an diesem Ort. Ich denke, wir brauchen eine identitätsstiftende Mitte auf dem Weg zur inneren Einheit.“<sup>1667</sup> Dass nach zehn Jahren noch immer diskutiert werde, zeige, dass noch immer nicht alle Aspekte durchdacht worden seien. Am Ende werde eine Frage lauten, was man von dem Palast und dem Schloss „als Erinnerung“ brauchen werde. Ein Jahr Nachdenken könnte zu wenig sein, mutmaßt Flierl. Notfalls müsse man daher weiter warten, bis die Gesellschaft „reif“ sei für eine Lösung.

Die *SZ* sah hingegen keine Notwendigkeit einer neuen „Mitte“.<sup>1668</sup> Eine Stadt brauche was anderes: Funktionierende öffentliche Plätze, viele billige Wohnungen. Orte des Handels und

---

<sup>1661</sup> Ebd.

<sup>1662</sup> Ebd.

<sup>1663</sup> Vgl. ebd.

<sup>1664</sup> Vgl. Eine Synthese aus Palast und Schloss. In: *taz*, 26.01.2001, s. S. 20.

<sup>1665</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Schloss oder Palast, das ist nicht die Frage. Bauhistoriker Bruno Flierl zum Schlossplatz. In: *ND*, 26.01.2001, s. S. 19.

<sup>1666</sup> Ebd.

<sup>1667</sup> Ebd.

<sup>1668</sup> Vgl. Maak, Niklas: Angst über der Stadt. Wozu braucht Berlin eine schlechte Kopie seines Stadtschlosses. In: *SZ*, 26.01.2001, s. S. 17.

der Kultur. Die Meinung der Schlossfreunde, man wolle das alte Raumgefühl wiederhaben, sei irreführend, denn die seit Jahrhunderten gewachsenen Verschachtelungen am Schloss würden in einem „glattgefönten“ Nachbau verloren gehen, erneuert die *SZ* ihren Kernpunkt der Kritik an nachgebauter Architektur.<sup>1669</sup> So ein steriler Nachbau sei das Liebermannhaus am Brandenburger Tor. „Solcher Latexklassizismus ist schon am Pariser Platz ärgerlich genug, zumal Frank Gehry gegenüber zeigt, wie überzeugend man mit Glas und Stein bauen kann. Der aseptische Nachbau des Schlosses würde das Zentrum endgültig zur Totenmaske vergangener Zeiten machen.“<sup>1670</sup> Da eine Lösung so schnell nicht in Sicht sei, solle man sich einfach Zeit lassen, meint die *SZ*, und anderen Generationen die Chance geben, die Stadt weiterzuentwickeln. Berlin müsse ja – Schinkel als Gestaltvorgabe verstanden – nicht „bis in alle Zeiten“ so aussehen wie 1817. Die Stadt brauche vielmehr Lebendigkeit durch Veränderung. Schon die „kritische Rekonstruktion“ habe die Moderne in Berlin in ein Korsett gezwungen; entstanden seien daher „Betonregale in historischen Kostümchen“ denen dauernd die vorgehängten Sandsteinplatten abfielen.<sup>1671</sup> In der Sehnsucht nach dem Schloss sah die *SZ* eine Sehnsucht nach verlorener handwerklicher Perfektion und schönen Details, nach vertrauten Maßstäben und einem Zentrum – und billigte letztlich diese Regung als „ernstzunehmenden Kern der Debatte“.<sup>1672</sup> Also doch eine „Mitte“? Qualitätsvoll könne aber auch die Moderne arbeiten, das Centre Pompidou habe das bewiesen, möglichst schnell solle daher ein internationaler Architekturwettbewerb ausgelobt werden. „Bis eine Lösung gefunden ist, bleibt die Schloss-Attrappe das Symbol einer deprimierend mutlosen Gesellschaft, die so wenig Vertrauen in die Gegenwart hat, dass sie ihre Zukunft in den Formen der Vergangenheit suchen muss.“<sup>1673</sup>

Einen Tag nach der Sitzung der Expertenkommission berichtete die *FAZ*<sup>1674</sup> im Politikteil über die ersten Ergebnisse. Keine der bisher vorgeschlagenen Lösungen seien „alleinseligmachend“, hätten Swoboda, Bodewig und Strieder nach der ersten Sitzung bekräftigt. Als „Radikalvarianten“ mit einer „geringen Attraktivität“ wurden einerseits die komplette Erhaltung des Palasts und andererseits die totale Rekonstruktion des Schlosses genannt. Es werde daher eine Lösung aus Alt und Neu geben, so Swoboda, ohne allerdings einen faulen Kompromiss dulden zu wollen. „Man sei entschlossen zu einer ‚großartigen Lösung‘“<sup>1675</sup> schreibt die *FAZ* über die Stimmung in der Expertenkommission. Die zu erwartende „Großartigkeit“ betont auch das *ND* in seinem Artikel.<sup>1676</sup> Beim Blick aus dem Fenster des Staatsratsgebäudes habe Schröder „Schauerliches“ gesehen, doch die Mitglieder der Expertenkommission ließen sich nicht zu einer solchen „einseitigen Reaktion“ hinreißen, schreibt das *ND* und referiert die bekannten Positionen der bisherigen Diskussion.<sup>1677</sup>

Die *taz* fügt hinzu, hinter vorgehaltener Hand sei von einer „Tendenz“ in Richtung Stadtschloss die Rede gewesen.<sup>1678</sup> „Ganz offiziell freilich geben sich alle Beteiligten ergebnisoffen. Der Diskussionsprozess der Kommission, die sich alle zwei Monate treffen soll, solle jedenfalls äußerst transparent vonstatten gehen, betonte Bauminister Bodewig.“<sup>1679</sup>

---

<sup>1669</sup> Vgl. ebd.

<sup>1670</sup> Ebd.

<sup>1671</sup> Vgl. ebd.

<sup>1672</sup> Vgl. ebd.

<sup>1673</sup> Ebd.

<sup>1674</sup> Eine Lösung aus Neu und Alt. In: *FAZ* Nr. 23, 27.01.2001, s. S. 05.

<sup>1675</sup> Ebd.

<sup>1676</sup> Vgl. Kammer, Bernd: „Großartiges“ für den Berliner Schlossplatz. In: *ND*, 27.01.2001, s. S. 06.

<sup>1677</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Ein bisschen Schloss oder Palast geht nicht. Experten suchen nach „großartiger Lösung“. In: *ND*, 27.01.2001, s. S. 15.

<sup>1678</sup> Vgl. Rada, Uwe: Ganz offen mit Tendenz zum Schloss. Die Kommission Historische Mitte Berlin hat gestern ihre Arbeit aufgenommen. Der Vorsitzende Hannes Swoboda plädierte gegen einen „faulen Kompromiss“ und für eine „großartige Lösung“. Empfehlung Ende des Jahres geplant. In: *taz*, 27.01.2001, s. S. 25.

<sup>1679</sup> Ebd.

Wirklich neues sei anlässlich der ersten Zusammenkunft der Schlosskommission nicht zu vermelden, beschreibt die *Welt* ihre Sicht der Dinge.<sup>1680</sup> Im Mittelpunkt habe die Frage nach der Nutzung des Gebäudes und nicht die nach der Gestalt der Fassade gestanden. In einem Kommentar bemerkt die *Welt*, keiner der drei sozialdemokratischen Baupolitiker, die nach der ersten Sitzung vor die Mikrofone getreten sei, habe den Barockbau je im Original gesehen.<sup>1681</sup> Dass sie sich eine Rekonstruktion trotzdem vorstellen könnten, bezeuge die „Kraft und Gegenwärtigkeit“ des Schlosses. Inzwischen seien immer mehr Menschen für das Schloss, selbst im ehemaligen Ostteil Berlins. „Noch ist nichts entschieden. Aber die Chancen für den Wiederaufbau des Schlosses standen nie besser als heute.“<sup>1682</sup>

Die *SZ* sieht eine große Uneinigkeit in der Debatte, in die nun die Kommission eingreifen solle.<sup>1683</sup> Die DDR habe die Ruine des Schlosses am 7. September 1950 „abgerissen“. Das sei „kein große Sache“ gewesen, denn das meiste habe schon der Krieg erledigt. Dass nach dem Schloss kein Hahn mehr krähen werde, wie Otto Grotewohl behauptete, sei allerdings ein Irrtum gewesen. 1993 habe ein „eigenwilliger norddeutscher Baumaschinenhändler“ die Schloss-Attrappe aufgestellt, von der „die Menschen begeistert“ gewesen seien. An zwei Problemen kranke das Projekt Stadtschloss allerdings: Es sei marktwirtschaftlich nicht finanzierbar und Berlin brauche einen Bau in dieser Größe „schlicht nicht“.<sup>1684</sup> Da auch die Schlossgegner nicht wüssten, was dort zu bauen sei, schlugen sie den Bau einer Parkanlage vor, um zwei-drei Generationen nachdenken zu können. Die Kommission solle nun nicht eine „großartige Lösung“ anbieten, sondern vielmehr die Debatte „auf den Boden der Vernunft zurückführen.“<sup>1685</sup>

Als Reaktion auf die Expertenkommission schreibt Schuller in der *FAZ*<sup>1686</sup> einen Leitartikel über „das Schloss“. Zwar habe die Kommission behauptet, die Fassadengestaltung sei keine erstrangige Frage, die Stadtstruktur, die Finanzierung und die Nutzung seien wichtiger. In Wahrheit sei jedoch nichts wichtiger, als die künftige Gestalt des Neubaus. „Die Architektur dieses Ortes wird immer zuerst als eine Antwort auf die Frage gelesen, wie es die Deutschen mit ihrer Geschichte halten.“<sup>1687</sup> Die Kommission werde daher vor allem das „ikonographische Programm der Hauptstadt“ berücksichtigen müssen. Ohne Zweifel sende ein Schloss widersprüchliche Signale aus, gibt Schuller zu bedenken und schlägt den Bogen vom Berliner Unwillen bis zum um 1848 von Friedrich Wilhelm IV. errichteten Kuppel. Mit diesen Botschaften wolle man heute gewiss nichts mehr zu tun haben. Doch das Schloss stehe noch für eine andere Deutungsebene: Seine vielen Baustile verkörperten „generationenübergreifende Kontinuität“ und den Staat als „Verantwortungsgemeinschaft“. Die Platzierung des Schlosses im Fluchtpunkt der großen stadträumlichen Linien „stehe für die Bereitschaft, für gemeinsame Werte Kräfte zu bündeln“<sup>1688</sup>. Problematisch sei einzig die Frage, welcher Zustand des Schlosses gebaut werden sollte. Schuller plädiert für die Idee, die Schlossreste und Teile des Palasts in einen Neubau zusammen zu führen. „So kämen zwei Dinge zusammen: ein ungeschöntes Geschichtspanorama und eine Aussage der Gegenwart“.<sup>1689</sup>

---

<sup>1680</sup> Vgl. Haubrich, Rainer: Schloss-Kommission nimmt Arbeit auf. Im Mittelpunkt der Diskurse steht die Nutzung des Gebäudes, nicht die Gestalt der Fassade. In: *Die Welt*, 27.01.2001, s. S. 37. und: Erste Sitzung der Schloss-Kommission. In: *Die Welt*, 27.01.2001, s. S. 22.

<sup>1681</sup> Vgl. Haubrich, Rainer: Nun tagt mal schön. In: *Die Welt*, 27.01.2001, s. S. 22.

<sup>1682</sup> Ebd.

<sup>1683</sup> Vgl. Augstein, Jakob: Kein Schlüssel zum Schloss. In Berlin debattieren Experten über ein Gebäude, das niemand braucht. In: *SZ*, 27.01.2000, s. S. 01.

<sup>1684</sup> Vgl. ebd.

<sup>1685</sup> Vgl. ebd.

<sup>1686</sup> Vgl. Schuller, Konrad: Das Schloss. In: *FAZ* Nr. 29, 03.02.2001, s. S. 01.

<sup>1687</sup> Ebd.

<sup>1688</sup> Ebd.

<sup>1689</sup> Ebd.

Im Februar widmete sich die *FAZ* dem Verein „Pro Palast“ und damit erstmals ausführlich einer Organisation, die für den Erhalt des Palasts der Republik gekämpft hatte. Der Beitrag<sup>1690</sup> in den Berliner Seiten sparte nicht mit spöttischen Anmerkungen über die Aktivisten der Bürgerinitiative. Verglichen wurde ihr fatalistisches Ausharren mit dem Schicksal jenes römischen Soldaten in Pompeji, der seinen Posten nicht verließ und von der Lava des Vesuvs verschluckt wurde. Dem Verein gehe es vornehmlich um die Verteidigung der DDR-Identität; eine Fusion des Vereins mit ehemaligen Palastangestellten habe zu einem „Aktionsbündnis mit immerhin zweiundzwanzig aktiven Streitern“<sup>1691</sup> geführt. Auch eine eigene Kostenkalkulation habe – „wen wundert’s“ – ergeben, dass der Abriss des Palasts ökonomischer Wahnsinn sei. So lange mit dem Abriss nicht konkret begonnen werde, kämpfe der Verein also weiter für den Palast. Und als wäre nichts geschehen, bereite sich der Verein auf die Feier des 25. Geburtstags des Palasts im Theater Karlshorst vor. Bezeichnet werde die Veranstaltung nach einer Unterhaltungssendung des DDR-Fernsehens ‚Ein kleiner Kessel Buntes‘, der wieder einmal ausverkauft sei.

Über ein ganz anderes Projekt für den Schlossplatz berichtet die *FAZ*<sup>1692</sup> und findet dabei neue Worte. Der bisher vernachlässigte Düsseldorfer Architekt Ingenhoven habe sich in der Galerie Aedes West mit einem neuen Vorschlag für den Schlossplatz gemeldet. Ihm schwebte ein Ort der Kontemplation vor. Das Projekt heiße „Central Park Berlin“; das klinge „modisch schick“, dabei gebe es ja einen „Central Park“ ja schon in Form des Tiergartens, mokiert sich Christian Welzbacher. Überhaupt gehöre die Schlossdebatte zu den „faszinierendsten zweckfreien Luxusdiskussionen, die jemals in Berlin geführt wurden“<sup>1693</sup>, meint Welzbacher, und spricht der Debatte jeden Bezug zum Politischen ab. Auch gehe es weniger um die Sache selbst, sondern viel eher um „verbale Pfründe“. Daher meldeten sich nun all diejenigen – wie etwa Ingenhoven -, die nach der Einsetzung der Expertenkommission fürchten müssten, ihre Argumente zu spät ins Rennen zu schicken. Entscheidend sei eben nicht was man sage, sondern wann man es sage. Gänzlich anders nimmt die *taz* den Vorschlag von Ingenhoven an.<sup>1694</sup> Die Mitte mit 150 Jahre alten Bäumen drapieren zu wollen, sei eine „Provokation“, die zum Nachdenken anrege. Zumal die Galerie Aedes noch Anfang der 90er Jahre „mit Verve“ für das Schloss gekämpft habe. Die Funktion des Parks entledige aller Last der Geschichte, diene der Erholung, dem Pläsier der Stadtbürger und dem Nachdenken in einem schönen Ort über Europa und „nicht über Kaiser, Vaterland, Honecker oder sonst wen“, habe Ingenhoven gesagt.

Die Jahreshauptversammlung des Fördervereins Berliner Stadtschloss am 23. Februar 2001 nahm die *FAZ* zum Anlass für einen Bericht<sup>1695</sup> über ihren Vorsitzenden v. Boddien. Von weither seien die Menschen gekommen, um der „betörenden Rede“ ihres Vorsitzenden zu lauschen, und die meisten seien angezogen gewesen, als wären sie auf dem Weg in die Oper. Sorge habe sich breit gemacht unter den Vereinsmitgliedern, das sich die Expertenkommission bisher nicht für das Schloss stark gemacht habe. Für v. Boddien habe aber kein Anlass zur Sorge bestanden. „Im Tonfall eines hanseatischen Großbürgers und doch

---

<sup>1690</sup> Vgl. Flamm, Stefanie: Ein kleiner Kessel Buntes. Der Verein „Pro Palast“ feiert und denkt nicht ans Aufgeben. In: *FAZ* Nr. 35, 10.02.2001, s. S. BS 03.

<sup>1691</sup> Ebd.

<sup>1692</sup> Vgl. Welzbacher, Christian: Park ohne Schloss. Christoph Ingenhoven wünscht einen „Central Park“. In: *FAZ* Nr. 41, 17.02.2001, s. S. BS 03.

<sup>1693</sup> Ebd.

<sup>1694</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Im Garten spazieren die Weisen. Die Architekturgalerie Aedes provoziert die Schlossplatzkommission: Christoph Ingenhovens Projekt „Central Park Berlin“ gestaltet die Stadtmitte Berlins statt mit alten Plänen als dichten Wald mit alten Bäumen. Aedes, einst Förderin der Bebauung, fordert nun ein Moratorium für den prominenten Ort. In: *taz*, 28.02.2001, s. S. 18.

<sup>1695</sup> Vgl. Flamm, Stefanie: Hast du heute schon an das Schloss gedacht? Wilhelm von Boddien, der Vorsitzende des Fördervereins Berliner Stadtschloss, versteht seine Gegner so lange, bis sie ihn verstehen. In: *FAZ* Nr. 48, 26.02.2001, s. S. BS 03.

so hemdsärmelig wie ein rheinischer Karnevalsprinz predigte er seinen Anhängern am Freitag abend so lange Optimismus, bis auch der letzte wieder Mut gefasst und neue Kraft geschöpft hatte.“<sup>1696</sup> Den Erfolg sah Flamm darin, dass Boddien kein „verbissener Missionar“ sei, sondern viel eher „ein Verführer“. Wer ihm von den politisch Verantwortlichen kein Gehör schenke, der werde in sein Hamburger Domizil zum Abendessen geladen. Sieben Bundesbauminister soll er so bereits auf seine Seite gezogen haben, weiß die *FAZ* zu berichten. Demnächst sei Swoboda an der Reihe. Am Ende seiner Ausführungen sei von Boddien ohne Gegenstimme im Amt des Vorsitzenden bestätigt worden.

Als Nebenthema fungierte das Schloss in einem Beitrag<sup>1697</sup> der *FAZ* über die Berliner Ausstellung „Theatrum Naturae et Artis“. Der Versuch, „Wissensräume“ neu zu veranschaulichen, habe das Zeug für ein neues museologisches Modell, meinte Lehnart. Davon abgesehen habe sich gezeigt, dass die Humboldt-Universität hunderte Einzelsammlungen mit rund 30 Millionen Objekten besitze, die keinen Ausstellungsraum hätten. Daher sei es plausibel, wenn die Universität für ihr wissenschaftshistorisches Museum das Stadtschloss wünsche. Schloss und Museum seien kein Widerspruch: „Im Nordflügel des Stadtschlusses waren ab 1798 die Münzkabinette der Akademie, Kleinskulpturen und Naturalia zusammengeführt worden.“<sup>1698</sup>

In einem Interview fragt die *ZEIT* Nida-Rümelin nach seiner Meinung über nationale Symbole für die Demokratie und ob ein Schloss ein solches sein könne.<sup>1699</sup> Er warne davor, das Projekt zu einem „Großvorhaben der Nation“ zu erklären. Weder solle der Schlossplatz zur „nationalen Mitte“ mystifiziert werden, noch könne ein Schloss das bauliche Symbol der „dritten deutschen Republik“ werden. Das Schloss sei eine Frage für Berlin, mehr nicht, und eine genaue Rekonstruktion des Baus sei gar nicht möglich und wäre auch das „falsche Signal“.<sup>1700</sup> Auch die *FAZ* greift in einer Glosse<sup>1701</sup> Nida-Rümelins Standpunkt auf. Der Berliner Senat habe sich gegen diese Art der Einmischung gewandt, was der Verfasser als einen „schlitzohrigen Provinzialismus“ bezeichnet, mit dem ungeliebte Vorschläge fortgewischt werden könnten. „Berlinische Schlossfreiheiten“ sei dieses Pochen auf Eigeninteressen. Davon abgesehen: „Berlins Schloss ist durch den Gang der deutschen Geschichte zum Nationaldenkmal geworden“<sup>1702</sup>; daran könne weder die „berlinische Eigenbrötlerei“ noch die Auffassung eines Ministers etwas ändern. Auch die *taz* meldet diesen Streitfall, kommentiert ihn aber nicht.<sup>1703</sup>

Ein Wochenende und eine Zeitungsnummer später meldet die *FAZ*<sup>1704</sup> das Votum des Berliner Kultursenators Stölzl für den Wiederaufbau des Schlosses. Stölzl, dessen Meinung in der Schlossplatzdebatte keinesfalls neu sei, habe auch auf die Aussagen Nida-Rümelins reagiert. Man verstehe Berlin und die „dramatische Geometrie der Innenstadt“ erst dann wieder, wenn das Schloss wieder aufgebaut werde. Im Hinblick der Nutzung sehe er das Schloss in der Tradition der Wiener Hofburg; auch dort seien eine Bibliothek, ein Kongresszentrum und anderes untergebracht. Alle großen Residenzen seien inzwischen zu „Bienenhäusern für die unterschiedlichsten Zwecke“ geworden. Schlossbefürworter als

---

<sup>1696</sup> Ebd.

<sup>1697</sup> Vgl. Lehnart, Ilona: Heraus aus den Katakomben. Hinein ins Stadtschloss: Die Humboldt-Universität wünscht ein Wissenschaftsmuseum. In: *FAZ* Nr. 54, 05.03.2001, s. S. 47.

<sup>1698</sup> Ebd.

<sup>1699</sup> Vgl. Rauterberg, Hanno: Keine Kulissen, bitte! Der Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin über das neue Kanzleramt, das Berliner Schloss und andere Nationalsymbole. In: *DIE ZEIT* Nr. 11, 08.03.2001, s. S. 58.

<sup>1700</sup> Vgl. ebd.

<sup>1701</sup> Vgl. Schlossfreiheit. In: *FAZ* Nr. 59, 10.03.2001, s. S. 41.

<sup>1702</sup> Ebd.

<sup>1703</sup> Vgl. Senat böse auf Nida-Rümelin. In: *taz*, 09.03.2001, s. S. 21.

<sup>1704</sup> Vgl. Mein Bienenhaus. Stölzl plädiert fürs Berliner Schloss. In: *FAZ* Nr. 60, 12.03.2001, s. S. 49.

„reaktionär“ oder „antimodern“ zu verdächtigen, sei ein Missverständnis. Die Bauaufgabe gehe „alle Deutsche“ etwas an, weil Berlin die Hauptstadt sei, sagte Stölzl.<sup>1705</sup>

Über die Besichtigung des Palastes durch eine Delegation des Haushaltsausschusses des Bundestags schrieb die *taz* im März.<sup>1706</sup> Die Abgeordneten von PDS bis CSU seien sehr unterschiedlicher Meinung gewesen. „Schlossrekonstruktion, Neubau oder die Collage aus Alt und Neu. Der Haushaltsausschuss erging sich in Visionen und Gegenvisionen. Dass er gekommen war, die finanziellen Ausgaben für die Asbestsanierung in Augenschein zu nehmen, erschien fast als Nebensache.“<sup>1707</sup> Von Seiten der SPD habe man einmal mehr den Vorschlag gehört, es möge ein „Berliner Centre Pompidou“ entstehen.

Am 16. März 2001 veröffentlichte die Expertenkommission ihre erste Stellungnahme, die als kleine Meldung<sup>1708</sup> von der *FAZ* publiziert wurde. Darin hieß es, die Kommission „[...] favorisiere die seit längerem in der Debatte stehende Verlegung der Außereuropäischen Sammlungen von Berlin-Dahlem auf die Museumsinsel“<sup>1709</sup>. Allerdings dürfe „der Bau auf dem Schlossplatz“ nicht auf eine museale Nutzung beschränkt bleiben. Beispielsweise müssten auch Tagungen dort möglich sein. Die *taz* fügte ihrem Bericht noch hinzu, die Mitglieder der Schlossplatzkommission hätten scharfe Kritik an Politikern innerhalb ihrer Runde, wie Nida-Rümelin und Stölzl geübt, da sie sich öffentlich bereits für oder gegen den Schlossaufbau festgelegt hätten.<sup>1710</sup> Swoboda habe die Politiker aufgefordert, sich mit ihren Ansichten zurückzuhalten. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass die Kommission berate, aber „Beschlüsse schon gefasst“ seien.

Aus den ersten Ergebnissen der Expertenkommission hob das *ND* zwei Elemente hervor: Zum einen, dass der Palast ganz oder teilweiser erhalten werden könnte und dass die von der Bundesregierung und dem Senat bevorzugte „elitäre Nutzung“ als Konferenzzentrum und Gästehaus vom Tisch sei.<sup>1711</sup> Swoboda habe statt dessen für die Idee eines „Volkskulturhauses“ plädiert.<sup>1712</sup>

Als eine „Woche der Klarheit“ bezeichnete Wefing in seinem Beitrag<sup>1713</sup> in der *FAZ* die gegenseitigen Reaktionen von Swoboda, Stölzl und Nida-Rümelin. Er verglich dabei zunächst die Situation in Potsdam und Berlin. In der brandenburgischen Landeshauptstadt habe die Stadtverordnetenversammlung in einem „handstreichartigen Votum“ den Wiederaufbau des barocken Potsdamer Stadtschlusses beschlossen, während man in Berlin umständlich eine Kommission einsetzte. Doch der vermeintliche Vorsprung der Potsdamer sei dahin, nachdem eine Studie ergeben habe, dass eine zeitgemäße Nutzung hinter historischer Fassade finanziell schwierig sei. Nun sei man enttäuscht. Das sei kein Nachteil. Denn nun müssten die „Rekonstruktionswilligen“ überall im Lande darüber nachdenken, ob sie die leeren Grundstücke, auf denen einst Schlösser, Kirchen, Bauakademien standen, wie ganz gewöhnliche Immobilien behandeln wollten. Die Frage laute kurzgefasst: „Muss sich ein

---

<sup>1705</sup> Vgl. „Kern des Antlitzes“. Kultursenator Stölzl will Schloss unbedingt aufbauen. In: *taz*, 12.03.2001, s. S. 20.

<sup>1706</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Endzeitstimmung im Palast. Der Bundestag besichtigt den Palast der Republik und interessiert sich wenig für Kostensteigerungen und Terminverschiebungen. Gefühle für das DDR-Symbol kochen hoch, Schlossfans halten dagegen. In: *taz*, 15.03.2001, s. S. 23.

<sup>1707</sup> Ebd.

<sup>1708</sup> Vgl. Expertenkommission favorisiert Museum. In: *FAZ* Nr. 65, 17.03.2001, s. S. BS 02.

<sup>1709</sup> Ebd.

<sup>1710</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Der Palast marschiert im Geiste mit. Expertenkommission votiert für eine museale und öffentliche Nutzung des Schlossplatzes – nach dem Vorbild des Palasts. Marx-Engels-Forum soll neuer Platz werden. Kritik an Schloss-Äußerungen Stölzls und Nida-Rümelins. In: *taz*, 17.03.2001, s. S. 23.

<sup>1711</sup> Vgl. Kammer, Bernd: „Volkskulturhaus“ wäre gut. Experten für Palast-Grundidee am Schlossplatz. In: *ND*, 17.03.2001, s. S. 13.

<sup>1712</sup> Vgl. ebd.

<sup>1713</sup> Wefing, Heinrich: Der Vorsprung ist dahin. Was darf ein Schloss kosten? Berlin und Potsdam schauen hinter ihre Traumfassaden. In: *FAZ* Nr. 66, 19.03.2001, s. S. 49.

Schloss rechnen?“<sup>1714</sup>. Oder werde es nicht vielmehr als „Denkmal seiner selbst“ errichtet, als „zweckfreier Gedächtnisort“? Oder als Emblem des Selbstbehauptungswillens nach einem verheerenden Krieg – wie etwa in Warschau? Oder als Symbol wiedergewonnener Freiheit und Einheit – wie in Dresden? Das sei möglich und richtig, gibt Wefing zu erkennen. Allerdings sei der Schlossplatz „schlicht zu groß, um ihn als Freilichtmuseum zu verstehen.“<sup>1715</sup> Darin seien sich alle Schlossbefürworter einig und wollten daher auch nur Teile des Schlosses wieder aufbauen. Im weiteren referiert Wefing den Vorschlag Lehmanns über die Verlegung der Museen in Dahlem, der von Swoboda aufgenommen worden sei und über die Polemik zwischen Stölzl und Nida-Rümelin. Für den Bau selber sah Wefing eine „Collage von Alt und Neu“ sich abzeichnen, „[...] eine Montage von geretteten Spolien und selbstbewussten Ergänzungen“.<sup>1716</sup>

In der gleichen Ausgabe auf den Berliner Seiten schreibt die *FAZ*<sup>1717</sup> aus einer anderen Sicht über die gleiche Situation in der Schlossplatzdebatte. „Seien wir nicht feige!“ habe, Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) in einem Beitrag für eine andere Zeitung geschrieben und für einen Wiederaufbau des Schlosses plädiert. Thierse, der eine „ideologische Abrüstung“ gefordert habe, habe sich damit auf die Seite Stölzls gestellt und damit gegen seinen Parteigenossen Nida-Rümelin. Über Swoboda meinte die *FAZ*, er habe um Respekt für die Arbeit der Kommission gebeten und damit indirekt die Politiker aufgefordert, Zurückhaltung bei der Erteilung guter Ratschläge zu üben. Die *FAZ* sah darin eine „angenehm deeskalierende Linie“<sup>1718</sup> in der Arbeitsweise Swobodas, die allerdings andere Akteure in der Debatte nicht zum Schweigen bringe. So habe Monika Griefahn (SPD) in einem Rundfunkgespräch dafür plädiert, Teile des Palasts zu erhalten, während der Architekt Stephan Braunfels in einem Beitrag für die *Welt* den äußerlichen Wiederaufbau des Schlosses forderte. Die *taz* meldete Thierses Stellungnahme kommentarlos.<sup>1719</sup>

Die neue Bewegung in der Schlossplatzdebatte nahm Werner Jakob zum Anlass, in der *FAZ*<sup>1720</sup> eine spöttische Polemik gegen die Schlossfreunde zu veröffentlichen. Ausgehend von dem Votum des „Roten Wolfgang“, des „lieben Ober-Ossis“ für die Rekonstruktion des Schlosses, meinte Jakob, der Applaus komme von der falschen Seite. Denn in den „adlonverschleierte[n] Augen der Claqueure“<sup>1721</sup> schimmere ein „nostalgisches Nirwana“; es seien „kleinmütige Verächter aller avantgardistischer Architektur“, die einstimmig den Refrain anstimmten: „Bürger, seht die Fanale, auf zum höchsten Bauklon, die Ir-Rationale erkämpft kritische Rekonstruktion.“<sup>1722</sup> Jakobs Urteil über ein rekonstruiertes Schloss ist vernichtend: Ein „Frankensteinscher Golem“ werde entstehen, mit „betoniertem Herz hinter einem ‚falschen Gesicht‘ vorgemauerter Fassaden-Mimikry“<sup>1723</sup>, ein „Roboter in Ritterrüstung.“<sup>1724</sup> Wie es soweit kommen könne weiß Jakob auch. Die Debatte und der Wunsch nach dem „Golem“ sei eine „beklagenswerte Allegorie zur Seelenlage zeitgenössischer Entscheidungsträger“<sup>1725</sup>, die sich vor allem an den Umfrageergebnissen orientieren würden.

---

<sup>1714</sup> Ebd.

<sup>1715</sup> Ebd.

<sup>1716</sup> Ebd.

<sup>1717</sup> Vgl. Bewegung in der Schlossdebatte. Swoboda mahnt zur Besonnenheit, Thierse zu mehr Mut. In: *FAZ* Nr. 66, 19.03.2001, s. S. BS 02.

<sup>1718</sup> Ebd.

<sup>1719</sup> Vgl. Thierse sagt Ja zum Stadtschloss. In: *taz*, 19.03.2001, s. S. 19.

<sup>1720</sup> Vgl. Jakob, Werner: Bürger, hört die Signale. Neue Possen zur alten Stadtschlossdebatte. Eine Polemik. In: *FAZ* Nr. 67, 20.03.2001, s. S. BS 03.

<sup>1721</sup> Ebd.

<sup>1722</sup> Ebd.

<sup>1723</sup> Ebd.

<sup>1724</sup> Ebd.

<sup>1725</sup> Ebd.

Über Meinungen auf einer Diskussionsrunde in der Akademie der Künste berichtete die *SZ* kurz.<sup>1726</sup> Der Historiker Jürgen Kocka und der ungarische Schriftsteller György Dallos hätten sich gegen ein Schloss ausgesprochen; Klaus von Beyme habe hingegen einen positiven Erinnerungswert in dem Bau gesehen und statt der Rekonstruktion postmodernen „Schnickschnack“ befürchtet.<sup>1727</sup> Als „Kommentierung“ der Expertenkommission habe sich das „Diskussionsforum Stadtmitte“ in der Akademie der Künste verstanden, berichtet die *taz* ausführlicher über die gleiche Veranstaltung.<sup>1728</sup> Architekten und Stadtsoziologen hätten sich gegen Bestrebungen gewandt, die zentrale Mitte schnell und mittels einer Rekonstruktion zu bebauen. Da sich die Stadt wandle, die Mitte nicht mehr die Bedeutung habe wie früher, sei jede Aufladung anachronistisch, sei die Meinung der Teilnehmer gewesen.<sup>1729</sup> Ratlos sei man trotzdem gewesen, wie man denn den Schlossplatz gestalten solle.

Am 18. April 2001 lud die Expertenkommission Fachleute zu einer ersten Anhörung, in der sie ihre Nutzungskonzepte vortragen sollten.

Aus Anlass dieser Anhörung veröffentlichte die *FAZ* einen Beitrag<sup>1730</sup> des Kunsthistorikers Horst Bredekamp, in dem dieser für ein Wissenschaftsmuseum auf dem Schlossplatz plädierte. Wie er selbst schreibt, habe die von ihm mitkonzipierte Ausstellung „Theatrum Naturae et Artis“ im Martin-Gropius Bau „vielversprechende Überlegungen provoziert“. Über die äußere Form des Baus hielt sich Bredekamp aber bedeckt. Das städtebauliche Ensemble „mag sich rekonstruieren lassen“, formulierte er kryptisch, um sogleich hinzuzufügen: Die inneren Funktionen des Schlosses seien allerdings mit dem Abgang der Hohenzollern „unwiederbringlich vergangen“. Es gebe nur eine Ausnahme. Im dritten Stock des Nordflügels, also zum Lustgarten hin gerichtet, haben sich ein umfassendes Museum befunden, das 1798 von der Akademie der Wissenschaften übernommen worden war. Im weiteren rekonstruiert Bredekamp die Entwicklung dieses Schlossmuseums, das letztlich den Kern der heutigen Humboldt-Universität und der Berliner Museen gebildet habe. Es bestehe nun die „nicht wiederkehrende Chance“, so Bredekamp beschwörend, die Kunstammer der brandenburgischen Kurfürsten „in zeitgemäßer Form an ihren alten Standort“ zurückzuführen. In der gleichen Ausgabe der *FAZ* berichteten die Berliner Seiten<sup>1731</sup> über die Fachleute und Initiativen, die zu der öffentlichen Anhörung der Kommission geladen wurden. Angekündigt seien der Sprecher von „Pro Palast“, der Gesellschaft Historisches Berlin, v. Boddien als Vorsitzender des Fördervereins, Vertreter des Hotel- und Gaststättenverbands Berlin, des Rates für Stadtentwicklung und der Stadtteilvertretung Spreeinsel. Stellungnahmen werde man erwarten von dem Generaldirektor der Staatlichen Museen zu Berlin und dem Präsidenten der Humboldt-Universität.<sup>1732</sup>

Bei ihrer Ankündigung verwies die *taz* erneut auf das „spektakuläre Projekt“ des Architekten Ingenhoven mit seinem „Central Park“.<sup>1733</sup> Es entstehe ein „Ort zum Lustwandeln und zur Reflexion“.

Die *Welt* veröffentlichte in knappen Zusammenfassungen die Standpunkte der 14 geladenen Interessengruppen.<sup>1734</sup> Boddien habe die Anhörung als eine „demokratische

---

<sup>1726</sup> Vgl. Agora, oder? Kollektive Memoiren: Wozu ein Stadtschloss, wozu nicht. In: *SZ*, 31.03.2001, s. S. 10.

<sup>1727</sup> Vgl. ebd.

<sup>1728</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Kein Schloss! Doch was? In der Akademie der Künste ist man sich einig: Keine Rekonstruktion des Schlosses, die Stadt von morgen braucht keine Symbole von gestern. Was stattdessen gefragt ist, ist aber auch nicht klar. In: *taz*, 07.04.2001, s. S. 22.

<sup>1729</sup> Vgl. ebd.

<sup>1730</sup> Vgl. Bredekamp, Horst: Heimkehr auf den Schlossplatz. Rekonstruktion der Kunstammer: Ein Wissenschaftsmuseum könnte Berlins vornehmste Brache füllen. In: *FAZ* Nr. 90, 18.04.2001, s. S. 52.

<sup>1731</sup> Vgl. Komm, reden wir über die Leere. Erste Anhörung zum Schlossplatz. In: *FAZ* Nr. 90, 18.04.2001, s. S. BS 02.

<sup>1732</sup> Vgl. Ebd.

<sup>1733</sup> Vgl. Schlossplatzdebatte. Neue Ideen für die alte Mitte. In: *taz*, 18.04.2001, s. S. 23.

<sup>1734</sup> Vgl. Lutz, Martin, Soldt, Rüdiger: Das Schloss soll ein Haus des Volkes sein. Kommissionschef sieht Konsens für Nutzung als Museum, Bibliothek und Konferenzzentrum. In: *Die Welt*, 18.04.2001, s. S. 22.

Alibiveranstaltung“ bezeichnet, da es kaum Zeit geben werde, die Argumente vorzubringen. Swoboda habe indes gekontert, man könne nicht jeder Gruppe zwei Stunden Redezeit einräumen. Gut sei es auch, so Swoboda weiter, dass v. Boddien nicht Mitglied der Kommission geworden sei, da er die Mitglieder sonst „unzulässig orientiert“ hätte.<sup>1735</sup> Die *Welt* referierte noch den Standpunkt des Humboldt-Präsidenten Mlynek, der in den Kunstkammern die „einzige rekonstruierbare historische Nutzung“ des Schlosses gesehen und daher wie Bredekamp die Unterbringung eines Museums des Wissens favorisiert habe. Die Initiative „Pro Palast“ (50 Mitglieder) hingegen wolle den „Volkshauscharakter“ erhalten wissen und notfalls zu „außerparlamentarischen Mitteln“ greifen.<sup>1736</sup>

In einem Kommentar Tags darauf meinte die *Welt*, die „geschichtspolitische Aufgeregtheit“, die am Anfang der Debatte zu spüren gewesen sei, sei inzwischen zwar verflogen; aber der „Diskussionsfortschritt“ fände trotzdem im Schneckentempo statt.<sup>1737</sup> So habe Swoboda die „bemerkenswerte“ Auffassung vertreten, die Kommission könne über die äußere Form des Baus nicht entscheiden. Hoffentlich bedeute dies nicht, die Kommission werde diese „wichtigste Frage“ wieder an die Politik zurückdelegieren, mahnt die *Welt*. An eine solche Form der Schloss-Debatte hätten die Bürger kein Interesse. In der gleichen Ausgabe triumphiert die *Welt* mit der programmatischen Überschrift, an Schlüter komme keiner vorbei.<sup>1738</sup> In dem als Nachlese der Anhörung gedachten Beitrag wurde der Standpunkt der Palastgegner nicht erwähnt. Statt dessen lobte die Zeitung das „brillante Plädoyer“ des Generaldirektors der Staatlichen Museen, Peter-Klaus Schuster, als „Glanzlicht“ des Tages. Von Boddien habe „in gewohnt souveräner Weise“ seinen Vortrag gehalten und am Ende seine als „Alibiveranstaltung“ geäußerte Kritik wieder zurückgenommen.<sup>1739</sup> „Erstmals“ habe sich durch die Anhörung auch eine konkrete Nutzung herauskristallisiert, meint die *Welt*, übersah dabei aber, dass ein Nutzungskonzept bereits seit 1996 vorhanden war.<sup>1740</sup> Nun sei man überein gekommen, dass es eine Bibliothek, einen Konzertsaal und ein Museum geben sollte. Der in der Zeitung abgebildete Grundriss des Neubaus entpuppte sich in der Bildunterschrift als „Boddien-Plan“ mit historischer Fassade und modernem Kern.<sup>1741</sup>

Für die *SZ* schlug mit der Anhörung die „Stunde der Schöngeister“.<sup>1742</sup> Andächtig habe ein „erlauchter Kreis von Hochschullehrern und Architekten“ den Vorträgen gelauscht. Am Ende sei klar gewesen, dass der Neubau ein weitgehend öffentlicher werden solle und dass der Bund einen Großteil der Finanzierung zu übernehmen habe.<sup>1743</sup>

Nach der ersten Anhörung folgte die analysierende Nachlese, für die in der *FAZ* viel Platz eingeräumt wurde. Zunächst schrieb<sup>1744</sup> Wefing über die „leise schnurrende Konsensmechanik“, die durch die Expertenkommission sichtbar geworden war. Viel sei über die Expertenkommission gespottet worden, sei man doch der Meinung gewesen, dass es praktisch nichts Neues mehr zu besprechen gebe. Aber so funktioniere nun mal das „[...] Gesetz der gesellschaftlichen Verständigung über die Gestaltung öffentlicher Räume“<sup>1745</sup>. In

---

<sup>1735</sup> Vgl. ebd.

<sup>1736</sup> Vgl. ebd.

<sup>1737</sup> Vgl. Soldt, Rüdiger: Langer Weg zum Schloss. In: *Die Welt*, 19.04.2001, S. 29.

<sup>1738</sup> Vgl. Haubrich, Rainer: An Schlüter kommt keiner vorbei. Mit der dritten Sitzung der Kommission „Historische Mitte“ ist der Wiederaufbau des Stadtschlosses wieder etwas näher gerückt. In: *Die Welt*, 19.04.2001, S. 29.

<sup>1739</sup> Vgl. ebd.

<sup>1740</sup> Vgl. Das neue Schloss wird ein Ort der Bildung. Nach der Anhörung der Kommission „Historische Mitte“ zeichnet sich erstmals ein Nutzungskonzept ab. In: *Die Welt*, 19.04.2001, S. 32.

<sup>1741</sup> Vgl. ebd.

<sup>1742</sup> Vgl. Mayer, Christian: Dem Volk einen Palast. Museum, Bibliothek, Schatzkammer: Expertenkommission diskutiert Visionen für den Berliner Schlossplatz. In: *SZ*, 19.04.2001, S. 11.

<sup>1743</sup> Vgl. ebd.

<sup>1744</sup> Vgl. Wefing, Heinrich: Ein Kulturpalast für Berlin. Leise schnurrt die Konsensmechanik: Die erste Anhörung der Schlossplatz-Kommission entschärft den Streit. In: *FAZ* Nr. 92, 20.04.2001, S. 41.

<sup>1745</sup> Ebd.

der Kommission habe nun die Debatte, die „seit über zehn Jahren durch die Stadt wabert“ ein Gefäß gefunden. Hier werde sie verdichtet und ihren diffusen Charakter verändern. Bei der Anhörung selbst sei nichts wesentlich Neues vorgetragen worden. Der Festsaal des Berliner Rathauses sei bei diesem „Hochamt der Bürgergesellschaft“ überraschend leer gewesen. Trotz der üblichen, zum Teil kuriosen Vorschläge, habe die Präsentation und Befragung einen „eminenten Erkenntnisgewinn“ gebracht: Es habe sich gezeigt, dass von dem Palast der Republik nicht mehr übrig bleiben werde, als ein paar Sitzmöbel. Der Charakter als „Volkshaus“ solle aber zum Tragen kommen. Ebenfalls nicht neu sei die Erkenntnis, es werde auf eine Mischung aus Alt und Neu bei dem Neubau hinauslaufen. Immer deutlicher habe sich hingegen abgezeichnet, dass der von Bredekamp ins Spiel gebrachte Wunsch, das erste wissenschaftsgeschichtliche Museum Deutschlands zu schaffen, auf sehr positive Resonanz getroffen habe. „Kaum mehr umstritten“ bezeichnete Wefing den bei der Anhörung erneut vorgetragenen Vorschlag, die außereuropäischen Sammlungen von Dahlem in die Mitte zu verlegen. Und als drittes Element des „künftigen Berliner Kulturpalasts“ nannte Wefing die Einrichtung einer Bibliothek. Täglich 10.000 Besucher kämen so in die Mitte, habe die Direktorin Claudia Lux von der Zentralen Landesbibliothek Berlin versichert. Völlig unklar sei aber der verbindliche technische Ablauf der Entscheidungsfindung geblieben. Wer worüber befinden werde, sei eben nicht geklärt worden. „Die Politik“ werde entscheiden müssen, habe Swoboda erklärt – aber wer sei „die Politik“? Conradi habe darauf bestanden, dass am Ende der Deutsche Bundestag entscheiden müsse. Denn die Gestaltung des Schlossplatzes sei eben keine lokale, sondern eine nationale Angelegenheit, habe er gesagt. Es habe keinen „Ringkampf“ zwischen Schloss- und Palastfreunden gegeben, schreibt das *ND* über die Anhörung.<sup>1746</sup> Die Nutzungsfrage habe im Vordergrund gestanden. Boddien habe seine Schlosspläne so überarbeitet, dass neben einer Museumsnutzung auch Platz für die geplante Bibliothek vorhanden gewesen sei. Die Palastfreunde hätten hingegen Ergänzungsbauten neben dem renovierten Palast geplant. Das *ND* berichtet noch, Bodenschatz' Meinung, ein Schloss sei eine „Comiclösung“ habe zu „scharfen Nachfragen“ von Thierse geführt.<sup>1747</sup>

Nach der Anhörung veröffentlichte die *FAZ* den Vortrag Schusters, mit dem er für die Museumslösung votiert hatte.<sup>1748</sup> Ganz im Sinne des „Preußenjahres“ bezeichnete die Zeitung Schusters Entwurf als „preußischen Traum“, den bereits Friedrich Wilhelm IV. geträumt haben solle. Schuster betonte vor allem die Möglichkeit, durch die Konzentration der Berliner Museen in der Mitte könnte die Stadt wieder Weltruf erlangen; mit der angestrebten Museumskonzeption „[...] würden die Staatlichen Museen zu Berlin wieder in ihren ausgezeichneten Rang als eines der größten Universal Museen aller Künste und Kulturen der *Welt* sichtbar werden.“<sup>1749</sup> Und: „In dieser grandiosen Komposition seiner einzigartigen Sammlung könnte Berlin [...] in der Tat zur international führenden europäischen Kunst- und Museumsstadt werden. Nur in Berlin sei das möglich, ist sich Schuster sicher. Den Schlossplatz selbst bezeichnet auch Schuster als „offene Wunde“, die „mit Anstand“ geschlossen werden müsse. Der Neubau müsse die „Würde“ und den „Ernst“ dieses „kostbarsten Platzes der Bundesrepublik“ berücksichtigen. Mit nichts könne das besser geschehen, als mit dem „geistigen Erbe des anderen, des besseren Preußen“<sup>1750</sup>. Schuster sieht hier gar magische Kräfte wirken: „Die Verwandlung eines gesprengten

<sup>1746</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Kultur mit Schloss als Palast-Idee. In: *ND*, 19.04.2001, s. S. 01. und: Kammer, Bernd: Kulturzentrum mit Tendenz zum Schloss. Öffentliche Anhörung zur historischen Mitte. In: *ND*, 19.04.2001, s. S. 17.

<sup>1747</sup> Vgl. ebd.

<sup>1748</sup> Vgl. Schuster, Peter-Klaus: Welch schöner preußischer Traum. Künste und Wissenschaften brauchen Platz, um sich auszudehnen: Ein Vorschlag zur Belebung der verwaisten Mitte Berlins. In: *FAZ* Nr. 92, 20.04.2001, s. S. 46.

<sup>1749</sup> Ebd.

<sup>1750</sup> Ebd.

Hohenzollernschlosses zu einem Ort der Weltkunst und der Weltkultur und ihres Dialoges mit den Wissenschaften hat von daher eine innere höhere Logik. Man könnte geradezu von der alchemistischen Verwandlung Preußens durch seine Museen und Universitäten zum Ruhme auch dieser Bundesrepublik sprechen.<sup>1751</sup> Am Ende seines Plädoyers gestattet sich Schuster auch eine Anmerkung zur Architektur des zu erwartenden Neubaus. Wer mit Schinkels Auge die Mitte der Stadt lese, der müsse sich „natürlich“ wünschen, dass als Antithese des Alten Museums wieder das barocke Schloss stehe. Nur so komme zum Ausdruck, dass Schinkel mit dem Klassizismus etwas Modernes gegen das Schloss habe schaffen wollen. Doch anstatt daraus zu folgern, auch er sei für die Rekonstruktion, wird Schuster noch vorsichtiger: Im Sinne einer „erneuten Lesbarkeit der Schinkelschen Disposition“ sei eine Gebäude in der historischen Kubatur „nicht unangebracht“.<sup>1752</sup>

Für die *taz* waren die Vorstellungen der Expertenrunde nichts als „elitäre Modelle“, ein Schritt ins 19. Jahrhundert, die man deshalb ablehnen müsse.<sup>1753</sup> Das Schaulaufen der Kulturelite des Landes werde Spuren hinterlassen, prophezeite die *taz*: „So viel Bildungswahn am Schlossplatz – als wolle man Old Humboldt, Fritze Schiller und das 19. Jahrhundert wiederbeleben – muss bei der Kommission Spuren hinterlassen. Zumal in ihren Reihen eingefleischte Verfechter des Gestern sitzen. Kultur und Fun, wie etwa in der angelsächsischen Tradition, schließen sich in Postpreußen aus.“<sup>1754</sup> So sei gerade die Schicht, die Kultur am meisten brauche, ausgeklammert worden. Zur Gebäudeform selbst habe Swoboda gesagt, die „Replik im Maßstab eins zu eins“ sei „hinfällig“, da ein Schloss mit seinen historischen Raumfolgen für zukünftige Nutzungen nicht geeignet sei.<sup>1755</sup> Die Unterbringung etwa von kulturellen Einrichtungen, „aber auch Nutzungen, die in zehn Jahren wichtig werden“, benötigten nicht allein eine „hochflexible“ Architektur. Ein Neubau müsse auch den technischen Anforderungen unserer Zeit Rechnung tragen.<sup>1756</sup>

Ebenfalls in den Monat April fiel der 25. „Geburtstag“ des Palastes der Republik. Die *FAZ* nahm das Ereignis zum Anlass, einen längeren Beitrag<sup>1757</sup> über das Gebäude zu veröffentlichen. Der Artikel ist sachlich gehalten, an einigen Stellen wird gespottet. So beispielsweise über die „billigen Anzüge verdienter Werktätige der DDR“ auf der Tanzfläche. Tatsächlich sei das Gebäude ein Haus des Volkes gewesen, erklärt die *FAZ*. Doch 15 Jahre nach seiner Schließung habe der Palast „weder politisch noch architektonisch“ eine Bedeutung. Denn „es ist ganz auf Vergangenheit gestellt und in den schönen Erinnerungen das Symbol einer DDR, die es nie gab.“<sup>1758</sup> Schon längst wäre es abgerissen, wenn es da nicht jene gebe, die dem Haus sentimental anhängen, ist sich die *FAZ* sicher.

Die *taz* begnügte sich aus gleichem Anlass, einige Fakten über den Palast zusammen zu tragen.<sup>1759</sup> Seit seiner Schließung kämpfe der Palast gegen „antisozialistische Kräfte“, die ihn unter dem Vorwand der Sanierung geschlossen und bis auf die gläserne Fassade und seine Stützen ausgeräumt hätten, um ihn abzureißen. Der Palast wackele zwar, aber noch stehe er.<sup>1760</sup>

---

<sup>1751</sup> Ebd.

<sup>1752</sup> Vgl. ebd.

<sup>1753</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Schlossplatz. Elitäre Modelle für die Mitte. In: *taz*, 19.04.2001, s. S. 21.

<sup>1754</sup> Ebd.

<sup>1755</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Vorwärts ins 19. Jahrhundert. Expertenkommission will keinen originalgetreuen Wiederaufbau des Stadtschlusses. Vorstellungen zur Nutzung aber sind altbacken: Beim Hearing dominiert Idee einer musealen Bildungslandschaft. In: *taz*, 19.04.2001, s. S. 21.

<sup>1756</sup> Vgl. ebd.

<sup>1757</sup> Vgl. Marmor, Stahl, Asbest – der „Palast der Republik“ ist 25 Jahre alt. In: *FAZ* Nr. 94, 23.04.2001, s. S. 14.

<sup>1758</sup> Ebd.

<sup>1759</sup> Vgl. Vor 25 Jahren: als Erich übers Parkett tänzelte, hielt die Republik den Atem an. In: *taz*, 23.04.2001, s. S. 19.

<sup>1760</sup> Vgl. ebd.

In die gleiche Richtung deutet ein Beitrag des *ND*, das ein Gespräch mit dem Architekten Wolf R. Eisentraut veröffentlicht.<sup>1761</sup> Er schäme sich nicht, an dem Palast unter der Leitung von Graffunder mitgebaut zu haben, betonte Eisentraut. Das Ende des Palastes sei noch nicht beschlossen. Die Zahnstocher-Prophezeiung sei nicht eingetreten und nach der Sanierung habe man einen kostbaren Rohbau, den man angesichts der finanziellen Lage nicht einfach abreißen könne. Wer Geld für ein Schloss ausgeben wolle, der solle die Mittel lieber in die zahlreichen Herrenhäuser und Dorfkirchen in Brandenburg stecken, die auffällig, aber eben Originale seien. Die Vergleiche mit Warschau und Frauenkirche seien auch falsch. Denn dort habe es eine historische Kontinuität gegeben, auch in Form einer Ruine. „An Stelle des Schlosses in Berlin-Charlottenburg stand nie ein Europacenter.“<sup>1762</sup> Eisentraut betonte außerdem den besonderen Charakter des Palastes, der durch sein großes Foyer verwirklicht habe, was man nun fordere: Die Verbindung von Ost (Alexanderplatz) und West (Unter den Linden). Ihm sei diese Symbolik egal, aber so sei der Palast nun mal angelegt worden. Heute sehe niemand mehr diesen Bezug, denn die Scheiben seien verdreckt, beschmiert und zerschlagen. Falsch sei auch die Bezeichnung Schlossplatz, und auch, dass sich Berlin um das Schloss herum entwickelt habe, räumt Eisentraut mit gängigen Argumenten auf.<sup>1763</sup> Der Palast werde auch immer besser im Vergleich zu den Neubauten, die in Mitte entstünden: „Vor dem Neubau des Außenministeriums braucht er sich jedenfalls nicht zu verstecken“.<sup>1764</sup> Wenn daher die Vernunft siege, werde man auch den 30. Geburtstag des Palastes feiern können.

Der Bezirk Mitte habe die internationale Expertenkommission davor „gewarnt“, auf dem Schlossplatz „monofunktionale Interessen“ zu unterstützen, berichtete die *taz*.<sup>1765</sup> Zwar solle der Ort zukünftig als „Kulturraum aktiviert“ werden, aber eine „ausschließliche Nutzung“ des früheren Schlossareals als Museumsstandort, Großbibliothek oder Kongresszentrum lehne der Bezirk Mitte ab. Schließlich solle die Kommission auch ein Konzept für die Zwischennutzung des Palastes erarbeiten.<sup>1766</sup>

Vor dem Bezug des Bundeskanzleramtes in Berlin überlegte Claudius Seidl in der *SZ* die Bedeutung der Bauten in Berlin, die Funktion von Architektur und ihre Botschaften.<sup>1767</sup> Hinweisend auf den legendären Ausspruch Schröders, ihn behage der Blick nicht aus seinem Arbeitszimmer im ehemaligen Staatsratsgebäude, meinte Seidl: „Und genau in diesem Dreieck, zwischen unbehaglichen Neubauten, den unbeliebten Zeugnissen einer hässlichen Geschichte und den verlorenen Monumenten einer vergessenen Vergangenheit, genau hier bündeln sich die architektonischen Probleme der Hauptstadt, welche immer auch auf Identitätsprobleme der Berliner Republik verweisen.“<sup>1768</sup> Dass der Palast abgerissen werden solle, zeige das Unbehagen an der Geschichte, die Sehnsucht nach dem Schloss aber beweise das Unbehagen an der Gegenwart – und die Angst vor einer Zukunft, die sich auf das Jetzt beziehen müsste. Die Suche nach der Preußischen Tradition sei letztlich eine Projektion metropolenduseliger Provinzler, meint Seidl in der *SZ*.

Den Einzug von Schröder in das Berliner Bundeskanzleramt nahm die *taz* zum Anlass, über die Zukunft des Schlossplatzes nachzudenken.<sup>1769</sup> Da Schröders Vorgänger Kohl mit dem

---

<sup>1761</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Der Palast der Republik braucht sich nicht zu verstecken. Architekt Wolf R. Eisentraut über Chancen und Qualitäten eines umstrittenen Gebäudes. In: *ND*, 23.04.2001, s. S. 03.

<sup>1762</sup> Ebd.

<sup>1763</sup> Vgl. ebd.

<sup>1764</sup> Ebd.

<sup>1765</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Mitte will lebendige Mitte in der Stadt. Bezirk lehnt monofunktionale Nutzungen für Schlossplatz ab. Neben Kultur auch „städtische Mischung“ gefordert. In: *taz*, 23.04.2001, s. S. 20.

<sup>1766</sup> Vgl. ebd.

<sup>1767</sup> Vgl. Seidl, Claudius: Die Spur der Steine. In: *SZ*, 28.04.2001, s. S. 04.

<sup>1768</sup> Ebd.

<sup>1769</sup> Vgl. Bollmann, Ralph: Wer baut, der bleibt. Heute muss Gerhard Schröder in das neue Kanzleramt einziehen. Es ist ein Monument des Geschichtspolitikers Helmut Kohl. Um seinen eigenen Nachruhm in Stein zu

Kanzleramt ein Denkmal für sich erschaffen habe, stehe nun die Frage an, was wohl Schröder an Möglichkeiten offen stünden. Denn nach zwei Jahren rot-grüner Regierung müsse man erstat feststellen, dass die Berliner Republik viel stärker als die alte Bundesrepublik den historischen Bezugspunkt ihres Selbstverständnisses dort finde, wo die deutsche Teilung begann: im Nationalsozialismus. Die Diktatur sei inzwischen zum entscheidenden Argument für die westliche Demokratie geworden. Den Verdacht des Revisionismus habe Schröder – anders als Kohl – also nicht fürchten müssen, als er sich für viele überraschend in gewohnt salopper Manier für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses ausgesprochen habe. Nun stünden die Chancen nicht schlecht, dass die Frage irgendwann in der nächsten Wahlperiode auf Schröder zutriebe und nach einer Lösung per Machtwort verlange. „Die Expertenkommission, die das Thema derzeit berät, hat vor allem eine Funktion: Sie hält die Schlossfrage offen, bis die Zeit für jenes Machtwort reif ist. Mit anderen Worten – bis eine Mehrheitsmeinung klar erkennbar ist, die der Konsenskanzler nur noch gegen Restwiderstände durchsetzen muss.“<sup>1770</sup> Schröder fürchte bisher eine Pleite wie die seines Vorbildes Blair: Der „Millennium Dome“ sollte den Ruhm von „New Labour“ bis weit ins neue Jahrtausend tragen. Jetzt werde er, nach wenig mehr als einem Jahr, schon wieder abgerissen.<sup>1771</sup> Ein „offenes Haus“ auf dem Schlossplatz, durch keinerlei Regierungs- oder Parlamentsfunktionen in seiner öffentlichen Nutzung beschränkt, könnte jedoch genau jene Volksnähe verkörpern, die der Medienkanzler Schröder so gern für sich in Anspruch nehme. Im Rahmen der sogenannte Polnischen Woche in Berlin wurde am 7. Mai 2001 eine Podiumsdiskussion veranstaltet. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, ob man das Berliner Schloss wieder aufbauen dürfe, bzw. solle. Mit dabei waren der Berliner Senatsbaudirektor Stimmann und der Direktor des Warschauer Schlosses, Andrzej Rottermund. Der Wiederaufbau des Schlosses in Warschau sei eine ganz natürliche Sache gewesen, zitierte die *FAZ*<sup>1772</sup> Rottermund. Denn das Schloss wurde von den Nationalsozialisten bewusst als polnisches Nationalsymbol zuerst geplündert und 1944 restlos gesprengt. Da nun auch das Hohenzollernschloss einem „Akt des Vandalismus“ zum Opfer gefallen sei, sei es nur natürlich, wenn auch dieser Bau wieder errichtet würde. Doch Stimmann habe dieser Argumentation nicht gefolgt, berichtet Flamm. Denn die Sprengung des Berliner Schlosses habe auch „den Faschismus auslöschen“ sollen, zitiert Flamm Stimmanns Rede. Er habe aber übersehen, belehrt Flamm, dass Ulbricht „[...] durch diesen willkürlich inszenierten Bruch mit der Tradition in erster Linie Platz schaffen wollte für eine Aufmarschfläche“.<sup>1773</sup> Die politische Motivation Ulbrichts scheint Flamm zu vergessen. Statt dessen zitiert sie einen „aufgebrachten Zuhörer“, der gerufen habe, Ulbricht habe auf den Trümmern des Schlosses eine Diktatur errichten wollen. 27 Jahre lang sei in Polen darüber gestritten worden, ob eine sozialistische Volksrepublik das Königsschloss wieder aufbauen dürfe. Im Vergleich dazu sei Berlin „immer noch gut in der Zeit“, meint die *FAZ*. Über die Gegenveranstaltung zur Expertenrunde in der Akademie der Künste berichtete erneut die *taz*.<sup>1774</sup> Einig sei man sich erneut darin gewesen, der Versuchung, wieder ein Schloss zu bauen, zu widerstehen. Als neuen Vorschlag habe der Architekturhistoriker Pehnt eine „durchlässigen Mitte“ verschiedenster Bauten oder eines Ensembles gefordert.<sup>1775</sup> So

---

meißeln, bleibt dem Medienkanzler jetzt nur noch ein einziger Ort – der Schlossplatz. In: *taz*, 02.05.2001, s. S. 19.

<sup>1770</sup> Ebd.

<sup>1771</sup> Vgl. ebd.

<sup>1772</sup> Vgl. Flamm, Stefanie: Von Warschau lernen. Polnische Woche: Auch Berlin sollte wieder ein Stadtschloss haben, finden die Nachbarn. In: *FAZ* Nr. 108, 10.05.2001, s. S. BS 03.

<sup>1773</sup> Ebd.

<sup>1774</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Die große Versuchung. Akademie der Künste schließt Reihe der Schlossplatz-Debatten ab. Appell an Expertenkommission, sich „Gegenpositionen“ und nicht nur Bildern zur Rekonstruktion des barocken Schlosses zu öffnen. In: *taz*, 12.05.2001, s. S. 25.

<sup>1775</sup> Vgl. ebd.

könnte ein neuer Zusammenhang zwischen Alexanderplatz und Friedrichstadt hergestellt werden. „Nicht Akropolis, sondern Polis“ müsse dort gestaltet werden, habe Pehnt gesagt. In einer kleinen Feuilletonmeldung<sup>1776</sup> der *FAZ* erfuh man, dass die Landesbibliothek „auf dem Schlossplatz“ unterkommen solle. Zumindest wünsche sich das Claus Michaletz, der Initiator der „Kulturstiftung zur Förderung der Berliner Landesbibliothek“ und Aufsichtsratsmitglied des Springer-Verlags. Dieser „Traum“ sei ihm eine „Herzensangelegenheit“, berichtete die *FAZ*. Auch die *taz* meldete das Ereignis ohne weiteren Kommentar.<sup>1777</sup>

Am 25. Mai 2001 tagte erneut die Expertenkommission. Nach der Sitzung trat Swoboda vor die Presse. Die *FAZ*<sup>1778</sup> berichtete darüber. Man wolle um das Stadtschloss wieder ein Wohnviertel mit Straßen und Plätzen entstehen lassen, habe Swoboda gesagt. Auch eine erneute Bebauung der Schlossfreiheit sei befürwortet worden. „Die Kommission lehnt jedoch eine Kopie des Hohenzollernschlosses ab“<sup>1779</sup>. Das Warschauer Schloss sei als Vergleich ungeeignet, denn die Polen hätten an ihre Nationalgeschichte anknüpfen wollen, was in Berlin nicht möglich sei, habe Swoboda erklärt. Gleiches meldete die *taz*.<sup>1780</sup> Auch das *ND* vermeldete im wesentlichen die Fakten der neuerlichen Sitzung, merkt aber darüber hinaus an, Swoboda habe schon von einem „Schlossgebäude“ gesprochen.<sup>1781</sup>

Zum hundersten Geburtstag der Berliner Stadtbibliothek gab es in Berlin eine Ausstellung. Ein Bericht in der *FAZ*<sup>1782</sup> hob hervor, dass die Bibliothek sich ein neues Zuhause auf dem Schlossplatz wünsche – egal in welcher Form. „Wie die Hülle aussehen soll, ist Nebensache“.<sup>1783</sup> Das *ND* schrieb ebenfalls über den Wunsche der „Jubilarin“, auf 50.000 Quadratmeter Fläche auf dem Schlossplatz unterzukommen.<sup>1784</sup> Das *ND* unterstrich, dass die Einrichtung mit täglich über 7.000 Besuchern für Leben auf dem Schlossplatz sorgen könnte. Die *ZEIT* polemisierte derweil gegen die PDS, die in Berlin die DDR verteidigen wolle, anstatt ein Zusammenwachsen der Stadt zu ermöglichen.<sup>1785</sup> Dazu gehöre auch die Berliner Mitte, die die PDS als „ihr Reservat“ betrachte und die Rekonstruktion geschichtlicher Zusammenhänge verhindere.

In der Expertengruppe zur Gestaltung des Schlossplatzes gebe es eine „starke Tendenz“ für einen möglichst getreuen Wiederaufbau des Stadtschlosses, berichtete die *taz*.<sup>1786</sup> Allerdings seien sich alle Mitglieder bewusst, dass das Schloss nicht zu 100 Prozent wiederherstellbar sei, habe der Vorsitzende der Kommission, Swoboda, bei einer Anhörung vor dem Kulturausschuss des Bundestags gesagt. Daraufhin habe es „zaghafte“ Kritik gegeben, meldete die *taz*.<sup>1787</sup> Thomas Flierl, PDS-Bundesvorstandsmitglied und ehemaliger Baustadtrat von Mitte, habe gemeint, die Vorgehensweise Swobodas sei „der Sache nicht förderlich“.

---

<sup>1776</sup> Vgl. Bücherschloss. Zentralbibliothek für Berlins Mitte. In: *FAZ* Nr. 115, 18.05.2001, s. S. 45.

<sup>1777</sup> Vgl. Stifter: Bücher auf den Schlossplatz! In: *taz*, 17.05.2001, s. S. 18.

<sup>1778</sup> Vgl. Für ein Wohnviertel um das Schloss. In: *FAZ* Nr. 121, 26.05.2001, s. S. BS 08.

<sup>1779</sup> Ebd.

<sup>1780</sup> Vgl. Experten lehnen Schlosskopie ab. In: *taz*, 26.05.2001, s. S. 21.

<sup>1781</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Wohnen rund um das neue „Schlossgebäude“. Experten diskutierten Umfeld des Schlossplatzes. In: *ND*, 26.05.2001, s. S. 15.

<sup>1782</sup> Contzen, Sonja: Seit hundert Jahren zum Umziehen verflucht. Die Berliner Stadtbibliothek wünscht sich zum Geburtstag ein neues Gebäude auf dem Schlossplatz. In: *FAZ* Nr. 129, 06.06.2001, s. S. BS 02.

<sup>1783</sup> Ebd.

<sup>1784</sup> Vgl. Schröter, Almut: Jubilarin will für Leben sorgen. 100-jährige Landesbibliothek wünscht sich auf den Schlossplatz. In: *ND*, 07.06.2001, s. S. 19.

<sup>1785</sup> Vgl. Hartung, Klaus: Plattenbauten statt Baldachine. Zum Beispiel der Streit um die Stadtplanung: Wie die PDS das Erbe der DDR verteidigt und von der Metropole Berlin nichts wissen will. In: *DIE ZEIT* Nr. 26.06.2001, s. S. 12.

<sup>1786</sup> Vgl. Kopie mit Einschränkungen. Kommission Historische Mitte tendiert zum Wiederaufbau des Stadtschlosses. In: *taz*, 22.06.2001, s. S. 20.

<sup>1787</sup> Vgl. Gessler, Philipp: Kommission in der Kritik. Unmut über Hannes Swoboda, den Chef der Schlossplatz-Kommission: Alice Ströver und Thomas Flierl stoßen sich an dessen Äußerungen zum Wiederaufbau des Schlosses. Zuerst Nutzung bereden. In: *taz*, 25.06.2001, s. S. 20.

Man sollte sich an die verabredete Vorgehensweise innerhalb der Kommission halten, zuerst über Nutzungsoptionen für den Schlossplatz zu reden und erst dann über einen möglichen Wiederaufbau des Schlosses. Auch die neue Staatssekretärin für Kultur, Alice Ströver (Grüne), zeigte sich „ein bisschen enttäuscht“ über die Äußerungen Swobodas.

Die Äußerung Swobodas, die Stimmung unter den Experten tendiere „a bisserl“ in Richtung Schloss und eine hundertprozentige Rekonstruktion sei nicht möglich, wurde in der *Welt* in einer Glosse kolportiert.<sup>1788</sup> Das komme einem „a bisserl“ bekannt vor, schließlich habe niemand eine Totalrekonstruktion gefordert. Aber wenn Swoboda „a bisserl“ länger in der Stadt geblieben wäre, hätte er miterleben können, wie an der Fassade des Zeughauses nach fotografischen Vorlagen nachgearbeitete Barockskulpturen angebracht worden seien.<sup>1789</sup> „Es braucht also nur a bisserl Geld und guten Willen.“<sup>1790</sup> Heute, nach den Zerstörungen des Krieges, sei Berlin eine Stadt der Moderne, in der „niemand bestreite“, dass vieles von der modernen Architektur „a bisserl“ hässlich sei. „Da wird man doch, bittschön, im Herzen der Stadt a bisserl rekonstruieren dürfen.“<sup>1791</sup>

Über eine andere Tendenz innerhalb der Expertenkommission berichtete das *ND*.<sup>1792</sup> Eine nicht öffentliche Anhörung habe sich am 22. Juni 2001 mit den „Möglichkeiten zum Erhalt des Palastes der Republik“ befasst. Es seien Anhänger des modernen Bauens und „dem Palast verbundene Fachleute“ zu Wort gekommen, weiß das *ND*. Unter ihnen der Palast-Architekt Eisentraut und der Konstrukteur der Bühnentechnik, Klaus Wever.<sup>1793</sup> Eisentraut habe sich für den Erhalt des Gebäudes stark gemacht; seine Argumente stimmen im Wesentlichen mit denen bereits im *ND*-Interview geäußerten überein. Auch Wever habe den Abriss des Palastes für einen „Frevel“ gehalten, vor allem aufgrund des Großen Saales. Für Wever, der in der DDR Direktor des „Instituts für die Technologie kultureller Einrichtungen“ gewesen war und 1975 nach Westdeutschland zog, sei der Große Saal ein „Jahrhundertbauwerk“ gewesen, vergleichbar mit dem Pariser Eiffelturm.<sup>1794</sup> „Seine Technologie ist auch derzeit zumindest in Europa einmalig und unerreicht“.<sup>1795</sup> Kein Problem sei es, den großen Saal nach der Sanierung wieder herzustellen, denn die stählerne Technik sei nach wie vor vorhanden.

Im Juli 2001 berichtete die *FAZ*<sup>1796</sup> über eine Veranstaltung im Staatsratsgebäude, auf der eine neue Publikation über den Palast der Republik vorgestellt wurde. Nach einem kurzen Einstieg, in dem Welzbacher über das Mobiliar berichtet, das angeblich in Spandau eingelagert sei, obwohl doch die Flohmärkte der Stadt voll seien mit angeblichen oder tatsächlichen Objekten aus dem Palast, spricht er über den Asbest als einer „anderen Legende“. Warum das Gutachten über die Asbestverseuchung geheim gehalten wurde, habe einer aus dem Publikum gefragt. „Weil sich 800 Seiten Statistiken, Tabellen und Methoden nicht zur Publikation eignen“<sup>1797</sup>, sei die Antwort der Experten gewesen. Auffallend sei „auf jedem Fall“ die Zusammensetzung der versammelten Runde im Staatsratsgebäude gewesen. Neben „DDR-Veteranen“ waren dort auch die Herausgeber des Buches, „dynamische westdeutsche Journalisten“, die – so vermutet der Verfasser – wohl kaum eigene Palasterfahrungen sammeln konnten.

---

<sup>1788</sup> Vgl. Haubrich, Rainer: A bisserl Schloss. In: *Die Welt*, 25.06.2001, s. S. 29.

<sup>1789</sup> Vgl. ebd.

<sup>1790</sup> Ebd.

<sup>1791</sup> Ebd.

<sup>1792</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Großer Saal „ist eine Jahrhunderthalle“. Schlossplatzkommission erörterte Möglichkeiten zum Erhalt des Palastes der Republik. In: *ND*, 23.06.2001, s. S. 15.

<sup>1793</sup> Vgl. ebd.

<sup>1794</sup> Vgl. ebd.

<sup>1795</sup> Ebd.

<sup>1796</sup> Vgl. Welzbacher, Christian: Kult und Krempel. Der Palast der Republik am neuen Ort. In: *FAZ* Nr. 153, 05.07.2001, s. S. BS 03.

<sup>1797</sup> Ebd.

Die Mehrheit der Expertenrunde wolle auf dem Schlossplatz eine Bebauung, die sich „am Schloss orientiere“, meldete die *taz* Mitte Juli.<sup>1798</sup>

Das *ND* schrieb ausführlicher über die Tendenz zu einem Neubau ohne Palast.<sup>1799</sup> Dies habe eine inoffizielle Umfrage unter den 17 Experten ergeben, wird Swoboda sinngemäß zitiert. Eine „definitive Abstimmung“ werde es aber erst im Dezember geben. Dem Palast gebe Swoboda aber keine Chance. „Wenn man sich für ein Schloss-Gebäude mit dem Schlüterhof entscheide, werde es für den Palast ‚baulich eng‘.“<sup>1800</sup> Entweder bleibe nur noch ein Rest Palast übrig, oder er müsse eben ganz abgerissen werden. Zugegeben habe der Kommissionsvorsitzende auch, dass sich das Gremium nicht mit der Frage beschäftigt habe, wie die vorgeschlagene Nutzung unter Einbeziehung des Palastes realisiert werden könnte, enthüllt das *ND*. „Wenn die überwiegende Mehrheit sowieso für ein mehr oder weniger originales Stadtschloss eintrete und somit für ein Gebäude, das mit dem Palast nicht vereinbar sei, mache so etwas wenig Sinn, befand der einstige Wiener Stadtbaurat.“<sup>1801</sup> Eine „erregte Debatte“ solle es unter den Experten gegeben haben, die sich an der Symbolik des Schlosses entzündet hätte, weiß das *ND*. Während Nida-Rümelin ein Schloss als untauglich für die Darstellung der Bundesrepublik bezeichnet habe, solle Swoboda auf die positive Nutzung hingewiesen haben, durch die eine „negative Assoziation“ reduziert werden würde.<sup>1802</sup> Swoboda habe im Rahmen eines „gesamtkulturellen Konzeptes“ von einem „Humboldt-Forum“ gesprochen. Zwei Tage später veröffentlichte das *ND* den gleichen Artikel unter einer etwas geänderten Überschrift.<sup>1803</sup>

„Schlossplatz. Ideen und Entwürfe 1991 – 2001“ hieß eine Ausstellung im Staatsratsgebäude, die im Juli 2001 eröffnet wurde. Wefing beschrieb für die *FAZ*<sup>1804</sup> einen Rundgang durch die Ausstellung. Der Wunsch nach Rekonstruktion habe deshalb so zulegen können, weil auch ein überzeugender Gegenentwurf fehle. Es mangle an einem „verführerischen Image des Neuen, an einem leicht fassbaren Piktogramm des Gegenwärtigen.“<sup>1805</sup> Besonders deutlich werde dies einmal mehr, wenn man die in der Ausstellung gezeigten Entwürfe betrachte. Kaum eine dieser Ideen müsse die Schlossfreunde sonderlich beunruhigen: „Einstweilen beherrscht Schlüter das Terrain ziemlich unangefochten“<sup>1806</sup>. Von den „Schnapsideen“ abgesehen zeugten die seriösen Vorschläge von einem „immensen Respekt vor dem geschichtsgesättigten Grundstück“<sup>1807</sup> und dem Schloss. Doch gerade die Collagen aus Schlossfragmenten und dem Palast hätten etwas „halbherziges“, bedauert Wefing das „ästhetische Mittelmaß der guten Absicht“ dieser politischen Korrektheit. Schuld an dem Straucheln der Architekten habe allerdings auch der Bauherr, der bisher kaum verbindliche Vorgaben gemacht habe; hier referiert Wefing die bisherigen Ergebnisse der Expertenkommission. Abschließend hob Wefing den „kühnen Entwurf“ Axel Schultes heraus, der weg kommen wolle von der „berlinischen Fixierung auf die Geschichte“<sup>1808</sup> und vorschlage, den Monolithen durch eine Folge von Plätzen und Höfen zu erlösen. Allein um diesen Entwurf wieder einmal zu sehen, lohne sich der Gang in die Ausstellung.

---

<sup>1798</sup> Vgl. In Kürze. Berlin-Mitte. Mehrheit für Schloss. 14.07.2001, s. S. 02.

<sup>1799</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Für den Palast der Republik wird es „eng“. Expertenkommission tendiert zum Schloss. Palast-Chancen erst gar nicht geprüft. In: *ND*, 14.07.2001, s. S. 15.

<sup>1800</sup> Ebd.

<sup>1801</sup> Ebd.

<sup>1802</sup> Vgl. ebd.

<sup>1803</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Für den Palast der Republik wird es „eng“. Kommission tendiert zum Schloss. Palast-Chancen gar nicht erst geprüft. In: *ND*, 16.07.2001, s. S. 16.

<sup>1804</sup> Vgl. Wefing, Heinrich: Fehlt das Schloss oder der Schlüssel? Solange die Bauherren ratlos bleiben, beherrscht Schlüter die Berliner Mitte unangefochten. In: *FAZ* Nr. 163, 17.07.2001, s. S. 43.

<sup>1805</sup> Ebd.

<sup>1806</sup> Ebd.

<sup>1807</sup> Ebd.

<sup>1808</sup> Ebd.

Die *taz* ihrerseits merkte in ihrer Berichterstattung über die Ausstellung an, 1993 habe noch niemand über eine Rekonstruktion des Schlosses nachgedacht.<sup>1809</sup> Erst später sei das Schloss in den Entwürfen „häufiger“ geplant worden. Etwas resigniert schreibt die *taz*, 1443 sei die Mehrheit der Bürger gegen den Bau eines Schlosses für die Hohenzollern gewesen; doch geholfen habe es nichts.<sup>1810</sup>

Die ZEIT nahm ihren Bericht zur Ausstellung im ehemaligen Staatsratsgebäude zum Anlass, bereits einen historisierenden Rückblick auf die Schlossplatzdebatte zu werfen.<sup>1811</sup> Hinführend zu der Feststellung, in Berlin entwickle sich eine neue „stadtbürgerliche Kultur“ kommt Klaus Hartung zum Schluss, die Schlossrekonstruktion könne als „Symbol der Zuversicht und kommender Bedeutung“ wirken – ganz ähnlich, wie der Aufbau der Frauenkirche in Dresden.<sup>1812</sup> „Damit aber kommt die Frage der ideellen Bauherrenschaft auf die Tagesordnung. Es müssten die Stadtbürger sein, für die in absentia die Schlosskommission sprach. Mit anderen Worten: Das ‘Grand Projet’ dürfte nicht nur nach Sponsoren schielen, sondern muss so gestaltet werden, dass die Berliner auch spenden. Aber dann sollte es nicht nur ein ‘Projekt’ sein, sondern ein großer Akt geschichtlicher Heilung.“<sup>1813</sup>

In der folgenden Nummer meldete die ZEIT umgehend Bedenken an den eigenen Aussagen an und zog die Möglichkeit einer „Heilung“ in Zweifel.<sup>1814</sup> Klar sei, dass eine originalgetreue Rekonstruktion des Schlosses unmöglich sei; daher werde ein Nachbau nur eine „historische Dekoration“, wie etwa Schloss Neuschwanstein. Diese Burg sei keine Ritterburg, sondern zeige lediglich, wie das 19. Jahrhundert über das Mittelalter gedacht habe. Das Berliner Schloss wäre tatsächlich ein Denkmal des Konservatismus: „nämlich die Bewahrung unseres Zeitgeschmacks.“<sup>1815</sup>

Ende Juli versuchte auch das *ND* zu ergründen, wieso die Kommission mehrheitlich zum Schlossnachbau tendiere.<sup>1816</sup> Sie befragte dazu erneut den Architekturhistoriker Flierl. Dass die Kommission sich im Kreis gedreht habe, wies Flierl zurück. Sie habe sich statt dessen nach vorne, „zum Schloss hin“ bewegt. Positiv sei, dass inzwischen nicht mehr von einer privaten Nutzung ausgegangen werde. Fraglich sei aber, ob das Humboldt-Forum die Antwort auf das 21. Jahrhundert sei. Wie bereits in einem *ND*-Interview zuvor beschwört Flierl die besondere Lage des Schlossplatzes als „symbolträchtigsten Ort Berlins“ und als „zentralen Ort Deutscher Geschichte“.<sup>1817</sup> Was daher die deutsche Republik hier präsentieren wolle, werde ständig bagatellisiert. Die Schlossfrage werde damit „politisch verharmlost“. Deutschland befreie sich durch Ästhetisierung seiner Geschichte. Zum Ende gibt Flierl dennoch zu bedenken, dass die Finanzierung noch nicht entschieden sei, und dass auch der Bundestag noch über die Frage debattieren werde. Dort werde dann die ganze Diskussion von neuem beginnen, ist sich Flierl sicher.

---

<sup>1809</sup> Vgl. Gessler, Philipp: Der Abriss des Palasts wird immer wahrscheinlicher. Eine Ausstellung der Expertenkommission „Historische Mitte“ am Schlossplatz zeigt, wie seit zehn Jahren über seine Zukunft debattiert wird. In: *taz*, 14.07.2001, s. S. 22.

<sup>1810</sup> Vgl. ebd.

<sup>1811</sup> Vgl. Hartung, Klaus: Eine Stadt hofft auf Heilung. Am Ende eines zähen Streits: Rückblick auf die Debatte über das Berliner Stadtschloss – und Ausblick auf ein großes Werk. In: DIE ZEIT Nr. 30, 19.07.2001, s. S. 35.

<sup>1812</sup> Vgl. ebd.

<sup>1813</sup> Ebd.

<sup>1814</sup> Vgl. Jessen, Jens: Rekonstruktion der Trauer. Ein Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses wäre ein Denkmal der Geschichtslosigkeit. In: DIE ZEIT Nr. 31, 26.07.2001, s. S. 30.

<sup>1815</sup> Vgl. ebd.

<sup>1816</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Ein Schloss kann man nicht klonen. Bruno Flierl sitzt in der Expertenkommission Berliner Mitte und plädiert gegen einen Rückbau in die Vergangenheit. In: *ND*, 30.07.2001, s. S. 11.

<sup>1817</sup> Vgl. ebd.

Mitte August veröffentlichte die *Welt* eine eigene Umfrage mit einer ganzseitigen Auswertung.<sup>1818</sup> Wie nicht anders zu erwarten war, wurde der Palast für „tot“ erklärt. Denn nur 17 Prozent der Berliner seien der Meinung gewesen, man solle den DDR-Bau erhalten. Die Anhängerschaft sei damit „dramatisch“ gesunken, auch im Osten der Stadt und auch im linken Milieu, schreibt die Zeitung.<sup>1819</sup>

Im Juni gab es eine Veränderung in der Zusammensetzung der Kommission, nachdem Diepgen und alle CDU Senatoren am 16. Juni 2001 von einer Mehrheit der Berliner Abgeordneten abgewählt worden waren. Schlossfreund Stölzl wurde durch seine Nachfolgerin Adriane Goehler (Grüne) in der Kommission ersetzt.

Die *taz* berichtete über Goehler, sie stünde einer Rekonstruktionsabsicht für eine historische Fassade „sehr skeptisch“ gegenüber.<sup>1820</sup> Statt einer Rekonstruktion müsse „eine Brücke“ gefunden werden, welche die Geschichte des Ortes, aber vor allem die Gegenwart berücksichtige, habe Goehler gemeint. Angesichts der Vielzahl erhaltener barocker Schlösser und Gärten in Brandenburg sei es besonders „fragwürdig“, sich in der leeren Stadtmitte eine Nachbildung vorzustellen. Ihr sträubten sich die Nackenhaare bei der Vorstellung, in ein Nichts eine Rekonstruktion zu bauen.<sup>1821</sup> Der Eintritt Goehlers in die Kommission wurde auch von dem *ND* als Hoffnungsschimmer für den Palast interpretiert. Man werde nun mit dem Palast rechnen müssen, hieß es dort in einem Beitrag.<sup>1822</sup> Vor allem auch deshalb, weil sich das Ende der Asbestsanierung durch immer neue Funde des „Teufelszeugs“ immer weiter hinauszögere.

Erst im Oktober meldete sich die *FAZ* mit einer kleinen Meldung<sup>1823</sup> über höhere Sanierungskosten des Palasts in die Debatte zurück; neue Asbestfunde seien die Ursache für den Kostenanstieg.

Die *Welt* schob dazwischen, eine Ecke der Schinkelschen Bauakademie sei als Musterfassade übergeben worden.<sup>1824</sup> Berlins neuer Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) habe sich zudem für einen kompletten Wiederaufbau des „Mythos der Architekturgeschichte“ ausgesprochen.

Wenige Tage später war die Schlossplatzdebatte wieder voll in Fahrt. Die Ursache dafür war die Fertigstellung eines Konzepts über die zukünftige Nutzung, die von der *FAZ*<sup>1825</sup> im vollen Wortlaut publiziert wurde. In der Einleitung hieß es, auf Bitten der Expertenkommission seien drei Institutionen zusammen gekommen, um gemeinsam ein Nutzungskonzept für das „Humboldt-Forum“ zu formulieren. Die drei „aussichtsreichsten Bewerber für die Flächen auf dem Schlossplatz“<sup>1826</sup> seien die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK), die Humboldt-Universität und die Zentral- und Landesbibliothek Berlin. Der Verfasser bemerkte, dass das Konzept den endgültigen Überlegungen „sehr nahe“ kommen dürfe.

Noch im gleichen Monat trat die Expertenkommission erneut zusammen, um das Nutzungskonzept „Humboldt-Forum“ zu beraten. Aus diesem Anlass veröffentlichte die *FAZ*

---

<sup>1818</sup> Vgl. Haubrich, Rainer: Der Palast der Republik ist tot. Umfrage der *Welt*: Nur 17 Prozent der Berliner wollen den DDR-Bau erhalten. Schloss am populärsten. In: *Die Welt*, 14.08.2001, s. S. 29.

<sup>1819</sup> Vgl. ebd.

<sup>1820</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Haar in der Schlosssuppe. Kultursenatorin Goehler ist gegen den Wiederaufbau der historischen Schlossfassade. Bei der Vorstellung der Rekonstruktion „sträuben sich die Nackenhaare“. Kritik an Vorentscheidung der Schlosskommission. Moderne Entwürfe sollen Chance haben. In: *taz*, 07.09.2001, s. S. 19.

<sup>1821</sup> Vgl. ebd.

<sup>1822</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Mit dem Palast muss man rechnen. Die Asbestsanierung wird immer teurer und soll noch bis Ende 2002 dauern. In: *ND*, 11.09.2001, s. S. 15.

<sup>1823</sup> Vgl. Kleine Meldungen. In: *FAZ* Nr. 232, 06.10.2001, s. S. 06.

<sup>1824</sup> Vgl. Erdmann, Bettina: Ecke der Bauakademie ist fertig. Musterfassade übergeben. Wowereit spricht sich für Wiederaufbau aus. In: *Die Welt*, 17.10.2001, s. S. 17.

<sup>1825</sup> Vgl. Die Lösung für den Schlossplatz. Preußenstiftung, Humboldt-Uni und Landesbibliothek einigen sich auf ein Nutzungskonzept. In: *FAZ* Nr. 243, 19.10.2001, s. S. BS 03.

<sup>1826</sup> Ebd.

ein ausführliches Gespräch<sup>1827</sup> mit Hannes Swoboda. Man sei mit dem Konzept „Humboldt-Forum“ einen großen Schritt vorangekommen, versicherte Swoboda. Weitere Möglichkeiten – etwa ein Konzertsaal – wären aber noch realisierbar. Zur Finanzierung müsse die öffentliche Hand erhebliche Mittel aufbringen, auch das habe sich abgezeichnet; bei einer „Nachempfingung“ der Schlossfassade könnten darüber hinaus mehr Spendengelder fließen, als bei einem modernen Bau. Nach wie vor meine er, es gebe innerhalb der Kommission eine „leichte Tendenz hin zu einer Rekonstruktion der Schlossfassade“.<sup>1828</sup> Es bestünde aber die Gefahr – vor allem unter Denkmalpflegern – dass ein Schloss gebaut werde, das nichts mit dem historischen Bau zu tun habe. Natürlich müsse es einen Architekturwettbewerb geben; allerdings müsse dieser ein geladener sein. Denn es stünde kein Experimentieren an; das erfordere „[...] Architekten von allergrößter Sensibilität und höchster Qualität“.<sup>1829</sup> Für die letzte Instanz bei der Entscheidung erklärte Swoboda den Deutschen Bundestag und begründete das mit der Finanzfrage. Gefragt nach einer Zeittafel, meint er, die Klärung aller Details erfordere noch einige Jahre – aber 2006 könne mit dem Bau begonnen werden.

Am gleichen Tag veröffentlichte die *taz* ein Interview mit dem Kommissionsmitglied und erklärten Schlossgegner Bruno Flierl.<sup>1830</sup> Dieser kritisiert in dem Gespräch die Tendenz zum Schloss, die vor allem dadurch geschaffen worden sei, dass städtebaulich die alten Bezugspunkte wieder hergestellt werden sollten. „Das heißt, das Schloss wird sozusagen stadträumlich begründet. Das liegt ganz klar in der Linie des Planwerks Innenstadt, das ja darauf hinausläuft, die Geschichte der städtebaulichen und architektonischen Entwicklung der Nachkriegszeit wieder zurückzubauen und damit der Zukunft der Bürger in Ost und West ein Bild der Vergangenheit zu schenken.“<sup>1831</sup> Falsch sei es auch, mit der angestrebten Bildungslandschaft die Idee Humboldt aus dem 19. Jahrhundert „zu verlängern“. Daher hoffe Flierl, dass nach den Berliner Wahlen ein rot-rotes Bündnis diesen Ort offen halte könne für die Zukunft und statt eines geschichtlich fundierten Humboldt-Forums eher eine kultur- und wissenschaftsgestützte Agora des 21. Jahrhunderts schaffen werde.<sup>1832</sup>

Über die Sitzung der Expertenkommission am 29. Oktober 2001 berichtete das *ND* anderntags.<sup>1833</sup> Es sei das Nutzungskonzept beschlossen worden, das mehr sein wolle, als nur die Addition verschiedener Kultureinrichtungen. Wie das genau geschehen werde, sei aber „reichlich unklar“ geblieben, meint das *ND*. Im Januar 2002 solle festgelegt werden, wie die bauliche Form des Humboldt-Forums auszusehen habe, habe Swoboda erklärt.

Anfang November berichtete die *taz*, der Bezirk Mitte wolle den Palast nach der Asbestsanierung unbedingt wieder zwischennutzen.<sup>1834</sup> Den Palast solle anders als nur als „Schrottruine“ ins Bewusstsein gebracht werden, habe die Baustadträtin von Mitte, Dorothee Dubrau erklärt. Sie habe auch daran erinnert, wie nach der Wende die Ruine des Tacheles bespielt und das Gebäude damit gerettet worden sei. In Zusammenarbeit mit dem Bezirk Mitte erarbeiteten die „Sophiensäle“ derzeit ein Nutzungskonzept, weiß die *taz*.<sup>1835</sup> Als

---

<sup>1827</sup> Vgl. Ein Gespräch mit Hannes Swoboda über die Zukunft des Berliner Zentrums. Ein Humboldt-Forum – die Lösung für den Schlossplatz. Barock oder Moderne, Palast oder Mehrzweckhalle: Was auch immer entsteht, es wird ein Neubau sein. In: *FAZ* Nr. 251, 29.10.2001, s. S. 49.

<sup>1828</sup> Ebd.

<sup>1829</sup> Ebd.

<sup>1830</sup> Vgl. Rada, Uwe: „In die Zukunft denken“. Da über wirkliche Alternativen zum Stadtschloss nicht nachgedacht wird, soll sich die Arbeit der Kommission Historische Mitte vor allem auf Nutzungsfragen konzentrieren, meint Bruno Flierl. In: *taz*, 29.10.2001, s. S. 22.

<sup>1831</sup> Ebd.

<sup>1832</sup> Vgl. ebd.

<sup>1833</sup> Vgl. Kammer, Bernd: „Humboldt-Forum“ soll den Schlossplatz beleben. Historische Kommission beschließt Nutzungskonzept. Neben Museen und Bibliotheken auch Gastronomie. In: *ND*, 30.10.2001, s. S. 13.

<sup>1834</sup> Vgl. Rada, Uwe: Vorhang auf für den Palast. Mittes Baustadträtin Dorothee Dubrau (Bündnisgrüne) will den Palast der Republik öffnen. Nach Beendigung der Asbestsanierung soll der Innenraum unter Regie der Sophiensäle bespielt werden. In: *taz*, 02.11.2001, s. S. 21.

<sup>1835</sup> Vgl. ebd.

„begrüßenswert“ bezeichnete die *taz* die Überlegungen zur Zwischennutzung in einem Kommentar.<sup>1836</sup> Die Hoffnung, das Projekt werde nicht scheitern und so den Palast retten, kommt auch hier zum Ausdruck: „Bereits vor zehn Jahren haben zahlreiche Kulturinitiativen ungenutzte Räume gefüllt – und im praktischen Experiment gezeigt, was dort möglich ist. Viele sind gescheitert – am Verwertungsdruck von außen oder an sich selbst. Andere haben gegen alle Widrigkeiten überlebt und prägen heute das Stadtbild.“<sup>1837</sup> Auch beim Palast sein das möglich.

Im November meldete die *FAZ*<sup>1838</sup>, der Bundestag habe einen Antrag, auf der Schlossfreiheit ein Denkmal der Freiheit und Einheit zu errichten, abgelehnt. Das Denkmal sollte auf den Sockel errichtet werden, auf dem das Reiterstandbild Kaiser Wilhelm I. gestanden hatte.

Die *ZEIT* beklagte in einem Beitrag, die Ostdeutschen seien zu wenig in die ihnen aufgedrängte Schlossplatzdebatte zu Wort kommen.<sup>1839</sup> Auf das Vordringen von „Westlern“ in die östliche Mitte der Stadt reagierten die Ostdeutschen irritiert; denn das kollektive Gedächtnis der Ostdeutschen sei ein anderes. So sei auch die Feststellung der *Welt* vom August, wonach der Palast „tot“ sei, nicht ganz korrekt. Bei näherem Hinsehen sei erkennbar, dass eine Mehrheit der Ostdeutschen einen Park auf dem Schlossplatz wolle.<sup>1840</sup> Irritierend sei für die Ostdeutschen auch, dass die DDR sich in ihren letzten Jahren als „preußisch“ gegeben hatte, in der Debatte aber als Zerstörer des Hohenzollernschlusses dastehe.

Am Tag der neunten Sitzung der Expertenkommission veröffentlichte die *Welt* einen Beitrag von Manfred Sundermann, Architekturprofessor in Dessau, in dem dieser die Verlegung der Neuen Nationalgalerie auf den Schlossplatz empfahl.<sup>1841</sup> Damit würde der von Ludwig Mies van der Rohe entworfene Bau dem Alten Museum gegenüberstehen. Sundermann bezeichnet in seinem Beitrag die Absicht, das Schloss rekonstruieren zu wollen, als „äußerst fragwürdig“. Im November 2001 berichtete die *FAZ*<sup>1842</sup>, die Expertenkommission habe auf ihrer neunten Sitzung angeregt, den leeren Palast der Republik als „Stätte für kulturelle Veranstaltungen“<sup>1843</sup> zu nutzen. Swoboda habe aber betont, die Zwischennutzung sei keine Entscheidung über die Zukunft des Palasts. Nach wie vor strittig sei auch die Orientierung des Neubaus an der Schlosskubatur. Weder in dieser Frage noch bezüglich einer Rekonstruktion des Schlosses seien Entscheidungen gefallen, habe Swoboda versichert.

In der gleichen Ausgabe veröffentlichte die *FAZ*<sup>1844</sup> ein Gespräch mit Vera Oelschlegel, die zwischen 1976 bis 1989 das „Theater im Palast“ (TiP) im Palast der Republik geleitet hatte. Oelschlegel meint, für Theater sei der Palast gänzlich ungeeignet gewesen. Denn der „Prestigebau“ sei für „Jubelveranstaltungen“ gedacht gewesen und nicht für die tägliche Arbeit. Es sei ein Haus mit viel Raum aber ohne Räume gewesen. Über das Ende des Theaters erfährt der Leser, ein neues Konzept des Palasts, das dem DDR-Ministerpräsidenten Modrow<sup>1845</sup> vorgelegt worden sei, habe das Theater einfach aufgelöst. Am gleichen Tag

---

<sup>1836</sup> Vgl. Asmuth, Gereon: Palast der Republik. Auferstehung der Ruine. In: *taz*, 02.11.2001, s. S. 21.

<sup>1837</sup> Ebd.

<sup>1838</sup> Vgl. Schlossfreiheit. Bundestag lehnt Nationaldenkmal ab. In: *FAZ* Nr. 263, 12.11.2001, s. S. 49.

<sup>1839</sup> Vgl. Mühlberg, Dietrich: Von Schlossfreiheit und Burgfrieden. Die Entscheidung naht, doch der Streit will nicht enden: Statt Ost und West zu einen, hat die Diskussion über ein neues Berliner Schloss die Stadt weiter gespalten. Durch den drohenden Abriss des Palastes der Republik fühlen sich viele Ostdeutsche kulturell enteignet. In: *DIE ZEIT* Nr. 47, 15.11.2001, s. S. 30.

<sup>1840</sup> Vgl. ebd.

<sup>1841</sup> Vgl. Sundermann, Manfred: Mies van der Rohe auf die Spreeinsel. Origineller Vorschlag der Schlossdebatte: Die Neue Nationalgalerie sollte ins Zentrum Berlins versetzt werden. In: *Die Welt*, 19.11.2001, s. S. 29.

<sup>1842</sup> Vgl. Theater im Palast. Neue Vorschläge der Schloss-Kommission. In: *FAZ* Nr. 270, 20.11.2001, s. S. 47.

<sup>1843</sup> Ebd.

<sup>1844</sup> Vgl. Viel Raum, aber keine Räume. Im Palast der Republik soll ab dem Frühjahr wieder Theater gespielt werden: Ein Gespräch mit Ex-Intendantin Vera Oelschlegel, die das 13 Jahre lang versuchte. In: *FAZ* Nr. 270, 20.11.2001, s. S. BS 01.

<sup>1845</sup> Hans Modrow war führender Politiker der DDR und von November 1989 bis März 1999 Vorsitzender des Ministerrates der DDR.

schrrieb die *taz*, ein Wiederaufbau des Schlosses werde immer unwahrscheinlicher.<sup>1846</sup> Die Kommission „Historische Mitte Berlin“ habe auf ihrer Sitzung erstmals den Raumbedarf für die Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen ermittelt. Rund 150.000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche seien für die Nutzungen ermittelt worden – zu viel, um diese in einer Schlosskopie unterbringen zu können, habe Swoboda erklärt.<sup>1847</sup> Auch eine Zwischennutzung des Palastes ab 2002 habe die Expertenrunde „einstimmig“ beschlossen, meldete die *taz*. Der Rausch vom Schloss habe auch darum ein Ende, weil keiner der zukünftigen Nutzer vom Standort in der Mitte weichen wolle, kommentierte die *taz* die neueste Entwicklung.<sup>1848</sup> Für die von Nida-Rümelin „nobilisierte Agora“, das „Humboldt-Forum“, würden nun die Kulturinstitutionen mit immer größeren Flächenbegehrlichkeiten aufwarten; so sehr, dass nichts mehr bleibe vom barocken Ambiente. „Ist dieses doch nicht nur zu klein, sondern auch unfunktional für die Interessen der Museumsmacher und deren Besucher, für der Bibliotheksbestände und deren Nutzer.“<sup>1849</sup> Die Schlossplatzkommission habe zwar spät, aber doch noch „zur rechten Zeit“ die Weichen für die Zukunft des Ortes gestellt, äußerte sich die *taz* zufrieden. Die nüchternen Zahlen, die für das Kultur- und Wissenschaftsunternehmen auf dem Tisch lägen, würden nun auch jene überzeugen, die bisher den Wiederaufbau des Schlosses für finanzierbar hielten. Mit barocken Fassaden und Räumen lasse sich das Forum nicht bauen und schon gar nicht bezahlen. Mit einer Architektur aber, die sich dem Motto „Form follows function“ verpflichte, schon.<sup>1850</sup>

Ein Kommentar der *Welt* beschäftigte sich nicht so sehr mit dem Konzept einer Zwischennutzung, sondern lobte die Qualitäten der Kommission selbst.<sup>1851</sup> Es zeige sich bereits, dass sie Substanzielles erarbeitet habe, wenn sie das Ergebnis verkünden werde. Damit könne das Beispiel vielleicht sogar Schule machen, denn bis heute seien deutsche Städte in Ost und West durch eine verfehlte Nachkriegsplanung verwüstet, wie etwa auch die Kölner Innenstadt rund um den Dom.

Offenbar unbeeindruckt von der Gefahr einer dauernden Zwischennutzung habe v. Boddien die Aktion „Werden Sie Schlossbesitzer!“ gestartet, berichtet die *FAZ*<sup>1852</sup> in einer Feuilletonmeldung. Insgesamt hätten Privatpersonen sechs Millionen Mark für den Wiederaufbau des Schlosses in Form von Aktien gezeichnet. Allerdings seien diese Zusagen nur unverbindliche Willenserklärungen, da eine politische Entscheidung über den Schlossplatz noch ausstünde. Eine entsprechende Aktiengesellschaft existiere daher noch gar nicht. Für die *taz* waren das „Millionen für ein Phantomschloss“.<sup>1853</sup>

Zum Jahresende geriet die *FAZ*<sup>1854</sup> über einen Entwurf für den Schlossplatz ins Schwärmen. Den bereits von Swoboda gelobten Entwurf von Axel Schultes für den Schlossplatz bezeichnete Wefing in einem Beitrag schlicht als „Wunder“, als „architektonisches Mirakel“, das die bleierne Diskussion nun durcheinanderwirbele. Wieso Schultes Entwurf in der *FAZ* dermaßen gefeiert wird, bleibt völlig unklar. Dass „der Kasten“ die Mitte der Stadt besetzte halte, wenig urban sei und an die ehemalige Zwingburg aus dem 15. Jahrhundert erinnere – nichts davon ist neu. Auch die Öffnung und Fortführung des Baus in Anlehnung an den

---

<sup>1846</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Die Schlosskopie platzt aus allen Nähten: Der Kommission Historische Mitte ist ein originaler Wiederaufbau zu klein für kulturelle und wissenschaftliche Nutzungen. Staatsrat und Palast werden temporärer Bühnenraum. In: *taz*, 20.11.2001, s. S. 21.

<sup>1847</sup> Vgl. ebd.

<sup>1848</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Schlossplatz. Form follows function. In: *taz*, 20.11.2001, s. S. 21.

<sup>1849</sup> Ebd.

<sup>1850</sup> Vgl. ebd.

<sup>1851</sup> Vgl. Haubrich, Rainer: Das Herz der Städte. In: *Die Welt*, 29.11.2001, s. S. 29.

<sup>1852</sup> Vgl. Wo ein Wille ist. Berliner Schlossaktien in Aussicht. In: *FAZ* Nr. 287, 10.12.2001, s. S. 45.

<sup>1853</sup> Vgl. Millionen für das Phantomschloss. In: *taz*, 03.12.2001, s. S. 22.

<sup>1854</sup> Vgl. Wefing, Heinrich: Axel Schultes macht Andreas Schlüter den Hof. Raumwunder, Augentäuschung, Kulissentaumel, Friedensversprechen: Eine grandiose Idee für den Berliner Schlossplatz. In: *FAZ* Nr. 295, 19.12.2001, s. S. 45.

Lustgarten wurde immer wieder diskutiert, wie auch die Umgestaltung der Ostfassade im Sinne Schlüters. Als habe Wefing durch seinen Beitrag nicht genug für die „grandiose Idee“ werben können, veröffentlichte die *FAZ* auf der gleichen Seite zusätzlich ein Gespräch<sup>1855</sup> mit Schultes. Hier bekräftigte er seine Ansicht, wonach der Schlossgrundriss als „antiurbanes Gedächtnis der Stadt“<sup>1856</sup> stehe. Daher habe er den Nordflügel aufgebrochen. Aber es ergreife ihn „pure Verzweiflung“ mit ansehen zu müssen, wie am Ende wahrscheinlich doch beschlossen werde, einen Bau in der alten Kubatur des Schlosses zu errichten. Gleichwohl sei er gar nicht gegen das Schloss. Mit seiner praktisch nach Außen gekehrten Fassade des Schlüterhofes gebe er Berlin „mehr Schloss, als es je hatte“ – nämlich als öffentlichen Platz, beschwört Schultes den Leser.

Am Tag der zehnten Sitzung der Expertenkommission am 19. Dezember 2001 veröffentlichte die *Welt* in ihrer Serie „Das Schloss bauen?“ einen Beitrag von Oscar Schneider, der von 1982 bis 1989 Bundesbauminister gewesen war und anschließend als Beauftragter des Bundeskanzlers für die kulturellen Bauvorhaben in Bonn und Berlin arbeitete.<sup>1857</sup> Grundtenor des Beitrags: Die Sprengung des Schlosses war ein „Verbrechen“, der Schlossplatz heute sei ein „Schandfleck“, der Wiederaufbau des Schlosses bedeutet „Gerechtigkeit für Preußen“. Schneider verglich in seiner Argumentationskette, wie viele andere Schlossfreunde vor ihm, die Rekonstruktion des Warschauer Schlosses und den Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden.<sup>1858</sup>

Am Tag der Abstimmung der Experten über die Fassade, am 20. Dezember 2001, veröffentlichte die *Welt* einen Kommentar, in dem der Wiederaufbau des Schlosses kurzerhand zur „Charakterfrage“ erklärt wurde.<sup>1859</sup> Die angestrebte Zwischennutzung des Palastes sei dem Wunsch nach einer „Kultstätte sozialistische Miefigkeit“ entsprungen, die den Wiederaufbauplänen für das Schloss „leise den Todesstoss versetzen“ wolle. Anders als in Leipzig oder Dresden fehle es in Berlin an Kraft, die „große klaffende Wunde“ zu heilen. Die bürgerlichen Eliten seien versprengt und orientierungslos und kämpften um ihre Rückzugsbiotope. So drohe ein Rückfall in das Denken von „Kiez-Bürgermeistern“. „Das darf das Land nicht zulassen. Die Ausgestaltung der Hauptstadt ist eine der vornehmsten Aufgaben der Republik. Der Wiederaufbau des Stadtschlosses ist eine Charakterfrage“.<sup>1860</sup>

Ende Dezember verkündete die Expertenkommission, man habe sich mit einer Stimme Mehrheit für die Rekonstruktion des Stadtschlosses entschieden. Die *FAZ*<sup>1861</sup> feierte die „Sensation“ vom 20. Dezember 2001 als eine kompromisslose Entscheidung, die alle erleichtert zur Kenntnis genommen hätten. So sei das „schlimmste ästhetische Gespenst“, die Rekonstruktion nur in Form der Kubatur des Schlosses, aus der Hauptstadt vertrieben worden. Ohne Wenn und Aber empfehle die Kommission die Wiedererrichtung des Stadtschlosses. Für die klare Entscheidung müsse man der Kommission dankbar sein. Es sei eben nicht immer das Mutigste, nach modernen Lösungen zu suchen. Ganz andere Schlüsse zog die *taz* aus der Entscheidung. Für sie war es sicher, dass das Votum am Geld scheitern werde.<sup>1862</sup> Fast schien es, als hätten sich die Expertenkommission und die „Koalitionsverhandler“ ein imaginäres Wettrennen geliefert, erklärt Rada das Abstimmungsergebnis. „Den Anfang machten SPD und PDS, indem sie am Wochenende entschieden, keine Landesmittel für den

---

<sup>1855</sup> Vgl. Ein Gespräch mit dem Architekten Axel Schultes. „Mich ergreift pure Verzweiflung, diese Tragödie kommen zu sehen“. In: *FAZ* Nr. 295, 19.12.2001, s. S. 45.

<sup>1856</sup> Ebd.

<sup>1857</sup> Vgl. Schneider, Oscar: Gerechtigkeit für Preußen. Viele Städte haben wichtige Bauwerke rekonstruiert. Warum tut sich Berlin beim Stadtschloss so schwer? In: *Die Welt*, 19.12.2001, s. S. 29.

<sup>1858</sup> Vgl. ebd.

<sup>1859</sup> Vgl. Möller, Johann Michael: Das Schloss ist eine Charakterfrage. In: *Die Welt*, 20.12.2001, s. S. 02.

<sup>1860</sup> Ebd.

<sup>1861</sup> Vgl. Illies, Florian: Sensation: Das Stadtschloss soll gebaut werden. Empfehlung der Kommission. In: *FAZ* Nr. 297, 21.12.2001, s. S. BS 01.

<sup>1862</sup> Vgl. Rada, Uwe: Schlosskopie. Am Geld soll es scheitern. In: *taz*, 21.12.2001, s. S. 21.

Schlossbau zur Verfügung stellen zu wollen. Die Entscheidung der Kommission kann somit auch als eine Art Retourkutsche verstanden werden.<sup>1863</sup> Alles hänge nun von Schröder ab, der vor den Wahlen erklären müsse, warum er Berlin ein 1,5 Milliarden Mark teures Schloss schenken wolle. In einem weiteren Artikel meinte die *taz*, die Entscheidung sei vorgezogen worden, weil noch im Dezember das Preußenjahr offiziell zu Ende ginge.<sup>1864</sup> „Da konnten es sich die strammen Geschichtsgänger unter den Kommissionsmitgliedern wohl nicht nehmen lassen, Wowereit, Gysi und Co. noch ein paar historische Bürden mit auf den Weg zu geben.“ Doch Schlossentscheidung sei noch lange nicht Schloss, beruhigt die *taz*. Schon starte eine Kampagne gegen die finanzielle Beteiligung des Bundes an dem 1,5 Milliarden Mark teuren Schlossaufbau, und auch die rot-rote Koalition habe beschlossen, keine Mittel für das Schloss zu geben. Das Projekt müsse also scheitern, wenn nicht Schröder seine Schatulle öffne. Dass der „bekenkende Schlossanhänger“ in der Lage sei, genehme Entscheidungen zu kaufen, sei ja bekannt. „Und wäre ein Schlossgeschenk an die Berliner nicht eine nette Rache an der Berliner SPD, die gegen seinen Willen nun doch mit der PDS koalitiert? Alles kein Zufall, natürlich“<sup>1865</sup>, meint die *taz*. Über die „Auferstehung des Preußenparks“ in Mitte, das nicht nur das Schloss umfasse, sondern auch die Schlossfreiheit und das Reiterstandbild, schrieb die *taz* in der gleichen Ausgabe.<sup>1866</sup>

Die *JW* meldete die Entscheidung der Kommission sachlich und ohne Polemik.<sup>1867</sup> Sie vermutete, der Palast als „ein DDR-Aushängeschild“ und als „Prestigebau“ solle abgerissen werden, „[...] wohl auch, um DDR-Geschichte zu entsorgen.“<sup>1868</sup>

Einen Tag später gab es in der *FAZ*<sup>1869</sup> bereits erste indirekte Reaktionen auf die Empfehlung. In der rot-roten Koalition in Berlin habe man sich darauf geeinigt, kein Geld für einen Neubau vorzusehen, habe der Berliner SPD-Landesvorsitzende Strieder geäußert. Die Empfehlung der Kommission habe er „zurückhaltend“ bewertet, so die *FAZ* weiter. Es müsse trotz des Votums der Kommission einen städtebaulichen Wettbewerb geben. „Es wird eine Kombination von alter und neuer Architektur geben“<sup>1870</sup>, war sich Strieder sicher.

Die *taz* schrieb über Strieder, er wolle zur Bebauung des Schlossplatzes einen Architektenwettbewerb ausschreiben, „der in Konkurrenz“ zu der „alten“ Variante stünde und moderner Architektur eine Chance gebe.<sup>1871</sup> Gleich mehrmals und auf Nachfrage von unruhigen Journalisten habe Strieder dabei das Wort „neu“ in den Mund genommen. Denn das Votum der Kommission für die barocke Fassade sei vor allem für die moderne Nutzung unbrauchbar. Strieder habe sich aber auch gegen die von Goehler gewünschte Zwischennutzung des Palastes ausgesprochen, schreibt die *taz*.<sup>1872</sup>

---

<sup>1863</sup> Ebd.

<sup>1864</sup> Vgl. Rada, Uwe: Entscheidung für ein Schloss ist noch lange kein Schloss. Der Wiederaufbau der Stadtschlossfassade sei „keine ideologische, sondern eine nationale Aufgabe“, sagt der Chef der Kommission. Wer dafür zahlen soll, sagt er nicht. In: *taz*, 21.12.2001, s. S. 03. und: Rada, Uwe: Sammeln für den Schlossbau. Der Wiederaufbau der barocken Schlossfassaden ist beschlossene Sache. Doch wer soll das ganze zahlen? SPD und PDS wollen keine Landesmittel geben, und auch im Bund regt sich erster Widerstand. In: *taz*, 21.12.2001, s. S. 23.

<sup>1865</sup> Ebd.

<sup>1866</sup> Vgl. Mittes Preußenpark. Nicht nur die Schlossfassaden sollen wieder kommen, sondern auch ein Reiterstandbild und die Schlossfreiheit. In: *taz*, 21.12.2001, s. S. 23.

<sup>1867</sup> Vgl. Wurzbacher, Ralf: Las Vegas auf dem Berliner Schlossplatz. Internationale Expertenkommission empfiehlt Wiedererrichtung des Stadtschlusses. In: *JW*, 21.12.2001, s. S. 06.

<sup>1868</sup> Ebd.

<sup>1869</sup> Vgl. SPD und PDS wollen „mutig umsteuern“. Strieder kritisiert „Legendenbildung“ zur Ampelkoalition. In: *FAZ* Nr. 298, 22.12.2001, s. S. 06.

<sup>1870</sup> Ebd.

<sup>1871</sup> Vgl. Auch Strieder hat Fischtage. In: *taz*, 22.12.2001, s. S. 25.

<sup>1872</sup> Vgl. Ebd.

Die *SZ* zitierte in ihrer Stellungnahme zur Expertenentscheidung vor allem Conradi mit seiner „harschen Kritik“ an dem Votum.<sup>1873</sup> Tatsächlich sei aber nicht sicher, dass das Schloss wirklich gebaut werde, beruhigt die *SZ* ihre Leser. Letztlich werde wahrscheinlich der Bundestag entscheiden – wohl nach der Bundestagwahl.<sup>1874</sup>

Das *ND* bezeichnete das Ergebnis der Abstimmung als „Las Vegas hinter der Schlosshülle.“<sup>1875</sup> Als „knappes Ergebnis“ wurde das Votum gewertet, obwohl v. Boddien noch auf der Sitzung seine Schlosssimulation gezeigt habe und Swoboda immer von einem „Schloss-Gebäude“ gesprochen habe. Es sei ein „Abstimmungsmarathon“ gewesen. Swoboda sei dann bemüht gewesen, das Bauwerk vom „Makel einer bloßen Schlosskopie“ zu befreien. Im Inneren sei ausreichend Platz für moderne Architektur, habe er gesagt.<sup>1876</sup> Heftig kritisiert worden sei der Beschluss von der Bundesarchitektenkammer und von Bruno Flierl, meldete das *ND*.

Zum Jahresende wiederholte Gottfried Knapp in der *SZ* seine Argumente gegen das Schloss.<sup>1877</sup> Ground-Zero in Berlin Mitte sei die Sprengung des Schlosses gewesen: „Terrorismus von Staats wegen.“<sup>1878</sup> Und wie in New York habe man auch Berlin nach der Wende die Rekonstruktion des untergegangenen Gebäudes gefordert. Zum gleichen Ergebnis sei – „nach vielen Monaten des vorgetäuschten Brütens“ – die „Schloss-Traum-Erfüllungs-Kommission“ gekommen. Doch der Barock sei „geklont“, die verschachtelte Ostseite unrekonstruierbar, der Bau zu schmal, die Eosanderkuppel unproportional, die Gebäudefluchten für eine moderne Nutzung zu eng, ohne Flure und die Nutzung für außereuropäische Kunst absurd, schleuderte Knapp seine Argumente gegen die Rekonstruktion. Wenn schon Schloss, dann solle wenigsten die epochenmäßig passende Kunst dort untergebracht werden. „Fazit: Wenn in Berlin ein genmanipuliertes Preußenschloss sich als multifunktionales Kulturzentrum aufspielen muss, werden im Gestrüpp der Kompromisse alle schönen Hoffnungen hängen bleiben.“<sup>1879</sup>

Auf der Akteursebene kam es auch 2001 zu wichtigen Veränderungen: Schlossfreundliche Politiker wurden durch Wowereit, Nida-Rümelin und Goehler ersetzt, für die eine Rekonstruktion keine Option darstellte. Besonders Nida-Rümelin hatte von Anfang an erklärt, ein Schloss sei eine völlig falsche Botschaft; er lag damit auf der gleichen Linie, wie Conradi und Flierl. Das Jahr war auch von der Arbeit der Expertenkommission geprägt, die in den Herbstmonaten ein Nutzungskonzept veröffentlichte, das in weiten Teilen das Papier von 1996 präziserte. Von den meisten Medien wurde das Konzept als „elitär“ und dem 19. Jahrhundert verhaftet abgelehnt. Mit großer Übereinstimmung wurde auch 2001 das Schloss als rückwärtsgewandte Sehnsucht, deprimierendes Symbol für fehlendes Vertrauen, Klon und Notanker beschrieben. Andere Beurteilungen, etwa in der *SZ* und der *FAZ*, blieben Ausreißer. Die Abwahl Diepgens im Juni und die Neuwahlen im Oktober, die eine rot-rote Regierungskoalition zur Folge hatten, beeinflussten den Entscheidungsprozess kaum, da die Expertenkommission vom Bund eingerichtet worden war. Wowereit sprach sich für den Wiederaufbau der Bauakademie aus, was vor allem Kontinuität für die Mitte bedeutete.

---

<sup>1873</sup> Vgl. Viva, Las Vegas! Architekten-Präsident Peter Conradi übt Kritik an Schloss-Kommission. In: *SZ*, 22.12.2001, s. S. 11.

<sup>1874</sup> Vgl. ebd.

<sup>1875</sup> Vgl. Kammer, Bernd: „Las Vegas“ hinter der Schlosshülle. Experten empfehlen Rekonstruktion der Fassaden. Kein Platz für den Palast der Republik. In: *ND*, 24.12.2001, s. S. 14.

<sup>1876</sup> Vgl. ebd.

<sup>1877</sup> Vgl. Knapp, Gottfried: Egal ob aus Lebkuchen, aus Lakritz oder aus Lego. Warum die Empfehlungen der Expertenkommission für ein multifunktionales Kulturzentrum im neubarocken Stadtschloss von Berlin fahrlässig sind. In: *SZ*, 29.12.2001, s. S. 13.

<sup>1878</sup> Ebd.

<sup>1879</sup> Ebd.

Swoboda wiederholte in diesem Zusammenhang immer wieder, dass letztlich der Bundestag über den Neubau auf dem Schlossplatz zu entscheiden habe.

### 3.13. 2002: Der Bundestag entscheidet – kein Ende der Debatte

Bei dem *Spiegel* rutschte der Bericht über die Entscheidung der Expertenkommission in das Jahr 2002.<sup>1880</sup> Das Votum sei sicher nur ein „vorläufiger Schlusspunkt“ in der Debatte über Sinn und Unsinn einer „Wiedergeburt der preußischen Glanz- und Glorienstätte“ gewesen.<sup>1881</sup>

Denn das größte Problem sei das Geld; Swoboda habe geklagt, dass viel Deutsche noch nicht begriffen hätten, dass Berlin wieder eine Hauptstadt sei. Die *FAZ* habe auch den überarbeiteten Entwurf von Schultes – gegen den das „bombastische Bundeskanzleramt mickrig“ aussehe – vorgestellt und als „Wunder“ gefeiert, berichtete der *Spiegel*.

Die *FAZ* verkündete derweil zum wiederholten Male das Ende der Debatte<sup>1882</sup>. „Die Schlossdebatte, die zehn Jahre gedauert hat, ist zu Ende“<sup>1883</sup>, erklärt Ritter. Zwar fügt er gleich hinzu, die Kommission habe nur eine Empfehlung ausgesprochen, aber angesichts der Dauer der Debatte und der Einhelligkeit der Entscheidung komme dies einer Entscheidung gleich. Im Folgenden versucht Ritter die Kernpunkte der Schlossplatzdebatte zu analysieren und erklärt, warum am Ende nur die Entscheidung für die Rekonstruktion kommen musste. Zunächst habe man die Frage falsch gestellt. Denn es sei eben nicht nur um das Schloss gegangen, sondern um die „Gestalt der Mitte“ – und damit um das urbane Konzept Schinkels. Was damit gemeint sei, „[...] wurde in dem Moment überwältigend deutlich, als Wilhelm von Boddien einen Teil der Schlossfassade als textile Kulisse wiedererstehen ließ.“<sup>1884</sup> Als „zweiten Mangel“ der Debatte bezeichnet Ritter ihr Verhaken in der Annahme, das Schloss sei symbolisch der Mittelpunkt Preußens und später des Reiches gewesen. Damit habe die Debatte bei der Abrissentscheidung von 1950 verharret, die das Schloss erst politisch aufgeladen habe. Angesichts dieser Situation lobt Ritter die Pläne für den Neubau. Denn durch ein Schloss, das gefüllt sei mit Kultur, entstehe das preußische Idealbild der „durch Kunst und Bildung moderierten Macht“.<sup>1885</sup> Der oft gehörte Einwand, die vorhandenen Reste erlaubten keine Rekonstruktion, sei auch falsch, so Ritter. Würde man dem Einwand, dem „Kult des Echten“, folgen, wären die originalen Teile dazu verurteilt, „[...] für immer von jener Umgebung geschieden zu sein, für die sie geschaffen wurden“<sup>1886</sup>. Warum aber habe sich etwas Neues nicht durchsetzen können, fragt Ritter zum Ende seines Beitrags. Der von der *FAZ* bejubelte Entwurf von Schultes gebe die Antwort: Warum sollte man ein „Patchwork von Architekturzitate[n] und Neuerfindungen“ bauen, wenn man eine unverwechselbare Architektur wiedergewinnen könne?

Dass die Debatte auch nach Ritters Leitartikel nicht zu Ende war, bewies die *FAZ* selbst. Bereits einen Tag später führte sie die Debatte mit einem neuerlichen Beitrag<sup>1887</sup> weiter. Dort hieß es ernüchert, wer nach der Empfehlung der Expertenkommission gemeint habe, „nun wende sich alles zum Guten“, der habe sich leider getäuscht. Denn die Entscheidung läge nun einmal bei der Politik, und die zuständigen Politiker, Nida-Rümelin und Strieder, hätten sich ablehnend geäußert. Sogar Swoboda habe gemeint, eine exakte Rekonstruktion sei „weder

---

<sup>1880</sup> Vgl. Knöfel, Ulrike: „Wichtigster Platz im Land“. Eine internationale Expertenrunde plädiert nun offiziell für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses – bezahlen soll nicht die klamme Stadt, sondern private Sponsoren und der Bund. In: *Der Spiegel*, Nr. 01, 29.12.2001, S. 166-167.

<sup>1881</sup> Vgl. ebd.

<sup>1882</sup> Vgl. Ritter, Henning: Ende einer Debatte. In: *FAZ* Nr. 2, 03.01.2002, S. 01.

<sup>1883</sup> Ebd.

<sup>1884</sup> Ebd.

<sup>1885</sup> Ebd.

<sup>1886</sup> Ebd.

<sup>1887</sup> Vgl. Maak, Niklas: Und alle Fragen offen. Schreibt einen Wettbewerb für den Berliner Schlossplatz aus! In: *FAZ* Nr. 3, 04.01.2002, S. 39.

sinnvoll noch machbar“. Man komme daher nicht an dem Bau einer Collage herum, und damit könne man auch nicht die Gegenwartsarchitektur „vom Schlossplatz scheuchen“. Da man nun wisse, wie der Bau aussehen solle, könne nun „[...] eine ernsthafte architektonische Auseinandersetzung mit dem Ort überhaupt erst beginnen“.<sup>1888</sup> Aufgrund der fehlenden Vorgaben seien die Entwürfe von 1994 (Spreeinselwettbewerb) und 1998 (Interessenbekundungsverfahren) „unscharfe Phantasiegespinste“ gewesen. Warum aber versuchten Anhänger der Rekonstruktion noch immer, Alternativ-Vorschläge „vom Tisch zu bürsten“? Vielleicht, weil es keine Antwort gebe auf die Frage, warum die geplante Nutzung hinter den Fassaden eines Schlosses untergebracht werden müsse – vermutet Maak als sei nicht gerade über diese Frage jahrelang gestritten worden. Die Lösung könne nur ein internationaler Architektenwettbewerb finden, der nun „dringend“ ausgeschrieben werden müsse. Abschließend forderte die *FAZ*, auch der Bundestag solle sich endlich mit der Frage beschäftigen, „[...] wie ein Ort für die sogenannte res publica aussehen könnte“.<sup>1889</sup>

Die *SZ* betonte in ihrem Beitrag das Unverbindliche einer Empfehlung, die man eben auch „kalthertig“ ausschlagen könne.<sup>1890</sup> Außerdem sei die Entscheidung für die barocke Fassade nur um „Haaresbreite“ einem Unentschieden entronnen. Wenn acht Leute ein Restaurant empfehlen, sieben aber davor warnen würden – man würde sich dieser Küche nicht aussetzen, ist sich die *SZ* sicher. Daher plädierte die *SZ* für eine Verschnaufpause und verweist auf das bereits von der *taz* gelobte Projekt Central Park des Architekten Ingenhoven.<sup>1891</sup> In der gleichen Ausgabe und auf der gleichen Seite veröffentlichte die *SZ* einen Beitrag des Wiener Kunsthistorikers Hellmut Lorenz, der die einzelnen Bauphasen des Schlosses vorstellt und an zahlreichen Beispielen bewiesen habe, dass der gesamte Bau ein Konglomerat aus verschiedenen, nicht immer gelungenen, Bauabschnitten sei.<sup>1892</sup> Eine Rekonstruktion sei daher gar nicht sinnvoll, lautete das Fazit der Darstellung.

Einen Tag später spottete die *SZ* über die „gernegroßen Schlossherren“, deren „zusammengeschinkelte Vision“ weder Bund noch Land bezahlen wollten.<sup>1893</sup>

Für die *Welt* kommt der „Schlossplatz-Bau“ nur im „Zeitlupen-Tempo“ voran.<sup>1894</sup> Das rotrote Koalitionspapier in Berlin mache zumindest nicht viel Hoffnung auf eine Grundsteinlegung bis 2010. In dem Papier hieß es, der zukünftige Bau sei eine „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“. „Das heißt: Der Senat wartet ab, ob und auf welche Weise der Bund bereit ist, sich an einem Schloss-Ersatzbau zu beteiligen“<sup>1895</sup>, erklärte die *Welt* ihren Lesern. Angesichts dieser Situation gehe nun der Förderverein unter der Leitung von Boddien „in die Offensive“. In der Berliner Landesvertretung informiere der Verein am 16. Januar 2002. Boddien selbst wurde von der *Welt* dahingehend zitiert, dass sich bei der Zeichnung von Schlossbau-Aktien ein „hervorragendes Ergebnis“ abgezeichnet habe, da „weite Teile der Bevölkerung“ bereit seien, sich an der Finanzierung des Baus zu beteiligen.<sup>1896</sup> Auch bereite man die Montage einer Musterfassade vor.

---

<sup>1888</sup> Ebd.

<sup>1889</sup> Ebd.

<sup>1890</sup> Vgl. Hammerthaler, Ralph: Der preußische Phantomschmerz. Barock'n'Roll für Renegaten: Weshalb die Debatte um das Stadtschloss entkrampft werden müsste. In: *SZ* Nr. 03, 04.01.2002, s. S. 09.

<sup>1891</sup> Vgl. ebd.

<sup>1892</sup> Vgl. Lorenz, Hellmut: Restauration auf kargem Niveau. Misch-Masch für Milliarden: Wer das Stadtschloss wieder aufbauen möchte, sollte wissen, dass es sich dabei um ein Konglomerat verschiedenster Baustile und unvollendeter Planungen gehandelt hat. In: *SZ* Nr. 03, 04.01.2002, S. 09.

<sup>1893</sup> Vgl. Ein kleines Schluss-Gespenst. In: *SZ* Nr. 04, 05.01.2002, s. S. 13.

<sup>1894</sup> Vgl. Berlin will beim Stadtschloss auf die Finanzbeteiligung des Bundes warten. In: *Die Welt*, 08.01.2002, s. S. 29.

<sup>1895</sup> Ebd.

<sup>1896</sup> Vgl. ebd.

In einem weiteren Beitrag der *Welt*-Serie „Das Schloss bauen?“ erklärte Dankwart Guratzsch, warum sich auch Top-Wissenschaftler für Rekonstruktionen engagierten.<sup>1897</sup> Erkennbar sei, so der Ausgangspunkt seiner Überlegungen, dass es noch nie so viele Initiativen zur Rekonstruktion verschwundener Bauten gegeben habe, wie in „unserer Zeit“. In Städten wie Dresden, Halle, Leipzig und Berlin wollten Bürger zerstörte Bauten und Ensembles wieder aufbauen. Sie müssten sich häufig als „Ewiggestrige“, als „Reaktionäre“ und Fortschrittsfeinde titulieren lassen. Das sei aber falsch und gänzlich lächerlich, wenn man sehe, wer alles seine Unterschrift für diese Vorhaben gegeben habe.<sup>1898</sup> Bis hin zu Vertretern der PDS hätten sich Menschen für diese Projekte eingereiht. Außerdem Erfinder und Forscher, wie etwa der Medizinnobelpreisträger Günter Blobel oder der Philosoph und Atomphysiker Carl Friedrich von Weizsäcker – kurz, Menschen, die für das Neue, Unbekannte und Zukünftige stünden. Für dieses Verhalten gebe es eine „einfache Erklärung“: Was diese Wissenschaftler entdeckten, sei schon seit Ewigkeiten da gewesen. Sie seien daher Spezialisten für das Ewig-Gültige. „Vielleicht sind ihnen deshalb ewig-gültige Werke aus Menschenhand so elementar erfahrbar und bedeutend.“<sup>1899</sup> Eine zweite Erklärung sei, dass der „Geist der Zeit“ darin bestünde, dem „rasenden Fortschritt“ demonstrativ Bilder der Vergangenheit entgegenzusetzen. Und Drittens könne man die Ursachen für den verbreiteten Wunsch nach Rekonstruktion in der Herausforderung der Globalisierung sehen: „Der Schematismus, die Egalität und die Ortlosigkeit, die durch diese mächtigen Zeiterscheinungen forciert werden, lösen den Reflex aus, das Unbegriffene verankern, sich der Wurzeln versichern, das Identische in einen Dialog mit dem Fremden bringen zu wollen.“<sup>1900</sup> Angesichts der Empfehlung, das Schloss zu rekonstruieren, ging die *FAZ* in einem Artikel<sup>1901</sup> der Frage nach, wo, wie viel und welche Fragmente noch erhalten sind. Fazit der Suche war, dass der Blick auf die Originalteile ernüchternd sei. Von dem Baukörper des Schlosses seien nur noch circa 200 Teile erhalten – bezogen auf die Länge der Fassade sei das „verschwindend gering“. Ursprünglich seien zwar über 2000 Teile ausgebaut worden, doch die Dokumentation über ihren Verbleib sei verloren gegangen. Ein Fünftel der Schuttmassen seien in die Keller verfüllt worden, der Rest sei auf diverse Halden in der Stadt gewandert. Darüber hinaus berichtet die *FAZ*, es habe während der Abrissarbeiten auch Materialdiebstahl gegeben: Holzfußböden, Marmorverkleidungen, Stahlträger wurden von Unbekannten einfach ausgebaut. Angesichts der Situation müsse man zu dem Schluss kommen, dass „[...] für eine historische Collage nur begrenzt originales Material zur Verfügung steht und ein Einbau der wenigen erhaltenen Teile aus der Perspektive der Denkmalpflege fragwürdig, wenn nicht gar unsinnig erscheint“<sup>1902</sup>.

Die *SZ* beschäftigte sich in einem langen Artikel über die Nutzungskonzepte des geplanten Neubaus.<sup>1903</sup> Drei „Karpfen“ – Staatliche Museen, Humboldt-Universität und Landesbibliothek – hätten ihre Ansprüche angemeldet und müssten sich nun durchsetzen. Denn verhindert werden müsse, dass der Bau zu einer „antiquarischen Kommode“ verkomme, die nur Gelehrte anziehe und vor der abends die Bürgersteige hochgeklappt würden. Bereit stünden auch diejenigen, die mehr Gastronomie und Kommerz in das Gebäude bringen wollten – „Bratwurst ante portas“. Es müsse dem ein Konzept eines „intellektuellen

<sup>1897</sup> Vgl. Guratzsch, Dankwart: Entdecken, was ewig gilt. Warum sich Wissenschaftler wie Günter Blobel und Carl Friedrich von Weizsäcker für Rekonstruktionen engagieren. 09.01.2002, s. S. 28.

<sup>1898</sup> Vgl. ebd.

<sup>1899</sup> Ebd.

<sup>1900</sup> Ebd.

<sup>1901</sup> Vgl. Saehrendt, Christian: So weit die Trümmer tragen. Kleine Fragmentenkunde: Welche der 1950 geborgenen Spolien des Berliner Stadtschlusses sind erhalten? In: *FAZ* Nr. 9, 11.01.2002, s. S. 41.

<sup>1902</sup> Ebd.

<sup>1903</sup> Vgl. Raulff, Ulrich: Der große Bub. Was soll sich im Innern des Berliner Schlosses abspielen? In: *SZ* Nr. 10, 12.01.2002, s. S. 13.

Vergnügungsviertels“ entgegengesetzt werden, sonst mache „McHecht das Rennen im Karpfenteich“.

Die *taz* schrieb, nach Ansicht Swobodas müsste Berlin und der Bund sich zu einer schnellen Entscheidung für den Wiederaufbau des Stadtschlusses durchringen.<sup>1904</sup> Der leere Schlossplatz sei „eine Schande“ für die Hauptstadt. Um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen, solle sich Bundeskanzler Schröder erneut zur Gestaltung des Standortes äußern. Dies sei „eine K-Frage“, habe Swoboda gesagt. Hintergrund von Swobodas Vorstoß waren Äußerungen von Berliner Politikern der neuen rot-roten Regierung, wonach es einen „Mentalitätswechsel“ geben müsse. Statt einer originalen Rekonstruktion des Schlosses habe Strieder einen Bauwettbewerb vorgeschlagen.<sup>1905</sup> Der designierte PDS-Kultursenator und erklärte Schlossgegner Thomas Flierl, Sohn des Schlossgegners Bruno Flierl, habe Swoboda laut *taz* ebenfalls Sorgen bereitet. Mit der Präsenz der PDS im Berliner Senat und deren Votum für den Palast der Republik könne dessen anvisierte Weiternutzung als Kulturhaus besiegelt werden. Die Berliner Landesregierung müsse sich bewusst sein, dass hier kein Bau für die nächsten dreißig Jahre, sondern „für Jahrhunderte“ zu errichten sei, habe Swoboda gesagt. Auch gegen die Aussagen von Bund und Land, wonach die öffentliche Hand kein Geld für die Milliarden teure Investition ausgeben könne, habe der Kommissionsvorsitzende scharf kritisiert. „Wenn man das ernst nimmt, dann hätte man keine Kommission einberufen müssen, sondern die Chefs bei Walt Disney bitten sollen, einen Vergnügungspark zu machen“, zitierte die *taz* Swoboda.<sup>1906</sup> Swoboda habe den Vorschlag einer Mischfinanzierung aus Steuergeldern, Einnahmen aus Grundstücks- und Immobilienverkäufen und einem privaten Aktienmodell angekündigt, heißt es weiter. Die Reaktionen Swobodas seien verständlich, kommentiert die *taz*.<sup>1907</sup> Er sähe die Pläne vom Wiederaufbau des barocken Kastens davonschwimmen. Und schlimmer noch: „Auf den Trümmern der Rekonstruktionsempfehlung tanzt die PDS für den Erhalt und die Zwischennutzung des Palastes der Republik.“<sup>1908</sup> Die Verabschiedung von der historischen Schlossidee mag für Swoboda schmerzhaft sein; doch angesichts leerer Kassen, eines Milliarden Euro teuren Wiederaufbaus, fragwürdigem geschichtlichem Wert und unzeitgemäßer Nutzungsmöglichkeit sei sie berechtigt. Dies umso mehr, da nur so ein von „barocker Last“ befreiter Bauwettbewerb ein vielleicht besseres und kostengünstigeres Ergebnis bringen könne.<sup>1909</sup> Aber der „Mentalitätswechsel“ dürfe bei dem Verzicht auf das Schloss nicht enden, mahnte die *taz*. Nun dürfe der Palast der Republik nicht zum „baulichen Mythos“ und durch die „ideologisch gefärbte Brille“ zu geschöner Erinnerung gesteigert werden. Das sei das Gebäude nicht wert. Und seine falsche Erhöhung verstelle – ebenso wie die Fixierung auf das Schloss – die Aussicht auf Alternativen am Schlossplatz.<sup>1910</sup>

Die *Welt* erklärte, Strieder habe keine Pläne für den Schlossplatz und habe daher an „Plane“ gedacht, als er die Verhüllung des Palastes in Aussicht gestellt habe.<sup>1911</sup> Das Beispiel Brandenburger Tor habe gezeigt, dass auch eine „werbefinanzierte Verhüllung“ als Zwischennutzung attraktiv sein könne. Eine rasche Bebauung des Platzes halte er aber angesichts der finanziellen Lage Berlins für nicht realisierbar.

---

<sup>1904</sup> Vgl. „Schlossplatz ist eine K-Frage“. Schröder soll sich zu Schlossplatz-Entscheidung äußern, fordert Hannes Swoboda, Chef der Kommission Historische Mitte Berlin. Warnung an Schlossgegner im neuen rot-roten Senat, die beschlossene Rekonstruktion zu blockieren. In: *taz*, 14.01.2002, s. S. 21.

<sup>1905</sup> Vgl. ebd.

<sup>1906</sup> Vgl. ebd.

<sup>1907</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Schlossplatz. Barocke Last, moderne Last. In: *taz*, 14.01.2002, s. S. 21.

<sup>1908</sup> Ebd.

<sup>1909</sup> Vgl. ebd.

<sup>1910</sup> Vgl. ebd.

<sup>1911</sup> Vgl. Stache, Rainer: Strieder will Palast der Republik verhüllen. Weil kein Geld für das Schloss da ist, strebt der Senator nach einer anspruchsvollen Zwischenlösung. In: *Die Welt*, 14.01.2002, s. S. 33.

Der Palast der Republik werde doch nicht als Theater zwischengenutzt, meldete die *FAZ* in einer Feuilletonmeldung<sup>1912</sup>. Eine von der Expertenkommission in Aussicht gestellte Nutzung sei „nicht finanzierbar“, habe eine Sprecherin des Berliner Stadtentwicklungssenators Strieder gesagt. Auch die *taz* berichtete später über das Aus der Zwischennutzung.<sup>1913</sup> Das Geld für die Herrichtung sei nicht das einzige Problem. Die Leiterin der Sophiensaele, Amelie Deuffhard, habe gesagt, es hänge vom „politischen Willen“ ab, ob der Palast zwischengenutzt werden könne.<sup>1914</sup>

Über die Pläne Strieders, den Palast der Republik mit einem großflächigen Werbeplakat verhüllen zu lassen, berichtete die *FAZ* in der gleichen Ausgabe auf den Berliner Seiten.<sup>1915</sup> Nach einer launischen Kulturgeschichte der Verhüllung erklärte Clewing, was das für den Palast zu bedeuten habe. Von einer „Korrektur der Wirklichkeit“ und vom „Unsichtbarmachen“ der „ästhetischen Katastrophe“ könnte hier die Rede sein. Vielleicht aber wollte Strieder seinem Senatskollegen Flierl auch nur zu verstehen geben, dass er sich nicht in die Stadtentwicklung einmischen solle, spöttelte Clewing.

Weniger launisch schrieb das *ND* von den geplanten Zwischennutzungsplänen.<sup>1916</sup> Die „für viele“ sympathischste Lösung habe Goehler vorgeschlagen – als Interessenten stünden die Sophiensäle und „sogar“ die Staatsoper bereit, lobt das *ND*. Doch die Kosten seien zu teuer, habe Strieder verlauten lassen. Während der Baumaßnahmen sei eine Zwischennutzung gänzlich ausgeschlossen, hieß es von der Oberfinanzdirektion, denn die Baufirmen hätten für diesen Fall mit Ausfallforderungen gedroht und Bauarbeiter und Künstler würden sich gegenseitig behindern.<sup>1917</sup> Dessen ungeachtet habe der designierte Kultursenator Thomas Flierl (PDS) gemeint, die Zwischennutzung solle als „neue Form der Auseinandersetzung“ mit dem Bau zu verstehen sein; Strieder könne zumindest nicht alleine entscheiden. Dieser habe vorgeschlagen, den Baukörper „á la Brandenburger Tor“ verhüllen zu lassen. „Diese Art Freilichtkino hatte er schon vor Jahren ins Spiel gebracht, doch scheiterte das Projekt an den Kosten von 25 Millionen Mark.“<sup>1918</sup>

Der erste Monat des neuen Jahres ist noch nicht vorbei, und wieder donnerte es von der *FAZ*<sup>1919</sup>, die Schlossplatzdebatte sei zu Ende. Befürchtet wurde nun, der neue Kultursenator Flierl (PDS) und sein einstiger „Sparringspartner“ Strieder könnten dafür sorgen, dass sie ganze Debatte wieder neu aufgerollt werde. Sogar Swoboda habe den „Bastakanzler“ Schröder um Hilfe „angefleht“. Die Fragen nach der Identität, die für Palast und Schloss stünden, seien jahrelang debattiert worden. „Nichts langweilt inzwischen so sehr wie diese Diskussion, und es wäre eine fatale Entscheidung, wenn sich Flierl und Strieder nun gemeinsam gegen den Kommissionsvorschlag stemmen würden“<sup>1920</sup>, warnt die *FAZ*. Was nun gefragt sei, das sei ein Finanzierungskonzept und ein Architektenwettbewerb.

Als Beispiel für eine gelungene Rekonstruktion schrieb Wilhelm von Boddien in der *Welt* einen Beitrag über das Schwarzhäupterhaus in der lettischen Hauptstadt Riga.<sup>1921</sup> Das 1948 komplett gesprengte Gebäude sei 1995 bis 1999 auf den alten Kellerfundamenten wieder

---

<sup>1912</sup> Vgl. Kein Kulturpalast. Berlins leere Taschen schaffen neue Leere. In: *FAZ* Nr. 12, 15.01.2002, s. S. 41.

<sup>1913</sup> Vgl. Rosenkranz, Jan: Viel Theater um Theater im Palast der Republik. Für eine Zwischennutzung des asbestsanierten Gebäudes fehlt es am Willen und am Geld: Provisorische Wiederherstellung kostet 1,5 Millionen Euro. In: *taz*, 19.02.2002, s. S. 23.

<sup>1914</sup> Vgl. ebd.

<sup>1915</sup> Vgl. Clewing, Ulrich: Die kleine Korrektur. Peter Strieder möchte den Palast der Republik verhüllen lassen und ahnt nicht, in welche Abgründe er sich damit begibt. In: *FAZ* Nr. 12, 15.01.2002, s. S. BS 01.

<sup>1916</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Strieder will Palast der Republik verhüllen. Streit um die vorgeschlagene Zwischennutzung als Kulturstätte. In: *ND*, 15.01.2002, s. S. 15.

<sup>1917</sup> Vgl. ebd.

<sup>1918</sup> Ebd.

<sup>1919</sup> Vgl. Ende der Debatte! In: *FAZ* Nr. 13, 16.01.2002, s. S. BS 01.

<sup>1920</sup> Ebd.

<sup>1921</sup> Vgl. Boddien, Wilhelm von: In Riga geschehen noch Wunder. 50 Jahre nach der Sprengung wurde das Schwarzhäupterhaus vollständig rekonstruiert. In: *Die Welt*, 16.01.2002, s. S. 29.

aufgebaut worden und erstrahle im alten Glanz. „Riga hat damit im Zentrum sein historisches Stadtbild zurückgewonnen, seine alten Wurzeln, seine Identität.“<sup>1922</sup> Der unausgesprochene Vergleich mit Berlin liegt in dem Beitrag von Boddien auf der Hand. Einen Tag später berichtete die *Welt* begeistert über eine computergestützte Simulation des Schlosses.<sup>1923</sup> In vier Monaten hätten zwei Spezialisten unentgeltlich Fotos und Dokumente so bearbeitet, dass am Ende eine „brillante Simulation“ der Hohenzollernresidenz entstanden sei. Heller Sandstein, warmes Gelb und vergoldete Elemente zeigten, dass es sich bei dem Schloss nicht um einen „grauen Kasten“ handle. Erneut wird Boddien's Plan nach einer Musterfassade erwähnt, die er an das alte Schlossportal am Staatsratsgebäude anbringen wolle.<sup>1924</sup>

Für die ZEIT war mit dem Finanzplan der Expertenkommission die „holde Zeit des Wünschens“ vorbei.<sup>1925</sup> Nach einer einjährigen „Traumreise“ sei sie unsanft in der Wirklichkeit gelandet. Denn es gehe um Geld, das niemand in Berlin habe. Der Bund aber solle das Schloss nicht bezahlen, denn Stadtreparatur sei Sache der Stadt: „Weder in München, Düsseldorf, oder Dresden würde jemand verstehen, wenn in Berlin die Zentralbücherei (sei sie auch noch so qualitativ) oder neue Ausstellungshallen durch den Bund finanziert würden.“<sup>1926</sup> Das Stadtschloss solle daher nicht zum Staatsschloss geadelt werden, forderte die ZEIT. Berlin sei als Hauptstadt auch ohne Neoschloss populär und jüngere Besucher näherten sich dem Palast eher mit Neugier, denn mit Abscheu. Daher müsse jetzt pragmatisch vorgegangen werden indem der Palast zwischengenutzt und der Platz davor durch eine Neugestaltung wieder erlebbar werde.<sup>1927</sup>

Derweil legte die Expertenkommission noch Ende Januar ihre Finanzierungspläne vor. Das *ND* meinte dazu, Schlossfreund v. Boddien könne zufrieden sein, denn auch bei der Finanzierung seien die Experten seinen Vorstellungen gefolgt.<sup>1928</sup> Swoboda habe gemeint, die letzte Entscheidung läge zwar bei der Politik, „[...] aber er könne es sich schwer vorstellen, dass gerade eine Stadt mit den Finanznöten Berlins auf dieses Projekt verzichtet.“<sup>1929</sup> Derweil sei am Bauzaun des Palastes ein Gruß vom Bund kritischer Architekten angebracht worden, auf dem es hieße: Die Vernunft sagt Nein zum Schloss und Ja zum Palast.

Auch die *FAZ*<sup>1930</sup> berichtete über das Finanzierungskonzept ausführlich. Die 17 Experten blieben auch nach der neuerlichen Kritik bei ihrer Empfehlung, Teile der barocken Fassade zu rekonstruieren. Was vorher bei der *FAZ* als „klare Entscheidung“ gefeiert wurde, bezeichnete Lehnart nun ebendort als eine „hauchdünne Majorität“, an der sich vor allem die Kritik entzündet habe. „Listig wie nobel“ habe Swoboda bei der Vorstellung der Pläne die ganze Angelegenheit „zur nationalen Aufgabe, zur ‚Herzenssache‘ der Deutschen“ erhoben. Aus diesem Grunde habe er auch vorgeschlagen – und hierbei folgt Swoboda offenbar einer Idee v. Boddien's – eine Aktiengesellschaft zu gründen. Der Staat sollte dabei durch eine Ausfallbürgschaft die Minimalrendite von zwei Prozent sichern. Lehnart meinte, Swoboda schätze die „kollektive Psyche“ subtil ein und lege sie gleichsam auf die „Waage nationaler Emphase“. So werde der Schlossbau zum Ideengehäuse vereinter deutscher Kraftanstrengung. Aber die letzte Entscheidung müsse der Bundestag haben.

---

<sup>1922</sup> Ebd.

<sup>1923</sup> Vgl. Haubrich, Rainer: Das Schloss aus dem Computer. Wilhelm von Boddien präsentiert eine brillante Simulation und kündigt Musterfassade an. In: *Die Welt*, 17.01.2002, s. S. 29.

<sup>1924</sup> Vgl. ebd.

<sup>1925</sup> Vgl. Rauterberg, Hanno: Die Hauptstadt braucht nicht noch ein Schloss: Berlin kann sich den Neubau der Preußenresidenz nicht leisten – und der Bund sollte sie nicht bezahlen. In: *DIE ZEIT* Nr. 04, 17.01.2002, s. S. 38.

<sup>1926</sup> Ebd.

<sup>1927</sup> Vgl. ebd.

<sup>1928</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Aktien fürs Stadtschloss. Expertenkommission legte Finanzkonzept für den Schlossplatz vor. In: *ND*, 19.01.2002, s. S. 16.

<sup>1929</sup> Ebd.

<sup>1930</sup> Vgl. Lehnart, Ilona: Berechnend. Die Schloss-Kommission legt ihre Finanzierungspläne vor. In: *FAZ* Nr. 17. 21.01.2002, s. S. 43.

Zum Vorschlag der Aktienfinanzierung befragte die *taz* v. Boddien in einem Interview.<sup>1931</sup> Wer denn eine so unrentable Aktie mit zwei Prozent Gewinn kaufen solle, wurde v. Boddien gefragt. Mit der Aktie sei natürlich kein Reibach zu machen, antwortete er. „Wir sind auf moralische Unterstützung des Staates angewiesen. In die Expo haben Firmen ja auch Hunderte von Millionen investiert ohne klare Aussicht auf Profite. Da die privaten Anleger die Museen und die Bibliothek mitfinanzieren, müsste der Staat auf seinen Anteil verzichten. Bei 2 Prozent müssten wir also im Jahr noch sieben Millionen Euro aufbringen. Die soll ein elegantes 17.000 Quadratmeter großes Gesellschaftszentrum erwirtschaften. Internationale Firmen wollen sich an der Planung beteiligen. So etwas fehlt Berlin.“<sup>1932</sup>

Ende Januar fragte sich die *taz* erneut, wie es zum dem „rückwärtsgewandten“ Votum der Kommission kommen konnte.<sup>1933</sup> Habe man wirklich etwas anderes erwartet von der Kommission, fragt die *taz* rhetorisch? Nein, so furchtlos die Kommission sich im Großen verhalten habe, so kleinlich habe man sich in detail gegeben. Mutlos seien viel Experten gewesen, zu stark waren die Rekonstruktionsbilder. „Harte Gegenpositionen, Schloss-Alternativen“ habe es kaum gegeben, habe einer der Experten, Krüger, zugegeben. Doch die eigentliche Infektion mit dem „Preußen-Virus“ sei von woanders her gekommen: „Angesichts nationaler Identitätsdefizite und dem Noch-Fehlen europäischer Gesten erscheinen die Rückbesinnung auf den Preußenpark und die Konstituierung der ´globalen Bildungslandschaft in der Mitte Berlins´ im Sinne der Aufklärung des 19. Jahrhunderts nur konsequent, so Peter-Klaus Schuster, Direktor der Staatlichen Museen.“<sup>1934</sup> Das „folgeschwere Verdikt der Kommission“ könne nun nur noch durch den rot-roten Senat gestoppt werden, der einen Architektenwettbewerb verlange, der auch der modernen Architektur eine Chance gebe.

Für die *JW* sind die Vorschläge der Kommission schlicht „unoriginell“ und „unscharf“, was mit der Zusammensetzung des Gremiums zu tun habe.<sup>1935</sup> Immerhin sei man zu dem Schluss gekommen, dass der Platz kulturell genutzt werden solle. Swoboda habe von einer Wiederbelebung der Räume durch „hochrangige internationale Veranstaltungen“ geträumt. „Warum Sony-Manager beim Galadiner im Zuckerbäcker-Disneyland erfrischend wirken sollen, bleibt sein Geheimnis“<sup>1936</sup>, spottete die *JW*. Bedenken äußerte sie auch angesichts der Finanzierungspläne. Dass der Staat jeden investierten Euro mit 61 Cent subventionieren wolle, werde Brüssel nicht unbedingt abnicken.

Die *SZ* fasste das Finanzierungskonzept kurz zusammen und rechnet vor, wie mittels „Zahlenmagie“ und „Agora-Aktien“ das Schloss gesichert werden könne.<sup>1937</sup>

Abseits von Feuilleton und Politikteil veröffentlichte die *FAZ* einen Beitrag<sup>1938</sup> in ihrer Beilage *Technik und Motor*, wo über die rechnergestützte, virtuelle Rekonstruktion des Schlosses berichtet wurde. Dort hieß es, aus technischer Sicht sei der Wiederaufbau der steinernen Hülle kein Problem. Zumindest nach Meinung der Professoren Manfred Koob (Darmstadt) und Alfred Iwainky (Berlin). Als Beispiel wird detailliert über die virtuelle Rekonstruktion des Berliner Schlosses status quo 1706 berichtet, das im Auftrag des Deutschen Historischen Museums 1999 in Auftrag gegeben worden war. Nach Angaben von

---

<sup>1931</sup> Vgl. Kunzemann, Thilo: Kongresszentrum zahlt Stadtschloss. Wilhelm von Boddien, Vorstand des Fördervereins Berliner Stadtschloss, weiter auf der Suche nach privaten Finanziers. In: *taz*, 19.01.2002, s. S. 26.

<sup>1932</sup> Ebd.

<sup>1933</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Regeln für den Preußenpark. Wo war die Vision? Die Kommission „Historische Mitte Berlin“ beendet nach einem Jahr ihre Arbeit. Vorgelegt hat sie klare Empfehlungen zur Nutzung des Ortes und den umstrittenen Schlossnachbau. In: *taz*, 19.01.2002, s. S. 26.

<sup>1934</sup> Ebd.

<sup>1935</sup> Vgl. Dorow, Tom: Schloss der Republik. Die Expertenkommission empfiehlt: Volkshaus statt Erichs Lampenladen. In: *JW*, 21.01.2002, s. S. 13.

<sup>1936</sup> Ebd.

<sup>1937</sup> Vgl. Sichere Dividende: Die Agora-Aktie. In: *SZ* Nr. 17, 21.01.2002, s. S. 13.

<sup>1938</sup> Vgl. Küffner, Georg: Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses. Die Steinwerdung der Computerdaten. Die virtuelle Rekonstruktion dient als Basis für Bauzeichnungen. Dreidimensionale CAD-Modelle vermitteln einen authentischen Eindruck vom Bauwerk. In: *FAZ* Nr. 18, 22.01.2002, s. S. T 1-2.

Koob liege die Authentizität der Außenhaut bei seinem Modell bei „nahe 100 Prozent“. Auch die Innenräume ließen sich mit dem gleichen Verfahren wieder zum Leben erwecken. Allerdings, so Küffner, gebe diese technische Möglichkeit keine Antwort auf die Frage, „ob das auch sinnvoll ist“<sup>1939</sup>. Und er fügte hinzu: „Zweifel scheinen angebracht.“<sup>1940</sup> Denn für die vorgesehene Nutzung seien die historischen Räume mehr als ungeeignet. Gegen einen „Klon“ spreche auch die Gefahr einer „puppenhaften und eher nach Disneyland gehörenden Replik des Stadtschlusses“<sup>1941</sup>, meinte Küffner. Die mit computergesteuerten Fräsmaschinen hergestellten Fassadenteile blieben „seelenlos“. Es seien aber städtebauliche Gründe, die vor allem für eine Wiederbebauung des Schlossplatzes sprächen; und das werde dauern. In der Zwischenzeit könnte man daher vor Ort das Schloss virtuell wieder aufbauen: Mit einer Monitorbrille, UMTS-Übertragungs- und GPS-Ortungstechnik. So könnten Besucher des Schlossplatzes bereits virtuell das Schloss aus allen Richtungen betrachten und sogar in die Innenräume „schauen“.

Ende Januar veröffentlichte das *ND* eine Gespräch mit Conradi, der die Empfehlung der Kommission in allen Einzelheiten kritisierte.<sup>1942</sup> Bereits die Aufgabenstellung für die Mitglieder sei falsch gewesen. Conradi habe sich „von Anfang an“ darüber gewundert, dass „Finanzjuristen, Literaten und Historiker“ über eine architektonische Gestaltung zu entscheiden hätten. Die Vorgaben seien nun so detailliert, dass ein Architekturwettbewerb praktisch nicht mehr notwendig sei. Nicht einsehen wolle er zudem, dass der Bund das Preußenschloss bezahlen solle, wenn „die Berliner“ den Bau zu ihrer Identität brauchten, schließlich habe Bayern seine Münchner Residenz auch selber wieder aufgebaut. Die Empfehlung der Kommission sei „politisch und geschichtlich“ die „falsche Botschaft“.<sup>1943</sup> Denn Bauen habe „immer etwas mit Botschaft“ zu tun. „Erst recht an solch einem zentralen Platz deutscher Geschichte im Herzen Berlins.“<sup>1944</sup> Conradi meine, dass Berlin in seiner momentanen, nicht gerade erfreulichen Situation „[...] eine zukunftsweisende, mutige Botschaft braucht, die Aufbruch kennzeichnet, Mut, Freude an Neuem, Neugier. Keine Schlossimitation á la Las Vegas, in die man dieses fortschrittliche Nutzungskonzept pressen will“.<sup>1945</sup> Unstimmig sei auch das Finanzierungskonzept. Davon abgesehen: Wenn Deutschland so ein Projekt wolle, habe man auch das Geld dafür. In Frankreich oder Großbritannien würde es darüber gar keine Debatten geben. Die Kommission habe letztlich nur eine Empfehlung ausgesprochen, an die sich die Politik nicht halten brauche. Die Entscheidung läge nun beim Parlament, habe Conradi abschließend gemeint.

Noch immer im Januar widmete sich Bartetzko in seinem Beitrag<sup>1946</sup> für die *FAZ* ausführlich der Empfehlung der Expertenrunde. Die Stellungnahme der Kommission steigere die Verwirrung, je gründlicher man sie lese. Denn wichtige Fragen blieben unbeantwortet oder seien widersprüchlich. Beispielsweise werde die Erhaltung des Volkskammersaals in Aussicht gestellt, über die Gestaltung des Osttraktes aber verliere man kein Wort. Unklar sei auch, in welchen Zustand die historischen Gebäudeteile rekonstruiert werden sollten. Allein für den Schlüterhof, der „seit Jahren als gerettetes Juwel durch die Schlossdebatte“<sup>1947</sup> geistere, gebe es drei authentische Zustände. Den, den Schlüter haben wollte, durfte er damals nicht verwirklichen, dieser sei aber gleichzeitig der schönste. Noch schwieriger sei die Frage nach

---

<sup>1939</sup> Ebd.

<sup>1940</sup> Ebd.

<sup>1941</sup> Ebd.

<sup>1942</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Die falsche Botschaft. Peter Conradi, Präsident der Bundesarchitektenkammer, zum Berliner Schlossplatz. In: *ND*, 24.01.2002, s. S. 13.

<sup>1943</sup> Vgl. ebd.

<sup>1944</sup> Ebd.

<sup>1945</sup> Ebd.

<sup>1946</sup> Vgl. Bartetzko, Dieter: Masken für die Mitte. Bitte keine Eselsbrücke: Die Berliner Schloss-Rekonstruktion. In: *FAZ* Nr. 21, 25.01.2002, s. S. 47.

<sup>1947</sup> Ebd.

den „wichtigen Innenräumen“, von der die Expertenkommission gesprochen habe. Hier nennt Bartetzko als Kostbarkeiten die Erasmuskapelle, den Sternsaal, die Rokoko-Räume Friedrichs des Großen, den Marmorsaal, den Großen Säulensaal, das Thronzimmer, und den Weißen Saal. Sie alle seien vereilt durch ein Labyrinth aus Galerien, Enfiladen, Fluren und Kammern. „Wer sie heute seinem Neubau einfügen müsste – der ohnehin schon überlastet wäre mit all den vielfältigen Funktionen jenes ‚Humboldt-Forums‘, das die Kommission empfiehlt -, der könnte kaum anders als ein architektonisches Chaos schaffen“<sup>1948</sup>, lautet das niederschmetternde Fazit in der *FAZ*. Zum Beweis für seine Argumentation führt Bartetzko das Warschauer Schloss an, das „Vorbild Nummer eins“ in der Schlossplatzdebatte. Der Bau sei ein „Nachbau von obsessiver Akribie“ – denn jede Rekonstruktion strebe nach Perfektion. Trotz allem seien viele undokumentierte Räume nur nachempfunden, was oft gespenstisch wirke. Dehio habe bereits 1903 vor den „Masken“ gewarnt, die der Restaurierungsdrang des Historismus produziere. Als weiteres Beispiel für das, was kommen werde, bezeichnet Bartetzko die Dresdner Frauenkirche. Dort habe man zunächst die Ruine sichtbar lassen wollen, doch inzwischen sei das Unternehmen „[...] zum Präzedenzfall einer Nostalgie ausgewachsen, die nichts Schadhafes mehr dulden möchte“.<sup>1949</sup> In Dresden argumentierte man, man wolle die Schönheit Elbflorenz’ wiederhaben; in Berlin werde hingegen die „deutsche Geschichte“ als Grund für die Rekonstruktion genannt. Das allgemeine Geschichtsbewusstsein sei vage. Daher biete nur ein Architekturwettbewerb die Gewähr, dass keine „Eselsbrücken und Dehiosche Masken“ entstünden. Theoretisch zumindest, denn praktisch sieht Bartetzko durch die Finanzierung über eine Aktiengesellschaft die Anhänger einer Rekonstruktion im Vorteil. Sie würden so zu den eigentlichen Bauherren.

Als „Tabubruch“ bezeichnet die *taz* die Aussage des Berliner Regierungschefs Wowereit, in Berlin dürfe nicht mehr über den Wiederaufbau des Palastes nach der Asbestsanierung diskutiert werden, sondern nur darüber, was an seine Stelle treten solle.<sup>1950</sup> „Selbstverständlich“ müsse dort ein Gebäude im Umfang des Stadtschlusses hinkommen, habe Wowereit gesagt. Dies sei aus Gründen der „städtebaulichen Symmetrie“ notwendig. Er wünsche sich zur Gestaltung eine „moderne Architektur“ und „nicht den Wiederaufbau des Schlosses“. Der Vorstoß sei von der PDS „scharf“ kritisiert worden, schreibt die *taz*.

Auch das *ND* berichtete über Wowereits Vorstoß und erkannte darin einen ersten Koalitionskrach der SPD-PDS Landesregierung.<sup>1951</sup> Pau habe die Äußerung als „Wunsch einer Privatperson“ abgetan und Over (PDS) nannte sie „keine ernsthafte politische Aussage“. Ende Januar schrieb die *SZ* eine Glosse, in der Berlin mit Indien verglichen wurde und der Wiederaufbau des Schlosses mit der Wiedergeburt.<sup>1952</sup> In einem ewigen Fluss werde nun der Palast abgerissen, den man bald schon wieder aufbauen werde.

Zwei fast zeitgleiche Veranstaltungen in Berlin nahm die *FAZ*<sup>1953</sup> zum Anlass, erneut über die Schlossplatzdebatte zu berichten. Ende Januar – ein genaues Datum wurde von der *FAZ* nicht genannt – gab es die Podiumsdiskussion „Icke bin Kultur-Metropole“ im Innenhof der Dresdner Bank und einen Vortrag von Bredekamp über „Stadtplanung als museale Strategie“ in der Humboldt-Universität. Ihm gefalle ein moderner Bau auf dem Schlossplatz besser, habe Wowereit gesagt und Widerspruch geerntet. Die Mehrheit der Berliner wollte das Schloss und wenn Feudalbauten nicht mehr zeitgemäß seien, müsse man halb Italien dem Verfall

---

<sup>1948</sup> Ebd.

<sup>1949</sup> Ebd.

<sup>1950</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Kein Tanz mehr im Palast. Regierungschef Wowereit spricht sich für modernen Neubau zur Gestaltung des Schlossplatzes und den Abriss des Palastes der Republik aus. Pau kritisiert Vorschlag und erinnert an dortigen Tanzsaal. In: *taz*, 28.01.2002, s. S. 21.

<sup>1951</sup> Vgl. Wegen Palast erster Streit in Koalition. Wowereit für Abriss. Ringstorff: Rot-Rot solide. In: *ND*, 28.01.2002. s. S. 16.

<sup>1952</sup> Vgl. Palast abwerfen. In: *SZ* Nr. 23, 28.01.2002, s. S. 13.

<sup>1953</sup> Vgl. Maak, Niklas: Icke bin besser als Rom. Wowereit will kein Schloss für Berlin und auch nicht nach Italien. In: *FAZ* Nr. 25, 30.01.2002, s. S. 43.

preisgeben, habe das Gegenargument gelautet, das mit großem Beifall bedacht wurde. Bredekamp sprach auf seinem Vortrag dem Bericht Maaks zufolge von seiner Idee eines Wissenschaftsmuseums auf dem Schlossplatz. Das Argument, es sei absurd, die außereuropäische Sammlung in einer barocken Hülle zu zeigen, habe Bredekamp zurückgewiesen. Die ethnologische Sammlung sei schließlich aus dem Schloss selbst gekommen, wiederholt Bredekamp seine Argumente, die von der *FAZ* erneut aufgenommen wurden.

Der von der *FAZ* kurz vor der Entscheidung im Bundestag überraschend favorisierte Entwurf von Schultes ist Gegenstand eines Interviews mit dem Architekten Josef Paul Kleihues in der *Welt*.<sup>1954</sup> Kleihues betonte die Besonderheit des Stadtgrundrisses und habe Schultes kritisiert, dass dieser als „brillanter Theoretiker“ diesen in seinen Plänen außer Acht gelassen habe. Während überall in Berlin viele zeitgenössische Architekten gebaut hätten, gehe es in der Mitte der Stadt um ein Stück geschichtlicher, politischer und nicht zuletzt architektonischer Erinnerung. „Es geht um ein mutwillig zerstörtes Denkmal der Baugeschichte, das wir keinen geringeren Kollegen als Andreas Schlüter, Eosander von Göthe und Stüler verdanken, der unter Friedrich Wilhelm IV. die von Schinkel angeregte Kuppel entwarf.“<sup>1955</sup>

Angesichts der unterschiedlichen Meinungen über die äußere Form des geplanten Neubaus auf dem Schlossplatz, veröffentlichte die *FAZ* zwei in ihren Aussagen gegeneinander stehende Beiträge in der gleichen Ausgabe.

In der für die Berliner Seiten<sup>1956</sup> gewohnt spöttischen Art karikiert Peter Müller die nach seiner Sicht verkürzte Debatte um die Frage nach der richtigen Fassade. Die Diskussion ähnele inzwischen einem Märchendrachen: „Schlägt man dem Ungetüm einen fauchenden Kopf ab, wachsen sofort drei neue nach, die das immer gleiche Feuer spucken.“<sup>1957</sup>

Angesichts der Lage lohne ein Blick zurück zu dem 1957 von West-Berlin initiierten städtebaulichen Wettbewerb. Damals war der Schlossplatz bereits abgeräumt und hieß Marx-Engels-Platz. Niemand der 151 Projekte aus dem Westen habe ein neues Stadtschloss geplant; „und selbst die heute unablässig beschworene Kubatur“ sei Mangelware geblieben, gibt Müller zu bedenken. Hans Scharoun plante eine Erweiterung der Museumslandschaft, eine Lösung, die vertraut klinge, so Müller, und Le Corbusier hatte auf den Platz eines seiner „gigantischen Hochhäuser gerammt“. Der Wolkenkratzer aber eigene sich hervorragend zum Fassadenträger: „Platz böte sich genug, um gleich alle Stilvarianten des Stadtschlusses auf einen Streich zu präsentieren“<sup>1958</sup>. So bekäme jedes Jahrhundert ein paar Geschosse. Und da Le Corbusier bereits vorgeschlagen hatte, in der Mitte einige Großkonzerne anzusiedeln, wäre auch die Finanzierung dieses Hochhauses gesichert. Dem Berliner „rot-roten Triumvirat“ schlug Müller vor, einen eben skizzierten „grelle Fassadenzauber“ zu zünden, um „Alt mit Neu, ´irgendwie Modern´ mit ´irgendwie Schloss´ zu vereinen“.<sup>1959</sup> Alle „Fassadenjünger“ wären darüber froh, falls man nicht vorher wieder auch auf dem Schlossplatz zur Architektur zurückfinde, schloss Müller hintersinnig seinen Beitrag. Eine Seite weiter findet sich eine nüchterne Wortmeldung<sup>1960</sup> des Vorsitzenden des Fördervereins Berliner Schloss, Wilhelm von Boddien. Angesichts der Aussagen der SPD/PDS-Koalition in Berlin kritisiere er den Plan, den Neubau „durch eine Mischform unterschiedlicher Baustile zu verunklären“.<sup>1961</sup> Den abrisssreifen Palast der Republik in den Neubau integrieren zu wollen, wie es die

---

<sup>1954</sup> Vgl. Haubrich Rainer: Respekt vor dem Kollegen Schlüter! Der Architekt Josef Paul Kleihues zum Votum der Schlosskommission und zu Axel Schultes' Gegenentwurf. In: *Die Welt*, 30.01.2002, s. S. 28.

<sup>1955</sup> Ebd.

<sup>1956</sup> Vgl. Müller, Peter: Das vertikale Schloss. Wer nur noch von Fassaden träumt, sollte Wolkenkratzer bauen. „Hauptstadt Berlin“ 1957. In: *FAZ* Nr. 30, 05.02.2002, s. S. BS 01.

<sup>1957</sup> Ebd.

<sup>1958</sup> Ebd.

<sup>1959</sup> Ebd.

<sup>1960</sup> Vgl. Von Boddien kritisiert Schloss-Debatte. In: *FAZ* Nr. 30, 05.02.2002, s. S. BS 02.

<sup>1961</sup> Ebd.

Expertenkommission vorgeschlagen habe, halte er für „absurd“, zitiert die *FAZ* v. Boddien. Es dürfe bei der Fassadengestaltung „keine Kompromisse“ geben. Boddien wünsche sich eine Grundsatzentscheidung für eine Rekonstruktion durch den Bundestag noch vor der Sommerpause 2002. Das neue Schloss könnte dann zum 20. Jahrestag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 2010 eingeweiht werden, habe der Schlossfreund gesagt.

Anfang Februar antwortete die *SZ* auf einen Beitrag des Schriftstellers Martin Mosebach in der *FAZ*.<sup>1962</sup> Dieser habe endlich alle Argumente aufgeführt, die ein „rückwärtsgewandter Utopiker“ gegen die Moderne habe. Die Ausführungen Mosebachs über das Schloss, wie es einmal gewesen ist, führten in die falsche Richtung. Denn: „Nicht: was repräsentierte das Stadtschloss einst?, lautet die Frage. Sondern: Was könnte es heute repräsentieren.“<sup>1963</sup>

Tatsächlich sei die Zeit reif für eine Entscheidung, meint die *Welt* in einem Kommentar.<sup>1964</sup> Denn inzwischen gebe es keine neuen Argumente mehr und Klaus-Dieter Lehmann, dessen Vorschlag zum Umzug der Dahlemer Museen im Mai 2000 den „Durchbruch“ in der Debatte bedeutet habe, mache nun Druck. Verständlich, denn ihm sitze das Problem der „maroden Museumsbauten in Dahlem“ im Nacken. Seine Stiftung brauche nun Klarheit und eine Perspektive.<sup>1965</sup>

Wie es dazu gekommen sei, dass die Polen nach dem Krieg die „deutschen Städte in den Ostgebieten“ wieder aufgebaut hätten, sei Gegenstand eines Symposiums im Berliner Kronprinzenpalais gewesen, berichtete die *Welt*.<sup>1966</sup> Man habe vor dem sozialistischen Realismus flüchten wollen, sei die „einfache Antwort“ des Grandseigneurs der polnischen Denkmalpflege, Andrzej Tomaszewski, gewesen. Dabei habe man „gehörig geflunkert.“ Ganze Straßenzüge seien etwa in Danzig zu „altpolnischen Nationalreliquien“ erklärt worden, um den Wiederaufbau gegen die Parteispitze durchsetzen zu können.<sup>1967</sup> 25 Jahre lang habe man über den Wiederaufbau des Warschauer Königsschlusses debattiert, aber in Deutschland werde es nicht so lange dauern, denn man sei hier „besser organisiert“, habe Tomaszewski gesagt.

Derweil hoffte das *ND* auf einen neuen „Berliner Unwillen“ und berichtete über entsprechende Pläne vom Bund kritischer Architekten.<sup>1968</sup> Ihrer Meinung nach sollte der Palast erhalten bleiben und auf dem Schlossplatz ein „Central Park“ gebaut werden. „Darin wird auch an das Schloss in Form eines begehbaren Bassins erinnert: Eine dünne Wasserschicht, die von einer Glasfläche getragen wird, gibt den Blick auf die Schlossfundamente frei – ironische Replik auf die Flutung 1447.“<sup>1969</sup> Der „Clou“ sei laut *ND* ein Gebäude mit fünfzackiger Dachform auf dem Sockel des Kaiserdenkmals, in dem u.a. ein Café untergebracht werden solle.<sup>1970</sup> Der Beitrag wurde fünf Tage später unverändert wieder vom *ND* veröffentlicht.<sup>1971</sup>

In der *SZ* wurde ein Auszug aus dem Kommentar von Peter Conradi über das Votum seiner Kommission veröffentlicht.<sup>1972</sup> Seine bereits von anderen Zeitungen veröffentlichten

---

<sup>1962</sup> Vgl. Liebs, Holger: Schloss, aus, fertig. Warum die Gegenwart in Berlins Mitte nicht vorkommen darf. In: *SZ* Nr. 30, 05.02.2002, s. S. 13.

<sup>1963</sup> Ebd.

<sup>1964</sup> Vgl. Haubrich, Rainer: Lehmann macht Druck. In: *Die Welt*, 06.02.2002, s. S. 27.

<sup>1965</sup> Vgl. ebd.

<sup>1966</sup> Vgl. Guratzsch, Dankwart: Schön geflunkert. Wie die Polen ihre zerstörten Innenstädte wieder aufbauten. In: *Die Welt*, 07.02.2002, S. 28.

<sup>1967</sup> Vgl. ebd.

<sup>1968</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Wieder „Unwille“ gegen einen Schlossbau. Neue Visionen für Stadtmitte gesucht. Ausstellung in der Schillingstraße. In: *ND*, 06.03.2002, s. S. 11.

<sup>1969</sup> Ebd.

<sup>1970</sup> Vgl. ebd.

<sup>1971</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Neuer „Unwille“ gegen Schloss. In: *ND*, 11.03.2002, s. S. 16.

<sup>1972</sup> Vgl. Conradi, Peter: Das Neue darf nicht verboten werden. Warum die Empfehlungen der Expertenkommission zum Berliner Schlossplatz Widerspruch provozieren. In: *SZ* Nr. 57, 08.03.2002, s. S. 13.

Argumente über das Schloss als „falsches Signal“ werden hier ausführlich dargestellt und ein „zukunftsweisender Bau“ gefordert.<sup>1973</sup>

Für die *Welt* wächst der Widerstand gegen die Barockfassade, während die Bundespolitiker schwiegen.<sup>1974</sup> Die ablehnenden Kommentare zur Entscheidung der Expertenkommission von Strieder, Flierl, Wowerit und Conradi werden in dem Beitrag beispielhaft genannt. Die Verlierer griffen nun zu „immer schärferer Polemik“ habe v. Boddien erklärt und eine politische Entscheidung gefordert.

Die *JW* befragte den Sprecher des Bundes der kritischen Architekten, Carsten Joost, nach seiner Meinung zum Schlossaufbau und zu seinem Entwurf „Kleiner Stern“.<sup>1975</sup> Ein Skandal sei es, dass der Palast als städtebaulich an falscher Stelle bezeichnet werde; denn die Spreelage sei richtiger, als das Schloss, das auf der länglichen Spreeinsel eine Barriere dargestellt habe. Falsch sei auch, dass das Schloss als populär unter den Berlinern bezeichnet werde. Der Berliner Unwille, die Kämpfe von 1848 und 1918 bewiesen das Gegenteil, wie auch der Volksmund, der den Bau als „Kaserne“ und „Kasten“ bezeichnet habe.<sup>1976</sup> Die Kommission sei trotzdem wichtig gewesen, denn sie habe gezeigt, dass das Schlossprojekt „ein für allemal“ unsinnig sei. Nun seien Kampagnen geplant, die dem Schloss den „Gnadenstoße“ geben würden, zitiert die *JW* Joost.

Am 7. März 2002 tagte die Expertenkommission zum letzten Mal. Zum Anlass dieses Ereignisses traten Mitglieder der Kommission vor die Öffentlichkeit, und diskutierten erneut das Ergebnis ihrer Empfehlung.

Nicht alle Mitglieder seien am Ende zufrieden gewesen, berichtete die *taz*.<sup>1977</sup> Conradi beispielsweise habe den „restaurativen Charakter“ der Pro-Schloss-Empfehlungen und die „Mutlosigkeit“ der Experten für moderne bauliche Lösungen verurteilt. Auch hätten sich die Experten einer öffentlichen Diskussion zum Thema nicht gestellt, sich statt dessen regelrecht an das „Bild des ehemaligen Schlosses geklammert“ und „nicht genehme Gestaltungsvorschläge ausgeschlossen“. Die Arbeit sei angesichts der „Feindseligkeit“ der Kommissionsmehrheit gegenüber zeitgenössischer Architektur nicht leicht gewesen, habe Conradi die Lage geschildert. Das „Vergangenheitssymbol“ Schloss bilde „die politisch und geschichtlich falsche Botschaft“, erklärte Conradi, der sich allerdings mit der Nutzung als „Humboldtforum“ einverstanden gezeigt habe.<sup>1978</sup>

Die *FAZ* berichtete darüber einen Tag später in zwei Beiträgen; in dem ersten<sup>1979</sup> referiert sie die in der Schlossplatzdebatte nur zu bekannten Argumente. Es sei keine nationale Aufgabe, die Stadt zu dekorieren, habe Strieder als erklärter Gegner einer barocken Fassade gesagt. Eine nationale Aufgabe könne der Bau aber haben, wenn er den „Dialog mit den Kulturen“ fördere – und das könne man hinter einer zeitgenössischen Fassade besser bewerkstelligen. Natürlich ließe sich diesen Argument „beliebig drehen und wenden“, bemerkte die *FAZ*, denn einen Dialog könne man auch mit einer barocken Fassaden erreichen. Ein „blühendes Bild von Managern“ habe hingegen v. Boddien entworfen, der ebenfalls auf dem Podium saß: Nach dem Ende einer Tagung im Schloss würden Geschäftsleute auf der „Oranienburger Straße ausflippen“, mit Schuhen im Bett aufwachen und in der Stadt investieren, weil sie

---

<sup>1973</sup> Vgl. ebd.

<sup>1974</sup> Vgl. Stache, Rainer: Stadtschloss: Widerstand gegen Barockfassade wächst. Starke Kritik an Kommissions-Entscheidung. In: *Die Welt*, 08.03.2002, s. S. 29.

<sup>1975</sup> Vgl. Schölzel, Arnold: Carsten Joost. Wiederaufbau des Berliner Schlosses: Was halten Sie von der Empfehlung? In: *JW*, 20.03.2002, s. S. 02.

<sup>1976</sup> Vgl. ebd.

<sup>1977</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Experte rüffelt Schlossfans. Peter Conradi, Präsident der Bundesarchitektenkammer und Mitglied der Schlossplatzkommission, erhebt schwere Vorwürfe gegen die Beschlüsse des Gremiums. „Vergangenheitssymbol ist abwegig“. In: *taz*, 07.03.2002, s. S. 21.

<sup>1978</sup> Vgl. ebd.

<sup>1979</sup> Vgl. Maak, Niklas: Zum letzten Gefecht. Berliner Schloss: Was kommt nach den Empfehlungen? In: *FAZ* Nr. 57, 08.03.2002, s. S. 41.

vorher ein schönes Bankett im Schlüterhof erlebt hätten. Für diese Skizze soll es Buhrufe aus dem Publikum gegeben haben. Für Unmut habe auch eine Presseerklärung des Kommissionsmitglieds Conradi gesorgt, der erneut der Expertenrunde vorgeworfen habe, mit ihrer Empfehlung für das Schloss ein „Zeichen von Kleinmut und Zukunftsangst“<sup>1980</sup> gesetzt zu haben. Bei der anschließenden Skizze der Finanzierung betonte die *FAZ*, wie bereits in anderen Beiträgen auch, es sei zweifelhaft, ob die geplante Aktiengesellschaft ausreichend Geld bringen werde. Auch werde der Bund den Anteil des Landes angesichts der leeren Kassen in Berlin größtenteils übernehmen müssen.

Nach der Abgabe des Abschlussberichts, die für den 17. April 2002 vorgesehen sei, werde „vermutlich“ der Bundestag darüber entscheiden, ob der „Schlossplatz ein Ort von bloß lokaler oder von nationaler Bedeutung ist“.<sup>1981</sup> Nach diesem unklaren Satz wurde die *FAZ* deutlicher: Es mag sein, dass ein Gebäude von 700 Millionen Euro angesichts gekürzter Renten- und Arbeitslosenbeiträge nicht vertretbar sei; aber in Zeiten der Krise müsse gerade das gefördert werden, was den „Zusammenhalt einer Gesellschaft räumlich garantiert“<sup>1982</sup> – und dazu gehöre „sicherlich“ auch ein „symbolhafter Kulturbau“ in der Mitte der Stadt. Was darin stattfinden solle, darüber gebe es keine Zweifel, einzig die Form sei noch zweifelhaft; sie müsse in einem Architektenwettbewerb geklärt werden. Auch die *taz* wiederholte am Tag der Entscheidung ihrerseits die Argumente und Meinungen, die sie bereits einen Tag zuvor mit dem Referat über Conrads „Sondervotum“ berichtet hatte.<sup>1983</sup>

„Man muss, was so oft von den Chronisten rapportiert worden ist, nicht noch einmal wiederholen“, meinte Lehnart in dem zweiten *FAZ*-Beitrag<sup>1984</sup> auf der Titelseite der Berliner Seiten. Die Worte der Debattierenden seien daher auch mit „eigentümlicher Kraftlosigkeit“ einhergekommen. Das Spiegelzelt auf dem Schlossplatz, in dem die Diskussion stattfand, habe geradezu „symbolhaft das Grotteske der Situation“<sup>1985</sup> wiedergespiegelt. Der Abend selbst sei einer „der Verblüffungen, der Volten und Krebsgänge“ gewesen, nicht nur weil Strieder überraschend aufgetaucht sei. Swoboda habe freimütig seine Paulinische Wende vom Schlossgegner zum –freund anerkannt. Flierl habe gar gemeint, der Schlossplatz sei die „historische Staatsmitte“, um, wie die *FAZ* vermutete, den Souverän an der „nationalen Ehre“ zu packen.

Das *ND* schrieb über die gleiche Veranstaltung, sie sei von der Friedrich-Ebert-Stiftung initiiert worden.<sup>1986</sup> Aber wie das angestrebte „Bürgerforum“ auszusehen habe, sei im Verlauf der Diskussion „recht schwammig“ geblieben. Kultursenator Flierl habe daher auch gemeint, über die Nutzung müsse weiter nachgedacht werden.

Die *SZ* meint in Hinblick auf die Veranstaltung, die Kommission habe den „Streit nicht beenden“ können.<sup>1987</sup> „Befreiend lässig“ habe hingegen der Architekt Sattler gemeint, die vorgesehene Nutzung sei so unaufgeregt wie etwa in Wien oder München, viel entscheidender sei daher die Schönheit des geplanten Baus.<sup>1988</sup> Dem habe v. Boddien zugestimmt. Nun könne

---

<sup>1980</sup> Ebd.

<sup>1981</sup> Ebd.

<sup>1982</sup> Ebd.

<sup>1983</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Das Schlossgespenst geht um. Die Geschichte zurechtkneten: In Berlin fordert die Kommission „Historische Mitte“ ein Schloss. Das bringt die Architekten auf die Palme. Das 21. Jahrhundert wird verschoben, Geld ist eh nicht da. In: *taz*, 08.03.2002, s. S. 24, und: Vgl. Abgeschlossen. Schlossplatzkommission beschloss Empfehlung für Schlossbau. Privatuni im Staatsrat ausgeschlossen. In: *taz*, 08.03.2002, s. S. 29.

<sup>1984</sup> Vgl. Lehnart, Ilona: Nur der Schlussstein fehlt. Am Ende der zehnjährigen Debatte um das Berliner Stadtschloss liegt die Entscheidung nun bei der Politik. In: *FAZ* Nr. 57, 08.03.2002, s. S. BS 01.

<sup>1985</sup> Ebd.

<sup>1986</sup> Vgl. Mustroph, Thomas: Weiter Nachdenken über den Schlossplatz. Kultursenator: Im Bundestag über Berliner Mitte diskutieren. In: *ND*, 08.03.2002, s. S. 15.

<sup>1987</sup> Vgl. Bisky, Jens: Wie man Schloss macht. Barocke Fassaden, gemischte Gefühle: Eine Diskussion im offenen Herzen der Republik. In: *SZ* Nr. 57, 08.03.2002, s. S. 13.

<sup>1988</sup> Vgl. ebd.

man sich die Tage weiter mit Plattitüden ausfüllen und die Ansprüche ins Monumentale treiben. „Ein rekonstruiertes Schloss wäre dagegen die bescheidenere und dem Ort immerhin angemessene Geste.“<sup>1989</sup>

Einzig die Fassade entfachte die stärksten Leidenschaften, kommentierte die *Welt* den „neuen fiebrigen Ausbruch der Schlossdebatte“ nach der letzten Sitzung der Experten.<sup>1990</sup> In allen anderen Frage herrsche Konsens, selbst in der in „Formfragen zerstrittenen Schlosskommission“. Die Meinung Strieders, der Neubau müsse „politisch korrekt“ den „Globalisierungsdiskursgedanken“ widerspiegeln, wurde von der *Welt* verspottet: „Wie haben wir uns Strieders ‘Globalisierungsdiskursgedankengebäude’ vorzustellen? Als gewaltigen Glaskasten, der schon von weitem unmissverständlich ‘Dialog’ signalisiert? Als riesige Medienwand mit Flimmerbildern von der Globalisierung? Mit runtergemeterten Rasterfronten aus Stein? Oder diskursiven Fassaden aus gewelltem Titanblech?“<sup>1991</sup> Man solle sich auf den Realisierungswettbewerb freuen und dann „ganz emotional“ das bessere Modell wählen – und das werde eine leichte Entscheidung sein, war sich die *Welt* sicher.

Die *SZ* berichtete über die Chancen der Schloss-Aktie am Kapitalmarkt.<sup>1992</sup> Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapiere (DSW) habe sich zum Thema „zurückhaltend“ geäußert. Die Aktie werde wohl eher einen „ideellen Wert“ haben, habe eine DSW-Sprecherin gesagt. Boddien habe dagegen berichtet, eine erste Werbeaktion habe eine „überwältigende Resonanz“ gebracht.<sup>1993</sup>

Als wollten die Berliner Seiten der *FAZ* selbst den Schlussstein setzen, ehrten sie den Vorsitzenden des Stadtschlossvereins, Wilhelm von Boddien, in ihrer publizistischen Serie „Das Denkmal der Woche“<sup>1994</sup>. Begründet wurde die Ehrung mit der Initiative v. Boddien, das Schloss 1993 wieder sichtbar gemacht zu haben. Eine glückliche Zeit habe man den Palast nicht sehen müssen, „dieses schrottige Zeugnis architektonischen Ausdruckswillens der schrottigen DDR-Moderne“.<sup>1995</sup> Boddien wisse, heißt es weiter in der *FAZ*, was alle wüsten: Kein Architekt der *Welt* könne so etwas Schönes wie das Schloss bauen. „Wir wollen das Schloss! Wir wollen keinen ‘Ort des globalen Kulturdialogs’! Es lebe Wilhelm von Boddien!“<sup>1996</sup>, lässt der Verfasser den solchermaßen geehrten hochleben. Als verträge die Ehrung keinen Zwischenruf veröffentlicht die *FAZ* die Meinung des Berliner Kultursenators Flierl zwar in der gleichen Ausgabe<sup>1997</sup>, aber acht Seiten später. Der Neubau könne die „Dimensionen des Schlosses“ aufnehmen, habe der Sprecher des Senators gesagt. Außerdem solle der Volkskammersaal erhalten werden. Strieder hingegen habe weiterhin für einen Ort des globalen Dialogs in moderner Gestalt plädiert, meldete die *FAZ*.

Wieder war es eine Veranstaltung, die die *FAZ*<sup>1998</sup> im April zum Anlass nahm, Partei für das Schloss zu ergreifen. Der amerikanische Soziologe Richard Sennett habe in die Schlossplatzdebatte eingegriffen, indem er darauf verwiesen habe, dass das Schloss schöner sei. Es gebe keinen Ausweg aus dem „ideologischen Schlachtfeld“ zwischen sozialistischer und aristokratischer Bautradition, so Sennett, daher müsse man sich auf das Terrain der Ästhetik begeben. „Das hört sich auf den ersten Blick naiv an“<sup>1999</sup>, gibt die *FAZ* zu bedenken,

---

<sup>1989</sup> Ebd.

<sup>1990</sup> Vgl. Haubrich, Rainer: Schloss-Emotionen. In: Die *Welt*, 09.03.2002, s. S. 27.

<sup>1991</sup> Ebd.

<sup>1992</sup> Vgl. Schön als Wandschmuck. Die Schloss-Aktie im Test der Wertpapier-Experten. In: *SZ* Nr. 58, 09.03.2002, s. S. 10.

<sup>1993</sup> Vgl. ebd.

<sup>1994</sup> Vgl. Das Denkmal der Woche für: Wilhelm von Boddien. In: *FAZ* Nr. 58, 09.03.2002, s. S. BS 01.

<sup>1995</sup> Ebd.

<sup>1996</sup> Ebd.

<sup>1997</sup> Vgl. Flierl: Nicht Schloss, nicht Palast, was Neues. In: *FAZ* Nr. 58, 09.03.2002, s. S. BS 08.

<sup>1998</sup> Vgl. Illies, Florian: Das Schloss ist schöner. Ästhetik-Vorstoß: Richard Sennett hilft den Experten. In: *FAZ* Nr. 81, 08.04.2002, s. S. BS 01.

<sup>1999</sup> Ebd.

doch in Wahrheit sei man nun wieder an dem Punkt angelangt, wie vor vier Jahren. Gemeint sei damit die Aussage des Bundeskanzlers Schröder 1999, als er gesagt habe, er sei für das Schloss, weil es schöner wäre. Was hätten die Theoretiker damals alle gehöhnt und nach „demokratischem Bauen“ gerufen. Zehn Jahre später sei die Mitte vollgestellt mit „sehr demokratischen, sehr urbanistisch gedachten Gebäuden“<sup>2000</sup>; doch diese Gebäude seien monumentale, kalte Klötzchenarchitektur mit im Windkanal flach geschliffenen Fassaden. Sie seien unschön, lautet das Fazit der *FAZ*. Daher sei es nun ein „[...] besonders schöner Umstand, dass die Schönheit über den Umweg des amerikanischen Stadttheoretikers Richard Sennett in die Debatte zurückgekehrt ist“.<sup>2001</sup> Und das zu einem „wichtigen Zeitpunkt“, wie die *FAZ* meint: „Wenige Tage nämlich, bevor am 17. April die Expertenkommission zum Schlossplatz offiziell die Empfehlung an Bund und Land abgibt“.<sup>2002</sup> Dass Strieder und Flierl sich nicht an die Empfehlung halten wollen, bezeuge ein „merkwürdiges Demokratieverständnis“, bemängelt Illies abschließend und hofft, dass nun auch die „ästhetische Komponente“ in der Debatte ernst genommen werde.

Den Palast könne man nicht einfach abreißen, da das nachdrückende Grundwasser umliegende Bauten gefährden könnte, schrieb das *ND* hoffungsfroh.<sup>2003</sup> Daher prüfe nun Ex-Kultursenatorin Goehler alle Möglichkeiten einer kulturellen Zwischennutzung. Das Bauamt Mitte habe bereits Zustimmung für eine etwaige Nutzung signalisiert. Viele gute Ideen gebe es, um aus „einem Unort ein Mekka“ zu machen.<sup>2004</sup> Eine Bespielung befördere zudem die Diskussion darüber, welche Funktion der Schlossplatz erfüllen solle, meint das *ND*.

Vor der Übergabe des Abschlussberichts berichtete die *Welt* über den „Architektur-Dinosaurier“ Peter Conradi, der die Übergabe demonstrativ boykottieren wolle.<sup>2005</sup> Er habe sich noch immer nicht damit abgefunden, dass die Fassade des Schlosses beschlossen wurde, statt dessen habe er „wütende Polemiken“ gegen das Votum der Kommission veröffentlicht. Dabei seien die Experten keine „anonyme Kungelrunde“ gewesen, sondern von SPD-Politikern ausgesuchte Experten. Es sei daher nicht überraschend, dass das sogenannte „Minderheitenvotum“ von Conradi nicht in den Abschlussbericht aufgenommen worden sei; der Bericht sei kein „Abfallkübel für Conradis Beschimpfungen“, habe Swoboda entschieden.<sup>2006</sup>

Der *Spiegel* schrieb am gleichen Tag, die Expertenkommission sei „heillos zerstritten“ und berichtete auch über den Gegensatz zwischen Swoboda und Conradi.<sup>2007</sup>

Am 17. April 2002 übergab die Expertenkommission ihren Abschlussbericht. Die *taz* meldet den Vorgang kommentarlos.<sup>2008</sup>

Die *FAZ* veröffentlichte zu diesem Anlass am Abgabetag eine ganze Reihe von Beiträgen, die offen für eine Rekonstruktion des Schlosses Partei ergriffen. „Baut das Schloss!“<sup>2009</sup>, lautete ganz unverhohlen die Parole in dem Eröffnungsbeitrag von Illies. Der 17. April werde in die deutschen Geschichtsbücher eingehen als der Tag, an dem entweder eine große Chance verspielt, oder aber als der Tag, an dem ein „architektonischer Rückgriff“ als „mutigste Utopie“ anerkannt worden sei. Nun, da die Entscheidung zwar knapp, aber eindeutig und

---

<sup>2000</sup> Ebd.

<sup>2001</sup> Ebd.

<sup>2002</sup> Ebd.

<sup>2003</sup> Vgl. Mustroph, Tom[!]: Aus einem Unort ein Mekka machen. Kulturideen für den Palast der Republik. In: *ND*, 09.04.2002, s. S. 17.

<sup>2004</sup> Vgl. ebd.

<sup>2005</sup> Vgl. Haubrich, Rainer: Der Architektur-Dinosaurier. Peter Conradi will Entscheidung über Rekonstruktion des Berliner Stadtschlosses boykottieren. In: *Die Welt*, 15.04.2002, s. S. 27.

<sup>2006</sup> Vgl. ebd.

<sup>2007</sup> Vgl. Hauskrach am Schlossplatz. In: *Der Spiegel*, Nr. 16, 15.04.2002, s. S. 19.

<sup>2008</sup> Vgl. Abschlussbericht zum Schlossplatz. In: *taz*, 17.04.2002, s. S. 21.

<sup>2009</sup> Vgl. Illies, Florian: Baut das Schloss! Heute übergibt die Expertenkommission ihren Vorschlag für die Mitte von Berlin: Wenn die Politik nicht Taten folgen lässt, wird eine einmalige Chance verspielt. In: *FAZ* Nr. 89, 17.04.2002, s. S. 45.

nicht als „kraftloser Kompromiss“ gefallen sei, müsse der Bund die Verantwortung für den Schlossplatz übernehmen. Schließlich handele es sich um den „[...] umstrittensten und chancenreichsten Grund und Boden im ganzen Land“.<sup>2010</sup> Die Politik dürfe nun aber auch nicht hinter den Vorschlag der Kommission zurückgehen, warnt die *FAZ*, schließlich sei das Gremium eingesetzt worden, um die Debatte sachlich zu Ende zu führen. Daher sei es falsch, wenn nun Strieder, Flierl und Nida-Rümelin weitere Vorschläge ins Spiel brächten. „Alle drei, die kraft Amtes der Kommission angehörten, wirken seit Bekanntwerden der Empfehlung wie Kinder, die wütend das Spielbrett umwerfen, weil am Ende von ‘Malefiz’ doch die anderen gewonnen haben.“<sup>2011</sup> Beispielhaft sei dagegen Swoboda gewesen, der bekannt habe, dass er im Laufe der Beratungen vom Gegner zum Befürworter des Schlosses geworden sei. Nach einer notwendigen Debatte im Bundestag müsse nun ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben werden. Die Rekonstruktion wäre dann ein „Markstein der Berliner Republik“. Die Ästhetik wäre aus der „Umklammerung der Moral“ befreit, meint Illies und referiert hier noch mal die Argumente Sennetts. Schließlich sei es eben „[...] nicht die Sehnsucht nach einem politischen Symbol, nicht Gegenwartsflucht, die die Befürworter der Rekonstruktion antreibt, sondern die befreiende Chance, Berlins Zentrum durch seinen alten Mittelpunkt wieder ästhetisch zu justieren.“<sup>2012</sup> Darüber hinaus sei das Kopieren immer auch eine „Demutsgeste“ gewesen, erklingt das Contra gegen das Kopieargument; die Forderung nach einem Schloss sei daher nicht die Gigantomanie, die den Schlossfreunden immer unterstellt werde, meint Illies abschließend.

Beschwichtigender, aber nicht weniger parteilich schreibt der ehemalige Kultursenator Stölzl in der gleichen *FAZ*-Ausgabe<sup>2013</sup> über die Schlossplatzdebatte. Zwar hänge die „Endlosdebatte“ jedem schon zum Halse raus, steigt Stölzl in das Thema ein, aber da er, Stölzl, nicht nur Beobachter, sondern seit 1990 auch Mitwirkender in der Entscheidungsfindung gewesen sei, glaube er die Geduld der Leser strapazieren zu dürfen. Stölzl historisierte in seinem Beitrag bereits die Vergangenheit. Im DDR-Volkammerwahlkampf 1990 habe alles begonnen – und als Stölzl zeitgleich „aus purer Lust an der Utopie“<sup>2014</sup> für die Rekonstruktion geworben habe. Damals sei er von der *ZEIT* verhöhnt worden, klagt Stölzl. Trotzdem seien „honorige Leute“ zusammengekommen, „Exzentriker mit Sinn für Spleens“, die für den Wiederaufbau geworben hätten. Besonders die von Boddien initiierte Rekonstruktion auf Zeltbahnen habe der Sache geholfen, denn „die Menschen fanden es schön“. In München, Wien oder Hamburg wäre nun schnell mit dem Neubau begonnen worden, ist sich Stölzl sicher. Nicht so in Berlin, in der Stadt, die unfähig sei, Entscheidungen zu treffen, die sich am Verhindern freue. Und wo stehe man heute? Zwar habe eine internationale Fachkommission empfohlen, die barocke Architektur wieder auferstehen zu lassen, aber Berlin verweigere sich dem Votum, klagt Stölzl. Daher müsse nun der Bund die Entscheidung übernehmen. Wie bereits bei dem Jüdischen Museum führte die Blockadehaltung der Stadt „pfeilgerade in den Bundestag“. Daher gelte nun ebenfalls: „Dem Volkssouverän als Bauherrn eine Gasse!“<sup>2015</sup> Der Beschluss des Parlaments müsse aus dem verwaisten Schlossplatz ein neues Zentrum des Landes, das „Bild einer neuen Gemeinschaft“<sup>2016</sup>, machen.

---

<sup>2010</sup> Ebd.

<sup>2011</sup> Ebd.

<sup>2012</sup> Ebd.

<sup>2013</sup> Vgl. Stölzl, Christoph: Zehn Jahre Debatte? Jetzt bloß nichts überstürzen! Die Berlin-Blockade muss endlich ein Ende haben: Über die Zukunft des Schlossplatzes kann nur der Bundestag entscheiden. In: *FAZ* Nr. 89, 17.04.2002, s. S. 47.

<sup>2014</sup> Ebd.

<sup>2015</sup> Ebd.

<sup>2016</sup> Ebd.

Auf der gleichen Seite und Ausgabe der *FAZ* kommentierte<sup>2017</sup> die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Bundestags, Monika Griefahn, die Pläne der Expertenkommission. Der Text ist ein Beispiel politisch diffuser Sowohl-als-auch Rhetorik. Eine „wichtige Frage“, die aber für sie „nicht entscheidend“ sei, sei die nach der Fassade. Angesichts der Berliner Architektur spreche „sehr viel dafür“, die barocke Fassade wieder aufzubauen. Das Ensemble wäre aber auch dazu geeignet, „Mut zu einer einfallsreichen modernen Architektur zu zeigen“<sup>2018</sup>, windet sich Griefahn um eine klare Aussage.

Noch immer in der Ausgabe vom 17. April 2002 veröffentlichte die *FAZ* in dem Regionalteil Berliner Seiten<sup>2019</sup> ein umfangreiches Gespräch mit dem Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Klaus-Dieter Lehmann. Auf die Frage, was Lehmann von der Empfehlung der Kommission erwarte, drängt dieser auf eine politische Entscheidung bis 2003. Wenn diese nicht komme, werde die Stiftung in die maroden Dahlemer Häuser investieren müssen. Der Schlossplatz als neuer Standort wäre damit verloren – und „die beste Idee, die es hierfür gab, zunichte gemacht“.<sup>2020</sup> Bezüglich der Fassadengestaltung gibt Lehmann freimütig zu, er habe zuerst zu einer zeitgenössischen Lösung tendiert, aber im Verlauf der Debatte habe er seine Meinung geändert. Einmal aus städtebaulichen Gründen in Mitte, zum Zweiten aus ästhetischen Gründen. Das Argument, man könne die außereuropäische Sammlung nicht hinter Barock zeigen, gelte nicht, denn schließlich verhalte es sich ebenso mit einer Fassade aus Glas und Stahl, erklärt Lehmann seinen Standpunkt.

Auch das *ND* berichtete am Tag der Übergabe des Abschlussberichts über das Ergebnis der Kommission.<sup>2021</sup> Im Wesentlichen referierte es die bereits mehrfach publizierten Standpunkte von Bruno Flierl und Peter Conradi. Am Ende enthüllt die Zeitung ein Detail, dass nach Meinung des *ND* als „höhere Macht“ an der Schlossentscheidung mitgewirkt habe: Im Abschnitt über die Finanzierung könne man lesen, dass eine „deutsche Großbank“ es für möglich halte, Institutionelle Anleger ausschließlich für das Schloss zu gewinnen.<sup>2022</sup> „Mit anderen Worten: Ohne Schloss gibt’s kein Geld.“<sup>2023</sup> Flierl habe das eine „erpresserische Einmischung“ genannt, schreibt das *ND*.

Die *JW* befragte am 17. April Hendrik Neidert, Mitglied der Kampagne „Berliner Unwille“, zur Empfehlung der Kommission.<sup>2024</sup> Neidert wiederholte die Argumente von Joost über den städtebaulich richtigen Platz des Palastes, die unsinnige Finanzierung und zeigte sich sicher, dass die Diskussion weitergehen werde.<sup>2025</sup> Die Kampagne, der er angehöre, setzte sich nicht für eine bestimmte Lösung ein und auch nicht für eine „Tabula rasa“. Noch einmal solle an die Nutzung des Platzes herangegangen werden, damit die Bürger „auf demokratischen Wegen“ entscheiden könnten. In der gleichen Ausgabe kommentierte die *JW* in einer Glosse die „Schlossgespenster“.<sup>2026</sup> Es gebe inzwischen genug Millionäre in der Stadt, genügend Nobelkneipen und Penthouse-Domizile und genügend „Typen mit einem ´von´ im Namen“, die sich in den vergangenen 12 Jahren in der Hauptstadt breitgemacht hätten; für diese „Witzfiguren“ sei die Schlossfrage wichtig, den Bewohnern der „Sozialbauhütten“ sei sie

---

<sup>2017</sup> Vgl. Griefahn, Monika: Ein Wettbewerb ist nötig. In: *FAZ* Nr. 89, 17.04.2002, s. S. 47.

<sup>2018</sup> Ebd.

<sup>2019</sup> Vgl. Die Stadt, das Schloss und die Hoffnung auf bessere Zeiten. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz wartet auf den politischen Befreiungsschlag: Ein Interview mit dem Stiftungspräsidenten Klaus-Dieter Lehmann. In: *FAZ* Nr. 89, 17.04.2002, s. S. BS 1-2.

<sup>2020</sup> Ebd.

<sup>2021</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Ein Schloss – „und nur hierfür“. Die Expertenkommission für die Berliner Mitte übergibt ihre Empfehlungen. In: *ND*, 17.04.2002, s. S. 02.

<sup>2022</sup> Vgl. Ebd.

<sup>2023</sup> Ebd.

<sup>2024</sup> Vgl. Wurzbacher, Ralf: Hendrik Neidert. Stadtschloss-Neubau in Berlin-Mitte empfohlen: Geht die Diskussion weiter? In: *JW*, 17.04.2002, s. S. 02.

<sup>2025</sup> Vgl. ebd.

<sup>2026</sup> Vgl. Ärmel runter. Schlossgespenster. In: *JW*, 17.04.2002, s. S. 16.

egal.<sup>2027</sup> Da bleibe nur noch die Sehnsucht nach den Franzosen mit ihrem Sturm auf die Bastille, zu der man in Deutschland nie fähig sein werde. Einziger Trost: Solange Strieder im Amt sei, werde es kein Schloss geben, meint die *JW*.

Für die *Welt* war der Abgabetermin des Abschlussberichts gleichsam der Startschuss für das Schloss.<sup>2028</sup> In dem Leitartikel beklagte Haubrich, nachdem die Experten ihren „kraftvollen und klugen Bericht“ abgeschlossen hätten, redeten ihn die Auftraggeber aus der Politik klein.<sup>2029</sup> Sie hofften noch immer „rührend naiv“ auf den genialen, zeitgenössischen Entwurf. Dabei sei das Ergebnis moderner Architektur in Berlin „vernichtend“. Was heute geboten würde, sei „Sensations-Architektur“ für den Augenblick, die nicht in Würde altere, sondern einfach verrotte. In Mitte müsse ein anderer Bau hin. „Ein Haus, das alterungsfähig ist, zeitlos, das nicht nur unseren Geist beflügelt, sondern auch unsere Sinne betört. Dieser prächtige, überwältigende Schlussstein kann nur das Stadtschloss sein.“<sup>2030</sup>

In der gleichen Ausgabe veröffentlichte die *Welt* erneut einen Beitrag von Wilhelm von Boddien.<sup>2031</sup> Der Verfasser berichtet darin von drei Vortragsreisen in den USA, die er „auf Einladung der Deutschen Botschaft“ gemacht habe. Die Frage, ob man alte Bauten rekonstruieren dürfe, stelle man sich in Amerika nicht, das sei selbstverständlich, schrieb v. Boddien. Wenig Verständnis habe man aber dafür, dass noch immer keine politische Entscheidung vorläge. Völlig unbegründet seien die Befürchtungen, ein Schloss sei ein Zeichen für einen „Rechtsruck“ in Deutschland.<sup>2032</sup> Neben dem Beitrag veröffentlichte die *Welt* eine Meldung, in der Nida-Rümelin die Entscheidung zur Fassade kritisiert habe.<sup>2033</sup>

Für die *SZ* war der Tag der Abgabe des Kommissionsberichts nicht ein Ende, sondern ein Anfang.<sup>2034</sup> Trotz der Vorschläge werde die Debatte „noch lange“ weitergehen – nicht nur in den Feuilletons sondern auch in der Politik. Die Ankündigung Strieders, die Berliner Landsbibliothek werde aus finanziellen Gründen nicht umziehen, wird von der *SZ* gelobt. So werde ein „Überlaufen“ des Baus verhindert. Im Übrigen müsse sich nicht nur die Kommission, sondern „die Deutschen“ die Nutzung des Baus als „Dialog der Kulturen“ aneignen. „Deshalb muss die Debatte weitergehen. An Machtworten besteht derzeit kein Bedarf.“<sup>2035</sup>

Für eine Fortsetzung der Debatte plädierte zwei Tage später erneut die *SZ*.<sup>2036</sup> Die Meldung des *Spiegel* aufgreifend, die Kommission sei „heillos zerstritten“, meint die *SZ*, man habe ja nichts anderes erwartet. Man müsse erst die Debatte führen, warum naturwissenschaftliche Sammlungen oder Restaurants aussehen müssten wie ein „Schloss“. Fragen müsse man sich auch, warum sich die typischen Fragen nach Form, Funktion und Finanzierung so gut behaupteten – über zehn Jahre lang. Um eine Antwort zu geben, meint die *SZ*, man müsse „sentimental“ werden: „Die Menschen in Berlin, aber auch anderswo in Deutschland, wollen eine Mitte und eine Geschichte, ein Schloss also oder zumindest etwas, das wie die preußische Silhouette all dessen aussieht – oder sie wollen dies nicht.“<sup>2037</sup> Dieser Wunsch – das „zutiefst Irrationale dieser Fassaden-und-Projektions-Debatte“ – sei das eigentlich

---

<sup>2027</sup> Vgl. ebd.

<sup>2028</sup> Vgl. Haubrich, Rainer: Schloss jetzt! In: *Die Welt*, 17.05.2002, s. S. 08.

<sup>2029</sup> Vgl. ebd.

<sup>2030</sup> Ebd.

<sup>2031</sup> Vgl. Boddien, Wilhelm von: Warum könnt ihr euch nicht entscheiden? Auch in den USA wächst die Unterstützung für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses. In: *Die Welt*, 17.04.2002, s. S. 33.

<sup>2032</sup> Vgl. ebd.

<sup>2033</sup> Vgl. Nida-Rümelin kritisiert Empfehlung. In: *Die Welt*, 17.04.2002, s. S. 33.

<sup>2034</sup> Vgl. Raulff, Ulrich: Freistilrungen. Der Schloss-Bericht (1): Griechisch-römisches Durcheinander. In: *SZ* Nr. 89, 17.04.2002, s. S. 15.

<sup>2035</sup> Ebd.

<sup>2036</sup> Vgl. Matzig, Gerhard: Kommission impossible. Der Schloss-Bericht (2): Eine Außenansicht der Debatte. In: *SZ* Nr. 89, 17.04.2002, s. S. 15.

<sup>2037</sup> Ebd.

Bemerkenswerte.<sup>2038</sup> Es sei dies die Ungewissheit, die in Form des Streites hervorbreche. Der Rest gehöre den Fachleuten. Dieser Streit sei überfällig, denn er sei einer um die „Gegenwärtigkeit der Gesellschaft am Ausgang der Moderne“.<sup>2039</sup> „Wobei es kein Wunder ist, dass er sich am prominentesten Schnittpunkt des deutschen Sinnstiftungs-Koordinatensystems entzündet hat: auf dem Berliner Schlossplatz. An einem Ort, an dem sich Vergangenheitslust, Gegenwartsungewissheit und Zukunftsvision irgendwo zwischen der sehnsuchtsleichten Schwerelosigkeit des Vakuums und dem Horror vacui bleierner Ängste begegnen.“<sup>2040</sup> Es sei daher auch eine Zeit der Bilanzen. Die Menschen wollten gegen die dominierende Moderne ein „Schloss“, weil die Architekten keine mehr bauten – im Sinne eines Versprechens, das von einem besseren Leben in der Mitte erzähle, wo man die Ränder nicht fürchten müsse.

Über Proteste gegen die Expertenkommission berichtete die *SZ* tags darauf und erinnerte an „nostalgische Momente“, wenn damit der Berliner Unwille von 1448 beschworen werde.<sup>2041</sup> Das *ND* meldete, nun werde die Politik die Vorgaben prüfen, was ein Jahr dauern werde.<sup>2042</sup> Das Nutzungskonzept sei von allen als Durchbruch gelobt worden, doch über die Fassadengestaltung habe weiterhin Uneinigkeit geherrscht. Derweil habe sich am Nachmittag nur „verhaltener Unwille“ vor dem Palast formiert. Schlossfan v. Boddien meinte, er fühle sich wie im Gelben Trikot der Tour de France, weit an der Spitze, aber mit dem Bewusstsein, dass ein Reifen noch platzen könne.<sup>2043</sup> Die *Welt* meldete, Bauminister Bodewig habe die „exzellente Arbeit“ des Gremiums bei der Annahme des Expertenberichts gelobt.<sup>2044</sup> Noch im gleichen Monat ritt die *FAZ* eine publizistische Attacke<sup>2045</sup> gegen Kulturstaatsminister Nida-Rümelin. Er sei ein „besonders schlechter Verlierer“, heißt es in der Glosse. Bezüglich der Empfehlung verhalte sich der Minister wie eine „beleidigte Leberwurst“ mit einem „merkwürdigen Demokratieverständnis“. Nida-Rümelin hatte erklärt, er halte das knappe Abstimmungsergebnis zugunsten der barocken Fassade für „unglücklich“ und hätte sich einen weiteren Wettbewerb für die Außengestaltung des Baus gewünscht. Das sei „Unsinn“, poltert die *FAZ* und meint, mit der gleichen Logik könne man kritisieren, wenn eine Fußballmannschaft mit nur 2:1 gewinne. Auch so ein Ergebnis sei ja denkbar knapp. Damit der Minister zufrieden sei, schlägt die *FAZ* vor, nachträglich in den Bericht der Kommission folgende Ergänzung aufzunehmen: „Das Schloss darf nur gebaut werden, wenn an ihm folgende Gedenktafel angebracht wird: Dieses Schloss wurde gegen den ausdrücklichen Willen des Herrn Professor Julian Nida-Rümelin errichtet.“<sup>2046</sup>

Die *taz* kommentierte im Zusammenhang mit der Schlossplatzentscheidung, es reiche nicht aus, einfach nur „Nein“ zur barocken Fassade zu sagen.<sup>2047</sup> Wer gegen Schlüter und seine Ideologen antreten wolle, der brauche mehr Argumente. „Etwa jene, die ins öffentliche Bewusstsein rufen, warum moderne Architektur, warum die Demokratie als Bauherr oder die baulichen Ideale unserer Gesellschaft es ebenso wert sind, Epoche zu machen.“<sup>2048</sup> Darüber sei in Berlin in den letzten Jahren nicht geredet worden, das fehle – weil vor Ort hauptsächlich über den Stadtgrundriss, Traufhöhen und natürlich das Barock gestritten worden sei. In einem

---

<sup>2038</sup> Vgl. ebd.

<sup>2039</sup> Vgl. ebd.

<sup>2040</sup> Ebd.

<sup>2041</sup> Vgl. Letzte Ausfahrt Schlossplatz. In: *SZ* Nr. 90, 18.04.2002, s. S. 13.

<sup>2042</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Schlossbau: Jetzt prüft die Politik. In: *ND*, 18.04.2002, s. S. 01.

<sup>2043</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Schlossfreunde mit Gelbem Trikot. Expertenkommission übergibt Abschlussbericht. Fassadendiskussion geht weiter. In: *ND*, 18.04.2002, s. S. 17.

<sup>2044</sup> Vgl. Bericht der Schlosskommission übergeben. In: *Die Welt*, 18.04.2002, s. S. 29.

<sup>2045</sup> Vgl. Nida-Rümelin 0:1. In: *FAZ* Nr. 90, 18.04.2002, s. S. BS 01.

<sup>2046</sup> Ebd.

<sup>2047</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Schlossplatz. Es wird Zeit für Argumente. In: *taz*, 18.04.2002, s. S. 21.

<sup>2048</sup> Ebd.

weiteren Artikel der gleichen Ausgabe stellte die *taz* zum Abschlussbericht fest, die Lage sei weiterhin unklar.<sup>2049</sup>

Derweil stilisierte die *Welt* die Rekonstruktion des Schlosses zu einer „europäischen Tat“.<sup>2050</sup> Denn nicht den Berlinern, Preußen oder Deutschland habe der Bau gehört, sondern er war Ausdruck „europäischen Geistes“. Gemeint war damit der Barock und die politischen Konstellationen, die zu der Idee eines starken Staates geführt hätten. Diese lässt der Verfasser Stürmer Revue passieren und kommt zu dem Schluss, dass das Berliner Schloss immer eine Idee gewesen sei; sie gelte „zu allen Zeiten“ und solange Europa Europa sei. „Kleinbürger-Ressentiment gegen den Fürstenstaat, Waschzwang und kommunistischer Zerstörungswille hatten ihre Chance. Das Ergebnis war tabula rasa. Jetzt schulden die Deutschen sich selbst und ihren Nachbarn eine befreiende Tat“.<sup>2051</sup>

Auch für den Palast könnte zutreffen, dass Totgesagte länger lebten, bemerkte das *ND* und berichtete über Bestrebungen, den Palast-Rohbau übergangsweise zu nutzen.<sup>2052</sup> 35 Angebote gebe es bereits und auch die Bundesvermögensverwaltung als Hausherrin habe sich gegen die Überlegungen nicht gesperrt. Einzig die Kosten für die Verkehrs- und Brandsicherheit und die Anschlüsse mit Wasser und Strom müssten von dem Nutzer übernommen werden. Eine Betreibergesellschaft werde daher ins Auge gefasst.<sup>2053</sup>

Die *JW* bezeichnete das Schloss als Potemkinsches Dorf und kritisiert das Votum der Expertenkommission scharf.<sup>2054</sup> Nachdem nun entschieden sei, dass ein Symbol „preußischen Militarismus´ und Hohenzollernmief“ das „adäquate Signal“ für die Zukunft sei, verschärfe sich der Streit um die Finanzierung. Denn die stattliche Summe von etwa 700 Millionen Euro könnten die „lautstarken Trommler der Schlossaktivisten“ nicht selbst aufbringen. Mit dem Schlossplatz brächte der Staat eine „riesige Summe imaginären Geldes“ in das Projekt, aber das sei den Lobbyisten nicht genug.<sup>2055</sup> Bund und Berlin seien aber praktisch Pleite, die SPD-PDS Regierung in Berlin wisse nicht, wie sie die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens „auch nur annähernd“ aufrechterhalten könne. Sie „wurstelten“ weiter, um den „Großbanken“ die Zinsen zahlen zu können. Dem „völlig irrationalen“ Sparziel des Bundes käme aber eine Beteiligung an einem „Berliner Immobilienabenteuer“ nicht gelegen. Einerseits. Andererseits ginge auch um die Wahlen im Herbst, und darum, welche Gruppierung „[...] die staatliche Schuldenverwaltung übernehmen und die Zinszahlungen an die Banken garantieren darf.“<sup>2056</sup> Angesichts dieser Situation müsse der Staat mit der Beteiligung an dem Potemkinschen Dorf zeigen, dass „alles in Butter“ sei, mutmaßt die *JW*. Was im Detail auf den Schlossplatz gebaut werde, sei aber völlig unwichtig. Derweil signalisiere auch „das Kapital“ so etwas wie „nationale Verantwortung“. Bei garantierten zwei Prozent Dividenden seien 360 Millionen Euro zu haben, sei aus Bankenkreisen gesagt worden. Der Staat müsse dann aber eine Ausfallbürgschaft übernehmen. „Und im Notfall könnte man ja auch Kleinanleger gewinnen. Die sind für jedes potentiell Risikogeschäft – neben dem ohnehin wehrlosen Steuerzahler – die beliebtesten Opfergruppen.“<sup>2057</sup>

---

<sup>2049</sup> Vgl. Lautenschläger, Rolf: Kein Stein weiter zur Schlossfassade. Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ legt ihren Abschlussbericht vor. Die Zukunft des Schlossplatzes bleibt dennoch unklar: Das Gremium empfiehlt die Rekonstruktion des barocken Baus. Bund und Land wollen moderne Architektur. In: *taz*, 18.04.2002, s. S. 06.

<sup>2050</sup> Vgl. Stürmer, Michael: Eine befreiende Tat. Die Rekonstruktion des Berliner Stadtschlosses führt zu den Grundlagen der politischen Zivilisation Europas. In: *Die Welt*, 18.04.2002, s. S. 29.

<sup>2051</sup> Ebd.

<sup>2052</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Gefragter Palast-Rohbau. Zwischennutzung nicht mehr ausgeschlossen. In: *ND*, 20.04.2002, s. S. 15.

<sup>2053</sup> Vgl. ebd.

<sup>2054</sup> Vgl. Fischer, Klaus: Potemkinsches Dorf. Die abgewirtschaftete Hauptstadt Berlin soll sich eine Schlossattrappe für fast 700 Millionen Euro leisten. In: *JW*, 20.04.2002, s. S. 04.

<sup>2055</sup> Vgl. ebd.

<sup>2056</sup> Ebd.

<sup>2057</sup> Ebd.

Ende April berichtete die *taz* über eine PDS-Veranstaltung im Staatsratsgebäude, auf der über die Zukunft des Schlossplatzes debattiert worden war.<sup>2058</sup> Doch statt über die Funktion des zu errichtenden Neubaus zu reden, habe das Publikum – etwa 60, meist ältere Menschen – vor allem deutlich gemacht, dass der Palast nicht abgerissen werden dürfe. Denn dieser sei „Eigentum der DDR-Bürger“ den sie mit „rübergebracht“ hätten.<sup>2059</sup>

Das *ND* schrieb anders über die gleiche Veranstaltung, von der Anzahl und dem Alter der Teilnehmer wird nichts gesagt.<sup>2060</sup> Es zeige sich nun, so das *ND*, dass die Debatte um den Schlossplatz wieder auflebe. Während Pau und Flierl sich über zu enge Vorgaben der Kommission beklagt hätten, habe Dieckmann erklärt, genau das, präzise Nutzungsvorschläge zu erarbeiten, sei die Aufgabe der Kommission gewesen.<sup>2061</sup> Flierl habe außerdem erklärt, eine Zwischennutzung ermögliche ein „gelassenes Abschiednehmen“ vom Palast.

In einem Interview mit der *Welt* wurde Berlins Kultursenator Flierl auch nach der Zukunft des Schlossplatzes gefragt.<sup>2062</sup> Dort lobte er die Arbeit der Kommission und den „gesellschaftlichen Konsens“ bezüglich der Nutzung. „Im Zuge eines Wettbewerbs kann man an das Schloss erinnern, ohne es zu wiederholen.“<sup>2063</sup> Das sei rational und keine Konfrontation zwischen Schloss und Palast, meinte Flierl.

Weniger polemisch, aber erneut gegen Nida-Rümelin richtete sich ein kurzer Kommentar in der *FAZ*<sup>2064</sup> Ende April. Er könne sich einen Neubau mit barocker Fassade „durchaus vorstellen“, habe Nida-Rümelin der *Welt* mitgeteilt, berichtet die *FAZ*. Das sei aber kein „ultimatives Bekenntnis“ zu Schlüter, denn im gleichen Atemzug habe der Kulturstaatsminister für eine Architektenwettbewerb ohne alle Vorgaben plädiert. „Wer einen ‚offenen‘ Wettbewerb fordert, sollte wenigstens offen zugeben, dass er hinter den Beschluss der Expertenkommission zurückgehen möchte“<sup>2065</sup>, meinte daraufhin die *FAZ*. In dem gleichen Beitrag wurde auch die ambivalenten Haltung der Vorsitzenden des Kulturausschusses im Bundestag, Griefahn, moniert. Ihr Widerstand gegen das Schloss äußere sich nicht offen, sondern durch eine „sonderbar abwägende Rabulistik“<sup>2066</sup>. Die *taz* meldete, Griefahn habe gesagt, der Bundestag müsse sich mit dem Thema Schlossplatz beschäftigen.<sup>2067</sup>

Am 3. Mai 2001 stand fest, dass der Bundestag doch schon in der laufenden Legislaturperiode über den Schlossplatz debattieren und entscheiden würde. Die *FAZ* meinte dazu in einem kurzen Beitrag<sup>2068</sup>, nach „derzeitigem Stand“ werde am 16. Mai die Debatte stattfinden. Die inhaltliche Empfehlung sei allerdings „unstrittig“. Ein „wesentlicher Punkt“ werde aber die Frage sein, ob ein auszuschreibender Architektenwettbewerb auch moderne Lösungen für die Fassade zulassen werde.

---

<sup>2058</sup> Vgl. Rosenkranz, Jan: „Den haben wir mit rübergebracht“. Im Staatsratsgebäude sollte es zur löblichen Abwechslung um den Inhalt und nicht um die Form des neuen Schlosses gehen. Das Problem: Es war eine Veranstaltung mit vielen älteren Gästen, die an den Palast der Republik noch gute Erinnerung haben. In: *taz*, 24.04.2002, s. S. 24.

<sup>2059</sup> Vgl. ebd.

<sup>2060</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Langes Abschiednehmen vom Palast. PDS lud zur Diskussion: Jetzt alles klar am Schlossplatz? In: *ND*, 24.04.2002, s. S. 11.

<sup>2061</sup> Vgl. ebd.

<sup>2062</sup> Vgl. Kirschner, Stefan, Walde, Gabriela: Die eine, alles erlösende Idee gibt's nicht. 100 Tage im Amt – Kultursenator Thomas Flierl über Stärken, Korrekturen und Pflichten des Bundes. In: *Die Welt*, 24.04.2002, s. S. 33.

<sup>2063</sup> Ebd.

<sup>2064</sup> Phantasiekautele. Griefahn und Nida-Rümelin zum Schloss. In: *FAZ* Nr. 99, 29.04.2002, s. S. 43.

<sup>2065</sup> Ebd.

<sup>2066</sup> Ebd.

<sup>2067</sup> Vgl. Schlossplatz in den Bundestag. In: *taz*, 29.04.2002, s. S. 21.

<sup>2068</sup> Vgl. Schlossdebatte. Das Wort hat nun der Bundestag. In: *FAZ* Nr. 103, 04.05.2002, s. S. 41.

Als ganz besonderen Tag feierte die *FAZ* in den Berliner Seiten<sup>2069</sup> den 16. Mai 2002. Der Entscheidungsprozess hin zu der Schlosskubatur mit barocker Fassade wurde kurz angerissen, Strieder, Nida-Rümelin und Flierl erneut als Schlossgegner „enttarnt“ und schließlich wurde festgestellt, dass die neu aufflammende Diskussion zeige, dass sich der Bund „[...] endlich auch öffentlich und vor aller *Welt* zu seiner Verantwortung am Schlossplatz bekennen“<sup>2070</sup> müsse. Es wäre allerdings fatal, wenn nach zwölfjähriger Diskussion alles von vorne beginnen würde. Die Empfehlung der Kommission dürfe nicht „noch einmal zerredet werden“<sup>2071</sup>, beschwört die *FAZ* ihre Leser.

Als fachlichen Einschub rezensierte die *Welt* den Band von Guido Hinterkeuser über das Berliner Schloss<sup>2072</sup> und erklärt es zu einem Standardwerk zu dieser Thematik.<sup>2073</sup> Es zeige den architektonischen „Quantensprung“ in Berlin und angesichts der Detailtreue fühle man sich beim Lesen wie auf einer Baustelle im neuen Berlin, urteilt die Zeitung.

Über Gespräche zwischen Bund und Berlin am 15. Mai 2002, in denen auch die Finanzierung der Bauvorhaben auf dem Schlossplatz thematisiert werden sollen, berichtete die *Welt* vorab.<sup>2074</sup> Wovon habe sich im Vorfeld für einen modernen Bau ausgesprochen; wenn aber ein Investor die historische Fassade bauen wolle, werde man „flexibel“ reagieren, habe er eingeschränkt.

Das *ND* meldete die anstehende Bundestagsdebatte kommentarlos.<sup>2075</sup>

Einen völlig neuen Aspekt bringt die *FAZ* zwei Tage vor der – am 14. Mai 2002 doch noch verschobenen – Bundestagsdebatte in die Diskussion. Nicht die Fassade an sich, sondern die Spreeseite des Neubaus sei die „brennendste offene Frage“<sup>2076</sup>, erklärt Bartetzko. Der verwinkelte Trakt, ein malerischer Komplex der Spätgotik und Renaissance, sei „unwiederholbar“, darin seien sich selbst „fanatische Rekonstruktionsanhänger“ einig. Angesichts dieser vor allem für den Ostteil der Stadt so wichtigen Fassade müsse man sich fragen, was sie der Öffentlichkeit darbieten solle. Bartetzko nennt sie ein „Bindeglied zwischen Ost und West, Gestern und Heute“.<sup>2077</sup> Und dann reiht die *FAZ* Möglichkeiten auf, die man nicht bauen solle. Unmöglich sei ein „nachempfunder Schlüter“, abwegig grelle Kontraste, wie sie Karljosef Schattner in Eichstätt praktiziert habe. Das alles wäre ein ästhetischer Eiserner Vorhang. Falsch sei aber auch eine anklagende Lösung, wie Hans Döllgasts Alte Pinakothek in München. Deutschlands Mitte brauche keine „gebaute Selbstkasteiung“ mehr. Was also wäre die Lösung? Bartetzko nennt als Beispiel den Umbau des 1767 abgebrannten Westteil des Mainzer Doms durch Franz Neumann. Die Auftraggeber wollten keinen Neubau, und doch habe es Neumann geschafft, ein „einst und jetzt“ zu erschaffen. Die Gegenwartsarchitektur sei zur Synthese aus Gestern und Heute imstande ist sich Bartetzko sicher und nennt stellvertretend Ieoh Ming Pei, Norman Foster und Bernhard Winking. Der Bundestag könne nun erreichen, dass aus dem „[...] Fetisch Schloss ein Bau wird, in dem Deutschland seine Geschichte, aber auch seine Gegenwart und seine Zukunftshoffungen manifestiert findet“<sup>2078</sup>. Und zwar mit der vierten Seite.

---

<sup>2069</sup> Vgl. Der 16. Mai. In: *FAZ* Nr. 103, 04.05.2002, s. S. BS 01.

<sup>2070</sup> Ebd.

<sup>2071</sup> Ebd.

<sup>2072</sup> Vgl. Hinterkeuser, a. a. O.

<sup>2073</sup> Vgl. Haubrich, Rainer: Architektonischer Quantensprung. Plötzlich besaß Berlin Baukunst von europäischem Rang: Eine neue Studie über den Umbau des Stadtschlusses durch Andreas Schlüter. In: *Die Welt*, 12.05.2002, s. S. 27.

<sup>2074</sup> Vgl. Schulz, Stefan: Der Palast geht – kommt das Schloss? Senat einigt sich offenbar mit Bund über einen Neubau in Berlins historischem Zentrum. Wovon favorisiert moderne Form. In: *Die Welt*, 13.05.2002, s. S. 35.

<sup>2075</sup> Vgl. Geld vom Bund. In: *ND*, 13.05.2002, s. S. 15.

<sup>2076</sup> Vgl. Bartetzko, Dieter: Die Reifeprüfung. Seite vier entscheidet: Das Berliner Stadtschloss muss wiedererstehen und die Moderne einbeziehen. In: *FAZ* Nr. 110, 14.05.2002, s. S. 47.

<sup>2077</sup> Ebd.

<sup>2078</sup> Ebd.

Von der ästhetischen Ebene springt die *FAZ* anderntags wieder auf die politische. In einem Artikel<sup>2079</sup> beschwört Illies die Akteure, angesichts der überraschend abgesagten Bundestagsdebatte, die für den 16. Mai 2002 vorgesehen war, nicht herumzueiern und die Entscheidung nicht weiter aufzuschieben. Die plötzliche Eigendynamik, die der „quälende Diskussionsprozess“ in den vergangenen Wochen bekommen habe, mache selbst Politikverdrossene zu „schwelgenden Hofdichtern der parlamentarischen Demokratie“<sup>2080</sup>. Der Plan, das Schloss wieder zu rekonstruieren, habe in den letzten Wochen „immer mehr Anhänger“ gefunden, weiß Illies. Daher könne am Erscheinungstag des Beitrags, also am 15. Mai 2002, mit der Stadtreparatur begonnen werden; denn an diesem Tag treffe sich Schröder und Wowereit, um Finanzierungsfragen öffentlicher Bauten in der Hauptstadt zu besprechen. Die Empfehlung der Expertenkommission wollten beide Politiker ernst nehmen, bestätigt Illies. Beunruhigend sei jedoch, dass Wowereit bei der Gestaltung der Fassade Wünsche des Investors berücksichtigt wissen wolle. Das könne ja nicht sein, empört sich Illies, nachdem eine eigens eingesetzte Expertenkommission eine barocke Fassade empfohlen, und sogar der Kanzler laut über die Schönheit eines neuen Schlosses nachgedacht habe. Selbst Nida-Rümelin, einer der prominentesten Schlossgegner, sei inzwischen „nachdenklich“ geworden, freut sich Illies und verweist auf das Interview mit dem Kulturstaatsminister in der gleichen Ausgabe der *FAZ*. Dass die Bundestagsdebatte überraschend abgesagt worden sei, sei, so hofft Illies, „ein Zeichen nochmals gesteigerter Dynamik“<sup>2081</sup>.

Am Tag der Verhandlungen zwischen Bund und Berlin skizzierte die *SZ* den „Landmaschinenhändler Wilhelm von Boddien“<sup>2082</sup>. Wenn das Schloss beschlossen werde, dann seien „20.000 verkaufte Traktoren seit 1936 nichts dagegen“. Boddien, dem „Kaufmann aus der Provinz“, sei gelegen, dass sein Mission seriös überkomme, deshalb betone er, dass 60 Prozent seiner Vereinsmitglieder Akademiker seien, unter ihnen „namhafte Journalisten und Schriftsteller“. Auch in den USA habe er bereits für seine Sache geworben. Zwar habe seine Schlossattrappe „einigen Eindruck“ gemacht, aber sein Nachfolger-Job als Chef der Marketinggesellschaft „Partner für Berlin“ habe nicht überzeugen können. „Boddien sollte Investoren nach Berlin locken und Werbung für die Hauptstadt machen. Er blieb nur von 1994 bis 1996 und galt parteiübergreifend als Fehlbesetzung.“<sup>2083</sup>

In der gleichen Ausgabe drei Seiten später plädiert die *SZ* überraschend für eine Rekonstruktion des Schlosses.<sup>2084</sup> Jens Bisky begründet seinen Vorstoß mit dem „gigantomanischen Unternehmen“, bzw. dem Anspruch, mit einem modernen Entwurf nicht nur Schlüter überbieten, sondern auch der Gegenwart zum Ausdruck verhelfen zu wollen. „Bewusste Zurücknahme“ müsse überwiegen, kein Auftrumpfen der Avantgarde.<sup>2085</sup> Bedenken müsse man auch, dass die Mehrheit der Menschen einen Neubau nicht wollten, man der Architektur als Kunst – anders als bei Büchern oder Bildern – darüber hinaus nicht ausweichen könne. Dass so ein Neu-Schloss nicht authentisch sei, bereitet Bisky keine Kopfzerbrechen: Die meisten Bauten der Linden seien es nicht, wie etwa die Oper von Knobelsdorff.

<sup>2079</sup> Vgl. Illies, Florian: Was wird jetzt mit dem Berliner Schloss? Heute treffen sich Schröder und Wowereit, doch die morgige Bundestagsdebatte ist in vorletzter Minute abgesagt worden. In: *FAZ* Nr. 111, 15.05.2002, s. S. 47.

<sup>2080</sup> Ebd.

<sup>2081</sup> Ebd.

<sup>2082</sup> Vgl. Wo bleiben die Barockfassaden? In: *SZ* Nr. 111, 15.05.2002, s. S. 10.

<sup>2083</sup> Ebd.

<sup>2084</sup> Vgl. Bisky, Jens: Ja zur Schloss-Fassade. Warum allein die „historische Lösung“ richtig ist. In: *SZ* Nr. 111, 15.05.2002, s. S. 13.

<sup>2085</sup> Vgl. ebd.

Die Gegenrede zu Bisky konnte man auf der selben Seite der *SZ* lesen.<sup>2086</sup> Gottfried Knapp referierte dort wie immer seine Thesen von der Unrekonstruierbarkeit des Schlosses, die fehlende Ostseite und den absurden Gegensatz zwischen asiatischen Fischerbooten und barocker Pracht.<sup>2087</sup> Nur eine moderne Lösung, die auf die heterogenen Funktionen reagieren könne, sei daher angemessen.

Das *ND* berichtete über die Gespräche am 15. Mai lediglich, eine Entscheidung zur Bebauung des Schlossplatzes habe es nicht gegeben.<sup>2088</sup> Statt dessen habe man eine neue Kommission beschlossen. Im Mittelpunkt habe die Zusage des Bundes gestanden, die Museumsinsel komplett zu bezahlen.

In dem Gespräch mit der *FAZ*<sup>2089</sup> betonte Nida-Rümelin vor allem die Notwendigkeit, die „Traditionslinie“ des Palastes der Republik fortzuführen, die darin bestanden habe, dass es ein „Volkshaus“ gewesen war. Daher müsse der Neubau eine Art „Agora“ werden. Auf den Hinweis, diese Idee sei bereits zwischen Paul-Löbe-Haus und dem Bundeskanzleramt gescheitert, meint Nida-Rümelin, dort sei das Konzept nicht zu Ende gedacht worden und auch der Ort sei ungeeignet. Unnötig sei es auch, die eher abweisende Form des Schlosses zu öffnen, wie sie Schultes in seinem Entwurf getan habe. Trotz der Empfehlung der Expertenkommission befürworte Nida-Rümelin einen Architektenwettbewerb, der auch moderne Fassaden zulasse. Denn wenn die barocke Fassade „zwingend“ sei, werde sie das auch in Konkurrenz zur Moderne beweisen können. Warum er gegen die barocke Fassade sei, erklärt Nida-Rümelin mit dessen Wirkung: Sie suggeriere dem Besucher, der Bau sei das im Krieg beschädigte Hohenzollernschloss. „Und dann tritt er ein und steht in einem im großen und ganzen modernen Gebäude. Das ist nicht schön. Das ruft die Kritiker auf den Plan, die darin eine Art Las Vegas sehen“.<sup>2090</sup> Bis der Palast abgerissen werde, sei er für eine Zwischennutzung, die aber den Abriss nicht „hintertreiben“ solle.

Entnervt veröffentlichte die *FAZ*<sup>2091</sup> am Tag der abgesagten Bundestagsdebatte ein Gespräch mit Nida-Rümelin, in dem dieser eine neue Kommission für den Schlossplatz ankündigte. Eine neue Kommission sei doch „absurd“, meint Illies. Man brauche jetzt „Konkretisierungen“, die von einer Arbeitsgruppe Bund/Berlin erarbeitet werde, sonst werde das Projekt zum Abenteuer, verteidigt Nida-Rümelin seine Entscheidung. Wie könne verhindert werden, dass die neue Kommission nicht zu einer „unendlichen Geschichte“ werde und wann werde man „im Reichstag“ über das Schloss sprechen, fragt die *FAZ*. Weitere Verzögerungen könne man sich auf „diesem zentralen Platz“ nicht leisten und die Debatte solle noch vor der Sommerpause stattfinden, beschwichtigt Nida-Rümelin die *FAZ*-Leser. Auch die *taz* berichtete über die angekündigte Kommission zum Schlossplatz.<sup>2092</sup>

Die *taz* meinte am gleichen Tag mit kaum unterdrückter Schadenfreude, das Schloss werde „nie gebaut“.<sup>2093</sup> Zwar seien die Schlossgegner abgetaucht und versteckten sich hinter verklausulierten Formulierungen, doch entscheidend sei, dass niemand das Geld für den Bau

---

<sup>2086</sup> Vgl. Knapp, Gottfried: Nein zur Schloss-Fassade. Warum allein die „moderne Lösung“ richtig ist. In: *SZ* Nr. 111, 15.05.2002, s. S. 13.

<sup>2087</sup> Vgl. ebd.

<sup>2088</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Bund bezahlt komplett Berliner Museumsinsel. Doch weitere Finanzhilfen für die Hauptstadt gibt es vorerst nicht. In: *ND*, 16.05.2002, s. S. 01.

<sup>2089</sup> Vgl. Ein Gespräch mit Julian Nida-Rümelin. Berlins Schloss muss ein Volkshaus werden. Der Bundeskulturbeauftragte erläutert seine Vorstellungen zu Rekonstruktion und Nutzung. In: *FAZ* Nr. 111, 15.05.2002, s. S. 47.

<sup>2090</sup> Ebd.

<sup>2091</sup> Vgl. Bund übernimmt Museumsinsel. Neue Kommission für das Schloss. Julian Nida-Rümelin über die gestrigen Beschlüsse zu Berlins Mitte. In: *FAZ* Nr. 112, 16.05.2002, s. S. BS 02.

<sup>2092</sup> Vgl. Bund zahlt die Insel. Gemeinsame Kabinettsitzung: Neue Schloss-Kommission soll Nutzungs- und Finanzierungskonzept erarbeiten. In: *taz*, 16.05.2002, s. S. 21.

<sup>2093</sup> Vgl. Rada, Uwe: *taz* weiß es besser. Das Schloss wird nicht gebaut! In: *taz*, 16.05.2002, s. S. 21.

geben wolle. „Und falls irgendein Verrückter sein Privatvermögen zusammenkratzt, setzen wir eben wieder eine Kommission ein und reden nochmals über das Nutzungskonzept.“<sup>2094</sup>

Nachdenkliche Töne schlug dagegen die *Welt* in einem Artikel über die Pläne für den Schlossplatz an.<sup>2095</sup> Nach einer kurzen Zusammenfassung der Schloss-Geschichte meinte Eckhard Fuhr, wo so viel Erinnerungs- und Bedeutungsschichten ineinander „verkantet“ seien, sei vieles denkbar und möglich. „Seit die Expertenkommission historische Mitte ihr Votum abgegeben hat, scheint das Wirklichkeit werden zu können, was vor zehn Jahren als exzentrischer Spleen erscheinen mochte: die Wiederherstellung des alten Stadtraumes durch ein Gebäude in den Maßen und Proportionen des Stadtschlusses mit rekonstruierter Barockfassade und teilweise rekonstruierten Innenräumen: eine versöhnliche Annäherung an die Geschichte“.<sup>2096</sup> Dass die Bundestagsdebatte kurzfristig abgesagt wurde, stört Fuhr nicht. Im Gegenteil: Für ihn ist der Meinungsbildungsprozess bei den Abgeordneten noch nicht abgeschlossen. Exemplarisch dafür sei das Eingeständnis Nida-Rümelins, an diesem „spezifischen Ort“ – gemeint ist der Schlossplatz – „nachdenklich“ geworden zu sein. „Nachdenklich wird man deshalb, weil es von vornherein nach Hybris und nach Unbelehrbarkeit aussieht, an diesem Ort nach all den politischen und architektonischen Schandtaten schon wieder ein Zeichen fortgeschrittener Gesinnung setzen zu wollen.“<sup>2097</sup> Deshalb könne man ruhig eine Ästhetik herbeizitiere, die überzeuge, meint Fuhr.

Hätte Schröder Berlin nicht zugesichert, die Kosten für die Museumsinsel komplett übernehmen zu wollen, wäre für Wowereit außer Kommissionen „nichts Zählbares herausgekommen“, berichtete die *SZ* über das Ergebnis der Gespräche.<sup>2098</sup> Anstatt das Schloss schon in der Stadt zu haben sei der Tag zu Ende gegangen wie mit dem „Spruch über die Kirche, die man im Dorf lassen solle“, bemerkt die *SZ* süffisant.

Die Beruhigungs-PR von Nida-Rümelin in den „Berliner Seiten“ gelang offenbar nicht ganz, denn einen Tag später titelte die *FAZ* über den „Stadtschlossberatungs-marathon“<sup>2099</sup>. Noch immer herrsche Unklarheit darüber, warum die Bundestagsdebatte so plötzlich abgesagt worden sei. Die CDU/CSU hatte einen Antrag eingereicht, wonach die Abgeordneten der Empfehlung der Expertenkommission im Grundsatz zustimmen sollten. Die SPD habe darum gebeten, den Antrag zurückzuziehen, da Bund und Berlin einen Tag früher bereits die Empfehlung debattiert hatten. Das Ergebnis sei dann eine neue Kommission – eine „Arbeitsgruppe“ – geworden. Daher entstehe bei den Befürwortern der barocken Fassade der „Eindruck einer Verzögerungstaktik“<sup>2100</sup>. Es entstehe der Eindruck, das Thema verschleppen zu wollen, habe Norbert Lammert, kulturpolitischer Sprecher der CDU/CSU im Bundestag, der *FAZ* gesagt.

Stimmen, die Unverständnis über eine weitere Kommission äußerten, veröffentlichte auch die *Welt* und zitierte dabei aus dem *FAZ*-Interview mit Nida-Rümelin.<sup>2101</sup> Über Verärgerungen bei den Schlossbefürwortern berichtete auch das *ND*.<sup>2102</sup> Boddien habe von einer „schallenden Ohrfeige“ für die alte Kommission gesprochen, während Swoboda selbst „Verständnis“ für die neue Arbeitsgruppe gezeigt habe. Die heikelsten Fragen würde nach den

---

<sup>2094</sup> Ebd.

<sup>2095</sup> Vgl. Fuhr, Eckhard: Versöhnliche Annäherung. Eine Wunde schließen: Die Schlossplatz-Debatte tritt in ihre entscheidende Phase. In: *Die Welt*, 16.05.2002, S. 27.

<sup>2096</sup> Ebd.

<sup>2097</sup> Ebd.

<sup>2098</sup> Vgl. Jauer, Marcus: Das Zentralkomitee tagt. Schröder und Wowereit wollen Kommissionen zum Schloss und zur Hauptstadt. In: *SZ* Nr. 112, 16.05.2002, S. 11.

<sup>2099</sup> Arbeitsgruppe Fassade. Der Stadtschlossberatungs-marathon. In: *FAZ* Nr. 113, 17.05.2002, S. 43.

<sup>2100</sup> Ebd.

<sup>2101</sup> Vgl. Kirschner, Stefan: Stadtschloss im Dornröschenschlaf? Eine neue Kommission soll die Möglichkeiten eines Wiederaufbaus prüfen – noch eine. In: *Die Welt*, 17.05.2002, S. 27.

<sup>2102</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Stadtschloss im Eignungstest. Von Boddien verärgert über neue Kommission. Schnelle Ergebnisse versprochen. In: *ND*, 17.05.2002, S. 17.

Wahlen entschieden werden, habe er dem *ND* erklärt. Als Niederlage für die Schlossfreunde unter den Bundestagsabgeordneten könne man die Verschiebung der geplanten Debatte werten, schreibt das *ND* über die Information eines „Insiders“.<sup>2103</sup>

Die *ZEIT* konterte mit einer ironischen Glosse auf die unendliche Schlossdebatte.<sup>2104</sup> Demnach solle in Echtzeit die authentische Baugeschichte des Schlosses nachgestellt werden, bis 2509 schließlich die kriegsversehrten Reste des Baus auf Befehl des „intergalaktischen Rates unter Leitung von Captain Walter U. Bright“ gesprengt würden.<sup>2105</sup> „In einem stilistisch der jeweiligen Bauphase angeglichenen Container wird über all die Jahre, Jahrhunderte hin eine Expertenkommission tagen. Der Eintritt zur Besichtigung der permanenten Selbstreflexion ist frei.“<sup>2106</sup>

Am 6. Juni 2002 fand die verschobene Bundestagsdebatte doch noch statt. Die *FAZ*<sup>2107</sup> berichtete über das Ereignis in den Berliner Seiten und konzentriert sich dabei vor allem auf die Aussagen von Nida-Rümelin. Er schließe nicht aus, dass eine Barockfassade die „überzeugendste Lösung“ sei, zitiert die *FAZ* den Minister. Auch sei er kein Gegner des Barock, vielmehr wolle er den Konflikt „[...] in die Konkurrenz um die beste architektonische Lösung zurückverlagern“<sup>2108</sup>. Dass es sich bei der Schlossplatzdebatte um einen ideologischen Konflikt handelt, will Nida-Rümelin nicht akzeptieren. Es gehe hierbei nicht um die Antwort auf eine „Identitätsfrage“, sondern um die auf ein „städtebauliches Problem“. Daher stellte der Kulturstatsminister klar: „Die dritte deutsche Republik wird sich weder in der Kontinuität der Hohenzollerndynastie restaurativ, noch in der Tradition von ‘Honeckers Lampenladen’ nostalgisch, aber auch nicht angestrengt modernistisch definieren. Die dritte deutsche Republik sucht nicht erst nach ihrer Definition an diesem Ort – ihre kulturelle Substanz wird an diesem Ort weder geschaffen noch zerstört werden.“<sup>2109</sup> Und weil die Abstimmung innerhalb der Expertenkommission für die Barockfassade so knapp ausgefallen sei, legten sich die SPD und die Grünen nicht auf diese Lösung fest. Für die CDU gehe es ebenfalls nicht um die Wiederherstellung von Preußens Glanz und Gloria, sondern um ein „angemessenes Gesicht“ für die Mitte, habe Lammert erklärt. Die Bundes-FDP begrüßte das Votum der Expertenkommission vorbehaltlos, während ihre Organisation vor Ort, die Berliner FDP, gegen einen Umzug der außereuropäischen Sammlungen aus Dahlem nach Mitte sei.

In dem Bericht der *Welt* über die Debatte überwog die Ankündigung, noch im Juli ohne Fraktionszwang eine Abstimmung im Bundestag durchführen zu lassen.<sup>2110</sup> Erstmals würde so über ein Bauprojekt entschieden werden. Nicht zuletzt auch deswegen, um einen Gesichtsverlust des Kanzlers zu vermeiden.<sup>2111</sup> Boddien habe den Vorstoße begrüßt, berichtete die *Welt*.

Zwei Tage später veröffentlichte die *FAZ*<sup>2112</sup> erneut einen Beitrag über die Bundestagsdebatte – diesmal im Feuilleton –, in dem die Position Nida-Rümelins als ein Einknicken beschrieben wurde. Er sei nun auch „auf den Zug der Befürworter eines Wiederaufbaus des Berliner

---

<sup>2103</sup> Vgl. ebd.

<sup>2104</sup> Vgl. Siemes, Christof: Voll echt. Endlich! Die ultimative Lösung für Berlins Schlossplatz. In: *DIE ZEIT* Nr. 22, 23.05.2002, s. S. 37.

<sup>2105</sup> Vgl. ebd.

<sup>2106</sup> Ebd.

<sup>2107</sup> Alternativen sind möglich. Bundestagsdebatte über historische Mitte. Nida-Rümelin: Vielleicht ist Barockfassade überzeugend. In: *FAZ* Nr. 129, 07.06.2002, s. S. BS 02.

<sup>2108</sup> Ebd.

<sup>2109</sup> Ebd.

<sup>2110</sup> Vgl. Lutz, Martin: Entscheidung über Schloss ohne Fraktionszwang. Bundestag gibt Anfang Juli sein Votum zu Berlins historischer Mitte ab. In: *Die Welt*, 07.06.2002, s. S. 12.

<sup>2111</sup> Vgl. ebd.

<sup>2112</sup> Kern, Ingolf: Auf den Zug. Nida-Rümelin will vielleicht doch die Schlossbarockfassade. In: *FAZ* Nr. 130, 08.06.2002, s. S. 47.

Stadtschlusses“<sup>2113</sup> aufgesprungen, schreibt Kern und wiederholt die Zitate und Aussagen, die bereits zwei Tage zuvor auf den Berliner Seiten veröffentlicht worden waren. Die *FAZ* vermutet nach der Debatte, die im übrigen vor einem halb leeren Plenum stattgefunden hatte, dass ein Neubau, der sich an der „Stereometrie des Hohenzollernschlusses orientiert“<sup>2114</sup>, nicht mehr so fern sei. Ob Nida-Rümelins neue Position bei Rot-Grün eine Mehrheit haben werde, werde man mit Interesse beobachten können.

Für die *SZ*, die ebenfalls über die Debatte im Bundestag berichtete, lautete eine wichtige Frage, in welcher Form man sich von dem Palast verabschieden könne, ohne Ulbrichts Barbarei zu gleichen.<sup>2115</sup> „Wie reißt man ab, ohne schäbig zu triumphieren? Darüber wäre im Parlament noch zu sprechen“.<sup>2116</sup>

In einer kleinen Meldung veröffentlichte die *FAZ*<sup>2117</sup> die Meinung des CDU-Politikers Lehmann-Brauns, der einen Architektenwettbewerb für überflüssig halte. In der Debatte sattle man „immer noch eins drauf, um die Fassade zu verhindern“<sup>2118</sup>, habe der Politiker gesagt.

Unter der Überschrift „Das Schloss kommt“ berichtete der *Spiegel* kurz über die anstehende Abstimmung im Bundestag.<sup>2119</sup> Boddien, der 1993 eine „spektakuläre Attrappe“ installiert habe, gehe davon aus, dass eine Mehrheit für eine Rekonstruktion sei.<sup>2120</sup>

Auf der Titelseite der Berliner Seiten schrieb die *FAZ*<sup>2121</sup> eine Woche vor der entscheidenden Abstimmung im Bundestag eine Art Abgesang auf den Palast der Republik. Sie berichtete über das Innere des praktisch entkernten Palasts. Die riesigen Räume unter den freien Stahlträgern seien geheimnisvoll, berichteten die „wenigen Auserwählten“, die in das streng abgeschirmte Gebäude treten durften. Die Berliner Kunstszenen stehe daher Schlange, jeder wolle der erste sein, der sein Projekt an dieser Stelle präsentiere. Doch die für den Bau zuständige Behörde, das Bundesbauministerium, verstecke ihre Abneigung gegen eine Zwischennutzung des Baus hinter „überhöhten Sicherheitsvorschriften und utopischen Betriebskostenrechnungen“.<sup>2122</sup> Der Grund für diese Haltung meint die *FAZ* zu wissen: „Zu tief sitzt die Angst, dass sich das Gebäude noch einmal revitalisieren könnte“.<sup>2123</sup> Die *FAZ* weiß auch, dass es den Künstlern nicht um den Erhalt, sondern um eine „Sterbebegleitung“ gehe und empfiehlt, den Palast zu öffnen. Jeder Tod brauche sein Ritual.

Derweil sah das *ND* den Bundestag „auf Schloss getrimmt“.<sup>2124</sup> Inzwischen lägen zwei Varianten zur Abstimmung vor: Einmal die Variante-A, bei der auch die Fassade in einem Wettbewerb entschieden werden sollte, und eine Variante-B mit barocken Fassaden. Vor zwei Wochen hätten SPD und Grüne eine Variante-B noch nicht vorgesehen, bemerkt das *ND* und meint, Thierse und Vollmer hätten in ihren Fraktionen soweit gewirkt, dass dieser Kompromiss gefunden worden sei. „Den Schlosskulissen dürfte damit eine Mehrheit im Parlament so gut wie sicher sein.“<sup>2125</sup> Ganz anders sei die Lage aber in Berlin, wo eine Mehrheit der Abgeordneten für einen freien Wettbewerb seien. Nun drohe eine Patt-Situation, meint das *ND* in Verkennung der Eigentumslage. Denn da der Palast und der Schlossplatz dem Bund gehörten, hätte das Land Berlin formaljuristisch gar keinen Einfluss auf die

---

<sup>2113</sup> Ebd.

<sup>2114</sup> Ebd.

<sup>2115</sup> Vgl. Bisky, Jens: Nun aber rasch. Die Debatte über den Berliner Schlossplatz hat den Bundestag erreicht, aber dort noch kein Ergebnis erzielt. In: *SZ* Nr. 130, 08.06.2002, s. S. 15.

<sup>2116</sup> Ebd.

<sup>2117</sup> Vgl. Kleine Meldungen. In: *FAZ* Nr. 136, 15.06.2002, s. S. BS 05.

<sup>2118</sup> Ebd.

<sup>2119</sup> Vgl. Das Schloss kommt. In: Der *Spiegel*, Nr. 26, 24.06.2002, s. S. 17.

<sup>2120</sup> Vgl. ebd.

<sup>2121</sup> Die nackte Macht. In: *FAZ* Nr. 145, 26.06.2002, s. S. BS 01.

<sup>2122</sup> Ebd.

<sup>2123</sup> Ebd.

<sup>2124</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Bundestag wird auf Schloss getrimmt. Patt-Situation droht: Berliner Abgeordnete wollen Architekten entscheiden lassen. In: *ND*, 26.06.2002, s. S. 11.

<sup>2125</sup> Ebd.

Gestaltung der Liegenschaft. Tatsächlich gibt das *ND* zu, dass derjenige entscheiden werde, der das Geld gebe – also der Bund. Berlin sei zwar arm, aber stolz und werde daher in gleicher Augenhöhe mit dem Bund verhandeln, beschreibt das *ND* eine Reaktion einer PDS-Politikerin auf diese Situation.<sup>2126</sup>

Ende Juni verglich die *ZEIT* die Schlossplatzdebatte mit der Frage, ob der Reichstag eine moderne oder eine alte Kuppel bekommen solle.<sup>2127</sup> Damals habe das Parlament für eine moderne Kuppel gestimmt und so den Bundestag zum populärsten Parlament der *Welt* gemacht. Die Frage über den Baustil sei eben nicht nur eine Geschmacksfrage, auch das Selbstverständnis der Republik werde verhandelt. „Und durch die Abstimmung im Bundestag gerät die Stadtschloss- endgültig zur Staatsschlossdebatte.“<sup>2128</sup> Den Freunden des Schlosses gehe es um eine „Geschichte ohne Erinnerung“, sie wollten keine „unbequemen Denkmäler“. „Sie wollen Denkmäler als Wohlfühlkulissee der Gegenwart. Und so würden barocke Schlossfassaden, wenn man sie denn neu errichtete, Zeugnis vor allem von einem ablegen: von der geistigen Armut der Gegenwart.“<sup>2129</sup> Anders habe es ein Ausländer ausgedrückt: „Eine ‚grimmige Fadheit‘ liege über dieser Republik, meinte jüngst der amerikanische Journalist Joe Klein. Sollte sich das Parlament für eine Vorherrschaft des Schlosses entscheiden, würde sie noch grimmiger, noch fader.“<sup>2130</sup>

In einer kleinen Meldung berichtete die *FAZ*<sup>2131</sup>, Edzard Reuter, der Sohn des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters Ernst Reuter, habe gemeint, es sei „allerhöchste Zeit, sich auf die Rekonstruktion des Stadtschlosses in seiner historischen Fassade festzulegen“.<sup>2132</sup>

Das *ND* appellierte hingegen mit einem Aufruf „deutscher Architekten“ an die „Ideenfreiheit“ am Schlossplatz.<sup>2133</sup> Im weiteren referiert die Zeitung die Meinung des PDS-Bundestagsabgeordneten Heinrich Fink, der vor einem „Eilzugtempo zum Schloss“ gewarnt habe. Thierse sei darüber hinaus von der Bürgerinitiative Pro Palast und vom Sprecherrat der ehemaligen Palast-Mitarbeiter in einem Brief vorgeworfen worden, sein Amt „politisch motiviert“ missbraucht zu haben.<sup>2134</sup> „Unter Missachtung der politischen Neutralität seines Amtes habe er den Schlossappell des Schlossvereins unterschrieben und damit ‚bewusst die langjährigen Palast-Abrissbeschlüsse der CDU‘ zum Maßstab seines politischen Handelns gemacht.“<sup>2135</sup> Als Moderator der Expertenkommission habe er darüber hinaus nichts unternommen, die Arbeit des Gremiums „demokratisch und öffentlich“ zu gestalten. Die einzige öffentliche Anhörung sei eine „Alibiveranstaltung“ gewesen, das Wahlversprechen der SPD gebrochen. Während sich die CDU gesprächsbereit gezeigt habe, hätte Thierse auf entsprechende Gesuche nicht reagiert.<sup>2136</sup>

Ende Juni publizierte die *SZ* ein Gespräch mit dem Kunsthistoriker Tilmann Buddensieg, in dem dieser seine Bekehrung zum Schlossbefürworter darstellt.<sup>2137</sup> Er habe resigniert, meint Buddensieg, weil man im Zeitalter „mutloser Nachempfindungen“, des „Lückeschließens“ und der Kopie lebe. Angesichts der zur Abstimmung stehende Varianten wolle er sich daher

---

<sup>2126</sup> Vgl. ebd.

<sup>2127</sup> Vgl. Rauterberg, Hanno: Wie barock ist Deutschland? Das Stadtschloss im Bundestag. In: *DIE ZEIT* Nr. 27, 27.06.2002, s. S. 37.

<sup>2128</sup> Ebd.

<sup>2129</sup> Ebd.

<sup>2130</sup> Ebd.

<sup>2131</sup> Kleine Meldungen. In: *FAZ* Nr. 147, 28.06.2002, s. S. 48.

<sup>2132</sup> Ebd.

<sup>2133</sup> Vgl. Kammer, Bernd: Schlossplatz: „Geben Sie Ideenfreiheit“. Architekten appellieren an Bundestag. Palastinitiative an Thierse. In: *ND*, 28.06.2002, s. S. 15.

<sup>2134</sup> Vgl. ebd.

<sup>2135</sup> Ebd.

<sup>2136</sup> Vgl. ebd.

<sup>2137</sup> Vgl. Raulff, Ulrich: Einem Zeitstil kann man sich nicht widersetzen. Warum ich nicht länger ein Gegner der Rekonstruktion des Berliner Stadtschlosses bin. Ein Gespräch mit Tilman Buddensieg. In: *SZ* Nr. 148, 29.06.2002, s. S. 15.

für die „härtere“ Variante einsetzen. Viel habe Buddensieg über den Schlossplatz nachgedacht. Dass die besten Kenner des Schlosse, Hinterkeuser und Peschken, für einen Nachbau seien, habe ihn nachdenklich gemacht. Infofern sei er tatsächlich ein Opportunist – einer für die bessere Lösung.<sup>2138</sup>

Am ersten Juli veröffentlichte die *Welt* einen Beitrag des Berliner CDU-Politikers Volker Hassemer, der sich als Stadtentwicklungssenator zunächst ablehnend gegen eine neues Schloss geäußert hatte.<sup>2139</sup> Die Überlegung, an diesen „hochpolitischen Ort“ nicht ein politisches Organ unterzubringen, sondern ein Museum, sei nicht ausreichend. Um eine Bedeutung zu erlangen, wie ihn der „Sitz der Könige“ hatte, müsse dort ein „Haus der Kulturen“ entstehen. Nicht nur ihre Exponate sollten dort museal ausgestellt werden, sie selbst, Japaner, Amerikaner, Afrikaner, sollten dort ihre Zentren ihrer Kulturen haben.<sup>2140</sup>

Einen Tag später berichtet die *Welt* über die zur Abstimmung stehenden Anträge und über die Forderung v. Boddien nach der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten für die mit dem Wiederaufbau des Schlosse zu beauftragende Stiftung.<sup>2141</sup> Eine solche wolle er nämlich gleich nach der Abstimmung gründen, habe v. Boddien der *Welt* gesagt. Der als „intellektueller Anführer“ der Schlossgegner bezeichnete Historiker Tilmann Buddensieg habe gemeint, das Schloss werde die Aura der Stadtmitte anheben. Damit habe er seine Position revidiert, schlussfolgert die *Welt*.

Einen Tag vor der Abstimmung im Bundestag veröffentlichte die *FAZ*<sup>2142</sup> ausführlich, wie der Schlossbau glücken könne, bzw. die zur Abstimmung stehenden Varianten zu verstehen seien. An der Wiederauferstehung des Berliner Stadtschlosse führe kein Weg vorbei, begann Bartetzko seinen Beitrag. Unbestreitbar sei jedoch auch, dass das künftige Schloss mit dem historischen wenig zu tun haben werde. Denn Rekonstruktion bedeute Interpretation des Gewesenen. Bartetzko bedauert, dass in der öffentlichen Meinung immer nur die extremen Varianten debattiert wurden, eine Totalrekonstruktion oder ein kompletter Neubau. Beide Positionen seien töricht und blind. Falsch sei es auch, wenn das alte Schloss als besonders schön oder als geschichtlich besonders bedeutsam verherrlicht werde – beides stimme nicht. Die Chance des neuen Schlosse bestehe darin, dass es „[...] jenes Symbol der Selbstfindung werde, das endlich die Klüfte schließt, die sich nach 1945 zwischen unserer Vergangenheit und Gegenwart und unserem Volk aufgetan hatten“.<sup>2143</sup> Von dem Architekten wird es abhängen, ob die Republik in der Vielschichtigkeit des Baus nicht nur die Vergangenheit, sondern vor allem sich und ihre Gegenwart erkennen werde. Dass es solche Architekten gebe, glaubt Bartetzko zu wissen und nennt Kollhoff, Schultes, Chipperfield und Pei.

Es gebe am Vortag der Entscheidung keinen öffentlichen Protest gegen die drohende Schlossrekonstruktion, bedauerte die *taz*.<sup>2144</sup> Bisher sei der Trumpf der Schlossgegner die unsichere Finanzierung gewesen; inzwischen hätte jedoch die Deutsche Bank und die Allianz-Stiftung signalisiert, sich der Finanzierung beteiligen zu wollen – wenn die barocke Fassade gebaut werde.<sup>2145</sup> Angesichts dieser Vorzeichen gingen die Schlossbefürworter „mit Zuversicht in die Debatte“.

---

<sup>2138</sup> Vgl. ebd.

<sup>2139</sup> Vgl. Hassemer, Volker: „Haus der Weltkulturen“ auf dem wichtigsten Platz Deutschlands. In: *Die Welt*, 01.07.2002, s. S. 33.

<sup>2140</sup> Vgl. ebd.

<sup>2141</sup> Vgl. Lutz, Martin: Förderverein will Johannes Rau als Schirmherr für Berliner Schloss. In: *Die Welt*, 02.07.2002, s. S. 02.

<sup>2142</sup> Bartetzko, Dieter: Wer A sagt. Vor der Abstimmung: Wie der Berliner Schlossbau glücken kann. In: *FAZ* Nr. 151, 03.07.2002, s. S. 37.

<sup>2143</sup> Ebd.

<sup>2144</sup> Vgl. Rada, Uwe: Die Schlossbefürworter gehen mit Zuversicht in die Debatte. In: *taz*, 03.07.2002, s. S. 06.

<sup>2145</sup> Vgl. ebd.

Die *FAZ* veröffentlichte am Tag der Bundestagsabstimmung ein Portrait<sup>2146</sup> über den Vorsitzenden des Fördervereins Berliner Schloss, Wilhelm von Boddien. Wefing versucht in seinem Beitrag den Motiven und Methoden Boddien auf die Spur zu kommen. Boddien verbinde Noblesse und Eloquenz, seine Polemik klinge nicht nach Gosse, sein Charme sei panzerbrechend. Ihn einen „Ästhet oder Geschichtsrevisionisten zu nennen, wäre zu simpel“.<sup>2147</sup> In seinen Äußerungen klinge eine „Sehnsucht nach Mitte“, die über das Urbanistische hinausgehe. „Boddien scheint im künftigen Stadtschloss die Stammzelle einer Berliner Gesellschaft zu sehen, den Ort, wo Berlin sich und seiner Geschichte begegnet und – in tausenderlei Bällen, Essen Vorträgen, Ausstellungen – jener soziologische Kern sich erneuert, der seit der Vertreibung und Ermordung der Juden und Intellektuellen, seit dem Fortzug der ökonomischen Eliten fehlt.“<sup>2148</sup> Der „norddeutsche Herr“ habe die Umkehr der öffentlichen Meinung zwar nicht selbst bewirkt, sei aber stets das Zentrum der Bewegung gewesen. Gefehlt habe ihm das Feuer der Eifernden und auch, dass ihm der Wiederaufbau nicht Mittel für eigene politische Ambitionen in Berlin war. Die *FAZ* schlägt daher vor, dass wenn in Jahren oder Jahrzehnten das Schloss wieder stehe, auch v. Boddien ein Denkmal verdient habe, etwa indem man eine Treppe, einen Salon oder ein Portal nach ihm benenne. Die *taz* hingegen ließ erneut die Debatte Revue passieren und stellte fest, sie habe an Symbolik verloren.<sup>2149</sup> Keine Demonstration, keine Kundgebung am Schlossplatz werde es geben am Tag der endgültigen Entscheidung. Mit dem inzwischen besiegelten Ende des Palastes der Republik sei der Debatte ihr ideologischer Kristallisationspunkt abhanden gekommen. „Es lässt sich eben nicht mit großer Geste für eine moderne Architektur an Stelle von Schloss und Palast streiten, die man noch gar nicht kennt.“<sup>2150</sup> Boddien habe mit seiner Attrappe 1993/94 die Bilder der Sehnsucht geliefert, gibt die *taz* zu und meint, die Debatte sei auch ein wichtiges „Selbstgespräch“ der Berliner über ihre Stadt gewesen. Der Alexanderplatz sei noch immer der moderne „People's Place“, der er zu DDR-Zeiten war; der Pariser Platz sei zur exklusiven „guten Stube“ der Stadt geworden und schließlich der Potsdamer Platz mit seiner architektonischen High-Tech-Performance zur neuen Touristenattraktion. Wenn die Abgeordneten des Deutschen Bundestages über die Gestaltung des Schlossplatzes abstimmten, würden sie daher eines damit nicht mehr tun: „[...] eine Entscheidung über einen symbolischen Ort in der Mitte Berlins, ja der gesamten Bundesrepublik treffen.“<sup>2151</sup> Vielmehr gehe es nur noch um die architektonische Zukunft eines „regionalen Ortes“, irgendwo zwischen Alexanderplatz und ehemaligem Außenministerium der DDR.

Am Tag der Abstimmung skizzierte die *SZ* die Schlossplatzdebatte anhand der beiden „Hauptkontrahenten“ Wilhelm von Boddien und Peter Conradi.<sup>2152</sup> Der Verlust des Vertrauten in Ostdeutschland habe den Streit zusätzlich angeheizt und eine Nostalgie des Westens, die sich immer als anti-preußisch verstanden hatte. Um dieser „hegenden Anspruchslosigkeit“ zu entkommen habe sich die „Generation Berlin“ dem Schloss zugewandt. „Ein Weg aus den flauschigen, vorgewärmten Bademänteln führte über die Marke Preußen.“<sup>2153</sup> Ein weiterer Artikel des Abstimmungstages beschäftigte sich in der *SZ* knapp mit der Entstehungsgeschichte des Baus und betonte dabei die Wichtigkeit der

<sup>2146</sup> Vgl. Wefing, Heinrich: Wilhelm von Boddien. Der Schlossherr. In: *FAZ* Nr. 152, 04.07.2002, s. S. 44.

<sup>2147</sup> Ebd.

<sup>2148</sup> Ebd.

<sup>2149</sup> Vgl. Rada, Uwe: „Das Schloss? Weil es schön ist“. Nach zwölf Jahren öffentlicher Debatte entscheidet der Bundestag am morgigen Donnerstag über den Wiederaufbau der barocken Schlossfassade. In: *taz*, 03.07.2002, s. S. 06.

<sup>2150</sup> Ebd.

<sup>2151</sup> Ebd.

<sup>2152</sup> Vgl. Bisky, Jens: Die Marke Preußen. In der Debatte ging es nicht nur um Architektur, sondern auch um die Identität der neuen Berliner Republik. In: *SZ* Nr. 152, 04.07.2002, s. S. 02.

<sup>2153</sup> Ebd.

Schlossattrappe, die das Gebäude wieder ins Bewusstsein geholt habe.<sup>2154</sup> Auf der gleichen Seite schreibt die *SZ* über das zu erwartende Abstimmungsszenario und vermutet eine Mehrheit für die Rekonstruktion.<sup>2155</sup>

In einem vierten Beitrag erklärte die *SZ*, dass bei der Abstimmung über die Zukunft der Architektur verhandelt werde.<sup>2156</sup> Denn die Finanzierung solle ja nicht geklärt werden und auch um das Reichstagsgebäude gehe es nicht. „Der Bundestag entscheidet also nicht in ‚eigener‘ Sache – stattdessen sieht es ganz danach aus, als müsse die Politik ästhetische Kategorien nur deshalb verhandeln, weil die üblichen Entscheidungsprozesse versagt haben.“<sup>2157</sup> Und genau das sei der Fall. Insofern drohe die Debatte im Bundestag zur Fortsetzung des ästhetischen Stammtisch-Diskurses über Architektur, über „Schönheit“, „Identität“ oder gar „Mitte“ zu werden.

Einen Tag nach der Entscheidung berichtete die *FAZ*<sup>2158</sup> knapp über den Ausgang der Bundestagsabstimmung. Beschlossen wurde die Errichtung eines Gebäudes in der Kubatur des Schlosses mit barocken Fassaden an drei Seiten. Die Empfehlung der Expertenkommission sei damit angenommen worden. Ein über zehn Jahre dauernder Streit sei damit zu Ende. Der Fraktionszwang sei aufgehoben worden, das namentliche Abstimmungsverhalten habe man – mit Ausnahme der Abgeordneten der PDS – nicht der Parteizugehörigkeit zuordnen können. Von 589 Abgeordneten hatten 384 für eine barocke Fassade gestimmt. Auch die *taz* berichtete über die Abstimmung, zunächst ohne Kommentar.<sup>2159</sup>

Auch die *SZ* meldete knapp das Abstimmungsergebnis, meinte aber im Gegensatz zur *FAZ*, der Streit um das Schloss sei damit nicht beendet.<sup>2160</sup> In einem Kommentar versucht Johannes Willms zu erklären, wie es zu der überwältigenden Mehrheit für das Schloss kommen konnte.<sup>2161</sup> Es sei weniger um Ästhetik gegangen, sondern vielmehr „[...] um etwas sehr Deutsches, etwas geradezu Kerndeutsches: Es geht ums Gemüt.“<sup>2162</sup> Dort werde Identität geschaffen, durch symbolisch aufgeladene Bauten, meint Willms. Dass der Palast abgeräumt werde, sei „kein Verlust“. Dass aber viele die alte Fassade wiederhaben wollten, stimme „bedenklich“. „Damit dokumentiert man nämlich das in Gemühtiefen behaute Sehnen nach einer Vergangenheit, aus der man gerne stammen möchte, die leider jedoch sehr von jener abweicht, aus der man tatsächlich herkommt.“<sup>2163</sup> Doch Willms bezweifelt auch die Wirksamkeit des nachgebauten Schlosses und vermutet ein ähnliches urbanes Unheil wie vom Potsdamer Platz. In vier weiteren Beiträgen riss die *SZ* Problembereiche an, die auf dem Weg zum „Traumschloss“ weggeräumt werden müssten.<sup>2164</sup>

---

<sup>2154</sup> Vgl. Bisky, Jens: Verlust der Mitte. Provisorium auf dem Schlossplatz. In: *SZ* Nr. 152, 04.07.2002, s. S. 02.

<sup>2155</sup> Vgl. Kowitz, Dorit: Zwischen Barock und Moderne. Im Bundestag zeichnet sich eine Mehrheit für die Rekonstruktion eines Teils der Fassade ab. In: *SZ* Nr. 152, 04.07.2002, s. S. 02.

<sup>2156</sup> Vgl. Matzig, Gerhard: Der Schlosspunkt. Warum im Bundestag heute die Zukunft der Architektur verhandelt wird. In: *SZ* Nr. 152, 04.07.2002, s. S. 13.

<sup>2157</sup> Ebd.

<sup>2158</sup> Ein Schloss mit barocken Fassaden in Berlins Mitte. Bundestag beschließt „Humboldt-Forum“ in historischer Gestalt. Kosten von 770 Millionen Euro. In: *FAZ* Nr. 153, 05.07.2002, s. S. 04.

<sup>2159</sup> Vgl. Ballast für die Republik. Bundestag beschließt Bau der Fassade des Stadtschlosses von König Friedrich I. von Preußen. Dem Palast der Republik des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker droht damit der Abriss. In: *taz*, 05.07.2002, s. S. 01, und: Rada, Uwe: Barocke Schlosstendenzen im Bundestag. Kurz vor der Abstimmung über den Wiederaufbau des Stadtschlosses zeichnete sich eine Mehrheit für die Rekonstruktion der klassischen Fassade ab. Nutzung bleibt offen. Baubeginn frühestens in drei Jahren. In: *taz*, 05.07.2002, s. S. 21.

<sup>2160</sup> Vgl. Bisky, Jens: Bundestag für Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses. „Aus Respekt vor der Meisterschaft der Vorfahren“. Großteil der Barockfassaden und der Schlüterhof sollen rekonstruiert werden. Realisierungswettbewerb geplant. In: *SZ* Nr. 153, 05.07.2002, s. S. 01.

<sup>2161</sup> Vgl. Willms, Johannes: Potemkins Schloss. In: *SZ* Nr. 153, 05.07.2002, s. S. 04.

<sup>2162</sup> Ebd.

<sup>2163</sup> Ebd.

<sup>2164</sup> Vgl. Platz für die Trümmer. Endlich ist die Schloss-Debatte beendet – aber wie geht’s jetzt weiter? Vier Probleme, die auf dem Weg zum Traumschloss weggeräumt werden müssen. In: *SZ* Nr. 153, 05.07.2002, s. S.

In einem weiteren Bericht meinte die *taz* ironisch, der 1714 gestorbene Andreas Schlüter sei zum neuen Bundesbaumeister gewählt worden.<sup>2165</sup> Die Abstimmung sei aber noch nicht der endgültige Startschuss für die Rekonstruktion. Zunächst müsse eine Arbeitsgruppe ab Juli unter Federführung von Kulturstaatsminister Nida-Rümelin die Empfehlungen der Expertenkommission auf ihre Machbarkeit abklopfen. Dazu gehöre die Prüfung des Nutzungskonzepts und die der vorgeschlagenen Finanzierung auf der Grundlage eines Aktienmodells. Danach sei ein Architekturwettbewerb geplant. Mit einem Investor müsse sich die öffentliche Hand schließlich auch noch einigen.<sup>2166</sup>

Die *JW* veröffentlichte am Tag nach der Entscheidung eine Erklärung des PDS-Bundestagsabgeordneten Heinrich Fink, in der die Beschlussfassung des Bundestages aufs Schärfste kritisiert wird.<sup>2167</sup> Wie gut, dass der Tag der Abstimmung nicht am 3. Juli, am Tag der Schlacht von Königgrätz, stattgefunden habe, meint Illies in der *FAZ*<sup>2168</sup> ironisch. Das wäre dann wieder eine „[...] Steilvorlage gewesen für all die wackeren Modernisten, die überall Ideologieverdacht witterten, ohne zu bemerken, dass sie selbst die Modernitätsgläubigkeit zur bequemsten Ideologie der Gegenwart gemacht haben“<sup>2169</sup>. Überhaupt sei feststellbar, dass die Länge der Debatte bei den Parlamentariern zu einer „bemerkenswerten gedanklichen Unabhängigkeit“ geführt habe. Die Abstimmung sei auch ein wichtiger Tag für die deutsche Mentalitätsgeschichte gewesen. Denn „selten wurde der Schlosshass schöner als Selbsthass vorgeführt“.<sup>2170</sup> Ihre Überforderung demonstrierte einmal mehr der rot-rote Senat in Berlin, meint die *FAZ*. Strieder, Flierl, Wowereit – aus der Sicht von Illies „schwadronierten“ sie nur und waren patzige, beleidigte Leberwürste.

Noch im gleichen Artikel berichtete die *FAZ* von einer neuen Kommission, die am 10. Juli 2002 mit ihrer Arbeit beginnen werde. Es seien noch unzählige Frage zu klären bezüglich Finanzierung und Nutzung. In der gleichen *FAZ*-Ausgabe auf Seite eins<sup>2171</sup> wurde bereits über einen sich anbahnenden Streit über die Realisierung des Wiederaufbaus berichtet. Dessen ungeachtet meinte Illies, endlich könne man sich nun „mit ganzer Kraft diesen aufregenden inhaltlichen Fragen widmen“.<sup>2172</sup> Die *taz* veröffentlichte am gleichen Tag kommentarlos alle Namen der „Preußen-Fans“, die sich für die barocke Fassade entschieden hätten.<sup>2173</sup>

Die Schlossfreunde hätten gesiegt, weil sie „Sehnsuchtsbilder“ transportieren konnten, meinte die *SZ* nach der Abstimmung.<sup>2174</sup> Während die Gegner des Schlosses kraftlos und kleinlaut ihre Argumente vorgebracht hätten, habe auf der anderen Seite kein Triumphieren stattgefunden, die Schlossfreund hätten fundamentalistische Töne vermieden. Dem Beitrag

---

12, und: Die Reste. In: *SZ* Nr. 153, 05.07.2002, s. S. 12, Das Geld. In: *SZ* Nr. 153, 05.07.2002, s. S. 12, Der Palast. In: *SZ* Nr. 153, 05.07.2002, s. S. 12.

<sup>2165</sup> Vgl. Rada, Uwe: Schlüter darf noch mal ran. Es ist angerichtet: Bei der Frage Schloss oder Wettbewerb haben die Fans eines barocken Schlossneubaus die Nase vorn. Die Finanzierung ist freilich noch immer nicht geklärt. In: *taz*, 05.07.2002, s. S. 21.

<sup>2166</sup> Vgl. ebd.

<sup>2167</sup> Vgl. Fink, Heinrich: Schlossabstimmung im Bundestag. In: *JW*, 05.07.2002, s. S. 06.

<sup>2168</sup> Vgl. Illies, Florian: Der 4. Juli 2002. Das Ende des deutschen Kults um die Lücke: Was die kluge Entscheidung für das Stadtschloss bedeutet. In: *FAZ* Nr. 154, 06.07.2002, s. S. 37.

<sup>2169</sup> Ebd.

<sup>2170</sup> Ebd.

<sup>2171</sup> Vgl. Streit über Finanzierung des Berliner Stadtschlosses. In: *FAZ* Nr. 154, 06.07.2002, s. S. 01.

<sup>2172</sup> Ebd.

<sup>2173</sup> Vgl. Hier sind sie: die Jasager. Die Entscheidung zur Rekonstruktion der Barockfassade des geplanten Stadtschlosses wurde am Donnerstagabend im Reichstag von Abgeordneten aller Parteien getroffen. Die *taz* outet für Fans die Namen der Freunde echter Preußen-Nostalgie, In: *taz*, 06.07.2002, s. S. 25.

<sup>2174</sup> Vgl. Bisky, Jens: Bilderzauber. Warum die Schlossfreunde gewonnen haben. In: *SZ* Nr. 154, 06.07.2002, s. S. 15.

folgt in der *SZ* eine Sammlung von – überwiegend ablehnenden – Kommentaren von „Entscheidern“ zum Abstimmungsergebnis.<sup>2175</sup>

Später schrieb die *taz* noch über den Streit, der weiter gehe<sup>2176</sup> und über die merkwürdige „doppelböde Normalität“, die unter Rot-Grün Einzug gehalten habe.<sup>2177</sup> Fest stehe: Als Beweis für „linken Wilhelminismus“, als Beschwörung einer wiedergefundenen heilen nationalstaatlichen Kontinuität taue die barocke Fassade gerade nicht. „Wenn nicht alles täuscht, wird dieses Schloss ein eigentümliches, bizarres Stilpuzzle, ein historisches Patchwork mit barockem Außen und dem Volkskammersaal aus dem Palast der Republik innen.“<sup>2178</sup> Dieser Bau – innen Beton, außen Imitat – werde die geschichtspolitischen Befürchtungen der Kritiker so wenig erfüllen wie die Nostalgiewünsche seiner Anhänger. „Disneyland“ hätten ihn seine Kritiker genannt. Das sei jedoch ein unscharfes Argument – denn das Stadtschloss werde weder echt noch wie einem Comic entlehnt wirken, sondern wie etwas dazwischen – eben wie ein Barockgebäude des 21. Jahrhunderts. „Es wird keine historische Rekonstruktion werden, sondern ein Monument der Posthistorie. Dieses Schloss wird, mitten in Berlin, ein unübersehbares Zeichen sein für dumme Sehnsucht nach Unerfüllbarem: nach der ‚neuen Normalität‘ der deutschen Vergangenheit. Das ist die List der (Architektur-) Geschichte.“<sup>2179</sup>

Die Frage nach dem Bau auf den Schlossplatz sei schon von vornherein beantwortet gewesen, meinte die *JW* in einer Nachschau.<sup>2180</sup> Die Expertenkommission hätte schließlich schon alles vorgegeben. Nun sei auch noch die Fassadenfrage von den Abgeordneten gelöst worden. „Kulissenzauber“ sei nun gefragt.<sup>2181</sup> Das Schloss aber stelle ein Symbol „kultureller Anspruchslosigkeit“ dar; der Republik seien die Ideen ausgegangen. Dietmar Kansy, Bundestagsabgeordneter der CDU habe den Kernsatz der Bundestagsdebatte vom 4. Juli 2002 formuliert: Es sei nach 12 Jahren „einfach nichts Besseres herausgekommen“. Trotzdem forderte die *JW* ihre Leser auf, neuen Mut zu fassen und sich auf eine Zwischennutzung der Palast-Ruine einzustellen. So könnte es noch soweit kommen, dass am Ende die Schlosskopierer doch einsähen, dass ein Kaiserschloss nicht nötig sei. „Es wäre nicht das erste Mal, dass die Geschichte dieses Ortes eine unerwartete Wendung nimmt“<sup>2182</sup>.

Die *ZEIT* meinte derweil beschwichtigend, der Wunsch nach einem Schloss sei nicht den Berlinern anzulasten.<sup>2183</sup> In der Stadt herrsche eine unübersehbare Gemengenlage verschiedener Bevölkerungsbiotope. „Nichts in der Stadt gibt eine Lesart unangefochten vor. Und sollte eines Tages auf dem Schlossplatz ein Schloss oder seine disneyhafte Simulation erstehen, wo wird auch nur einer von vielen kahlen Plätzen wieder gefüllt sein, den einen zur Augenlust, den anderen zur Depression. Es wird aber für niemanden in dieser Stadt jene Bedeutung haben, die von den Deutschen draußen im Lande hineinprojiziert wurde. Es ist schön, dass sie mit so viel Eifer für ihre Hauptstadt streiten (es ist ein Zeichen dafür, dass sie von ihnen als solche angenommen wurde). Aber wenn sie nach Gründen für diesen Streit

---

<sup>2175</sup> Vgl. Schloss-Chor. „Mir fehlen die Worte“: Stimmen aus Wissenschaft, Architektur, Kunst, Wirtschaft, Literatur und Politik zur Entscheidung des Bundestags. In: *SZ* Nr. 154, 06.07.2002, s. S. 15.

<sup>2176</sup> Vgl. Schloss-Streit geht noch weiter. In: *taz*, 08.07.2002, s. S. 21.

<sup>2177</sup> Vgl. Reinecke, Stefan: Doppelböde Normalität. Das Berliner Stadtschloss wird rekonstruiert. Mit „linkem Wilhelminismus“ hat die Entscheidung nichts zu tun. Aber sie zeigt die Zweideutigkeit rot-grüner Geschichtspolitik. In: *taz*, 08.07.2002, s. S. 13.

<sup>2178</sup> Ebd.

<sup>2179</sup> Ebd.

<sup>2180</sup> Vgl. Touché, Johannes: Berliner Kulissenzauber. Bundestag beschließt Kaiserschloss-Nachbau: „Es ist einfach nichts Besseres herausgekommen“. In: *JW*, 09.07.2002, s. S. 04.

<sup>2181</sup> Vgl. ebd.

<sup>2182</sup> Ebd.

<sup>2183</sup> Vgl. Jessen, Jens: Berlin hat keinen Plan. Vor der deutschen Hauptstadt versagt jeder Versuch einer Sinngebung. Hier gibt es alles und sein Gegenteil. Auch der Wiederaufbau des Stadtschlusses wird keine neue Mitte stiften. In: *DIE ZEIT* Nr. 29, 11.07.2002, s. S. 33.

suchen, sollten sie nicht mit dem Finger auf Berlin zeigen, sondern auch an die eigene Nase fassen.“<sup>2184</sup>

Nachdem die Expertenkommission Ende 2001 mit knapper Mehrheit für die Errichtung eines Humboldt-Forums mit barocker Fassade an drei Seiten gestimmt hatte, waren die Akteure 2002 intensiv damit beschäftigt, das Ergebnis zu ihren Gunsten zu interpretieren. Schließlich hatte die Kommission ja nur ein Vorschlagsrecht, bindende Entscheidungen waren daher nicht gefallen. Schnell zeigte sich, dass Flierl, Wowereit, Conradi, Strieder und Nida-Rümelin zu einem Anti-Schloss-Quintett avancierten und jeweils auf ihren Ebenen an der Verhinderung einer Schlossrekonstruktion arbeiteten. Einzig Nida-Rümelin äußerte vor der Bundestagsabstimmung Nachdenklichkeit und schloss nicht mehr aus, dass eine barocke Fassade vielleicht die bessere Lösung sein könnte. Ob er aus taktischen Gründen so argumentierte, lässt sich nicht nachprüfen, Vermutungen in diese Richtung wurden von der Presse angestellt.

Angesichts der politischen Querschüsse zeigte sich Swoboda mehrfach ungehalten; er warf den Schlossgegnern vor, die Arbeit der Kommission nicht ernst genommen zu haben. Einwände gegen die Entscheidung verbat er sich und wies darauf hin, dass nun sowieso der Bundestag zu entscheiden habe. Eine erste Debatte über den Neubau auf dem Schlossplatz wurde zu diesem Zweck für den 6. Juni 2002 anberaumt. Die Debatte fand überraschend wenig Beachtung, neue Argumente wurden nicht gehört. Was bis zuletzt ziemlich nebulös blieb, war die Frage, wie man den Bau finanzieren sollte. Boddien brachte erneut seine Aktienoption ins Spiel, mit der er zusätzlich glaubte, demokratische Legitimation für den Bau zu bekommen; Bauherren wären neben dem Staat und institutionellen Anlegern alle Bürger, die sich eine Aktie kaufen würden. Diese Lösung konnte sich nicht durchsetzen, wie auch über andere Finanzierungsmodelle keine Einigkeit herrschte.

Um Zeit zu gewinnen, forderten die Palastfreunde vehement eine Zwischennutzung; doch wie bereits Mitte der 1990er Jahre scheiterten solche Konzepte an den Kosten, die man hätte finanzieren müssen, um die Palastruine für einen allgemeinen Besucherverkehr wieder begehbar zu machen.

In der Presse überwogen die bereits bekannten Einschätzungen, wonach das Schloss die geistige Armut der Gegenwart zeige, ein Symbol der Selbstfindung sei, bzw. einen neuen Zusammenhalt der Gesellschaft manifestieren könnte. Die Berliner Seiten der *FAZ* waren immer pro Schloss eingestellt, während *JW* und *ND* traditionell für den Palast, bzw. einen modernen Neubau plädierten. Die *taz* thematisierte mehrfach die „neue, bzw. doppelbödige Normalität“, die man an der Debatte und dem Wunsch nach dem Schloss sehen könne, und die von Rot-Grün forciert worden sei. Daneben gab es immer wieder Stimmen, vor allem in der *SZ*, die das Schloss nicht als gesamtdeutsches Problem zu sehen bereit waren und statt dessen die ganze Debatte als lokale Angelegenheit abtaten. Nida-Rümelin erklärte dazu als Münchner, die dritte Republik erschaffe sich sicher nicht ihre Identität auf dem Berliner Schlossplatz. Flierl hingegen betonte, dort sei der „wichtigste Ort Deutschlands“. Ebenso ungeklärt blieb die Frage, ob das Schloss ein ästhetisches Problem darstelle, oder auch eine Botschaft habe. Von beiden Seiten kamen schlüssige Argumente.

Die namentliche Abstimmung der Bundestagsabgeordneten am 4. Juli 2002 brachte eine klare Mehrheit für das Humboldt-Forum mit drei barocken Fassaden. Die Debatte kulminierte damit zwar zu einem dramatischen Höhepunkt, aber sie wurde damit noch nicht beendet.

Die größte Hoffnung der Schlossgegner war noch Jahre später, dass letztlich die klammen Kassen des Staates das „Schloss“ verhindern werden. Heute (2007), nachdem vom Palast wirklich nur noch „Zahnstocher“ in den Himmel ragen, die aber bald auch noch verschwunden sein werden, weiß man, dass die Bundestagsentscheidung im Sommer 2002

---

<sup>2184</sup> Ebd.

tatsächlich das politische Ende der Debatte gewesen war. Alles, was danach noch an Einwürfen kam, war zumeist nur noch publizistische Selbstbeschäftigung. In 12 Jahren war tatsächlich auch jedes nur erdenkliche Argument geprüft worden.

#### **4.0. Medien. Akteure und die Metapher der Berliner Republik**

##### 4.1. Auswertung der Zeitungen

Die ausgewählte Presse stand bei der vorliegenden Untersuchung nicht im Mittelpunkt des Interesses. Die Zeitungen bildeten nur den „Resonanzboden“ der politischen Debatte über die bauliche Zukunft des Schlossplatzes. Daher war es nicht so bedeutend, wie sie genau über den Streit berichteten, sondern vielmehr, wem sie wie zur Öffentlichkeit verhalfen, bzw. wie sie ihre Leserschaft ansprachen. Darum werden ihre Positionen im Folgenden einzeln dargestellt. Sämtliche Argumente der Palast- und Schlossfreunde wurden so sichtbar – und darauf kam es an. Oder, um eine medizinisch-militärische Metapher zu benutzen: Die Zeitungen waren das Kontrastmittel, mit dem man die weit verzweigten Grabensysteme und den Frontverlauf dieses gesellschaftlichen Aufruhrs erkennen und analytisch auswerten konnte. Bereits nach 1998 gab es kein einziges Argument mehr, das nicht schon irgendwann einmal ins Feld geführt worden war. Die Debatte war mit der Bundestagsentscheidung 2002 aus dieser Hinsicht tatsächlich beendet. Der Streit hatte – auch wenn er noch nach 2002 weiter geführt wurde und mit Sicherheit auch noch bis in die Zeit der Fertigstellung des Humboldt-Forums (nach 2015) immer wieder aufflackern wird – für die Bundesrepublik keine Bedeutung mehr. Die „Normalität“ der „Berliner Republik“ ist bereits Alltag geworden.

##### 4.1.1. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ)

Die *FAZ* neigte bis zuletzt eher einem Schlossnachbau zu, zeigte aber im Lauf der 12 Jahre viele Zwischentöne. In der *FAZ* eröffnete der konservative Publizist Joachim Fest bereits einen Monat nach der Widervereinigung 1990 mit einem langen Beitrag den Kampf um die Mitte. Hellsichtig – oder aus einem Wunschtraum heraus? – wurde der Palast 1993 als „politisch endgültig gescheitert“ angesehen. Völlig richtig wurde die Wirkung der Schlossattrappe eingeschätzt, die bis in die Gegenwart (2007) als Illustration für die Debatte stand und steht. Davon abgesehen ließen die Beiträge auch viel Platz für die Meinung des Verfassers. Das führte immer wieder zu „Ausreißern“, beispielsweise von Bartetzko, der oft genug bedauerte, dass echte alte Bausubstanz in Mitte unbeachtet geblieben sei, während man Millionen für den Wiederaufbau schlechter Imitate ausgegeben habe. Der Wiederaufbau der Kommandantur Unter den Linden 1 musste als Symbol für eine besonders missglückte Imitation herhalten.

Eine mediale Plattform für eigene Beiträge war die *FAZ* vor allem für Anhänger des Schlosses, was mehrere Artikel des, neben Fest, Grandseigneurs des bundesrepublikanischen Konservatismus, Wolf Jobst Siedler exemplarisch beweisen. Dass sich auch Wilhelm von Boddien mit eigenen Beiträgen an die Leserschaft wenden konnte – etwa mit dem Beitrag über das Rigaer Schwarzhäupterhaus – verwunderte daher nicht. In die Blattlinie passte auch der publizistische Umgang mit den Anhängern des Palastes: ihre Aktionen wurden meist spöttisch kommentiert, nicht selten bis an die Grenze der Herablassung.

Warum kurz vor der Bundestagsentscheidung der Entwurf Schultes – eine barocke, zum Lustgarten hin geöffnete Dreiflügelanlage – als genialer Wurf und ultima ratio gefeiert wurde, bleibt auch im Nachhinein unverständlich. Ob hier persönliche Freundschaften im Vordergrund standen oder andere Vorteilmnahmen, sollte bei Gelegenheit extra untersucht werden.